UNIVERSITY OF MAINE
LIBRARIES

RAYMOND H. FOGLER LIBRARY
ORONO

GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN MILITÄRMACHT
1918–1946

GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN MILITÄRMACHT
1918–1946

Band 1 Das Kaiserreich zerbricht 1918–1919

Band 2 Jahre der Zwietracht 1919–1925

Band 3 Auf dem Wege zur Macht 1925–1937

Band 4 Griff über die Grenzen 1937–1938

Band 5 Generalprobe der Gewalt 1938–1939

Band 6 Frühe Siege 1939–1942

Band 7 Wendepunkt des Krieges 1942–1943

Band 8 Zurück an allen Fronten 1943–1944

Band 9 Wehrmacht im Todeskampf 1944–1945

Band 10 Urteil und Verhängnis 1945–1946

J. BENOIST-MÉCHIN

Das Kaiserreich zerbricht

1918–1919

Gerhard Stalling Verlag · Oldenburg und Hamburg

Ins Deutsche übertragen von Wolfgang Herda
Schutzumschlag- und Einbandgestaltung von Karlgeorg Hoefer

Die französische Originalausgabe
Histoire de l'Armée allemande
Volume I, L'Effrondrement (1918–1919)
erschien im Verlag Albin Michel, Paris.

1965
Alle Rechte der deutschsprachigen Ausgabe
beim Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg und Hamburg
Gesamtherstellung Gerhard Stalling AG, Oldenburg
Gesetzt aus der Aldus-Linotype
Printed in Germany

Preußen – das ist kein Staat, der über ein Heer verfügt, sondern ein Heer, das die ganze Nation hinter sich hat.

MIRABEAU, 1788

Wollen Sie bitte beachten, meine Herren: Ich tadle nicht, noch stimme ich zu; ich berichte!

TALLEYRAND

Inhalt

Teil 1 Die Auflösung des kaiserlichen Heeres

I Von Ludendorffs Offensive zum Siege Fochs 11
II Das Kräfteverhältnis nach dem Waffenstillstand 35
III Die deutsche Oberste Heeresleitung erzielt drei Vorteile 49
IV Die Rückführung des Westheeres 59
V Die Demobilmachung und der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 75
VI Der Kampf vor dem Berliner Schloß und die Auflösung des kaiserlichen Heeres 89

Teil 2 Die »Vorläufige Reichswehr« verhindert den Zerfall des Reiches

VII Das Eingreifen Noskes 99
VIII Die ersten Freikorps entstehen 109
IX Die Freikorps erobern Berlin 123
X Die Nationalversammlung und die Aufstellung des neuen Heeres 139
XI Das »Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr« vom 6. März 1919 159
XII Die Freikorps stellen die Ordnung in Preußen wieder her 1. Bremen, Mülheim, Halle 177
XIII Die Freikorps stellen die Ordnung in Preußen wieder her 2. Die Berliner Blutwoche 195
XIV Die Rückkehr des Ostheeres und die Festsetzung der Grenzen Polens 213
XV Die Reichswehr rettet die Einheit des Reiches 1. Magdeburg, Braunschweig 243

XVI Die Reichswehr rettet die Einheit des Reiches
2. München 259
XVII Die Reichswehr rettet die Einheit des Reiches
3. Dresden, Leipzig 293

Teil 3 Der Versailler Vertrag und die Auflösung der Vorläufigen Reichswehr
XVIII Die Pariser Konferenz. Militärische Bestimmungen des Versailler Vertrages 305
XIX Die Unterzeichnung des Friedensvertrages
1. Der Kampf zwischen Erzberger und Scheidemann ... 325
XX Die Unterzeichnung des Friedensvertrages
2. Der Kampf zwischen Groener und Reinhardt 339
XXI Die Unterzeichnung des Friedensvertrages
3. Der Zusammenbruch 353
Register 363

☆

Karten

1. Der Kampf um Berlin, Januar 1919 ..... 136/137
2. Verteilung der Armeekorps des kaiserlichen Heeres vor November 1918 ..... 162/163
3. Die militärische Lage Deutschlands am 6. März 1919 ..... 184/185
4. Äußerste deutsche Linie an der Ostfront, August 1918 215
5. Vorläufige Grenzen Polens 237
6. Die Einkreisung Münchens, April 1919 287

Teil 1 Die Auflösung des kaiserlichen Heeres

I Von Ludendorffs Offensive zum Siege Fochs

Am 21. März 1918, 4 Uhr morgens, bricht in Frankreich an der Front von Arras bis Noyon plötzlich der Donner los. Die deutsche Artillerie schießt auf einer Frontbreite von 80 Kilometern Trommelfeuer. Fünf Stunden lang hämmert sie auf unsere Stellungen ein, vernichtet das Grabensystem und die Verteidiger darin, weitet ihr tödliches Werk zehn Kilometer tief ins Hinterland aus und verseucht das Gelände mit Gasgranaten.

Um 9 Uhr treten 50 feindliche Divisionen, eine halbe Million Mann, im Schutze dichten Nebels zum Angriff gegen die zerschlagenen alliierten Gräben an.

Die deutschen Soldaten sind von Begeisterung und unbedingter Siegeszuversicht erfüllt. Die britischen Armeen stehen dem furchtbarsten Angriff des ganzen Krieges gegenüber[1].«

Die Auflösung der Ostfront, die auf die russische Revolution gefolgt war, hatte es dem deutschen Generalstab ermöglicht, alle Kräfte an der Westfront zusammenzufassen. Dadurch verfügte die deutsche Armee über eine leichte zahlenmäßige Überlegenheit. Ihre Führer waren entschlossen, diesen Vorteil unverzüglich auszunutzen und die alliierte Front noch vor Eintreffen der amerikanischen Verstärkungen zu zerschlagen.

Ludendorff gab damit die »Abnutzungstaktik« zugunsten einer »Vernichtungstaktik« auf und trieb Schlag auf Schlag fünf Offensiven voran.

Am 21. März, am 9. April, am 27. Mai und am 9. Juni rollten die feldgrauen Wellen über französischen Boden. Doch durch den Heldenmut der Verteidiger wurden sie letztlich alle nach mehr oder weniger großem Geländegewinn aufgefangen.

Inzwischen landeten die amerikanischen Truppen in Le Havre, Cherbourg, Brest, Saint-Nazaire und Bordeaux. Am 1. April 1918 waren es 70 000, im Juni 310 000 und am 1. Juli schon 450 000 Mann. 80 Divisionen wurden für April 1919 zugesagt, 100 Divisionen für den Juli des gleichen Jahres.

---

1 Marschall Foch: »Die zweite Marneschlacht«, S. 108.

Da versuchte Ludendorff eine fünfte Offensive. Nach seinem Plan ist sie nur ein Ablenkungsmanöver, das einer sechsten Offensive in Flandern, deren Vorbereitungen schon weit vorangeschritten sind, vorausgehen soll. Der Angriff begann am 15. Juli 1918, doch ein alliierter Gegenstoß aus dem Walde von Villers-Cotterêts ließ ihn zusammenbrechen. In 14 Tagen wurde der Feind an die Vesle zurückgeworfen. 30 000 Gefangene, 6 000 Geschütze, 200 Minenwerfer und 300 Maschinengewehre fielen in französische Hand. Mit dem 18. Juli ging die Initiative an die Alliierten über. Von diesem Tage an hatte das deutsche Große Hauptquartier das Spiel verloren.

Am 24. Juli glaubte Marschall Foch, daß der Augenblick für die Alliierten gekommen sei, nunmehr ihrerseits zum Angriff überzugehen.

Der erste Stoß wurde am 8. August geführt. Sein Erfolg übertraf alle Erwartungen. »Der schwarze Tag des deutschen Heeres«, schreibt Ludendorff[2], und Hindenburg fügt hinzu: »Unser erstes großes Unheil[3].«

Der zweite Angriff begann am 20. August. Ende des Monats erreichten französische Truppen die Linie Arras—Péronne—Soissons, und Mitte September war der Feind auf die Hindenburg-Linie zurückgedrängt. Die dritte Operation, mit der die Amerikaner betraut wurden, sollte den Frontbogen von Saint-Mihiel eindrücken.

Nun konnte sich die Großoffensive von der Nordsee bis zur Maas ausdehnen. Zwischen dem 26. und dem 28. September brach der Sturm auf einer Frontbreite von 810 Kilometern los. Unter den wuchtigen Stößen zogen sich die deutschen Truppen auf der ganzen Linie zurück.

Am 15. Oktober durchbrachen die alliierten Armeen auch die Hindenburg-Linie. Die erste amerikanische Armee beherrschte die Argonnen. Am 19. Oktober bestimmte das alliierte Oberkommando Brüssel, die Maas und Sedan als Angriffsziele. Die Truppen der Entente erreichten sie in den ersten Novembertagen. Im Schutze starker Artillerie und Maschinengewehrkompanien gaben die Deutschen zwar immer mehr Gelände auf, doch die Frage war, ob sie wieder zum Halten kommen und sich auf den Maashöhen eingraben würden.

Der Angriffsschwung der französischen Truppen aber ließ ihnen dazu keine Zeit. Am 5. November leitete die deutsche Armee eine allgemeine Rückzugsbewegung ein. »Vorwärts! Zum Rhein!« rief Marschall Foch,

---

2 Ludendorff: »Meine Kriegserinnerungen«, Mittler und Sohn, Berlin 1920, S. 547 (d. Übers.).

3 Hindenburg: »Aus meinem Leben«, S. Hirzel, Leipzig 1920, S. 360 (d. Übers.).

»das ist unsere Losung; denn wenn wir das Rheinhindernis bezwungen haben, ist Deutschland den Alliierten ausgeliefert.«

☆

Was ging inzwischen auf deutscher Seite vor?

Seit 1917 machte sich eine wachsende Unruhe über die lange Dauer des Krieges bemerkbar. Was hatten diese erstarrten Fronten, diese festgefahrenen Operationen zu bedeuten? Wo blieb der Sieg, der immer wieder versprochen wurde und der doch in eine immer fernere, ungewisse Zukunft zu entschwinden schien? Am 19. Juli hatten die Mehrheitsparteien des Reichstags mit 212 gegen 126 Stimmen eine Resolution für einen Verhandlungsfrieden auf der Grundlage des Verzichts auf alle Annexionen angenommen. Diese Abstimmung war ein ernstes Vorzeichen. Sie ließ ein Nachlassen des Kampfwillens der Parlamentarier erkennen.

Um die gleiche Zeit machten sich in der schwerfälligen deutschen Kriegsmaschinerie die ersten Abnutzungserscheinungen bemerkbar. Das bedeutete sicher noch nicht viel, doch arbeitete sie nicht mehr mit der gleichen Durchschlagskraft und Regelmäßigkeit wie zuvor. Ihre Räder griffen nicht mehr mit der unfehlbaren Genauigkeit ineinander, die stets ihr Stolz gewesen war. Die Bande des Vertrauens und des bedingungslosen Gehorsams, die Soldaten und Vorgesetzte zusammenschweißten, begannen sich zu lockern.

Hindenburg und Ludendorff hatten durch einen ultimativen Schritt beim Kaiser, den sie vor die Wahl zwischen sich und dem Kanzler stellten, den Rücktritt Bethmann-Hollwegs erzwungen. Der Reichstag sah in dem »Mann des Fetzens Papier« ein Hindernis für den Frieden, der Generalstab einen Mann, der zu sehr auf die Einflüsterungen der Parteien hörte. Der Kronprinz gab ihm schließlich den Gnadenstoß, als er vor einer Reichstagsdelegation äußerte: »Werfen Sie doch den Mann aus dem Reichstag hinaus[4]!«

Der Kaiser ernannte Michaelis zum Nachfolger, übrigens ohne Mitwirkung des Reichstags — die letzte politische Tat des Kaisers. Der neue Reichskanzler war jedoch außerstande, der Lage Herr zu werden. Bald wurde er durch Graf Hertling ersetzt, der auch nicht mehr vermochte als sein Vorgänger.

Anfang 1918 wuchs die Spannung zwischen Oberster Heeresleitung

4 Erzberger: »Erlebnisse im Weltkrieg«, S. 262.

und politischer Führung. Trotz des U-Boot-Krieges verschärfte sich die britische Blockade, die Rohstoffe wurden knapp, und die Bevölkerung der Städte litt unter dem Lebensmittelmangel.

An der Front kämpfte das Heer, durch alle verfügbaren aus Rußland herangeführten Divisionen verstärkt, verbissen weiter. Die Frühjahrsoffensiven gaben ihm neuen Mut. Hieß es nicht bereits, die Reserven der Alliierten seien erschöpft? Ein letzter entschlossener Vorstoß konnte den Sieg bringen, und die abgekämpften Männer konnten endlich heimkehren!

Die Offensive erforderte jedoch gewaltige Anstrengungen. Die Truppen waren erschöpft, die mörderischen Kämpfe ließen sie ausbluten, die jungen Rekruten fielen zu Tausenden. Auch der Materialverschleiß wurde von Tag zu Tag größer.

Weder am 21. März noch am 9. April, 27. Mai oder 9. Juni gelang es den deutschen Truppen, die alliierte Front zu durchbrechen. Um diese Zeit schrieb Hindenburg seiner Familie: »Es wird nicht meine Schuld sein, wenn der Krieg für uns ungünstig ausgeht.« Wer trug aber dann die Schuld? Ludendorff, dessen Hammerschläge nur zu einer gefährlichen Ausweitung der Front geführt hatten? Der Reichskanzler, dessen mangelnde Tatkraft jede Initiative erstickte? Sicher nicht die Armee, denn die deutschen Soldaten setzten ihren Kampf mit unbestreitbarer Tapferkeit fort.

Mittlerweile war sich der Große Generalstab weder im unklaren über die Ankunft der amerikanischen Kontingente (eine Tatsache, die der Heimat noch verschwiegen wurde) noch über die entscheidende Bedeutung dieses Zustroms ausgeruhter Truppen, die bald in den Kampf eingreifen würden. Als die Initiative am 18. Juli auf die Alliierten überging, erkannten die deutschen Generale, daß sie keine Aussicht mehr hatten, den Krieg zu gewinnen.

Doch wenn sie auch sahen, daß der Sieg ihnen entglitt, so beugten sie sich doch nicht der Erkenntnis der Niederlage. Genau gesagt waren sie sich der Katastrophe, die ihnen bevorstand, nicht einmal vollauf bewußt. Ihrer Ansicht nach ging es darum, Klarheit über die Haltung der Alliierten zu gewinnen und inzwischen den Kampf fortzusetzen. Sie nahmen an, der Friede könne noch unter nicht allzu ungünstigen Bedingungen geschlossen werden. Hatten sie nicht Belgien und eine beträchtliche Zahl französischer Departements als Pfänder in der Hand? Die Hindenburg-Linie blieb weiterhin eine sehr starke Stellung, die gegebenenfalls als Auffanglinie dienen konnte. Dort konnte sich die Armee verschan-

zen und den Augenblick für eine Wiederaufnahme der Offensive abwarten. Diese falsche Lagebeurteilung zeigt, wie weit sich die deutschen Heerführer vom Boden der Tatsachen entfernt hatten.

Am 8. August erlitt die deutsche Front ihren ersten schweren Rückschlag. Langsam öffneten sich die Augen. Am 14. August wurde ein Kronrat nach Spa einberufen. Unter den Teilnehmern waren der Kaiser, Hindenburg und Ludendorff die entscheidenden Persönlichkeiten. Doch hatte der Kaiser schon seit langem auf die militärische Führung verzichtet, und die strategischen Entscheidungen wurden fast ausschließlich von Hindenburg und Ludendorff getroffen.

Wer waren diese beiden Männer? Beide waren östlich der Elbe geboren, ins Kadettenkorps eingetreten und hatten später die Generalstabsausbildung genossen. Als überzeugte Monarchisten verfolgten sie das gleiche Ziel, das Wirken an der Größe ihres Landes. Doch wie verschieden offenbarten sich ihre Charaktere. Seit der Schlacht bei Tannenberg herrschte zwischen ihnen eine verborgene Rivalität. Im Grunde seines Herzens — und später auch öffentlich, und mit welcher Heftigkeit! — beschuldigte Ludendorff Hindenburg, ihn um den Siegeslorbeer gebracht zu haben. Ludendorff, der den Rang eines zweiten Oberbefehlshabers abgelehnt hatte, seiner Amtsbezeichnung »Erster Generalquartiermeister« jedoch den merkwürdigen Zusatz »mit eigener Verantwortung« beifügen ließ, war aufbrausend, neigte zu unüberlegten Handlungen und gab unbedachten Impulsen nach. Viele stritten ihm Genialität nicht ab, doch andere warfen ihm Unbeständigkeit und Unfähigkeit zu folgerichtigem Denken vor.

»Ludendorff«, schreibt Delbrück, »weiß nie, was er will. Er schwankt haltlos zwischen entgegengesetzten Bestrebungen hin und her. Er will den großen Sieg und unterläßt es doch, alle Kräfte auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren. Er will bloße Teilschläge und sieht nicht, daß die größte, ja eine unfehlbare Chance für einen gewaltigen Teilerfolg nicht in Frankreich, sondern in Italien liegt. Weshalb setzte Ludendorff seine männermordenden Angriffe noch fort, nachdem der ungenügende Erfolg des ersten ihm doch die Hoffnungslosigkeit seines Beginnens nur zu deutlich offenbart hatte? Wir haben gehört, daß er hoffte, daß bei weiteren Stößen die feindliche Front ›gelegentlich‹ zusammenbrechen werde. Nehmen wir das Wort auf und nennen ihn einen gelegentlichen Strategen[5].«

---

5 Hans Delbrück: »Ludendorffs Selbstporträt«, S. 57.

Ein ungerechtes Urteil! Denn dieser »Gelegenheitsstratege« hatte zukunftsweisende Ideen, mit denen er seiner Zeit wie seinen Zeitgenossen weit voraus war. Als Chef der Aufmarschabteilung im Großen Generalstab geriet er schon vor 1914 in Konflikt mit dem Kriegsminister, als er die Aufstellung von drei zusätzlichen Reservekorps forderte. Der Kaiser schlug Ludendorffs Forderung ab, weil er fürchtete, der Reichstag werde ihm auf diesem Wege nicht folgen. Ein schwerwiegender Irrtum! Denn bei der ersten Marneschlacht machte sich das Fehlen dieser drei Armeekorps empfindlich bemerkbar[6].

Während des Krieges arbeitete Ludendorff mit allen Kräften daran, die Nation in soldatischer Zucht zu erziehen, den Fabrikarbeitern eiserne Disziplin beizubringen und alle Kräfte des Landes für den Entscheidungskampf zu mobilisieren. Er war es, der die belgische Bevölkerung in Massen zusammentreiben ließ, um sie zur Arbeit in den Waffenschmieden Westfalens zu zwingen; er forderte auch die Durchführung eines ausgedehnten Wirtschaftsprogramms — des sogenannten »Hindenburg-Planes«, der seinen Namen dem großen Ansehen des Feldmarschalls verdankte —, das Deutschland in ein riesiges Heerlager verwandeln sollte. Offenbar hatte er sich auch das Wort Friedrich Wilhelms I. zu eigen gemacht, nach dem »Preußen kein Staat, sondern das Hauptquartier einer Armee« sei. Als Vorkämpfer des Pangermanismus vertrat Ludendorff die Ansicht, nicht der Krieg habe im Dienste der Politik, sondern die Politik im Dienste des Krieges zu stehen. Und unter »Politik« verstand er, mit einem Anflug von Verachtung, »alles, was die Zivilisten machen«.

Ganz anders war Hindenburg geartet.

Bei allem Lob für die Tapferkeit des deutschen Soldaten nannte Marschall Foch die deutsche Strategie eine »Büffelstrategie«, doch dürfte dieser Vorwurf eher den Generalfeldmarschall als seinen Ersten Generalquartiermeister treffen. Dieser altgermanische Haudegen besaß in der Tat eine hervorstechende Eigenschaft: den Ereignissen mit unerschütterlicher Ruhe zu begegnen. Sein Antlitz, seine Gesten verraten keine Erregung. Sein Lebensstil, von Jugend auf festen Regeln unterworfen, hatte nie eine Änderung erfahren. Stets legte er sich zur gleichen

---

6 »Wenn wir die Wehrpflicht tatsächlich gehabt und daher 1914 einige Armeekorps mehr gehabt hätten«, schreibt Major Stein, »wäre es nicht zum Rückzug an der Marne gekommen. Wir hätten Frankreich mühelos erledigt und schon 1915 den Frieden diktieren können.« (»Schafft ein Heer«, S. 8.) Lord Kitchener und Marschall Haig teilten diese Meinung.

Stunde zur Ruhe, und selbst in den dramatischsten Augenblicken kannte er keine Schlaflosigkeit. Seine majestätische Gestalt, sein massiger Kopf, seine quadratischen Schultern, seine Kaltblütigkeit — alles an ihm strömte Kraft und Sicherheit aus. Er weckte Vertrauen, und Vertrauen wurde ihm auch vorbehaltlos entgegengebracht.

Die Deutschen hatten ihm riesige Holzstatuen errichtet, in die man für eine bescheidene Gabe zugunsten der Kriegsversehrten einen Nagel einschlagen konnte, und jeder Nagel besiegelte anscheinend ein mystisches Band zwischen Hindenburg und dem deutschen Volk. Die Nation verehrte ihn. In ihm spürte sie eine väterliche Kraft, die ihr Vertrauen einflößte. Er war einer der Schutzgötter des Volkes, herabgestiegen aus dem legendenumwobenen Walhall. Als Ende 1914 bei der Postverwaltung ein Paket mit der Adresse »An den volkstümlichsten Mann Deutschlands« einging, schickte sie es, ohne einen Augenblick zu zögern, direkt an den Sieger von Tannenberg.

Seine Freunde schildern ihn als Mann von durchschnittlicher Intelligenz, doch mit hervorragenden Charaktereigenschaften, bescheiden und zuvorkommend, pflichtbewußt und wohlwollend gegenüber seinen Untergebenen. Im Gegensatz zu dem leicht erregbaren und verletzenden Ludendorff war Hindenburg zugänglich, überlegt und wurde von seinen Soldaten vergöttert. Sprichwörtlich war seine Höflichkeit, die ihm sogar den Vorwurf der Unterwürfigkeit eintrug. In der völligen Verwirrung, die sich der führenden Persönlichkeiten bemächtigte, war Hindenburg der einzige, von dem das Volk den Eindruck hatte, er trotze den Gewalten. Die gewaltige Stirn dem Sturmwind zugewandt, stand er selbst in der Stunde des Zusammenbruchs aufrecht und unerschütterlich da. Vielleicht dachten die Deutschen an ihn, wenn sie sonntags das Lutherlied »Ein' feste Burg ist unser Gott« anstimmten.

Sein Ruhm war so groß, daß er den Ruhm des Kaisers verdunkelte — was ihm der Kaiser niemals verzieh. »Wohin mich meine Schritte auf meinem Lebensweg auch führten, stets habe ich mich als Altpreuße gefühlt«, sagte der Generalfeldmarschall später. Für den, der es zu deuten weiß, ist dieses Wort ein monarchistisches Glaubensbekenntnis. Hindenburg kannte nur einen Herrn, den Kaiser; nur eine Familie, die Dynastie; nur eine Heimat, die Armee. Was konnte er dafür, wenn der Kaiser neben diesem unerschrockenen Recken als wetterwendischer, leicht beeinflußbarer und heftigen Nervenkrisen unterworfener Mann erschien und seine ganze Persönlichkeit einen schillernden Charakter enthüllte? Zweifellos verstand es der Kaiser, seine Zuhörer mit fun-

kelnden Monologen und unerwarteten, verblüffenden Erwiderungen in seinen Bann zu ziehen. Doch der wortkarge und jeder Ironie fremde Generalfeldmarschall fand stets das rechte Wort zur rechten Zeit, wie es vom Volk erhofft und von der Truppe erwartet wurde. Ihm wandten sich gefühlsmäßig die Blicke und die Herzen zu. Er war der Herrscher Deutschlands, lange bevor der Kaiser abgedankt hatte.

☆

»Auf der Konferenz von Spa erklärte die Oberste Heeresleitung den führenden Politikern des Reiches[7]«, wie Ludendorff berichtet, »daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürften und sich unsere Kriegführung als Ziel setzen müsse, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen der Feinde allmählich zu brechen[8].« Daraus schloß der Kaiser, daß man auf den günstigsten Augenblick achten müsse, wo man sich mit den Alliierten verständigen könne. Hindenburg glaubte noch, daß es ihm gelingen werde, die Front in Frankreich zu halten und dadurch schließlich dem Feind seinen Willen aufzuzwingen.

Weder vom Großen Hauptquartier noch von der Regierung wurde allerdings eine Initiative ergriffen, wenn man von der Schaffung einer Zentralstelle für Presse und Propaganda absieht, deren Aufgabe es war, der Heimat die Lage an der Front zu verheimlichen.

Zu dieser Zeit nahm die Offensive der Alliierten täglich größere Ausmaße an. Am 13. September 1918 wurden die deutschen Truppen auf die Hindenburg-Linie zurückgeworfen. Am gleichen Tage teilte ein Abgesandter Kaiser Karls mit, Österreich sei entschlossen, um Frieden zu bitten. Das österreichisch-deutsche Bündnis war damit faktisch auseinandergebrochen. Am 26. September legte Bulgarien die Waffen nieder. Die deutschen Truppen in der Türkei waren von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten und jeder Hoffnung auf eine Rückkehr beraubt. Die völlig verstörte Regierung drang auf die Anwesenheit des Kaisers in Berlin. Wilhelm II. verließ Spa und begab sich in seine Hauptstadt.

Zwischen dem 20. und dem 30. September übermittelte das Große Hauptquartier dem Kabinett immer beunruhigendere Nachrichten: »Die Truppen halten noch stand, aber niemand kann voraussagen, wie es

---

7 Offensichtlich durch Vermittlung von Staatssekretär von Hintze, der die Reichskanzlei beim Großen Hauptquartier vertrat.
8 Ludendorff: »Die zweite Marneschlacht«, S. 166.

morgen aussieht«; »Die Front kann von einem Augenblick zum anderen durchbrochen werden . . .«

Und was tat die Regierung? Gar nichts. Sie hatte das Empfinden, daß sie weder das Vertrauen der Obersten Heeresleitung noch das des Reichstags besaß. Am 28. September wurde sie von Ludendorff, der bereits die Nerven verlor, bedrängt, unverzüglich einen Waffenstillstand herbeizuführen. Dadurch hoffte er, den Rücktritt des Reichskanzlers Hertling und die Bildung eines neuen Kabinetts, in dem die wichtigsten Fraktionen des Reichstags vertreten sein sollten, zu erreichen.

Einige Kritiker haben den Versuch gemacht, die Haltung Ludendorffs mit der Behauptung zu erklären, er habe einer augenblicklichen Panikstimmung nachgegeben. Andere sehen in seinem Eingreifen ein gewissenloses Manöver: Er habe die Revolution herausfordern wollen, um die Bürde, eine aussichtslose Lage zu bereinigen, auf sie abwälzen und ihr dann die Schuld an der Niederlage zuschieben zu können[9]. Damit würde man dem Generalquartiermeister eine vorausschauende Weitsicht unterstellen, die zu jener Zeit niemand besaß.

Wahrscheinlicher ist, daß Ludendorff angestrebt hat, eine Art »Wohlfahrtskomitee« ähnlich dem des französischen Konvents von 1793 ins Leben zu rufen. Gab er dem neuen Kabinett die Möglichkeit, sich auf eine solide parlamentarische Mehrheit zu stützen, so hoffte er, das ganze Volk werde sich dann zur Verteidigung der Heimat erheben. »Packen Sie das Volk! Reißen Sie es hoch!« rief er bei einer Sitzung des Kriegskabinetts[10]. Aber Deutschland besaß keinen Danton oder Gambetta. Hegte Ludendorff die Hoffnung, zusammen mit Hindenburg eine Art »Duumvirat« bilden und mit gewissen Verfassungsreformen eine »Revolution von oben« durchführen zu können, um der Unzufriedenheit der Massen den Wind aus den Segeln zu nehmen? Das ist nicht ausgeschlossen. Doch davon war keine Rede mehr. Die Dinge waren auf eine abschüssige Bahn geraten, die alle Berechnungen zunichte machte.

---

9 General Morgan geht noch weiter, wenn er behauptet, die Oberste Heeresleitung habe das Vorhandensein einer revolutionären Regierung in Berlin begrüßt, »die die odiöse Verantwortung für Waffenstillstandsverhandlungen und Unterzeichnung eines Waffenstillstandes auf sich nehmen würde und deren Akt später sowohl von ihr als auch vom Obersten Kriegsherrn, dem Kaiser, für nichtig erklärt werden könnte, nachdem die Verbündeten abgerüstet hätten.« (Vgl. Wheeler-Bennett, »Die Nemesis der Macht«, Düsseldorf 1954, S. 45.) Eine solche Hypothese scheint sehr gewagt. Das hieße denn doch, die Politik des Bösen zu weit treiben.

10 Diese Hoffnung wurde übrigens von einer Anzahl führender deutscher Persönlichkeiten, besonders von Rathenau, geteilt.

Am 29. September telegraphierte Hindenburg nach Berlin: »Die Lage verschärft sich täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen ... Jeder versäumte Tag kostet Tausende von tapferen Soldaten das Leben.«

Am 5. Oktober wurde Prinz Max von Baden zum Nachfolger des Reichskanzlers Hertling berufen. Am selben Abend wurde, nach einem Entwurf Ludendorffs, die erste Note an Präsident Wilson abgeschickt, in der der amerikanische Präsident gebeten wurde, »einen Frieden auf der Grundlage der 14 Punkte« auszuhandeln. Drei Tage später ließ Wilson bei der deutschen Regierung anfragen, ob sie »diese Punkte als Grundlage eines Vertrages annehmen würde«. Prinz Max von Baden gab am 12. Oktober die Versicherung ab, »der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen«. Am 14. Oktober fügte Wilson seinen Forderungen das Verlangen hinzu, eine »demokratische und repräsentative Regierung in Berlin einzusetzen«. Als der Kanzler dem zugestimmt hatte, teilte Wilson dem Prinzen Max von Baden mit, er sei nunmehr geneigt, mit den alliierten Regierungen über die Bedingungen eines Waffenstillstandes zu verhandeln.

Doch während dieses Notenwechsels hatte sich die militärische Lage weiter verschlechtert. Am 15. Oktober hatten die alliierten Armeen die Hindenburg-Linie durchbrochen. In diesem Augenblick stand dem Oberkommando die Katastrophe deutlich vor Augen. Noch hielt die Armee stand, was angesichts der Wucht der französischen Angriffe, der schrecklichen Verluste, der unzureichenden Versorgung und der unvermeidlichen Demoralisierung eines Rückzuges wie ein Wunder erscheinen mochte. In immer spärlicheren Gruppen harrten die Männer an ihren Maschinengewehren aus. Erdverkrustet, mit eingefallenen Gesichtern, seit Tagen ohne Schlaf, feuerten sie mit kalter und verzweifelter Wut. Aber sie dachten nicht mehr nach, darüber waren sie hinaus. Der einzige Reflex, der ihnen blieb, war der Druck des Fingers auf den Abzugshahn, die mechanische Bewegung des Schießens.

Am 23. Oktober machte Präsident Wilson darauf aufmerksam, daß die Alliierten bei Verhandlungen mit den militärischen Machthabern und den monarchistischen Kräften »nicht mehr den Frieden anbieten, sondern unmißverständlich die Kapitulation verlangen« würden. Am nächsten Tag richtete Hindenburg einen Aufruf an das deutsche Heer: »Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar.«

Das hieß mit anderen Worten, daß die Weiterführung der Verhandlungen nicht mehr Sache der Obersten Heeresleitung war[11].

Als Ludendorff am 26. Oktober erkannte, daß die Lage aussichtslos war und Prinz Max von Baden es nicht vermochte, »das Land aufzurütteln«, wurde er von ohnmächtiger Wut übermannt. Seine Unbeliebtheit war auf dem Höhepunkt angelangt, sein Ansehen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Prinz Max von Baden forderte seine Entlassung. Der Kaiser rief Ludendorff ins Schloß Bellevue, gab ihm zu verstehen, daß er seine Dienste nicht mehr benötige, und gab ihm ohne ein Wort des Dankes den Abschied. Hindenburg, der Eigenmächtigkeiten seines Generalquartiermeisters überdrüssig, unternahm nichts, um ihn zu halten. Ludendorff war verbittert. Am 14. August waren sie in Spa noch zu dritt gewesen, jetzt waren sie zu zweit: der Kaiser und Hindenburg. Der Generalquartiermeister sagte sich vom Generalfeldmarschall los. Wilder Haß erstickte ihn. An jenem Tage begann ein unerbittlicher Kampf zwischen ihm und Hindenburg, ein Kampf, der sich über die ganze Nachkriegszeit hinziehen sollte. Diese beiden Männer, Verkörperung zweier entgegengesetzter Seiten des preußischen Militarismus, standen sich bis zum Tode des einen unbarmherzig gegenüber. Ludendorff stürzte sich mit Ungestüm in Verschwörungen und Staatsstreiche, wie den Kapp-Putsch 1920 und den Hitler-Putsch 1923. Niemals vergab er Hindenburg seinen Treueid auf die Verfassung. In den folgenden Jahren sah er ihn nur zwei- oder dreimal wieder. An der Einweihung des Tannenberg-Denkmals nahm Ludendorff zwar teil, weil er nicht anders konnte, doch hielt er sich dabei in grimmiger Isolierung abseits und vermied es, das Wort an seinen alten Waffengefährten zu richten. Als der Generalfeldmarschall im August 1934 starb und die Nation ihm ein großartiges Begräbnis bereitete, lenkte Ludendorff die Aufmerksamkeit durch seine Abwesenheit auf sich. Selbst an der Schwelle des Grabes kannte er keine Versöhnung.

Der Kaiser fühlte sich in Berlin, wo eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Angst herrschte, nicht mehr sicher. »Um seinen Männern für ihre übermenschlichen Leistungen Dank zu sagen«, kehrte er zur Front, das heißt ins Große Hauptquartier, zurück. Dort, inmitten seiner Paladine, glaubte er sich vor Drohungen und Ränken geschützt. Instinktiv suchte er Schutz hinter dem Generalfeldmarschall — den er keineswegs

11 Er empfand darob sogar eine gewisse Befriedigung. »Wir fühlten uns sehr erleichtert darüber«, schrieb Prinz Max von Baden, »daß das Heer nicht vor Foch hinzutreten hatte.« (»Erinnerungen« II, S. 305.)

schätzte —, denn die Autorität des Feldmarschalls wuchs in dem Maße, in dem seine eigene schwand. Lange Zeit hieß es, das Große Hauptquartier habe den Kaiser zurückgerufen. Davon kann keine Rede sein. Seine Ankunft in Spa war für die Generale eine schwere Belastung. Wenn Wilhelm II. schon abdanken mußte, war es dann ihre Sache, ihm diesen Entschluß abzuringen? Außerdem verschärfte seine Abreise aus Berlin die Lage, denn sie schnitt eine der letzten Verbindungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichskanzlei ab.

In der Heimat wurden die Stimmen, die die Abdankung des Kaisers forderten, immer zahlreicher. Prinz Max von Baden sah nur noch eine Lösung: Wilhelm II. mußte freiwillig dem Thron entsagen, bevor die Alliierten ihm den Thronverzicht zur Bedingung machten. Doch der Kaiser klammerte sich an seine Stellung. Begriff er die Lage nicht, oder wollte er sie nicht verstehen?

Am 1. November kommt der preußische Innenminister Drews nach Spa, um dem Kaiser die Notwendigkeit einer freiwilligen Abdankung klarzumachen. Der Kaiser zittert vor Empörung. Er ruft Hindenburg herbei, um diesem unverschämten Zivilisten eine Abfuhr zu erteilen, und läßt ihm durch den Feldmarschall erwidern: »Wenn der Kaiser das Heer verläßt, würde es sich in einen Haufen von Räubern und Plünderern verwandeln« — eine für die Frontsoldaten keineswegs schmeichelhafte Bemerkung.

Am gleichen Tage trifft in Spa General Groener ein, der als Nachfolger Ludendorffs zum Generalquartiermeister ernannt worden war[12]. Er war ein erfahrener Techniker, ein Spezialist für das Eisenbahnwesen. Seit Beginn seiner Laufbahn im Jahre 1897 war er der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes zugeteilt, jener Abteilung, »die sozusagen die Herzkammer darstellt, die die Adern des strategischen Körpers mit Blut füllt[13].« Dort hatte er lange Zeit die Lehren Moltkes und Schlieffens über die Rolle des Transportwesens in der modernen Strategie durchdacht und war zu der Schlußfolgerung gelangt: »Wenn die Eisenbahnen nicht mehr fahren, hört das Kriegführen heutzutage von selbst auf[14].« Er war es, der nach seiner Ernennung zum Chef dieser Abteilung den Mobilmachungsbefehl aufgestellt und durchgeführt hatte. Innerhalb von 14 Tagen mußten drei Millionen Mann

12 Einen Augenblick hatte man an General von Seeckt gedacht, doch hatte Prinz Max von Baden Groener den Vorzug gegeben.
13 Generalleutnant Ernst Kabisch: »Groener«, S. 16.
14 Groener: »Der Weltkrieg und seine Probleme«, Berlin 1920.

und 850 000 Pferde an die Fronten in Ost und West befördert werden, was mehr als 29 000 Transportzüge erforderte. Im Laufe des Krieges ließ er hinter den Fronten ein ganzes Eisenbahnnetz anlegen, in Flandern, in Lothringen, in der Pfalz, in Ostpreußen, in Polen, auf dem Balkan und sogar in Kleinasien.

»Die strategischen Bahnen Groeners«, bemerkt Oberst von Velsen, »haben im Weltkrieg die gleiche Rolle gespielt wie die römischen Straßen für die Unternehmungen Cäsars oder die Verwaltung der öffentlichen Straßen für die Napoleonischen Feldzüge[15].«

Groener war das Zustandekommen der Offensive im Westen bis zur Marneschlacht im Jahre 1914 zu verdanken; ebenso der erste Feldzug in Ostpreußen mit den Schlachten von Gumbinnen und Tannenberg, die Herbstoffensive in Polen, der Winterfeldzug in Masuren, der Angriff bei Gorlice im Mai 1915, die Ausweitung des deutschen Vormarsches bis nach Brest-Litowsk, der zweite Feldzug in Ostpreußen bis zur Düna und zur kleinen Beresina, die beiden Offensiven in Serbien und Rumänien, die Angriffe auf Riga und gegen Italien und schließlich die Vorbereitung der großen Schlacht in Frankreich 1918. Sein Wirkungsbereich als uneingeschränkter Herrscher über alle Schienen-, Straßen- und Wasserwege erstreckte sich von Antwerpen bis Brest-Litowsk, von Flandern bis Litauen, von Kurland bis Palästina, ja sogar bis nach Bagdad.

Am 26. Mai 1916 wurde er zum Kriegsernährungsamt versetzt. Auch hier spielte das Transportwesen eine hervorragende Rolle. Durch ein unvorsichtiges Wort bei einer Unterhaltung mit Stinnes fiel er jedoch in Ungnade[16]. Er wurde an die russische Front, nach Kiew, versetzt, wo er Generalstabschef der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Eichhorn wurde. Als Ludendorff seinerseits in Ungnade fiel, holte man Groener zurück, um an dessen Stelle zu treten. Groener zeichnete sich durch Scharfblick, Methodik und exaktes Denken aus. Die »Junker« erkannten ihn allerdings trotz der großen Dienste, die er seinem Vaterland geleistet hatte, nicht als einen der ihren an. Er stammte aus Württemberg, also aus einem Lande, das keinen Anteil an der historischen Größe Preu-

15 Schwarte: »Geschichte des Krieges 1914–1918«, I. Teil: »Die technische Vorbereitung der militärischen Operationen«.

16 »Wir müssen zufrieden sein«, sagte Groener, »wenn der Krieg mit einem Remis ausgeht. Es kommt darauf an, unsere Politik und unsere Kriegführung rechtzeitig darauf einzustellen.« Stinnes war keineswegs überzeugt davon. Er verließ den Raum mit den an Groener gerichteten Worten: »Ludendorff wird siegen!«, worauf Groener ihm auf der Schwelle erwiderte: »Ludendorff wird nicht siegen!« Sehr wahrscheinlich hat Stinnes diese Worte dem Generalquartiermeister weitererzählt (Ernst Kabisch: »Groener«, S. 53).

ßens hatte. Umgekehrt blieb auch für ihn, der dreißig Jahre seines Lebens dem Studium technischer Probleme gewidmet hatte, das mystische Band, das die Junker mit dem Staat verband, ein undurchdringliches Geheimnis.

Groener kehrte aus der Ukraine zurück. Er kannte die Lage an der Westfront kaum und hatte nur einen unklaren Begriff von den Vorgängen in Deutschland. Er befürchtete das Schlimmste[17]. Doch durfte er gleich bei seiner Ankunft in Widerspruch zu seinen Vorgesetzten geraten, die nach außen hin immer noch Optimismus bekundeten? Groener beschränkte sich also darauf, sich dem Standpunkt des Generalfeldmarschalls anzuschließen. So erklärte er, die Minister, die nach einer Abdankung des Kaisers riefen, seien Verrückte, »die den klaren Blick und den Verstand verloren haben«.

Die Stellung Wilhelms II. schien ihm allerdings unwiderruflich erschüttert. Nur eine glanzvolle Tat hätte ihm ein wenig von seinem Ansehen zurückgeben können. Beim Generaladjutanten, Generaloberst von Plessen, regte Groener an, der Kaiser solle sich an die vorderste Front begeben und dort den Krieg an der Spitze seiner Soldaten beenden. »Seine Majestät soll unverzüglich an die Front gehen«, bemerkte Groener, »und zwar nicht etwa zu Paraden, zu Besichtigungen und zur Verleihung von Eisernen Kreuzen, sondern einfach an die Front, und dort solle nun der Kaiser es darauf ankommen lassen, ob eine Kugel ihn träfe. Wenn der Kaiser falle, gebe es kein schöneres Ende für ihn, und wenn er verwundet werde, so sei nach seiner festen persönlichen Überzeugung mit dem Moment ein Umschlag in der Stimmung des deutschen Volkes zu erwarten[18].« Plessen war über diese Ansicht empört und erwiderte scharf:

»Sie wollen also das Leben Seiner Majestät aufs Spiel setzen?«

Als der Kaiser von dem Plan unterrichtet wurde, zeigte er sich ablehnend. Er fand die ihm zugedachte Rolle »töricht und melodramatisch«. Sein Tod würde im übrigen nichts an der Lage ändern. Er begriff nicht, daß ihm eine solche Geste, so romantisch sie auch sein mochte, vor der

---

17 Seit 1917 hatte Groener vorausgesehen, daß ein Scheitern der militärischen Operationen die Revolution in Deutschland nach sich ziehen würde. Er hatte aus zu großer Nähe die intensive Propaganda der Bolschewisten an der Ostfront erlebt, um nicht zu befürchten, daß die aus Rußland an die Westfront verlegten Einheiten die innere Auflösung der Armee beschleunigen würden.

18 Herzfeld: »Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkrieg«, Leipzig 1918. Wiedergegeben von Kabisch: »Groener«, S. 60.

Geschichte Größe verleihen und vielleicht die Zukunft seiner Dynastie sichern würde.

Am 4. November rief Prinz Max von Baden Groener dringend nach Berlin. Während letzterer mit den »Politikern« verhandelte, erließ Hindenburg am 5. November einen neuen Tagesbefehl und erklärte, daß das Heer in bedingungsloser Treue hinter dem Kaiser stehe und sich die Abdankungsfrage für die Soldaten nicht stelle.

Dies traf vielleicht für das Heer zu, nicht aber für die Marine; denn am 3. November meuterten 20 000 Matrosen des unter Befehl von Admiral von Hipper stehenden 1. und 3. Geschwaders. Am 4. November hißten die Besatzungen der Linienschiffe »König«, »Kronprinz Wilhelm«, »Großer Kurfürst«, »Thüringen«, »Helgoland« und »Markgraf« die rote Fahne auf den Masten ihrer Schiffe.

Die Heizer verweigerten den Dienst und rissen das Feuer aus den Kesseln. Matrosen besetzten die Kommandobrücken, zerstörten die elektrischen Leitungen, blockierten die Maschinen, löschten die Positionslichter, demolierten die Anker und Scheinwerfer und pöbelten ihre Offiziere an. Befehle wurden nicht mehr ausgeführt. Die Mannschaften murrten, ergingen sich in Drohungen und erklärten:

»Wir nehmen unser Schicksal jetzt selbst in die Hände[19]!«

Am 5. November kreuzten die meuternden Schiffe vor Lübeck. Einige hundert Matrosen gingen an Land, stürmten die Kasernen, entwaffneten die Posten, rissen den Offizieren die Schulterstücke herunter und plünderten die Arsenale. Am Abend waren sie Herren der Stadt.

Am 6. November griff die Meuterei auf Altona, Bremen und Wilhelmshaven über. Von da aus verbreitete sie sich über ganz Deutschland. Die meuternden Matrosen bildeten »Eiserne Brigaden« und marschierten auf Hamburg, Köln, Berlin, Frankfurt, Stuttgart, Magdeburg und Leipzig, wo die Sturmglocken der Revolution laut erdröhnten[20].

Prinz Max von Baden hatte am 5. November eine letzte Note von Präsident Wilson empfangen, in der er ersucht wurde, »beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu Marschall Foch zu entsenden, da-

---

19 Kapitän z. S. a. D. von Waldeyer-Hartz: »Die Meuterei der Hochseeflotte«, S. 28. Zu den Einzelheiten über die Meuterei der deutschen Marine vgl. auch Hans Kutscher: »Admiralsrebellion oder Matrosenrevolte?«, S. 53–76; Bernhard Rausch: »Am Springquell der deutschen Revolution: Die Kieler Matrosenerhebung.«

20 »Die Forderungen der Matrosen . . . begannen mit dieser: erstens sofortiger Rücktritt des Kaisers! Aus allen anderen der genannten Orte liefen die gleichen Forderungen ein: Fort mit dem Kaiser, Amnestie, Waffenstillstand, Frieden, Wahlrecht.« (Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, Berlin 1921, S. 191.)

mit dieser sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis setzen könne«. General Groener war der Meinung, man dürfe nicht länger warten, doch setzte er sich dafür ein, daß kein Offizier mit dieser Aufgabe betraut werde.

Am 6. November rief Prinz Max von Baden den Abgeordneten Erzberger, den Führer der Zentrumspartei, zu sich und beauftragte ihn, sich in Begleitung von General von Gündell als Abgesandten des Großen Hauptquartiers zum französischen Oberkommando zu begeben. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes riet Erzberger jedoch unter dem Vorwand, »dieser Offizier sei für eine solche Aufgabe ungeeignet«, davon ab, General von Gündell mitzunehmen. So fuhr General von Winterfeldt, ehemaliger Militärattaché in Paris, im Auftrag der Reichskanzlei[21] mit Erzberger nach Compiègne. Die deutsche Oberste Heeresleitung ihrerseits bestimmte niemanden dazu, sie bei den Verhandlungen zu vertreten.

Als General Groener am Donnerstag, 7. November, von Berlin nach Spa zurückkehrte, waren seine Illusionen verflogen. Er kannte nun die Vorgänge in der Heimat und wußte auch, daß das Heer nur noch bis zum Ende der Woche standhalten konnte. Fochs Divisionen standen in Brüssel, an der Maas und in Sedan. Spätestens am Sonnabend würden sie auf deutschen Boden vordringen.

Am Morgen des 8. November bedrängte Prinz Max von Baden die in Spa befindlichen Vertreter der Regierung, die Abdankung des Kaisers zu erreichen. Aber der Kaiser blieb ihren Vorstellungen gegenüber taub, und der Generalfeldmarschall stand noch immer auf seiner Seite.

Schließlich gelang es Groener, Hindenburg mit sachlichen Darlegungen wankend zu machen. Der Zorn der Generale richtete sich gegen ihn. Was mischte er sich in Dinge, die ihn nichts angingen? Konnte er das Heer nicht aus dem Konflikt herauslassen?

Kaiser und Kronprinz drohten dem Generalquartiermeister ein Kriegsgerichtsverfahren an. Hindenburg sträubte sich dagegen: Die Stunde sei zu ernst, um sich bei persönlichen Streitereien aufzuhalten. In letzter Minute rettete er Groener vor der Ungnade.

Nachts rief die Oberste Heeresleitung fünfzig Frontgenerale zusammen. Sie sollten nach Spa kommen und dem Kaiser ein ungeschminktes Bild der Lage geben.

---

21 Erzberger: »Erlebnisse im Weltkrieg«, S. 326/327. Auch General v. Winterfeldt trat Anfang Februar 1919 zurück, um nichts mehr mit den weiteren Verhandlungen zu tun zu haben.

Nacheinander trafen sie am grauen Morgen des 9. November in Spa ein und wurden sofort ins Zimmer des Generalquartiermeisters geführt. Groener klärte sie über die Vorgänge in Deutschland auf und malte ihnen die Lage in den düstersten Farben. In der Telegraphenabteilung der Obersten Heeresleitung hatte sich ein Soldatenrat gebildet. Große Unruhe herrschte in der Etappe. Im Elsaß hißten einige Einheiten bereits die rote Fahne. Die Eisenbahnen, Telegraphenämter, Munitionslager und die Rheinbrücken waren in der Hand der Revolutionäre.

Groener teilte den verstörten Generalen außerdem mit, daß der König von Bayern am 7. November aus seiner Hauptstadt fliehen mußte und daß sich extremistische Kräfte Münchens bemächtigt hätten. Eröffnete er ihnen auch, daß sich seit dem 6. November ein Unterhändler auf dem Wege nach Compiègne befand, um die Alliierten um die Waffenstillstandsbedingungen zu bitten? Das ist anzunehmen. Eines sagte er ihnen aber nicht — weil er es selbst noch nicht wußte: daß Prinz Max von Baden, von den Sorgen der letzten Woche niedergebrochen, im Begriff war zurückzutreten. Noch vor Ende des Tages gab der Reichskanzler Ebert den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden; und rief Philipp Scheidemann, »sozusagen aus dem Handgelenk, aber auch ganz selbstverständlich für einen Sozialdemokraten«, von einem Fenster des Reichstagsgebäudes herab die Republik aus[22].

Die Generale waren niedergeschmettert. Sie hatten den Eindruck, das Heer werde von zwei Seiten unter Feuer genommen. Auf die erste Frage: »Hätte der Kaiser, wenn er an der Spitze seiner Truppen nach Deutschland zurückkehrte, um dort seine Autorität wiederherzustellen, irgendeine Aussicht auf Erfolg?« antworteten 23 Generale verneinend, 15 ließen es zweifelhaft und nur ein einziger antwortete mit Ja. Auf die zweite Frage: »Würden die Verbände den Kampf mit der Waffe gegen die Bolschewisten in der Heimat aufnehmen?« antworteten acht mit Nein, 19 zweifelhaft und zwölf waren der Ansicht, das sei noch möglich[23].

Oberst Heye fertigte ein Protokoll über diese Besprechung an und

---

22 Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 173. Man hat ihm deshalb später Vorwürfe gemacht, denn es war Sache einer verfassunggebenden Versammlung, über die künftige Regierungsform zu entscheiden. In dem Prozeß, der im Oktober und November 1925 gegen ihn in München angestrengt wurde, hat er sich gegen diesen Vorwurf mit der Versicherung verteidigt, »weder er noch seine Mitarbeiter hätten die Revolution gewünscht oder geplant. Sie hätten Prinz Max von Baden als Regenten des Reiches willig akzeptiert und sogar Prinz August Wilhelm (den jüngsten Sohn des Kaisers) als Regenten in Preußen.«

23 E. O. Volkmann: »Die deutsche Revolution«, S. 58.

übergab es dem Kaiser. Der Zorn Wilhelms und des Kronprinzen war grenzenlos. Sie bezichtigten Groener des Hochverrats. Nicht allein habe er die Generale ohne Zustimmung Seiner Majestät zusammengerufen, er habe sie auch noch durch seine pessimistische Lagebeurteilung entmutigt. Auch habe er sie nüchtern empfangen, was ihre schlechte Haltung erkläre[24]. Und schließlich habe er den Bericht dem Kaiser zugeleitet, bevor noch alle Antworten vorgelegen hätten.

Erregt fragte sich der Kaiser, ob man wirklich seine Abdankung wolle. Konnte er daran glauben, daß ausgerechnet seine Generale sie von ihm verlangten? Da erhob sich General Graf von der Schulenburg. Einer seiner Ahnen war Generalleutnant unter Friedrich dem Großen gewesen, er selbst war Generalstabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Empört verwahrte er sich gegen den Defätismus, der in Spa herrsche. Er versicherte, die Frontoffiziere hätten ihre Truppen fest in der Hand und seien bereit, dem Kaiser überallhin zu folgen, wohin er sie auch führe.

Dieses Treuebekenntnis richtete den Kaiser wieder auf.

»Unter diesen Umständen«, erklärte er, »bleibt nur die Fortsetzung des Krieges . . .«

Doch Hindenburg, der den impulsiven und schwankenden Charakter Wilhelms kannte, beschwor den Kaiser, »keine Entscheidung zu treffen, die zwar seinem eigenen Wunsch entspreche, sich nach reiflicher Überlegung aber als undurchführbar erweisen würde«. Nach diesen Worten schwieg Hindenburg. Als preußischer Offizier durfte er nicht mehr sagen.

Nun aber verlor Groener angesichts dieser gewundenen Erklärungen, die ihm veralteten Formalbegriffen verhaftet zu sein schienen, die Geduld. Jede Minute, die versäumt wurde, brachte das Reich der Katastrophe näher. Den versteckten Sinn der Worte Schulenburgs begriff er ebensowenig wie das Schweigen Hindenburgs. Von den Erfordernissen der Stunde gedrängt, erklärte er schroff, das Heer stünde nicht mehr hinter Seiner Majestät und der Fahneneid sei nur eine Idee[25].

Diese Feststellung schlug ein wie der Blitz. Alle Zweifel waren zer-

---

24 »Nach einem guten Frühstück«, behauptete der Kronprinz, »und bei einer guten Zigarre wäre die Stimmung anders gewesen.«

25 »Der Fahneneid ist nur eine Idee.« Man hat ihm dieses Wort später oft vorgeworfen. Er hat sich mit der Behauptung gerechtfertigt, er habe »keineswegs ein grundsätzliches Urteil über den Fahneneid« abgeben wollen, sondern nur »eine objektive Meinung über den wahren Sachverhalt einer Lage, vor der man in der Umgebung des Kaisers um jeden Preis die Augen verschließen wollte«.

streut. Niedergeschlagen blickten sich die Generale an. Was Groener eben gesagt hatte, war die volle Wahrheit. Gab es nur einen in diesem Kreise erregt miteinander diskutierender Männer, der das bezweifeln konnte? Fraglos nicht[26]. Doch ein Württemberger, ein »süddeutscher Demokrat« mußte kommen, um diese gotteslästerlichen Worte auszusprechen und seine ruchlosen Hände an eines der heiligsten Mysterien Preußens zu legen.

In diesem letzten Kampf des Krieges, der in der Brust eines jeden einzelnen ausgefochten wurde, hatten die preußischen Offiziere den Trost, sich sagen zu dürfen, daß wenigstens nicht sie es waren, die Schwäche gezeigt hatten. Der Kaiser aber gab auf. Da der König von Bayern und der König von Sachsen geflohen waren, der Großherzog von Baden darauf bestand, er solle ihrem Beispiel folgen, und ein Untertan des Königs Wilhelm von Württemberg sich nicht scheute zu erklären, »der Fahneneid ist nur eine Idee«, mußte der Kaiser abtreten. Nicht er war es, der abdankte: die Bundesfürsten ließen ihn im Stich! Das Band, das Bismarck am Tage nach dem Sieg geschmiedet hatte, löste sich am Vorabend der Niederlage auf. Der Kaiser leistete nunmehr Verzicht auf das Reich.

Nicht aber auf Preußen! Trotz Groeners Eingreifen war der nationale Mythos noch heil. General von der Schulenburg und Generaladjutant von Plessen vertraten den Standpunkt, Wilhelm von Hohenzollern, König von Gottes Gnaden, dürfe nie und nimmer die Krone niederlegen. Mochte er als Kaiser abdanken, da die Umstände das erforderlich machten, doch König von Preußen mußte er bleiben[27]!

Der Generalfeldmarschall schloß sich dieser Auffassung an. Er riet dem Kaiser, sich vorübergehend nach Holland zurückzuziehen. In dieser Zeit werde er die Verantwortung für die Operationen übernehmen, und zwar mit um so größerer Ruhe, als er seinen kaiserlichen Herrn vor jeder Gefahr in Sicherheit wisse[28].

---

26 König Wilhelm von Württemberg hat diesbezüglich in seinem Tagebuch vermerkt: »In Wirklichkeit hatte Groener recht, doch hätte er dem Feldmarschall bedeuten sollen: Suchen Sie sich einen Preußen, um dem Kaiser so etwas zu sagen.«

27 Über den rechtlichen Unterschied zwischen diesen beiden Titeln vgl. unten, Kap. XI, S. 159, Fußnote 2.

28 Wilhelm II. verzichtete auf seine Rechte auf die Krone Preußens erst am 28. November unter dem Druck Englands, das mit der Forderung nach seiner Auslieferung aus Holland drohte, falls er nicht eine unzweideutige Abdankungserklärung unterschriebe. Diese hatte folgenden Wortlaut:

»Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich ent-

Bis zum letzten Augenblick hatte der Kaiser geglaubt, die Dinge würden eine andere Wendung nehmen. Er hatte auf ein Wunder gehofft, doch dieses Wunder war ausgeblieben. Gern wollte er noch bleiben, doch fühlte er, daß seine Generale wohl einem Prinzip, nicht aber seiner Person die Treue hielten. Nicht ohne ein Gefühl des Unwillens — und auch nicht ohne persönlichen Groll — übertrug er Hindenburg, dessen überragende Gestalt das Gebäude des Reiches vor dem Zusammenbruch noch für einige Stunden stützte, den Oberbefehl. Nach einem letzten Anruf aus Berlin schickte er sich ins Unvermeidliche: Tags darauf, am 10. November, überschritt er die Grenze nach Holland.

Am 14. August waren sie zu dritt gewesen; Ende Oktober waren sie nur noch zu zweit. Jetzt stand Hindenburg allein. Der Sturm hatte alle Bäume entwurzelt, Hindenburg aber stand immer noch aufrecht. Eine erdrückende Verantwortung lastete auf den Schultern des Einundsiebzigjährigen. Er sollte die Feindseligkeiten beenden, das Heer retten und den Bürgerkrieg verhindern. Seine Stellung war die eines Regenten ohne Regentschaft, die eines ungekrönten Monarchen. Der Kaiser hatte ihm beim Abschied die Macht übertragen, doch wußte er weder, wie fest diese Macht begründet war, noch wie weit sie sich erstreckte. Die Flucht des Kaisers bedeutete für ihn ein Interregnum. Er lebte in der Überzeugung, der Tag werde kommen, da er vor seinen Herrn hinzutreten und ihm Rechenschaft darüber abzugeben habe, wie er das ihm anvertraute Gut verwaltet hatte. Er blieb der Vasall der Hohenzollern, der unstreitige Zeuge preußischer Größe. Die Pflichten blieben die gleichen wie in der Vergangenheit. Des Königs Gegenwart oder Abwesenheit vermochten daran nichts zu ändern.

---

binde ich alle Beamten des Deutschen Reiches sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des preußischen Heeres und die Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel.

Gegeben: Amerongen, den 28. November 1918

(gez.:) Wilhelm«

Es sei darauf hingewiesen, daß der Kaiser seinen Offizieren befahl, den »Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland«, nicht der »neuen deutschen Regierung«, zu helfen. Der Unterschied ist wesentlich, denn in den Augen Wilhelms II. war der Inhaber der tatsächlichen Gewalt nicht Ebert, sondern Hindenburg.

Mittlerweile war Erzberger mit der deutschen Waffenstillstandsdelegation in Réthondes im Walde von Compiègne eingetroffen. Sie wurden am Freitag, 8. November, 9 Uhr morgens, von Marschall Foch in seinem Salonwagen empfangen. Der alliierte Oberbefehlshaber befand sich in Begleitung des britischen Admirals Sir Rosslyn Wemyss, des Generals Weygand und des Admirals Hope. Der Marschall gab seinem Generalstabschef den Befehl, den Deutschen die Waffenstillstandsbedingungen zu verlesen: »Räumung Belgiens, Frankreichs und Elsaß-Lothringens ... Räumung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe Köln, Koblenz, Mainz und Kehl ... Ablieferung von 5 000 Geschützen, 25 000 Maschinengewehren, 3 000 Minenwerfern, 5 000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwaggons, 1 700 Flugzeugen, 5 000 Lastwagen ... Auslieferung von 100 Unterseebooten, acht Kleinen Kreuzern und sechs Linienschiffen ... Die anderen Einheiten werden abgerüstet und unter Bewachung gestellt ... Die Blockade wird aufrechterhalten ... Verzicht auf die Kolonien in Afrika ...«

Aus der Traum von der deutschen Vorherrschaft! Die Stunde der Abrechnung hatte geschlagen.

Die Deutschen waren über die Härte dieser Bedingungen bestürzt[29]. Die Forderungen der Alliierten kamen einer völligen Kapitulation gleich. General von Winterfeldt bat um Milderungen, Erzberger ersuchte um eine Verlängerung der Frist für die Antwort. Diese Bedingungen konnte er nicht annehmen, ohne vorher mit seiner Regierung Rücksprache genommen zu haben.

Marschall Foch erwiderte, die Frist von 72 Stunden sei durch die alliierten Regierungen festgesetzt worden, und er habe keine Vollmacht, hieran etwas zu ändern. Die Frist lief am 11. November, 11 Uhr vormittags, ab.

Am 8. November, 13 Uhr, beauftragte Erzberger den Kapitän von Helldorf, den Wortlaut der Bedingungen dem Großen Hauptquartier zu überbringen. Dieser fuhr in der Befürchtung, nicht rechtzeitig zurück zu sein, überstürzt ab, mußte aber fünf Stunden warten, bevor er die Frontlinie passieren konnte. Die deutschen Soldaten schossen pausenlos und wie besessen, ohne die weiße Fahne am Wagen des Unterhändlers und das Blasen des Hornisten auf dem Trittbrett des Autos zu be-

29 Marschall Foch selbst war der Ansicht, daß sie diese Bedingungen nicht annehmen würden (General Mordacq: »Die Wahrheit über den Waffenstillstand«, S. 309 und 331).

merken. Schließlich faßte Helldorf den Entschluß, nicht länger zu warten, sondern um jeden Preis die Feuerlinie zu überschreiten[30]. Als er vor den deutschen Gräben ankam, war er verblüfft über den Anblick, der sich ihm bot: nur wenige Maschinengewehre im Gelände verstreut, dazu ein dünner Schleier von Männern, die sich verzweifelt mühten, den französischen Truppen standzuhalten[31].

Der Sonnabend und der Sonntag vergingen unter quälendem Warten. Es kam zu Einzelgesprächen zwischen Mitgliedern der deutschen Delegation, General Weygand und Admiral Hope. Immer wieder bemühten sich die Deutschen um eine Milderung der Bedingungen. Die größte Sorge bereitete ihnen die Ablieferung der Maschinengewehre und Lastwagen.

»Begreifen Sie denn nicht«, rief Erzberger im Laufe der Unterredungen aus, »daß Sie uns und auch sich selbst ins Verderben stürzen, wenn Sie uns alle Mittel nehmen, uns gegen den Bolschewismus zu wehren? Die Reihe wird dann auch an Sie kommen!«

Bei der Abreise Erzbergers aus Berlin waren gerade die ersten Berichte aus Kiel eingetroffen. Die Revolution ging um, ihr Ausbruch stand unmittelbar bevor. Erzberger hatte keine Ahnung, wie weit sie sich seither ausgebreitet hatte. Die unzulänglich unterrichteten Alliierten wußten es ebensowenig.

Allmählich trafen über die neutralen Staaten Nachrichten ein. Man erfuhr, daß der Kaiser abgedankt, der Kronprinz auf den Thron verzichtet und sich in Deutschland eine neue »Volksregierung« gebildet habe.

Am Sonntag, 10. November, zeigten französische Arbeiter, die einen Schaden am Sonderzug behoben, dem deutschen Unterhändler die Schlagzeilen ihrer Zeitungen. Die Abdankung des Kaisers wurde bestätigt. Erzberger vermutete schwerwiegende Vorgänge in der Heimat,

---

30 Vgl. den Bericht von Leutnant Hengy in »Paris-Soir« vom 9. November 1935.

31 Am 1. November hatten die Deutschen nur noch 31 Reservedivisionen, davon fünf ausgeruhte. Am 11. November konnten sie insgesamt nur 71, davon zwei ausgeruhte, den 100 Divisionen der Alliierten, unter denen 60 neu aufgestellt waren, entgegensetzen (Zahlen von General Mordacq: »Die Wahrheit über den Waffenstillstand«, S. 105). — Am 7. November, als Erzberger die Front überschritt, um den Waffenstillstand zu unterzeichnen, traf er den deutschen General, der den Stab in Trelon befehligte. Dieser sprach mit höchstem Lob von der Tapferkeit seiner Truppen: »Seit sechs Wochen befänden sich die Leute in ununterbrochenem Kampf; eine Division zähle nur noch 349 Köpfe, eine andere 437; es sei geradezu bewunderungswürdig, daß diese kleine Truppenzahl noch standhalte.« (Erzberger, a. a. O., S. 328.) Vgl. auch die Zahlen bei Camena d'Almeida in »Die deutsche Armee vor und nach dem Krieg 1914–1918«, S. 323 ff.

doch wußte er nicht, ob Deutschland noch ein Kaiserreich oder ob die Republik ausgerufen worden war.

Gegen 18 Uhr übergab General Weygand der deutschen Delegation eine Note mit der Ermahnung, die Frist für eine Antwort laufe am nächsten Morgen um 11 Uhr ab. Die deutsche Regierung gab noch immer kein Lebenszeichen.

Schließlich traf um 20 Uhr ein chiffriertes Telegramm von Generalfeldmarschall von Hindenburg ein:

»Chef des Generalstabes des Feldheeres an Preußisches Kriegsministerium und an deutsche Waffenstillstandskommission:
In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen in folgenden Punkten zu erreichen: Verlängerung der Räumungsfristen; Wegfall der neutralen Zonen im Rheinland; Verminderung der abzuliefernden Waggons; Blockade; Kriegsgefangene. Gelingt die Durchsetzung weniger harter Bedingungen nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.
Gegen die Ablehnung der Punkte eins, vier, fünf, sechs, acht, neun wäre flammender Protest unter Berufung auf Wilson zu erheben.
Bitte Entschluß der Regierung in diesem Sinne schleunigst herbeizuführen.«

Um 22.30 Uhr traf ein weiteres Telegramm ein, diesmal in Klartext: »Die deutsche Regierung nimmt die Waffenstillstandsbedingungen, die ihr am 8. November unterbreitet worden sind, an.« Dieses Telegramm endete mit den Worten »Reichskanzler Schluß[32]«.

Der Dolmetscheroffizier fragte Erzberger, ob »Schluß« der Name des neuen Reichskanzlers sei und »wer dieser Herr ist, den weder der französische Generalstab noch die Pariser Regierung kennen«?

Erzberger klärte ihn darüber auf, »Schluß« bedeute soviel wie »Ende«, und fügte hinzu, dies dürfte tatsächlich das Ende des Reichskanzlers sein[33].

---

32 General Mordacq (»Die Wahrheit über den Waffenstillstand«) gibt die Ankunftszeit der beiden Telegramme in umgekehrter Reihenfolge wieder, doch scheint Erzberger recht zu haben. Wahrscheinlich ist das Telegramm, in dem die am 8. November vorgelegten Waffenstillstandsbedingungen einfach angenommen werden, auf das gefolgt, in dem noch eine Reihe von Bedingungen umstritten waren. Dieses zeitliche Versehen erklärt sich daraus, daß die deutschen Sekretäre gewisse Zeit nötig gehabt haben müssen, um das erste chiffrierte Telegramm in Klartext zu übertragen, während das zweite, das in Klartext eintraf, den alliierten Behörden unmittelbar übergeben worden sein muß.

33 Erzberger, a. a. O., S. 335.

Er wußte nicht, daß es seit dem Vorabend in Deutschland keinen Reichskanzler mehr gab, daß Prinz Max von Baden sogar schon am 9. November mittags zurückgetreten war. Einige Stunden zuvor hatte Ebert ihm vorgeschlagen, sich die mit der Flucht Wilhelms II. frei gewordene Krone aufzusetzen, was der Geschichte vielleicht einen anderen Lauf gegeben hätte. Prinz Max von Baden hatte sich jedoch geweigert und es vorgezogen, die Macht in die Hände Eberts zu legen und ihn mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen. Da ihm das nicht gelungen war, hatte Ebert noch am gleichen Abend seinerseits zurücktreten müssen.

Seither hatte sich die ganze alte Ordnung aufgelöst, alle Organe der Regierungsgewalt waren zu Fall gebracht. Es gab keinen Herrscher mehr, kein Parlament und keine Minister. »Das Volk« regierte, das heißt das revolutionäre Proletariat, für das die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte verantwortlich zeichneten. Diese hatten sich spontan gebildet und die ausübende Gewalt einem Direktorium von sechs Männern übertragen[34], dem »Rat der Volksbeauftragten«, dessen Vorsitz Ebert übernommen hatte. Die Folge war, daß das Telegramm mit der Unterschrift »Der Reichskanzler«, auf Grund dessen sich Erzberger anschickte, die Bedingungen der Alliierten anzunehmen, strenggenommen keinerlei legalen Wert besaß. Um rechtskräftig zu sein, hätte es entweder von Hindenburg als Oberbefehlshaber des Feldheeres oder von Ebert als Vorsitzendem des Rates der Volksbeauftragten unterschrieben sein müssen[35].

Am 11. November um 2.05 Uhr morgens ließ Erzberger Marschall Foch wissen, er sei zu einer Sitzung zwecks Abschluß des Waffenstillstandes bereit. Diese Sitzung wurde um 2.15 Uhr eröffnet. Artikel für Artikel wurde der Text verlesen und in eine endgültige Fassung gebracht. Um 5.05 Uhr war man sich einig, und um 5.10 Uhr wurde der Waffenstillstand unterzeichnet.

Um 11 Uhr vormittags wurden die Feindseligkeiten auf der ganzen Front eingestellt. Die Geschütze schwiegen. Letztes Gewehrfeuer verhallte. Und bevor die ersten Takte der »Marseillaise« erklangen, breitete sich ein Schweigen des Todes über die Gräben.

---

34 Drei Mehrheitssozialisten — Ebert, Scheidemann und Landsberg — und drei »Unabhängige« — Haase, Dittmann und Barth.

35 Erst tags darauf, am 11. November, erfuhr Erzberger durch Offiziere, die aus Spa eingetroffen waren, daß dieses Telegramm vom Großen Generalstab abgesandt worden war.

II Das Kräfteverhältnis nach dem Waffenstillstand

Wie sah nun das Kräfteverhältnis am Morgen des 11. November aus, als der »Hornist des Waffenstillstandes« das Signal zum Feuereinstellen gab? Die Alliierten hatten kein geeintes Deutschland mehr vor sich wie bisher. Das Kaiserreich hatte zu bestehen aufgehört, und die Republik bestand noch nicht. Verworrene Kräfte regten sich und wandten sich gegeneinander im Kampf um die Macht. Es waren hauptsächlich vier Gruppen: das Heer, der Generalstab, die Regierung in Berlin und die Revolutionäre. Zwischen ihnen stand das Bürgertum, ohne feste Konturen, vom Schrecken gepackt, schwankend und unentschlossen, wem es sich anschließen sollte.

Wie war die Geisteshaltung dieser Gruppen, welche Bedeutung hatten sie für das Land und schließlich: Welche Stellung nahmen sie ein?

Das Heer hatte die Waffen niedergelegt. Die Frontsoldaten hatten so schwere Kämpfe hinter sich, daß sie, ermattet und vom Fieber geplagt, die Ereignisse wie hinter einem Schleier der Unwirklichkeit vor ihren Augen vorüberziehen sahen. Bis zum letzten Augenblick hatten sie im Kampf gestanden und waren zu Tode erschöpft. Vom Krieg wußten sie nur noch das eine, daß er zu Ende war.

Im Gegensatz zu den französischen Soldaten, denen sich das »Morgen« unter den Freudentränen und dem Jubel aller seit dem Eindringen des Feindes von der Heimat getrennten Provinzen als Tag der Befreiung darbot, erwachte der deutsche Soldat aus einem schrecklichen Alptraum und fühlte in sich nur eine bedrückende Leere. Was würde morgen sein? Auf diese Frage wußte er keine Antwort. Er folgte wie besessen nur noch einem Gedanken: Er wollte nach Hause, wollte diese vier Jahre, die ihm zu viele Hoffnungen und Enttäuschungen gebracht hatten, vergessen.

War der Krieg gewonnen? Sicher nicht! Die letzten Monate hatten ihm deutlich gezeigt, auf welcher Seite die Sieger standen. Stetiger Rückzug, kein Munitionsnachschub, zusammenschrumpfende Gefechtsstärken, Lebensmittelmangel und ein Materialverschleiß, für den es keinen Ersatz mehr gab — all das sprach eine zu deutliche Sprache, als daß es irgendeinen Zweifel geben könnte. Doch war der deutsche Soldat

besiegt worden? Hier zögerte er mit der Antwort. In vielen durchwachten Nächten hatte er sich Gedanken über die Niederlage gemacht, und in seiner Vorstellungswelt war sie ihm als Verderb und Schande vorgekommen, die alles auch für ihn nur noch schlimmer machte; denn wäre die Niederlage nicht schlimmer als der Tod — warum sollte man dann sein Leben aufs Spiel setzen?

Nun hatte er bis an die Grenze seiner Kraft weitergekämpft und verspürte kein Bedauern, als er die Waffen niederlegte. Er führte einen Befehl aus, den letzten des Krieges. Die Einstellung der Feindseligkeiten verschlimmerte seine Lage nicht, sondern brachte ihm im Gegenteil das Ende seines Opferganges. Hätte er nicht Vorgesetzte, die ihn daran hinderten, so hätte er sich mit den Männern von gegenüber, die ihm nach 52 Monaten gemeinsamer Entbehrungen näherstanden als seine Landsleute in der Heimat, gern verbrüdert. Er war seit langem nicht mehr gewohnt, selbständig zu denken. So verwirrten sich in ihm Vorstellungen und Tatsachen. Man sollte ihm nicht von gestern und auch nicht von morgen reden. Nur der Augenblick zählte, und dieser Augenblick war von zwei gleich starken Gefühlen bestimmt: der Befriedigung über die erfüllte Pflicht und dem Verlangen nach Schlaf.

☆

In einer ganz anderen Lage befand sich der Generalstab. Die Oberste Heeresleitung war sich über die Niederlage völlig im klaren und verfügte über alle erforderlichen Mittel, deren Umfang zu ermessen. Doch wenn der Waffenstillstand auch die Feindseligkeiten beendete, so bedeutete er doch keineswegs das Ende des Ringens. Kaum war der Krieg gegen die Alliierten beendet, da stand das Heer bereits vor einer neuen Aufgabe: der Niederringung des Feindes im Inneren. Die Revolution mußte erstickt, das Land davor bewahrt werden, in den Abgrund zu gleiten. Für diesen Kampf, bei dem außerordentlich viel auf dem Spiel stand, mußte der Generalstab alle Trümpfe in seine Hand bringen.

Einige eindrucksvolle Vorteile besaß er schon durch seine Geschichte. Bereits vor dem Krieg genoß er eine nahezu völlige Selbständigkeit. Nur die Krone setzte seiner Machtvollkommenheit Grenzen. Keine übergeordnete Autorität kontrollierte, außer in Haushaltsfragen, seine Tätigkeit. In demokratischen Staaten gehörten alle militärischen Fragen in die Zuständigkeit des Kriegsministers, nicht aber in Preußen. Von dem Tage an, da die Bildung des Landtages zu der Befürchtung Anlaß gab, die Zivilbehörden könnten sich in militärische Angelegenheiten ein-

mischen, befreite der König den Generalstab von der Vormundschaft des Ministeriums. Die Armee nahm ihr Geschick selbst in die Hand und schuldete nur noch dem Herrscher Rechenschaft. Nach 1871, als Preußen den Bundesfürsten seine Vorherrschaft aufgezwungen hatte, blieb die Lage unverändert. Das Kriegsministerium war nur eine Intendanz des Generalstabes mit der Aufgabe, das Parlament von der Höhe der erforderlichen Etatmittel zu unterrichten und diese von ihm bewilligen zu lassen.

War der Generalstab demnach schon vor dem Kriege dem Kaiserlichen Reichstag keine Rechenschaft schuldig gewesen, so schuldete er sie nun noch viel weniger dem demokratischen Reichstag, der die Hohenzollern verjagt, die Verfassung verraten und den Ausbruch der revolutionären Bewegung begünstigt hatte[1]. Nie hatte der Generalstab einen anderen Herrn als den Kaiser anerkannt.

Seit dieser das Land verlassen hatte, war das deutsche Oberkommando nur noch sich selbst, das heißt dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, verantwortlich.

Zu diesen Trümpfen, die sich aus der Geschichte ergaben, kamen andere psychologischer Natur. Der Generalstab war davon überzeugt, Deutschland werde sich niemals mit der Demokratie abfinden und stets die Macht der Freiheit vorziehen; diese Macht aber werde ihm kein Parlament je verschaffen. Die meisten im Reichstag vertretenen Parteien hatten bereits Streiks und Aufstände hinter sich, die ihre Macht in zweifelhaftem Licht erscheinen ließen. Alle Erfolge hatten sie auf Kosten der Autorität errungen.

Demgegenüber war der Generalstab stolz auf eine ruhmreiche Vergangenheit. Drei aufeinanderfolgende Kriege — gegen Dänemark, gegen Österreich und gegen Frankreich — hatten ihm den Ruf der Unbesiegbarkeit eingetragen. Hatte Schlieffen nicht vor 1914 geschrieben, das deutsche Oberkommando wisse um »das Geheimnis des Sieges«? Ein technisches Geheimnis? Zweifellos, doch mehr noch ein moralisches und religiöses. Der Große Generalstab war die irdische Verkörperung des »Gottes, der einen Preußen nie im Stich läßt«.

Aus den Wirren nach der Abdankung des Kaisers war die Unabhängigkeit des Generalstabs noch gestärkt hervorgegangen. Und sein Ruf? Ihn galt es jetzt zu bewahren. Für den Generalstab war es entscheidend,

1 Hatte man nicht erst vor acht Tagen den Führer der Unabhängigen Partei, Karl Liebknecht, der wegen defätistischer Umtriebe zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, begnadigt?

die anderen — und sich selbst — davon zu überzeugen, daß er nach wie vor das »Geheimnis des Sieges« besitze. So bemühte er sich materiell wie psychologisch darum, die Tragweite der Niederlage zu bagatellisieren. Die Verantwortung für die Katastrophe wälzte er auf andere ab — auf die Zivilbehörden, auf die Demokraten und auf die Regierung in Berlin. Und gaben ihm die Ereignisse nicht recht?

Nicht der Generalstab hatte die Verhandlungen mit den Alliierten begonnen, sondern Prinz Max von Baden. Nicht er hatte das Telegramm unterzeichnet, das zur Annahme der Bedingungen riet, sondern »der Kanzler«. Auch war der Waffenstillstandsvertrag nicht von ihm abgeschlossen worden, sondern von Erzberger. Und schließlich war auch nicht einmal er es, der die Forderung nach der Abdankung des Kaisers erhoben hatte, sondern das Berliner Kabinett. So wie wir es am Morgen des 9. November beobachtet haben, so blieb es auch im Laufe der kommenden Wochen: Die Generale schlossen sich enger um Hindenburg zusammen; von ihm allein nahmen sie Befehle entgegen, er war der einzige, dessen Autorität sie in Abwesenheit des Kaisers anerkannten. Welche Probleme auch die Zukunft bergen mochte, im Augenblick nahm sie eine Aufgabe völlig in Anspruch: die Rückführung der Truppen nach Deutschland, um die Katastrophe zu verhindern und das Heer — und mit ihm auch das Land selber — zu retten.

☆

Für die Regierung in Berlin dagegen war die Niederlage gleichzeitig auch ein Sieg. Die Abdankung des Kaisers krönte die Anstrengungen der Linksparteien. Der 9. November bedeutete für sie das Ende des erbitterten Ringens gegen Bismarck, gegen Bülow, gegen Bethmann-Hollweg und gegen alle Kanzler, die in der Regierung aufeinandergefolgt waren. Dieser 9. November brachte den Triumph der Liberalen von 1848 über die Hohenzollern, die Rache des Kleinbürgertums an der Militäraristokratie. Daraus erklärte sich zum Teil die überstürzte Hast der Sozialisten, das Kabinett zu stürzen, Wilhelm II. vom Thron zu verjagen und Frieden zu schließen[2]. Sie wollten vor allem eine Verfassungsänderung, denn sie waren überzeugt, die Errichtung einer Demokratie werde dem Land eine lange Epoche des Glücks und des Wohl-

2 Seit der Erklärung Wilsons vom 23. Oktober wiederholten Spartakisten und Unabhängige wie Liebknecht, Haase und Rosa Luxemburg unaufhörlich, »nur die Anwesenheit des Kaisers und der Generale hindere Deutschland daran, einen gerechten Frieden zu bekommen«. Sobald diese verschwunden seien, »würden die Alliierten die Vergangenheit mit einem Schwamm fortwischen«.

stands bescheren. Alle anderen Fragen erschienen ihnen zweitrangig neben diesem feierlichen Akt, der ihre Autorität festigen sollte. Sie erkannten nicht, daß eine Republik, die von Geburt an mit einer Niederlage belastet ist, unweigerlich zur Unpopularität verurteilt bleibt. Sie wurden sich auch nicht klar darüber, daß sie sich bald an der völligen Unmöglichkeit aufreiben mußten, das deutsche Volk davon zu überzeugen, die Gründung der Republik sei nicht ein Trauertag, sondern ganz im Gegenteil ein Tag des Ruhmes, den man begeistert und ohne Hintergedanken feiern sollte.

Sie rechneten mit der Zeit, die die Schatten von dem Bild wischen sollte, doch die Zeit vertiefte sie nur. Die Berliner Regierung war im übrigen in sich selbst gespalten. Zwischen den »Mehrheitssozialisten« und den »Unabhängigen« hin- und hergerissen, war sie zu völliger Ohnmacht verdammt. Um überhaupt geduldet zu werden, mußte sie sich als »Rat der Volksbeauftragten« deklarieren. Das war allerdings nur eine Fassade, denn sobald die rote Welle abgeebbt war, gab sich die Regierung wieder bürgerlicher.

Die Wahlen vom 19. Januar 1919 offenbarten die tiefgreifende Uneinigkeit des Landes. Aus ihnen ging eine völlig zerrissene Nationalversammlung hervor, in der Sozialdemokraten neben Katholiken und Alldeutsche neben Vertretern der Schwerindustrie saßen. Ihr Ziel sollte es sein, an die Stelle des kaiserlichen, militärischen Deutschlands ein neues sozialistisches und technisches Deutschland zu setzen, doch zahlreiche gewählte Volksvertreter beteten später insgeheim das Großkapital an. Wo sollte die Regierung unter solchen Umständen die Geschlossenheit, die Selbstlosigkeit und die Kraft finden — unerläßliche Eigenschaften, wenn sie die Schwierigkeiten der kommenden Jahre meistern wollte?

Mutig, aber unbedacht hatte sie die Verantwortung für die Verhandlungen mit dem Feind und den Abschluß des Waffenstillstandes auf sich genommen. Wenige Monate später unterschrieb sie auch den Versailler Vertrag. Sie baute auf die Dankbarkeit des Volkes, dem sie den Frieden und eine freiheitliche Verfassung gebracht hatte. Doch das Volk, das sie durch Inflation und Arbeitslosigkeit in tiefste Verzweiflung stürzte, sah in ihr bald nur noch den Handlanger zu seiner schändlichen Erniedrigung.

☆

Bleiben noch die Revolutionäre. Gleich nach dem Waffenstillstand waren sie die wahren Herren Deutschlands: die Soldatenräte und die U.S.P.D.

Die dem Vorbild der Sowjets nachgeahmten Soldatenräte hatten sich in den ersten Novembertagen spontan gebildet. Ende Oktober waren sie noch unbekannt; vierzehn Tage später zählten sie schon über zehntausend Mitglieder.

Der Aufbau dieser Räte war verhältnismäßig einfach und bekundete mitten im Chaos eine dem Deutschen eigentümliche Neigung zu festen Rangordnungen. Zunächst wählte jedes Regiment einen Kasernenrat, sodann die Gesamtheit der in derselben Stadt stationierten Kasernenräte einen Garnisonsrat. Schließlich sandte dann jeder Garnisonsrat Delegierte zum Kriegsministerium nach Berlin (oder, für Bayern, nach München). Das gleiche Verfahren fand auch in den Brigade-, Divisions- und Korpsstäben wie in den Heeresbetrieben Anwendung. Die Gesamtheit dieser Delegierten bildete den »Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte«, an dessen Spitze ein Vollzugsausschuß aus 27 Mitgliedern, der »Zentralrat«, stand. Dieser Zentralrat hatte die ausübende Gewalt einem Direktorium von sechs Männern übertragen, dessen Vorsitz am Abend des 9. November Ebert übernahm.

Obwohl Revolutionäre der Tat, da sie sich ja gewaltsam an die Stelle der kaiserlichen Ordnung gesetzt hatten, waren diese Soldatenräte keineswegs in ihrer Gesamtheit Revolutionäre aus innerem Antrieb — und darin lag der Widersinn der deutschen Revolution. Mit dem vom Heer übernommenen Aufbau in drei Stufen folgten sie eher geographischen denn politischen Gesichtspunkten. Sehr verschiedenartige Elemente waren in den Soldatenräten vertreten, denn ihre Mitglieder verdankten ihre Wahl nicht ihrer politischen Meinung, sondern den Regimentern und Garnisonen, denen sie jeweils angehörten. Daher auch ihr Opportunismus und ihr unterschiedliches Verhalten, das sich ganz danach richtete, ob sie für Einheiten des Feldheeres, der Etappe oder des Heimatheeres sprachen.

Die Unabhängigen Sozialisten (U.S.P.D.), deren militanter Flügel sich bald den Namen »Spartakus[3]« zulegte, waren erheblich radikaler als die meisten Soldatenräte. Sie bildeten eine politische Gruppe, die sich ihrer Ziele durchaus bewußt war, wenn es ihnen auch nicht ganz

3 Es gab dann »Spartakisten« und »Unabhängige«, deren Führer Liebknecht und Ledebour waren. Nur geringe Unterschiede in der Doktrin trennten diese beiden Gruppen voneinander. Fast immer marschierten sie gemeinsam.

klar war, auf welche Weise sie sie erreichen konnten. Diese Partei war im April 1917 aus einer Abspaltung von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, an deren äußerstem linken Flügel sie stand, hervorgegangen[4]. Sie hatte daher eine nur kurze Geschichte. Ihre Führer aber waren nach dem Vorbild Lenins und der russischen Revolution von glühender Begeisterung erfüllt. Ihre Taktik bestand darin, Rädelsführer in die Soldatenräte einzuschleusen, um diese in ihrer Richtung mit fortzureißen. Ihr Todfeind war weniger die Regierung in Berlin, in die sie einige ihrer Anhänger hineinbringen konnten, als vielmehr der Große Generalstab, denn diese beiden extremen Gruppen waren jede einem anderen, miteinander unvereinbaren mystischen Glauben verschworen. Dem von den Offizieren verkörperten Dogma von der Allmacht des Staates stellten die Spartakisten den Traum von der proletarischen Verbrüderung entgegen.

An jenem Novembermorgen, da die Sturmglocken laut dröhnten, erwarteten sie, die Grenzschranken würden niederbrechen und die Völker Europas sich versöhnt in die Arme fallen. Für sie war der 11. November weder ein Sieg noch eine Niederlage — für sie war er nicht weniger als die Morgenröte einer neuen Zeit. Ihre Lehrsätze waren ein wirres Durcheinander von romantischem Idealismus und marxistischem Materialismus, in dem die »Hymne an die Freude« mit kommunistischen Theorien vermengt wurde. Das erste Ziel des Regimes, das sie zu errichten gedachten, sollte die Beseitigung aller obrigkeitlichen Ordnung in Wehrmacht und Industrie, Finanzwesen und Landwirtschaft sein.

Ohne Zweifel waren ihre Führer — Liebknecht, Ledebour und Rosa Luxemburg in Berlin, Kurt Eisner, Toller und Landauer in München — von einem hohen Ideal erfüllt, doch entbehrten sie jeder politischen Erfahrung. Eisner war gerade aus Galizien zurückgekehrt, Liebknecht kam aus dem Gefängnis. Die meisten Führer der Bewegung waren Juden und hatten keine innere Bindung zum deutschen Boden, kosmopolitische Intellektuelle, Sturm-und-Drang-Dichter, deren Parolen die schlimmsten Instinkte der Massen entfesselten. Die kurze Zeit, für die sie an die Macht kamen, offenbarte ihre Ohnmacht. In weniger als zwei Monaten hatten sie unwiderruflich abgewirtschaftet und Deutschland in blutige Anarchie gestürzt. Ihr tragisches Ende jedoch, das ihre Schwäche sicher

4 Haase, Dittmann und Barth hatten sich geweigert, die von den Sozialdemokraten 1914 eingeschlagene Politik, die kaiserliche Regierung zu unterstützen und für die Kriegskredite zu stimmen, weiter mitzumachen. Sie hatten eine kleine Gruppe von Abgeordneten auf ihre Seite gezogen, die dann die »Unabhängige Sozialdemokratische Partei« (USPD) im Gegensatz zu den »Mehrheitssozialisten« (SPD) bildeten.

nicht entschuldigt, flößt trotz allem Mitgefühl ein. Fehlten der deutschen Revolution auch die führenden Köpfe, so lag es an diesen Männern, daß ihr wenigstens nicht die Märtyrer fehlten.

☆

Welche Haltung nahmen diese sich gegenüberstehenden Kräftegruppen nun ein?

Die Armee schwankte zwischen Treue zum Generalstab und Billigung der Parolen der Soldatenräte. Bisher war die revolutionäre Propaganda nur oberflächlich in die Fronteinheiten eingesickert. Für den Augenblick hielten sich die Regimenter noch an den traditionellen Gehorsam. Noch war das Band zwischen Offizier und Mann nicht zerrissen.

Der Generalstab stand zwischen den Alliierten, deren Bedingungen er zu erfüllen hatte, und der Regierung in Berlin. Beide gefährdeten seine Autorität. Doch wenn er auch gezwungen war, sich dem Willen der Sieger zu beugen, so hinderte ihn andererseits nichts daran, gegen den »Feind im Inneren« vorzugehen.

Die Regierung in Berlin stand zwischen dem Generalstab und den Revolutionären. Beide drohten sie hinwegzufegen, um ihre eigene Diktatur — eine Militärdiktatur oder eine Diktatur des Proletariats — aufzurichten. Zwischen beiden mußte sie lavieren, um ihre Stellung zu behaupten.

Die Revolutionäre schließlich, die »alle Macht für die Arbeiter- und Soldatenräte« forderten, bemühten sich darum, die Kluft zwischen Truppe und Offizierkorps zu vertiefen, um den Generalstab lahmzulegen. Gemeinsam mit der Armee blieben sie die »große Unbekannte« von morgen.

Kein Wunder, daß die Lage unter solchen Umständen verworren war und sich die Alliierten angesichts des Schauspiels, das sich ihnen bot, nicht mehr auskannten. Kein Wunder, daß die Niederlage nur bruchstückhaft in das Bewußtsein des deutschen Volkes eindrang und jede dieser Gruppen die Verantwortung dafür auf die anderen abwälzte.

Auf alliierter Seite wurde folgende Überlegung laut: Wäre der Krieg fortgesetzt und der Waffenstillstand in Berlin unterzeichnet worden, so hätte man den Dingen einen grundlegend anderen Lauf gegeben und Deutschland gezwungen, »sich seinem Schicksal zu beugen«. Das ist möglich, aber nicht sicher. General Mordacq[5] und der amerikanische

5 Mordacq: »Die Legenden des Großen Krieges«, S. 163.

General Bliss haben das seit November 1918 versichert, andere haben es bestritten[6]. Am 9. November fragte Clemenceau bei einer Unterredung mit Marschall Foch den alliierten Oberbefehlshaber, »ob er als Soldat nicht einen Nachteil, einen politischen oder strategischen Fehler darin erblicke, den Deutschen einen Waffenstillstand zu gewähren?« Der Marschall antwortete ohne Zögern:

»Ich erblicke darin nur Vorteile. Die weitere Fortsetzung des Ringens hieße ein großes Spiel wagen. Sie würde bedeuten, daß wir für recht zweifelhafte Ergebnisse vielleicht weitere 50 000 oder 100 000 Franzosen — nicht eingerechnet die Alliierten — in den Tod schickten. Ich müßte mir mein ganzes Leben darüber Vorwürfe machen. Es ist schon genug Blut vergossen worden. Es reicht!«

Welche Fehler Frankreich in der Folgezeit auch immer begangen haben mag, die Tatsache, daß es den Krieg nicht einen Tag länger als notwendig fortsetzte, wird man ihm immer zugute halten müssen.

War es nun auch kein Fehler, den Waffenstillstand am 11. November abzuschließen, so war es dagegen sicher falsch, ihn mit einer Delegation von Zivilisten, die im Auftrag der Berliner Regierung handelte, und nicht mit Abgesandten des Großen Generalstabes abzuschließen. Alle Völker sind für einprägsame Bilder empfänglicher als für abstrakte Ideen, und das deutsche Volk macht hiervon keine Ausnahme. Je verworrener eine Situation ist, desto größere Anschaulichkeit muß man ihr verleihen. Wäre Feldmarschall von Hindenburg persönlich gekommen, um Marschall Foch seinen Degen zu überreichen — so wie Napoleon III. es gegenüber Wilhelm I. nach der Schlacht von Sedan tun mußte —, hätte Deutschland zweifellos begriffen, daß es militärisch besiegt war. Durch ihre Verhandlungen nur mit Erzberger aber verschafften die Alliierten dem deutschen Generalstab eine unverhoffte Unantastbarkeit und

6 Marschall Foch namentlich hat seiner Meinung über diese Frage mit großer Klarheit Ausdruck gegeben. »Der Waffenstillstand«, erklärte er im wesentlichen, »brachte ans Licht, wie verschieden die Kriegsziele der Alliierten waren. Mit den Deutschland in Réthondes auferlegten Bedingungen hatte Großbritannien alles erreicht, was es wünschte: die Auslieferung der Flotte und die Rückgabe der deutschen Kolonien. An den Friedensverhandlungen brauchte es fast kein Interesse mehr zu zeigen. Frankreich, das den Krieg nur geführt hatte, um ihn zu gewinnen, hatte ebenfalls sein Ziel erreicht: die Befreiung seines Bodens, doch mußte es noch für seine Sicherheit sorgen und durch den Friedensvertrag in den Besitz des ›Rheinschildes‹ kommen. Nur die Amerikaner waren enttäuscht. Ihre Generale hatten die erhofften Lorbeeren nicht geerntet. Außerdem hätten die Amerikaner die Feindseligkeiten auch deshalb gern weiter hinausgezogen, weil sie ihren Einfluß festigen und dadurch die überragende Rolle, die sie beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu spielen gedachten, rechtfertigen wollten.« Diese Meinung des Marschalls Foch scheint der Auseinandersetzung ein Ende zu setzen.

zwangen die junge deutsche Republik, ganz allein die Bürde der Niederlage auf sich zu nehmen. Sie hatten damit selbst den ersten Anstoß zur »Dolchstoßlegende« gegeben.

☆

Über diese Legende ist schon so viel geschrieben worden, daß es genügt, sie mit wenigen Worten zu umreißen. Ihre Entstehungsgeschichte ist bekannt: Um den Ruf der Unbesiegbarkeit des Generalstabes zu wahren, behaupteten die reaktionären Parteien, Deutschland wäre niemals besiegt worden, hätten die Sozialdemokraten der Armee nicht den Dolch in den Rücken gestoßen. Wenn man das hört, gewinnt man den Eindruck, die militärische Niederlage sei die Folge des Zusammenbruchs der Heimat gewesen. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten hielten dem entgegen, die Monarchie habe sich in ihrer Verblendung selbst das Grab geschaufelt, die britische Blockade habe die Bevölkerung ausgehungert und der politische Zusammenbruch sei nichts als die Folge der militärischen Niederlage gewesen.

In diesem Streit hatten die Verfechter beider Thesen unrecht, da beide nur eine Teilwahrheit vorbrachten. Ludendorff kam der Wahrheit am nächsten, als er am 17. Oktober 1918 sagte: »Diese (schlechte) Stimmung ist aus der Heimat ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, schlecht ist[7].«

Zu glauben, die Armee könne besiegt werden, ohne daß die Heimat die unmittelbaren Auswirkungen davon zu verspüren bekäme, hieße sich die Niederlage unter der überholten Form der alten Schlachtgemälde vorzustellen: die besiegte Armee ergibt sich, und die Herren Offiziere kehren auf ihre Schlösser zurück. »Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht«, hieß es auf einem Anschlagzettel, den Graf v. d. Schulenburg, der Minister König Friedrich Wilhelms III., aushängen ließ.

Aber heutzutage bringt die militärische Niederlage in Anbetracht der Rolle, die dem Volk bei der Landesverteidigung zukommt, ganz von selbst den Zusammenbruch des Regimes mit sich[8]. Das Nachlassen der

---

7 Zit. von Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 190.

8 Das war der Fall in Frankreich 1871, in Rußland 1917, in Deutschland 1918, in der Türkei 1923, in Frankreich 1940 und abermals in Deutschland 1945. Bismarck hatte schon 1880 vorausgesehen, daß die Völker »immer mehr die Bestrebung haben, ihre Niederlage dem verantwortlichen Regime zuzuschieben«.

moralischen Widerstandskraft der Heimat bedingt gleichzeitig ein Erlahmen der Front. Beides ist so eng miteinander verknüpft, daß eine nachträgliche Trennung unmöglich ist. Das Zusammenschmelzen der Divisionsstärken, die Streiks in den Rüstungsbetrieben, die Meuterei der Flotte und die Volkserhebung sind nur verschiedene Aspekte ein und derselben Sache, und diese Sache heißt, was immer man auch sagen mag: die Niederlage.

Der Generalstab sträubte sich, das zuzugeben, und vielleicht verstand er es in gewissem Umfang auch wirklich nicht. Wie ist das möglich? Werfen wir einen Blick auf die Geschichte.

Für Moltke und Bismarck war der Krieg nur eines der Mittel, um einen reiflich überlegten politischen Plan zum Erfolg zu führen. Zu den Waffen griff man erst nach langer diplomatischer Vorarbeit und wenn die Lage günstig genug war, um dem Generalstab die Möglichkeit zu geben, mit einem Höchstmaß an Machtentfaltung und Schnelligkeit zu handeln.

Demgegenüber war für Wilhelm II. und Bethmann-Hollweg der Krieg nur ein verzweifelter Versuch, dem politischen Bankrott, den man nicht ewig hinausschieben konnte, zu entgehen. Er ist ihnen aufgezwungen worden — aber durch ihre eigene Schuld. »Wir konnten nicht länger warten«, schreibt Bethmann-Hollweg.

Diese enge Verwobenheit von Krieg und Politik zeigt sich uns auch unter einem anderen Gesichtspunkt. Clausewitz hat ihn in seiner Theorie vom »absoluten Krieg«, den er den »Manöverkriegen« Ludwigs XIV. und Friedrichs II. gegenüberstellt, entwickelt: »Gehört der Krieg der Politik an, so wird er ihren Charakter annehmen. Sobald sie großartiger und mächtiger wird, so wird es auch der Krieg, und das kann bis zu der Höhe steigen, auf der der Krieg zu seiner absoluten Gestalt gelangt[9].«

Nehmen wir an, daß ein derartiger Krieg aus einer bereits bedrohlichen politischen Lage heraus entsteht und nicht sofort zu dem erwarteten Erfolg führt: Er wird bald ungeahnte Ausmaße annehmen und sich der Kontrolle der Kriegführenden entziehen. In diesem Augenblick wird er aufhören, ein Werkzeug der Politik zu sein und eine »Kraft an sich«, eine dunkle Fatalität werden. Dann kann man ihn ebensowenig eindämmen wie eine Sturmflut: Der absolute Krieg führt zur absoluten Niederlage.

Jetzt versteht man die Überlegungen des Generalstabes. Nur der

9 Karl von Clausewitz: »Vom Kriege«, Entwürfe zum 8. Buch, 6. Kap.: »Der Krieg ist ein Werkzeug der Politik« (d. Übers.).

kann für die Niederlage verantwortlich gemacht werden, der vorher alle Kräfte der Nation in seiner Hand vereinigt und aufeinander abgestimmt hat. War dies aber nicht schon vor 1914 die Rolle, die die Oberste Heeresleitung zu spielen bemüht war? Zweifellos, doch die Niederlage machte sie plötzlich viel bescheidener. Sie wollte nur noch die rein militärische Seite der Lage sehen. Wollte man ihr Glauben schenken, so war ihre Zuständigkeit ausschließlich auf taktische und strategische Fragen beschränkt. Weder Politik noch Wirtschaft gehörten in ihr Aufgabengebiet. Auch der Generalstab war nur ein Rad in der riesigen Maschine — ein Rad, das sich allerdings noch drehte, als die Maschine schon stand. Da die Front nicht durchbrochen wurde, war die Ehre der Obersten Heeresleitung gerettet. Das Heer war nicht besiegt, es hatte nur die Waffen niedergelegt. Hatte die Heimat versagt, so war das nicht Schuld der Soldaten.

Unglücklicherweise stimmte diese Darstellung mit den Tatsachen nicht überein, denn niemand in Deutschland, nicht einmal der Kaiser, besaß im Jahre 1918 eine Machtfülle, die der des Generalstabes vergleichbar gewesen wäre. Dieser übte eine vierfache Diktatur aus.

Zunächst einmal die Diktatur der uneingeschränkten militärischen Befehlsgewalt. Seit Falkenhayn in Ungnade gefallen war, beschränkte sich der Kaiser darauf, die Entschlüsse Hindenburgs und Ludendorffs zu bestätigen.

Sodann die Diktatur im Innern, ausgeübt von den Stellvertretenden Generalkommandos. Diese waren der Verfassung nach zwar der Autorität des Reichskanzlers unterstellt, doch hatte jeder Militärbefehlshaber in seinem Befehlsbereich gleich nach Kriegsausbruch die vollziehende Gewalt von den Zivilbehörden übernommen. Damit oblag nur ihm allein die Wahrung der öffentlichen Sicherheit, die Zensur, die Überwachung der politischen Parteien und die Vornahme vorbeugender Verhaftungen, kurz alles, was Einfluß auf die moralische Haltung des Volkes haben konnte.

Dazu kam die Wirtschaftsdiktatur. Diese ergab sich aus der Schaffung einer Reihe technischer Ämter wie Kriegsernährungsamt, Kriegsrohstoffabteilung, Arbeitsamt, Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt usw., die 1916 alle in einem »Obersten Kriegsamt« unter Leitung von General Groener zusammengefaßt worden waren. Dieses Amt sollte die gesamte Wirtschaftskraft des Landes in die Hände der Obersten Heeresleitung legen.

Und schließlich übte der Generalstab als Krönung dieser Machtpyra-

mide eine politische Diktatur aus, deren Ausmaß uns von Reichskanzler Bethmann-Hollweg bezeugt wird, wenn er in seinen Erinnerungen schreibt, »daß es kaum eine Frage der Politik gab, in der Ludendorff für die Oberste Heeresleitung nicht allein die Mitwirkung, sondern auch die Entscheidung verlangte[10]«.

Wenn der Generalstab nachträglich versuchte, seine Vormachtstellung zu bagatellisieren und sich nur auf die Vorrechte berief, die unmittelbar mit dem Heer zu tun hatten, so konnte er damit doch nicht alle Anordnungen und Zeugnisse auslöschen, die bewiesen, daß diese Behauptung der Wahrheit nicht entsprach.

In der Politik aber hat eine Wahrheit, für die niemand eintritt, kaum Aussicht, sich gegenüber den tendenziösen Schlagworten einer mächtigen Partei durchzusetzen. Jede der oben geschilderten Gruppen glaubte sich im Besitz ihrer eigenen Wahrheit über die tieferen Ursachen des Zusammenbruchs und bediente sich ihrer als Aushängeschild und Rechtfertigung. Im Falle eines Sieges wollte jede Partei sich auch mit ihrer Auffassung durchsetzen.

Doch die republikanischen Parteien konnten die wenig ruhmreichen Ereignisse, die sie an die Macht geführt hatten, nicht ungeschehen machen, und der Generalstab verkündete unablässig: »Wir sind nicht besiegt worden!« Ob wahr oder unwahr, diese Worte klangen wie eine Fanfare in den Ohren der Deutschen. Der Sprache der gedemütigten Vernunft setzte das Offizierkorps die Sprache des Nationalstolzes entgegen. Ist es verwunderlich, daß es schließlich die Oberhand behielt?

---

10 Bethmann-Hollweg: »Betrachtungen zum Weltkrieg«, II, S. 47.

III Die deutsche Oberste Heeresleitung erzielt drei Vorteile

Das Reich, und insbesondere Berlin«, schreibt Scheidemann, »war in diesen ersten Wochen nach dem Zusammenbruch einfach ein Irrenhaus. Ein Volk war aus der zermürbenden Zwangshaft des Krieges ausgebrochen und wußte im ersten Taumel nicht, wohin mit seiner Freiheit. Keine behördliche Kompetenz war mehr klar und unbestritten: Das Nebeneinander von Behörden und Räten brachte unübersehbare Wirrnisse mit sich. Die Art, wie die Revolution ausgebrochen war, nämlich nicht an einem zentralen Punkt, sondern an mehreren Orten der Peripherie, rein lokal und immer wieder für einen beschränkten Bezirk, bestimmte auch fernerhin den Charakter der neuen Gewalten[1].«

Dieses Durcheinander von Politik und Verwaltung war nur ein Spiegelbild der Anarchie, die auf der Straße herrschte. Die Fürstin Blücher, eine Amerikanerin, entwirft davon in ihrem privaten Tagebuch unter dem 9. November ein eindrucksvolles Bild: »Große Militärautos mit laut johlenden Soldaten und Matrosen, rote Fahnen in den Händen, als wollten sie die Streikenden zu Gewalttaten hinreißen, zwingen ihren Weg durch die dichten Massen. Ein charakteristisches Zeichen der Revolution sind die mit Jünglingen in feldgrauer Uniform oder in Zivil beladenen Fahrzeuge. Die Leute haben geladene Gewehre, mit kleinen roten Fähnchen geschmückt. Sie springen fortwährend von ihren Sitzen auf und zwingen Soldaten und Offiziere, ihre Abzeichen abzureißen, oder sie tun es selbst, wenn sich die anderen weigern. Meist sind es junge Burschen von sechzehn bis achtzehn Jahren, die anscheinend ihre plötzliche Macht genießen; grinsend sitzen sie auf den Trittbrettern der grauen Kraftwagen, wie Schulknaben, die einen Streich vollführt haben. Trotzdem verursachen sie im Laufe des Tages viel Unheil, denn natürlich widersetzen sich ihnen einige Offiziere, was zu Blutvergießen und selbst zum Tode führt; denn diese jungen Leute schrecken vor Gewalt nicht zurück. Ich glaube, alles Blutvergießen ist fast nur der unbeschränkten ›Freiheit‹ zuzuschreiben, die sie plötzlich besitzen.

---

1 Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 212/213.

Binnen zwei Stunden fahren ungefähr 200 dieser großen Wagen bei uns vorüber. Von Minute zu Minute wirkt es beunruhigender, daß so viele unkontrollierte Kräfte plötzlich frei geworden sind. Wir haben natürlich alle eisernen Jalousien heruntergelassen, die Haustüren verschlossen und lassen nur ein Fenster auf, um sehen zu können, was draußen vorgeht[2].«

Angesichts dieses Ausbruchs der Volkswut mußte Ebert darauf verzichten, ein Kabinett nach dem üblichen Verfahren zu bilden. Er ließ sich die Macht vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der im Augenblick die Hauptstadt beherrschte, übertragen[3]. Die neue Regierung, deren Vorsitz er übernahm, nannte sich »Rat der Volksbeauftragten«, weniger aus innerer Überzeugung als unter dem Druck der Verhältnisse.

Am Abend des 9. November bezogen die Volksbeauftragten das Gebäude an der Wilhelmstraße, das noch am Vorabend die Geschäftszimmer der Reichskanzlei beherbergt hatte. In diesem Rat — aus dem man Liebknecht ausgeschlossen hatte — übernahm Ebert Innenpolitik und Militärwesen, Haase die Auswärtigen Angelegenheiten, Landsberg die Finanzen, Dittmann verschiedene Geschäftsbereiche, Barth die Sozialpolitik und Scheidemann Presse und Information. Doch gleich nach seinem Machtantritt geriet der »Rat der Volksbeauftragten« in Schwierigkeiten mit dem verwickelten deutschen Verwaltungssystem. Die meisten preußischen Minister waren im Amt geblieben[4]. Kein Volksbeauftragter konnte daher seinen Geschäftsbereich selbständig verwalten. Auf der einen Seite wurde seine Autorität von dem preußischen Minister, dem er nur beigeordnet war, eingeengt, auf der anderen mußte er über seine Handlungsweise dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Rechenschaft ablegen, der ihm die vollziehende Gewalt übertragen hatte. Über ihm standen die starren Kader der alten kaiserlichen Verwaltung; unter ihm die tosenden Gewalten der Revolution.

Im Augenblick war die Revolution siegreich, und es galt daher, behutsam mit ihr umzugehen. In ganz Deutschland, in der Heimat wie in der Etappe, in den Kasernen, Fabriken, Schulen und Rathäusern, tagten und beratschlagten die Arbeiter- und Soldatenräte. Sie berauschten sich an

2 Fürstin Blücher: »Tagebuch«, S. 305/306.

3 Für die Oberste Heeresleitung war Ebert der von Prinz Max von Baden ernannte »Reichskanzler«; für die Revolutionäre war er der »Volksbeauftragte«, der seinen Auftrag vom Zentralrat hatte. Diese doppelte Berufung erklärt zum Teil die Doppelzüngigkeit seiner Politik in den ersten Monaten der Revolution.

4 Besonders sei hier Kriegsminister General von Scheuch genannt.

ihren eigenen Reden und Aufrufen. Ganz im Banne ihrer Zukunftspläne der sozialen Befreiung, vergaßen sie die Erfordernisse der Stunde und dachten keinen Augenblick lang an die Alliierten.

Ebert aber vergaß sie nicht. Während die anderen Volksbeauftragten herumredeten, arbeitete und handelte er. Sorgenvoll fragte er sich, wie er den Sturz aufhalten und den demokratischen Staat, für den er sein ganzes Leben lang gekämpft hatte, verwirklichen könne. Würden die Wogen nicht gerade in dem Augenblick, da er fast am Ziel war, über ihm zusammenschlagen?

In dieser Stunde höchster Gefahr richtete sich sein Augenmerk naturgemäß auf das Heer. Wie würde sich das Offizierkorps verhalten? Würde es nun, da sich die Monarchie aufgelöst hatte, weiter seine Pflicht tun? Nur der Feldmarschall war in der Lage, die Disziplin in seinen Reihen aufrechtzuerhalten. Würden die Soldatenräte, falls es ihnen gelänge, die letzten noch bestehenden Bindungen zwischen Offizier und Truppe zu zerreißen, damit nicht auch die letzte festgefügte Organisation, die in Deutschland übriggeblieben war, zerstören?

Die einzige Verbindung zwischen der Obersten Heeresleitung und der Regierung war die geheime Telephonleitung zwischen den Büros General Groeners und Eberts. Am Abend des 9. November kam ein Gespräch zwischen Spa und Berlin zustande[5]. Nicht ohne Besorgnis erkundigte sich die Oberste Heeresleitung nach Eberts Plänen, und Ebert hätte gern Näheres über die Absichten des Oberkommandos erfahren.

General Groener teilte ihm mit, Feldmarschall von Hindenburg werde an der Spitze des Heeres verbleiben, bis die Truppe in voller Ordnung und Disziplin in die Heimat zurückgekehrt sei. Diese Entscheidung, »die keineswegs eine Anerkennung der gegenwärtigen Regierung bedeutet, wurde auf Grund der Anweisungen Seiner Majestät getroffen«. Als der Kaiser dem Feldmarschall den Oberbefehl über das Heer übergab, hatte er ihm zugleich befohlen, im Dienst zu verbleiben. Infolgedessen hatte der Feldmarschall den Offizieren nahegelegt, seinem Beispiel zu folgen und ihre Pflicht weiterhin vorbehaltlos zu erfüllen. Die Oberste Heeresleitung werde den Truppen durch einen Erlaß bekanntgeben lassen, daß sie nicht die Absicht habe, sich zu neuem Blutvergießen oder gar zu einem Bürgerkrieg herzugeben. Wenn sie ein Abkommen mit der neuen Regierung schließe, so einzig und allein, um das Schlimmste zu verhüten und die Ruhe und Sicherheit des Landes zu bewahren.

---

5 E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 68.

»Und was erwarten Sie von uns?« fragt Ebert, der sehr wohl weiß, daß dieses Angebot Gegenleistungen verlangt.

»Der Generalfeldmarschall erwartet von der Reichsregierung die Unterstützung des Offizierkorps bei der Aufrechterhaltung der Disziplin und der Ordnung im Heer. Er erwartet, daß die Verpflegung des Heeres mit allen Mitteln sichergestellt und daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs verhindert wird . . .«

Zögernd hält die Stimme einen Augenblick lang inne, als suche sie nach Worten.

»Ist das alles?« fragt Ebert.

»Das Offizierkorps erwartet ebenfalls, daß die Reichsregierung den Bolschewismus bekämpfen wird und stellt sich ihr hierzu zur Verfügung.«

Nach kurzer Pause antwortet Ebert:

»Übermitteln Sie dem Generalfeldmarschall den Dank der Reichsregierung.«

Der Vorsitzende des »Rates der Volksbeauftragten« atmete auf. Nun war seine Lage nicht mehr so gefährdet. In Spa aber hielt man seinen Dank für unzureichend. Man wollte etwas Greifbares, ein Schriftstück, das man den Soldaten vorweisen konnte. So richtete Ebert folgendes Telegramm an den Feldmarschall:

»An Generalfeldmarschall von Hindenburg.
Wir bitten Eure Exzellenz, für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heere unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heere nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. Die Vorgesetzten haben Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo sich Soldatenräte oder Vertrauensleute gebildet haben, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen.

(gez.:) Ebert, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth[6].«

So kam nur wenige Stunden nach der Abdankung des Kaisers, noch bevor dieser die holländische Grenze überschritten hatte, der erste politische Akt des neuen Deutschland zustande: das Bündnis zwischen

6 Nur Haase unterzeichnete nicht.

dem Großen Hauptquartier und der Zivilregierung in Form eines Geheimabkommens zwischen Groener und Ebert, das von Generalfeldmarschall von Hindenburg gebilligt wurde. Eine eindrucksvolle Kurzfassung dessen, was die kommenden Jahre bringen sollten!

Gleich von Anfang an trat der Generalstab gebieterisch auf. Er verlangte von der Regierung Schutz gegen die Einmischung der Soldatenräte. Als Gegenleistung bot er ihr seine Unterstützung zur Beseitigung jener radikalen Elemente an, die der Regierung mit zur Macht verholfen hatten[7].

Die »Volksbeauftragten« beeilten sich, diese Bedingungen zu unterschreiben. Niemand kam auf den Gedanken, daß die erste Tat einer wahrhaft revolutionären Regierung darin bestanden hätte, Hindenburg zur Eidesleistung auf die Republik zu zwingen und ihn im Falle einer Weigerung verhaften zu lassen. Diese Regierung war vielmehr bereit, auf jeden Kompromiß einzugehen, wenn der Feldmarschall nur an der Spitze des Heeres verblieb.

Nun konnten die Delegierten der Soldatenräte kommen; der Generalstab fürchtete sie nicht mehr.

Sie ließen auch nicht lange auf sich warten. Am 10. November morgens erschien eine sieben Mann starke Gruppe in Spa: die Delegierten aller Soldatenräte des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung.

Oberstleutnant Faupel empfing sie und führte sie vor eine große Wandkarte, auf der die zwei Millionen westlich des Rheins stehenden Soldaten, nach Armeen, Armeekorps, Divisionen und Brigaden gegliedert, eingezeichnet waren. Er erläuterte ihnen das Eisenbahnnetz, zeigte Pläne von Bahnhöfen, Abzweigungen, Marschtafeln, Statistiken über das rollende Material, Waggons und Lokomotiven. Dann verwies er auf die wenigen Rheinbrücken zwischen Köln und Kehl, über die diese riesige Menschenmasse hinweg mußte und vor denen sie sich stauen würde, wenn der Rückzug nicht in mathematischer Ordnung abliefe. Sollte das Heer in Unordnung geraten, würden nur wenige hunderttausend Mann davonkommen; der Rest würde von den Alliierten gefangengenommen. Waren die Delegierten der Soldatenräte bereit, die Verantwortung für ein solches Unglück auf sich zu laden? Glaubten sie wirklich, ein Recht dazu zu haben, in dieser verzweifelten

---

7 »Das Ziel unseres Bündnisses«, sagte Groener später, »war der rückhaltlose Kampf gegen die Revolution, die Wiedererrichtung einer gesetzmäßigen Regierung, dieser Regierung bewaffnete Unterstützung zu leihen und eine Nationalversammlung einzuberufen.« (Aussage im Münchner Prozeß vom Oktober bis Dezember 1925.)

Stunde die Arbeit der Offiziere durch unzeitiges Eingreifen zu erschweren, sie, deren Zuständigkeit kaum über den engen Kreis einer Schwadron oder einer Kompanie hinausging?

Den Delegierten verschlug es angesichts der Karten, auf denen sich rote, grüne, blaue und schwarze Linien miteinander kreuzten, die Sprache. Erstmals bekamen sie einen Eindruck davon, wie unglaublich verzwickt die moderne Technik war, und begriffen, daß man eine neue Welt nicht von einem Tag auf den anderen aus dem Boden stampfen kann. Einer von ihnen erklärte, es handele sich nicht um diese Dinge, die man notfalls den Offizieren überlassen könne; sie seien für die Politik verantwortlich, und in diesem Punkte würden sie eine Schmälerung ihrer Rechte nicht dulden.

Oberstleutnant Faupel fragte sie, ob sie denn nicht wüßten, daß Feldmarschall von Hindenburg ein Bündnis mit der Regierung in Berlin geschlossen habe. Dafür verlangten sie einen Beweis, und der Stabsoffizier verlas ihnen Eberts Telegramm. Darauf konnten die Delegierten der Soldatenräte nichts erwidern, da die Regierung in Berlin, von der diese Anordnung stammte, ihre Befugnisse vom Zentralrat der Soldatenräte erhalten hatte. In technischer wie in politischer Hinsicht waren sie zum Schweigen verurteilt.

Oberstleutnant Faupel machte ihnen dann, nicht ohne eine gewisse Ironie, den Vorschlag, »eine besondere Vertretung bei der Obersten Heeresleitung einzusetzen, um mit den Generalstabsoffizieren zusammenzuarbeiten und auf die Truppe zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Gehorsam einzuwirken[8]«.

Die Delegierten beratschlagten miteinander und stimmten dann dieser Lösung, die ihrer Eitelkeit schmeichelte und ihren Fehlschlag vertuschte, zu. Tags darauf wurden die Frontregimenter mit vom Soldatenrat verfaßten Flugblättern überschwemmt. Darin wurden die Regimenter aufgefordert, in guter Ordnung heimzumarschieren und ihren Offizieren wie bisher Gehorsam zu leisten. Die Frontsoldaten waren nicht wenig erstaunt. War das die Sprache der revolutionären

8 Dieses Ereignis ist von den Chronisten der Rechten und der Linken verschiedenartig interpretiert worden. »Die Ordnung in allen Soldatenräten war so groß«, schreibt E. Ludwig, »daß Hindenburg selber ihre Unterstützung befahl« (vgl. »Hindenburg«, S. 209). Oberst Reinhard seinerseits versichert: »Die Oberste Heeresleitung befahl, Soldatenräte zu bilden« (vgl. »1918/1919«, S. 36). In unseren weiteren Ausführungen wird sich zeigen, wie tendenziös diese Auslegungen sind. In Wirklichkeit war eine andere Handlungsweise für den Generalstab kaum möglich. Er verfolgte die Politik, die Soldatenräte unschädlich zu machen, indem er ihre Tätigkeit lähmte und ihre Machtbefugnisse allmählich beschnitt.

Räte? Doch was ging sie das schließlich an! Sie hatten nur den einzigen Gedanken, die Schrecken der Schützengräben hinter sich zu lassen und heimzukehren. Dankbar begrüßten sie alles, was ihrer Rückkehr diente.

In jenen kritischen Novembertagen wurde der Generalstab durch die technische Aufgabe, die er zu lösen hatte und die niemand sonst hätte übernehmen können, gerettet. Gegenüber der Berliner Regierung verzeichnete er einen Erfolg. Ein weiterer Erfolg war ihm gerade gegenüber den Soldatenräten beschieden, und in wenigen Tagen sollte er noch eine dritte Runde gewinnen. Diesmal waren es sogar die Alliierten, die ihm die Gelegenheit dazu boten.

☆

Der am 11. November unterzeichnete Waffenstillstand galt nur für eine Frist von 30 Tagen. Man mußte also bald an seine Verlängerung denken. Am 7. Dezember traf in dem unlängst nach Homburg, dann nach Kassel verlegten Großen Hauptquartier ein Telegramm von Marschall Foch ein, in dem die deutsche Oberste Heeresleitung ersucht wurde, Bevollmächtigte zu benennen, die mit ihm die Einzelheiten der Verlängerung beraten sollten. Erzberger, noch immer Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission, machte Hindenburg auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen dieser zweiten Aufforderung und der ersten, die Präsident Wilson am 5. November an Prinz Max von Baden gerichtet hatte, bestand. Damals hatte das Berliner Kabinett ohne Mitwirkung der Obersten Heeresleitung Bevollmächtigte ernannt. Deutete dieses neue Telegramm an, daß die Alliierten nicht beabsichtigten, die gegenwärtige Regierung anzuerkennen? Deutschland war jedoch gezwungen, so schnell wie möglich Frieden zu schließen. Man konnte unmöglich abwarten, bis die Revolution in ruhigere Bahnen gelenkt und eine neue Regierung gebildet war. Daher mußten die alten Bevollmächtigten ihre Aufgabe weiterführen. Es blieb nichts anderes übrig als ihre Vollmachten, seinerzeit von Prinz Max von Baden ausgestellt, durch neue zu ersetzen, die von der Obersten Heeresleitung ausgefertigt waren.

Diese Aussicht war der Obersten Heeresleitung gar nicht recht. Wurde sie nun direkt in die Waffenstillstandsverhandlungen hineingezogen? Wurde sie gezwungen, selbst die Verantwortung zu übernehmen und aus ihrer Rolle als einfaches Vollzugsorgan herauszutreten? Zunächst stellte sie die Grundlagen des Vertrages in Frage und arbeitete ein Programm von Forderungen aus, das für die Alliierten

unannehmbar war: Aufhebung der Brückenköpfe und der neutralen Zone, Verkehrsfreiheit zwischen den besetzten und den nichtbesetzten Gebieten, Verringerung der Besatzungsarmee, Entlassung der Kriegsgefangenen, sofortige Einstellung der Blockade . . .

Am 10. Dezember machte sich die neue Waffenstillstandskommission auf den Weg nach Trier, wo sie mit Marschall Foch zusammentreffen sollte. Die Delegation bestand aus 15 Mitgliedern, darunter einer Anzahl von Offizieren, die das deutsche Große Hauptquartier vertraten. Sie wohnte, scharf bewacht von amerikanischen Truppen, im Hotel zur Post. Zwei Tage vergingen, ohne daß die Alliierten von sich hören ließen. Am 12. Dezember ließ Marschall Foch Erzberger plötzlich davon in Kenntnis setzen, daß er in seinem Salonwagen nur die vier Bevollmächtigten empfangen werde, die am 8. November in Réthondes mit den Vollmachten der deutschen Regierung ausgestattet waren.

Erzberger und die drei anderen Delegierten, die ihn nach Compiègne begleitet hatten, begaben sich daraufhin zum Bahnhof. Die Verhandlungen begannen unverzüglich, »häufig vom Lärm vorbeifahrender Züge unterbrochen«. Am Abend des 13. Dezember wurde man sich einig. Eine neue Übereinkunft wurde unterzeichnet und der Waffenstillstand bis zum 11. Januar verlängert.

Welche Eingebungen mögen Marschall Foch dazu bewogen haben, in Trier wiederum nur die vier Bevollmächtigten von Réthondes zu empfangen? Wollte er das Ansehen des feindlichen Großen Hauptquartiers dadurch schmälern, daß er sich weigerte, mit ihm zu verhandeln? Fürchtete er, das Große Hauptquartier würde sich, wenn es den Zivilbehörden Anweisungen zur Ausführung bestimmter nichtmilitärischer Klauseln des Waffenstillstandes zu geben hätte, als eine von den Alliierten eingesetzte Art Überregierung betrachten und entschlossen sein, auch nach Ende der Verhandlungen an der Macht zu bleiben? War es für ihn einfach bequemer, die alten Gesprächspartner beizubehalten, oder fügte er sich ganz einfach Anweisungen aus Paris? Das letztere ist am wahrscheinlichsten, doch sollten die kommenden Ereignisse erweisen, wie falsch diese Berechnungen waren. Hätte man mit der Obersten Heeresleitung verhandelt und sie dadurch verpflichtet, ihren Teil an der Niederlage zu übernehmen, so wäre ihr Ansehen keineswegs gestärkt worden; man hätte sie dadurch vielmehr gezwungen, sich als besiegt zu erklären.

Dadurch aber, daß sie bewußt aus dem Spiel blieb, konnte sie nachträglich behaupten, sie hätte die Bedingungen der Alliierten niemals

angenommen. So konnte sie ihr Prestige, das neben technischer Meisterschaft ihr größter Trumpf war, ungeschmälert bewahren.

Hier wurde der Fehler von Réthondes wiederholt, doch wog er diesmal schwerer, denn nun war eine solche Entscheidung nicht durch den Wunsch, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, oder durch Mangel an Nachrichten über die Vorgänge in Deutschland gerechtfertigt.

Und außerdem war es die letzte Gelegenheit gewesen, den deutschen Generalstab zu zwingen, sich vor den Siegern zu beugen.

IV Die Rückführung des Westheeres

Doch zwischen Réthondes und Trier lag ein Monat — ein Monat, in dessen Verlauf die Oberste Heeresleitung eine Aufgabe löste, deren Durchführung wie ein Wunder erscheint, wenn man an die Kürze der zugestandenen Fristen und an das Durcheinander in der Heimat denkt: die Rückführung des deutschen Westheeres in seine Garnisonen.

Wie wurde diese Operation bewerkstelligt?

Gleich nach Abschluß des Waffenstillstandes geriet die Front ins Wanken. Annähernd zwei Millionen Mann kehrten dem Westen den Rücken, traten den Rückmarsch an und ließen, entsprechend den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, Hunderte von Geschützen und Maschinengewehren an den Straßenrändern oder in ihren letzten Stellungen zurück. Zwölf Stunden vor dem festgesetzten Zeitpunkt setzten sich die deutschen Westarmeen in Bewegung. In endlosen Kolonnen zogen die Feldgrauen mit Pferden und Wagen die Straßen entlang, die zum Rhein führten.

»Wie ungeheure Raupen«, schreibt ein Augenzeuge, »kriechen die endlosen Kolonnen, ziehen sich hier zusammen, dehnen sich dort auseinander, in ununterbrochener, bei Tag und Nacht nie ganz erstarrender Bewegung. Für jeden Mann ist die Stunde errechnet, ist der Platz bestimmt, wo er rastet, wo er ißt, wo er schläft. Den kleinsten Fehler in der Marschdisposition der Führer, die geringste Unpünktlichkeit der Truppen büßen Tausende mit stundenlangem Warten, mit mangelndem Schlaf, mit leerem Magen. Niemals hat sich ein Uhrwerk aus Menschen so kunstvoll, so pünktlich bewegt.

Steil sind die Straßen über das Hohe Venn, über die Eifel und den Hunsrück. Mühsam schleppen die ausgemergelten Gäule die schwerbepackten Wagen, knicken ein, stürzen zu Boden. Mühsam schreiten die Männer, denen die Glieder im Graben steif wurden, tragen die Gewehre, die nutzlos geworden sind, stützen die Kameraden, deren Füße blutig sind[1].«

---

1 E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 76.

Dieses Bild, das an die großen Völkerwanderungen erinnerte, erstreckte sich über eine Front von 500 Kilometern und wiederholte sich Tag für Tag bis zum Ende des Monats.

Gewiß durfte der Generalstab stolz auf das Ergebnis sein: 360 Stunden nach Abschluß des Waffenstillstandes waren die besetzten Gebiete vollständig geräumt. »Das gewaltige Heer hatte sich ordnungsgemäß mit der Genauigkeit einer Maschine zurückgezogen. Diese marschierende Masse bewahrte ihre Ordnung, Disziplin und den Gehorsam ihren Vorgesetzten gegenüber, als hätte sie neue Kraft gewonnen[2].«

Wer anders als der Generalstab hätte zu jener Zeit in Deutschland eine derartige Leistung vollbringen können[3]? Etwa die Zentralregierung? Oder die Revolutionäre? Angesichts dieses Triumphes der Technik und der Autorität über den Geist der Unordnung und der Disziplinlosigkeit fand das Offizierkorps sein altes Selbstvertrauen wieder. Zweifellos wurde es durch das milde, sonnige Spätsommerwetter begünstigt, das lange Marschstrecken ermöglichte. Dazu kamen die Fähigkeiten des Generals Groener, dessen Erfahrung auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens von unschätzbarem Wert war. Und endlich arbeiteten auch die Soldatenräte des Feldheeres loyal mit den Militärbehörden zusammen. Das Offizierkorps aber empfand sehr wohl, daß der Ruhm für diese Operation recht eigentlich ihm gebührte. Psychologisch kam dieser meisterhafte Rückzug einem Siege gleich. Beim Anblick der in voller Ordnung marschierenden Divisionen, der genau nach Plan aufeinanderfolgenden Züge, geriet das Offizierkorps in Hochstimmung. Es fühlte sich als Sachwalter einer unwiderstehlichen Kraft: Die Ordnung, die es im Heere aufrechterhalten konnte, würde es zu gegebener Zeit auch ganz Deutschland aufzuzwingen wissen.

☆

Während sich der Rückzug pünktlich vollzog, gestaltete sich die Lage in Berlin in seltsamem Gegensatz hierzu immer chaotischer. Zwei miteinander rivalisierende Gremien machten sich hier die Macht streitig: der »Rat der Volksbeauftragten« und der »Zentralrat« der Arbeiter- und Soldatenräte. Letzterer arbeitete wie eine Art Revolutionsparlament

2 Paul Gentizon: »L'Armée allemande après la Défaite«, S. 20.

3 »Ich atmete erleichtert auf«, schreibt Erzberger, »als mir im Dezember 1918 von der Obersten Heeresleitung gemeldet wurde, daß die gesamte deutsche Armee auf ihrem Rückmarsch ungefährdet den Rhein überschritten habe; nicht ein einziger Truppenkörper sei in feindliche Gefangenschaft geraten. Dieses über Erwarten günstige Resultat war nur der Umsicht und Ruhe der Obersten Heeresleitung zu verdanken.« (Erzberger: »Erlebnisse im Weltkrieg«, S. 341.)

und faßte täglich radikalere Entschlüsse. Der »Rat der Volksbeauftragten« war außerdem weit davon entfernt, eine geschlossene Einheit zu bilden. Wie wir schon sahen, war er in zwei Lager gespalten: einen rechten Flügel mit Ebert, Landsberg und Scheidemann und einen linken Flügel mit Barth, Dittmann und Haase. Der rechte Flügel stand in regelmäßiger Verbindung mit dem Großen Generalstab, der linke mit dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte. Hätten die »Volksbeauftragten« also ihren Gefühlen freien Lauf lassen können, sie hätten sich gegenseitig umgebracht. Und in einer solchen von Haß und überhitzten Leidenschaften erfüllten Atmosphäre mußten sie miteinander beraten, diskutieren, verhandeln und Gesetze machen.

In der Armee dagegen hatten die Schwierigkeiten des Rückzugs die Bande zwischen dem Großen Generalstab und dem Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung gefestigt. Der Rat fühlte sich von der ihm anvertrauten Aufgabe geschmeichelt und spielte gern den Vermittler zwischen Offizier und Truppe. In zunehmendem Maße erlag er dabei dem Einfluß der Militärbehörden und war über die vom Berliner Zentralrat verbreiteten Aufrufe zum Ungehorsam empört.

Hatten nicht meuternde Einheiten im Rücken der Truppen die Eisenbahnlinien zerstört und dadurch den Verpflegungsnachschub verhindert? Einen Augenblick lang schien es, als sollten die Regimenter auseinanderlaufen. Der Generalstab befürchtete, das Heer könne sich auflösen, bevor es den Rhein erreicht hatte. Daher forderte er vom Offizierkorps eine letzte, gewaltige Kraftanstrengung, um diese Gefahr zu bannen.

Auch der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung wollte die radikalen Umtriebe geißeln und seinen Willen zur Zusammenarbeit bekunden. So gab er am 17. November folgendes Rundschreiben heraus:

»An alle Soldaten des Feldheeres!
Haltet Zucht und Ordnung während des ganzen Rückmarsches aufrecht! Vor allem ist es notwendig, daß nirgends Eingriffe in den Eisenbahnverkehr erfolgen, daß Proviantdepots und Proviantzüge unangetastet bleiben und daß möglichst alle Vorräte, alle Materialien, Transportmittel, Ausrüstungsgegenstände in die Heimat zurückgebracht werden. Wo immer von einzelnen treulosen Kameraden dagegen verstoßen werden sollte, haben die Soldatenräte des Feldheeres einzuschreiten und die Verbrecher unnachsichtlich zu verfolgen. Nur das strengste Vorgehen gegen diese unsauberen Elemente kann deren Treiben unterbinden.«

Von diesen guten Absichten überrascht, wurde der Generalstab kühner. Warum sollte man, da der Soldatenrat so gefügig war, nicht mit seiner Hilfe einen politischen Druck auf das Land ausüben? Auf diese Weise könnte man sich des Zentralrats in Berlin entledigen — und vielleicht sogar des linken Flügels des Rates der Volksbeauftragten, dessen theoretische Forderungen die »konstruktiven« Bemühungen Eberts und Scheidemanns lähmten.

Am 19. November überreichte der Soldatenrat dem Generalstab eine Note, die an Ebert weitergeleitet werden sollte. Darin verwahrte er sich gegen die Diktatur einer radikalen Minderheit und forderte den unverzüglichen Zusammentritt der Nationalversammlung. Diese Note wurde den Truppen zur Kenntnis gebracht, von denen sogleich unzählige zustimmende Telegramme eintrafen.

Durch diesen Erfolg gewann die Oberste Heeresleitung den Eindruck, daß sie bald die Oberhand zurückerlangen und es ihr daher ein leichtes sein werde, mit den Revolutionären fertig zu werden. Sie wußte nicht, daß die meisten dieser Telegramme von Offizieren stammten, und hatte keine Ahnung von der geistigen Verfassung der Bevölkerung in der Heimat. Sie verkannte das Ausmaß der Bewegung, die über Deutschland hinwegfegte. Ebensowenig wie an die Niederlage konnte sich die Oberste Heeresleitung an den Gedanken des Zusammenbruchs gewöhnen. Sie hielt die Gefahr für gebannt und trug sich bereits mit dem Gedanken, den Gegnern ihren Willen zu diktieren. Ein schwerer Irrtum, den sie bald bereute.

Am 20. November gab der Generalstab bekannt, die roten Fahnen hätten aus dem Heer zu verschwinden. Zuwiderhandlungen würden bestraft werden. Berlin wurde davon unterrichtet, und im Kabinett rief diese Entscheidung stürmische Debatten hervor.

Am 22. November erkannte der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung plötzlich, daß man ihn ausgenutzt hatte. Er verlangte für die Truppe das Recht, ihre Führer selbst zu ernennen und abzusetzen. Die Meinungsverschiedenheit konnte beigelegt werden, und der Soldatenrat zog sein Ultimatum zurück. Fortan aber begegneten sich Offiziere und Mannschaften mit Mißtrauen. Das einstige Vertrauen kehrte nicht zurück.

Der Generalstab hatte seine Maske zu früh fallenlassen und wollte diesen Zwischenfall vergessen machen. Zur Ablenkung regte er den Gedanken eines großen politischen Aufrufs an, in dem die einstimmige Ablehnung des Heeres gegenüber dem Gebaren des Zentralrats in Berlin

festgestellt werden sollte. Nach einigem Zögern stimmte der Soldatenrat zu. Am 25. November verschickte er Einladungen zu einem großen nationalen Kongreß in Bad Ems, an dem Delegierte aller Soldatenräte des Feldheeres teilnehmen sollten.

☆

General Groener verhandelte inzwischen über Oberst von Haeften, den Vertreter der Obersten Heeresleitung beim »Rat der Volksbeauftragten«, mit Ebert.

Die Militärbehörden hatten einen Plan ausgearbeitet, den sie auf dem Kongreß in Ems durchzusetzen gedachten. Dieser Plan sah folgende Punkte vor:

»1. Sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Schaffung einer vorläufigen Reichsverfassung, deren endgültige Festlegung der Nationalversammlung vorbehalten bleiben soll;
2. Abschaffung der Arbeiter- und Soldatenräte und volle Wiederherstellung der Kommandogewalt der Offiziere;
3. Ablieferung aller Waffen seitens der Zivilbevölkerung. Auflösung der revolutionären Ersatzformationen. Die Leitung der gesamten Aktion soll in die Hände der Obersten Heeresleitung gelegt werden[4].«

Ebert, der seit dem 9. November in telephonischer Verbindung mit General Groener stand und dessen Bündnis mit dem Generalstab gleichzeitig seine Stärke und seine Schwäche ausmachte, erklärte sich grundsätzlich mit diesem Programm einverstanden, mahnte aber zur Vorsicht. Der Generalstab dürfe um keinen Preis das Mißtrauen der Soldatenräte noch vertiefen. Ebert fürchtete den Ausgang des Emser Kongresses, da er erfahren hatte, daß sein Kollege Barth, der zum linken Flügel des »Rates der Volksbeauftragten« gehörte, dort das Wort ergreifen sollte, um die Sache des »Zentralrats« in Berlin zu vertreten.

Groener erkannte plötzlich die Gefahr, die der von ihm selbst angeregte Schritt in sich barg. Doch nun war es zu spät zur Umkehr. Die Bewegungen der Volksmeinung lassen sich nicht lenken wie Lastwagen oder Lokomotiven. Die einzige Möglichkeit, die blieb, bestand darin,

4 Von diesem Zeitpunkt an kann man die beherrschende Stellung des Generalstabes und seine zwar nicht ausführende, aber doch anregende Rolle erkennen. Er hatte das Programm ausgearbeitet, auf dessen Grundlage Erzberger in Trier mit Marschall Foch verhandelte. Er war es, der den Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung gegen den Zentralrat in Berlin ausspielte. Und schließlich hatte er Ebert einen gemeinsamen Aktionsplan gegen die Revolutionäre vorgeschlagen. Und doch trat er nirgends in Erscheinung: weder in Trier noch in Ems noch in Berlin.

die Stimmung des Kongresses durch einige Zugeständnisse an die Soldatenräte vorher günstig zu beeinflussen.

So hob der Generalstab am 28. November die für das Tragen roter Fahnen und Abzeichen angedrohten Strafen wieder auf. Weiterhin erklärte er, die Soldatenräte seien »als Repräsentanten des Volkswillens und Inhaber der politischen Macht anzusehen«. Diese Maßnahme führte allerdings zu einem völlig entgegengesetzten Erfolg, da die Truppe in ihr eine Kapitulation des Generalstabes vor den Soldatenräten sah. Das war der erste Erfolg, den die Revolutionäre über die Oberste Heeresleitung erzielten.

In einer solchen Atmosphäre wurde der Kongreß von Ems eröffnet. Anfangs schien sich alles nach den Wünschen der Obersten Heeresleitung zu entwickeln. Die Redner sprachen für die Regierung Ebert und bezogen heftig Stellung gegen die radikalen Umtriebe des Zentralrats. Das Spiel schien gewonnen, man brauchte nur noch einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Genau in diesem Augenblick betrat der aus Berlin herbeigeeilte Barth die Rednertribüne. Er erklärte den Soldaten, man habe sie falsch unterrichtet, sie seien nur ein Spielball in den Händen der Obersten Heeresleitung. Bemerkten sie denn nicht, daß sie zu gegenrevolutionären Zwecken ausgenutzt wurden? Man habe sie bewußt getäuscht: in Berlin herrsche Ordnung. Das herzlichste Einvernehmen bestimme die Beziehungen zwischen den Volksbeauftragten und dem Zentralrat. Wenn die Soldaten ihm nicht Wort für Wort Glauben schenkten, sollten sie selbst nach Berlin kommen; dort würden sie mit offenen Armen aufgenommen werden. Der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte werde sie zu seinen Sitzungen zulassen, und sie könnten an seinen Beratungen teilnehmen. Die Zeit sei nun vorbei, da nur die Vorgesetzten das Recht hätten, ihre Meinung zu äußern . . .

Diese Ausführungen — so trügerisch sie auch angesichts der wahren Lage sein mochten und so sorgfältig sie die Konflikte zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Volksbeauftragten verschwiegen — machten doch einen tiefen Eindruck auf die Frontsoldaten. Der revolutionäre Funke sprang von Gruppe zu Gruppe über. Man strebte nun eine Erweiterung der Zuständigkeiten der Soldatenräte an, die weit über die Grenzen hinausging, die die Regierung ihnen in ihrem Telegramm vom 9. November gesteckt hatte. Das Mißtrauensvotum gegen den Zentralrat war vergessen, und man beschloß statt dessen, Vertreter der Soldaten nach Berlin zu entsenden.

Die Oberste Heeresleitung erkannte plötzlich den Ernst der Lage. Hier wurde die Autorität der Offiziere direkt in Frage gestellt. Die latente Vertrauenskrise, die schon seit Monaten zwischen Vorgesetzten und Untergebenen schwelte, zeichnete sich klarer ab. Damit schien gleichzeitig auch die Möglichkeit, die Revolution durch des Heer zu unterdrücken, in weite Ferne gerückt.

☆

Mittlerweile ging der Rückzug immer weiter. Die Rheinbrücken erzitterten unter dem pausenlosen Gleichschritt der Truppen, dem Rumpeln der Lastwagen und dem Getrappel der Pferde.

Gleichmäßig rollten die Wogen des Flusses, der schon die Legionen Cäsars und die Horden Attilas über sich hatte hinwegziehen sehen, dem Ozean zu. Von Köln bis Kehl kehrten die feldgrauen Kolonnen in die Heimat zurück. Die alten Kaiserstädte Worms, Speyer und Frankfurt tauchten aus dem Nebel und reckten die Türme ihrer Kathedralen gen Himmel. Die ungeheure menschliche Woge, die das Land überflutete, schwoll bei jeder zurückgelegten Etappe um all die Truppen des Hinterlandes und der linksrheinischen Garnisonen an.

Am 1. Dezember überschritten die Alliierten die deutsche Grenze. Feldmarschall von Hindenburg, der sein Hauptquartier nach Kassel verlegt hatte, bewohnte jetzt das Schloß Wilhelmshöhe, in dem Jérôme Bonaparte als König von Westfalen hofgehalten hatte und in dem Bismarck nach der Schlacht von Sedan Napoleon III. internieren ließ. Überall wurde die Gegenwart von der Vergangenheit überschattet. Hätten die Männer diese Zeichen zu deuten gewußt, sie hätten darob den Mut verloren.

Doch die Stunde war weniger denn je zum Träumen geeignet. Für alle — ob Oberste Heeresleitung, Volksbeauftragte oder Revolutionäre — bedeutete die Rückkehr der Truppen nach Berlin einen entscheidenden Wendepunkt. Wie würde sich das Heer gegenüber der Zivilbevölkerung verhalten? Würde es der radikalen Propaganda widerstehen, oder würde es ganz im Gegenteil die Kräfte der Anarchie vermehren? Für die Oberste Heeresleitung kam es vor allem darauf an, die Disziplin in den Regimentern aufrechtzuerhalten.

Für Liebknecht, Haase und die radikalen Führer war die Lage nicht weniger bedrückend. Mit dem Heranrücken des Heeres entschied sich das Schicksal der Revolution. Sollte es der Obersten Heeresleitung gelingen, ihre Truppen im letzten Augenblick wieder emporzureißen, würden

sie die Arbeiter- und Soldatenräte hinwegfegen. Jede Hoffnung auf die Errichtung einer Diktatur des Proletariats wäre dann endgültig begraben. Es ging jetzt darum, die letzte Frist zur Bewaffnung der Bevölkerung und zur Verstärkung der roten Milizen zu nutzen.

Diese Milizen setzten sich unterschiedslos aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammen; sie waren gleich in den ersten Tagen der Revolution entstanden. In vierzehn Bataillone aufgeteilt, von denen jedes 600 bis 1 500 Mann stark war, stellten sie als »Republikanische Soldatenwehr« die Wache vor den öffentlichen Gebäuden oder nahmen den Streifendienst in den Berliner Straßen wahr. Rote Armbinden und Kokarden unterschieden sie von den Soldaten des kaiserlichen Heeres. Sie standen unter dem Befehl eines von der Truppe gewählten, fünf Mann starken Komitees.

Eine fünfzehnte Abteilung dieser Milizen wurde von den Kieler Matrosenkompanien in Stärke von insgesamt 1 300 Mann gebildet. Es waren dieselben, die am Morgen des 3. November das Zeichen zur Revolution gegeben hatten. Als »Volksmarine-Division« besetzten sie das kaiserliche Schloß, das Preußische Abgeordnetenhaus, die Reichsbank und die Ausstellungshallen in Moabit. Unter der Leitung zweier tatkräftiger Anführer, Radtke und Dorrenbach, betrachteten sie sich als die »Eiserne Lanzenspitze der Revolution«.

Gleichzeitig stellte der wegen seiner revolutionären Anschauungen berüchtigte ehemalige Abgeordnete Eichhorn im Polizeipräsidium eine »Sicherheitswache« auf, die zum Schutze der Verbindungen zwischen den Matrosen Dorrenbachs und den verschiedenen Lagern der roten Miliz eingesetzt wurde.

Sehr schnell hatten Liebknecht und seine Freunde, die sich unter dem Namen »Spartakus« — des Führers des Sklavenaufstandes im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung — zusammengefunden hatten, den Nutzen erkannt, den sie aus diesen bewaffneten Gruppen ziehen konnten. Durch geschickte Propaganda gelang es ihnen, hier die Mehrheit zu erringen und nach und nach die Mehrheitssozialisten zu verdrängen.

Als diese merkten, daß ihnen die Befehlsgewalt über die Milizen entglitt und sie befürchten mußten, Opfer jener Verbände zu werden, die sie selbst geschaffen hatten, baten sie die Zentralregierung um Waffen und stellten ihrerseits eine neue »Republikanische Schutztruppe« auf, die sich in den Räumen des Reichstagsgebäudes und der Höheren Feuerwerkerschule festsetzte. Ihre Zahl belief sich auf ungefähr 4 000 Mann in zwei Bataillonen. Sie unterschieden sich von den sparta-

kistischen Milizen durch schwarz-rote Armbinden. Leider war die Führung dieser Truppe sehr mangelhaft, da sie in zwei Gruppen gespalten war: eine militärische Leitung unter Oberst Grautoff und eine technische Leitung, die die Sozialisten Franz Liebe und Arthur Baumeister wahrnahmen, so daß es bald zu Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden sich widerstreitenden Spitzen kam.

In Berlin gab es außerdem noch einige selbständige Verbände, die nur ihren eigenen Führern gehorchten, wie das 200 Mann starke »Kommando Kaiserhof« unter dem Befehl des Fliegers Brüssow und die 100 Mann starke »Sturmtruppe Bachmann« im Mossehaus. Wie würde sich dieses Gewimmel kleiner bewaffneter Gruppen gegenüber den von der Front zurückkehrenden Divisionen verhalten? Würde der Funke gleich beim ersten Zusammenstoß überspringen, würde es zum Bürgerkrieg kommen?

Ebert selbst stand zwischen den beiden feindlichen Fronten. Sein Schicksal war an das der Offiziere gekettet. Konnten sie die Ordnung wiederherstellen, so war er gerettet. Scheiterten sie, so blieb ihm nur der Rücktritt. Niemals würden ihm die Unabhängigen sein Bündnis mit der Obersten Heeresleitung vergeben. Für ihn ging es in den bevorstehenden Stunden um Sieg oder Niederlage. Seit dem 9. November hatte er einen Weg eingeschlagen, von dem es kein Zurück mehr gab. Seine Stellung im Rat der Volksbeauftragten wurde immer heikler. Seine Telephongespräche wurden abgehört, Spione des Zentralrats beobachteten ihn auf Schritt und Tritt und öffneten seine Telegramme.

Das Mißtrauen seiner Kollegen von der Linken wuchs täglich. Was hätten sie gesagt, wenn sie gewußt hätten, daß zwischen seinem Büro und dem des Generals Groener in Wilhelmshöhe eine geheime Telephonleitung bestand und daß er sich allabendlich nach Erledigung seiner Amtsgeschäfte in seinem Büro einschloß, um eine Viertelstunde mit dem Großen Hauptquartier zu sprechen? Manchmal überstieg die Aufgabe des Vorsitzenden der Volksbeauftragten menschliche Kräfte. Von Sorge und Unruhe gequält, war Ebert am Ende mit seiner Nervenkraft. Nur die ruhige Stimme Groeners mahnte ihn zur Geduld. Die beiden Männer sprachen lange und offenherzig miteinander. Diese Viertelstunde, auf die Ebert fast nie verzichtete, belebte seinen Mut und spornte ihn an, den Kampf bis zum Ende weiterzuführen. Ein wahrhaft seltsames Schauspiel, wie sich hier der Führer einer revolutionären Regierung von einem monarchistischen Offizier ermutigen und beruhigen ließ!

In den ersten Dezembertagen hatte sich die Lage derart zugespitzt, daß die Oberste Heeresleitung die Unmöglichkeit erkannte, den von Ebert und Oberst Haeften am Vorabend des Emser Kongresses ausgearbeiteten Plan in die Tat umzusetzen. Sie machte Ebert daher über Major von Harbou neue Vorschläge. Jetzt ging es nicht mehr darum, den Reichstag zusammenzurufen und auf legalem Weg zu handeln. Die Lage konnte nur noch durch Anwendung von Gewalt gerettet werden.

Am 5. Dezember sollten sich neun Divisionen von Westen, Süden und Osten auf die Hauptstadt in Marsch setzen. Sie würden dann nacheinander zwischen dem 10. und 21. Dezember in die Stadt einrücken. In diesem Zeitraum wollte man zur »Entwaffnung der Bevölkerung, Beseitigung der Deserteure und unerwünschten Elemente aus den Kasernen — worunter die Soldatenräte zu verstehen waren —, zur Festigung des Ansehens der Offiziere und zur Aufstellung von Freiwilligenverbänden schreiten«.

Ebert war über diesen Plan sichtlich entsetzt. Mochte Major von Harbou ihm auch auseinandersetzen, die Soldaten wollten Weihnachten zu Hause sein und nach der Demobilmachung der Truppen werde es zu spät zum Handeln sein, ein Gewaltstreich müsse daher zwischen dem 12. und dem 24. Dezember stattfinden — Ebert wollte auf jeden Fall Blutvergießen vermeiden und außerdem gern seine Handlungsfreiheit zurückgewinnen. Doch schon lastete die schwere Hand des Generalstabes auf seinen Schultern.

Dieser ließ so leicht nicht locker. Major von Harbou kehrte nach Wilhelmshöhe zurück, wo er die Unentschlossenheit Eberts schilderte und die Oberste Heeresleitung inständig bat, einen letzten Versuch zur Überwindung seiner Hemmungen zu machen. Daraufhin richtete Hindenburg an Ebert ein Schreiben, das Warnung und Ermahnung zugleich war. Er erinnerte ihn daran, wenn sich das Offizierkorps ihm am 9. November zur Verfügung gestellt habe, sei dies in der Überzeugung geschehen, daß sein Pflichtbewußtsein und seine Treue ihm die Anerkennung des Vaterlandes und die Unterstützung durch die neue Regierung einbringen würden. Nun aber werde seine Autorität täglich mehr erschüttert. Man werde der Dinge nur dann Herr werden können, wenn man die Autorität der Offiziere mit allen Mitteln wiederherstelle und die Soldatenräte aus der Truppe entferne.

Daher forderte der Feldmarschall:

1. die unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung;
2. daß alle Geschäfte ausschließlich von der Regierung und den gesetz-

lichen Verwaltungsorganen (das heißt von den Ministerien und nicht vom Zentralrat) wahrgenommen würden;

3. daß die Arbeiter- und Soldatenräte nur noch eine ausschließlich beratende Rolle spielen sollten.

Der Brief schloß mit den Worten:

> In Ihre Hände ist das Schicksal des deutschen Volkes gelegt. Von Ihrem Entschluß wird es abhängen, ob das deutsche Volk noch einmal zu neuem Aufschwung gelangen wird. Ich bin bereit, und mit mir das ganze Heer, Sie hierbei rückhaltlos zu unterstützen. Ich wünsche Ihnen Kraft zu entschlußfreudigem Handeln!
>
> VON HINDENBURG

Doch wie schon beim Emser Kongreß, und mit jener Vorliebe für vollendete Tatsachen, die gleichzeitig seine Stärke und auch seine Schwäche war, setzte der Generalstab durch unangebrachte Eile alles wieder aufs Spiel.

Im selben Augenblick, da Ebert das Schreiben des Feldmarschalls erhielt, erfuhren die Volksbeauftragten des linken Kabinettflügels vom Zentralrat, daß eine erste Truppenabteilung — die man erst am übernächsten Tage erwartet hatte — soeben in den westlichen Vorstädten Berlins eingetroffen und ein Sonderkommando unter dem Befehl des Generals Lequis gebildet worden sei.

Barth triumphierte, denn diesmal hatte er den Beweis für den »Verrat« Eberts in der Hand. Ausgeschlossen, daß Ebert nicht von dem Anrücken der Truppen unterrichtet gewesen sein sollte! Warum hatte er dem Rat der Volksbeauftragten davon kein Wort gesagt? Im Einverständnis mit dem Zentralrat erließ Barth einen Aufruf und verlangte, »daß man in Berlin nur die Regimenter einrücken lasse, die zur Garnison der Hauptstadt gehörten, daß man den Munitionstransport auf ein Mindestmaß beschränke und daß der Einzug der Truppen um 24 Stunden hinausgeschoben werde, um dem Zentralrat Zeit zu lassen, die Truppen zu belehren«.

Erschüttert durch die laufend gegen ihn gerichteten Anschuldigungen, setzte Ebert diesem direkten Angriff nur schwachen Widerstand entgegen und schwenkte schließlich auf die Linie Barths ein. Als Groener von diesem Meinungsumschwung erfuhr, eilte er sofort zum Feldmarschall. Ebert fehle es entschieden an Charakterstärke. Alle Pläne würden scheitern, wenn man sich auf ihn verließe. Sollte man nicht die Ver-

legung des Großen Hauptquartiers nach Berlin in Erwägung ziehen, um die Operationen dort selbst in die Hand zu nehmen?

Leider aber bildeten die Berliner Ereignisse nur einen kleinen Ausschnitt aus der revolutionären Bewegung in Deutschland. Auch Bayern schickte sich an, seine Unabhängigkeit auszurufen. Das Rheinland drohte mit ähnlichen Schritten. Die Ostgrenzen lagen ungeschützt vor dem Feinde. Da war auch die Provinz Posen, deren Einwohner gerade einen polnischen Landtag gewählt hatten. Da war Kiel, wo Noske den Belagerungszustand ausrufen mußte, um den Ausschreitungen der Matrosenräte Einhalt zu gebieten. Da waren aber auch noch die Alliierten, die sich seit dem Vortage auf dem linken Rheinufer festgesetzt hatten und deren Forderungen erfüllt werden mußten, wenn man eine Verlängerung des Waffenstillstandes wollte. Erzberger befand sich gerade auf dem Weg nach Trier, um die Verhandlungen mit Marschall Foch wiederaufzunehmen.

Sollten sich die Berliner Zwischenfälle zum Bösen wenden — und hier hing alles von einer großen Unbekannten, der Haltung der Frontsoldaten, ab —, würde Liebknecht wahrscheinlich die rote Diktatur aufrichten. Und wenn dann die Spartakisten die Oberste Heeresleitung gefangensetzten, wäre das eine Katastrophe: Sie würde nicht mehr in der Lage sein, ihre Aufgaben im übrigen Lande zu erfüllen. Dieser Gefahr durfte sie sich auf keinen Fall aussetzen, denn die Oberste Heeresleitung in Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg und der Generalstab mit dem Offizierkorps waren die letzten Bastionen der Ordnung, die letzten Wahrer der deutschen Einheit.

Der Feldmarschall teilte diesen Standpunkt völlig. Ginge er nach Berlin, würde er sich gezwungen sehen, eine Militärdiktatur zu errichten. Diese Lösung aber durfte nur für den äußersten Notfall in Erwägung gezogen werden. Es war daher vorzuziehen, das Große Hauptquartier in Wilhelmshöhe zu lassen. Getreu ihrer bewährten Methode, wollte die Oberste Heeresleitung von hier aus auch künftig durch Mittelsmänner handeln.

Infolgedessen erhielt General Lequis den Befehl, gemäß den Weisungen der Obersten Heeresleitung selbständig zu handeln. Er sollte sich dabei weder an Direktiven der Regierung noch an Anordnungen halten, die vom Kriegsministerium kämen. Er war ausschließlich dem Großen Hauptquartier, also dem Feldmarschall, verantwortlich.

Dies war eine äußerst schwerwiegende Entscheidung. General Groener wollte indessen nicht mit Ebert brechen, ohne ihn vorher auf das

Gefährliche seines Verhaltens aufmerksam gemacht zu haben. Im Einverständnis mit dem Feldmarschall schickte er seinen politischen Berater, Major von Schleicher, nach Berlin. Dieser hatte den Auftrag, Ebert mitzuteilen, die Zeit der Ausflüchte sei nun vorbei. Sollte er sich weiterhin den untragbaren Ukasen des Vollzugsausschusses beugen, werde der Feldmarschall sich gezwungen sehen, auf eigene Verantwortung zu handeln. In diesem Ausschuß sehe er den »schlimmsten Feind des Volkes«, und er werde gegen ihn »alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen«.

Das war genau das, was Ebert vermeiden wollte. Mit seinem Telephonanruf vom 9. November hatte er nicht nur die Regierung an die Oberste Heeresleitung, sondern auch die Oberste Heeresleitung an die Republik binden wollen. Sollte das Heer siegreich aus dem Kampf mit den Spartakisten hervorgehen, würde es an der Macht bleiben. Das Kabinett und mit ihm alle Hoffnung auf die Errichtung eines demokratischen Regimes würden damit hinweggefegt werden.

Am 9. Dezember rief Ebert die Volksbeauftragten zusammen. An den Beratungen nahm von Schleicher teil. Mühelos überzeugte er Ebert von der Notwendigkeit sofortigen Handelns, nur war da noch die schwierige Frage der Entwaffnung. Der Generalstab wollte die Zivilbevölkerung durch das Heer entwaffnen lassen, der Vollzugsausschuß dagegen verlangte die Entwaffnung der Soldaten durch die Arbeiter. Im Kabinett standen sich diese beiden Forderungen gegenüber und wurden auf der einen Seite durch Schleicher, auf der anderen durch Barth verfochten. Eine der beiden Parteien aber hatte es eiliger als die andere — der Generalstab, denn jede versäumte Stunde minderte den Zusammenhalt der Truppe und steigerte somit die Aussichten der Revolutionäre.

Ebert machte einen Vermittlungsvorschlag, der grundsätzlich die Entwaffnung der Zivilisten vorsah. Ein Erlaß wurde aufgesetzt, nach dem jedes Waffentragen ohne Berechtigungsschein strafbar sein sollte[5]. Jedenfalls sollte diese Anordnung aber nicht von den Reichsbehörden durchgeführt, sondern den Länderregierungen übertragen werden; die Bevölkerung der Reichshauptstadt würde demnach nicht durch General Lequis, sondern durch den mit Ebert befreundeten Stadtkommandanten Wels, der den Eid auf die neue Regierung geleistet hatte, entwaffnet werden.

5 Schleicher hatte die Todesstrafe gefordert, doch wollten die Volksbeauftragten nicht so weit gehen. Sie hatten sich darauf beschränkt, eine Geldstrafe von 1 000 Mark und fünf Jahre Gefängnis anzudrohen.

Diese Bestimmung machte in Wirklichkeit jede Entwaffnung illusorisch, und die Generalstabsoffiziere gaben sich darüber auch keiner Täuschung hin. Sie waren empört, als sie von dieser »Ausflucht« Eberts hörten, und äußerten die Absicht, geschlossen zurückzutreten und die Gewalten der Revolution sich gegenseitig verschlingen zu lassen. Die Oberste Heeresleitung fühlte sich entmutigt. General von Seeckt, dessen Kaltblütigkeit und abwägende Überlegtheit sich noch in Zukunft erweisen sollte, hatte die größte Mühe, die Geister zu beruhigen. Schließlich aber setzte er seinen Standpunkt durch. Kam es nicht in erster Linie darauf an, daß die Fronttruppen in guter Ordnung und nicht Arm in Arm mit den Revolutionären in Berlin einrückten? Im übrigen verließ man sich auf General Lequis.

Schleicher und die meisten seiner Kameraden willigten schließlich in die Vorschläge Eberts ein. Die Oberste Heeresleitung verpflichtete sich, vor dem Einzug der Regimenter in ihre Quartiere nichts zu unternehmen. Die Regierung ihrerseits wollte die Bevölkerung zur Ruhe aufrufen und jeden Zusammenstoß zwischen dem kaiserlichen Heer und den revolutionären Milizen verhindern. Auf diese Weise würde der militärische Einmarsch ohne Zwischenfälle vonstatten gehen.

☆

Am Morgen des 11. Dezember, genau einen Monat nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, hielten die Truppen unter einem bleiernen Himmel ihren Einzug in Berlin[6]. Eine nervöse und unruhige Menschenmenge drängte sich zu beiden Seiten der Prachtstraße »Unter den Linden« zwischen dem kaiserlichen Schloß und dem Brandenburger Tor. Die Zuschauer drängten sich auf den Balkons und an den Fenstern, um die Truppen vorbeimarschieren zu sehen. Überall liefen fliegende Händler herum und verkauften Zeitungen und revolutionäre Abzeichen. Plötzlich erstarrte die Menge: Vom Brandenburger Tor war eine Fanfare ertönt! Rufe wurden laut, schwollen an und erfüllten schließlich die ganze Allee mit anhaltendem Lärm: Die Frontkämpfer rückten an!

Zuerst Offiziere hoch zu Roß, dann in geschlossenen Reihen die alte kaiserliche Garde und die verschiedenen Ehrenregimenter, deren Ruhm ganz Deutschland erfüllte. Die Soldaten waren frisch rasiert, doch kein Lächeln erhellte ihre ernsten Züge. Sie waren erschöpft, ihre Blicke von

---

6 Gentizon: »La Révolution allemande«, S. 124. Der Autor war damals Korrespondent des »Temps« in Berlin.

furchtbarer Müdigkeit geprägt. Ihre Ausrüstung war poliert, die Koppel und Stiefel geputzt, ihr Schritt aber hatte etwas Düsteres und Mutloses. Die golddurchwirkten Seidenfähnchen an den Waffen hatten sie durch die Nationalfarben in rauhem Stoff ersetzt, die an frisch geschälte Stöcke geheftet waren. Offiziere und Soldaten hatten ihre Helme mit Eichenlaub bekränzt. Sogar die Maschinengewehre verschwanden unter den Laubgirlanden. Hier und da drängten sich Frauen durch die Reihen und ergriffen den Arm eines Freundes, eines Gatten, während die Kinder an der Seite ihrer Väter Schritt faßten.

Die Beifallsrufe, die einen Augenblick lang verstummt waren, brandeten erneut auf. Da kamen die Ulanen zu Pferde, die Lanze in der Hand, hoch aufgerichtet auf ihren Sätteln wie einst bei den Kaiserparaden. Teile der Ausrüstung waren erneuert worden. Die glattgestriegelten Pferde tänzelten einher wie einst. Die Offiziere trugen das Eiserne Kreuz und all ihre Auszeichnungen. Einer von ihnen gab ein Zeichen, und die Musik zu Pferde stimmte feierlich das Lied »Deutschland, Deutschland über alles« an. Die Nationalhymne klang auf, begleitet von Hörnern, Trommeln und Trompeten. Die Zivilisten entblößten ihre Häupter, die Offiziere salutierten.

Auf der Höhe des Brandenburger Tores, auf dem die Quadriga des Sieges steht, begrüßte Ebert die Gardesoldaten mit den Worten:

»Ich grüße euch, die ihr unbesiegt vom Schlachtfeld heimkehrt!«

Die Soldaten hörten nicht auf diesen Zivilisten, der ihnen ein Zeugnis ihres Heldenmutes ausstellte, nach dem sie gar nicht verlangt hatten. Warum war er nicht mit ihnen an der Front gewesen? Dort hätte er selbst erfahren können, was ein Schlachtfeld bedeutet. Die Offiziere jedoch spitzten die Ohren. Sollte es also doch stimmen, daß sie unbesiegt waren? War der Rückzug tatsächlich nur dem Zusammenbruch der Heimat zuzuschreiben? Warum sollte man das nicht glauben, da es ja der Regierungschef selbst verkündete?

Warum sprach Ebert in jenem Augenblick so schicksalsschwere Worte? Erkannte er nicht, daß er mit diesem einzigen Satz, in dem er selber nur eine Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit des Heeres sah, die Niederlage endgültig der Revolution anlastete, den Generalstab freisprach und die Republik zugleich verurteilte?

Abseits an den Bürgersteigen standen allerdings noch einige Gruppen zusammen, die die allgemeine Befriedigung nicht teilten: die Matrosen der »Volksmarine-Division« mit ihren blauen Kragen und ihren bebänderten Mützen. Mit umgehängten Gewehren, den Lauf nach unten,

gingen sie vor dem kaiserlichen Schloß auf und ab und stellten der tadellosen Haltung der Offiziere ein zynisches und bewußt nachlässiges Gebaren entgegen. In ihnen kochte verhaltener Zorn. Zweifellos witterten sie mit dem Einzug der Truppen die Gefahr eines Gewaltstreiches oder einer Gegenrevolution.

An den beiden folgenden Tagen marschierten die heimkehrenden Regimenter an einer gleichgültigen, teilnahmslosen Menge vorbei. Von dem fast triumphalen Einzug des Vortages war nichts mehr übriggeblieben — jetzt sah man nur den düsteren und schweigsamen Marsch einer Truppe auf dem Rückzug. Man hörte keine Lieder, Fanfaren oder Beifallskundgebungen mehr, die darüber hinwegtäuschen konnten. In dem feuchtkalten Dunst der Dezemberabende folgten nun die Vorbeimärsche im abgehetzten Schritt von Tier und Mensch. Soldaten mit unordentlich umgehängten Gewehren, Quietschen von Radachsen und dumpfe Rufe der Fahrer prägten das Bild vor der Kulisse einer Hauptstadt, die völlig teilnahmslos blieb.

Die Abteilungen rückten nacheinander in die Kasernen ein. Der Rückzug war beendet, die Demobilmachung begann.

V Die Demobilmachung und der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte

Hatte der Rückzug der Obersten Heeresleitung einen Sieg eingebracht, so sollte die Demobilmachung für sie mit einer Niederlage enden. Die bisher trotz aller aufrührerischen Aufrufe der Soldatenräte so gefügige und disziplinierte Armee entglitt ihrer Kontrolle. Das Mißtrauen zwischen Offizieren und Mannschaften, das sich schon seit Monaten ausgebreitet hatte, verwandelte sich nun in gegenseitigen grimmigen Haß. Alle Bande der Kameradschaft und der Rangordnung zerrissen. Was war schuld an diesem Fehlschlag des Generalstabes?

Zunächst einmal die Unkenntnis der menschlichen Psychologie. Für ihn war der Soldat nur ein Rädchen in einer ungeheuren Maschine. Er sollte nicht selbständig denken; das besorgten andere für ihn. Sobald er aufhörte sich unterzuordnen, sobald er persönliche Gefühle ins Spiel brachte, beging er bereits ein strafwürdiges Verbrechen.

Sodann die Unkenntnis der kollektiven Psychologie. Der Generalstab war es gewohnt, zu befehlen und auf der Stelle Gehorsam zu finden. Er hatte keinen Begriff von der Langsamkeit, mit der sich ein Gedanke in einem Gehirn festsetzt, und von der Schnelligkeit, mit der sich die Leidenschaft einer Masse bemächtigt. Überreden, überzeugen, die Gemüter für sich gewinnen, das war nicht seine Sache. Er lebte in einer Welt, in der Trompetenstöße an Stelle des Wortes getreten waren. Doch selbst wenn er die Fähigkeit besessen hätte, die Geister für sich einzunehmen, hätte er das für unwürdig gehalten; denn in seinen Augen hätte das nichts anderes bedeutet als die Verneinung seiner eigenen Autorität.

Eine andere Schwäche der Obersten Heeresleitung lag in ihrer Überzeugung, daß sich die Regeln der Strategie einfach auf die Staatsführung übertragen ließen. Sie lebte ständig in dem Glauben, es käme nur darauf an, den Feind zu überrumpeln, seine Berechnungen zunichte zu machen und seine Stellungen im Sturm zu erobern. Dabei schien sie die ungeheure Unbekannte, die in der psychologischen Reaktion der Masse liegt, zu verkennen und ließ den Dingen nie die Zeit, auszureifen.

Mehr als einmal gefährdete die Oberste Heeresleitung ihre Sache durch eine unerklärliche Überstürzung. Dagegen trug sie jedesmal dann,

wenn sie die Zeit abwartete, den Sieg davon. Doch die Naturen, die es verstehen, abzuwarten, waren selten im Generalstab. Hindenburg und Seeckt unterschieden sich in diesem Punkt von ihren Kameraden, und das machte sie ihrer Umgebung manchmal verdächtig. Warum sollte man sich zu Verhandlungen herablassen, wenn man dazu geschaffen war, seinen Willen zu diktieren? Durch diese starre Auffassung, die die menschlichen Beziehungen ausschließlich auf das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen gründete, erschwerte sich der Generalstab seine Aufgabe selbst. Sein Bemühen, die Entlassung der Soldaten zu verhindern, führte gerade zum Gegenteil. Die Truppe wurde verbittert, ihre Auflösung beschleunigt.

Die Geistesverfassung, in der sich der einfache Soldat in jenen Dezembertagen 1918 befand, war leicht zu verstehen.

Seit einiger Zeit schon waren dem Frontsoldaten Zweifel an der Berechtigung eines Krieges gekommen, den seine Vorgesetzten ihm als »frisch-fröhlich« hingestellt hatten. Im Laufe des vierjährigen Grabenkrieges sah er eine neue Wahrheit aufdämmern, die die amtlichen Berichte und Aufrufe ihm sorgfältig verschwiegen hatten. Doch war dieser eigenständige Gedanke, den er in sich aufkommen fühlte, nicht bereits ein Verrat? Eine ungekannte Verwirrung bemächtigte sich seiner. Er ging so weit, sich zu fragen, worin denn seine Pflicht bestünde. »Anstelle der Schlachtenromantik war das Grauen getreten«, schrieb einer von ihnen. »Die Begeisterung kühlte ab und der überschwengliche Jubel wurde erstickt von der Todesangst. Es kam die Zeit, da jeder zu ringen hatte zwischen dem Trieb der Selbsterhaltung und dem Mahnen der Pflicht. Auch mir blieb dieser Kampf nicht erspart. Immer, wenn der Tod auf Jagd war, versuchte ein unbestimmtes Etwas zu revoltieren, bemüht, sich als Vernunft dem schwachen Körper vorzustellen ... Ein schweres Ziehen und Warnen hub dann an, und nur der letzte Rest des Gewissens gab oft noch den Ausschlag.«

Diese Zeilen schrieb der Gefreite Adolf Hitler vom 16. bayerischen Infanterie-Regiment[1]. Er fügte allerdings hinzu: »Es war aber doch nur die Feigheit, die unter solchen Verkleidungen den einzelnen zu umstricken versuchte – doch um so schärfer ward dann der Widerstand, bis endlich nach langem innerem Streite das Pflichtbewußtsein den Sieg davontrug.« Doch für viele andere führte dieser schmerzliche Konflikt zum unwiderruflichen Einsturz all dessen, an das sie geglaubt hatten.

---

1 Adolf Hitler: »Mein Kampf«, I, S. 181.

Anstelle des alten Vertrauens war eine schreckliche Leere, ein Gemisch von Nihilismus, Überdruß und Ekel, getreten.

Weder der übereilte Abschluß des Waffenstillstandes noch die Hetzmärsche des Rückzugs hatten dem Soldaten Zeit zum Nachdenken gelassen. Das Fronterlebnis war in ihm noch wach. Der Rückzug hatte sich immer überstürzter durch feindliches oder geräumtes Gebiet vollzogen. Erst nach der Rückkehr in die Garnisonen kam diese Bewegung zum Stehen. Der Soldat wurde von seiner Familie und seinen Freunden begrüßt. Und sogleich fiel er auch der revolutionären Propaganda zum Opfer. Man setzte ihm all das auseinander, was sich seit November ereignet hatte. Er sah die langen Umzüge auf den Straßen, voran die rote Fahne, und hörte die Hymne der neuen Zeit:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!

Diese Worte weckten in ihm eine gewaltige Sehnsucht. Vor seinen Augen erstand erneut der Todeskampf der Front, und er sah wieder die an Wälle von Leichen gelehnten Maschinengewehre. Seine Teilnahmslosigkeit wich einem Gefühl der Empörung. Er hatte genug vom Heldentum. Seine Offiziere sah er nun plötzlich als Henker, seine Kaserne als Gefängnis. Viel zu lange hatte er dem Ehrgeiz seiner Führer dienen müssen. Nun hatte er nur noch einen Gedanken: die Uniform auszuziehen und ins Zivilleben zurückzukehren. Das bevorstehende Weihnachtsfest vergrößerte noch seine Ungeduld. Hieß es nicht, bestimmte Jahrgänge sollten unter den Waffen bleiben und an die Ostgrenzen verlegt werden? Wenn er nicht sofort entlassen würde, wollte er von sich aus gehen! Die Soldaten aus den Städten und Fabriken würden dann zu den Arbeiter- und Soldatenräten stoßen, und die Bauern würden auf ihre Höfe zurückkehren, um bei der Feldarbeit ihre Leiden zu vergessen.

Der Generalstab aber hatte andere Absichten. Den Offizieren erschien eine Aufgabe als besonders vordringlich: die Wiederherstellung der Ordnung in Deutschland. Und sie waren entrüstet, als sie erkennen mußten, daß ihre Männer viel zu abgekämpft waren, um die Dringlichkeit oder gar die Notwendigkeit dieser Aufgabe zu begreifen.

☆

Am 12. Dezember waren zwei Divisionen in voller Stärke in Berlin versammelt. General Lequis beschloß, an die Durchführung seiner Aufgabe zu gehen. Zunächst gab er auf eigene Verantwortung eine Reihe

von Verordnungen bekannt, die sich mit der Bildung eines Freiwilligenkorps befaßten.

Noch am gleichen Tage antwortete der »Rat der Volksbeauftragten« unter dem Einfluß von Barth und Haase mit der Veröffentlichung eines Dekrets über die Aufstellung einer republikanischen Bürgerwehr, der »Freiwilligen Volkswehr«, deren Verbände es der Regierung ermöglichen sollten, sich von der Bevormundung durch den Generalstab zu befreien[2].

Jede Abteilung sollte aus zehn Hundertschaften bestehen[3]. Die Freiwilligen hatten eine Probezeit von 21 Tagen durchzumachen, nach der sich die Fähigsten für eine Dauer von sechs Monaten verpflichten sollten. Die Dienstzeit konnte vierteljährlich verlängert werden. Alle gewählten Führer hatten zunächst ihre Eignung zur Übernahme eines Kommandos unter Beweis zu stellen. Ihre Wahl mußte daher nach vierzehn Tagen von der Truppe bestätigt werden.

Trotz der großen Arbeitslosigkeit, die in der Reichshauptstadt herrschte, stieß dieses Dekret auf allgemeine Gleichgültigkeit. Die überwiegende Mehrheit des Proletariats hatte offenbar nicht die geringste Lust, sich einer Regierung zur Verfügung zu stellen, die jeden Tag hinweggefegt werden konnte. Nur einem ehemaligen Generalstabsoffizier, dem Major Meyn, gelang es mit viel Mühe, fünf gut diszipli-

---

2 Die Hauptpunkte dieses Dekrets, die von der reinsten sozialistischen Lehre bestimmt waren, lauteten:
»Berlin, den 12. Dezember 1918.
Gesetz zur Bildung einer Freiwilligen Volkswehr.
1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist eine Volkswehr zu bilden.
2. Die Vollmachten zur Aufstellung der Abteilungen dieser Volkswehr erteilt ausschließlich der Rat der Volksbeauftragten, der auch Zahl und Stärke der Abteilungen festlegt.
3. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten. Sie verpflichtet sich der sozialdemokratischen Republik durch Handschlag.
4. In die Volkswehr werden nur Freiwillige aufgenommen. Sie wird außerhalb des Rahmens des Heeres stehen. Gerichtliche und Disziplinarverhältnisse werden noch geregelt.
5. Die Freiwilligen wählen ihre Führer selbst, und zwar 100 Freiwillige (Hundertschaft) einen Führer und drei Zugführer; mehrere Hundertschaften bilden eine Abteilung und wählen den Abteilungsführer und einen Stab. Ihm steht ein Vertrauensrat von fünf Freiwilligen beratend zur Seite.
6. Jeder Freiwillige ist im Dienst zum Gehorsam gegenüber seinen selbstgewählten Führern verpflichtet.
7.–10. Weitere Verfügungen.
Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.«
(Vgl. Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 383.)

3 Fürs erste war die Aufstellung von elf Abteilungen (also 110 Hundertschaften) mit 11 000 Mann vorgesehen.

nierte und im Straßenkampf ausgebildete Hundertschaften aufzustellen[4], und auch das gelang ihm nur, weil er die Bestimmungen des Dekrets über die Wahl der Führer außer acht ließ.

General Lequis hatte für diese fehlgeschlagenen Bemühungen der Regierung nur milden Spott. Die Unfähigkeit des Kabinetts, sich eine eigene Schutztruppe zuzulegen, ermutigte ihn, seine eigenen Pläne weiterzuverfolgen. So forderte er die Matrosen der Volksmarine-Division, die das kaiserliche Schloß und den Marstall besetzt hielten, auf, diese Gebäude zu räumen. Radtke und Dorrenbach jedoch waren keineswegs geneigt, sich einschüchtern zu lassen. Zunächst erklärten sie, daß sie nur gegen Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 120 000 Mark das Schloß räumen und die Stärke der Division auf 600 Mann herabsetzen würden. Die Volksbeauftragten nahmen diese Forderung an.

Durch diesen Erfolg ermutigt, setzte Dorrenbach sich mit Eichhorn, dem Führer der spartakistischen Sicherheitswache, und mit dem »Obersten Marinerat« von Wilhelmshaven in Verbindung. Letzterer hatte von sich aus ein »oberstes und unabhängiges Parlament für alle die Marine betreffenden Fragen« gebildet, das aus 53 Delegierten bestand und in Berlin tagte[5]. Anschließend aber besann sich Dorrenbach, dem man inzwischen »feige Schwäche« vorgeworfen hatte, eines anderen und beschloß, »auf einen Befehl der Regierung hin« im Schloß zu bleiben. Was für einen Befehl meinte er? Niemand vermochte es zu sagen . . .

Da beschloß General Lequis auf Grund geheimer Anweisungen der Obersten Heeresleitung, über den Kopf der Volksbeauftragten hinweg zu handeln und die Matrosen gewaltsam zu verjagen. Er rief seine Offiziere zu sich und fragte sie, ob ihre Leute einen Feuerbefehl befolgen würden. Die Offiziere bezweifelten das. Sie entgegneten, ihre Soldaten würden nur dann gehorchen, wenn der Befehl von Ebert selbst käme. Voller Zorn sah General Lequis sich gezwungen, die Operation zu verschieben.

☆

Inzwischen ließ die Entwaffnung der Bevölkerung, die Schleicher im Kabinettsrat vom 9. Dezember gefordert hatte, auf sich warten. Der Standortkommandant Wels konnte das Verbot des Waffentragens für

4 Dieses Korps, das am 4. Januar 1919 den Freiwilligen Landesjägern des Generals Maercker angegliedert wurde, war die Keimzelle der späteren Sicherheitspolizei von Berlin.

5 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 48.

Zivilisten nicht durchsetzen. Dafür aber entwaffneten die Zivilisten die Soldaten.

Gleich nach ihrem Einzug in Berlin lösten sich die Divisionen auf. Zwar lynchten die Männer des 1. Garderegiments am Tage ihres Einzugs in Potsdam die Mitglieder des Soldatenrats des Ersatzbataillons und alle die, die rote Armbinden trugen, doch gewannen die Soldatenräte am nächsten Tage wieder die Oberhand und zwangen den Regimentskommandeur, seinen Abschied zu nehmen.

So wurden die Regimenter nacheinander von den Revolutionären angesteckt und gingen auf die Seite der Revolution über. Wenn sich Offiziere in Uniform in der Stadt zeigten, konnten sie den Anpöbelungen der Menge nur mit größter Mühe entgehen. Männer mit roten Kokarden stürzten sich auf sie und rissen ihnen die Schulterstücke, die Revolver und die Hoheitszeichen herunter. Sofern sie Anstalten machten, sich zur Wehr zu setzen, kam es zu Blutvergießen.

Nach der Rückkehr in ihre Kasernen verlangten alle Einheiten sofortige Entlassung. Doch wie sollten zwei Millionen Mann binnen acht Tagen entlassen werden? Zunächst wurden die Elsaß-Lothringer und die Rheinpfälzer nach Hause geschickt. Dann kamen die Eisenbahner, die Bergleute und die Angestellten des Wohlfahrts- und des Verpflegungswesens an die Reihe. Die Ungeduld in der Truppe wuchs indessen von Tag zu Tag. Die Bayern, die weit im Norden bei Wesel lagen, bestanden auf sofortiger Heimführung, quer durch die große Truppenbewegung hindurch, die in west-östlicher Richtung verlief. Die in Thüringen und Schlesien liegenden Heeresteile wollten nicht divisions-, sondern jahrgangsweise entlassen werden, so daß die ältesten Soldaten zuerst an die Reihe kämen. Verzweifelt widersetzte sich die Oberste Heeresleitung diesen Forderungen, die ihre Aufgabe furchtbar erschwerten, doch mußte sie schließlich nachgeben[6].

In diesem Lande, wo alles stets bis zum Äußersten getrieben wird, bildete das Chaos der Demobilmachung ein düsteres Gegenstück zu

6 Oberst Reinhard, der seinerseits die Initiative für diese Maßnahme der Obersten Heeresleitung zuschreibt, behauptet, sie sei der Hauptgrund für den Zerfall des Heeres gewesen: »Noch entscheidender war eine andere Maßnahme des Generals Groener, die während des Rückmarsches bekannt wurde. Danach sollten die alten Jahrgänge entlassen werden und nur die jüngeren, militärdienstpflichtigen Jahrgänge eingezogen bleiben. Damit war das Offizierkorps in der Heimat sofort den jungen, undisziplinierten, durch die Revolution verdorbenen Jahrgängen der Ersatzbataillone gegenübergestellt und machtlos, während der alte, gediente und vaterländisch denkende Soldat, der allein dem Lande nützen konnte und zu Ausbildungszwecken für jüngere Jahrgänge dringend nötig war, in die Heimat entlassen wurde.« (Oberst Reinhard: »1918–1919«, S. 37.)

der Ordnung, in der der Rückzug verlaufen war. Die Ortskommandanten klagten, daß sie kein Sanitäts- und Küchenpersonal mehr hätten, ebensowenig auch Schreibstubenkräfte. Die einen waren von selbst davongelaufen, die anderen weigerten sich, ihren Dienst zu tun. Die Kommandanten der Gefangenenlager erklärten, sie hätten keine Soldaten mehr, um die Bewachung der Hunderttausende russischer Kriegsgefangener zu gewährleisten. Außerdem fehlte es an Lebensmitteln. Man fürchtete, die Kriegsgefangenen würden plündernd und raubend durch die Lande ziehen. Gewaltakte wurden immer zahlreicher.

Die Regierung nahm Zuflucht zu den äußersten Mitteln: Sie versprach den Soldaten, die im Dienst bleiben wollten, eine zusätzliche Besoldung von drei Mark. Die Stunden des Wachdienstes sollten als Überstunden berechnet und mit einer weiteren Mark besoldet werden. Die letzten Regimenter, die noch geblieben waren, verwandelten sich in Söldnerscharen.

Unter dem wachsenden Druck der Ereignisse schickte sich der Generalstab in das Unvermeidliche: Die Truppe schwand dahin. Um jeden Preis aber mußte jetzt das Offizierkorps gerettet werden — auf diesen Punkt wollte er seine ganze Mühe verwenden.

☆

Die Spartakisten fühlten, daß sie Boden gewannen. Noch einige Tage, und sie würden die Herren Deutschlands sein. Sie beschlossen, dem Offizierkorps auf dem bevorstehenden Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte den Gnadenstoß zu versetzen.

Dieser Kongreß wurde am 16. Dezember in Berlin eröffnet[7]. Die radikalen Elemente forderten gleich zu Beginn die Absetzung Hindenburgs.

Es war nicht das erste Mal, daß man seinen Kopf forderte. Schon Anfang November hatte Legationsrat von Lersner auf Betreiben des Kaisers von Spa aus mit Prinz Max von Baden telephoniert, um ihm nahezulegen, Hindenburg durch General von Gallwitz zu ersetzen. Der Kanzler aber hatte es nicht gewagt, »Deutschland der väterlichen Ge-

---

7 Da der alte Reichstag sich selbst aufgelöst hatte und die Nationalversammlung noch nicht gewählt war, war der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte zu diesem Zeitpunkt das einzige in Deutschland bestehende Parlament. An ihm nahmen mehrere hundert Abgeordnete der Länder und alle einflußreichen Mitglieder des Zentralrats, unter ihnen Hauptmann von Beerfelde, Leutnant Waltz — zwei Offiziere, die sich den Revolutionären angeschlossen hatten —, Richard Müller und Ledebour teil. Liebknecht und Rosa Luxemburg dagegen waren nicht gewählt worden (vgl. Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 221).

stalt des Feldmarschalls« zu berauben, und Hindenburg war im Amt geblieben.

Was die kaiserliche Regierung nicht hatte erreichen können, das erreichte auch der Rätekongreß nicht. Der gemäßigte Flügel machte geltend, der Abgang des Feldmarschalls würde das bestehende Chaos nur vergrößern. Es sei daher besser, das Ende der Demobilmachung abzuwarten.

Sodann bestätigte der Kongreß einen Beschluß, der schon Ende November vom Zentralrat gefaßt worden war: Er verfügte die Auflösung der Kadettenanstalten[8].

Diese Maßnahme traf die Offiziere bis ins Mark. In diesen Anstalten waren die Besten unter ihnen aufgezogen worden, dort hatten sie die ersten Bande der Kameradschaft geknüpft und ihre erste Uniform getragen. Und dort war ihnen auch die Geschichte Preußens nahegebracht, war ihr jugendlicher Ehrgeiz geweckt worden.

Die Nachricht traf sie um so mehr, als die Hauptkadettenanstalt bislang allen Versuchen dieser Art widerstanden hatte. Allen Stürmen zum Trotz war sie das Heiligtum des preußischen Militarismus geblieben. Die Offiziere, die nach dem Zusammenbruch von 1806 das preußische Heer reorganisierten, hatten ihre Statuten ändern wollen, um an Stelle des Kastengeistes den wissenschaftlichen Wetteifer zu setzen. Ihre Bemühungen aber waren an einem Willen zerbrochen, der stärker war als der ihre: die Kadettenanstalt blieb so bestehen, wie Friedrich II. sie gegründet hatte.

Die Revolution von 1848 hatte die Anstalt als »Hauptfeindin der Nation« gebrandmarkt. Die Frankfurter Nationalversammlung hatte beschlossen, sie aufzulösen. König Friedrich Wilhelm IV., »der nichts von einem Soldaten an sich hatte«, hatte sich gezwungen gesehen, eine Reformverordnung zu erlassen. Das Kadettenkorps aber, königstreuer als der König selbst, hatte diese Niederlage nicht hingenommen. Die Reformverordnung ist niemals angewandt worden[9]. Die Anstalt wurde nicht »allen Klassen der Nation« geöffnet.

Im Jahre 1862 hatte ein dritter und letzter Versuch stattgefunden.

---

8 Die Kadetten wurden in acht Kadettenanstalten (Vorkorps) und in einer Hauptkadettenanstalt erzogen. Letztere war am 1. Juli 1878 von Berlin nach Lichterfelde verlegt worden.

9 Man begnügte sich damit, die Trommelwirbel beim Wecken durch eine Glocke zu ersetzen, »was liberaler erschien«. Die Kadetten aber taten, als hörten sie das Läuten nicht. Man mußte sie mit Degenhieben aus den Betten treiben. Einige Monate später wurde der Trommelwirbel wieder eingeführt.

Der Preußische Landtag, der damals über eine liberale Mehrheit verfügte, hatte die erforderlichen Mittel für die Anstalt gestrichen. Wilhelm I. entnahm daraufhin, von Bismarck unterstützt, die notwendigen Gelder seiner Privatschatulle – und ging über die Angelegenheit hinweg.

Man kann verstehen, daß die Kadetten unter diesen Umständen gegenüber den Reserveoffizieren und ihren aus dem Truppendienst hervorgegangenen Kameraden eine besondere Kaste bildeten, »eine Gilde, die durch ihre eigenen Gesetze, Vorschriften und Sitten regiert wurde[10]«. Ihr Wille beherrschte alle Stäbe und Truppenteile. Ihr Auftrag bestand darin, das Heer so zu erziehen, wie sie selbst erzogen worden waren, und das Heer seinerseits erzog die Nation.

Als der Zentralrat die Auflösung der Kadettenanstalten verfügte, gelang ihm ein Schlag, den weder die Parlamente noch die Könige je hatten führen können. Der Bruch zwischen dem Offizierkorps und dem revolutionären Deutschland war nun endgültig vollzogen.

Aber das war noch nicht alles. Mit dem Ziel, ein für allemal mit dem militaristischen Denken Schluß zu machen, forderte Barth im Namen einer radikalen Minderheit, nun ohne weitere Zeitverschwendung das zu tun, was eigentlich der erste Schritt der Revolution hätte sein müssen: Man solle einfach das ganze Offizierkorps auflösen. Die Offiziere sahen in dieser Maßnahme einen von bewußtem Zerstörungswillen geleiteten Schritt. Sie schäumten vor Wut. Geschickt vermochte Ebert eine sofortige Entscheidung zu umgehen, »um der Regierung Zeit zur Prüfung der Frage zu geben«.

In diesem Augenblick brach eine Gruppe zerlumpter Soldaten mit Spruchbändern in den Saal ein. Die meisten hatten sich zwecks größerer Wirkung des Auftritts das Gesicht mit Schmutz und grauer Farbe beschmiert. In ihrem Namen verlangte Dorrenbach, der Führer der Volksmarine-Division, »die unverzügliche Entwaffnung der Offiziere und Frontsoldaten, die Abschaffung aller Rangabzeichen und die Übertragung der Kommandogewalt an einen obersten Soldatenrat«.

Die Kongreßteilnehmer erhoben sich und klatschten Beifall. Ein furchtbarer Tumult brach los. Der Präsident unterbrach die Sitzung und verschob die weiteren Beratungen auf den nächsten Tag.

Aber am nächsten Morgen griff Lampl, der Hamburger Abgeordnete der U.S.P.D., die Hauptforderungen Dorrenbachs wieder auf und unterbreitete sie der Versammlung in folgender Fassung:

---

10 Diese Definition stammt von Clausewitz.

1. Die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine soll von den Volksbeauftragten und dem Zentralrat ausgeübt werden; in den Garnisonen unterliegt sie den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten.
2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams werden die Entfernung aller Rangabzeichen und das Verbot des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet.
3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.
4. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.
5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst.
6. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden.
7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

Diese sieben sogenannten »Hamburger Punkte« wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Für die Politik Eberts war dies ein furchtbarer Schlag. Man verlangte von ihm gleichzeitig die Abschaffung des Generalstabes und die Schaffung eines von Grund auf neuen Heeres, das als einzige Kader die Soldatenräte haben sollte! Dies war eine materiell wie moralisch unlösbare Aufgabe.

Am 19. Dezember brauste ein noch heftigerer Sturm über die revolutionäre Versammlung. Es ging darum, einen neuen Zentralrat zu wählen. Gleich zu Beginn der Sitzung forderten die Unabhängigen, Aufgabe des Zentralrates solle nicht nur die Überwachung der Volksbeauftragten sein, sondern er müsse direkt in die Ausarbeitung der Gesetze und Verordnungen eingreifen. Ebert brachte es fertig, daß dieser Vorschlag abgelehnt wurde. Zum Zeichen des Protestes verließen die Unabhängigen den Kongreßsaal im Augenblick der Wahl des Zentralrates. Ebert verlor auch jetzt die Ruhe nicht und ließ trotzdem zur Wahl schreiten, so daß der neue Zentralrat ganz aus seinen Parteigängern gebildet wurde. Nach hartem Kampf erreichte er außerdem, daß der Wahltag für die Nationalversammlung auf 30 Tage später, also auf den 19. Januar 1919, festgesetzt wurde. Dann löste er den Kongreß auf.

Die Abgeordneten gingen mit allen Zeichen des Mißmuts auseinander. Ebert aber atmetete auf. Er hatte gerade noch das Schlimmste verhütet.

☆

Major von Harbou übermittelte diese Ergebnisse unverzüglich nach Kassel, wo sich dann General Groener zum Feldmarschall begab, um ihn über die Lage zu unterrichten.

»Ich soll meine Achselstücke ablegen, die ich seit meinen Jugendtagen trage?« erwiderte Hindenburg. »Ich soll meinen Degen abgeben, mit dem ich meinem König und meinem Vaterland drei Kriege hindurch gedient habe? Das wird nie und nimmer geschehen!«

Diesmal sahen sich die Offiziere in die Enge getrieben. Die Truppen waren ihrer Autorität entglitten. Die Entscheidungen der Revolutionäre aber konnten sie nicht annehmen, ohne ihre Ehre zu verlieren. Lieber wollten sie untergehen, als auf ihre Abzeichen, die letzten Symbole ihrer Autorität, zu verzichten.

Hindenburg befahl Groener, Berlin anzurufen.

»Sagen Sie Herrn Ebert, daß ich die Entscheidung des Kongresses über die Kommandogewalt des Offizierkorps nicht anerkenne, daß ich sie als einen Bruch der Versprechungen betrachte, die mir in den ersten Tagen der Revolution gemacht worden sind. Ich sehe keinerlei Rechtmäßigkeit in diesem Beschluß, der eine Entscheidung vorwegnimmt, die der Nationalversammlung vorbehalten bleiben muß.«

Ebert bat Groener, nichts zu überstürzen, bevor nicht alle Möglichkeiten zur Verständigung erschöpft wären. Er wollte bis zum Wahltag Zeit gewinnen. Nach dem 19. Januar würde die Regierung eine gesetzliche Grundlage haben und damit über größere Machtbefugnisse verfügen.

»Nicht wir haben diesen Konflikt herbeigeführt«, erwiderte Groener, »es ist nicht unsere Sache, ihn beizulegen.«

Ebert bat Groener inständig, keinen Bürgerkrieg vom Zaune zu brechen. Beim ersten Schuß würde die Regierung hinweggefegt werden, und dann wäre es unmöglich, dem Chaos Einhalt zu gebieten. Sollte das der Wunsch des Generalstabs sein?

»Wir haben unsere Entschlüsse gefaßt«, erwiderte Groener, »sie sind endgültig. Der Feldmarschall, die gesamte Oberste Heeresleitung und ich selbst stehen und fallen mit dieser Frage.«

Diese Sprache drängte Ebert in eine verzweifelte Lage, denn sie ließ ihm keinerlei Bewegungsfreiheit mehr. Voll Sorge sah er die Katastrophe heraufziehen, die zu vermeiden er sich seit dem 9. November bemüht hatte. Er flehte Groener an, sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen. Als dieser sich unbeugsam zeigte, bat er ihn, nach Berlin zu kommen.

Auch das schlug Groener ab. Er hatte kein Vertrauen mehr zu den Volksbeauftragten. Schon am 9. Dezember hatte er Schleicher in die Kabinettssitzung geschickt. Die Regierung hatte sich damals verpflichtet, die Zivilbevölkerung zu entwaffnen. Und was hatte sie seither getan? Nichts, oder doch fast nichts. Groener hatte genug von all diesen nutzlosen Redereien.

In heller Verzweiflung schlug Ebert ihm vor, diesmal nicht die Volksbeauftragten, sondern den Zentralrat selbst zusammenzurufen. Er traute sich zu, von den Abgeordneten die formelle Annullierung der auf dem Berliner Kongreß gefaßten Beschlüsse zu erlangen. Was konnte er mehr tun?

General Groener blieb skeptisch. Zuviel Zeit war schon mit unnützen Worten verlorengegangen. Mit den Spartakisten würde man nur durch Gewalt fertig werden. Ebert beschwor ihn, ihm ein letztes Mal Vertrauen zu schenken. Sollten diese Verhandlungen scheitern, würde er sich den Beschlüssen der Obersten Heeresleitung fügen.

Schließlich nahm Groener den Vorschlag Eberts an. Sollte er den Zentralrat einberufen, wenn er glaubte, dadurch irgend etwas erreichen zu können. Er für seinen Teil machte sich keine Illusionen mehr. Sein Gefühl sagte ihm, ein blutiger Zusammenstoß werde unvermeidlich sein.

☆

Am 20. Dezember traf Groener in Begleitung des Majors von Schleicher in der Reichshauptstadt ein. Ebert hatte, seinem Versprechen getreu, für den gleichen Tag die Mitglieder des Zentralrates einberufen.

Der General schilderte zunächst ausführlich die Lage. Er gab ein eindrucksvolles Bild von der fortschreitenden Auflösung des Westheeres und von den Gefahren, die den Ostgrenzen angesichts des in den baltischen und polnischen Provinzen herrschenden Aufruhrs drohten. Gerade diesen Augenblick zu wählen, die letzten zwischen Offizieren und Mannschaften noch bestehenden Bande zu lösen, sei eines der schlimmsten Verbrechen. Das hieße eine Katastrophe heraufbeschwören, von der sich das Land niemals wieder erholen würde.

Ebert unterstützte die Ausführungen des Generals nach Kräften: Würde die Oberste Heeresleitung gezwungen abzutreten, so sei an eine planmäßige Demobilmachung nicht mehr zu denken. Träte die Waffenstillstandskommission zurück, wie sie es androhte, wäre Deutschland den Alliierten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Auch Scheidemann

erkannte an, die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses würde »die ernstesten Folgen haben«.

Schüchtern brachten die Mitglieder des Zentralrates einige Einwände vor. Wie damals der erste Soldatenrat bei seiner Ankunft in Spa wurden auch sie durch eine Reihe technischer Überlegungen zum Schweigen gebracht. Schließlich erkannten sie an, daß die Beschlüsse des Kongresses nur schwer durchführbar waren, »man sie aber doch nicht ganz fallenlassen dürfe«.

In diesem Augenblick traf Barth, den man von der Eröffnung der Sitzung nicht unterrichtet und den man auch nicht mehr erwartet hatte, im Konferenzraum ein. Er ließ seinem Zorn freien Lauf und verlangte, die Beschlüsse des Kongresses ohne Abstriche durchzuführen. Daraufhin fand auch Dittmann seinen Mut wieder und versicherte, daß »der Zentralrat, wenn er auf die Vorschläge General Groeners einginge, Selbstmord begehen würde. Dasselbe gelte auch für die Regierung. Die Arbeiter- und Soldatenräte würden es sich einfach nicht gefallen lassen, wenn sich Zentralrat und Regierung von sich aus den wichtigsten Beschlüssen des Kongresses widersetzten.«

Trotz dieses leidenschaftlichen Eingreifens zögerten die Abgeordneten des Zentralrates und schwiegen sich aus. Ebert benutzte diesen Augenblick des Schwankens, um zu erklären, die Regierung könne den Beschluß des Kongresses über die Entlassung des Feldheeres und der Marine nicht ohne weiteres durchführen. Was die anderen Punkte des Programms anbetreffe, werde die Regierung demnächst Ausführungsbestimmungen erlassen.

Durch diesen Kunstgriff hoffte Ebert, in letzter Stunde einen verhängnisvollen Ausgang der Verhandlungen zu vermeiden. In Wirklichkeit aber hatte er nur einen Aufschub um wenige Stunden erreicht; denn noch während sich Groener und Schleicher auf dem Rückweg nach Kassel befanden, begannen Barth und Dittmann in ihrer Empörung über die Lauheit des Zentralrates die Räte aufzuwiegeln: sie seien verraten worden!

Dieser Schritt sollte bald seine Früchte tragen. In ganz Berlin rotteten sich die Milizen zusammen, Zivilisten griffen zu den Waffen, und die Sicherheitswache wurde in Alarmzustand versetzt. Die Kunde, daß der Generalstab einen Gewaltstreich vorhabe, verbreitete sich wie ein Lauffeuer.

Am Morgen des übernächsten Tages, am 23. Dezember, brachen Matrosen der Volksmarine-Division in das Arbeitszimmer des Reichskanz-

lers ein. Als dieser sich weigerte, ihnen 24000 Mark auszuzahlen, die sie unter einem fadenscheinigen Grund von ihm forderten, gab Dorrenbach seinen Leuten den Befehl, die Reichskanzlei abzuriegeln, die Ausgänge zu besetzen und alle Verbindungen zur Außenwelt abzuschneiden.

Die Reichsregierung von den Revolutionären gefangengenommen! Ebert vermochte seine Erregung nur mit Mühe zu bezähmen. Das war der endgültige Fehlschlag seiner gesamten Politik. Am 9. November, am Abend seiner Regierungsübernahme, am 30. November, am Vorabend des Kongresses von Ems, am 9. Dezember, beim Einzug der Truppen in Berlin, und am 16. Dezember, beim Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte – immer hatte er sich darum bemüht, zu verhandeln, Zeit zu gewinnen und einen blutigen Zusammenstoß zwischen Soldaten und Volk zu verhindern.

Hätte man die Revolutionäre gefragt, so hätten sie erwidert, Ebert habe bei all diesen Gelegenheiten die Revolution verraten. Tag um Tag hatte er gesehen, wie sich die Schraube enger um ihn zusammenzog. In diesen leiderfüllten Wochen hatte ihn die Hoffnung aufrechterhalten, es werde ihm möglich sein, sein Land durch alle Klippen hindurchzusteuern, es vor Radikalismus und Reaktion zu bewahren und ihm schließlich eine demokratische Verfassung zu geben.

Doch nun war er am Ende und fügte sich ins Unvermeidliche. Seine Schiedsrichterrolle war ausgespielt. Er mußte sich für eine der beiden Parteien entscheiden. Welche würde er wählen?

Langsam nahm er den Hörer seines Geheimtelephons ab und ließ sich mit Kassel verbinden. Schleicher meldete sich.

»Herr Major«, sagte Ebert, »die Regierung ist gefangengesetzt! Sie haben mir immer zugesagt, daß Sie mir, wenn es zu solchen Zwischenfällen kommen sollte, helfen würden. Handeln Sie jetzt!«

»Ich werde unverzüglich veranlassen«, erwiderte Schleicher, »daß die in Potsdam liegenden regierungstreuen Truppen des Generals von Lequis zu Ihrer Befreiung nach Berlin in Marsch gesetzt werden.«

Das war der Augenblick, auf den die Oberste Heeresleitung seit ihrer Rückkehr aus Spa mit Ungeduld gewartet hatte. Hinweg mit Parlamenten, Räten und Ausschüssen! Die Revolution trat in ihre entscheidende Phase. Sie wurde nun zu dem, was sie in Wirklichkeit schon seit den ersten Novembertagen gewesen war: zu einem Kampf zwischen den monarchistischen Offizieren und den revolutionären Matrosen.

VI Der Kampf vor dem Berliner Schloß und die Auflösung des kaiserlichen Heeres

Ebert sprach also über die geheime Telephonleitung mit Kassel, und Dorrenbach alarmierte den Rest seiner Volksmarine-Division. Den Polizeipräsidenten Eichhorn bat er um Verstärkungen und zog mit dieser Truppe vor den Amtssitz des Standortkommandanten Wels. Im selben Augenblick fuhr ein Wagen mit regierungstreuen Truppen vor die Kommandantur. Schüsse fielen und forderten die ersten Opfer.

Das Blut ihrer Kameraden putschte die Matrosen auf. Sie stürmten wutentbrannt in das Arbeitszimmer von Wels, wo sie alles zertrümmerten. Den Standortkommandanten, seinen Ordonnanzoffizier und seinen Stabschef setzten sie gefangen und brachten die drei Männer als Geiseln in den Marstall neben dem kaiserlichen Schloß. Beim ersten Gewaltakt der Regierung sollten sie erschossen werden. Dann willigte Dorrenbach, den dieser kühne Handstreich beschwichtigt hatte, in den Abzug der Matrosen ein, die die Reichskanzlei eingeschlossen hatten.

Ebert rief sofort Major von Harbou in Potsdam an, um ihn davon zu unterrichten, daß die Regierung wieder frei sei und daher der Hilfe des Heeres nicht mehr bedürfe. Der Major erwiderte ihm, daß General Lequis dennoch die Absicht habe, die Volksmarine-Division, nötigenfalls unter Gewaltanwendung, aufzulösen. Ebert gab zu bedenken, daß die Regierung keinen diesbezüglichen Befehl gegeben habe, und verlangte, General Lequis solle auf die Durchführung seines Planes verzichten. Harbou antwortete: »Das Generalkommando handelt auf eigene Verantwortung und Gefahr. Sollte die Regierung etwa die Absicht haben, die geplanten Maßnahmen zu verbieten, würde dies an dem Lauf der Dinge nichts ändern.«

Gegen 15 Uhr verließen mehrere Garde-Schwadronen Potsdam und traten den Marsch nach Berlin an. Um 17 Uhr trafen die ersten Gruppen in der Reichshauptstadt ein.

Um 20.20 Uhr drang Dorrenbach an der Spitze einer starken Abteilung bewaffneter Matrosen abermals in Eberts Arbeitszimmer ein und verlangte den sofortigen Rückzug der Truppen des Generals Lequis, »andernfalls es zum Kampf kommen werde«.

Doch die Männer des Generals Lequis waren schon da. Eine Schwadron der berittenen Garde bezog im Schutze der Dunkelheit in der Umgebung der Reichskanzlei Stellung. Als eine bewaffnete Abteilung versuchte, in das Gebäude einzudringen, stieß sie auf eine Absperrung der Matrosen. Barth, der sich zufällig auf dem Wilhelmsplatz befand, stürzte auf den Kommandeur der Truppe zu und erteilte ihm den Befehl, umzukehren. Dieser aber stieß ihn rücksichtslos beiseite. Er hatte nur Befehle von Ebert selbst entgegenzunehmen. Barth eilte daraufhin schleunigst zur Kommandantur, dann zur Reichskanzlei, um Ebert über die Vorfälle zu unterrichten.

Ebert rief sofort eine Abordnung von Matrosen zu sich und versprach ihnen, den Rückzug der Truppen des Generals Lequis durchzusetzen, wenn sie selber nicht schössen und die Ruhe bewahrten. Dann ließ er einige Offiziere kommen und erklärte ihnen, die Auseinandersetzung mit den Matrosen sei beendet, und sie könnten daher nach Potsdam zurückkehren.

Die Offiziere hatten den Eindruck, Ebert treibe ein böses Spiel mit ihnen. Einer erklärte, daß »endgültig Schluß mit diesem Gesindel gemacht werden müsse«. Nur mit größter Mühe konnte Ebert sie beruhigen. Vor dem Palais aber wurde die Lage immer gespannter. Soldaten und Matrosen standen sich mit der Waffe in der Hand gegenüber, bereit, beim geringsten Anlaß aufeinander loszugehen.

Mutig stellte sich Ebert zwischen die beiden Parteien und richtete von seinem Wagen aus eine Ansprache an sie. Er sagte ihnen, daß schon zuviel Blut geflossen sei und man um jeden Preis ein Blutbad vermeiden müsse. Die Offiziere nahmen diese Worte mit Verachtung auf. Was bedeutete schon das Leben einer Handvoll Rebellen, wenn die Zukunft des Landes auf dem Spiel stand? Für Ebert aber, der kein Kriegsmann, sondern ein tüchtiger Frankfurter Sattlermeister war, war die Vorstellung, Deutsche unter deutschen Kugeln fallen zu sehen, herzzerreißend; dies um so mehr, da er sich sagen mußte, daß er selbst diesen Bruderkampf heraufbeschworen hatte, als er sich unklugerweise an General Lequis wandte. Die furchtbare Lage verlieh seinen Worten Überzeugungskraft. So festigte er vor der Geschichte seinen Ruf als ehrenhafter Mann. In den Augen des Generalstabes aber verlor er dadurch jegliche Glaubwürdigkeit. Mit Hohngelächter und üblen Witzen hingen sich Soldaten und Matrosen die Gewehre um und gingen in kleinen Gruppen auseinander. Ebert kehrte in die Reichskanzlei zurück.

In der Zwischenzeit hatte sich Major von Harbou bei der Obersten

Heeresleitung über die »unbeschreibliche Schwäche« Eberts beklagt. Groener rief Ebert an und ließ seiner Unzufriedenheit freien Lauf:

»Des Herrn Feldmarschalls und meine Geduld sind jetzt zu Ende. Mit dieser Art des Verhandelns richten Sie den letzten Rest der Truppe, der den Offizieren noch treu ist, zugrunde.«

Ebert bemühte sich, ihm begreiflich zu machen, daß die Schwierigkeiten der Stunde weit über den einfachen militärischen Gesichtskreis hinausgingen. Er stieß damit auf kategorische Ablehnung:

»Ich bedaure«, erwiderte Groener, »Ihnen nicht folgen zu können. Der Feldmarschall und ich halten an der Forderung, Entfernung der Volksmarine-Division, unbedingt fest und werden dafür Sorge tragen, daß sie zur Durchführung gelangt.«

Von nun an glitten die Ereignisse einen Abhang hinunter; niemand konnte sie mehr aufhalten.

Um 22.20 Uhr traf General Lequis seine Maßnahmen zur Besetzung Berlins. Jeder bewaffnete Widerstand seitens der Matrosen oder aufsässiger Elemente sollte mit Waffengewalt niedergeworfen werden. Nach den üblichen Aufforderungen zur Übergabe sollten die Soldaten ohne Zögern gezielt schießen.

Am 24. Dezember um 2 Uhr morgens gab Hauptmann Pabst vom Stabe der Gardekavallerie-Schützendivision, die den Kern der Angriffstruppen bildete, seinen 800 Mann starken Truppen bekannt, daß der Angriff auf das Schloß und den Marstall bei Morgengrauen erfolgen werde. Nach dem namentlichen Aufruf aber kamen ihm Bedenken, ob seine Truppe stark genug zum Kampf gegen die 1 500 Mann starken Matroseneinheiten sei. Er forderte daher von General Lequis telephonisch Verstärkungen an, worauf der General ihm erwiderte, daß er nicht genügend Truppen zur Verfügung habe und befürchte, die Moral der Garde zu schwächen, wenn er ihr fremde Einheiten angliedere. Überdies reichten seine eigenen Einheiten kaum aus, um die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten und die in wachsender Zahl auftretenden aufrührerischen Banden zu entwaffnen. Man hätte eine Woche früher losschlagen sollen. Jetzt sei es zu spät dazu. Pabst solle Mittel und Wege finden, diese Sache mit einer Handvoll entschlossener Offiziere und Soldaten allein in Ordnung zu bringen.

Um 3 Uhr morgens konnte Ledebour, Mitglied des Zentralrates und Führer der Unabhängigen, bis zu Dorrenbach vordringen und bat ihn, Wels und die beiden anderen, von den Matrosen schon übel zugerichteten Geiseln in Freiheit zu setzen. Dorrenbach, durch das Hin und Her

der Truppen vor dem Schloß bereits unsicher geworden, willigte ein, zumal er die Kräfte, über die Pabst verfügte, für wesentlich stärker hielt, als sie in Wirklichkeit waren. Als Ausgleich forderte er den Abzug der vor dem Schloß in Stellung gebrachten Maschinengewehre, was Ledebour ihm versprach. Im Vertrauen auf dieses Wort gab Dorrenbach Befehl, Wels und die beiden Offiziere der Kommandantur freizulassen. Ledebour begab sich nun in die Reichskanzlei, um Ebert über den glücklichen Ausgang der Verhandlungen zu unterrichten. Das Verhängnis aber wollte es anders: Er konnte Ebert nicht erreichen.

Um 7.30 Uhr begann es zu dämmern. Auf Anweisung des Hauptmanns Pabst begab sich ein Gardeleutnant zum Schloß und gab bekannt, die Truppen des Generals Lequis würden das Feuer eröffnen, wenn sich die Matrosen nicht binnen zehn Minuten ergäben.

Die Matrosen gerieten darüber in unbeschreibliche Wut. War der Schritt Ledebours denn nichts weiter als ein neuer Verrat gewesen? Was wollte man denn von ihnen, da sie Wels doch freigelassen hatten? Mit der Entlassung ihrer Geiseln hatten sie ihr sicherstes Pfand aus der Hand gegeben. Mit aller Dringlichkeit bemühten sie sich um eine Verbindung mit Kiel. Entrüstet sagte der Generalsekretär des Matrosenrates der Ostsee ihnen zu, tausend Mann Verstärkung zu schicken. Sie könnten aber erst am Nachmittag eintreffen. Daher ermahnte er sie, bis dahin auszuhalten.

Um 7.40 Uhr war die von Hauptmann Pabst gesetzte Frist abgelaufen. Der erste Kanonenschuß fiel, und die Beschießung des Schlosses nahm ihren Anfang.

☆

Durch den Strudel der Ereignisse, die sich seit Herbstanfang jagten, durch das im ganzen Lande wachsende Chaos führte die Verkettung der Geschehnisse mit unerbittlicher Logik zu dieser Auseinandersetzung, in der sich eine Handvoll der Obersten Heeresleitung treuer Offiziere und die revolutionäre Volksmarine-Division gegenüberstanden.

Schlag auf Schlag donnerten die Schüsse. Bald war eine breite Bresche in die Außenwand des Schlosses geschlagen. Das Palais wurde im Sturm genommen. Die Matrosen verschanzten sich im Marstall, wo der Kampf härter als zuvor weiterging.

Aber die Belagerten erkannten bald, daß sie der feindlichen Artillerie nicht mehr lange Widerstand leisten konnten. Ihr Munitionsvorrat ging zu Ende. Trotz ihrer besseren Stellungen erlitten sie erhebliche Verluste.

Unter den zusammengestürzten Mauern drang Schreien und Stöhnen hervor. Sie hatten nichts, um ihre Verwundeten zu verbinden, während die verletzten Soldaten sofort in Sanitätswagen abtransportiert wurden. Außerdem hatten sie seit gestern abend nichts gegessen. Und so sollten sie bis zum Nachmittag aushalten? Daran war gar nicht zu denken[1]! Um 9.30 Uhr näherte sich in tiefster Niedergeschlagenheit eine Abordnung der Blauhemden dem vorgeschobenen Posten der Kavallerie-Offiziere, um anzukündigen, daß die »Eiserne Division« bereit sei, sich zu ergeben. Über dem Marstall wurde die weiße Fahne gehißt. Den Matrosen wurde eine Waffenruhe von zwanzig Minuten gewährt, um ihre Waffen zusammenzutragen und ihre Verwundeten zu bergen.

In diesem Augenblick aber nahmen die Ereignisse eine unerwartete Wendung. Durch das Geschützfeuer alarmiert, drängte eine riesige Menschenmenge zum Kampfplatz. Sie strömte von allen Seiten zugleich herbei — von den »Linden« und vom Spree-Kanal, vom Alexanderplatz und von der Kaiserstraße. Die Nachricht, die Offiziere wollten die Matrosen abschlachten und hätten einen Gewaltstreich zur Wiederherstellung der Monarchie unternommen, verbreitete sich durch ganz Berlin. Wie eine Flutwelle schob sich die Menschenmenge heran und stieß auf die Absperrungen der Soldaten, die General Lequis aufgestellt hatte, um den Zugang zum Schloß abzuriegeln. Die Kavalleristen wurden beschimpft und gefragt, ob sie sich nicht schämten, gemeinsame Sache mit den Offizieren gegen das Volk zu machen. Einige Soldaten zögerten und wurden rasch überrannt. Andere warfen ihre Gewehre weg oder wurden von den Manifestanten entwaffnet. Im Nu waren die Absperrungen durchbrochen, und aufheulend fiel die Menge den Gardekavalleristen vor dem Marstall in den Rücken.

Plötzlich ertönte ein schneidendes »Halt!«. Einige Leutnants hatten kehrtgemacht und ihre Maschinengewehre auf die Menge gerichtet. Mit verbissenem Gesicht knieten sie da, den Finger am Abzug, und warteten nur auf ein Zeichen, um das Feuer zu eröffnen.

In diesem Augenblick kam eine Gruppe von Matrosen über den Platz, um Hauptmann Pabst ihr Übergabeangebot zu bringen. Als sie jedoch erkannten, daß sich die Lage urplötzlich gewandelt hatte, kehrten

---

1 Ebensowenig konnten sie übrigens auf die zugesagten Verstärkungen zählen. Als Noske, der Gouverneur von Kiel, von den Vorgängen in Berlin erfuhr, suchte er die verschiedenen Kasernen auf, um von den Räten das Versprechen zu erlangen, daß sie den gegen die Regierung rebellierenden Matrosen keinerlei Hilfe leisten würden. (Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 54.)

sie eiligst in den Marstall zurück, holten die weiße Fahne vom Dach herunter, drängten die Offiziere, die bereits ins Schloß eingedrungen waren, wieder zurück und eröffneten erneut das Feuer auf die Truppen.

Trotz des Geschützdonners war Ebert in der Reichskanzlei geblieben. Er war bleich wie der Tod. Ein Scheitern der Offiziere würde das Ende seiner Karriere bedeuten. Und doch wagte er andererseits nicht, auf ihren Sieg zu hoffen, da er wußte, welchen Preis er dann zu zahlen hatte.

Um 10 Uhr stürmte ein Abgesandter des Generals Lequis wie ein Wirbelwind in sein Arbeitszimmer. Er meldete, die Truppe des Hauptmanns Pabst würde zwischen den Matrosen und der entfesselten Menge zermalmt. Die Wachtruppe Eichhorns wüchse ständig an, die ganze Hauptstadt befände sich im Aufruhr, und die Opfer würden in die Tausende gehen, wenn kein Weg gefunden würde, dem Kampf Einhalt zu gebieten.

Barth und Dittmann triumphierten, durften aber jetzt keine Minute verlieren. Da General Lequis selbst seine Niederlage eingestand, mußte nun auf jeden Fall ein Blutbad verhindert werden. Ebert gab Befehl, die Feindseligkeiten einzustellen. Es war inzwischen 10.15 Uhr. Eine unvorhergesehene Umkehrung der Lage machte ihn zum Retter der letzten Truppen des Generals Lequis — eben des Generals, der ihm 24 Stunden zuvor noch hochfahrend erklärt hatte, daß das Generalkommando auf eigene Verantwortung und Gefahr handele und er nicht die Absicht habe, den Befehlen der Regierung zu gehorchen.

Wie durch ein Wunder konnten sich die Offiziere ungeschoren aus ihren Kampfstellungen zurückziehen. Die wütende Menge hätte sie am liebsten gleich an Ort und Stelle aufgehängt. Die Matrosen dagegen wurden im Triumphzug davongetragen. Sie waren die Sieger des Tages und hatten sich zur Prätorianergarde der Revolution aufgeschwungen. Ihre Division wurde den Streitkräften der Kommandantur als »Schutztruppe der Republik« angegliedert und von der Regierung offiziell anerkannt.

Nach dieser herben Niederlage blieb den Truppen und dem Stabe des Generals Lequis nichts anderes übrig, als zu verschwinden. Ihr weiteres Verbleiben in Berlin war unmöglich geworden. Der einzige Versuch der Obersten Heeresleitung, die Revolutionäre offen zu bekämpfen, war gescheitert. Das Offizierkorps war der zahlenmäßigen Übermacht erlegen. Gegen Mittag telephonierte Major von Harbou mit Kassel, um die Oberste Heeresleitung von der Katastrophe in Kenntnis zu setzen. Die

Oberste Heeresleitung beschloß daraufhin, das Generalkommando Lequis augenblicklich aufzulösen. Groener rief seine Offiziere zusammen, um ihnen die traurige Nachricht mitzuteilen.

Mit gesenktem Kopf und todblassem Gesicht hörten die Offiziere ihm zu. Manche weinten, andere zerbrachen voll Erbitterung ihre Degen. Da nun doch alles zu Ende war, hatte es keinen Sinn mehr, sich dem Schicksal weiterhin entgegenzustemmen. Nun konnte sich die Oberste Heeresleitung auch auflösen. Die Offiziere würden dann, gedemütigt und verspottet, nach Hause gehen, um sich in Zukunft ihren Familienangelegenheiten zu widmen.

Major von Schleicher aber redete ihnen mit aller Entschiedenheit ins Gewissen. Er beschwor sie, sich nicht zu völliger Mutlosigkeit hinreißen zu lassen.

»Sie wollen nach Hause gehen?« fragte er sie. »Nun gut! Ich verstehe Ihren Gemütszustand. Aber seien Sie sich bewußt, daß Sie dann trotzdem weiterhin der Obersten Heeresleitung unterstehen. Diese muß ihre Arbeit fortsetzen, komme, was immer wolle. Es geht gar nicht darum, die Monarchie wiederherzustellen oder der Republik zu dienen, sondern es geht um den Wiederaufbau des Staates, dessen Diener Sie sind. Heute ist Deutschland bis in seine Grundlagen erschüttert. Früher oder später aber werden wir die Macht wiedererlangen. Es genügt, wenn eine kleine, entschlossene Gruppe den Kampf nie aufgibt, damit aus dieser winzigen Zelle ein neues Reich erwachsen kann . . .«

Nie zuvor hatten die Offiziere eine solche Sprache gehört, die einen Strich unter Vergangenheit und Gegenwart zog und sie aufforderte, ihren Blick in die Zukunft zu richten. Trotz ihrer Niedergeschlagenheit faßten sie wieder Mut. Einer nach dem anderen richtete sich auf und nahm Haltung an. Wie am Morgen des 9. November blieben auch jetzt wieder die Generale und die Generalstabsoffiziere ihrem Eide treu: Sie bildeten den letzten Wall um Generalfeldmarschall von Hindenburg.

☆

In dieser Weihnachtsnacht, in der die Menge bei Fackelschein ergriffen an den 70 Särgen der im Kampf vor dem Schloß gefallenen Matrosen vorbeizog, blieben von den vier Gruppen, die sich am Tage nach dem Waffenstillstand gegenübergestanden hatten, nur noch drei übrig: die Revolutionäre, die Reichsregierung und der Generalstab.

Im ganzen Lande triumphierte die Revolution, und über den wichtigsten Gebäuden Berlins wehte die rote Fahne. Im Laufe der nächsten Tage

bemächtigten sich die Revolutionäre nacheinander aller Kommandostellen. Der 24. Dezember leitete den Höhepunkt ihrer Macht ein.

Die Reichsregierung befand sich in Wirklichkeit in der Gewalt der Revolutionäre und konnte sich der Diktatur der Straße nicht mehr widersetzen.

Der Große Generalstab war ebenfalls zur Ohnmacht verurteilt. Die wenigen ihm noch ergebenen Einheiten waren über das ganze Land verstreut. Vom Offizierkorps, das einst den Stolz Preußens ausgemacht hatte, blieben nur noch wenige hundert vereinzelte Freiwillige.

Das kaiserliche Heer aber, das am 1. November 1918 noch mehrere Millionen Mann gezählt hatte, bestand nicht mehr.

Teil 2 Die »Vorläufige Reichswehr« verhindert den Zerfall des Reiches

VII Das Eingreifen Noskes

Am Morgen nach dem Weihnachtsfest 1918 gaben sich die Revolutionäre dem Rausch des Sieges hin, die Anarchie wurde auf den Straßen Berlins zum Dauerzustand.

»Das deutsche Riesenheer war einfach vom Erdboden verschwunden[1].«

Aber es hinterließ schreckliche Spuren: Haufen zerlumpter, von Hunger und Kälte gepeinigter Soldaten, die ihre Zuflucht in den Lazaretten, Kasernen, städtischen Krankenhäusern und sogar in den Gefängnissen suchten. Sie verkauften stückweise ihre Ausrüstung, stellten ihre Wunden öffentlich zur Schau, um das Mitleid der Vorübergehenden zu wecken, sangen Gassenhauer, um Almosen zu erheischen. Das waren die Soldaten, die Ebert am Brandenburger Tor mit den Worten empfangen hatte: »Ich begrüße euch, die ihr unbesiegt von den Schlachtfeldern zurückkehrt!« Der Bevormundung durch ihre Offiziere überdrüssig, hatten sie nicht auf den Entlassungsschein warten wollen. Jetzt irrten sie ohne Verpflegung und Unterkunft durch die Städte und suchten nach einer Beschäftigung oder einem Stück Brot.

Arbeit aber gab es kaum, die Lebensmittel waren knapp, und die nach Tausenden zählenden Arbeitslosen wußten mit ihrer müßigen Zeit nichts anzufangen. Die meiste Zeit verbrachten sie daher bei öffentlichen Versammlungen, wo es wenigstens warm war. Viele schlossen sich den Spartakisten an, um wenigstens ihren Hunger zu vergessen. Unter die Zivilisten gemischt, nahmen sie an den endlosen Umzügen teil, die die Führer der Unabhängigen durch die Stadt ziehen ließen und die die Hauptstadt mit den ständig wiederholten Rufen erfüllten: »Nieder mit Ebert und Scheidemann! Hoch Liebknecht und Ledebour!«

An jeder Straßenecke hatten die spartakistischen Wachtruppen Maschinengewehre aufgestellt. Alle Augenblicke fielen Schüsse, krepierten Handgranaten. Man mußte sich an den Häuserwänden entlangschleichen, wenn man nicht in die Schießereien hineingeraten wollte. Dann ver-

---

1 Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 214.

stummten plötzlich die Schüsse. Ein Demonstrationszug kam vorbei. Er trug Plakate und auf einer Stange einen blutbespritzten Offiziersmantel. Kaum war der Umzug vorüber, ging die Schießerei wieder los.

Die »Volksbeauftragten« saßen wie in einer Mausefalle. Es war ihnen nicht nur unmöglich, die Reichskanzlei zu verlassen, da sie befürchten mußten, aufgehängt zu werden, sondern sie konnten ihre Anordnungen nicht einmal dem Rest des Landes zur Kenntnis bringen, da Post, Telegraphenverbindungen und Eisenbahnen in den Händen der roten Räte waren. Sie konnten sich auch nicht an die Berliner Bevölkerung wenden, denn die meisten Zeitungsredaktionen und Druckereien waren von den Revolutionären gestürmt worden, wie die Geschäftsräume des »Vorwärts[2]«, des »Berliner Tagblatts«, der »Wolffschen Telegraphen-Agentur« usw. Wenn sich auch ungefähr tausend Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der Wilhelmstraße und an den Zugängen zur Reichskanzlei versammelt hatten, um »ihre« Minister zu schützen und die Spartakisten zu hindern, bis zu ihnen vorzudringen, so gelang es Liebknecht eines Tages doch, mit einer Horde fanatisierter Anhänger bis vor das Gebäude zu kommen, in dem die Minister tagten. Sie ballten die Fäuste und schrien durch die Gittertore des Palais: »Da sind sie, die Verräter, die Sozialpatrioten! Wenn wir wollten, könnten wir sie aus ihrer Höhle herausholen!«

Sie hätten das zweifellos gekonnt, denn sie besaßen alles, was sie dazu brauchten: die Presse, die Transportmittel und die Mehrheit in den Arbeiter- und Soldatenräten. Auf den Straßen gab es genug Leute, mit denen man schnell eine rote Armee aufstellen konnte. Warum aber taten sie nichts dergleichen? Von Spandau bis nach Neukölln wartete die Menge nur auf ein Zeichen, um loszubrechen und, wie in Rußland, eine Diktatur des Proletariats aufzurichten. Sie wartete nur auf einen Aufruf, um die trübe Ära Ebert–Kerenski durch eine strahlende Ära Liebknecht–Lenin abzulösen.

Doch Ebert stellte mehr vor als Kerenski und Liebknecht sehr viel weniger als Lenin. So konnte man am 6. Januar 1919 ein verblüffendes Schauspiel erleben.

»Was sich am Montag in Berlin ereignete«, schrieb die »Rote Fahne[3]«, »war vielleicht die größte proletarische Massenkundgebung,

---

2 Der »Vorwärts« war das Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei und damit auch der Regierung.
3 Kampforgan der Spartakus-Partei (6. Januar 1920).

die die Geschichte je gesehen hat. Wir glauben nicht, daß selbst in Rußland Massendemonstrationen dieses Umfangs stattgefunden haben. Vom Roland zur Viktoria standen die Proletarier Kopf an Kopf. Bis weit hinein in den Tiergarten standen sie. Sie hatten ihre Waffen mitgebracht, sie ließen ihre roten Banner wehen. Sie waren bereit, alles zu tun, alles zu geben, selbst das Leben. Eine Armee von 200 000 Mann, wie kein Ludendorff sie je gesehen.

Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen früh um 9 Uhr in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Der Mittag kam, und dazu die Kälte und der Hunger. Und die Führer berieten. Die Massen fieberten vor Erregung: Sie wollten eine Tat sehen, auch nur ein Wort hören, das ihre Erregung besänftigte. Doch keiner wußte, was zu tun sei. Denn die Führer berieten.

Der Nebel fiel wieder, und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause. Sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten. Im Marstall hatten sie beraten, dann gingen sie weiter ins Polizeipräsidium und berieten weiter. Draußen standen die Proletarier auf dem leeren Alexanderplatz, die Knarre in der Hand, mit schweren und leichten Maschinengewehren. Und drinnen berieten die Führer. Im Präsidium selbst wurden die Geschütze klargemacht. Matrosen standen an allen Ecken in den Gängen, im Vorzimmer herrschte ein Gewimmel, Soldaten, Matrosen, Proletarier. Und drinnen saßen die Führer und berieten. Sie saßen den ganzen Abend und saßen die ganze Nacht und berieten, sie saßen am nächsten Morgen teils noch, teils wieder, und berieten. Und wieder zogen die Scharen in die Siegesallee, und noch saßen die Führer und berieten. Sie berieten, berieten, berieten . . .

Nein! Diese Massen waren nicht reif, um die Gewalt zu übernehmen; sonst hätten sie aus eigenem Entschluß Männer an ihre Spitze gestellt, und die erste revolutionäre Tat wäre gewesen: die Führer im Polizeipräsidium aufhören zu machen zu beraten[4].«

Inzwischen handelten die Gegner der Revolution, ohne einen Tag, ja auch nur eine Stunde zu verlieren, und trafen ihre Entscheidungen. Wie stets gab der Generalstab den Anstoß dazu, und diesmal hatte er auch den Mann gefunden, der seinen Wünschen entsprach: den brandenburgischen Holzarbeiter Gustav Noske, den »Gouverneur« von Kiel.

4 Wörtlich zitiert bei Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 69/70.

Die zweite Phase der Revolution begann fast genauso wie die erste. Wie am Abend des 9. November telephonierte Ebert mit Groener, um ihn um Hilfe zu bitten.

Im Laufe der letzten Wochen hatten sich diese beiden Männer jedoch sehr verändert. Ebert war sich nun darüber klargeworden, daß seine Unentschlossenheit nur zum Mißerfolg führte und seine tiefverwurzelte Neigung zum Ausgleichen und Verhandeln die Macht seiner Gegner nur gestärkt hatte. Jetzt, da das Unvermeidliche geschehen war, mußte er sich eingestehen, daß der Tod von tausend und sogar zehntausend Menschen immer noch dem Untergang eines ganzen Volkes vorzuziehen war. Seiner Ansicht nach würde ein Sieg der Spartakisten endgültig zu Räuberunwesen und Anarchie führen. So wandte er sich abermals an den Großen Generalstab.

Aber auch Groener hatte aus den Ereignissen gelernt. Er hatte die letzten Truppen unter seinen Händen dahinschwinden sehen. Er hatte mit ansehen müssen, wie auch das Offizierskorps von der Mutlosigkeit angesteckt wurde. Er unterschätzte die Macht der Revolution nicht mehr, und er wußte: die Rückeroberung der Macht würde eine langfristige Arbeit sein. Daher wollte er seine letzten Trümpfe nicht aus der Hand geben und beabsichtigte, die Bataillone, die ihm noch geblieben waren, nur dann einzusetzen, wenn sich die Lage geklärt hätte und die sichere Aussicht auf Erfolg bestünde. Jede andere Handlungsweise wäre einem Selbstmord gleichgekommen.

Im Gegensatz zum 9. November war es diesmal Ebert, der Groener inständig bat, den Kampf gegen die Radikalen zu eröffnen, und Groener, der den »Volksbeauftragten« seine Unterstützung versagte. Er gab Ebert zu verstehen, daß er ihm seine Hilfe nur dann leihen könne, wenn Barth, Dittmann und Haase, also die Regierungsmitglieder, die mit den Revolutionären zusammengingen, aus dem Kabinett ausgeschlossen würden.

Im Grunde genommen hatte Ebert gegen dieses Verlangen nichts einzuwenden, denn der linke Flügel des Kabinetts hatte ihm von Anfang an unaufhörlich Schwierigkeiten bereitet. Doch wer sollte sie ersetzen? Ebert schlug drei Sozialdemokraten vor: Loebe, Wissel und Noske. Letzterer war Groener bereits bekannt, denn er war ihm von seinen Kameraden vom Admiralstab empfohlen worden. Die Entschlußfreudigkeit, mit der er in Kiel gehandelt hatte, hatte die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. War es Noske nicht gelungen, die Ordnung sehr rasch wiederherzustellen? Hatte er es nicht verstanden, mitten im

Chaos eine ihm völlig ergebene, 1600 Mann starke »Eiserne Brigade« ins Leben zu rufen? Und war nicht schließlich er es gewesen, der den »Obersten Marinerat« gehindert hatte, Dorrenbach am Morgen des 24. Dezember Verstärkungen zu schicken?

Der Generalquartiermeister stimmte daher dieser Ernennung zu. Am 27. Dezember wurde Noske nach Berlin gerufen. Ohne Zeit zu versäumen, sprang er ins Auto und fuhr in die Hauptstadt. Geschickt waren Barth, Dittmann und Haase gezwungen worden, ihren Rücktritt zu erklären. Unverzüglich wurden sie durch Noske und Wissel ersetzt. Loebe hatte im letzten Augenblick abgelehnt. Die Drohung eines feindlichen Einfalls in die Ostprovinzen machte seine Anwesenheit in Schlesien erforderlich. Die neue Regierung setzte sich daher nur noch aus fünf und nicht mehr, wie bisher, aus sechs Mitgliedern zusammen.

Diese scheinbar unbedeutende Regierungsumbildung war in Wirklichkeit von größtem Gewicht. Zunächst verlieh sie dem Kabinett eine innere Geschlossenheit, die es vordem nie besessen hatte. Und da die Regierung nun weniger linksgerichtet war, konnte sich auch der Mittelstand zur ihr bekennen.

Auch für den Generalstab blieb die Regierungsumbildung nicht ohne Vorteile, denn sie führte zur Spaltung in den Reihen der Revolutionäre. Während die Radikalen dem Kommunismus, also Liebknecht und dem Spartakus-Bund, die Treue hielten, zogen die Gemäßigten die Sozialdemokratie, also Ebert und die Regierung, vor. Die Existenz dieser beiden widerstreitenden Gruppen sollte es dem Generalstab ermöglichen, sie gegeneinander auszuspielen und die einen mit Hilfe der anderen zu schlagen.

Und zu guter Letzt brachte die Umbildung den Mann ins Kabinett hinein, der für die Absichten des Generalstabes am dienlichsten war: Gustav Noske. Dank seiner starken Persönlichkeit erlangte er bald eine führende Stellung.

Ebert behielt weiterhin den Vorsitz, Scheidemann die Informations- und Sozialpolitik, Landsberg die Finanzen. Wissel wurde mit verschiedenen Aufgabenbereichen, Noske mit der Landesverteidigung betraut. Ebert war sich klar darüber, daß jetzt tatkräftig vorgegangen werden mußte, doch merkte er, daß er nicht mehr Herr der Lage war, da er in den Augen des Generalstabes viel von seiner Glaubwürdigkeit eingebüßt hatte. Außerdem widerstrebten Gewaltmaßnahmen seinem versöhnlichen Wesen. Dadurch, daß er alle militärischen Fragen auf Noske abwälzte, machte er sich die Hände frei für die Aufgaben, die

ihm am meisten lagen: die Außenpolitik und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Gleich bei seiner Ankunft in der Reichshauptstadt hatte Noske schlicht erklärt: »Verlaßt Euch darauf, ich bringe Euch Berlin in Ordnung!« Als man ihn — nicht ohne Besorgnis, er könne ablehnen — gebeten hatte, die Landesverteidigung zu übernehmen, hatte er in ruhigem Ton erwidert: »Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden. Ich scheue die Verantwortung nicht.«

Die Offiziere waren von dieser energischen Sprache aus dem Munde eines Parlamentariers überrascht. Wer war denn dieser tags zuvor noch fast unbekannte Mann, dessen Worte und Taten sich so vorteilhaft von denen seiner Kollegen abhoben?

☆

Noske, Arbeitersohn und selbst Arbeiter, wurde 1868 in Brandenburg, im Herzen der preußischen Marken, geboren. Zunächst war er Korbmacher wie sein Vater. Dann wurde er Holzarbeiter, Schlachtergeselle und Zimmermann und wanderte mit 18 Jahren durch Deutschland, von Brandenburg bis Halle und von Frankfurt bis Liegnitz. In seinen Berufen mußte man hart arbeiten, und überall dort, wohin ihn sein Weg geführt hatte, hinterließ Noske den Ruf, in der Kunst des Baumfällens oder des Schlachtens nicht seinesgleichen zu haben. Seine Erziehung verdankte er nicht Büchern, sondern Axt und Hobel. Das kräftige Bauernblut in seinen Adern und die Schwerarbeit, die er in seinen Jugendjahren leistete, hatten ihm eine ungewöhnliche Körperkraft verliehen. Er war ein derber, knochiger und rauher Waldmensch, »wie jene alten Germanen, von denen Tacitus berichtet, daß sie mit Tierfellen bekleidet waren und jedem Streit allein mit ihrer starken Faust ein Ende bereiteten[5]«.

Die Gesichtszüge dieses großen, leicht vornübergebeugten Mannes lagen hinter einer goldenen Brille und einem dichten, herabhängenden Schnurrbart verborgen. Diese »demokratischen« Attribute verliehen ihm das Aussehen eines Professors, eines Intellektuellen, doch waren sie nur eine Maske. Entfernte man sie, so entdeckte man das Urbild jener preußischen Grenadiere, die Friedrich II. so hoch geschätzt und deren Dienste er sich durch eine weise Mischung von Lobsprüchen und Stockschlägen zu verpflichten gewußt hatte.

---

5 Paul Gentizon: »L'Armée allemande après la Défaite«, S. 36.

Die Entbehrungen seines Arbeiterlebens hatten Noske schon früh zur Sozialdemokratie geführt. Fleißig und zäh wie die meisten Autodidakten, war er im Alter von 28 Jahren Redakteur der sozialistischen Zeitung seiner Geburtsstadt geworden. Dann bekleidete er eine ähnliche Stelle in Königsberg und wurde einige Jahre später Chefredakteur der »Volksstimme« in Chemnitz, mitten in einer fast ausschließlich von Bergleuten und Eisenbahnern bewohnten Gegend.

Im Jahre 1906 hatte sein Leben eine neue Wendung genommen. Er wurde als Abgeordneter in den Reichstag gewählt, saß auf dem rechten Flügel seiner Partei und wurde bald zum Sachverständigen für Heeres- und Marinefragen. Während des Krieges benutzte er diese Stellung, um den Vermittler zwischen den Militärs und der Sozialdemokratie zu spielen. Wenn er auch nie einen höheren Dienstgrad als den eines Unteroffiziers erreichte, wurde er dennoch mit zahlreichen vertraulichen Aufträgen betraut. Sein Ansehen bei der Obersten Heeresleitung war so groß, daß man ihm die Genehmigung erteilte, die Arbeiten an der Hindenburg-Linie zu besichtigen. Von 1914 bis 1918 war er nacheinander in Belgien, wo er der Beschießung Antwerpens beiwohnte, in Polen, in Kurland und im adriatischen Raum in Pola und Cattaro zu finden. Die übrige Zeit verbrachte er in den Schützengräben und teilte dort Mühsal und Verpflegung mit seinen Leuten. Im Laufe dieser Jahre lernte er das Wesen der Frontsoldaten gründlich kennen und gewann eine lebhafte Bewunderung für das Offizierskorps.

Als der Matrosenaufstand in Kiel ausbrach, betraute ihn Prinz Max von Baden mit der Wiederherstellung der Ordnung. Er traf am 5. Dezember in der Garnisonstadt ein, über der die rote Fahne wehte und deren Arsenale und Befestigungen sich in der Hand der Aufständischen befanden. Am 6. Dezember ließ er sich zum Gouverneur von Kiel ernennen. Noch am gleichen Tage ließ er in der Stadt eine Verordnung anschlagen, durch die die Genehmigung zum Waffentragen, der Patrouillen- und Wachdienst sowie das Verhältnis zu den Vorgesetzten bis ins kleinste geregelt wurden. Eine Woche später war die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt.

Dieser unverhoffte Erfolg machte ihn mit einem Schlage berühmt. Die Regierung berief ihn nach Berlin. Sein Aufstieg zur Macht gab ihm, ohne daß er seine Methoden hätte ändern müssen, größere Bewegungsfreiheit. Ebert arbeitete mit Hilfe von Erlassen, Noske aber ging der Anarchie mit Axtschlägen zu Leibe. Seine Antwort am Tage seiner Ernennung zum Wehrminister — »Einer muß der Bluthund

werden!« — war nicht in den Wind gesprochen, sondern ein Programm, dessen Durchführung er mit kalter Zähigkeit in Angriff nahm.

Nachdem er von Ebert mit der Verteidigung der Republik und vom Generalstab mit der Niederwerfung der Revolution beauftragt worden war, zog er monarchistische Offiziere, die ihm von der Obersten Heeresleitung zur Verfügung gestellt wurden, zur Mitarbeit heran. Später machte man ihm den Vorwurf, er sei ihrem Einfluß erlegen und habe sich vor den Wagen der Gegenrevolution spannen lassen. Ohne jede Verlegenheit erwiderte er darauf seinen Angreifern:

»Leider Gottes ist aus den Reihen der Mannschaften und Unteroffiziere kein überdurchschnittlicher Führer hervorgegangen, obwohl sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Ich war deshalb gezwungen, mir Hilfe bei den Offizieren zu verschaffen. Gewiß, viele von ihnen sind monarchistisch gesinnt, aber wenn man bauen will, braucht man Leute, die ihr Fach verstehen. Ein undisziplinliertes Heer ist eine Affenkomödie. Wenn ich zwischen einem schlechten sozialistischen Offizier und einem guten konservativen wählen soll, so werde ich mich immer für den letzteren entscheiden!«

Was er aber wohlweislich verschwieg, war seine Genugtuung darüber, sich der Generale und Exzellenzen des alten Regimes bedienen zu können. Zum Kabinettschef ernannte er den Major von Gilsa, der einer der ältesten hessischen Familien entstammte. Seine engsten Mitarbeiter hießen von Lüttwitz, von Lettow-Vorbeck, von Hammerstein, von Stockhausen und von Dohna. Welcher Stolz klang doch durch jene Worte, die er eines Tages von der Rednertribüne einer sozialdemokratischen Versammlung seinen Hörern zurief:

»Ja, es stimmt! Ich habe mir die alten Offiziere und Beamten, verprügelt und bespuckt wie sie waren, einzeln wieder hervorgeholt und mit ihnen das Schlimmste verhütet. Es ist ein Träger eines der berühmtesten deutschen Namen, der mir die Gewehre und die Maschinengewehre für meine ersten Freiwilligen beschafft hat. Wollt ihr seinen Namen wissen? Es ist ein Graf von Bismarck. Wenn ihr ihn dabei gefaßt hättet, hättet ihr ihn totgeschlagen. Und ihr wollt, ich solle die Hilfe vergessen, die mir diese Offiziere für das Wohl des Landes geleistet haben? Die Sozialdemokratische Partei hat nicht das Recht, die Männer von mir zu trennen, die ich heute nicht missen kann!«

Daran erkennt man, daß Noske auch die Eigenschaften eines Volkstribunen hatte. Paul Gentizon, der sein Eingreifen in der Nationalversammlung von Weimar erlebt hat, gibt uns davon ein farbenprächt-

tiges Bild. Er schildert ihn uns, wie er, ohne sich von den Rufen »Lügner! Mörder!«, die von den Bänken der äußersten Linken kamen, einschüchtern zu lassen, unerschütterlich in seinen Ausführungen fortfuhr und dabei »seine starke Stimme hob und mit seinen riesigen Fäusten auf das Rednerpult schlug, um seinen Ausführungen größeren Nachdruck zu verleihen[6]«.

Die Berliner »Weltbühne« hat ihn als Naturkraft dargestellt: »Er spricht ohne Eleganz, ganz bestimmt, aber doch mit Sicherheit und einer Überzeugungskraft, die ihm die Zustimmung seiner Hörer gewinnt ... Er scheint Schlag auf Schlag zu versetzen, als fälle er einen Baum.«

Gewiß kann man Noske weder Mut noch Kaltblütigkeit absprechen — die Eigenschaften eines Schwerarbeiters, dem schöne Redensarten verdächtig sind. Diese Eigenschaften entdeckt man auch in seinen Erinnerungen wieder; sie sind klar und zuverlässig geschrieben und erheben keine literarischen Ansprüche. Weder die Schönfärberei der Erinnerungen Erzbergers noch das heuchlerische Getue von Scheidemanns Tagebuch oder die väterliche Sentimentalität der Schriften Eberts sind darin zu finden. »Er sprach wie eine Axt«, hat Robespierre von Saint-Just gesagt. Dieser Vergleich trifft hier ebenfalls zu.

Ist es verwunderlich, daß Noske bald zum bestgehaßten Mann in Deutschland wurde? Soll man seinen Gegnern Vorwürfe machen, weil sie ihn mit Schlächterschürze und bluttriefenden Händen darstellten? »Für einen neuen Fürsten«, schrieb Machiavelli, »ist es schwierig, nicht als grausam zu gelten, weil neue Staaten sehr gefährlich sind.« Und er fügte noch hinzu, daß es das Ideal für einen Fürsten sei, zugleich geliebt und gehaßt zu werden, »aber da es schwer ist, beides zugleich zu erlangen, wird es viel sicherer sein, sich fürchten als sich lieben zu lassen«.

Das alles hätte seine Richtigkeit gehabt, wäre Noske ein Fürst gewesen. Er war es aber nicht, und daher gewann seine Persönlichkeit bald zwielichtige Charakterzüge. Wenn ihm der Gegensatz zwischen den demokratischen Grundsätzen, die er vertrat, und dem militaristischen Geist, dem er diente, überhaupt bewußt wurde, so verursachte er ihm doch nie irgendwelche Gewissensbisse. Als Sohn und Enkel von Arbeitern und Bauern zögerte er nicht eine Sekunde, Proletarierblut zu vergießen, und es war ihm Lohn genug, wenn er erklären konnte, daß

6 Paul Gentizon, a. a. O., S. 35.

»die größten Namen Deutschlands« ihm bei seiner Aufgabe geholfen hätten. Merkte er denn nicht, daß eben jene Offiziere, deren Bundesgenosse er geworden war, ihn nie als einen der Ihren anerkennen würden? Als sein Stern sank, wandten sich auch die Militärs von ihm ab, obwohl gerade sie es gewesen waren, die den Nutzen aus seinen Taten gezogen hatten. Der Reichswehr sollte später der Ruhm für die Rettung des Landes gebühren, während Noske in die Geschichte als Totengräber der Revolution einging.

Das war der Mann, den der Generalstab sich zur Unterstützung seiner Pläne wählte. Wenn man an seine Entschlußfreudigkeit und sein Organisationstalent denkt, kommt man nicht umhin, anzuerkennen, daß die Oberste Heeresleitung einen ebenbürtigen Partner zu wählen verstanden hatte. An Energie übertraf er alle anderen Kabinettsmitglieder. Es wäre ungerecht, wollte man seine Brutalität, so übermäßig sie uns auch erscheinen mag, verurteilen, ohne den Ereignissen Rechnung zu tragen. »Wenn ein großes Land mitten in einer Revolution gleichzeitig im Innern gegen einen bewaffneten Feind und nach außen gegen die Welt zu kämpfen hat«, sagte Jaurès vom Konvent von 1793, »wenn das geringste Zögern oder der kleinste Fehler die neue Ordnung für Jahrhunderte zerstören können, dann haben die, die dieses gewaltige Unternehmen leiten, nicht die Zeit, Andersgesinnte für sich zu gewinnen oder ihre Gegner zu überzeugen ... Sie müssen kämpfen und handeln, und um ihre Stoßkraft zu erhalten, rufen sie nach dem Tode, der ihnen helfen soll, die notwendige Einigkeit ringsum herzustellen.«

Trotz aller Unterschiede in Zeit, Charakter und Doktrin ist dieser Vergleich durch die Ähnlichkeit der Lage gerechtfertigt. Doch im Gegensatz zum französischen Konvent war Noske nicht das, was er schien: Er glaubte, die Armee unter Kontrolle gebracht zu haben, und war doch nur ihr Werkzeug. Er benahm sich wie ein Diktator und war doch nur ausführendes Organ.

VIII Die ersten Freikorps entstehen

Wenn ich in Berlin etwas für die Herstellung geordneter Zustände leisten wollte, mußte ich rasch in Fühlung mit den Soldaten kommen, um sie in der Hand zu haben. Aber in der Reichskanzlei saß ich in Sitzungen und beim Empfang von Deputationen wie eingekeilt. Es war meinen Kollegen in den beiden verflossenen Monaten zum Verhängnis geworden, daß sie zuwenig in die Kasernen gekommen waren[1].«

Gleich bei seinem ersten Auftreten zeigte sich Noske ganz so, wie er war: als tatkräftiger und dynamischer Mann, der die frische Luft liebte und den die Büroluft lähmte. Getreu seinem Programm begab er sich zunächst allein und unbewaffnet mitten in das Lager der spartakistischen Truppen, also in den Marstall, wo die Matrosen der Volksmarine-Division Quartier bezogen hatten.

Noske wurde dort, wie man sich denken kann, sehr kühl empfangen. Die Matrosen waren noch aufgebracht über den Tod ihrer Kameraden. Der neue Volksbeauftragte für die Landesverteidigung ließ sich jedoch nicht aus der Fassung bringen. Er wünschte Dorrenbach zu sprechen. Was er ihm sagen wollte, war ganz einfach: Er werde darüber wachen, daß sich Zwischenfälle wie die Beschießung des Schlosses nicht wiederholten. Dafür verlangte er von den Matrosen die Ausführung seiner Anordnungen; er werde sie übrigens im Guten oder im Bösen dazu zu zwingen wissen. Diesem ersten Schritt, mit dem er die revolutionären Truppen einschüchtern wollte, fehlte es gewiß nicht an Verwegenheit.

Leider war Dorrenbach nicht da. So kehrte Noske in die Reichskanzlei zurück, ohne ihn gesprochen zu haben; doch hatte er es nicht versäumt, sich mit einigen Matrosen zu unterhalten. »Die Mehrzahl waren brave Menschen«, schrieb er später, »die nur mißbraucht wurden.« Wenn sie gewußt hätten, daß sie in jenem Augenblick ihren schlimmsten Feind in ihrer Gewalt hatten, wären sie sicher nicht so entgegenkommend gewesen!

Nach seiner Rückkehr in die Reichskanzlei arbeitete Noske im Einver-

---

1 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 65.

ständnis mit der Obersten Heeresleitung einen Plan zur Reorganisation von Militärwesen und Verwaltung aus, den er schnellstens durchzuführen gedachte.

Zuallererst wurden die preußischen Ministerien umgebildet. In der Innenpolitik trat Hirsch an die Stelle von Heine. Graf Brockdorff-Rantzau übernahm von Solf das Auswärtige Amt, und der württembergische Oberst Walter Reinhardt, der im Kriege Stabschef einer Armee gewesen war, ersetzte General Scheuch als Kriegsminister[2].

Gleichzeitig wurden auch Veränderungen in den wichtigsten militärischen Führungsstellen vorgenommen. Auf Ersuchen von Oberst Reinhardt wurde General von Lüttwitz, Kommandierender General des früheren III. Armeekorps, an Stelle des zur Disposition gestellten Generals Lequis zum Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin ernannt. Hatten die Volksbeauftragten den Oberbefehl über die Truppen in der Reichshauptstadt nun wenigstens einem aufgeschlossenen und verständnisvollen Mann anvertraut? Keinesfalls! »Exzellenz von Lüttwitz ist der altpreußische Offizier von altem Schrot und Korn, von der Auffassung des Zeitalters Kaiser Wilhelms I., royalistischer Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle, der neuen Zeit mit tiefstem innerem Widerstreben gegenüberstehend. Er hat sich früher mit innerer Politik wenig oder gar nicht beschäftigt ... Mit einer fast krankhaften Zähigkeit verfolgte er den Gedanken, das in Schmach und Elend unter einer unfähigen Regierung verkommende Vaterland durch eine Yorcktat zu retten. Aber ihm fehlte doch manches zu einem Yorck.«

Wem verdanken wir diese Schilderung? Einem Manne der Linken, einem Revolutionär? Nein, sondern General Maercker[3], einem Manne seines Standes, der selbst überzeugter Monarchist und Militarist war. Wir können dieses Bild daher ruhig als wahrheitsgetreues Zeugnis übernehmen.

General Groener ernannte sodann die Majore von Stockhausen und von Hammerstein zu Nachfolgern des Majors von Harbou, des ehemaligen Stabschefs von General Lequis. Generalleutnant von Hoffmann[4] wurde Kommandeur der Kavallerie-Schützendivision, Major von Ste-

2 So wie schon die Umbildung vom 28. Dezember gewisse Reibungen im Kabinett beseitigt hatte, setzte diese Neuverteilung der preußischen Ministerien den Streitigkeiten ein Ende, die bisher zwischen den Volksbeauftragten und den mit der Ausführung ihrer Anordnungen beauftragten preußischen Ministerien bestanden hatten.

3 Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 66/67.

4 Nicht zu verwechseln mit Generalmajor Max Hoffmann, der Generalstabschef des Prinzen Leopold von Bayern gewesen war und den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit unterzeichnet hatte.

phani erhielt den Befehl über ein aus verschiedenen Einheiten der Potsdamer Garnison zusammengesetztes Regiment. Außerdem wurden noch einige weniger wichtige Ernennungen vorgenommen und schließlich auch eine Reihe höherer Stadtbeamter ausgewechselt.

Polizeipräsident Eichhorn, den man beschuldigte, der Volksmarine-Division 200 Mann Verstärkung geschickt zu haben, wurde abgesetzt. An seine Stelle trat Eugen Ernst, dem Noske volles Vertrauen schenkte.

Die Ablösung von Otto Wels in der Kommandantur ging nicht ohne Zwischenfälle vonstatten. General Scheuch hatte zunächst Oberst Wilhelm Reinhard vom 4. Garderegiment[5] zu seinem Nachfolger bestimmt, doch da sich dieser Offizier beim Soldatenrat der Kommandantur nicht durchsetzen konnte, griff Noske auf Anton Fischer, den ehemaligen Adjutanten von Wels zurück, der seinerseits gezwungen wurde, seinen Posten an den Feldwebel Klawunde, den früheren Vorsitzenden des Potsdamer Garnisonsrates, abzutreten[6]. Die Folge war eine völlig unübersichtliche Lage. Außerdem kam es zu Kompetenzstreitigkeiten, die die Arbeit der Kommandantur gänzlich lahmlegten.

Schon in den ersten Januartagen konnten die neuen Männer dank des harten Zupackens von Noske und der Unterstützung der Obersten Heeresleitung ihre Tätigkeit aufnehmen. Noske hatte nun an allen führenden Stellen Leute, auf die er sich verlassen konnte, und war daher in der Lage, sich dem Aufbau der neuen Einheiten zu widmen.

Am Morgen des 4. Januar begaben sich Ebert und Noske auf Ersuchen des Generals von Lüttwitz ins Lager Zossen, 50 Kilometer südwestlich von Berlin, um dort die Freiwilligen zu besichtigen, die General Maercker um sich gesammelt hatte. Die beiden Regierungsmitglieder waren maßlos überrascht, dort wieder »richtige Soldaten« vorzufinden. Sie schritten die Front der im Schnee angetretenen Bataillone ab[7]. Die Männer präsentierten das Gewehr wie zu Kaisers Zeiten. In mustergültiger Ordnung marschierten dann die Kompanien vorbei. Hell schmetterten die Fanfaren in die kalte Januarluft hinaus.

Woher kam diese Truppe, die wie durch ein Wunder am Tage nach der Auflösung des kaiserlichen Heeres entstanden war? Wer war dieser General Maercker, dem das gewaltige Werk gelungen war, mehrere tausend Freiwillige mitten in einer Zeit der Anarchie um sich zu scharen?

5 Nicht zu verwechseln mit Oberst Walter Reinhardt, dem Kriegsminister.

6 »Ein ganz klares Bild habe ich nie gewinnen können, wie er auf den Posten gekommen ist«, schrieb Noske später, a. a. O., S. 64.

7 Zum erstenmal in der preußischen Geschichte erwiesen hier Heereseinheiten ausschließlich Zivilisten die militärischen Ehren.

»Kameraden!« rief er seinen Männern zu, als er sie zum erstenmal antreten ließ.

»Ich bin ein alter Soldat. Ich habe drei Kaisern 34 Jahre lang treu gedient. Ich habe in fünf Kriegen und drei Weltteilen für sie gekämpft und geblutet. Gefühle, die man 34 Jahre lang gehegt hat, die wirft man nicht fort, wie man ein altes, schmutziges Hemd fortwirft. Man wäre ein elender, verächtlicher Lump, wenn man das täte. Ich liebe und verehre Wilhelm II. heute noch ebenso wie vor 34 Jahren, als ich der Dynastie die Treue schwor. Aber er ist heute nicht mehr mein Kaiser und Kriegsherr, sondern nur noch ein Privatmann. An die Stelle der Kaiserlichen Regierung ist die des Reichskanzlers Ebert getreten. Sie ist gegenwärtig in schwierigster Lage . . .

Als vor 106 Jahren Preußen in ebenso großer Schmach und tiefer Schande darniederlag wie jetzt das Deutsche Reich, da fanden sich in Breslau unter dem Kommando des Majors von Lützow freiwillige Jäger zusammen. Das war Lützows wilde, verwegene Jagd. An jene Schar habe ich gedacht, als ich es übernahm, eine Freiwilligentruppe zu bilden. Und so wie die Lützowschen Jäger beschaffen waren, so möchte ich auch das Freiwillige Landesjägerkorps haben . . .«

Diese Sprache kennzeichnet glänzend den Charakter des ehemaligen Kommandeurs der 214. Infanterie-Division, und man kann mühelos erraten, was er empfunden haben muß, als er alle Stützen des Reiches nacheinander zusammenbrechen sah. »Solange ich mich in Feindesland befand«, schrieb er in seinen Erinnerungen, »hatte ich nur wenig über die Zustände in der Heimat erfahren. Nach Überschreiten der Grenze erkannte ich mit Schrecken, welch ein Durcheinander in Deutschland herrschte[8].«

Maercker hatte vielleicht als erster Frontgeneral die Auflösung des kaiserlichen Heeres kommen sehen. Sofort hatte er daran gedacht, statt dessen eine ausgedehnte Miliz aus Bürgern und Bauern zu bilden, mit der er die Ordnung wiederherstellen wollte. Eine Unterredung, die er am 6. Dezember im Bischöflichen Palais zu Paderborn mit einer Gruppe von Generalstabsoffizieren hatte, veranlaßte ihn jedoch, seine Pläne zu ändern. Angesichts der bolschewistischen Gefahr und der Bedrohung der Ostprovinzen beschloß er, aus seiner Division heraus ein Freiwilligenkorps zu bilden, das in der Lage sein sollte, zugleich den Feind im Innern zu bekämpfen und den Schutz der Ostgrenzen wahrzunehmen.

---

8 Maercker, a. a. O., S. 42.

Wollte Maercker das erreichen, so durfte er keine Zeit verlieren, denn schon begannen sich die Einheiten aufzulösen. Am Vortage waren ein Infanterieregiment und die Feldartillerie seiner Division in die Demobilmachungsorte abgerückt. Daher rief Maercker noch am selben Abend die Mitglieder seines Stabes zusammen und fragte sie, ob sie bereit wären, ihm bei der Durchführung seiner Pläne zu helfen. Einstimmig sagten die Offiziere ihre Unterstützung zu. »Ich ging sofort an die Arbeit«, schrieb Maercker, »aus der 214. Infanterie-Division heraus ein Freikorps zu bilden und es der Reichsregierung . . . anzubieten.«

Am 12. Dezember unterbreitete er seinem Dienstvorgesetzten, Generalleutnant von Morgen, Kommandierender General des XIV. Reservekorps, eine Denkschrift, in der er seine Gedanken über die Bildung dieses Freikorps auseinandersetzte[9].

Maercker führte darin aus, daß diese neuen Einheiten sich von denen des alten Heeres nicht nur in ihrem Aufbau, sondern auch durch ihren Geist unterscheiden müßten. Es käme darauf an, die alte Disziplin beizubehalten und dabei doch ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften herzustellen.

Aus den Erfahrungen, die er während des Rückzuges gemacht hatte, habe er gelernt, vernünftige »Vertrauensleute« könnten die Offiziere bei der Wahrung der Disziplin wirksam unterstützen und ihnen zugleich eine Menge Verwaltungsarbeit abnehmen. Daher beschloß er, von der Truppe gewählten »Vertrauensleuten« alles zu übertragen, was Kantinen- und Proviantangelegenheiten, die Rechnungsführung, Büchereien und Sportgeräte anbelangte.

Die Straf- und Disziplinarordnung war ebenfalls überholungsbedürftig. Allen Soldaten sollte fortan das Beschwerderecht zustehen. Ihre Beschwerden sollten von den Vertrauensräten entgegengenommen und weitergeleitet werden.

General von Morgen ersuchte General Maercker, ihm einen ausführlichen Entwurf für diese Neuregelung vorzulegen. Am 14. Dezember, zwei Tage nach der Veröffentlichung der Regierungsverordnung über die Aufstellung einer Freiwilligen Volkswehr, setzte Maercker einen ersten

9 Der Gedanke lag damals in der Luft, und es ist nicht ausgeschlossen, daß andere ihn gleichzeitig mit Maercker erwogen. Es ist sogar möglich, daß andere Keimzellen für Freikorps noch vorher entstanden sind, vor allem in Tirol und in den baltischen Ländern. Aber es bleibt deshalb nicht weniger richtig, daß General Maercker der erste war, der seiner Freiwilligentruppe einen eigenen Aufbau und ein eigenes Gesicht zu geben wußte. Daher kann man ihn als eigentlichen Urheber des Freiwilligensystems ansehen.

»Grundlegenden Befehl« für das Freiwillige Landesjägerkorps auf. Ein Vergleich dieses Befehls mit der Verordnung vom 12. Dezember[10] ist äußerst aufschlußreich, einmal, weil er in aller Schärfe den Gegensatz zwischen zwei Sprachen und zwei Methoden zeigt, und dann deshalb, weil dieser »Grundlegende Befehl« später als Vorlage für das Gesetz über die »Vorläufige Reichswehr« diente, das am 6. März 1919 von der Weimarer Nationalversammlung angenommen wurde.

Divisions-Stabsquartier Salzkotten (Westfalen),
den 14. Dezember 1918.

1. Aufgabe für das Freiwillige Landesjägerkorps ist das Aufrechterhalten von Ruhe und Ordnung im Innern und die Sicherung der Reichsgrenzen.
2. Das Freiwillige Landesjägerkorps wird gebildet durch freiwillige Meldungen.
3. Manneszucht: Die Leistung einer Truppe kommt nur dann voll zur Geltung, wenn diese bedingungslos in der Hand ihres Führers ist. Das gilt vor allem für Freiwilligentruppen. Dazu ist eiserne Manneszucht nötig, die die Vorbedingung für jeden Erfolg und eine Wohltat für jedermann ist. Die Manneszucht muß auf einem freiwillig und freudig dargebrachten Gehorsam beruhen.
4. Vertrauensleute: Sie sollen ein Bindeglied sein zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Sie unterstützen den Vorgesetzten bei Aufrechterhaltung der Manneszucht, sie bringen Wünsche und Klagen der Truppe vor den Führer. Je edler die Truppe ist und je inniger Truppe und Führer miteinander verwachsen sind, um so seltener wird die vermittelnde Tätigkeit der Vertrauensleute nötig sein. Zu den besonderen Aufgaben der Vertrauensleute gehört:
   a) Sie verwalten allen Privatbesitz der Truppe gemeinsam mit dem Zahlmeister;
   b) sie sind vom Führer heranzuziehen in allen Fragen der Verpflegung und der Truppenwohlfahrt sowie bei allen Urlaubsfragen;
   c) sie sind verpflichtet, für Kameraden, die sich über einen Vorgesetzten beschweren wollen, Beschwerde zu führen;
   d) sie stellen Richterpersonal zu Standgerichten.

   Die Vertrauensleute dürfen, um die Manneszucht nicht zu gefährden,

---

10 Vgl. oben, S. 78, Fußnote 2.

diese Aufgaben nicht überschreiten. Insbesondere stehen ihnen keine Befugnisse in Kommandoangelegenheiten zu.

5. Disziplinarstrafen: Sie dürfen nur vom Kompanieführer beziehungsweise Batterieführer an aufwärts verhängt werden. Zwischen dem Bekanntwerden des Vergehens und dem Ausspruch der Strafe muß ein Zeitraum von mindestens drei Stunden liegen. Strafexerzieren darf nicht verhängt werden . . .
   Der Führer einer Freiwilligentruppe darf niemals in einer Form bestrafen, die das Ehrgefühl des Bestraften zu verletzen geeignet ist. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Disziplinarstrafordnung für das Heer.
6. a) Wer plündert, wird mit dem Tode bestraft.
   b) Es wird aus dem Freiwilligen Landesjägerkorps schimpflich ausgestoßen:
      1. wer sich bei Ausübung des Dienstes feige zeigt;
      2. wer Diebstahl begeht;
      3. wer Staatseigentum absichtlich zerstört, fortwirft oder gar verkauft. Neben der Ausstoßung trifft den Bestraften die nach den Kriegsgesetzen zustehende Strafe.
7. Die Truppe erhält das Recht, Landesjäger wegen heldenhaften Verhaltens zur Beförderung zum Offizier vorzuschlagen.
8. Wer Grund zu haben glaubt, sich über einen Vorgesetzten zu beschweren, holt sich bei den Vertrauensleuten seiner Truppe (Kompanie bzw. Batterie) Rat. Erklären die Vertrauensleute, daß kein Grund zur Beschwerde vorliegt, so hat der Betreffende trotzdem das Recht, seine Beschwerde persönlich zu führen, und zwar, indem er sie seinem Kompanie-(Batterie-)Führer oder — wenn sich die Beschwerde gegen diesen selbst richtet — beim nächstältesten Offizier der Kompanie bzw. Batterie vorträgt . . .
9. Grußpflicht: Die Achtung vor den Führern wird äußerlich dargetan durch den militärischen Gruß, den jeder Angehörige des Freiwilligen Landesjägerkorps den dienstlich Höherstehenden zu erweisen verpflichtet ist . . . Jeder Vorgesetzte ist verpflichtet, den Gruß eines Untergebenen zu erwidern. MAERCKER[10a]

General von Morgen übermittelte diesen »Grundlegenden Befehl« der Obersten Heeresleitung, die ihn ohne Abänderungen billigte. »Daß ein einzelner Führer es unternehmen konnte«, schrieb Maercker, »solche

10a Maercker, a. a. O., S. 45/47.

wichtigen Anordnungen zu treffen, zum Beispiel eine Änderung der Militärgerichtsordnung, ist ein Beweis dafür, daß es damals an einer straffen Leitung des Heeres völlig gefehlt hat.«

Nach der Absicht seines Schöpfers war das Landesjägerkorps vor allem für den Bürgerkrieg gedacht. Daher kam es darauf an, das Korps zu einem dafür geeigneten Instrument zu schmieden.

Das schwierigste Problem bildeten die Kader. Welche Offiziere kamen für eine solche Truppe in Betracht? Nur sehr beliebte Vorgesetzte, die ihre Männer fest in der Hand hatten, würden sich in kritischen Augenblicken Gehorsam verschaffen können. Sie mußten zugleich aber auch über eine beispiellose Geduld und ausgeprägte psychologische Fähigkeiten verfügen, wenn sie verhindern wollten, daß ihre Männer die Nerven verloren und sich dazu hinreißen ließen, das Feuer auf eine Menschenmenge zu eröffnen, bevor der Befehl dazu gegeben war.

Die Vorkriegsoffiziere waren größtenteils gefallen oder verwundet. Die jungen Leutnants, die über keinerlei Menschenkenntnis verfügten, besaßen nicht immer die Gabe, sich bei ihren Leuten beliebt zu machen. Sie wußten besser zu sterben als zu befehlen, und oft hatten sie Schwierigkeiten, sich bei Unteroffizieren und Soldaten mit langer Fronterfahrung Achtung zu verschaffen.

Die Offiziere, die ohne weiteres erklärten, »nichts gegen das neue Regime zu haben«, mußten gleichfalls ausscheiden. Maercker glaubte sich nicht auf Männer verlassen zu können, die so leicht ihre politische Meinung änderten. Noch war nicht genug Zeit seit jenem Tage vergangen, da der Kaiser sie von ihrem Treueid entbunden hatte, als daß man einen solchen Gesinnungswandel von jedem Opportunismus hätte freisprechen können. Es bestand keine Gewähr dafür, daß sie bei den ersten Schwierigkeiten nicht auch ihn im Stich lassen würden.

Daher beschloß General Maercker, jungen Offizieren keine wichtigen Dienststellungen anzuvertrauen, sondern den Befehl über die Bataillone höheren Offizieren und den Befehl über die Kompanien und Batterien Hauptleuten zu übertragen. Für die kleineren Einheiten — Gruppen und Züge — fand er in den Unteroffizieren und Feldwebeln, die durch ihren Einsatz in den vordersten Schützengräben gereift waren, genau die Männer, nach denen er suchte.

Die Zusammensetzung der neuen Einheiten war ebenfalls Gegenstand eingehender Überlegungen. Da die Aufgaben der Freikorps andere waren als die des kaiserlichen Heeres, bestand keine Veranlassung, die alte Aufteilung der Waffengattungen beizubehalten. In Friedenszeiten

hatten die verschiedenen Waffengattungen erst auf Divisionsebene zusammengewirkt. Infanterie, Kavallerie und Artillerie hatten ihre Garnisonen oft in verschiedenen Städten und kannten sich untereinander nicht, woraus sich für die Führung große Schwierigkeiten bei der taktischen Zusammenarbeit ergaben. Diese mangelnde Beweglichkeit im Zusammenwirken der verschiedenen Waffengattungen blieb übrigens während des ganzen Krieges der schwache Punkt der deutschen Taktik.

»Da bei der kleinen Truppe, die zu bilden ich in der Lage war«, schrieb Maercker, »ein Massenwirken von Artillerie oder Reiterei nicht in Frage kommen konnte, so schuf ich an Stelle von Sonderwaffen gemischte Abteilungen. Hierzu bewog mich auch die Überlegung, daß ich bei Kämpfen im Landesinneren wahrscheinlich eine größere Zahl von kleineren Verbänden brauchen würde, die ich nicht erst für den besonderen Fall zusammenstellen wollte. Ich ging noch weiter. Indem ich jeder Kompanie einen Zug schwerer Maschinengewehre und einen Minenwerfer zuteilte, machte ich sie bereits für manche Aufgaben des Straßenkampfes fähig[10b].« Diese gemischten Abteilungen sollten je nach Bedarf durch eine Geschützbatterie und eine Kavallerieschwadron verstärkt werden. Den Batterien sollte eine Abteilung schwerer Maschinengewehre beigegeben werden, um sie für den Fall, daß sie von den anderen Truppen abgeschnitten würden, zur Selbstverteidigung zu befähigen.

Schließlich wurde für jeden besonderen Fall, wie Besetzung von Bahnhöfen und Stellwerken, Schutz von Material- und Munitionslagern, Hafenpolizei, Verteidigung öffentlicher Gebäude, Säuberung von Straßen und Plätzen und Sturmangriff auf Gebäude, auch eine besondere Taktik vorgesehen. Später forderte Maercker von Noske eine Abänderung des Anrufungsverfahrens, um Menschenmengen zurückzudrängen und bedauerliche Zusammenstöße wie bei den Kämpfen vor dem kaiserlichen Schloß vermeiden zu können.

Am 22. Dezember 1918 veröffentlichte Maercker die »Bedingungen für den Eintritt in das Freiwillige Landesjägerkorps«:

1. Freiwillige aller Jahrgänge sind zum Eintritt berechtigt, soweit sie voll ausgebildet sind.
2. Offiziere, Beamte und Unteroffiziere erhalten die mobile Besoldung ihres Dienstgrades. Landesjäger erhalten eine monatliche Löhnung von 30 Mark. Jeder Mann erhält freie Verpflegung und Wohnung,

---

10b Maercker, a. a. O., S. 52.

Unteroffiziere und Mannschaften außerdem Bekleidung und Ausrüstung.

3. Alle Angehörigen des Freiwilligen Landesjägerkorps mit Ausnahme der Wohnungsgeldzuschußklassen erhalten eine Zulage von täglich fünf Mark. Diese Zulage wird nicht gezahlt während der Verbüßung einer Freiheitsstrafe und während einer Lazarettbehandlung, sofern sie nicht durch Verwundung oder die Folgen des Krieges bedingt ist.
4. Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter . . .
5. Versorgungsansprüche für die eigene Person und die Hinterbliebenen wie bisher.
6. Bei endgültiger Entlassung erhält der Freiwillige 50 Mark Entlassungsgeld, 15 Mark Marschgeld und einen Entlassungsanzug, wenn er diese Abfindung nicht schon einmal erhalten hat.
7. Jeder Angehörige des Freiwilligen Landesjägerkorps verpflichtet sich beim Dienstantritt auf den dem Tage der Meldung folgenden Kalendermonat. Er hat das Kündigungsrecht bei einer Kündigungsfrist von 14 Tagen. Ist die Kündigung bis zum 16. eines Monats nicht erfolgt, so läuft die Verpflichtung ohne besondere Erneuerung für den nächstfolgenden Kalendermonat weiter . . . Die Möglichkeit sofortiger schimpflicher Ausstoßung wird hierdurch nicht berührt (siehe Grundlegender Befehl Nr. 1, Ziffer 6).
8. Alle weiteren Fragen werden durch die vorläufige Regierung Ebert, später durch die von der Nationalversammlung berufene Regierung entschieden.

MAERCKER

Eine heikle Frage war auch die des Eides. Auf den Vorschlag, seine Truppe »auf die Regierung Ebert — Haase« zu vereidigen, erwiderte Maercker: »Unmöglich! Haase ist ein ausgemachter Antimilitarist. Ich werde ihm niemals einen Eid leisten[11].« Erst am 17. Dezember übermittelte ihm die Oberste Heeresleitung eine Fassung, der er beipflichten konnte: »Ich gelobe durch eigenhändige Unterschrift, daß ich Treue halten will der vorläufigen Regierung des Reichskanzlers Ebert, bis durch die Nationalversammlung die neue Reichsverfassung bestimmt ist.«

Jetzt blieb nur noch die Rekrutierung der Freiwilligen. So wie organische Körper vor ihrem Absterben lebende Zellen absondern, um das Weiterleben der Art zu gewährleisten, so bildeten sich aus dem kaiserlichen Heer eine Reihe kleinerer, selbständiger Verbände, die seine

11 Bekanntlich hatte Haase das Telegramm, das die Volksbeauftragten am 9. November an Feldmarschall von Hindenburg gerichtet hatten, nicht mit unterzeichnet.

Nachfolge antreten sollten. Aus diesen Freikorps ging dann die Vorläufige Reichswehr hervor, aus der sich die Berufsreichswehr entwickelte. Und sie bildete später den Kern für die nationale Wehrmacht. So fügten sich die verschiedenen Abschnitte des militärischen Wiederaufbaus Deutschlands zu einer lückenlosen Kette.

Die Aufstellung der Verbände wurde unverzüglich in Angriff genommen. Um in aller Ruhe arbeiten zu können, schlug der Stab des Landesjägerkorps sein Quartier im Franziskanerkloster Salzkotten in Westfalen auf.

Bereits wenige Tage nach der Veröffentlichung seines Grundlegenden Befehls konnte General Maercker die erste Abteilung besichtigen. Sie bestand aus drei Kompanien Infanterie und einer Batterie Artillerie[12]. Diese Abteilung lag in den Dörfern Wever, Nordborchen und Kirchborchen. Sie stand unter dem Befehl von Major Anders und Hauptmann Menge.

Durch den Zustrom zahlreicher Artilleristen konnte Maercker dann eine Artilleriereserve von zwei Batterien aufstellen. Die 1. unter Hauptmann Metscher[13] wurde in Tudorf, die 2. unter Leutnant Fürguth[14] in Upsprunge einquartiert.

Doch wenn sich auch Freiwillige einstellten, ließen Bekleidung und Ausrüstung doch zu wünschen übrig. Die 214. Infanterie-Division hatte seit April in vorderster Front gestanden und war in völlig abgerissenem Zustand nach Deutschland zurückgekehrt. Bei ihrer Rückkehr hatte sie überdies ihre Kammern von Revolutionären ausgeplündert gefunden. Man verständigte General Maercker, er könne sich Waffen im Artilleriedepot Münster, Bekleidung in Hannover und Munition in Neheim beschaffen. Doch als er dort eintraf, fand er Waffen und Munition nur in verschwindend kleiner Menge vor. Der Stab der 17. Armee, der sich in Geseke in Auflösung befand, ermächtigte ihn, rollendes Material aus dem Fahrzeugpark seines Trosses zu entnehmen. Maercker eilte sofort dorthin, doch kam er auch hier wieder zu spät: »Ich fand wahrhaft russische Zustände vor«, berichtete er selbst darüber. »Fahrzeuge, Geschütze, Beschirrung, Munition usw. lagen in Millionenwerten ohne Bewachung und ohne irgendwelche geordnete Annahme und Bestands-

12 Die 1. Kompanie war aus dem 50. Infanterie-Regiment, die 2. Kompanie aus dem 358. Infanterie-Regiment, die 3. Kompanie aus der 1. Minenwerfer-Abteilung und die Batterie aus den Fußartillerie-Regimentern 23 und 119 hervorgegangen.

13 Hervorgegangen aus dem Feldartillerie-Regiment 500.

14 Hervorgegangen aus dem Feldartillerie-Regiment 265 und dem Fußartillerie-Regiment 27.

nachweisung umher. Aus den Sanitätswagen war alles kostbare Verbandszeug, sämtliche Arzneien herausgerissen. Leder, Kupfer, Ferngläser und dergleichen wurden in Massen abgeschleppt[14a].«

Im Sennelager war die Lage etwas besser, doch widersetzte sich hier der Soldatenrat von Münster, einer der radikalsten in ganz Deutschland, jeder Entnahme von Material.

Da Maercker nicht mehr wußte, was er tun sollte, rief er Berlin an und ließ sich mit Unterstaatssekretär Baake in der Reichskanzlei verbinden:

»Sind Ihre Truppen in Hundertschaften eingeteilt?« fragte Baake den General.

»Nein«, erwiderte Maercker.

»Haben Sie denn den Erlaß vom 12. Dezember nicht gelesen?«

»Gewiß«, antwortete Maercker, »doch läßt sich auf dieser Grundlage keine disziplinierte Truppe aufbauen.«

»Dann müssen Sie selber sehen, wie Sie zurechtkommen«, sagte Baake und hängte ein.

Für Maercker stand nun fest, daß er von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hatte. »Dabei sollte diese Truppe in den nächsten Tagen nach Berlin befördert werden, um Herrn Baake und seine Kanzlei zu schützen«, fügte er ironisch hinzu.

Würde Maercker bei den Militärbehörden mehr Glück haben? Alle Ermahnungen halfen nichts: Auch die in Paderborn in Auflösung befindlichen Regimenter weigerten sich, ihm Hilfe zu leisten. Das 5. Fußartillerie-Regiment rückte keinen Munitionswagen heraus, und das 14. Husaren-Regiment stellte ihm kein einziges Pferd zur Verfügung. So machte die Ausrüstung des Freikorps nur langsame Fortschritte.

Trotz all dieser Schwierigkeiten ließ sich General Maercker nicht entmutigen. Auf Ersuchen der Obersten Heeresleitung wurden ihm drei Generale für die Aushebung von Freiwilligen zugeteilt: Haas, von Reitzenstein und Wilckens.

So wuchs der Bestand der kleinen Truppe ständig an. Der Kern der Landesjäger, der sich aus der 214. Infanterie-Division gebildet hatte, vergrößerte sich erstmals am 15. Dezember um alle Freiwilligen, die im Bereich des XIV. Armeekorps angeworben werden konnten, ein zweites Mal am 20. Dezember um die im Bereich der 17. Armee angeworbenen Freiwilligen. Am 24. Dezember, zu der Stunde, da Hauptmann Pabst mit

---

14a Maercker, a. a. O., S. 55.

seinen Offizieren vor dem Berliner Schloß eine Niederlage einstecken mußte, ließ General Maercker seine Landesjäger antreten und erklärte ihnen, was er von ihnen erwartete. Etwa 4000 Freiwillige jubelten ihm begeistert zu.

Am 26. Dezember bat die Regierung Ebert, die nach der Niederlage des Generals Lequis befürchtete, von den Spartakisten hinweggefegt zu werden, die Oberste Heeresleitung darum, das Landesjägerkorps dem zum Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin ernannten General von Lüttwitz zur Verfügung zu stellen. General Maercker erhielt daher Befehl, seine Abteilungen auf die Reichshauptstadt in Marsch zu setzen. Ein neues Kapitel in der Geschichte der Freikorps begann.

Am 28. Dezember setzten sich die I., die III. und die IV. Abteilung, gefolgt von der Batterie Metscher und vom Stabe der Landesjäger, in Marsch.

Die II. Abteilung blieb vorläufig mit Major Mayernitz und Hauptmann Essich in Salzkotten, um sich um die weiteren Anwerbungen zu kümmern. Diese Gruppe vereinigte sich am 9. Januar im Lager Zossen mit dem Gros der Landesjäger.

»Das Zusammensein im Lager Zossen«, schrieb Maercker, »war für das Korps von außerordentlichem Wert und wurde fleißig ausgenützt, um die Ausrüstung der Truppen zu vervollständigen sowie um diese auszubilden und zusammenzuschweißen.« Die Jäger waren fraglos noch unzulänglich bewaffnet. Das schlimmste aber war, daß sie mitten im Winter keine Mäntel hatten. Deserteure hatten die Kleiderkammern ausgeplündert und gingen in den Straßen Berlins mit neuen Militärmänteln spazieren, während die Freiwilligen das Allernotwendigste entbehren mußten.

»Wir baten die Abteilung Lüttwitz darum«, berichtete Maercker. »Sie teilte mit, daß die sofortige Zuweisung von Bekleidung nicht zu erreichen sei, da die Bestände der Bekleidungsämter zum großen Teil geplündert seien. Ich ging selbst ins Kriegsministerium und bat den Leiter des Allgemeinen Kriegsdepartements um Mäntel. Er zeigte mir seine hohle Hand: ›Ich habe keine!‹« So waren am 1. Januar 1919 weder der Militärbefehlshaber von Berlin noch der Preußische Kriegsminister in der Lage, 4000 Soldaten einzukleiden! Glücklicherweise entdeckte Maercker schließlich in der Umgebung von Zossen ein Bekleidungslager, das nicht ausgeplündert worden war. Auf diese Weise konnte er seinen Leuten endlich Mäntel beschaffen.

Im Laufe der nächsten Tage fanden sich in Zossen mehrere kleinere

Verbände ein, darunter die fünf Hundertschaften des Majors Meyn[15]. Sie wurden in das Landesjägerkorps eingegliedert und bildeten dessen V. Abteilung.

Das war die Truppe, die am Morgen des 4. Januar vor Ebert und Noske vorbeimarschierte; »wieder richtige Soldaten«, wie die Minister erstaunt feststellten. Diese Truppe war das Werk eines einzigen Mannes, der sie mit einer Klarsicht und Zähigkeit ohnegleichen geplant, angeworben und ausgerüstet hatte. Dank dieser Truppe konnte General Maercker, unbekannter Kommandeur einer Front-Division, die sich im Weltkrieg durch keine besondere Heldentat ausgezeichnet hatte, seinen Namen in das Buch der Geschichte seines Landes eintragen.

Nach der Besichtigung kehrten die Volksbeauftragten nach Berlin zurück. In dem Augenblick, da sie Zossen verließen, wandte sich Noske mit ernster Stimme an Ebert:

»Sei nur ruhig! Jetzt wird alles wieder gut werden ... In acht Tagen haben wir wieder eine feste Macht in Händen[16]!«

15 Vgl. oben Kap. V, S. 78/79.
16 Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 64.

IX Die Freikorps erobern Berlin

Wieder in Berlin, stand Noske vor der Wahl zwischen zwei Möglichkeiten. Entweder konnte er die Militärpolitik des Kabinetts fortsetzen, wie sie der Erlaß vom 12. Dezember festgelegt hatte; oder er mußte mit ihr brechen und Offiziere wie General Maercker, die sich um die Aufstellung von Freikorps bemühten, unterstützen.

Schlug er den ersten Weg ein, mußte er dem Grundsatz der freien Wahl der Führer durch die Truppe Geltung verschaffen und damit die Machtbefugnisse der Soldatenräte erweitern. Beim zweiten Weg dagegen mußte die volle Autorität der Offiziere grundsätzlich wiederhergestellt werden, was eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Militärs bedeutete. Beide Lösungen konnten schwerste Folgen für das Land nach sich ziehen. Je nach der Wahl, die der Minister für die Landesverteidigung nun traf, mußte sich Deutschland der Anarchie oder der Gegenrevolution zuneigen.

In Wirklichkeit zögerte Noske kaum bei der Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten. Bei ihm sprach alles für die zweite Lösung: seine persönlichen Neigungen, die Ratschläge seiner Umgebung und seine eigenen Erfahrungen in Kiel. »Daß es nun einmal ohne Disziplin und Strafen bei einer Truppe nicht abgeht, habe ich in Kiel gelernt[1].« Für ihn war der Grundsatz der Führerwahl ein Hirngespinst, das auf der Unkenntnis der einfachsten Grundzüge des menschlichen Wesens beruhte. Sich dafür zu entscheiden hieß das Land in den Abgrund zu führen. Beim geringsten Zweifel daran genügte ein Blick auf die Ohnmacht der Soldatenräte, ihn zu zerstreuen.

Daher entschloß sich Noske, die Bildung von Freikorps zu fördern, die seiner Überzeugung nach bis auf weiteres dem Gebot der Stunde am besten entsprachen. Seine Bemühungen zielten darauf ab, eine möglichst große Zahl solcher Verbände zusammenzubringen. Die Führung sollte General von Lüttwitz übernehmen.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe mußte Noske seine ganze Zeit und

---

1 Oberst Reinhard: »1918–1919«, S. 84.

seine ganze Arbeitskraft aufwenden. Um sich Bewegungsfreiheit zu verschaffen, bat er seine Kollegen, ihm den militärischen Oberbefehl in den Marken zu übertragen. Er erhielt ihn am Morgen des 6. Januar 1919[2].

Jetzt war Noske im Besitz wahrhaft diktatorischer Vollmachten. Er konnte seine Entscheidungen in voller Übereinstimmung mit den Auffassungen des Großen Generalstabes treffen und brauchte keine Bestätigung seitens der Regierung mehr abzuwarten. »Den Wortlaut der mir erteilten Vollmachten habe ich nie gelesen und die Bestallung als Oberbefehlshaber nie in der Hand gehabt[3]«, schrieb er in seinen Erinnerungen. Der ehemalige Gouverneur von Kiel war allerdings nicht der Mann, der sich durch solche Kleinigkeiten aus der Ruhe bringen ließ. Wenn er den Wortlaut des Erlasses über Art und Umfang seiner militärischen Vollmachten nie in die Hand bekommen hatte, dann um so besser! Er durfte sich somit im Besitz uneingeschränkter Vollmachten wähnen.

☆

Am 6. Januar verließ Noske gegen Mittag in Begleitung eines Hauptmanns in Zivil die Reichskanzlei und begab sich zu Fuß in das Gebäude des alten kaiserlichen Generalstabes am Platz der Republik, dem früheren Königsplatz, den man gerade umgetauft hatte. Es war nicht leicht, dorthin zu gelangen, denn die Straßen waren schwarz von Menschen. »Als wir die Massen«, schrieb Noske, »mit denen die Wilhelmstraße gefüllt war, hinter uns hatten, stießen wir ›Unter den Linden‹ auf das Aufgebot der Unabhängigen und Spartakus-Leute ... Am Brandenburger Tor, im Tiergarten und vor dem Generalstabsgebäude mußte ich den Zug durchschreiten. Zahlreiche Bewaffnete marschierten mit. Einige Lastautomobile mit Maschinengewehren standen an der Siegessäule. Höflich bat ich wiederholt darum, mich durchzulassen, denn ich hätte eine dringende Besorgung. Es wurde mir bereitwillig der Weg freigegeben. Wenn die Scharen entschlossene, zielbewußte Führer gehabt hätten an Stelle von Schwadroneuren, hätten sie am Mittag dieses Tages Berlin in der Hand gehabt[4].«

Vor dem Generalstabsgebäude traf Noske die Majore von Hammer-

2 General Groener hatte zunächst daran gedacht, diesen Posten dem General von Hoffmann anzuvertrauen, doch hatten Ebert und Scheidemann sich dem widersetzt.
3 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 68.
4 Ibd., S. 69.

stein und von Stockhausen, die dann seine technischen Berater wurden. Eine ruhige Arbeit war jedoch hier ebensowenig möglich wie in der Reichskanzlei. Unten tobte die Menge und drohte mit den Fäusten zu dem Gebäude hinauf, das für sie zum Symbol für die verhaßte Macht der »Kriegsherren« geworden war. Hätten sich die Revolutionäre dazu entschlossen, das Gebäude zu stürmen, dann wäre ihnen keinerlei Widerstand geleistet worden.

In Eile erörterte Noske mit seinen Offizieren alle gebotenen Möglichkeiten: Sollte man zwei- bis dreihundert Mann unter Waffen zum Zoo in Charlottenburg vorstoßen lassen, um die Menge zu zerstreuen? Sie würden aufgerieben werden, bevor sie ihr Ziel erreichten. Oder sollte man Berlin verlassen und erst zur Tat schreiten, wenn die verfügbaren Streitkräfte ausreichten, einen Erfolg zu gewährleisten? Die Entscheidung fiel einstimmig für diese letztere Lösung. Noske verlegte sein Hauptquartier daher in das »Luisenstift« in Dahlem, ein Mädchenpensionat am Rande Berlins, das auf Grund seiner abgesonderten Lage leicht zu verteidigen war. Der Schutz des Gebäudes wurde einer Kompanie der III. Jäger-Abteilung anvertraut.

Um 15 Uhr ließ sich der Volksbeauftragte für die Landesverteidigung bei der Direktorin melden und teilte ihr mit, daß ihr Haus von den Militärbehörden beschlagnahmt sei. Die Schülerinnen waren in den Ferien, der Einzug konnte sofort beginnen.

Schon eine Stunde später erzitterten die Gänge und Treppenhäuser unter den Stiefeln und Hammerschlägen der Pioniere, die die Telephonleitungen verlegten. In Zimmern und Schlafräumen wimmelte es von Soldaten. Noske ließ sich ein Klassenzimmer als Arbeitsraum einrichten. Ein Tisch, ein auf einem Brett festgeschraubtes Telephon und ein kleines Schülerinnenbett genügten ihm als Mobiliar seines Hauptquartiers.

In dieser Nacht allerdings kam er nicht zum Schlafen, denn er hatte ständig Unterschriften zu leisten, Befehle zu geben und mündliche wie telephonische Gespräche zu führen. Am frühen Morgen des Dienstags ging es in dem Hause zu wie in einem Ameisenhaufen. Von überallher strömten Freiwillige herbei, um sich einschreiben zu lassen. Die meisten hatten ihr Gewehr selbst mitgebracht. Lastwagen schafften Maschinengewehre und Granatwerfer heran, die schnell zusammengesetzt und in Stellung gebracht wurden. In den Kasernen wurden Autos, Motorräder und Fahrzeuge aller Art beschlagnahmt und nach Dahlem gefahren, wo sie bald einen stattlichen Wagenpark bildeten. Auf einem benachbarten

Feld wurde sogar eine Funkstation aufgebaut. In weniger als drei Tagen verwandelte sich das Mädchenpensionat in eine Festung.

Noske nutzte diese Tage zur Ausarbeitung eines Operationsplanes und zur Prüfung der Kräfte, über die er verfügte.

Da stand zunächst einmal in Dahlem selbst eine Kompanie der III. Jäger-Abteilung, die täglich stärker wurde.

Sodann stand die Hauptmacht des Freiwilligen Landesjäger-Korps unter Führung von General Maercker zur Verfügung. Die einzelnen Abteilungen waren folgendermaßen verteilt: die I. und die IV. Abteilung lagen in Zossen, die II. als Reserve in Niedermarsberg in Westfalen. Die III. und die V. unter dem Befehl der Majore Lucius und Meyn waren nach Groß-Lichterfelde vorgeschoben worden, weil auch in der unmittelbaren Nähe Berlins Streitkräfte verfügbar sein sollten.

Maerckers Beispiel war übrigens schon sehr bald nachgeahmt worden. Schon am 25. Dezember hatten sich einige Offiziere ebenfalls um die Aufstellung selbständiger Freikorps bemüht.

Zunächst Oberst Wilhelm Reinhard, der ehemalige Kommandeur des 4. Garderegiments[5]. Am 26. Dezember hatte er zur Bildung eines Freikorps aufgerufen, und diesem Ruf war sogleich eine Anzahl ehemaliger Unteroffiziere seines Regiments gefolgt. Dieser erste Kern hatte in der vor dem Kriege vom 4. Garderegiment belegten Kaserne Quartier bezogen. Die Offiziere und Unteroffiziere telegraphierten an ihre alten Frontkameraden und forderten sie auf, an ihrer Seite weiterzukämpfen. Einige Tage später war das Freikorps bereits 600 Mann stark.

In den ersten Januartagen teilte Oberst Reinhard seine Truppe: Die erste Gruppe bestand aus zwei je 150 Mann starken Kompanien unter dem Feldwebel Suppe und übernahm den Schutz der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes. Die zweite Gruppe, ebenfalls zwei je 150 Mann starke Kompanien, wurde nach Moabit beordert, wo sie den Schutz der Kaserne zu übernehmen hatte. Am 8. Januar betrug die Gesamtstärke dieser Truppe 900 Mann, fast alles entlassene Soldaten, die den Krieg in der Garde mitgemacht hatten und in dem Freikorps, das aus ihrem alten Regiment hervorgegangen war, weiter dienen wollten.

Zur Verstärkung dieser Elitetruppe teilte General von Lüttwitz ihr das aus den Trümmern einer Reihe von Potsdamer Regimentern zu-

---

5 Nicht zu verwechseln mit Oberst Walter Reinhardt, dem preußischen Kriegsminister.

sammengestellte Freikorps des Majors von Stephani zu, der sich sogleich nach Moabit begab, um sich Oberst Reinhard zur Verfügung zu stellen[6].

Außerdem gab es noch das Freiwillige Schützenkorps unter General von Roeder[7], die Garde-Kavallerie-Schützendivision unter General von Hoffmann, das Freikorps der 17. Infanterie-Division unter General Held, das Freikorps der 31. Infanterie-Division unter General von Wissel und schließlich das Freikorps des Generals von Hülsen.

Zur Verstärkung seiner Streitkräfte ließ Noske aus Kiel noch seine eigene, 1 600 Mann starke »Eiserne Brigade« unter Oberst von Kohden kommen, deren Antransport die Eisenbahner vergeblich zu verhindern suchten. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar bezog sie in sechs Dörfern der Marken Quartier, und am Morgen des 10. Januar besichtigte Noske sie in ihren Unterkünften. Er benutzte die Gelegenheit zu einer Besprechung mit den Marineoffizieren, die die einzelnen Abteilungen der Truppe befehligten.

Die Ankunft der »Eisernen Brigade« erhöhte die Zahl der unter Waffen stehenden Verbände, über die der Volksbeauftragte für die Landesverteidigung verfügen konnte, auf acht[8].

Wie man sich wohl denken kann, waren diese Vorbereitungen bei den Spartakisten nicht unbemerkt geblieben. Diese machten nun fieberhafte Anstrengungen, um eine rote Armee auf die Beine zu stellen, die in der Lage wäre, den Streitkräften Noskes die Stirn zu bieten. Der revolutionäre Vollzugsausschuß hatte unter dem Schutz der Volksmarine-Division sein Hauptquartier im Marstall aufgeschlagen. Dort ging es zu wie mitten in der Mobilmachung: »Waffen und Ausrüstungsgegenstände werden auf den Hof geschleppt, in riesigen Stapeln aufgehäuft und an die Zivilisten, die aus- und einströmen, verteilt. Kraftwagen knattern, Pferde werden angeschirrt, Frauen in Schwesterntracht rüsten Sanitätswagen aus. Was in Monaten versäumt ist, soll in Stunden nachgeholt werden[9].« Im entscheidenden Augenblick fehlte es

---

6 Im März erreichte die Stärke dieses Freikorps die einer Brigade, vor allem infolge der Zuweisung von Einheiten, die vordem zur Kaiserlichen Garde gehört hatten.

7 Das Freiwillige Schützenkorps bestand aus der Abteilung Stobbe, der Abteilung Gerstenberg und der Garde-Abteilung von Neufville.

8 Außer einigen Milizeinheiten, die der Regierung treu geblieben waren, gab es in Berlin noch das in den ersten Dezembertagen aufgestellte Regiment Liebe, das im Reichstag lag. Da Noske sich aber auf seinen Gefechtswert nicht verlassen konnte, zog er es vor, dieses Regiment in den Operationsplan nicht mit einzubeziehen. Bei der Eroberung Berlins spielte es nur eine unbedeutende Rolle.

9 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 180/181.

den Revolutionären jedoch am wichtigsten, nämlich disziplinierten Verbänden und einem methodischen Plan.

Es ging allerdings das Gerücht um, Dorrenbach habe die bisher neutrale Garnison von Spandau für die Revolution gewinnen können. Damit hätten den Spartakisten ebenfalls mehrere gutbewaffnete Regimenter, 2 000 Maschinengewehre und zwanzig Geschütze zur Verfügung gestanden. Außerdem hieß es, die Frankfurter Garnison sei nach Berlin aufgebrochen und wolle sich ihnen anschließen.

Noske, der dem heftigen Drängen seiner Kollegen, mit den Operationen zu beginnen, bislang widerstanden hatte, wurde sich beim Eintreffen dieser Nachricht darüber klar, daß er nun keine Minute mehr zu verlieren hatte. Die Spandauer Garnison konnte ihn beim Einrücken in die Hauptstadt in der Flanke bedrohen. Diese Gefahr mußte noch vor dem Eintreffen der revolutionären Truppen aus Frankfurt beseitigt werden.

Beim Studium des Stadtplans von Berlin erkannte Noske zwei Punkte als besonders wichtig: erstens Spandau selbst, wo sich die ausgedehnten Anlagen der Gewehrfabrik befanden, und zweitens die Gegend um den Belle-Alliance-Platz mit den Gebäuden der großen Berliner Zeitungen. Weder die materiellen noch die geistigen Waffen durften in den Händen der Aufständischen bleiben, zumal die Regierung die Presse zur Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung, die nach wie vor auf den 19. Januar festgesetzt waren, benötigte. Gegen diese beiden Punkte also wollte Noske zuerst vorgehen.

☆

Mit dem ersten Abschnitt der Eroberung Berlins wurde das Freikorps Oberst Reinhard beauftragt. Eine Abteilung Freiwillige unter Leutnant von Kessel marschierte nach Spandau, um das dortige Rathaus zu besetzen, das nach kurzer Beschießung gestürmt wurde. Dabei gab es Tote und Verwundete. Alle Spartakisten, die sich dort befanden, wurden gefangengenommen und in das Berliner Zentralgefängnis geschickt. Unterwegs aber wurden sie vom Begleitkommando unter dem Vorwand eines Fluchtversuches niedergeschossen.

Gleichzeitig fand eine weitere Aktion gegen das Zeitungsviertel statt. Mit diesem Angriff wurde Major von Stephani beauftragt. In der Nacht vom 10. zum 11. Januar brach er von der Kaserne in Moabit auf und ließ seine Truppen am Belle-Alliance-Platz und in den angrenzenden Straßen Stellung beziehen. Im Schutze der Dunkelheit konnte

er auch die Haubitz-Batterie und Minenwerfer in Stellung bringen. Rollendes Geschützfeuer weckte die Berliner in der Morgendämmerung des 11. Januar. Der Donner der Explosionen, von den Steinfassaden der Häuser hundertfach zurückgeworfen, war betäubend. Die Spartakisten, die das Gebäude des »Vorwärts« besetzt hielten, antworteten mit Gewehrfeuer. Aus den Fenstern knatterten Maschinengewehre. Kugeln prallten auf das Straßenpflaster, die Passanten warfen sich auf den Fahrdamm. Verwundete wurden in die Häuser geschleppt.

Bald hatten die Granaten eine Bresche in die Front des Gebäudes geschlagen. Zwei Häuser wurden zerstört, das Feuer der Aufständischen hörte auf. Ein halbes Dutzend Revolutionäre rannte auf die Straße hinaus und schwenkte weiße Taschentücher. Soldaten brachten sie mit Gewalt in den Hof der nahegelegenen Dragoner-Kaserne. Dann gab es einen trockenen Feuerstoß: Sechs Leichen stürzten an einer blutbespritzten Wand zu Boden.

Nun drang die Sturmtruppe mit Handgranaten, dicht an die Häuserwände gepreßt, weiter vor. Vom Eingang des »Vorwärts« drangen Soldaten in das Innere des Gebäudes ein[10]. Die Revolutionäre hoben die Hände und baten um Schonung. Dreimal fragte Major von Stephani bei Oberst Reinhard an, was er mit den Gefangenen tun solle, und dreimal erteilte Reinhard ihm den Befehl, sie auf der Stelle zu erschießen. Stephani konnte sich nicht dazu entschließen, dreihundert waffenlose Männer kaltblütig niederzustrecken. Doch als er noch überlegte, was zu tun sei, stürmte eine Gruppe spartakistischer Arbeiter in das Gebäude, um ihre Kameraden zu befreien. Ein Teil der Gefangenen konnte entkommen, die anderen kapitulierten. Sie sollten vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Dann wurden auch die anderen Zeitungsgebäude von den Truppen des Obersten Reinhard zurückerobert.

☆

Während sich diese Ereignisse in der Umgebung der Alten Jakobstraße abspielten, begann der zweite Teil der Aktion in den westlichen Vorstädten. Am 11. Januar 1919, auf den Tag genau einen Monat nach der Rückkehr des kaiserlichen Heeres, zog Noske an der Spitze seiner Freikorps in Berlin ein. Doch welch ein Unterschied zwischen diesem Schauspiel und den Paraden, an die die Berliner gewöhnt waren!

Im regnerischen Halbdunkel des Wintermorgens marschierte eine

10 Zum Angriff auf den »Vorwärts« vgl. Hans von Kessel: »Handgranaten und rote Fahnen«, S. 159–197.

dreitausend Mann starke, kriegsmäßige Truppe durch die Reichshauptstadt. An der Spitze schritt ein Zivilist mit ruhigen, aber harten Zügen: Noske, begleitet von Oberst Deetjen. Dann folgten Infanterie-, Kavallerie- und Artillerie-Kolonnen und am Schluß eine Abteilung Panzerwagen. Diese Truppe bestand aus der III. und der V. Abteilung des Landesjägerkorps, drei Schwadronen der Garde-Kavallerie-Schützendivision und der Kieler »Eisernen Brigade«.

Die lange Kolonne marschierte von Lichterfelde über die Potsdamer, die Leipziger und die Wilhelmstraße zum Brandenburger Tor. Die Soldaten sicherten ihren Vormarsch, denn an jeder Straßenecke mußten sie mit Feuerüberfällen aus Maschinengewehren rechnen. Doch kein Schuß fiel. Die Straßen waren menschenleer. Über der Hauptstadt lastete tödliches Schweigen, das nur von Zeit zu Zeit von dem Kanonendonner am Belle-Alliance-Platz unterbrochen wurde. Die Berliner zeigten sich zunächst nur zögernd, dann aber immer zahlreicher auf den Schwellen ihrer Häuser und begrüßten die vorbeiziehenden Soldaten.

Nach dem Marsch durch die Hauptstadt lösten sich die Kolonnen wieder auf. Die Kieler »Eiserne Brigade« bezog Quartier in Moabit, die III. und die V. Landesjäger-Abteilung sowie die Schwadronen der Garde-Kavallerie-Schützendivision kehrten nach Lichterfelde und Zehlendorf zurück.

Zur selben Stunde gingen die Schützen des Generals von Roeder, das Gros der Garde-Kavallerie-Schützendivision sowie die I. und die II. Abteilung der Landesjäger des Generals Maercker konzentrisch gegen die Widerstandsnester im Süden Berlins, die sich von Buckow über Marienfelde, Lichtenrade und Tempelhof bis nach Zehlendorf hinzogen, vor.

In der Nacht vom 11. zum 12. Januar wurde der Angriff auf das letzte spartakistische Widerstandszentrum eröffnet: das Polizeipräsidium, in dem der von der Regierung abgesetzte Eichhorn seine Räume gewaltsam hatte wieder besetzen können. Hauptfeldwebel Schulze führte diesen Angriff an der Spitze seiner Kompanie Garde-Füsiliere an. Rote Milizen setzten sich im Innern des Gebäudes verzweifelt zur Wehr. Granaten schlugen durch die Mauern, eine ganze Hausfront stürzte in sich zusammen. Das Schauspiel, das sich bei der Erstürmung des »Vorwärts« abgespielt hatte, fand hier sein Gegenstück. Nach zweistündigem Kampf wurde das Polizeipräsidium im Sturm genommen. Seine Besatzung wurde von Zimmer zu Zimmer gejagt und in den Fluren, Fahrstühlen und sogar im Keller rücksichtslos niedergemacht.

Nun, da die hauptsächlichen Unruheherde im Zentrum Berlins gefallen waren, Noskes »Eiserne Brigade« sich in Moabit festgesetzt hatte und die Zugänge zur Hauptstadt im Süden und Westen von Truppen abgeriegelt waren, konnte Noske zum dritten Abschnitt seines Planes übergehen, der Besetzung der Viertel südlich der Spree.

Am 13. Januar ließ der Volksbeauftragte für die Landesverteidigung den Kommandeuren der verschiedenen Freikorps einen Geheimbefehl zustellen, in dem er jedem von ihnen einen bestimmten Abschnitt zur Besetzung zuwies. An dieser Operation sollten sich sechs Gruppen beteiligen. Ihr Ziel war es, den Süden Berlins von den Arbeitervierteln im Norden der Stadt abzuschneiden. Dafür war folgender Operationsplan vorgesehen:

1. Das Freiwillige Landesjäger-Korps unter General Maercker besetzt den wichtigsten Teil von Berlin zwischen Jerusalemer und Werderstraße (einschließlich des Marstalls) und außerdem den Tiergarten. In diesem Stadtteil befinden sich das kaiserliche Schloß und die meisten Ministerien.
2. Die Garde-Kavallerie-Schützendivision unter General von Hofmann besetzt den Abschnitt zur Linken des Landesjäger-Korps zwischen der Spree, dem Reichstag, der Ringbahn und dem Potsdamer Platz.
3. Das Freiwillige Landesschützen-Korps unter General von Roeder besetzt den Abschnitt zur Rechten des Landesjäger-Korps zwischen der Spree, der Werderstraße, der Jerusalemer Straße und der Waterloo-Brücke.
4. Die Freiwilligen der 17. Infanterie-Division unter General von Held besetzen die Abschnitte Neukölln und Tempelhof vom Landwehr- bis zum Teltowkanal.
5. Die Freiwilligen der 31. Infanterie-Division unter General von Wissel besetzen den Abschnitt zwischen dem Landwehrkanal, dem Neuköllner Kanal, dem Lohmühlenplatz und der Spree.
6. Das Freikorps des Generals von Hülsen besetzt südlich der Spree den Abschnitt, der im Osten von dem der Garde-Kavallerie-Schützendivision, im Westen von der Gemeinde Spandau und der Havel begrenzt wird. Außerdem besetzt dieses Korps Schmargendorf, Grunewald, Zehlendorf, Schlachtensee und Wannsee.

Sobald diese Ziele erreicht waren, sollten die Führer der Freikorps ihre Hauptquartiere an folgenden Stellen aufschlagen: General Maercker im Kronprinzlichen Palais neben der Kommandantur; General von Hof-

mann im Hotel Eden beim Zoologischen Garten; General von Roeder in der Viktoria-Schule in der Neanderstraße; General von Held im Rathaus Neukölln; General von Wissel in der Kaserne des Telegraphen-Bataillons am Treptower Park und schließlich General von Hülsen im Charlottenburger Schloß.

General von Lüttwitz selbst sollte im Hauptquartier Dahlem bleiben, um von dort aus die Bewegungen all dieser Verbände aufeinander abzustimmen.

Die Aktion begann am 15. Januar bei Morgengrauen. Auf dem Tempelhofer Flugplatz marschierten die Landesjäger an General von Lüttwitz vorbei und teilten sich dann in drei Marschsäulen auf:

Die erste marschierte durch die Essener, die Alte Jakob- und die Jerusalemer Straße zum Kaiserlichen Schloß. Sie übernahm den Schutz des Schlosses, der Museumsinsel und der Universität.

Die zweite Abteilung drang über den Belle-Alliance-Platz und die Friedrichstraße zum Bahnhof Friedrichstraße vor.

Die dritte Abteilung marschierte durch die Großbeeren- und die Wilhelmstraße zum Regierungsviertel.

Die Einheiten trafen nirgends auf Widerstand. Schlagartig wurden die wichtigsten strategischen Punkte besetzt, vor allem die Telephonzentrale Tempelhof-Nord und das Telegraphenhauptamt in der Französischen Straße.

Sobald sie ihre Ziele erreichten, lösten sich die Truppen in Schützengruppen auf und verschwanden in den Häusern. An den Straßenkreuzungen und Plätzen aber gingen Maschinengewehre in Stellung, die beim geringsten Anzeichen beginnender Unruhen das Feuer eröffnen sollten. Durch die Straßen fuhren Panzerwagen, und durch ihre Luken glänzte der Stahl der Panzerkanonen.

In den Abendstunden tauchte überall da, wo es zur kleinsten Ansammlung kam, ein gepanzerter Lastwagen aus dem Halbdunkel und überflutete die Straße mit gleißendem Licht. Sein Scheinwerferkegel glitt über die Häuserwände, wobei in den Fenstern und auf den Balkonen die nach unten auf die Menge gerichteten Läufe der Maschinengewehre aufblitzten. Verängstigt stoben die Gruppen nach allen Seiten auseinander.

Am 15. Januar um Mitternacht waren die Regierungstruppen Herren Berlins.

☆

»Der Alpdruck, der auf der Stadt lastete, ist gewichen!«, vermerkte Noske[11]. Für die Spartakisten allerdings begann dieser Alpdruck erst. Wie wilde Tiere wurden sie von einem Viertel zum anderen gejagt, in die Hinterhöfe getrieben und dort in Gruppen zu 15 oder 20 Mann erschossen. In der Stadt begann eine wahre Menschenjagd. Besonders gründlich wurde natürlich nach den Anführern, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gefahndet.

Noch wenige Tage zuvor hatte Liebknecht auf dem Gipfel der Macht gestanden. Von stürmischem Beifall umtost, hatte er von einem Fenster des Marstalls oder in den Straßen der Hauptstadt zu den Arbeitern gesprochen. Und nun lief gegen ihn ein Haftbefehl! Er sah sich gezwungen, von Haus zu Haus zu flüchten, wobei ihm Soldaten und Polizisten auf den Fersen blieben. Seit dem 12. Januar hatte er kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben. Seine Freunde fürchteten schon das Schlimmste. Um sie zu beruhigen, schickte er aus seinem Versteck heraus einen Artikel an die »Rote Fahne«, das Organ seiner Partei.

Noch sei die Zukunft von Spartakus in ein Geheimnis gehüllt, schrieb er, aber: »Wir sind nicht geschlagen! Und wenn sie uns in Bande werfen — wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein! ... Denn Spartakus, das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats. Und Spartakus — das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution. Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet, aber der Tag der Erlösung naht!«

Dies sollte der letzte Artikel sein, den er schrieb, sein politisches Testament, denn am Abend des 15. Januar wurden Liebknecht und Rosa Luxemburg in Wilmersdorf aufgespürt und unter Bewachung zum Hotel Eden, dem Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützendivision, gebracht. Nach einem kurzen Verhör beschloß man, sie in das Gefängnis Moabit zu überführen.

Als erster wurde Liebknecht fortgebracht. Als er aus dem Hotel heraustrat, versetzte ihm der Soldat Otto Runge, der vor der Tür Wache stand, zwei furchtbare Kolbenhiebe auf den Kopf. Blutüberströmt brach Liebknecht in dem Wagen, der ihn fortschaffen sollte, zusammen. Im Tiergarten ließ der Führer des Begleitkommandos den Wagen anhalten. Er

---

11 Noske, a. a. O., S. 74.

ließ Liebknecht aussteigen und befahl ihm, zu Fuß weiterzugehen. Unter dem Vorwand eines Fluchtversuchs streckte man ihn dann mit Revolverschüssen nieder. Der Führer des Begleitkommandos, Leutnant von Pflugk-Hartung, lieferte den Leichnam darauf als den eines Unbekannten bei der nächsten Unfallstation ab.

Einige Augenblicke später verließ auch Rosa Luxemburg das Edenhotel. Der Soldat Runge ging mit ihr nicht glimpflicher um. Halbtot schleppte man sie in ein Fahrzeug. Der Wagen fuhr an, und einige Meter weiter zerschmetterte eine aus nächster Nähe abgefeuerte Revolverkugel der Unglücklichen das Haupt. Der Führer des Begleitkommandos, Leutnant Vogel, ließ ihre Leiche in den Landwehrkanal werfen. Sie wurde erst einige Monate später gefunden.

Als Scheidemann die Nachricht von diesen Morden erhielt, befand er sich nicht in Berlin, da er es für klüger gehalten hatte, sich in Sicherheit zu bringen. Er war in Wilhelmshöhe, wohin er sich »auf Wunsch des Generals Groener begeben hatte, um mit ihm und dem Generalfeldmarschall verschiedene dienstliche Fragen zu besprechen[12]«. Am 17. Januar kehrte er im Sonderzug nach Berlin zurück und fand die Hauptstadt in ungeheurer Erregung vor, ausgelöst durch das Verschwinden der beiden Spartakus-Führer und die schrecklichen Einzelheiten, die man nach und nach über die näheren Umstände ihres Todes erfuhr. »Ich kann nur wiederholen«, schrieb er in seinen Erinnerungen[13], »was ich unter dem ersten Eindruck der Nachricht in der Versammlung in der Kasseler Stadthalle ausgeführt hatte: Ich bedaure den Tod der beiden aufrichtig und aus guten Gründen. Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert. Sie sind nun selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Terrortaktik geworden.«

Man kann von dieser heuchlerischen Erklärung halten, was man will. Das Bedauern Scheidemanns dürfte jedenfalls nicht sehr lebhaft gewesen sein, denn die Regierung, der er angehörte, übertrug die Untersuchung über die näheren Umstände des Dramas dem Militärgericht der Garde-Division, zu der die Mörder gehörten, und kein einziger wurde verurteilt[14].

Hatte Rosa Luxemburg diese Dinge vorausgeahnt, als sie aus dem

---

12 Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 237.
13 Ibd., S. 238.
14 Nur Otto Runge wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Alle anderen wurden freigesprochen.

Breslauer Gefängnis an Sonja Liebknecht schrieb: »Ich habe das Gefühl, daß dieser ganze moralische Schlamm, durch den wir waten, dieses große Irrenhaus, in dem wir leben, auf einmal, so von heute auf morgen, wie durch einen Zauberstab ins Gegenteil umschlagen, in ungeheuer Großes und Heldenhaftes umschlagen kann. Aber wir müssen offenbar erst durch eine Periode der schlimmsten menschlichen Leiden waten. Man muß alles im gesellschaftlichen Geschehen wie im Privatleben nehmen: ruhig, großzügig und mit einem milden Lächeln[15].«

☆

Die Freikorpsführer widmeten die folgenden Tage der Überprüfung der Bewaffnung und der Neuverteilung ihrer Kräfte. Das Freiwillige Landesjäger-Korps hatte seit kurzer Zeit so viele neue Rekruten aufgenommen, daß General Maercker sich gezwungen sah, es in zwei Brigaden aufzuteilen: die 1. Brigade wurde aus der I., II. und III. Abteilung gebildet und stand unter dem Befehl von Oberst von Reitzenstein. Die 2. Brigade, die die IV., V. und VI. Abteilung umfaßte, wurde Oberst Nigmann, der sich 1905 in Ostafrika ausgezeichnet hatte, anvertraut, später Oberst von Frankenberg, einem ehemaligen Stabschef von der Westfront. Das Eintreffen einer zusätzlichen Batterie (die aus dem Reserve-Feldartillerie-Regiment 44 hervorgegangen war) gestattete eine bessere Verteilung der Artillerie. Und schließlich wurde auch eine Fliegerstaffel, die Hauptmann Krocker in Paderborn aufgestellt hatte, auf den Flugplatz Potsdam verlegt.

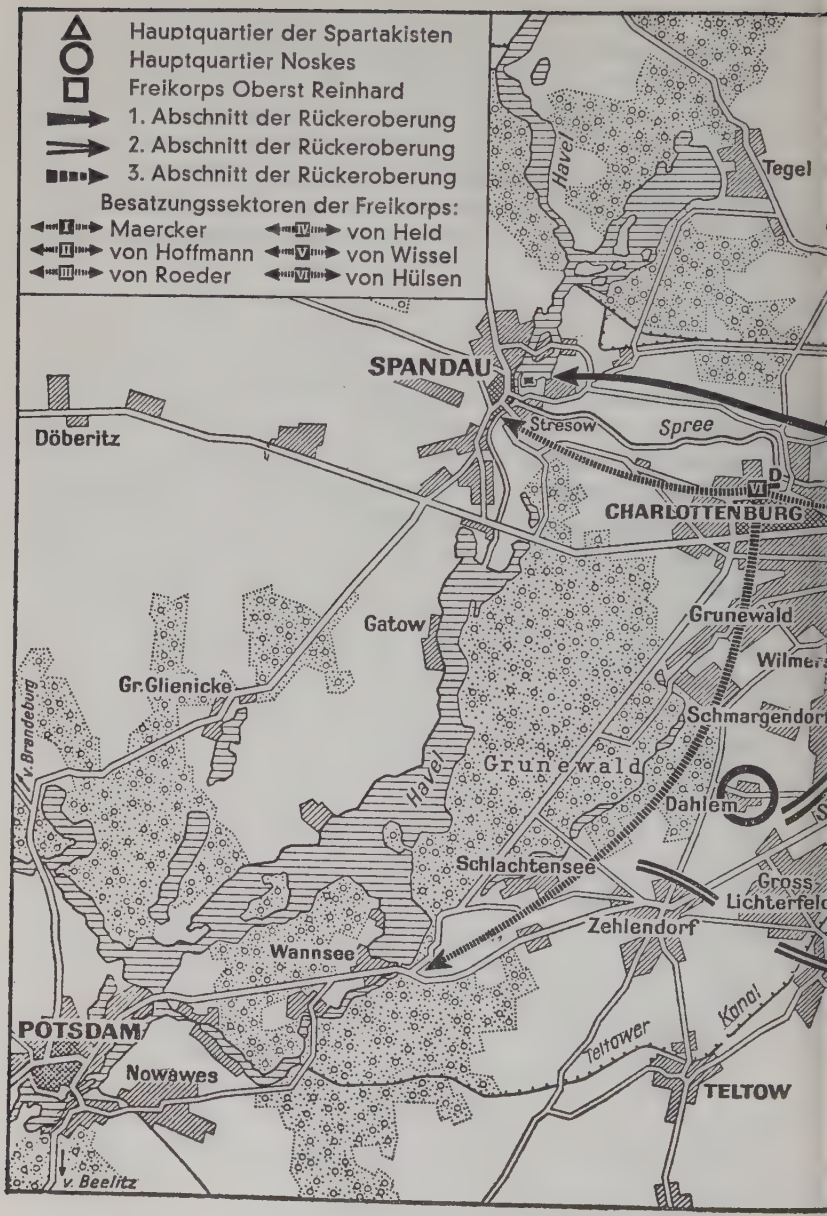
Ähnliche Umgruppierungen wurden auch im Regiment Reinhard, in der Garde-Kavallerie-Schützendivision und im Landesschützen-Korps des Generals von Roeder vorgenommen.

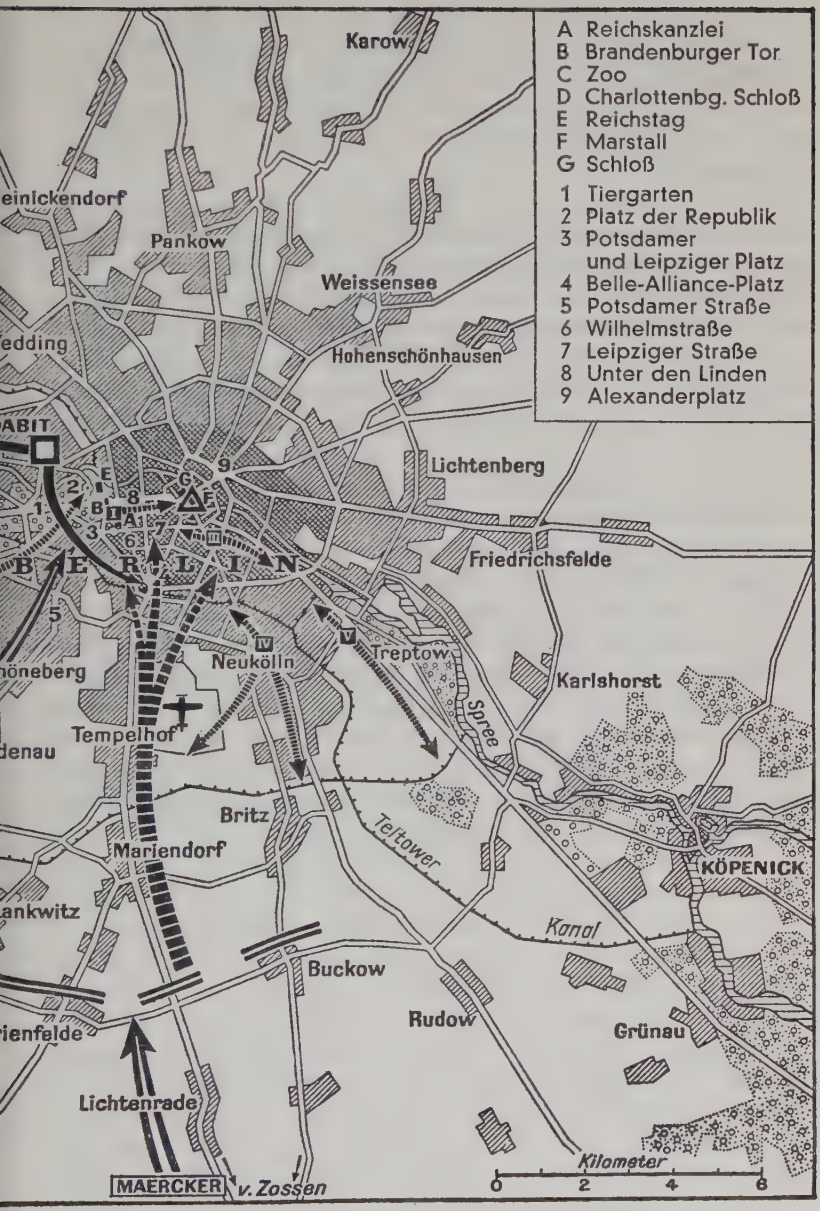
Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung ging inzwischen weiter. Die Häuser wurden von oben bis unten durchsucht und die Bewohner gezwungen, ihre Waffen abzuliefern. Eine Postenkette hielt auf den Spreebrücken alle Passanten an, durchsuchte sie und unterzog sie einem strengen Verhör.

Diese Maßnahmen führten jedoch nicht zu dem erwarteten Erfolg: »Wir haben nur sehr wenige Waffen beschlagnahmen können«, gestand General Maercker. Dagegen wirkte sich der Aufenthalt in der Hauptstadt bald schädlich auf die Haltung der Truppe aus. Bei den zahlreichen

---

15 Rosa Luxemburg: »Briefe an Sonja Liebknecht«, S. 31.


Hauptquartier der Spartakisten
Hauptquartier Noskes
Freikorps Oberst Reinhard
1. Abschnitt der Rückeroberung
2. Abschnitt der Rückeroberung
3. Abschnitt der Rückeroberung
Besatzungssektoren der Freikorps:
I Maercker
II von Hoffmann
III von Roeder
IV von Held
V von Wissel
VI von Hülsen
Havel
Tegel
SPANDAU
Döberitz
Stresow
Spree
CHARLOTTENBURG
Grunewald
Gatow
Gr.Glienicke
v. Brandebur
Schmargendorf
Dahlem
Schlachtensee
Zehlendorf
Wannsee
POTSDAM
Nowawes
v. Beelitz
Teltower
Kanal
TELTOW


A Reichskanzlei
B Brandenburger Tor
C Zoo
D Charlottenbg. Schloß
E Reichstag
F Marstall
G Schloß
1 Tiergarten
2 Platz der Republik
3 Potsdamer und Leipziger Platz
4 Belle-Alliance-Platz
5 Potsdamer Straße
6 Wilhelmstraße
7 Leipziger Straße
8 Unter den Linden
9 Alexanderplatz
Karow
Pankow
Weissensee
Hohenschönhausen
Lichtenberg
Friedrichsfelde
Neukölln
Treptow
Karlshorst
Spree
Tempelhof
Britz
Mariendorf
Teltower Kanal
KÖPENICK
Buckow
Rudow
Grünau
Lichtenrade
MAERCKER
v. Zossen
Kilometer
0 2 4 6

Haussuchungen in den düsteren Wohnblöcken, in denen ganze Familien auf engem Raum zusammengepfercht waren, entdeckten die Freiwilligen, die zum größten Teil aus der Provinz oder vom Lande stammten, voller Erstaunen das Elend der Arbeiter. Sie begriffen, daß ihr Aufstand nicht allein von Haß und Neid diktiert war, wie man es sie hatte glauben machen wollen.

Trotz aller Anstrengungen der Führer lockerte sich die Disziplin. Hier und da verbrüderten sich Landesjäger mit den Matrosen der Volksmarine-Division. Einige Züge, die in der Universität lagen, verwüsteten die ihnen als Schlafräume zugewiesenen Säle. Die Generale waren über diese Alarmzeichen beunruhigt. Fielen die Freikorps ebenso auseinander wie die kaiserlichen Regimenter nach ihrem Einzug in der Hauptstadt? Das wäre diesmal ein nicht wiedergutzumachendes Unglück. Wenn die Freikorps auseinanderliefen, würde man sie nie wieder aufstellen können.

Maercker und Noske beschlossen daher, die Truppen aus Berlin zurückzuziehen. Die Ordnung in der Hauptstadt schien wiederhergestellt zu sein. Es war besser, die Freikorps in die Umgebung zu verlegen. Nur das Regiment Reinhard blieb in Moabit, das mochte genügen. So setzten sich die Landesjäger am 23. und 24. Januar in ein Gebiet ab, das im Norden von der Ringbahn, im Osten von der Linie Berlin—Trebbin, im Süden von der Straße Mahlow—Teltow und im Westen von den Havelseen begrenzt wurde. Dort wähnte man sie in Sicherheit vor einer spartakistischen Ansteckung.

Noske irrte sich jedoch in der Annahme, die Ordnung sei wiederhergestellt. Die Ruhe, die in Berlin herrschte, war trügerisch. Unter der Asche glühte das Feuer weiter . . .

X Die Nationalversammlung und die Aufstellung des neuen Heeres

Am 19. Januar 1919 wurde in Paris die Friedenskonferenz eröffnet. Am gleichen Tage fanden in Deutschland die Wahlen zur Nationalversammlung statt, auf Grund der Erlasse vom 18. und 30. November 1918, von Entscheidungen also, die die Volksbeauftragten aus eigener Machtvollkommenheit getroffen hatten. Erstaunlich ist, daß die radikalen Mitglieder des Zentralrates nicht von Anfang an gegen eine Maßnahme Einspruch erhoben hatten, die so offensichtlich darauf abzielte, sie ihrer Vorrechte zu berauben.

Vielleicht hatten sie angenommen, die Wahlen würden ihre Machtstellung bestätigen. Nun aber mußten sie erkennen, daß diese Abstimmung unter ganz anderen Bedingungen stattfand, als sie es erhofft hatten. Die Truppen Noskes hatten Berlin zurückerobert. Die Unabhängigen waren aus den Zeitungsredaktionen und aus dem Polizeipräsidium vertrieben worden. Die Führer der Spartakus-Partei, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, hatte man umgebracht, und Ledebour saß im Gefängnis. Das Bürgertum fühlte sich durch das Eingreifen der Freikorps gestärkt und sah in den Wahlen eine Möglichkeit, Rache an den Spartakisten zu nehmen. Schon die Regierungsumbildung hatte es aus seiner Betäubung erweckt. Der 19. Januar riß es endgültig aus dem Schlaf und vollendete seinen Sieg über die Linksparteien.

Nach Meinung der Regierung geschah das sogar zu gründlich, denn von den 421 Sitzen entfielen nur 165 auf die Sozialdemokraten. Sie besaßen also nicht die absolute Mehrheit. Die Unabhängigen errangen nur 22 Sitze. Vor 14 Tagen hatten sie noch das Land beherrscht, und jetzt stellten sie nur noch fünf Prozent der Abgeordneten in der Nationalversammlung. Die Sieger des Tages waren die Demokraten (75 Sitze), das Zentrum (oder Christliche Volkspartei: 91 Sitze), die Deutsche Volkspartei (22 Sitze, genau wie die Unabhängigen) und die Konservativen (Deutschnationale Volkspartei: 38 Sitze); neun Sitze entfielen auf Einzelkandidaten.

Das Ergebnis dieser Wahl war für Ebert und Scheidemann eine große Enttäuschung. Sie hatten gehofft, die absolute Mehrheit erringen zu

können, und nun mußten sie sich mit einer Minderheit begnügen, die ohne Zweifel beachtlich, aber doch nicht stark genug war, sich gegenüber einer Koalition des Zentrums mit der Rechten durchzusetzen. Was sollten sie tun? Ein Bündnis mit den Unabhängigen war unmöglich. Die Sozialdemokraten mußten angesichts dieser Lage Unterstützung bei den Demokraten suchen und damit auf einige Hauptforderungen ihres Programms verzichten.

Doch sosehr die Wahlergebnisse Ebert und Scheidemann Sorge bereiteten, sosehr ermutigten sie Noske. Sein Ziel war die Billigung seiner Gewaltpolitik gegen die Spartakisten, der Neuaufbau des Heeres und der Sieg über eine versteckte, aber spürbar werdende Opposition in der Sozialdemokratischen Partei, die seiner Fügsamkeit gegenüber dem Generalstab erhebliche Vorbehalte entgegenbrachte. Die Zusammensetzung der Nationalversammlung, die deutlich weiter rechts stand als die Regierung, machte es ihm möglich, Bundesgenossen sogar im Lager der Konservativen zu finden. Die Regierung erkannte übrigens sehr wohl, daß gerade Noske mit seiner nationalen und antimarxistischen Politik ihr Haupttrumpf bei den Verhandlungen mit dem Zentrum und der Rechten war. Ebert und Scheidemann wollten ihn als Schild gegen die Angriffe ihrer Gegner benutzen. Der Wiederaufbau des Heeres sollte daher die gemeinsame Grundlage werden, auf der alle Parteien zusammenarbeiten konnten.

Noske riet seinen Kollegen davon ab, die Nationalversammlung nach Berlin einzuberufen. Obwohl die Freikorps bereitstanden, herrschte hier weiterhin eine außergewöhnliche Unruhe. Was würde geschehen, wenn die Spartakisten den Reichstag umzingelten und die Abgeordneten gefangensetzten? Hatten die Volksbeauftragten den Überfall Dorrenbachs und seiner Matrosen auf den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember vergessen? Eine Wiederholung solcher Zwischenfälle mußte unbedingt verhindert werden. Noske regte daher an, die Nationalversammlung nach Weimar zu berufen, und zwar mit der Begründung, »daß es in Berlin zu schwierig wäre, sie während der ganzen Dauer der Beratungen mit Bajonetten zu schützen«. Es bereitete ihm keine große Mühe, seine Auffassung durchzusetzen, zumal sie den Wünschen der süddeutschen Staaten entgegenkam.

General Maercker, dessen III. Landesjäger-Abteilung bereits Noskes Hauptquartier in Dahlem gesichert hatte, erhielt den Auftrag, den Schutz der Nationalversammlung zu übernehmen. Am 30. Januar 1919 wurden zwei Offiziere und 120 Jäger als Vorhut nach Weimar geschickt,

wo sie die Unterkünfte für die Truppen vorbereiten sollten. Die Soldatenräte des XI. und des XV. Armeekorps, die in Eisenach tagten, erhoben sofort Einspruch gegen das Eindringen der »landfremden« Freikorps in Thüringen und machten den Vorschlag, mit Hilfe der örtlichen Milizen den Schutz der Nationalversammlung selbst zu übernehmen.

Kaum war die Vorhut in Weimar eingetroffen, als auch schon 20 Jäger von der Bevölkerung entwaffnet wurden. »Der Vorgang zeigte aber doch«, schrieb Maercker nicht ohne Ironie, »daß Weimar nicht das stille Musenstädtchen war, in dem die Nationalversammlung, wie man geglaubt hatte, frei von jeder Beunruhigung tagen konnte[1].« Diese Vorzeichen waren um so besorgniserregender, als in dem benachbarten Erfurt eine große Gewehrfabrik lag, deren Arbeiter fast alle der Unabhängigen Partei angehörten. Im Falle eines Aufstandes hätten die Revolutionäre daher sofort über 12000 Mann und 90000 Gewehre verfügen können.

Würde die Regierung sich vor solchen Drohungen beugen? Sie tat es nicht. Vom 1. bis zum 3. Februar brachten täglich vier Transportzüge den größten Teil des Landesjägerkorps nach Thüringen. General Maercker ließ in Weimar zwei Delegierte der Soldatenräte und zwei Landtagsabgeordnete in sein Hotel »Zum Erbprinzen« kommen und machte sie darauf aufmerksam, die Entwaffnung seiner Quartiermacher komme einer Meuterei gleich; er werde rücksichtslose Gegenmaßnahmen ergreifen, falls sich solche Zwischenfälle wiederholen sollten. Diese Worte hatten die gewünschte Wirkung. Der Konflikt klang wie durch ein Wunder ab.

Die Landesjäger, deren Zahl jetzt durch die Eingliederung verschiedener regierungstreuer Angehöriger der Weimarer Garnison auf 7000 Mann angestiegen war, bezogen rund um die Stadt Stellung. Die 1. Brigade besetzte den nördlichen und östlichen, die 2. Brigade den südlichen und westlichen Abschnitt. Alle nach Weimar führenden Straßen und Eisenbahnlinien wurden durch Kontrollposten abgeriegelt. Die Sicherung der Stadt selbst übernahmen eine Batterie Artillerie und drei Kompanien, die den Bahnhof, das Theater und die Post besetzten. Nun, da alles ruhig war, konnten die Abgeordneten kommen.

Die Regierung verlieh der Tatsache, daß sie Weimar und nicht Berlin als Tagungsort für das Parlament gewählt hatte, symbolischen Charakter: die Wahl bedeute den Bruch mit Potsdam, die Rückkehr zu den

---

1 Maercker, a. a. O., S. 90.

humanistischen und liberalen Traditionen Goethes. Diese doppelte Behauptung verdient es allerdings, von nahem betrachtet zu werden. Zunächst einmal steht es keineswegs fest, daß Goethe ein Liberaler war. Einige seiner Äußerungen könnten eher an das Gegenteil denken lassen. Und dann war diese Wahl aus Gründen getroffen worden, bei denen der Idealismus nur eine untergeordnete Rolle spielte. Wenn sich die Nationalversammlung nach Weimar begab, so geschah dies nicht zuletzt, um dort in Sicherheit vor der Berliner Bevölkerung und unter dem beruhigenden Schutze von Maerckers Bajonetten tagen zu können.

☆

»6. Februar 1919! In der stillen, schneebedeckten Stadt wehen Fahnen und läuten Glocken. Der erste Tag! Das ist der erste Tag des republikanischen Deutschlands. Die Abgeordneten der Nation schreiten die Front einer Kompanie der II. Abteilung des Landesjägerkorps ab, das ihnen in Paradeuniform die Ehrenbezeugung erweist. Der Zug betritt das neuvergoldete Landestheater. Vor einigen Tagen fand dort eine Festvorstellung statt, in der Iphigenie den unglückseligen Orest den ihn verfolgenden Eumeniden entriß, eine zarte Anspielung auf die Rolle der Nationalversammlung, die ja die Furien der Revolution aus Deutschland vertreiben soll[2].«

Die Abgeordneten nehmen im Parkett und im Orchesterraum Platz, der Ministerpräsident und die Landesvertreter sitzen auf der Bühne. Höchstens zwei oder drei Uniformen sind zu sehen. Tulpen- und Nelkenkörbe ersetzen die Fahnen. Ebert tritt sehr würdig im schwarzen Gehrock auf. Er verkörpert das deutsche Kleinbürgertum in seiner typischsten Erscheinungsform, »das Sitzfleisch, aber auch die Muskelkraft der Nation, ihre Massivität ohne Genie, ihre politische Schwerbeweglichkeit und nationale Leidenschaftslosigkeit, aber auch eine feste, gestaute und robuste Männlichkeit, seine Geduld, Gefügigkeit und Gutmütigkeit[3]«.

Auf diesen Tag hat Ebert sein Leben lang gewartet, und doch scheint ihm ein Mißklang die ganze Freude zu verderben: Aus dem Reichstag hat man den Präsidentenstuhl aus grüner, golddurchwirkter Seide mitgebracht, über dem — welch ärgerliches Symbol — der alte kaiserliche Adler angebracht ist.

---

2 Jules Rais: »L'Assemblée Nationale«, in »Europe Nouvelle« vom 8. März und vom 5. April 1919.
3 Moeller van den Bruck: »Das Dritte Reich«, S. 164.

Diese halb pompöse, halb familiäre Inszenierung täuscht übrigens niemanden. Trotz aller Gutmütigkeit Eberts hat sich Deutschland noch nicht damit abgefunden, daß ein Zivilist das Land regiert. Die Zwischenrufe, die seine Einführungsrede unterbrechen, erweisen das bald. Im übrigen ist es eine »feierliche und starrköpfige, angriffslustige, aber ausdruckslose« Rede, in der sich schon jetzt alle Gemeinplätze der parlamentarischen Rhetorik aneinanderreihen.

»Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden«, führt er aus, »ist es für immer vorbei!«

»Das werden wir ja sehen!« rufen die Reaktionäre höhnisch zurück.

»Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution . . .«

»Wovon denn?« fragen die Monarchisten.

»Der Militarismus ist in Trümmer gestürzt und wird nicht wieder entstehen . . .«

»Sie richten ihn ja selbst wieder auf!« geben ihm die Unabhängigen zurück.

Seine Ansprache erntet nur mäßigen Beifall. Nach ihm legt der frühere Reichstagspräsident Fehrenbach ein großdeutsches Glaubensbekenntnis ab, das besser aufgenommen wird.

Dann ist Scheidemann an der Reihe, »die lebendige Verkörperung deutscher Zweideutigkeit[4]«, der Mann, der die Republik »aus dem Handgelenk« ausgerufen[5], andererseits aber im Januar 1918 versichert hatte, »der 4. August 1914 sei der schönste Tag seines Lebens gewesen[6]«. Seine Rede endet mit großem rhetorischem Schwung:

»Freie Bahn für alles, was aus der Tiefe zum Licht strebt. Freie Bahn für das drängende Neue!«

Was aber strebte denn in dieser heterogenen Versammlung, in der die Bürgerlichen und die Konservativen vorherrschten, nach dem Licht? Gewiß etwas ganz anderes, als Scheidemann es sich einbildete. Alle Abgeordneten konnten diesem Wort daher zustimmen und ihm dabei einen Sinn unterstellen, der ihren eigenen Wünschen entsprach.

Sicherlich durfte man in Weimar nicht die erregende Atmosphäre der französischen Nationalversammlungen von 1789 und 1871 suchen. Alle Parteien, die hier vertreten waren, hatten bereits im alten Reichstag

---

4 Jules Rais in »L'Europe Nouvelle«, vom 8. März 1919.
5 Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 194.
6 Major Stein: »Schafft ein Heer!«, S. 9.

gesessen[7]. Dieselben Männer standen an ihrer Spitze, der Zusammenbruch hatte ihre Geisteshaltung überhaupt nicht verändert. War die deutsche Republik »nicht immer noch eine Monarchie, der man die Embleme genommen hatte — war sie nicht die Monarchie in ihrer tiefsten Erniedrigung[8]«?

Sprecher der äußersten Rechten war der frühere Unterstaatssekretär von Delbrück. Er begann seine Ausführungen mit einer Lobrede auf Wilhelm II. und verbürgte sich für den klaren Blick seines Herrn:

»Niemand sah die Verhältnisse klarer als der Kaiser«, rief er aus, »und er war fest entschlossen, alle Folgerungen aus den Ereignissen zu ziehen.«

Das katholische Zentrum behauptete seinerseits, die Revolution sei eine »bedauerliche« Angelegenheit gewesen — »überflüssig«, fügten die Demokraten hinzu, und das war die Meinung der 174 Abgeordneten, die die Mehrheit gegenüber den 165 Sozialdemokraten besaßen. Doch hatten sie es nicht der Revolution zu verdanken, daß sie hier in Weimar tagen durften? Das Zentrum ließ sich durch solche Nebensächlichkeiten nicht verwirren:

»Nach unserer Überzeugung«, erklärte der Abgeordnete Groeber als Sprecher der Christlichen Volkspartei, »ist alle Obrigkeit von Gott, mag sie nun monarchisch, republikanisch oder sonstwie sein!«

Das hieß: »Geben wir Ebert, was des Kaisers ist!«

Im Namen der Demokraten legte Naumann sodann ein Programm vor, das, wie das »Berliner Tagblatt« am folgenden Tage unterstrich, »ein auch ästhetisch reizvolles Bild von der gegenwärtigen Lage Deutschlands gab und seine Betrachtung in einen geschickten psychologischen Rahmen spannte«.

»Was wollen wir denn?« erläuterte Naumann. »Nach außen hin die Gleichheit der Mächte in der Heiligen Allianz des Völkerbundes; im Innern die Gleichheit aller Bürger in jener starken deutschen Einheit, die sich schon am 4. August 1914 abzeichnete.«

Seine Rede endete mit einem Appell an »die deutschen Brüder im Elsaß, in Böhmen und in Österreich«. Kein Wort von der Niederlage! Wenn man nicht wüßte, daß im ganzen Lande in zehntausend Soldaten-

---

7 »Wenn das Verhältniswahlrecht schon 1912 angewandt worden wäre und wenn die Wahlgeographie die Auswirkungen des allgemeinen Wahlrechts nicht verfälscht hätte, so wäre die Verteilung der Sitze in der Weimarer Nationalversammlung fast die gleiche gewesen wie im alten Reichstag« (William Martin im »Journal de Génève« vom 3. Februar 1919).

8 Moeller van den Bruck: »Das Dritte Reich«, S. 278.

räten die Unzufriedenheit grollte, daß es vom 9. November 1918 bis zum 28. Februar 1919 im Ruhrgebiet nur 16 streikfreie Tage gab, daß der Eisenbahnverkehr um die Hälfte zurückgegangen war und daß eine Hungersnot unmittelbar bevorstand, könnte man fast meinen, es hätte nie eine Revolution gegeben.

Würden die Sozialdemokraten angesichts dieser Opposition, die ganz brutal ihre Maske fallenließ, die Herausforderung wenigstens annehmen und mit aller Klarheit den Anbruch einer neuen Zeit verkünden? Sie dachten gar nicht daran. Vorsichtig verharrten sie, sei es aus Opportunismus oder aus Kleinmut, in einer defensiven Haltung, die ein schlechtes Gewissen verriet. Offenbar waren sie ganz überrascht davon, sich plötzlich auf der Regierungsbank zu sehen, und es machte fast den Eindruck, als wollten sie um Entschuldigung dafür bitten, daß sie die Macht übernommen hatten.

In Wahrheit fehlte ihnen jeder Glaube an die Revolution. Sie waren gewissenhafte und gehorsame Kleinbürger, die die Revolution haßten — wie Ebert selbst einmal sagte — und Gewissensbisse darüber empfanden, aus ihr so großen Nutzen gezogen zu haben.

Das war die Haltung der Nationalversammlung, die die deutsche Republik gründete, Ebert zum Reichspräsidenten und Scheidemann zum Reichskanzler wählte und die erste Regierung des neuen Regimes aufstellte. Noske nannte sich nun nicht mehr »Volksbeauftragter für die Landesverteidigung«, sondern nahm den Titel eines Reichswehrministers an.

☆

Die ersten Arbeiten der Nationalversammlung waren der Verfassung gewidmet. Schon im Artikel II hieß es, daß »die Staatsgewalt beim Volke« liege. Als es jedoch darum ging, diesen Staat näher zu erläutern, riet Dr. Preuß, der von Ebert mit der Ausarbeitung der Verfassung beauftragte juristische Beirat, davon ab, das Wort »Republik« zu verwenden und empfahl die Bezeichnung »Reich«, die einen mystischen und mittelalterlichen Ursprung habe[9]. Den genauen Gehalt dieser Bezeich-

9 »Aber das Wort und der Gedanke des Reiches haben für das deutsche Volk einen tiefwurzelnden Gefühlswert«, setzte Dr. Preuß auseinander, »daß man dies Wort nicht aufgeben kann. Tradition von Jahrhunderten, die ganze Sehnsucht des zersplitterten deutschen Volkes nach nationaler Einigung hängen an dem Namen ›Reich‹, und wir würden tiefwurzelnde Gefühle verletzen, wenn wir von diesem Wort, das eine schwer errungene, nach langen Enttäuschungen verwirklichte Einheit zum Ausdruck bringt, absehen wollten.« (Sitzung vom 24. Februar 1919.)

nung klärte die Verfassung nicht, und zwar aus gutem Grunde: Sie bezog sich gar nicht auf einen konkreten Begriff, sondern war Ausdruck der jahrhundertealten Sehnsucht des deutschen Volkes, deren juristische und gebietsmäßige Eingrenzung noch zu bestimmen blieb.

Dann kam die Flaggenfrage an die Reihe. Hier zeigten sich die Sozialdemokraten trotz aller Angriffe der Rechten unbeugsam. Sie wollten auf keinen Fall die alten kaiserlichen Farben Schwarz-Weiß-Rot, an die sich die Konservativen klammerten. Hatten die deutschen Truppen nicht unter diesen Farben 50 Monate lang den Armeen der ganzen Welt siegreich standgehalten? Dr. Preuß schlug die Farben Schwarz-Rot-Gold vor — »Schwarz wie der Klerus, rot wie die Marxisten und gold wie die Hochfinanz«, warf ein monarchistischer Abgeordneter ein. Scheidemann, der stets nach einer Rechtfertigung zu suchen schien, betonte, dies sei auch das Banner von 1848 gewesen, das Symbol des »größeren Deutschland« und die Erinnerung an die ruhmreichen Zeiten, da Österreich noch zum Deutschen Bund gehört hatte. Schließlich wurde die schwarz-rot-goldene Fahne angenommen.

Am 25. Februar schnitt die Nationalversammlung die Frage der verfassungsmäßigen Bestimmungen über das Heer an. Dabei gerieten die Unabhängigen in Harnisch. Sie verurteilten den »wilhelminischen Ton« der Erlasse Noskes und erinnerten an den »Eroberungswillen«, der den Zusammenbruch des Landes verursacht habe.

»Was!« rief Noske aus, »Haase spricht noch von Eroberungskrieg, während es längst feststeht, daß Deutschland nur um seine nackte Existenz gekämpft hat!«

Nach dieser wütenden Entgegnung, die ihm den Beifall aller Parteien einbrachte, forderte der Verteidigungsminister die Versammlung auf, die Aufgaben des neuen Heeres festzulegen.

»Die Verteidigung der Landesgrenzen!« rief Aßmann von der Volkspartei, ein ostpreußischer Abgeordneter.

»Schutz und Ordnung für das Vaterland!« forderte Groeber, ein Zentrumsabgeordneter.

»Ordnung und Sicherheit!« erwiderten Sieher und die Demokraten.

Noske griff alle diese Forderungen auf und faßte sie in einem einzigen Satz zusammen:

»Die Sicherheit der Grenzen und die Ordnung im Lande!«

Das sollte die Aufgabe der zukünftigen Reichswehr sein. Jetzt brauchte man ihr nur noch eine gesetzliche Grundlage zu geben.

✡

Noske hatte allerdings den Zusammentritt der Nationalversammlung nicht abgewartet, um mit seinem militärischen Wiederaufbauprogramm zu beginnen. Schon am 6. Januar 1919 hatte er einen ersten Erlaß herausgegeben und alle wehrfähigen Männer aufgefordert, sich für die Wiederherstellung der Ordnung und für die Verteidigung der Landesgrenzen zur Verfügung zu stellen. In allen einigermaßen belebten Straßen Berlins waren daraufhin gleich Plakate und Hinweise in den Schaufenstern der Geschäfte aufgetaucht: »Freiwilligen-Meldebüro« oder »Werbebüro«. Die Passanten wurden aufgerufen, in die Freikorps einzutreten. Die Korps führten die Namen alter Regimenter des kaiserlichen Heeres, bekannter Führer, die die Truppe befehligten, oder der Ortschaften, in denen die Korps zusammengestellt wurden: »Brigade Ehrhardt«, »Korps Lettow-Vorbeck«, »Korps von Dohna«, »Korps von Hülsen«, »Korps von Oven«, »Korps von Epp«, »Hallesches Korps«, »Magdeburger Korps«, »Roßbacher Korps«, »Görlitzer Korps« usw.

Jeder dieser Verbände hatte besondere Plakate. Tausende von Flugblättern wurden in den Straßen verteilt. Darauf stand, wie viele Fahrer, Musiker, Telegraphisten und Pioniere dieses oder jenes Korps benötigte. Freundliche Unteroffiziere besorgten die Anwerbungen, deren Fäden alle im Hotel Eden, dem Hauptquartier der Garde-Kavallerie-Schützendivision, zusammenliefen.

Paul Gentizon, der durch die Vermittlung des Barons von Schenk in dieses Gebäude hineinkommen konnte, vermittelt uns ein lebendiges Bild[10]: »Die verschiedenen Ämter lagen in den oberen Stockwerken des Hotels. Bis in die Gänge hinein waren sie durch Bretterverschläge mit Stacheldraht geschützt. In den Zimmern empfangen uns feierlich junge Offiziere. Die steifen, kurzen Grüße und das Zusammenschlagen der Hacken, die ganzen Förmlichkeiten der preußischen Disziplin, die sich noch nicht voll wieder zu entfalten wagen, setzen sich dort zwischen den vier Wänden fort, als habe man Angst, ihre Tradition zu verlieren.«

In allen Städten Deutschlands wurden ähnliche Werbebüros eröffnet. In verlassenen Kasernen, in Hotels und sogar in Privatwohnungen entstanden Tausende von kleinen befestigten Plätzen, die mit Handgranatenkisten und Stacheldraht abgesichert wurden. Hinter geschlossenen Läden, aus deren Spalten Maschinengewehrläufe hervorlugten, hörte man knappe Befehle; Melder liefen hin und her, und die Listen der Werbeagenten wurden täglich länger. In Gruppen von fünf oder sechs

---

10 Paul Gentizon: »L'Armée allemande après la Défaite«, S. 50.

Mann zogen die Offiziere des alten Regimes alle lebendigen Kräfte des Landes an sich und verschmolzen sie mit den noch bestehenden militärischen Verbänden von einst.

Zugleich tauchten in den Zeitungen zahlreiche kleine Anzeigen auf:

»Die Braunen Husaren suchen Freiwillige zum Schutze der Grenzen. Unsere Heimatprovinz Schlesien ist schwer bedroht. Nur die tatkräftige Mitarbeit eines jeden von euch kann uns vor einem feindlichen Einfall schützen. Wer Pferde liebt und peinlichste Ordnung und Gerechtigkeit der Anarchie vorzieht, melde sich sofort bei dem ruhmreichen Husarenregiment Nr. 4.«

(gez.:) von Aulock
Rittmeister und Regimentsführer

»Vaterlandstreue Deutsche! Das Vaterland ist in Gefahr! Wer verhindern will, daß unsere Ostprovinzen uns gewaltsam entrissen werden, melde sich beim Freikorps der Festung Thorn! Gute Löhnung und Verpflegung werden zugesichert. Tägliche Entschädigung: fünf Mark. Bedingungen: vollständige militärische Ausbildung, ordnungsgemäße Entlassungspapiere, gute Disziplin, vaterländische Gesinnung und Treue zur Regierung.«

»Vorwärts, Husaren! Die Husaren von Kassel-Hessen-Homburg werden neu erstehen! Uniformen wie früher, dazu auf grünem Grund gestickte Tannenzapfen, Attila und Totenkopf an der Mütze.

(gez.:) von Loeper
Regimentskommandeur.«

Die Aufrufe dieser Art wurden täglich zahlreicher:

»Das 25. Pionier-Bataillon ruft alle alten ›Schwarzkragen‹, die ihren Militärdienst geleistet haben. Kommt alle zum Hessischen Freikorps! Rekrutierungsbüro Seligenstadt (Hessen), Steinheimer Straße, in der Nähe des Turmes.«

»Das Freikorps von Hülsen sucht Kanoniere für die Fuß- und Feldartillerie, Pioniere, Grenadiere, Schneider, Schuhmacher, Stellmacher und Hufschmiede. Meldebüro Frankfurt am Main, Marienstraße 10[11].«

Die ersten, die auf diese Aufrufe ansprachen, waren natürlich die ent-

11 Über die Freikorps, ihre Namen und ihre Geschichte vgl. Edgar von Schmidt-Pauli: »Geschichte der Freikorps« (Stuttgart 1936, S. 353–369) und vor allem das große Werk von Ernst von Salomon: »Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer«, Berlin 1938.

lassenen Offiziere. Sie konnten sich nicht damit abfinden, untätig im Zivilleben herumzusitzen, während aus dem ganzen Lande ein einziger Notschrei aufstieg und »Deutschland einer Stadt glich, die zur Plünderung freigegeben war[12]«. Dann kamen Studenten, Beamte und junge Männer aus bürgerlichen Familien. Doch auch aus der Masse zerlumpter Arbeitsloser, die in den Straßen Berlins herumlungerten, ließen sich viele von dem Köder gesicherter Besoldung und Verpflegung anlocken.

Die Vorteile nämlich, die den Freiwilligen geboten wurden, waren nicht zu verachten: Zu der täglichen Abfindung von fünf bis zehn Mark (je nachdem, ob man im Innern des Landes oder an den Grenzen eingesetzt wurde) kam noch eine monatliche Prämie von 30 Mark, für Gefreite und Unteroffiziere bis zu 50 Mark. Außerdem wurden pro Tag 200 Gramm Fleisch und 75 Gramm Butter zugesagt. Auch die Familienbeihilfen liefen weiter, und die Dienstzeit in den Freikorps wurde auf die Renten der Arbeiter und Landwirte angerechnet. Nach Ablauf der Verpflichtungszeit sollten die Freiwilligen die gleiche Abfindung erhalten wie die entlassenen Soldaten. Den Offizieren stand neben ihrer Feldbesoldung eine tägliche Entschädigung von fünf Mark zu.

Selbstverständlich waren unter diesen Bedingungen bald die verschiedenartigsten Elemente in den Freikorps vertreten: neben Patrioten und alten Frontkämpfern zahlreiche zweifelhafte Gestalten, die nur deshalb wieder dienten, weil sie dem Elend entfliehen wollten, »spartakistische und gewalttätige Elemente«, wie Noske sagte, oder »Faulenzer ohne jeglichen militärischen Wert« — kurz, unerwünschte Erscheinungen, die man sobald wie möglich wieder loswerden mußte.

Sollte der Kampfgeist der Truppe gehoben, sollte sie vor jeder »sowjetischen Zersetzung« bewahrt werden, dann mußte man dringende Maßnahmen ergreifen. Die Verbände, die nicht fest in der Hand ihrer Führer waren, die auch in den Freikorps Soldatenräte bilden wollten oder sich vom spartakistischen Geist beeinflussen ließen, wurden unverzüglich aufgelöst. Jede Anwandlung von Gehorsamsverweigerung wurde streng geahndet. Die Freiwilligen-Bataillone sollten im Dienst der Republik die gleiche Manneszucht zeigen, die einst die kaiserlichen Regimenter ausgezeichnet hatte. »Der Geist eines Heeres liegt bei seinen Offizieren«, hatte Friedrich II. gesagt, und Noske wußte das sehr wohl. Wollte man aber den Vorgesetzten ihre alte Autorität zurückgeben, so mußte man ihnen auch die absolute Befehlsgewalt zubilligen.

---

12 Major von Stein: »Schafft ein Heer!«, S. 21.

Aus dieser Sorge heraus entsprang die Regierungsverordnung vom 19. Januar 1919, durch die Zahl, Aufbau und Befugnisse der Soldatenräte geregelt wurden:

»Vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer.

1. Die oberste Kommandogewalt hält der vom Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik gewählte Rat der Volksbeauftragten inne.
2. Die Ausübung der Kommandogewalt überträgt der Rat der Volksbeauftragten, soweit er nicht unmittelbare Befehle erteilt, dem preußischen Kriegsminister. — Dem Kriegsminister ist ein Unterstaatssekretär beigeordnet.
3. Der Kriegsminister ist dem Rat der Volksbeauftragten für die Art der Kommandoführung verantwortlich. Alle militärischen Dienststellen Preußens und die gemeinsamen des Reiches unterstehen dem Kriegsminister. Seinen Verfügungen und Anordnungen, die vom Unterstaatssekretär gegengezeichnet sind, haben alle Heeresangehörigen (einschließlich der Soldatenräte) des Preußischen Kontingents Folge zu leisten.
4. Bei den Höheren Verbänden, wie bei Truppen und sonstigen Formationen, üben die Führer die Befehlsgewalt aus. Sie sind der Reichsregierung und ihren unmittelbaren Vorgesetzten für ihre Tätigkeit verantwortlich.
5. Bei den Regimentern, selbständigen Bataillonen und gleichgestellten Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer in der Richtung, daß die letzteren ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mißbrauchen. Beim Erlaß allgemeiner, für die Dauer gültiger Anordnungen, die sich auf die Fürsorge der Truppe, auf soziale und wirtschaftliche Fragen, auf Urlaub und Disziplinarsachen beziehen, wirken die Soldatenräte mit und zeichnen mit verantwortlich. Die rein militärischen Befehle, die sich auf Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppen beziehen, gehen von den Führern allein aus; sie bedürfen keiner Gegenzeichnung eines Soldatenrates.
6. Jedem Generalkommando steht ein Korps-Soldatenrat für den Korpsbezirk zur Seite. Die Korps-Soldatenräte stehen für die Truppenangelegenheiten des ganzen Korpsbezirks zu den Generalkommandos im gleichen Verhältnis wie die Regimentssoldatenräte zu den Regimentsführern. Dem Korps-Soldatenrat müssen alle Klagen der Trup-

pensoldatenräte des Korpsbezirks zur Mitprüfung zugestellt werden. Die Entscheidung über Beschwerden trifft das Generalkommando nach Anhören des Korps-Soldatenrates.

7. In Standorten mit mehreren Truppenteilen oder Formationen tritt ein Garnisons-Soldatenrat zusammen.
8. Den augenblicklichen örtlichen Verschiedenheiten des Wahlverfahrens und der Zusammensetzung der Räte sowie der Formen ihres Wirkens kann vorläufig weiter Rechnung getragen werden, aber unter Durchführung der Grundsätze der Ziffern 4—7.
9. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuschalten, sie können aber die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft innerhalb des Regiments der Führer, soweit dies möglich, weiterhin das Generalkommando oder das Kriegsministerium.
10. Wahl von Unteroffizieren oder Mannschaften als Zugführer in Offiziersstellen: Als solche Führer kommen nur Angehörige der eigenen Einheit und des eigenen Truppenteils in Frage. — Die Entscheidung über endgültige (auch rechnerische) Beleihung mit der Führerstelle trifft der Kriegsminister.
11. Die Soldatenräte sind nicht befugt, sich in Angelegenheiten zu mischen, die anderen militärischen Dienststellen oder der Zivilverwaltung obliegen, sowie im Namen ihrer militärischen Dienststellen selbständig und allein Schriftwechsel zu führen. Etwaige von ihnen allein gegebene Richtlinien, Befehle usw. haben keine Gültigkeit.
12. Jeder Soldat, Führer, Unterführer, mag er Offizier, Unteroffizier oder Mann sein, ist während seiner Dienstzeit der Republik zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Jeder Heeresangehörige, der die von der Regierung unmittelbar oder durch das Kriegsministerium oder durch die Kommandostellen ergehenden Befehle nicht befolgt, macht sich strafbar.

Berlin, den 19. Januar 1919

Noske — Ebert

Der Unterstaatssekretär: Göhre — Der Kriegsminister: Reinhardt.«

Dieser Erlaß, der sich in seinem Ton erheblich von dem Dekret vom 12. Dezember 1918 unterschied[13], sollte nicht nur die Befugnisse der

13 Siehe oben, S. 78, Fußnote 2.

Soldatenräte einschränken und sie auf rein technische und beratende Funktionen verweisen, sondern zugleich auch die alten, zu Beginn der Revolution gewählten Räte beseitigen. Diese alten Räte hatten tatsächlich keine Daseinsberechtigung mehr, nachdem die Regimenter, aus denen sie hervorgegangen waren, zersprengt waren oder sich aufgelöst hatten.

»Dieser Erlaß«, schrieb Noske, »rief bei den Soldatenräten einen Sturm der Entrüstung hervor. Eine Flut von Verwünschungen und Protestresolutionen brach gegen mich los[14].« Der Soldatenrat des III. Armeekorps, der in aller Eile in Kottbus zusammentrat, nannte Noske einen »neuen Ludendorff« und warf ihm vor, er bringe die Grundlagen der Revolution ins Wanken. Er verlangte seine sofortige Absetzung und schickte an die Artillerie-Depots der Provinz einen Befehl, mit dem die Auslieferung von Munition an die gegenrevolutionären Truppen untersagt wurde. Der in Münster tagende Soldatenrat des VII. Armeekorps wollte sich weiterhin an die »Sieben Hamburger Punkte« halten, die der Kongreß vom 16. Dezember 1918 angenommen hatte, und erklärte den Erlaß Noskes für »ungesetzlich und unannehmbar«. Der 800 Mann starke Soldatenrat der Garnison von Hannover erhob schärfsten Protest gegen die Wiederherstellung der Tyrannei der Offiziere und forderte die sofortige Einstellung der Freiwilligenwerbung. Der Soldatenrat der Garde nahm eine Entschließung an, in der die Behauptung aufgestellt wurde, Noskes Tätigkeit sei »eine Beleidigung der Würde des deutschen Soldaten« und »das Mißtrauen ihm gegenüber habe seinen Höhepunkt erreicht«. In allen Garnisonen des Ostens, in Königsberg, in Thorn und in Allenstein, herrschte unbeschreiblicher Zorn.

Noske aber war nicht der Mann, der sich durch einen derartigen Einschüchterungsfeldzug aus der Ruhe bringen ließ. Die Überlegungen über Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit seiner Erlasse ließen ihn völlig kalt. Die Haltung der Räte war seiner Ansicht nach ebenso lächerlich wie überholt. Sein Erlaß datierte vom 19. Januar 1919, und seit eben diesem 19. Januar besaßen die Räte keinerlei Machtbefugnisse mehr, denn an diesem Tage hatten ja die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden. Nun war es Sache des Parlaments in Weimar, nicht aber des Zentralrates, seine Entschlüsse zu bestätigen. Der Absatz 1 seines Erlasses war in diesem Zusammenhang nur noch eine Stilfloskel, und wenn daran noch der geringste Zweifel bestehen sollte, so genügte die vom

14 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 95/96.

Zentralrat selbst am 20. Januar gefaßte Entschließung, ihn zu zerstreuen:

»In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.

(gez.:) Max Kohen (gez.:) Hermann Müller.«

Im ganzen gesehen verlief diese Entwicklung genau umgekehrt wie die der russischen Revolution. Die Bolschewisten hatten im Januar 1918 die Verfassunggebende Versammlung an der Arbeit gehindert und ihre Auflösung betrieben, da sie sich in dieser Versammlung in der Minderheit befanden. In Deutschland dagegen legte der Zentralrat seine Vollmachten in die Hände der Nationalversammlung zurück und beugte sich ihren Entschlüssen. Der Schritt war folgenschwer, denn dadurch, daß der Zentralrat selbst alle seine Vollmachten aus der Hand gab, entzog er zugleich auch allen örtlichen Räten ihre gesetzliche Grundlage.

Noske setzte denn auch die Durchführung seines Programms unverdrossen weiter fort. Seit Beginn des Jahres waren unzählige Freikorps aus dem Boden geschossen. Ihre Stärke war allerdings unterschiedlich, ihre Gesinnung noch nicht recht zu durchschauen, und außerdem fehlte ihnen jede Verbindung untereinander. Einige Verbände zählten nur 200, andere 600 oder 1500 Mann. Wenn man von den unter der Führung des Generals von Lüttwitz zusammengefaßten Einheiten absieht, verfügte kein Korps über Kavallerie, Artillerie oder Pioniere. Es kam nun darauf an, diese Verbände zusammenzuschweißen, sie zu einem geschlossenen Ganzen zu verschmelzen und sie auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Dazu brauchte Noske ein Gesetz, das Gültigkeit im ganzen Reichsgebiet hatte, und ein solches Gesetz wollte er von der Nationalversammlung fordern.

☆

Mühelos allerdings konnte er dieses Gesetz nicht durchsetzen.

Herr Schöpflin, der sozialdemokratische Berichterstatter für das Reichswehrgesetz, legte zunächst die Auffassung der Regierung dar. Sollte das kaiserliche Heer neu erstehen? »Der wirtschaftliche, körper-

liche und geistige Verfall Deutschlands verhindert eine ausgedehnte Aushebung, die im übrigen die Alliierten gar nicht dulden würden[15].« Außerdem würde eine Aushebung alle spartakistischen oder auch nur zweifelhaften Elemente wieder in die Kasernen zurückbringen, aus denen man sie gerade mit so großer Mühe hinausgeworfen hatte. Das Freiwilligen-System dagegen biete die Möglichkeit einer ersten Auslese.

Sicher war auch das keine ideale Lösung. »Eine bittere Notwendigkeit, eine grausame Ironie zwingen den Staat, der einst die mächtigste Armee der Welt besaß, dieses System des Seelenfangs anzuwenden, das an die Methoden des preußischen Absolutismus erinnert.« Im großen und ganzen aber handelte es sich um eine vorläufige Maßnahme, die nur bis zum 31. März 1920 Gültigkeit hatte. Über die endgültige Stärke der Reichswehr würden die Friedensverhandlungen und andere Faktoren zu befinden haben. Vordringlich war es, den Freikorps die ihnen noch fehlende Geschlossenheit zu geben. 40 000 Offiziere waren im Kriege gefallen, den Rest hatte die Revolution beschimpft und gedemütigt. Die Kasernen hatten sich in »unvorstellbare Schweineställe« verwandelt. Die Ausrüstung mußte von Grund auf erneuert werden. Und schließlich herrschten besonders dramatische Umstände: Im Osten drohte die Gefahr eines feindlichen Einfalls, und im Innern wollten Dorten im Rheinland, Kurt Eisner in Bayern und Fleißner in Sachsen die Unabhängigkeit ausrufen. Sollte die Einheit des Reiches gerettet werden, dann mußte die Regierung so schnell wie möglich ein Werkzeug in die Hand bekommen, mit dem sie wirksam handeln konnte.

Die Rechte nahm diese Auffassung nicht widerspruchslos hin. Für sie bedeutete die Aufstellung eines neuen Heeres eine herbe Enttäuschung, da sie die Auflösung des kaiserlichen Heeres besiegelte. Außerdem hielt sie die Abfindungen für die Freiwilligen für zu hoch. Die von Noske vorgeschlagenen 24 Brigaden mit insgesamt 300 000 Mann würden sechs Milliarden Mark kosten, während eine dreimal so starke Armee vor dem Kriege nur 1,2 Milliarden Mark gekostet hatte. »Die Republik wird immer teurer sein als die Monarchie«, warf ein reaktionärer Abgeordneter dazwischen.

Aßmann erläuterte die Haltung der Deutschen Volkspartei und betonte, er bedaure »den Verlust der ehemaligen Disziplin«. Er habe keinerlei Vertrauen zu den »Sechs-Wochen-Leutnants«. Doch war er immerhin glücklich, »zu sehen, daß auch die Sozialdemokratie die

15 Jules Rais in »L'Europe Nouvelle«, Nr. vom 12. April 1919, S. 703/704.

Nützlichkeit des Militarismus und die Notwendigkeit einer innerlich starken Armee anerkennt«. In Anbetracht der ernsten Lage und der Vorläufigkeit des Gesetzes wollte die Rechte also für den vorgeschlagenen Gesetzestext stimmen.

Dann kam die äußerste Linke zu Wort. Henke, Abgeordneter der Unabhängigen aus Bremen, erklärte, Noske male der Nationalversammlung absichtlich das Gespenst einer Gefahr von außen an die Wand. Aber wo war denn diese Gefahr? Weder die Russen noch die Polen oder die Tschechen dächten daran, in Deutschland einzufallen. Die uneingestandene Aufgabe des neuen Heeres sei die Niederwerfung der spartakistischen Revolution. Die Verpflichtung der Freiwilligen stelle einen Betrug dar. Noske wende sich an die »Männer guten Willens«, um die Ostprovinzen zu verteidigen. Hätten sie dann ihre Verpflichtung unterschrieben, würden sie auf Bremer, Münchner oder Berliner Arbeiter schießen. In der Gesetzesvorlage vermisse er übrigens genaue Angaben über die Stärke der Truppen. Wieviel Mann würde denn dieses neue Heer zählen? 100 000, 300 000 oder 500 000? Die Rechte habe schon darauf hingewiesen, wie teuer diese Freiwilligen zu stehen kämen. Sollte die Arbeiterklasse unter der Last der Steuern zusammenbrechen, um die Kosten für die Exzellenzen und ihre Stäbe zu bestreiten?

Noske erwiderte, es sei ausgeschlossen, die Stärke eines auf der Grundlage von freiwilligen Meldungen aufgebauten Heeres durch Erlaß festzusetzen. Die Angriffe der Linken wurden aber noch heftiger, als es um die Ernennung der Offiziere ging. Sie warfen Noske vor, er räume dem Reichspräsidenten in dieser Frage unerhörte Vollmachten ein[16].

»Sie widersetzen sich der Wahl der Vorgesetzten«, rief Henke, »und Sie vernichten die Soldatenräte zugunsten einer Klassenpolitik; für die arbeitslosen Offiziere wollen Sie sorgen zum Schaden des arbeitslosen Arbeiters.«

Und eine noch schwerwiegendere Anschuldigung wurde vorgebracht: Die Freiwilligen, die der Unteroffizier Noske eingestellt habe, würden anschließend der Obersten Heeresleitung, deren Chef bekanntlich Feldmarschall von Hindenburg sei, zur Verfügung gestellt. Und Hindenburg habe das neue Regime niemals anerkannt. Er habe überdies die neue Regierung noch ständig herausgefordert und nie aufgehört, sich

16 Auf Grund der Artikel 46, 47 und 48 der Verfassung. Siehe Kap. XI, S. 161 u. 164.

zur Monarchie zu bekennen. Ihren Eid müßten die Freiwilligen vor Offizieren ablegen, die stolz ihre alten Uniformen und die Auszeichnungen trügen, die Wilhelm II. ihnen verliehen hatte.

Auf die Nationalversammlung machten diese heftigen Anschuldigungen jedoch keinen Eindruck. Warum sollten sich die Abgeordneten des Zentrums und der Rechten an einer Zusammenarbeit Noskes mit der Obersten Heeresleitung stoßen? Genoß er denn nicht gerade aus diesem Grunde ihr Vertrauen?

Die Sozialdemokraten dagegen befanden sich in einer wesentlich schwierigeren Lage. Ihre Auffassungen über die Fragen der Landesverteidigung hatten sie im »Erfurter Programm« niedergelegt, das die Wehrhaftmachung der Nation durch ein Milizsystem mit Einberufungen von kurzer Dauer anstrebte. Hatte Scheidemann nicht erst vor zehn Tagen erklärt, dieses Programm bliebe der Eckpfeiler der Sozialdemokratie? Sollte sie nun von ihm abrücken und einem Söldnerheer zustimmen, das die Erinnerung an die Landsknechte des Dreißigjährigen Krieges wachrief? Mußte denn die Machtübernahme der fortschrittlichen Linksparteien Deutschland unbedingt zu einem System zurückführen, das schon in der Regierungszeit Wilhelms II. überwunden worden war?

Noske legte dar, daß sich die Welt, die gerade den Krieg hinter sich hatte, an drei verschiedenen militärischen Organisationsformen versuche: den *Volksheeren*, die auf der Wehrpflicht aufbauten und für die man sich in Frankreich und Italien entschieden habe; den *Klassenheeren*, auch »Rote Garde« genannt, die ihre bolschewistischen oder spartakistischen Verfechter in internationale Milizen verwandeln wollten; und schließlich den *Berufsheeren*, bestehend aus langfristig dienenden Freiwilligen, wie es sie in England und in den Vereinigten Staaten gab.

Deutschland solle diesem letzteren Typ den Vorzug geben. Er böte ihm unleugbare Vorteile: Das Berufsheer sei geeignet, der Nation wohlvorbereitete Kader heranzubilden für den Tag, da die Regierung Massen-Einberufungen anordnen würde. Zwar waren mit dem Berufsheer auch ernsthafte Nachteile verbunden, doch hütete sich der Minister, davon zu sprechen. Eine auf dieser Grundlage beruhende Armee wird stets dazu neigen, einen Staat im Staate zu bilden, Gewaltstreiche auszubrüten und der Zivilregierung ihren Willen aufzuzwingen. Sie könnte ein gefährliches Instrument in der Hand eines Generalstabes werden, der nach den Worten des Generals von Lüttwitz davon über-

zeugt wäre, »daß die Mitwirkung der Truppe beim Aufbau des Staates nicht nur in militärischen Dingen, sondern auch bei allen richtunggebenden staatspolitischen Entschlüssen erforderlich ist.«

Die Berichterstatter für diese Gesetzesvorlage betonten, sie hätten sich darum bemüht, ihren reaktionären Charakter abzuschwächen. So hätten sie den Hauptbestimmungen eine Reihe von Zusätzen angefügt, von denen anzunehmen war, sie seien dem Geiste linksgerichteter Ideologien entsprungen. In Wirklichkeit aber waren diese Zusätze dem »Grundlegenden Befehl« entnommen, den General Maercker mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung für die Aufstellung des Landesjäger-Korps entworfen hatte[17].

Zunächst einmal sah die Gesetzesvorlage die Bildung von »Vertrauensräten« in den Regimentern vor. Dann räumte sie der Frage der Leibesertüchtigung einen großen Raum ein und schaffte die früheren Drillvorschriften ab. Schließlich beließ sie jedem Soldaten das Wahlrecht. Von allen Neuerungen, die das Gesetz enthielt, war dies die einzige, die die Sozialdemokraten durchgesetzt hatten[18].

Noske entschuldigte sich, daß er gezwungen sei, auf das veraltete System der Freiwilligen-Verpflichtung zurückzugreifen. Die Schuld dafür dürfe man nicht bei ihm suchen, sie sei in der Not der Zeit begründet:

»Wenn wir über die schwersten Zeiten politischer und wirtschaftlicher Erschütterung hinüber sind, wenn uns in hoffentlich nicht zu ferner Zeit ein Friede beschert ist, den das Volk tragen kann, dann wird an die große Erziehungsarbeit herangegangen, welche die Sozialdemokratie auch auf militärischem Gebiet verwirklichen zu können glaubt.«

Trotz dieser Worte, die ihre Bedenken zerstreuen sollten, beschloß die Sozialdemokratische Partei, sich der Stimme zu enthalten. Sie wollte also nicht für die Regierungsvorlage stimmen. Die Regierung selbst, bestürzt über die wachsende Unruhe, die sich seit dem 19. Januar in den Soldatenräten bemerkbar machte, überließ die Initiative für die Abstimmung den Demokraten, dem Zentrum und den nationalistischen Parteien. Wenn es im Lande zum Aufruhr kommen sollte, konnte sie dann immer noch behaupten, ihr seien die Hände gebunden gewesen.

---

17 Vgl. oben, Kap. VIII, S. 114/115.

18 Sie war übrigens die einzige verhängnisvolle Bestimmung, da sie die Politik in die Reichswehr hineinbrachte, die als Gegengewicht gegen die Autorität der Offiziere dienen sollte.

Mit anderen Worten, die erste republikanische Regierung Deutschlands – die man nicht unbedingt als solche ansprechen darf – ließ sich den Wortlaut des Gesetzes, das sie für den Wiederaufbau des Heeres benötigte, von den Monarchisten und der Rechten schenken.

Die Gesetzesvorlage, die der Zentrumsabgeordnete Groeber, Herr Payer, einstiger Vizekanzler im Kabinett Hertling, und der Abgeordnete Niesser am 25. Februar in zweiter Lesung durchbrachten, blieb dennoch eine Regierungsvorlage. Aus ihr entstand das Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr, das Ebert, Noske und Reinhardt unterzeichneten und das am 6. März 1919, drei Monate vor Abschluß des Friedensvertrages, von der Nationalversammlung verabschiedet wurde.

XI Das »Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr« vom 6. März 1919

Die soziale und politische Verfassung einer Nation«, sagte Fustel de Coulanges, »entspricht immer der Natur und der Art der Zusammensetzung seines Heeres[1].« Kehrt man diese Behauptung um, so kann man sagen, daß Aufbau und Zusammensetzung einer Armee stets das genaue Abbild der sozialen und politischen Verfassung der Nation widerspiegeln, aus der heraus sie entstanden ist. Das Gesetz vom 6. März 1919 machte keine Ausnahme von dieser Regel. Es war das getreue Spiegelbild des damaligen Deutschland mit seinem demokratischen Streben und seinen reaktionären Neigungen.

Die Abgeordneten der Rechten konnten sich auf der Tribüne der Nationalversammlung ungeniert einer Sprache bedienen, die sich seit 1914 nicht gewandelt hatte. Dennoch aber hatten der Zusammenbruch des Reiches und die Revolution das Land zutiefst erschüttert. Ein Vergleich der Verfassungen von 1919 und von 1871 genügt, um den Weg zu veranschaulichen, der seit dem Ende der Feindseligkeiten zurückgelegt worden war. Er läßt auch erkennen, daß sich nicht nur im inneren Aufbau des Heeres, sondern auch in der Stellung des Heeres im Staate manches geändert hatte.

☆

Nach Artikel 11 der Verfassung von 1871 stand der König von Preußen als »Deutscher Kaiser[2]« an der Spitze des Deutschen Bundesstaates.

Dank dieser Vereinigung der Befugnisse des Königs von Preußen mit denen eines »Präsidenten« des Bundes hatte der Deutsche Kaiser eine sehr viel größere persönliche Machtvollkommenheit als die meisten anderen europäischen Souveräne.

---

1 Fustel de Coulanges: »La Cité antique«, S. 327.

2 Dieser Titel entsprach nur der juristischen Stellung seines Trägers. Im Gegensatz zu den Herrschaftstiteln war er im wesentlichen ein Amtstitel. Daher konnte der Kaiser am Vorabend des 11. November auf den Titel eines »Deutschen Kaisers« verzichten, ohne den eines »Königs von Preußen« abzulegen. Den ersteren hatte er durch die Wahl der Fürsten erhalten, den letzteren besaß er nach göttlichem Recht.

Seine Macht übte der König und Kaiser durch den Kanzler des Bundes, den »Reichskanzler«, aus, den er selbst ernannte und der nur ihm verantwortlich war.

So wie der Herrscher des Bundes die Titel eines Königs von Preußen und eines Deutschen Kaisers in sich vereinigte, so war auch der Reichskanzler gleichzeitig in Preußen Ministerpräsident und im Reich Vorgesetzter aller Reichsämter. Von diesen letzteren gab es acht: das Auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern, das Reichsjustizamt, das Reichsschatzamt, das Reichsamt für das Post- und Telegraphenwesen, das Reichseisenbahnamt, das Reichsmarineamt und das Reichskolonialamt. Jedes dieser Ämter unterstand einem Unterstaatssekretär. Ein Reichsamt für den Krieg aber gab es nicht. Oberster Kriegsherr war der Kaiser. Sein wesentlichstes Vorrecht, auf das er auch den größten Wert legte, war der militärische Oberbefehl, denn das Wilhelminische Reich war in erster Linie eine Militärmacht.

Den militärischen Oberbefehl übte der Kaiser aus: in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des kaiserlichen Heeres durch einen Chef des Großen Generalstabes, in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des preußischen Heeres durch den preußischen Kriegsminister, der stets ein General war. Den Chef des Großen Generalstabes und den Kriegsminister ernannte der Kaiser persönlich. Sie waren nur ihm verantwortlich. Die Führung der Armee war somit der Kontrolle der Parlamente völlig entzogen. Auch die Ernennung der Offiziere war dem Kaiser selbst vorbehalten. Er nahm ihnen den Eid ab, der nicht etwa auf die Verfassung, sondern auf seine Person geleistet wurde. Und er entließ sie auch, wenn Anlaß dazu gegeben war.

Der Kaiser hatte die Pflicht, über Organisation, Aufbau, Bewaffnung, Befehlsregelung und Ausbildung der Truppen zu wachen. Er nahm die Besichtigungen vor, bestimmte die Garnisonen und ordnete die Mobilmachung an. Das Recht zum Festungsbau war ihm für das gesamte Reichsgebiet eingeräumt worden. Alle Truppen waren verpflichtet, seinen Befehlen uneingeschränkt Folge zu leisten.

Die Bundesfürsten, die Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg, hatten seinerzeit, als sie sich unter Bismarcks Joch beugen mußten, allerdings einen Schein von Selbständigkeit bewahren können. Die deutsche Armee bestand daher weiterhin aus vier gesonderten Kontingenten.

Das stärkste war das preußische Kontingent, da es neben den preußischen Truppen auch die der zweiundzwanzig anderen norddeutschen

Staaten umfaßte. Es unterstand dem preußischen Kriegsminister, der seinen Sitz in Berlin hatte. Seine Offiziere leisteten ihren Eid auf den König von Preußen als Oberbefehlshaber des preußischen Kontingents und auf den Deutschen Kaiser als Obersten Kriegsherrn des deutschen Heeres.

Die beiden Kontingente Sachsens und Württembergs wurden vom sächsischen und vom württembergischen Kriegsminister verwaltet, die ihren Sitz jeweils in Dresden und in Stuttgart hatten. Sie waren dem Kaiser unmittelbar unterstellt, und er ernannte auch die Generale und die Festungskommandanten, allerdings nur auf Vorschlag der beiden Könige.

Das bayrische Kontingent schließlich nahm in der deutschen Armee einen besonderen Platz ein. Es stand unter der Oberhoheit des Königs von Bayern und wurde vom bayrischen Kriegsminister verwaltet, der seinen Sitz in München hatte. Der Kaiser hatte nicht das Recht, die Offiziere dieses Kontingents zu ernennen und übernahm den Oberbefehl nur im Kriegsfall am Tage der Mobilmachung.

Diese vier Kontingente hatten ihre verschiedenen Nationalfahnen, Kokarden, Wahlsprüche und Farben beibehalten. Außerdem gab es auf württembergischem, sächsischem und bayrischem Boden keine preußischen Garnisonen. Die Aushebung der Truppen wurde ausnahmslos im Innern eines jeden Landes vorgenommen[3].

Die Verfassung von 1919 sollte diesen Zustand von Grund auf ändern. Sie schuf ein Einheitsheer für das gesamte Reich und hob damit die Kontingente der Bundesstaaten auf. Das Heer wurde unter die Kontrolle des Parlaments gestellt und verlor dadurch seine »glänzende Selbständigkeit«, auf die es bisher so stolz gewesen war.

Der Staatschef oder »Reichspräsident« war der Oberste Befehlshaber der gesamten Wehrmacht des Reiches (Art. 47). Ihm stand die Ernennung und die Entlassung der Offiziere zu (Art. 46). Wie einst zur Zeit des Kaisers bedurften auch seine Verordnungen und Erlasse zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister (Art. 50).

Der Reichskanzler aber wurde nicht mehr vom Reichspräsidenten ernannt, sondern von der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten gewählt, denen er auch für seine Amtsführung verantwortlich war. Ein Mißtrauensvotum konnte ihn mit seiner Regierung zum Rücktritt

3 Vgl. Karte 2 auf Seite 162/163.

D A N E M A R K
NORDSEE
ALTONA
IX P.
Elbe
Weser
Ems
X P.
HANNOVER
NIEDERLANDE
MÜNSTER
VII P.
Rhein
MAGDEBURG
IV P.
Saale
KASSEL
Fulda
XI P.
Werra
BELGIEN
VIII P.
KOBLENZ
XVIII P.
FRANKFURT
II B.
WÜRZBURG
Mosel
LUX
Main
SAARBRÜCKEN
XVI P.
II B.
Moos
METZ
XXI P.
KARLSRUHE
NÜRNBERG
III B.
XIII W.
STUTTGART
STRASSBURG
Rhein
Necka
Donau
Isar
FRANKREICH
XV P.
XIV P.
I B.
Inn
MÜNCHEN
Lech
SCHWEIZ

DES KAISERLICHEN HEERES, VOR NOVEMBER 1918

zwingen. Der Reichspräsident konnte also über das Heer nur mit Zustimmung des Parlaments verfügen. Und zu guter Letzt wurden die Angehörigen des Heeres auch nicht mehr auf den Staatschef, sondern auf die Verfassung vereidigt (Art. 176).

Die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten waren demzufolge sehr viel geringer als die des Kaisers. Die neue Verfassung übertrug ihm allerdings auch einige Vollmachten, die der Kaiser nie besessen hatte.

Zunächst einmal wurde das ausschließliche Recht zur Gesetzgebung für das Heer von den Ländern auf das Reich übertragen (Art. 6, § 4). Die Wehrverfassung sollte für das gesamte Reich einheitlich geregelt werden (Art. 79). Die bayrischen, württembergischen und sächsischen Kontingente verschwanden und machten einem einzigen Heere Platz, das den Namen »Reichswehr« erhielt. Der preußische, der bayrische, der sächsische und der württembergische Kriegsminister wurden durch einen einzigen Minister, den »Reichswehrminister«, abgelöst, der seinen Sitz in Berlin hatte und dessen Vollmachten sich auf das gesamte Reichsgebiet erstreckten. Der Reichswehrminister gehörte dem Ministerrat an, der seine Sitzungen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abhielt.

Schließlich enthielt die Verfassung als Ausdruck der trüben Epoche, in der sie entworfen und niedergeschrieben wurde, einen besonderen Artikel, den Artikel 48, der in seinem Wortlaut wiedergegeben werden muß, da er dem Reichspräsidenten das Recht gab, jederzeit eine Militärdiktatur zu errichten[4]:

»Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.«

4 Reichsgesetzblatt 1919, No. 152, S. 1392 (vom 14. August 1919). Dieses Recht hatte der Kaiser nie besessen. Die preußische Armee durfte in keinem Falle in die inneren Angelegenheiten der Bundesstaaten eingreifen, wenn sie nicht ausdrücklich von der Regierung des betreffenden Staates dazu aufgefordert wurde. Und selbst dann erforderte ein solches Einschreiten die Zustimmung des Bundesrates.

Aus alldem ersieht man, daß die Weimarer Verfassung, soweit sie das Heer betraf, den von Bismarck ein halbes Jahrhundert zuvor errichteten Bau vollendete und vereinfachte. Sie gab Deutschland endlich eine einheitliche Wehrmacht, die von einem einzigen Minister geführt und verwaltet wurde. Im Gegensatz zu den Leitgedanken Bismarcks ordnete sie diese allerdings der Kontrolle der Zivilbehörden unter.

☆

Betrachten wir jetzt den inneren Aufbau dieses Heeres, wie er sich aus dem Gesetz vom 6. März 1919 ergibt:

Der Paragraph I des Gesetzes erläuterte die Absichten, aus denen heraus die neue Reichswehr geschaffen worden war:

1. Schutz der Reichsgrenzen;
2. Durchführung der Anordnungen der Reichsregierung;
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern des Landes[5].

Die Reichswehr war den Gesetzen, die für alle anderen Einrichtungen des Staates galten, unterworfen. An ihrer Spitze stand ein General, der dem Reichswehrminister verantwortlich war und das Amt eines Generalstabschefs bekleidete.

Der Paragraph II legte die Grundlagen für die Anwerbung der Truppen fest. Sie beruhten auf dem System der freiwilligen Meldung. Jeder wehrfähige Bürger im Alter von mindestens 17 Jahren konnte in die Reichswehr eintreten, ohne Rücksicht auf seine soziale Stellung, seinen Beruf oder seine politische Gesinnung[6].

Die Offiziere wurden in erster Linie aus den Reihen derer ausgewählt, »die während des Krieges mit Auszeichnung Dienst getan und sich in den in die Reichswehr zu übernehmenden Freiwilligen-Verbänden bewährt hatten«.

Indessen konnten auch bewährte Unteroffiziere und Soldaten die Offizierlaufbahn einschlagen. Die Anwärter hatten folgende Bedingungen zu erfüllen:

a) Sie mußten ein Offizierexamen über ihre militärischen Kenntnisse ablegen.
b) Sie mußten das Vertrauen ihrer Untergebenen und ihrer Vorgesetz-

5 Der Name »Reichswehr« selbst war schon ein ganzes Programm!
6 In Wirklichkeit wurde diese letzte Bestimmung niemals wörtlich genommen. In den folgenden Ausführungen sind viele Beispiele dafür zu finden.

ten erworben haben. Die Erfüllung dieser Bedingung wurde der Bewertung durch den Bataillonskommandeur überlassen.

c) Nachdem sie das Offizierexamen abgelegt hatten, mußten sie in einem mindestens vierwöchigen Truppendienst ihre Befähigung zur Befehlsführung nachweisen.

d) Einige Ausnahmen wurden für junge Leute, die mindestens sechs Klassen einer höheren Schule besucht hatten, zugelassen. Sie konnten ihr Examen ohne weitere Formalitäten ablegen. Wer diese Bedingungen nicht erfüllte, mußte einen sechswöchigen Schulungskurs mitmachen, bei dem festgestellt werden sollte, ob er eine ausreichende Schulbildung genossen hatte[7].

Der Reichswehrminister ernannte auf Vorschlag der Generalkommandos, also der Kommandierenden Generale der verschiedenen Wehrbereiche, die Bataillonskommandeure und die höheren Offiziere. Der Reichspräsident ernannte die Generale.

Die folgenden Paragraphen regelten die Fragen der Rekrutierung, wobei es darum ging, die Einziehung »unerwünschter Elemente« zu verhindern. Soldaten, die in dem Verdacht standen, zur äußersten Linken zu gehören, wurden systematisch ausgesondert, ebenso Juden, zumal mehrere von ihnen eine entscheidende Rolle bei den Unruhen in Berlin und München gespielt hatten. Schließlich wurden auch keine Deserteure aus den kaiserlichen Regimentern in die neuen Verbände aufgenommen.

Einige Einheiten verfuhren in ihrer Auslese sogar besonders streng und siebten sorgfältig ihre Freiwilligen. Auf diese Weise entstand eine Reihe von Elitekompanien — die sogenannten »Eisernen Kompanien« —, die nur frühere Kadetten, altgediente Unteroffiziere, Studenten und höhere Schüler einstellten[8].

Mannschaftsstärke und Dauer der Verpflichtung blieben in Anbetracht des vorläufigen Charakters dieses Gesetzes absichtlich offen. Diese Punkte sollten erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages festgesetzt werden. Für den Augenblick nahm man Verpflichtungen für eine

---

7 Daher kam die Bezeichnung »Sechswochen-Leutnants«, zu denen Herr Aßmann, Abgeordneter der Rechten, wie er von der Tribüne der Weimarer Nationalversammlung herab erklärte, nur geringes Vertrauen hatte.

8 Diese einschränkenden Bestimmungen — Wahl der Führer aus den Reihen der Frontoffiziere, also aus den Reihen des alten kaiserlichen Heeres — und die ausgesprochen bürgerliche oder ländliche Herkunft der Rekruten machten aus der Reichswehr bald eine Hochburg reaktionären Geistes. Im Jahre 1913 hatte der Anteil des Adels im Offizierkorps 22 Prozent ausgemacht; im Jahre 1923 betrug er bereits 23 Prozent, und diese Zahl stieg in den folgenden Jahren ständig an.

Dauer von sechs bis zwölf Jahren vor. Das Gesetz vom 6. März 1919 kannte allerdings noch eine ganze Reihe von Ausnahmen; die Freiwilligen konnten von ihren Verträgen zurücktreten, und die Führer konnten »schlechte Elemente« auf Grund von Gehorsamsverweigerung oder Disziplinlosigkeit aus der Truppe entfernen[9].

Die Eidesformel, für die man sich entschied, lautete:

»Ich gelobe, daß ich mich als tapferer und ehrliebender Soldat verhalten, der Verteidigung des Deutschen Reiches und meines Heimatstaates zu jeder Zeit und an jedem Ort meine ganze Kraft widmen, die vom Volk eingesetzte Regierung schützen und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.«

Das Militärstrafgesetzbuch wurde gründlich überholt. Bis zum 25. April 1917 hatte für das deutsche Heer das Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 mit seinen besonders strengen Bestimmungen gegolten. Im kaiserlichen Heer war der Soldat einer eisernen Disziplin unterworfen und hatte nicht einmal das Recht, gegen die über ihn verhängten Strafen Einspruch zu erheben. Ein Soldat, der zu einer Disziplinarstrafe verurteilt worden war, konnte von seinem Beschwerderecht erst nach Verbüßung seiner Strafe Gebrauch machen. Jetzt sollte der Soldat das Recht erhalten, vor Strafantritt bei seinen Vorgesetzten Einspruch zu erheben.

Gleichzeitig mit der Modernisierung der Strafgesetze wurden auch die Ausbildungsvorschriften geändert und vereinfacht. Die »Ausbildungsvorschrift für die Fußtruppen«, die während des Krieges an die Stelle des »Exerzier-Reglements« vom 1. September 1888 getreten war, wurde nun durch ein »Diensthandbuch« ersetzt; eine ganze Reihe von Vorschriften, die für den einfachen Soldaten entwürdigend waren, wurden ausgemerzt[10].

☆

Aber außer diesen Änderungen an schon bestehenden Bestimmungen enthielt das Gesetz vom 6. März 1919 auch Neuerungen, durch die es sich von allen früheren Militärgesetzen in Deutschland weitgehend unterschied. Fast alle Neuerungen waren der Initiative des Generals Maercker zu verdanken. Es handelte sich dabei um die Einsetzung von

9 Der Versailler Vertrag verlangte Verpflichtungen von 12 Jahren für Mannschaften und von 25 Jahren für Offiziere. Außerdem hob er die Bestimmungen über die Möglichkeiten eines Rücktritts von der Verpflichtung auf.

10 So z. B. der den Soldaten auferlegte Zwang, selbst in einem vertraulichen Gespräch mit einem Offizier stets Haltung anzunehmen; das Verbot, ihn anders als in der dritten Person anzureden usw.

»Vertrauensräten« und »Sportbeauftragten« sowie die Errichtung von Schulen für Unteroffiziere und Mannschaften. Ihr Ziel war eine allmähliche Hebung der körperlichen Leistungsfähigkeit und des geistigen und moralischen Niveaus der Angehörigen des neuen Heeres.

Der sozialdemokratische Berichterstatter für das Gesetz hatte mit Nachdruck die Bedeutung hervorgehoben, die dem Sport beim Aufbau des neuen Heeres beigemessen werden sollte. Ursprünglich hatte die Gesetzesvorlage es dem Soldaten freigestellt, an den Sportwettkämpfen teilzunehmen oder nicht. General Maercker wollte hier viel weiter gehen, und auf seine Anregung hin faßte die Regierung das Gesetz in diesem Punkte durch eine Reihe zusätzlicher Bestimmungen wesentlich enger. Die lange Dienstzeit sollte es nach Ansicht Maerckers der Reichswehr ermöglichen, jährlich ungefähr zwei- bis dreitausend Sportlehrer auszubilden, die als Sportwarte in Schulen und Universitäten eingesetzt werden konnten und als lebendiges Band zwischen dem Heer und der Jugend des Landes dienen sollten. Sie würden dann als gute Propagandisten den soldatischen Geist in der Nation wachhalten.

Schon am 14. Februar verfügte die Regierung die Schaffung von »Ausschüssen für Leibesübungen« in jedem Bataillon. Sie sollten aus drei bis sieben Mitgliedern (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) bestehen. Ihre Aufgabe war die Sorge um die körperliche Gesundheit der Truppe, die Durchführung von Sportveranstaltungen und die technische Beratung bei der Einrichtung von Übungs- und Sportplätzen. Diese Ausschüsse hatten außerdem aus den Regimentern junge Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften herauszusuchen, die sie für eine weitergehende sportliche Ausbildung geeignet hielten. Sobald die Ordnung im Lande wiederhergestellt war, sollten fünf Sportschulen in Torgau, Wittenberg, Halle, Weimar und Altenburg gegründet werden. In jeder dieser Schulen sollten dann jeweils 140 Soldaten ohne Rangunterschied unter Leitung von Berufssportlehrern einen sechswöchigen Kurs durchmachen und dann zu ihren Regimentern zurückkehren, um dort der Truppe als Sportwarte zur Verfügung zu stehen.

Ein Blick in die von General Maercker aufgestellten »Richtlinien für die sportliche Betätigung in der Truppe«, die für diese Sportwarte bestimmt waren, ist recht aufschlußreich. Diese Richtlinien sollten der Erweckung des sportlichen Interesses bei allen Angehörigen des Heeres, der Entwicklung des Mannschaftsgeistes, der Förderung der Manneszucht und der Kameradschaft sowie der Hebung des moralischen Zusammenhaltes der Truppe dienen. Dazu hielt man folgendes für erforderlich:

1. Bei Wettkämpfen sind Mehrkämpfe zu bevorzugen, damit die Mannschaften den Sport nicht einseitig betreiben.
2. Um Gemeinsinn, Kameradschaft und Manneszucht zu fördern, ist besonderer Wert auf solche Kämpfe zu legen, an denen viele Mannschaften beteiligt sind.
3. Vielseitigen Sport betreiben!
4. Das Endziel der sportlichen Ausbildung: Förderung im Waffengebrauch im Auge behalten! Waffenkämpfe bevorzugen!

Die Bedeutung, die der körperlichen Ertüchtigung beigemessen wurde, war im übrigen nicht neu in Deutschland. Hier wurde lediglich eine alte Tradition der mitteleuropäischen Länder fortgesetzt, zu Ehren des »Turnvaters« Jahn, der damit zur Zeit der Befreiungskriege begonnen hatte. Doch diese Leibesertüchtigung erfuhr nach der Niederlage von 1918 eine solche Ausdehnung, daß man bald kaum noch sagen konnte, wo der Sport aufhörte und wo die Vorbereitung auf den Wehrdienst begann.

☆

Neben der körperlichen Ertüchtigung stand für General Maercker zugleich auch die Sorge um die geistige Ausbildung des Heeres. Es durfte nicht dazu kommen, daß die Soldaten und Unteroffiziere der Reichswehr nach ihrer Dienstzeit auf jedwede Arbeit angewiesen blieben oder auf Wartegeld gesetzt und damit zu unnützen Gliedern der Volksgemeinschaft wurden. Ihre Dienstzeit im Heer sollte sie zu Elitebürgern machen, nicht aber sie abwerten.

Gewiß konnten sie nicht zu Intellektuellen oder Wissenschaftlern herangebildet werden. Man wollte ihnen vielmehr eine solide praktische Ausbildung vermitteln und sie wenigstens in großen Zügen mit der politischen und militärischen Geschichte ihres Landes bekanntmachen[11].

Zu diesem Zweck wurde die Schaffung von vier Schulen verschiedener Art in jeder Garnison vorgesehen:

1. Eine höhere Schule mit dem Lehrplan der Oberschulen, für Schüler bestimmt, die bereits eine weiterführende Schulbildung genossen hatten;

---

11 Scharnhorst, 1808 der große Reformator des preußischen Heeres, hatte bereits folgende Richtlinien für die Rekrutierung der Stammannschaften gegeben: »In Friedenszeiten muß man bei der Beförderung zum Offizier vor allem auf das Wissen und auf hervorragende Dienstleistung Wert legen; in Kriegszeiten muß man eher auf höchste Tapferkeit und größte geistige Aufgeschlossenheit achten.« (Grundlegender Tagesbefehl vom 3. August 1808.)

2. eine Militäranwärterschule für Unteroffiziere, die nach zehn oder zwölf Dienstjahren eine Stelle im Verwaltungsdienst des Staates übernehmen wollten;
3. eine Mittelschule für Unteroffiziere des alten Heeres, die sich neu verpflichtet hatten;
4. eine technische Fortbildungsschule für alle Mannschaftsdienstgrade.

»Diese Fortbildungsschulen waren mein Lieblingsgedanke«, schrieb Maercker. »Ich strebte danach, jeden Landesjäger in seinem Fach, sei es als Handwerker, Kaufmann, Arbeiter, Landwirt oder welchem Beruf er jetzt oder später auch angehören mochte, während der Dienstzeit so fortzubilden, daß er völlig auf dem laufenden blieb. Die Fortbildungsschulen sollten dem Drange zahlreicher Mannschaften nach geistiger Fortbildung gerecht werden[11a].«

Im September 1919 hatten sich allein aus dem Landesjägerkorps bereits 2500 Freiwillige zu diesen Schulen gemeldet. Die Lehrerschaft setzte sich zu diesem Zeitpunkt aus 25 Studienräten für die höheren Schulen, vier Schulleitern und 31 Lehrern für die drei anderen Schularten zusammen.

Dieses am Rande des Gesetzes vom 6. März 1919 einzig für die Landesjäger eingeführte Schulsystem wurde schließlich auf die gesamte Reichswehr ausgeweitet.

☆

Bleibt noch die Neueinrichtung der »Vertrauensleute«.

Ihr Aufbau entsprach dem der Soldatenräte, der, wie wir gesehen haben, in mehrere Stufen gegliedert war: Kasernenräte, Garnisonsräte, Räte für die Armeekorps und Reichsrat. An der Spitze dieser Pyramide stand der aus 27 Mitgliedern bestehende Zentralrat. Nach dem gleichen Muster verfuhr man beim Aufbau der Vertrauensräte. Sie wurden von der Truppe für eine Dauer von sechs Monaten gewählt, und zwar jeweils drei Mann (ein Unteroffizier und zwei Soldaten) für jede Kompanie. Kompanie-, Bataillons-, Regiments- und Brigaderäte bildeten die Stufen einer Pyramide, an deren Spitze drei Männer standen, die von den Brigaderäten zum Reichswehrminister abgeordnet wurden. Da aber hörte die Ähnlichkeit mit den revolutionären Räten auf, denn der betreffende Erlaß hatte ihre Befugnisse sehr genau geregelt.

Sie hatten die ausschließliche Aufgabe, als Bindeglied zwischen Vor-

11a Maercker, a. a. O., S. 316.

gesetzten und Untergebenen zu dienen und die Kameradschaft und den guten Zusammenhalt unter den Soldaten zu fördern. Sie sollten sich nach ihren Wünschen erkundigen, ihr Vertrauen erwerben und ihre Beschwerden weiterleiten. Neben diesen Pflichten hatten die Vertrauensleute die Verpflegung zu überwachen, die Verwendung der Gelder der Heeresverwaltung zu überprüfen und sich um den Kantinenbetrieb zu kümmern. Alle Fragen der Ordnung, die Sauberhaltung der Speisesäle, die Unterhaltung der Kasernen und der Wohnräume gehörten zu ihrem Aufgabenbereich. Dort aber fanden ihre Vollmachten ein Ende, denn im Gegensatz zum Soldatenrat, der mit diktatorischen Vollmachten aufgetreten war, war der »Vertrauensrat« nicht befugt, irgendwelche Anordnungen zu geben. Die militärische Ausbildung, die Ernennung der Offiziere und die Befehlsgewalt blieben ihrer Zuständigkeit entzogen.

»Im ganzen genommen«, schrieb Paul Gentizon, »sind die Vertrauensleute nur ein blasser Abglanz jenes sowjetischen Systems, das monatelang die Autorität des deutschen Offiziers untergraben hat.« Und er fügte hinzu: »Die Einsetzung dieser ›Vertrauensleute‹ begünstigt die Stellung des Soldaten als einer verantwortungsbewußten Persönlichkeit . . . Sie bedeutet eine Sicherung gegen die Versuche in der neuen Armee, den alten Preußengeist wieder durchdringen zu lassen.« Gerade in diesem Punkte irrte sich Gentizon; doch darf man ihm daraus keinen Vorwurf machen, da sich ja viele Deutsche hierin ebenfalls getäuscht hatten.

In Wirklichkeit verfolgte die Einsetzung der Vertrauensleute keineswegs das Ziel, »eine der wesentlichen Errungenschaften der Revolution zu wahren und zu festigen«, wie Noske es glauben machen wollte. Sie sollten vielmehr die Autorität der Soldatenräte brechen, denen man nun eine Institution entgegenstellte, die bei aller oberflächlichen Ähnlichkeit aus einer völlig anderen Geisteshaltung heraus entsprungen war. Das merkten die Reaktionäre, die für das Gesetz stimmten, sehr bald, und die Unabhängigen sollten es zu ihrem eigenen Schaden rasch erfahren.

Man kann sich fragen, wie es kam, daß die Oberste Heeresleitung dem Gesetz vom 6. März 1919 vorbehaltlos zustimmte. Schließlich enthielt es einige Bestimmungen, die denen des kaiserlichen Heeres gänzlich zuwiderliefen. Für ihre Haltung gab es verschiedene Gründe; ausschlaggebend war offenbar die herrschende Notlage. Das kaiserliche Heer hatte sich aufgelöst. Das Offizierkorps war zerfallen. Das Reich lag schutzlos da, die Regierung besaß keine Autorität. Widersetzte sich die Oberste Heeresleitung der Aufstellung eines neuen Heeres und ver-

weigerte sie der Regierung ihre Hilfe, so überließ sie das Land seinem Schicksal und lief selbst Gefahr, von dem Sturm hinweggefegt zu werden.

Schon gleich nach den Weihnachtskämpfen hatte sich die Oberste Heeresleitung dem Untergang nahe gesehen. Seither hatte sie begriffen, daß es darauf ankam, mitzuspielen. Zweifellos war das Instrument, das man ihr anbot, nicht ideal. Eine ganze Menge von Bestimmungen dieses Gesetzes, die auf dem Papier sehr vollkommen aussahen, sollten sich auf die Dauer als undurchführbar oder unvorteilhaft herausstellen. Aber es war immerhin ein Instrument, und die Offiziere sahen nur eines: Man gab ihnen wieder ein Heer. Sie sagten sich sehr richtig, daß seine Gestaltung sehr viel mehr von ihnen als vom Buchstaben des Gesetzes abhängen werde. So stimmten sie der »Vorläufigen Reichswehr« zu, gewiß ohne Begeisterung, doch mit der Hoffnung, ihr mit der Zeit ihren eigenen Geist einflößen und sie ihren Wünschen entsprechend ausbauen zu können.

☆

Nach der Verabschiedung des Gesetzes ging es an seine Durchführung. Zwischen der Abfassung eines solchen Textes und seiner Verwirklichung liegt der gleiche große Unterschied, der zwischen einem Bauplan und einem fertigen Haus besteht. Jetzt mußten alle diese Bataillone, Regimenter und Brigaden, die vorläufig nur auf dem Papier standen, aufgestellt werden. Man mußte die vorgesehenen Kader auffüllen, die Leute ausrüsten, das Material wiederbeschaffen und vom abstrakten Plan zur konkreten Wirklichkeit übergehen. Die Regierung besaß mit dem Gesetz, das ihr die Aufstellung eines Heeres gestattete, noch kein fertiges Heer. Ihm galt daher die Arbeit der kommenden Wochen.

Zunächst wurde den drei Kriegsministerien in Bayern, Sachsen und Württemberg jede Befehlsgewalt und jede Initiative entzogen. Sie wurden in »Reichswehrbefehlsstellen«, also einfache Länderverwaltungsorgane, umgewandelt. Alle Vollmachten gingen auf das Preußische Kriegsministerium über, in dem bis zur Bildung des neuen Reichswehrministeriums alle militärischen Fragen zusammengefaßt wurden[12].

12 Das Reichswehrministerium befand sich erst im Anfangsstadium. Vorläufig gab es da nur den Minister (Noske), zwei Adjutanten (die Majore von Hammerstein und von Stockhausen), das persönliche Kabinett des Ministers und einen begrenzten Generalstab. Nach der endgültigen Aufstellung seiner Dienststellen sollte auch das Preußische Kriegsministerium ihm seine Befugnisse übertragen und ebenso wie die anderen Kriegsministerien in eine Reichswehrbefehlsstelle umgewandelt werden.

Dann wurde das Reich — mit Ausnahme der von den Alliierten besetzten Gebiete und der zum »Grenzschutz Ost« gehörenden Provinzen — in zwei Gruppenkommandos eingeteilt[13]. Das Gruppenkommando I unter General von Lüttwitz umfaßte Nord- und Ostdeutschland, das Gruppenkommando II sollte für Süd- und Westdeutschland zuständig sein, doch da Bayern alle Beziehungen zu Berlin abgebrochen hatte, war im Augenblick keine Rede davon, Truppen dorthin zu verlegen.

Die Tausende von kleinen, selbständigen Organisationen, die sich als Rekrutierungsbüros betätigten und deren Arbeit im Laufe der ersten Monate des Jahres das Emporschießen unzähliger Freikorps ermöglicht hatte, wurden in die neue Ordnung eingebaut. Die »Bezirkskommandos« — Überreste der kaiserlichen Verwaltung — wurden aufgelöst und den Verwaltungsbereichen der »Wehrkreise« angegliedert.

Mit der Zeit wuchsen die Freiwilligentruppen zusammen und gaben die verschiedenen Namen, die sie sich zugelegt hatten, auf. Die Freikorps wurden in Brigaden umgewandelt, erhielten die Nummern I bis XXIV und erfaßten somit das gesamte Heer.

So wie die alten kaiserlichen Einheiten im Dezember 1918 kleine, selbständige Verbände abgesondert hatten, die vielerorts zu Keimzellen für die Freikorps wurden, so reihten sich nun die Freikorps in die Reichswehr ein und verschmolzen mit den Kadern des neuen Heeres. Auf diese Weise wurde aus dem Landesjägerkorps des Generals Maercker die XVI. Reichswehrbrigade, aus dem Garde-Freikorps unter Oberst Reinhard die XV. Brigade, aus dem Freikorps des Generals von Hülsen die III. Brigade, aus dem Bayrischen Schützenkorps unter Oberst von Epp die XXI. Brigade und so fort.

Der innere Zusammenhang war noch enger, als man annehmen möchte. Beim Übergang vom kaiserlichen Heer zu den Freikorps und von den Freikorps zur Reichswehr hatten die »Traditionskompanien« oder Stammtruppenteile vielfach die Standarten, Feldzeichen und Archive der Einheiten bewahrt, denen sie vor der Revolution angehört hatten. Diese übertrugen sie nun auf die neuen Regimenter, in denen sie aufgingen und die somit das unmittelbare Erbe der alten, aufgelösten Regimenter antraten.

Die republikanische Regierung hätte diese Überreste des alten Regimes zertrümmern können. Doch es war keine Rede davon, sich gegen ihren

13 Vgl. Karte 3, Seite 184/185.

Fortbestand aufzulehnen. Noske und seine Mitarbeiter im Generalstab hatten sich ganz im Gegenteil darum bemüht, sie zu erhalten. Sie wollten wenigstens alle Erinnerungen, die sie für geeignet hielten, ein Band zwischen dem Heer von 1919 und dem von 1914 zu knüpfen, zu neuem Leben erwecken.

Bezeichnend war in dieser Hinsicht die Auswahl der Standorte: Die 24 Brigaden der Reichswehr entsprachen ihrer Zahl nach den 24 kaiserlichen Armeekorps. Sehr häufig wurden sie auch in den gleichen Bezirken oder Städten untergebracht. Die III. Reichswehrbrigade bezog Quartier in Berlin, wo das alte kaiserliche III. Armeekorps gelegen hatte. Die VII. Reichswehrbrigade lag in Westfalen, so wie einst das VII. Armeekorps. Die X. Brigade trat die Nachfolge des X. Armeekorps in Hannover an[14]. Ende Mai 1919, nach Beseitigung der revolutionären Regierung in München, wurde dieses System auch auf Bayern übertragen. Die dortige Reichswehrbefehlsstelle erhielt drei Bezirke, die den Bereichen der drei früheren bayrischen Armeekorps aus der Zeit König Ludwigs III. entsprachen. Der erste Bezirk umfaßte die XXI. Reichswehrbrigade mit dem Sitz in München, der zweite die XXIII. Brigade mit dem Sitz in Würzburg und der dritte die XXIV. Brigade mit dem Sitz in Nürnberg.

Mit der gleichen Treue zur Vergangenheit wurde auch bei der Einstellung der Offiziere und Mannschaften verfahren. Soweit wie möglich kamen sie wieder zu den Regimentern, die aus ihren alten Kriegsregimentern hervorgegangen waren. Dort fanden sie ihre Frontkameraden, ihre Fahnen und ihre Vorgesetzten wieder. Auch hier wurde also ein Bruch zwischen Vergangenheit und Gegenwart peinlich vermieden.

Man kann verstehen, daß die Militärbehörden unter solchen Umständen die Rekrutierung genau überwachten. Die Eingliederung örtlicher Milizen wurde bewußt abgelehnt. »Mir sind 2000 gut disziplinierte Soldaten mehr wert als 10000 schlecht ausgebildete und schlecht geführte Milizangehörige«, rief Noske vor der Nationalversammlung in Weimar aus. Die Regierung wandte sich mit ihren dringenden Aufrufen vor allem an die Frontkämpfer, die Bauern und die Universitätsjugend. Überall hatte man das Beispiel des Jahres 1806 vor Augen, und der

14 Selbstverständlich gab es auch Ausnahmen. So trug die XVI. Reichswehr-Brigade in Thüringen die Nummer des XVI. Armeekorps, das vor dem Kriege in Metz gelegen hatte. Das gleiche war für alle Armeekorps der Fall, die vor dem Kriege ihre Standorte im Elsaß, im Saargebiet und in der besetzten Zone auf dem linken Rheinufer gehabt hatten.

Zustrom von Freiwilligen wurde immer größer. Die Achtzehnjährigen, die erst jüngst nach Abschluß des Waffenstillstandes die Gewehre aus der Hand gelegt hatten, griffen wieder zum Tornister und schnallten sich abermals die Koppel um. Auf den Kasernenhöfen ertönten wieder die Fanfaren, die Bataillone wurden aufgefüllt, und die Regimenter erreichten bald ihre alten Mannschaftsstärken.

Die formlosen Trümmer des alten kaiserlichen Heeres aber schleppten sich noch immer durch die Städte und Lager: arbeitslose Soldaten und untätige Unteroffiziere, die nicht länger dienen wollten, sondern die Diskussionen in politischen Versammlungen vorzogen oder mit ihren zerrissenen Blusen, ausgefransten Hosen und der roten Kokarde an der Mütze bettelnd durch die Straßen zogen. Zwischen den Freiwilligen des neuen Heeres und den entlassenen Soldaten der alten kaiserlichen Armee hatte man einen klaren Unterschied zu machen!

Eine Regierungsverordnung vom 5. Mai 1919 legte die neuen Uniformen der Reichswehr bis in die kleinsten Einzelheiten fest[15]. Exerzier-, Feld-, Ausgeh- und Paradeuniform — an alles hatte man gedacht, auch an Form und Farbe der Stiefel, der Dienstgradabzeichen, der Knöpfe und der Ärmelaufschläge. Die alte feldgraue Farbe wurde beibehalten, ebenso der Stahlhelm. Dadurch sollte gezeigt werden, daß sich die Reichswehr ständig im Einsatz befand, daß in ihr der alte Frontgeist lebte. Die Mützen schmückte eine Kokarde mit den Reichsfarben, um die ein Eichenkranz gelegt war. Auf dem Ärmel war in einem Oval die Regimentsnummer eingestickt. Als Rangabzeichen trugen die Unteroffiziere eine Reihe von Tressen auf dem oberen Teil des Ärmels, die Offiziere eine bis sechs Litzen auf dem Unterarm. Die Schulterstücke dagegen waren fortgefallen.

Das Offizierkorps wurde in Truppenoffiziere und Militärbeamte unterteilt. Die letzteren umfaßten die Angehörigen des Generalstabes und der Verwaltung (Zahlmeister, Militärrichter, Vorgesetzte der Proviant- und Bekleidungsämter und Furiere).

Die verschiedenen Waffengattungen unterschieden sich durch ihre Waffenfarben: Weiß für die Infanterie, Gelb für die Kavallerie, Rot für die Artillerie, Blau für das Sanitätswesen, Schwarz für die Pioniere und Karmesinrot für den Generalstab.

»Seit April«, schrieb Paul Gentizon, der den Wiederaufbau des deutschen Heeres miterlebte, »ist die schlappe Haltung der Soldaten von

15 »Die Deutsche Reichswehr«, nach den Verordnungen vom 5. Mai 1919 (Frankfurt, 1919).

Ende 1918 verschwunden. Die Posten, die man jetzt auf der Wilhelmstraße sieht, stehen in ihren funkelnagelneuen feldgrauen Uniformen und ihrem blankgeputzten Lederzeug, mit ihren Ärmelaufschlägen, ihren bestickten Kragen und Silberlitzen in strammer Haltung da[16].«

Im Dezember 1918 hatte sich der preußische Kriegsminister am Vorabend der Weihnachtskämpfe außerstande gesehen, die 4000 Landesjäger des Generals Maercker auszurüsten. Sechs Monate später, im Juni 1919, besaß Deutschland eine neue, 400 000 Mann starke Armee[17], die ihre Waffen zu führen verstand und ihren Führern vertraute.

16 Paul Gentizon: »L'Armée allemande après la Défaite«, S. 60.

17 Diese Zahl gibt Noske in seinen Erinnerungen an. In der »Deutschen Rundschau« vom April 1935, S. 2, schätzte E. O. Volkmann die Stärke dieser Armee sogar auf 450 000 Mann, doch dürfte diese Zahl auch die im Dezember 1919 aus dem Baltikum heimgekehrten Einheiten umfassen.

XII Die Freikorps stellen die Ordnung in Preußen wieder her

1. Bremen, Mülheim, Halle

Die Aufstellung eines so starken Heeres binnen eines halben Jahres wäre schon in normalen Zeiten ein erstaunlicher Erfolg gewesen. Noch viel bemerkenswerter ist er, wenn man bedenkt, daß der Neuaufbau des Heeres in einem Lande durchgeführt wurde, das sich in den Zuckungen des Bürgerkrieges wand und dessen Provinzen zum Teil abzufallen drohten. Hinzu kam noch, daß ein großer Teil der Bevölkerung die Pläne der Regierung erbittert ablehnte und entschlossen war, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Zunächst einmal war diese neue Reichswehr kein Reichsheer, sondern ein preußisches Heer[1], ja noch weniger als das: Sie war nur das Heer der preußischen Regierung. Bayern nämlich ließ alle Anwerber Noskes verhaften und in den Kerker werfen. Jedem Bayern war es verboten, in das neue Heer einzutreten. Sachsen zerriß den Militärvertrag, der es seit 1867 mit Preußen verbunden hatte, und begann mit der Aufstellung einer eigenen roten Armee. Braunschweig und Württemberg widersetzten sich der Durchführung der Weimarer Gesetze. In Reuß wurden die Verbände der Reichswehr, die dort ihre Garnisonen beziehen sollten, mit Gewehrfeuer empfangen. Preußen, das nach der Verfassung von 1871 die ausübende Gewalt in Deutschland innehatte, war also auf sich selbst angewiesen[2]. Das ganze Werk der letzten zwei Jahrhunderte mußte neu begonnen werden, und abermals mußte man an die Einigung des Reiches gehen.

Dieses Reich befand sich zur Stunde im Zustand völligen Zerfalls. Fünf Jahre Krieg und drei Monate Revolution hatten es in ein unbeschreibliches Chaos gestürzt. Es glich einem sturmgepeitschten Meer, dessen Wogen auch die letzten Reste der sozialen Ordnung hinwegzureißen drohten. Dem politischen und militärischen Zusammenbruch vom November 1918 folgte im Frühjahr 1919 der wirtschaftliche und finanzielle Ruin.

---

1 »Sie ist nicht eine Reichswehr, sondern eine Preußenwehr«, schrieb Major Stein.
2 Major Stein: »Schafft ein Heer!«, Berlin 1919, S. 25.

In Berlin, wo Noske die letzten Regungen des Spartakismus erstickt zu haben glaubte, begannen die Unruhen von neuem. Die Truppen im Zeitungsviertel mußten verstärkt werden. Auf die Streiks im Ruhrgebiet folgten andere in Oberschlesien, auf die Unruhen in Leipzig solche in Braunschweig, Essen und Magdeburg. Dort öffneten die Kommunisten die Tore der Gefängnisse und ließen alle Gemeinverbrecher auf die Stadt los. In Hamburg standen sich der Verband der Reeder und die Matrosengewerkschaft in offenem Kampf gegenüber und legten das ganze Transport- und Versorgungswesen des Landes lahm.

Zur Niederlage und zur Revolution traten jetzt das Elend und der Hunger. Erstmalig kam es zu größerer Arbeitslosigkeit. Im Januar zählte man allein in Berlin 180 000 Arbeitslose, im Februar 240 000, im März 560 000 und im April mehr als eine Million. Niemand hätte über ihre genaue Zahl im gesamten Reich Auskunft geben können. Angesichts der Lebensmittelteuerung war es ihnen nicht mehr möglich, sich von den geringen Beihilfen zu ernähren. Die Rohstoffreserven waren erschöpft, es gab kaum noch Transportmittel. Der Handelsmarine stand nur noch eine geringe Tonnage zur Verfügung, die wegen der Fortdauer der Blockade überdies auf den Einsatz in der Ostsee beschränkt war; der Rest stand im Dienste der Alliierten[3].

Diese erklärten sich zwar bereit, die Blockade aufzuheben; doch wovon sollte Deutschland die Lebensmittel, die Amerika liefern wollte, bezahlen? »Nur die Arbeit kann uns retten«, schrieb Wissell im »Vorwärts«, »wenn sie es nicht tut, dann ist unser Untergang nicht mehr abzuwenden[4].« Und genau diesen Augenblick wählten die Gewerkschaften zu einer Verschärfung der Streikbewegung. Zu der schon recht eindrucksvollen Zahl der Arbeitslosen stießen nun die streikenden Arbeiter. Das Land wurde nicht mehr bestellt, die Fabriken und die Bergwerke waren verödet. »Wer in 20 Jahren Deutschland betritt«, schrieb Rathenau, »das er als eins der blühendsten Länder der Erde gekannt hat, wird niedersinken vor Scham und Trauer ... Die deutschen Städte werden nicht als Trümmer stehen, sondern als halb erstorbene, steinerne Blöcke, noch zum Teil bewohnt von kümmerlichen Menschen ... Die Landstraßen sind zertreten, die Wälder sind abgeschlagen, auf den

3 Vgl. Erzberger, a. a. O., S. 346 ff. — Zwar bemühten sich die Hoover-Kommission und das Genfer Rote Kreuz darum, die Lage zu meistern, doch mußten sie ihre Lebensmittelsendungen auch nach Österreich, Polen und Serbien schicken, und ihre Mittel reichten dazu nicht aus.

4 In der Ausgabe vom 2. Februar 1919. Zur Frage der Arbeitslosigkeit vgl. auch »Arbeitslosigkeit und Preishöhe«, in der »Frankfurter Zeitung« vom 8. Februar 1919.

Feldern keimt dürftige Saat. Häfen, Bahnen, Kanäle verkommen, und überall stehen, traurige Mahnungen, die hohen verwitternden Bauten aus der Zeit der Größe[5].«

Wie sollte die heraufziehende Katastrophe gebannt werden? Durch eine Anleihe? Aber wer würde sie schon zeichnen! Durch eine Steuererhöhung? Niemand könnte diese Steuern zahlen, und schon jetzt verweigerten die Steuerpflichtigen einer Regierung, die ihr Vertrauen verspielt hatte, jegliche Unterstützung. Die jungen Deutschen, lebendige Kraft des Volkes, blickten aus allen Teilen des Reiches nach Weimar und sahen dort nur blutarme Greise und verkalkte Parteien. Sie sahen eine Regierung, die sich in Zweideutigkeiten und Lügen verstrickte. »Blicke ich«, schrieb Rathenau in seinem Appell an die deutsche Jugend, »in diese Parlamente, diese Ämter, diese Akademien . . . und abermals werde ich mutlos und frage: wo sind die Menschen?«

An Menschen fehlte es indessen im Lande nicht. Da waren zunächst die Frontsoldaten, deren Rückkehr in die Hauptstadt wir schon beschrieben haben. Ernst von Salomon schildert sie uns in ergreifenden Worten: »Die Augen lagen tief im Schatten des Helmrandes, gebettet in dunkle, graue, scharfkantige Höhlen. Nicht rechts, nicht links blickten die Augen. Immer geradeaus, als seien sie gebannt von einem schrecklichen Ziel, als spähten sie aus Lehmloch und Graben über zerrissene Erde. Vor ihnen blieb freier Raum. Sie sprachen kein Wort. Kein Mund öffnete sich in den hageren Gesichtern . . . O Gott, wie sahen diese Männer aus! Diese ausgemergelten, unbewegten Gesichter unter dem Stahlhelm, diese knochigen Glieder, diese zerfetzten, staubigen Uniformen! Schritt um Schritt marschierten sie, und um sie herum war gleichsam unendliche Leere[6].«

Für diese Männer war Deutschland nicht nur ein Land mitten in der Revolution, sondern zugleich auch der Scheiterhaufen, auf dem alle sozialen Vorstellungen des Westens in Flammen aufgingen. Aus dem tiefsten Grunde ihrer Seele stieg der Angstschrei auf, die unbeantwortete Frage jener dahingeopferten Generation: Welchen Wert hat mein Leben? Welchen Wert hat das Leben überhaupt? Wenn sie nach Wochen der Betäubung in die Freikorps eintraten, so geschah dies vielleicht weniger aus echter Vaterlandsliebe, sondern eher aus Verachtung für alles, was sie um sich herum sahen; Verachtung für die Leute, die ihnen

5 Rathenau: »Offener Brief an Oberst House« (wiedergegeben von Harry Kessler in »Rathenau«, S. 281).
6 Ernst von Salomon: »Die Geächteten«, S. 29.

zujubelten, und für die, von denen sie angespuckt wurden. Manche Frontsoldaten mochten die Hoffnung hegen, das Abenteuerleben, das sie an der Front kennengelernt hatten, in den neuen Verbänden fortsetzen zu können; andere sehnten sich nach der Kameradschaft zurück, die sie in den Schützengräben erlebt hatten und für die die Heimat ihnen keinen Ersatz bot. Sie hatten im Kriege Wurzeln geschlagen, und im Kriege blieben sie auch verwurzelt. Sie waren erfüllt von einer Art düsterer seelischer Gespanntheit, in der sich Verzweiflung, Freude an der Gewalt und ungenutzter Drang nach Heldentaten miteinander vermengten.

Ihnen gegenüber stand die Arbeiterklasse. Da sie kein anderes Mittel zur Selbsterhaltung besaß, nährte sie sich von großartigen und überspannten Hoffnungen. Sie hielt die Stunde für gekommen, die Früchte eines Kampfes, den sie ein ganzes Jahrhundert lang gegen den Widerstand der Fabrikherren ausgefochten hatte, zu ernten und die sozialen Errungenschaften zu vollenden, die sie nach und nach von einer erdrükkenden Zahl von Arbeitsstunden, von der Erniedrigung durch die mechanische Arbeit und von der Raffgier der Ausbeuter befreit hatten. Die Arbeiterklasse träumte von der Erneuerung der Menschheit, von einem würdevolleren Leben, einer Befreiung von der Fließbandarbeit und einer Erlösung von den Hungerlöhnen und den elenden Hütten, in denen der Geist ebenso schnell verfallen mußte wie der Körper.

Die Unabhängigen, die das zivile Elend und das Bild militärischer Größe gegeneinander abwogen, waren die einzigen, die die Bürde der Vergangenheit abgeschüttelt hatten. Sie wollten eine neue Welt aufbauen, doch noch hatten sie keines ihrer Ziele erreicht, und schon mußten sie bemerken, wie die Macht ihren Händen entglitt. Die Wahlen vom 19. Januar hatten die Mehrheitsverhältnisse zu ihrem Nachteil verändert. Nur 20 Sitze hatten sie in der Weimarer Nationalversammlung erringen können, 15 in Sachsen, vier in Württemberg und einen in Hessen. Daher erwarteten sie ihr Heil einzig und allein aus dem Osten. Von ganzem Herzen sehnten sie die sowjetische Armee herbei, die sich langsam heranschob, um ihnen zu Hilfe zu kommen. Schon hatte sie die baltischen Staaten, Polen und Wolhynien überflutet. Sollte es ihr gelingen, die deutsche Front, die kämpfend zurückwich, zu durchbrechen und die lettischen Freiwilligen von Ulmanis sowie die polnischen Legionäre Pilsudskis auseinanderzutreiben — die rote Armee würde bis Berlin vorstoßen! Dann würden zwei Kulturen, zwei Geschichtsbilder, zwei Welten aufeinandertreffen ... Das Feuer, das in Wien, Budapest und

München schwelte, würde dann über alle Grenzen hinweg den ganzen Kontinent verheeren.

So standen sich auf der einen Seite die Frontkämpfer, auf der anderen die Arbeiterklasse gegenüber — ein Zusammenstoß schien unvermeidlich.

☆

Überall machten sich die Vorboten des kommenden Sturmes bemerkbar. In den Kasernen-, Garnisons- und Korpsräten hatte die Verordnung vom 19. Januar wachsende Unruhe ausgelöst. Die doppelzüngige Haltung des Zentralrates konnte die herrschende Unzufriedenheit nur verschlimmern.

Aus welchen Beweggründen heraus hatte der Zentralrat wohl seine Vollmachten an die Weimarer Nationalversammlung übertragen? Gab er dem Druck der Regierung nach, oder besaß er einfach keinen politischen Scharfblick? Das ist schwer zu sagen. Immerhin steht fest, daß die folgenschwere Bedeutung dieses Schrittes, der Noske und den Kräften der Gegenrevolution in die Hände spielte, den Unabhängigen nicht entging. Schon am Tage nach dem Rücktritt des Zentralrates schlug die »Freiheit«, das Blatt der Spartakus-Partei, Alarm:

»Kameraden!
Der Zentralrat hat der Nationalversammlung seine Gewalt übertragen. Damit krönt er sein Verräterwerk an den Arbeiter- und Soldatenräten!
Er verfügt aus eigener Machtvollkommenheit über die ihm übertragene Gewalt, um sie wegzuwerfen.
Er enthauptet die Arbeiter- und Soldatenräte, indem er sich in blauen Dunst auflöst. Der Zentralrat hat damit sein Mandat verwirkt. Seine Entschlüsse und Erklärungen sind null und nichtig!
Es muß schleunigst ein neuer Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einberufen werden, der einen neuen Zentralrat wählt!«

Darin bestand die einzige Möglichkeit, die bedrohte Revolution noch zu retten. Aber die Spartakisten verließen sich nicht mehr allein auf die Soldatenräte, um dieses Ziel zu erreichen. Sie setzten ihre Hoffnung auf zwei sehr viel wirksamere Waffen: den Generalstreik, der das Volk an den Rand der Hungersnot brachte, und den Bürgerkrieg, mit dem sie die Regierung zwingen wollten, ihnen die Macht zu überlassen.

In dieser gewitterschwülen Atmosphäre brach in Deutschland die zweite Revolution aus. Hatte die erste mit einem Kampf zwischen dem

Generalstab und den Soldatenräten begonnen, so wurde die zweite durch einen blutigen Zusammenstoß zwischen den Freikorps und den spartakistischen Arbeitern ausgelöst.

☆

Während ganz Deutschland in fieberhafter Angst der anscheinend unausweichlichen Auseinandersetzung entgegensah, setzte General von Lüttwitz bereits Ende Januar Noske in Kenntnis, daß er nun über ausreichende Kräfte für einen Vorstoß in die Provinz verfüge. Er gab ihm gleichzeitig den Rat, sich von den Ereignissen nicht überraschen zu lassen, sondern ihnen durch einen unverhofften Angriff zuvorzukommen.

Obwohl die Stärke der Freikorps noch recht bescheiden war, entschloß sich Noske zu einem ersten Schlag gegen Bremen. Der einstige Gouverneur von Kiel hatte zwingende Gründe, zunächst gegen das Küstengebiet vorzugehen. Bremen und Hamburg waren Deutschlands »Tore zum Meer«. Über sie — und nur über sie — konnte die Versorgung des Landes sichergestellt werden, und in erster Linie mußte jetzt der Hungersnot Einhalt geboten werden. So sollte die erste Unternehmung Noskes ein »Feldzug für die Ernährung« sein.

In Bremen waren gerade schwere Unruhen ausgebrochen. Seit dem 10. Januar hatten radikale Elemente hier eine kaum verhüllte Diktatur errichtet. Die Kasse der Sozialdemokratischen Partei war zu wiederholten Malen ausgeplündert, ihre Parteizeitung von den Unabhängigen beschlagnahmt worden. Die Banken waren das Ziel bewaffneter Überfälle. Das Bremer Regiment war bei seiner Rückkehr von der Front mit Maschinengewehrfeuer empfangen worden, die Soldaten hatte man in den Kasernenhöfen entwaffnet. Um die Werften und Docks an der Weser waren Barrikaden errichtet und Stacheldraht gezogen worden. Rotten der »Roten Miliz« bewachten die Kais, und die Hafenbeamten wären niedergemetzelt worden, hätten sie die Arbeit wiederaufnehmen wollen. Das Land starb vor Hunger langsam dahin, aber die Lebensmittelschiffe der Hoover-Kommission mußten das Ende des Streiks abwarten, bevor sie ihre Ladung löschen konnten.

Noske beschloß, die Abteilung Gerstenberg, eine der drei Abteilungen des Freikorps des Generals von Roeder, nach Bremen zu entsenden. Er teilte ihr außerdem die Kieler »Eiserne Brigade« zu. So marschierten die Füsiliere und die Marinesoldaten in einer Stärke von insgesamt 3 500 Mann in den letzten Januartagen auf Bremen.

Diese Nachricht versetzte den Soldatenrat des IX. Armeekorps in Altona in höchste Erregung. Bremen gehörte zu seinem Militärbezirk. Daher behauptete der Soldatenrat des IX. Armeekorps, ihm allein stünde eine Initiative in diesem Gebiet zu. Der Vorsitzende des Soldatenrates schickte ein Telegramm an Noske, in dem er ihm mitteilte, er sehe den Einfall der Regierungstruppen in seinen Bereich als »Kriegserklärung« an und werde alle ihm zur Verfügung stehenden Streitkräfte gegen sie mobilisieren.

Dennoch dachte Noske gar nicht daran, seinen Entschluß zurückzunehmen. Aus den Küstenstädten trafen allerdings recht beunruhigende Nachrichten ein. Ewers, der Hamburger Abgeordnete bei der Konferenz der Korpsräte, betonte, 40 000 Hamburger Arbeiter würden zu den Waffen greifen, um »die Errungenschaften der Revolution« zu verteidigen. Wenn die Abteilung Gerstenberg versuchen sollte, in die Stadt einzudringen, würde man furchtbare Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Beim ersten Schuß würden die Arbeitermilizen alle Brücken und Lebensmittelschiffe in die Luft sprengen.

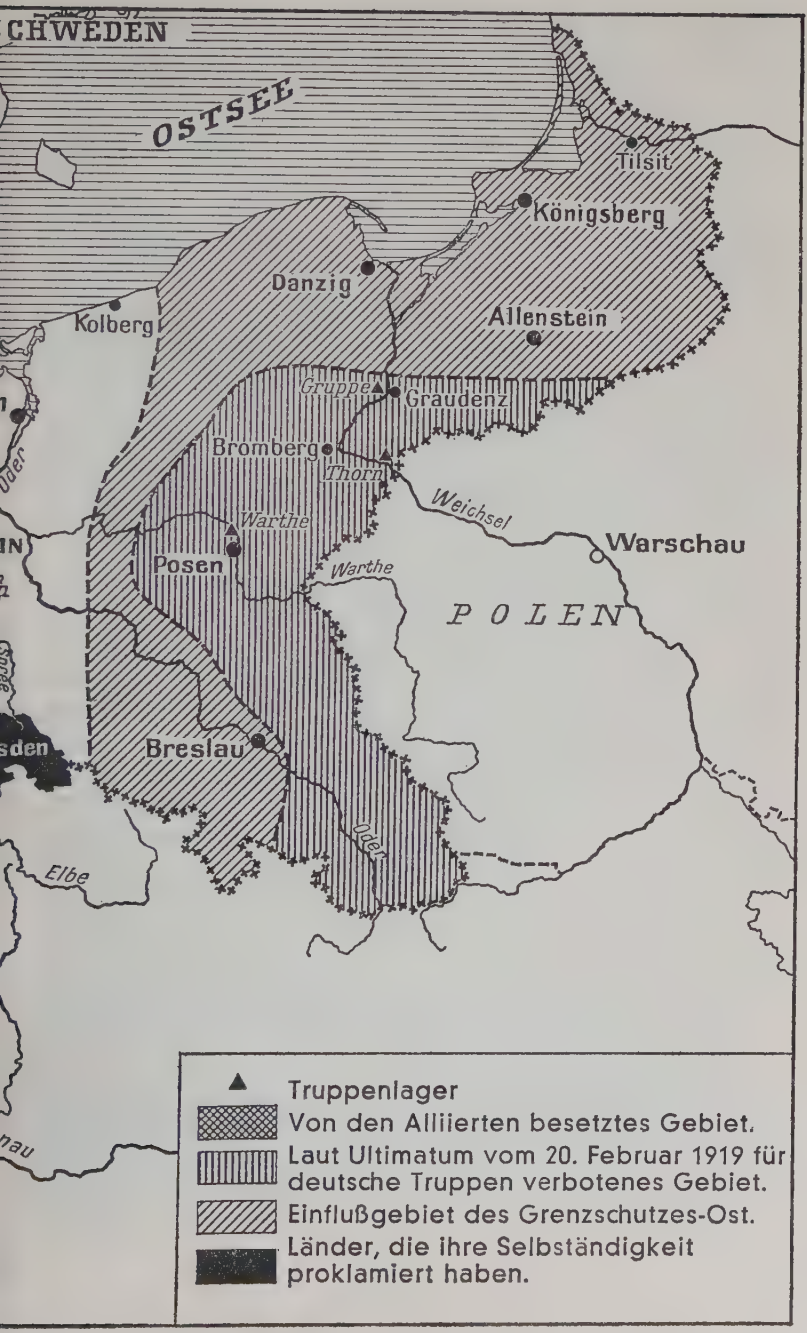
Der Soldatenrat von Cuxhaven erließ ebenfalls einen Aufruf. Er gab bekannt, daß sich Verstärkungen auf dem Wege nach Bremen befänden und 30 000 Hafenarbeiter zu den Waffen griffen, um ihren Kameraden zu Hilfe zu eilen.

Am 2. Februar wurde Noske unterrichtet, daß eine Abordnung der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Wege nach Berlin sei, um noch einmal bei ihm vorstellig zu werden und ihm die gewaltsame Inbesitznahme Bremens auszureden. Am selben Abend fand in der Reichskanzlei die erste Unterredung statt. Die Delegierten aus Hamburg und aus Altona erläuterten die Maßnahmen, die sie ergreifen wollten, um die Aktion der Regierung zum Scheitern zu bringen.

Sie wollten verhindern, daß die Auseinandersetzung in ein Blutbad ausarte. Daher unterbreiteten sie Noske einen Vermittlungsvorschlag: Die Bremer Einwohnerschaft sollte ihre Waffen niederlegen und an den Soldatenrat des IX. Armeekorps ausliefern. Der Soldatenrat würde dann die Wiederherstellung der Ordnung in der Stadt in die Hand nehmen.

Die Hamburger Delegierten berieten noch miteinander, als Noske ein Telegramm mit der Meldung hereingebracht wurde, 150 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet würden in den Streik treten, falls die Unternehmung gegen Bremen nicht unverzüglich abgeblasen würde. Noske steckte das Telegramm ein, ohne sich seine Erregung anmerken zu

DÄNEMARK
NORDSEE
Kiel
Bremerhaven
Hamburg
Geestemünde
Bremen
Elbe
Münster
GRUPPENKOMMAN
Ems
Weser
Braunschweig
Döberitz
Havel
NIEDERLANDE
Münster
Magdeburg
Senne
Halle
Essen
Mülheim
ENTMILITARISIERTE
Kassel
Leipz
BELGIEN
Köln
Ohrdruf
Koblenz
Mainz
LUX.
Bamberg
Mosel
Rhein
ZONE
BAYERN
Stuttgart
Kehl
WÜRTTEMBERG
FRANKREICH
München
SCHWEIZ
Inn


CHWEDEN
OSTSEE
Tilsit
Königsberg
Danzig
Kolberg
Allenstein
Gruppe
Graudenz
Bromberg
Thorn
Weichsel
Warthe
Posen
Warschau
Warthe
POLEN
Breslau
Oder
Elbe
Truppenlager
Von den Alliierten besetztes Gebiet.
Laut Ultimatum vom 20. Februar 1919 für deutsche Truppen verbotenes Gebiet.
Einflußgebiet des Grenzschutzes-Ost.
Länder, die ihre Selbständigkeit proklamiert haben.

lassen. Von diesem Augenblick an war ihm klar, daß ihm kein anderer Ausweg mehr blieb als die Anwendung von Waffengewalt. »Ich kam zu dem Resultat, wenn Bremen nicht in Ordnung gebracht werde, könne die Regierung sich als erledigt betrachten, weil niemand sie respektiere. Also sei jedes Risiko zu übernehmen«, schrieb er darüber in seinen Erinnerungen[7].

Aus diesem Grunde wies Noske den Vorschlag der Hamburger Delegierten zurück. Er setzte alles auf eine Karte und stellte ihnen folgendes Ultimatum:

»1. Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es ist im Laufe des Montag eine neue Bremer Regierung zu bilden auf Grund des Stimmenverhältnisses bei den Wahlen zur Nationalversammlung.
2. Ablieferung der Waffen hat sofort an die neugebildete Regierung zu erfolgen, die sie der Division Gerstenberg überliefert. Sind die Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.«

Am nächsten Tag unterbreiteten die Abgeordneten Hamburgs und Bremens Noske Gegenvorschläge, die für die Regierung unannehmbar waren[8]. Danach sollte den Soldatenräten eine größere Autorität eingeräumt und damit die ganze Politik, die Noske den Räten gegenüber bisher betrieben hatte, mit einem Federstrich zunichte gemacht werden. Das bedeutete mit anderen Worten den Bürgerkrieg.

Am 2. Februar verkündete der »Vorwärts« in großen Schlagzeilen: »Bremen vor der Entscheidung«; am 3. Februar: »Der Kampf um Bremen«; am 5. Februar: »Bremen von den Regierungstruppen besetzt«. »Auf der einen Seite Barrikaden und Maschinengewehre in den Fenstern«, schrieb Jules Rais, »auf der anderen Marine-Brigaden, Panzer-

---

7 Noske, a. a. O., S. 82.

8 Die Gegenvorschläge der Delegierten lauteten:
»1. Rücktritt der jetzigen Bremischen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. Dezember 1918.
2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die anrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsbald die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in ihren Stellungen zu verbleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu verhindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.« (Vgl. Noske, a. a. O., S. 82.)

autos, Minenwerfer. Dazwischen 100 Tote, 300 Verletzte[9].« Das war die Bilanz dieser traurigen Tage.

48 Stunden nach Eröffnung des Angriffs war die Division Gerstenberg Herr der Stadt. Der Rat der Volksbeauftragten war abgesetzt, an seine Stelle trat ein bürgerlicher Stadtrat. Die Anführer des Aufruhrs hatten die Flucht ergriffen. Der Matrose Kuhnt, der sich selber zum Präsidenten der »Selbständigen Republik Oldenburg« ausgerufen hatte, wurde festgenommen. Die Verstärkungen aus Bremerhaven und Hamburg, unendlich viel schwächer als behauptet, wurden zurückgeworfen und mit Maschinengewehrfeuer zersprengt. Im Hafen lebte die Arbeit wieder auf, und die Schiffe der Westmächte konnten nun entladen werden.

Im ganzen Gebiet breitete sich eine tiefe Niedergeschlagenheit aus. Bremerhaven, Cuxhaven und Wilhelmshaven unterwarfen sich ohne weiteren Widerstand. In letzter Minute kapitulierte trotz der verzweifelten Bemühungen der Unabhängigen auch Hamburg. In Nordwestdeutschland kehrte allmählich wieder Ruhe ein.

Der Erfolg dieses Unternehmens trug zur Festigung der Stellung der Regierung bei. Er legte außerdem ein beredtes Zeugnis vom Kampfwert der Freikorps ab, die hier ihren ersten Sieg errungen hatten. Dazu schrieb das »Hamburger Echo« vom 6. Februar: »Das Bremer Ereignis ist für uns Sozialisten schwer zu tragen. Wir werden die Sorge um die Konsequenzen nicht los. Noch einige solcher Siege wie in Berlin und Bremen, und das Offizierkorps, die bürgerlich-aristokratische Reaktion haben das, was sie brauchen, ein mit neuem Selbst- und Kraftbewußtsein ausgerüstetes Instrument[10].«

Doch kaum war die Bremer Operation beendet, als auch schon der Streik in Westfalen und im Ruhrgebiet ausbrach. Die 150 000 Bergleute machten ihre Drohung wahr. Das Feuer in den Hochöfen erlosch, an den Grubeneingängen standen die Arbeiter mit verschränkten Armen. Alle Koks- und Kohlelieferungen wurden eingestellt. Noskes zweites Unternehmen war also ein »Kohlefeldzug«.

☆

Die im westfälischen Kohlenrevier herrschende Unruhe ließ sich in Wirklichkeit bis in die ersten Tage der Revolution zurückverfolgen. Bereits Anfang Januar 1919 waren alle Arbeiterräte dieses Gebietes in

9 Jules Rais in »L'Europe Nouvelle«, S. 414.
10 Noske, a. a. O., S. 83/84.

Essen zusammengetreten, um die Sozialisierung der Bergbauindustrie in Angriff zu nehmen. Sie hatten zu diesem Zweck eine neun Mann starke Kommission gewählt, die zum größten Teil aus Unabhängigen bestand und sogleich für die Enteignung der Gruben stimmte.

Dieser Gefahr versuchte die Regierung mit der Versicherung zu begegnen, auch sie werde sich für eine Sozialisierung einsetzen; ein so weitreichendes Vorhaben könne aber nur schrittweise verwirklicht werden. Der erste Schritt sollte in einer »Demokratisierung der Industriebetriebe« bestehen. Die Weimarer Nationalversammlung bereite, wie Scheidemann versicherte, zwei Gesetze dafür vor[11], und außerdem noch ein Arbeitsgesetz, das die Koalitionsfreiheit, die Rechte der Gewerkschaften und die Möglichkeit des Eingreifens von »Schlichtungsausschüssen« und »Fabrikräten« als »verfassungsmäßigen Arbeitsorganisationen« sicherstellen sollte.

Die sozialistischen Gewerkschaften und die Knappschaften nahmen diese Versprechen mit Befriedigung zur Kenntnis. Die Unabhängigen allerdings gaben sich nicht zufrieden. Sie kannten den Wert der »gemischten Ausschüsse«, die die Forderungen der Arbeiter aufs Abstellgleis schieben sollten. So zogen sie sich vom Essener Kongreß zurück und warfen den Mehrheitsgewerkschaften Verrat am Proletariat vor.

Seitdem schwelte ein unterirdischer Kampf zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen an den Grubentoren und sogar in den Schächten. Die Kohleförderung ging täglich weiter zurück[12]. Tag für Tag kam es zu Schlägereien zwischen Arbeitswilligen und Streikposten. Gewalttaten und Sabotageakte häuften sich.

Die Lage war bereits äußerst gespannt, als die Nachrichten über die Vorbereitung und gleich darauf über das Ergebnis der Bremer Unternehmung eintrafen. Nach einem Gerücht sollten die Kohlemagnaten aus Furcht, ihre Bergwerke zu verlieren, Noske Geldzuwendungen für eine Strafexpedition nach Westfalen gemacht haben. Diese Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Schon am 6. Februar riefen die Spartakisten den Generalstreik aus.

---

11 Sie wurden am 23. März 1919 verabschiedet. Das erste war ein allgemeines Gesetz über die Sozialisierung der Unternehmen. Das zweite betraf die Steinkohlegruben und schuf einen »Reichskohlenrat«. Wir können uns hiermit nicht näher befassen, da diese Fragen nicht Gegenstand unserer Untersuchung sind. Man vergleiche dazu das interessante Werk von Marcel Tardy: »Le Problème de la Socialisation en Allemagne« (Société d'Etudes et d'Informations économiques).

12 Der Förderausfall während der Unruhen wird auf etwa viereinhalb Millionen Tonnen geschätzt. (Noske, a. a. O., S. 126.)

Der Soldatenrat des VII. Armeekorps in Münster machte gemeinsame Sache mit den Unabhängigen und maßte sich die Befehlsgewalt über das gesamte Ruhrgebiet an.

Sofort gab Noske General von Watter, dem früheren Kommandierenden General des VII. Armeekorps, den Auftrag, den Soldatenrat aufzulösen und die Rädelsführer festzunehmen. Am 11. Februar erhielt Hauptmann Lichtschlag von Watter den Befehl, mit seinem Freikorps den Tagungsraum des Rates zu umstellen, den Rücktritt aller Mitglieder zu fordern und jeden Zuwiderhandelnden niederzuschießen. Die Delegierten ergaben sich jedoch widerstandslos, und Hauptmann Lichtschlag ließ sie am Leben. Noch am gleichen Tage wurde ein neuer Rat aus regierungstreuen Leuten gebildet.

Spartakisten und Kommunisten erblickten in dieser Maßnahme einen »Eingriff in die Oberhoheit der Soldatenräte«. Nachdem die Regierung ihnen nun einmal den Krieg erklärt hatte, wollten die Unabhängigen diese Herausforderung annehmen. Bei einer Zusammenkunft in Mülheim (Ruhr) riefen die radikalen Führer eine »Nordwestdeutsche Republik« aus, an die später auch Braunschweig und die Küstengebiete angeschlossen werden sollten. Die ersten Amtshandlungen der neuen Regierung bestanden in einem Verbot aller Kohlelieferungen an das übrige Reich und einer Vielzahl von Aufrufen zum Generalstreik.

Noske befahl unverzüglich, die beiden in Bremen liegenden Füsilier-Brigaden sollten nach Mülheim marschieren. An diese 2000 Mann starke Freiwilligen-Truppe schlossen sich noch die 750 Mann des Freikorps Lichtschlag an.

In aller Eile stellten die Unabhängigen nun eine »rote Armee« auf, die den »Weißgardisten« Noskes entgegentreten sollte. In Hervest-Dorsten kam es zu blutigen Zusammenstößen, ebenso in Bottrop, wo die Aufständischen das Rathaus unter Feuer nahmen und einen Teil der Regierungstruppen — meist achtzehn- bis zwanzigjährige junge Männer — entwaffneten. Die Freiwilligen, die sich in dem Gebäude aufhielten, wurden aufgehängt oder mit Gewehrkolben erschlagen.

Das Eintreffen der Bremer Füsiliere erbitterte die Unabhängigen in höchstem Grade. Sie kündigten an, sie würden eher die Schächte unter Wasser setzen als sich ergeben. Für Deutschland hätte das eine nicht wiedergutzumachende Katastrophe bedeutet, da eine Beseitigung der Schäden in den Bergwerken Jahre erfordert hätte. Scheidemann forderte, »man solle ein Beispiel statuieren«. Die Spartakisten waren untereinander allerdings keineswegs einig. Die Sozialdemokraten sabotierten die

Versammlungen und lähmten die Aktionen der Aufständischen. Und endlich nahm auch die Lebensmittelknappheit bedenkliche Ausmaße an. Die meisten Arbeiter waren der Fortsetzung eines Kampfes, dessen erste Opfer sie selbst sein würden, überdrüssig[13]. Die Standfestigkeit der Aufständischen ließ nach, ihre Widerstandskraft wurde schwächer.

Diesen Augenblick wählte das Hauptquartier in Münster, um eine gütliche Einigung vorzuschlagen. General von Watter besaß genügend Kaltblütigkeit und Menschenkenntnis, um zu wissen, daß er nicht zuviel verlangen durfte. Daher forderte er von den Arbeitern lediglich die Wiederaufnahme der Arbeit, die Waffenstreckung und den Verzicht auf alle weiteren Gewalt- oder Sabotageakte.

Diese Bedingungen wurden von einer Volksversammlung, zu der sich alle Arbeiter- und Soldatenräte in Essen zusammenfanden, angenommen. Niedergeschlagen stellten die Steiger ihre Arbeitsgruppen wieder zusammen, die Hochöfen wurden wieder angezündet, und auch das Pfeifen der Züge, die die Kohle ins Landesinnere brachten, war wieder zu hören.

☆

Sollte dem Land nun endlich ein wenig Ruhe vergönnt sein? Noch immer nicht; denn kaum war der Brandherd in Westfalen eingedämmt, als auch schon neue und noch heftigere Unruhen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ausbrachen.

In Gotha hatte sich ein Teil des dort liegenden Bataillons geweigert, einen Marschbefehl auszuführen. Die Regierung hatte sich, um der Heeresleitung wieder Respekt zu verschaffen, gezwungen gesehen, Verstärkungen in die Stadt zu beordern. Diese waren gleich nach ihrer Ankunft von spartakistischen Arbeitern angegriffen worden. Bei einer Schießerei wurde einer der Demonstranten verletzt, worauf sogleich ein Streik vom Zaun gebrochen wurde. Wie in Mülheim rief auch hier der Stadtrat Gotha zur unabhängigen »Freien Stadt« aus.

Doch die Unruhen in Gotha waren nur eine Randerscheinung. Das Zentrum der Aufstandsbewegung lag in Halle, wo die zumeist der Unabhängigen Partei angehörenden Arbeiter einen Revolutionsrat gebildet hatten, in dem der Radikale Kilian eine fast uneingeschränkte Diktatur ausübte. Auf seinen Befehl hin wurde die Polizei entwaffnet

---

13 Der gesamte Lohnausfall der Streikenden betrug für diese Zeit 97,5 Millionen Mark. (Noske, a. a. O., S. 126.)

und ihre Waffen an die Zivilbevölkerung verteilt. Die Presse wurde drakonischen Zensurbestimmungen unterworfen und Personen, die einer reaktionären Gesinnung verdächtig waren, verhaftet und brutal mißhandelt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnete die Aufstellung einer roten Miliz an, geführt von Leutnant Ferchlandt, einem während des Krieges wegen eines Vergehens verurteilten Offizier. Ferchlandt geriet aber infolge seiner üblen Charaktereigenschaften in ständigen Streit mit dem Soldatenrat und baute sich schließlich eine eigene Leibwache auf, die größtenteils aus desertierten Matrosen bestand.

Die Lage wurde noch dadurch verschärft, daß es in Halle ein bedeutendes Waffenlager mit 50 000 Gewehren, einer Million Patronen und 30 Maschinengewehren gab. Der Soldatenrat befürchtete, die zur Bewachung dieses Lagers eingesetzten Kanoniere könnten sich der vorhandenen Waffen zu einem Gewaltstreich gegen die kommunistische Stadtverwaltung bedienen, und trieb daher die Ausrüstung der roten Miliz und der Matrosen Ferchlandts schnell voran.

Am 25. Februar rief die Vollversammlung der Arbeiterräte für das gesamte Bergwerksgebiet den Generalstreik aus. Die Eisenbahner im Bereich der Eisenbahndirektion Halle schlossen sich dieser Bewegung an, nahmen die Bahnbeamten fest und hinderten sie an der Ausübung ihres Dienstes. Der ganze Verkehr lag still. Die Verbindungen zwischen Weimar und Berlin waren unterbrochen.

Am nächsten Tage, dem 26. Februar, eröffneten die bürgerlichen Kreise einen Gegenstreik in der Hoffnung, dadurch den Terror der Unabhängigen brechen zu können. Postbeamte, Gemeinde- und Stadtverwaltungen sowie fast alle Lehrer und Ärzte legten die Arbeit nieder. Die meisten Läden wurden geschlossen, die Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein. Es fehlte an Strom, Lebensmitteln und ärztlicher Versorgung.

Das ging nun doch zu weit. Noske rief General Maercker zu sich und erteilte ihm den Auftrag, mit seinem Landesjäger-Korps die Ordnung wiederherzustellen. »Die mir gestellte Aufgabe war deshalb einigermaßen schwierig«, schrieb Maercker, »weil ich bei der Kürze der Zeit und infolge des Generalstreiks gar keine Möglichkeit hatte, mich genügend über die Verhältnisse in der Stadt zu unterrichten. Es gelang nicht einmal, einen Stadtplan aufzutreiben. — Über die Verhältnisse der Garnison, insbesondere darüber, ob diese mich unterstützen würde, sowie über die Lage etwaiger Waffenlager konnte mir niemand Aus-

kunft geben. So mußte ich gewissermaßen mit verbundenen Augen in die große Stadt einrücken[14].«

Maercker wußte, daß auch der geringste Fehler die ernstesten Folgen nach sich ziehen konnte. Er beschloß daher, die schwierige Aufgabe seiner 1. Jäger-Brigade unter Oberst von Reitzenstein anzuvertrauen[15]. Diese Elite-Brigade war etwa 3 500 Mann stark und bestand aus drei Abteilungen. Im Morgengrauen des 1. März marschierte sie ab und erreichte um 11.30 Uhr die Vorstädte von Halle.

Maercker hätte sich der Stadt gern im Handstreich bemächtigt, doch brachten streikende Eisenbahner den Transportzug der III. Abteilung zum Entgleisen. Die Abteilung traf erst im Laufe des Nachmittags ein. Maercker mußte sich infolgedessen mit der Besetzung der Artilleriekaserne, des Munitionsdepots und des Bahnhofs durch die I. Abteilung begnügen. Die II. Abteilung rückte mittlerweile zur Charlottenschule, in der Ferchlandts Matrosen lagen.

Dieser erste Abschnitt der Operation wurde ohne größere Schwierigkeiten durchgeführt. Begeistert begrüßten die Artilleristen die Landesjäger und lieferten ihnen die gesamte Munition des Depots aus. Ferchlandts Leute ergaben sich kampflos, und Maercker durfte daher hoffen, diese Geschichte ohne Blutvergießen zum Abschluß bringen zu können.

Je mehr sich seine Truppen jedoch dem Stadtzentrum näherten, desto dichter wurde die Menschenmenge in den Straßen. Für 16 Uhr rief Maercker die Spitzen der Stadtverwaltung und die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte ins Rathaus. Als Vorausabteilung schickte er einen Stoßtrupp mit 20 Maschinengewehren dorthin, der den Schutz des Gebäudes übernehmen sollte. Unterwegs wurde der Stoßtrupp jedoch von der immer feindseliger werdenden Menge entwaffnet. Die Aufständischen schlugen auf die Helme der Soldaten ein, stürzten die Wagen mit den Maschinengewehren um, spannten die Pferde aus und schafften sie fort. Die beiden Offiziere, die den Stoßtrupp befehligten — die Leutnante Hirsch und Schmidt —, wurden umgebracht und ihre scheußlich zugerichteten Leichen in die Saale geworfen.

Auch General Maercker wurde auf dem Wege zum Rathaus von den Manifestanten beinahe niedergeschlagen. Er konnte gerade noch ins Postamt flüchten, in dem er dann eine Stunde lang von der aufgebrachten Menge belagert wurde, bis endlich die III. Abteilung ihn be-

---

14 Maercker, a. a. O., S. 135.
15 Die Brigade hatte bisher den Abschnitt nördlich und östlich von Weimar gesichert.

freite. Die Soldaten geleiteten Maercker anschließend zur Charlottenschule. Auch die Manifestanten strömten dorthin, wobei sie auf dem Wege nur Trümmer zurückließen.

Die Revolutionäre setzten sich nun im Stadttheater fest, von wo aus sie das Postamt unter anhaltendes Gewehr- und Maschinengewehrfeuer nahmen. Die Schießerei hielt die ganze Nacht hindurch an. Der Marktplatz, die Ulrichstraße und die Steinstraße waren schwarz vor Menschen. Die Wogen dieser johlenden Menge – Zivilisten, rote Milizen und entlassene Soldaten des 36. Infanterie-Regiments – brachen sich an den Kasernenmauern, hinter denen sich die Jäger verschanzt hatten.

Bei Morgengrauen wurde die Lage noch ernster. Mehrere hundert Läden waren geplündert, Schaufenster zertrümmert und öffentliche Gebäude in Brand gesteckt worden. Überall kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Plünderern und Jäger-Patrouillen. An allen Straßenecken knatterten Maschinengewehre.

Trotz dieser Gewalttätigkeiten konnte sich General Maercker nicht dazu entschließen, auf seine Landsleute schießen zu lassen. Er unternahm vielmehr den Versuch, mit dem Soldatenrat zu verhandeln. Da dieser aber das Spiel für gewonnen hielt, wich er jeder Begegnung aus und ließ keinerlei Neigung zu Verhandlungen erkennen.

Gegen Mittag wollte sich der von der Obersten Heeresleitung als Beobachter entsandte Oberstleutnant von Klüber unter die Menge mischen, um sich ein Bild von der Stimmung der Bevölkerung zu machen. Er ging in Zivil auf die Straße, wurde aber unglücklicherweise erkannt, mißhandelt und vor den Soldatenrat geschleppt, der ihn ins Gefängnis bringen ließ. Bei der Überführung wurde er seinen Wächtern entrissen und zusammengeschlagen. Er trug einen Kieferbruch und mehrere gebrochene Rippen davon. Zweimal vermochte er sich loszureißen und in eine Toreinfahrt zu flüchten, doch entdeckte ihn die Volksmenge wieder, schleppte ihn zur Saalebrücke und warf ihn über die Brüstung ins Wasser. Trotz seiner Verletzungen versuchte der Unglückliche, sich schwimmend zu retten. Nur sein blutüberströmter Kopf tauchte ab und zu aus dem Wasser auf. Jedesmal, wenn er ans Ufer kam, wurde er vom Pöbel mit Fußtritten wieder zurückgestoßen, bis ihn ein Angehöriger der roten Miliz schließlich erschoß.

Als Maercker die Einzelheiten dieses Vorfalls erfuhr, mußte er einsehen, daß er viel zu lange gezögert hatte. Weder Geduld noch Verhandlungen konnten jetzt noch zu einem guten Ende führen. Um 17 Uhr gab er seinen Leuten Befehl, die Straßen von der Menge zu säubern.

Über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Jeder, der mit der Waffe in der Hand angetroffen würde, sollte auf der Stelle erschossen werden.

Um die Anwendung des Kriegsrechts sicherzustellen, besetzte jede der drei Jägerabteilungen einen Bezirk der Stadt. 500 Plünderer wurden aufgegriffen und vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Gesamtverluste des Tages beliefen sich bei der Zivilbevölkerung auf 29 Tote und 67 Verletzte, bei den Jägern auf sieben Tote und 20 Verwundete. Gegen 23 Uhr war die Ordnung endlich wiederhergestellt.

Am 3. März stellten die bürgerlichen Kreise ihren Gegenstreik ein. Am 5. März nahmen die Angestellten der Post, des Telegraphenamtes und der Elektrizitätswerke die Arbeit wieder auf. Auch die Zeitungen erschienen wieder. Obwohl sich die Stadt noch kaum von dem schweren Schock erholt hatte, bereitete sie ihrem Befreier eine begeisterte Kundgebung.

Um die Wiederholung derartiger Vorfälle zu verhindern, befahl General Maercker die Auflösung der roten Miliz und die Entwaffnung der Zivilbevölkerung. An die Stelle der revolutionären Verbände trat das »Freikorps Halle«, das unter den Befehl von Offizieren aus dem Stabe der 1. Landesjägerbrigade gestellt wurde. Schon vier Tage nach der Gründung verfügte dieses Freikorps über drei Kompanien Infanterie und eine Artillerieabteilung[16].

Die Streikbewegung im Braunkohlenrevier flaute nun ab und verlief sich schließlich ganz. Am 7. März nahmen die Unabhängigen die Bedingungen der Regierung an, da sie die Nutzlosigkeit ihrer Bemühungen einsehen mußten und nur noch wenig Hoffnung auf einen Erfolg dieses Teilaufstandes hatten. Die Niederlagen, die sie soeben in Bremen und in Westfalen erlitten hatten, belehrten sie darüber, daß der Sieg der Revolution nicht in der Provinz erfochten werden konnte. Die letzte Entscheidung konnte nur in Berlin fallen.

---

16 Gleichzeitig mit dem »Freikorps Halle« stellte General Maercker auf:
1. das »Wachregiment Halle a. d. S.« aus Angehörigen der ehemaligen 8. Infanterie-Division;
2. eine »Städtische Schutzwehr«, in die jeder Einwohner eintreten konnte und die von Offizieren der drei Jäger-Abteilungen geführt wurde.

XIII Die Freikorps stellen die Ordnung in Preußen wieder her

2. Die Berliner Blutwoche

Bremen, Mülheim und Halle waren drei Erfolge für die Nationalversammlung, außerdem aber auch drei Erfolge für die Oberste Heeresleitung. Hinter jener Handvoll entschlossener Männer unter Führung von Gerstenberg, Lichtschlag und Maercker spürte Deutschland das Wirken von Männern wie Reinhardt, von Lüttwitz und Groener. Zwar deutete nichts darauf hin, daß der entscheidende Anstoß eher von Kassel denn von Weimar ausging[1], doch ließ sich die öffentliche Meinung in diesem Punkte nicht täuschen: Die meisterhaft geführten Blitzoffensiven ließen die Tatkraft und den klaren Blick des Generalstabes deutlich erkennen. In Bremen hatten 3 500, in Mülheim 2 750 und in Halle 3 000 Mann genügt, um mit zahlenmäßig zwanzigmal überlegenen Volksmengen fertigzuwerden.

Für die Revolutionäre dagegen bedeuteten Bremen, Mülheim und Halle drei schwere Niederlagen, aus denen sie ihre Lehren zu ziehen hatten. Die Arbeiterschaft war durch den Gegensatz zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zerrissen und durfte so lange nicht auf einen Sieg hoffen, wie sie sich nicht zu einigen vermochte. Auch durfte sie ihre Kräfte nicht länger an Einzeloperationen verschwenden. Alle Fäden der Reichsverwaltung liefen in Berlin zusammen; die Diktatur des Proletariats mußte daher zuerst in Berlin errichtet werden.

Aus den jüngsten Ereignissen zogen die Spartakisten weiterhin die Lehre, daß sie überall da, wo sie mit der Truppe zusammengeraten waren, Niederlagen hatten einstecken müssen. Die Revolution befand sich also auf dem falschen Weg, wenn sie versuchte, militärische Taktiken anzuwenden, ohne über die erforderlichen Mittel zu verfügen. Man durfte den Freikorps nicht ausgerechnet auf dem Gebiet gegenübertreten, auf dem sie durch ihre bessere Ausrüstung natürlich überlegen

---

1 Oberstleutnant von Klüber, der in Halle den Tod fand, war »Vertreter der Obersten Heeresleitung bei General Maercker«, woraus man ersieht, daß eine enge Verbindung zwischen den Freikorps und der Obersten Heeresleitung bestand. Im übrigen bemerkte Generalleutnant Kabisch hierzu: »Die allmähliche Herstellung der Autorität der Regierung im Reich ging unter sehr tätiger Einwirkung der Obersten Heeresleitung vor sich.« (Groener, a. a. O., S. 74.)

waren. Das eigentliche Kampfmittel der Arbeiterklasse war und blieb der Streik. Er allein war für eine Massenstrategie geeignet. Das Gelingen eines Streiks aber hing nicht allein von der Zahl, sondern auch von eiserner Disziplin ab. Streik durfte auf keinen Fall in Meuterei ausarten, da sonst den Regierungstruppen ein Vorwand zur Eröffnung des Feuers gegeben sein würde.

In diesem Sinne wollte auch die Proklamation verstanden sein, die am Morgen des 3. März in der Berliner »Roten Fahne« veröffentlicht wurde:

»Arbeiter! Parteigenossen!
Auf zum neuen Kampf für die Revolution!
Laßt die Arbeit ruhen! Bleibt vorläufig in den Betrieben, auf daß Euch die Betriebe nicht entwunden werden! Versammelt Euch in den Betrieben! Klärt die Zagenden und Zurückgebliebenen auf! Laßt Euch nicht in unnütze Schießereien ein, auf die Noske nur lauert, um neues Blut zu vergießen!
Bleibt in den Betrieben beieinander, damit Ihr in jedem Augenblick aktionsfähig seid!
Höchste Disziplin! Höchste Besonnenheit!
Eiserne Ruhe! Aber auch eiserner Wille!
Auf zum Kampf!
Auf zum Generalstreik!
Nieder mit Ebert — Scheidemann — Noske, den Mördern, den Verrätern!
Nieder die Nationalversammlung!
Alle Macht den Arbeiterräten!«

Durfte man aber von Hunderttausenden vom Hunger geplagten Männern, die obendrein über den Tod ihrer Kameraden aufgebracht waren, erwarten, daß sie die Hände in den Schoß legten und alle Herausforderungen ruhig über sich ergehen ließen? War es verwunderlich, daß es in einer vom Fieber geschüttelten Hauptstadt, in der die Gewehre sozusagen von allein losgingen, zu Zusammenstößen kam und daß es immer schwieriger wurde, die Streikenden im Zaume zu halten?

Vielleicht wäre das noch möglich gewesen, wenn es nur zwei Parteien — die Streikenden und die Freikorps — gegeben hätte. Zwischen diesen beiden aber säte eine dritte Gruppe, die sich aus der roten Miliz und der Volksmarine-Division zusammensetzte, zusätzlich Unruhe und erschwerte die Aufgabe der Streikleitung.

Was veranlaßte diese Gruppe zu einer solchen Handlungsweise? Die Gründe lagen auf der Hand. Die Arbeiter hatten mit dem Streik zu ihrer wirksamsten Waffe gegriffen, doch machen sich die Auswirkungen eines Streiks erst auf lange Sicht bemerkbar. Solange aber konnten die roten Milizen und die Volksmarine-Division nicht warten. Das Wasser stand ihnen bis zum Halse. Sie wußten, daß die Regierung die Absicht hatte, sie aufzulösen, und daß das Gesetz über die Vorläufige Reichswehr ihr Todesurteil war. Wollten sie der Abstimmung im Parlament zuvorkommen und sich notfalls mit Gewalt ihrer Auflösung widersetzen[2], mußten sie schnell handeln. Unfähig, sich ein Bild von der Gesamtlage zu machen, ließen sie sich dabei von ihrem Haß gegen das Offizierkorps blenden und erkannten nicht, daß sie mit einer Herausforderung der Regierungstruppen ihren Gegnern in die Hände arbeiteten und blutige Vergeltungsmaßnahmen über die ganze Arbeiterklasse heraufbeschworen.

☆

Noske war über die neue Spannung, die sich in Berlin bemerkbar machte, besorgt. Von Weimar kehrte er in der Nacht vom 1. zum 2. März schnellstens in die Hauptstadt zurück, wo er eine Geheimbesprechung mit den Militärbehörden abhielt. Die Berichte über die Stimmung bei der Truppe waren ausgezeichnet. General von Lüttwitz betonte ausdrücklich, falls ein Aufstand ausbrechen sollte, werde er in der Lage sein, ihn niederzuschlagen.

Am 2. März wurden alle Truppen alarmiert. Die seit Ende Januar in den Vororten liegenden Freiwilligen-Verbände erhielten die Anweisung, sich bereit zu halten, um auf den ersten Befehl hin sofort auf die Hauptstadt marschieren zu können. Am 3. März riefen die Berliner Arbeiterräte den Generalstreik aus. Daraufhin übertrug die Regierung Noske die vollziehende Gewalt in den Berliner Stadtteilen sowie in Spandau, Teltow und Niederbarnim. Da der Minister seit dem 6. Januar bereits Oberbefehlshaber in den Marken war, besaß er nunmehr uneingeschränkte Machtbefugnis.

---

2 Ein einfacher Vergleich der Daten ist aufschlußreich. Die Gesetzesvorlage über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr wurde am 25. Februar von der Nationalversammlung angenommen. Am 1. März wurde ein Volkswehr-Bataillon, das im Polizeipräsidium lag, aufgelöst. Als die Gardisten abzogen, erklärten sie, daß sie bald zurückkommen und an dem Tage das Haus nicht so leicht wieder aufgeben würden (vgl. M. Neumann: »Die Berliner Spartakus-Unruhen«, S. 3). Am 3. März wurde der Generalstreik ausgerufen. Die Unruhen brachen am 4. März aus. Diese unmittelbar drohende Gefahr machte Noske geltend, um die Verabschiedung des Gesetzes am 6. März, also 48 Stunden später, zu erreichen.

Noske verhängte sofort den Belagerungszustand über Berlin und Umgebung. Alle Ansammlungen auf den Straßen wurden untersagt, der Verkehr auf ein Mindestmaß beschränkt. Die radikalen Zeitungen wurden verboten. Alle Gewaltakte oder Plünderungen sollten von Kriegsgerichten abgeurteilt werden.

Jetzt wartete Noske nur noch auf einen Vorwand, um mit den Feindseligkeiten beginnen zu können. Er brauchte nicht lange zu warten, denn schon in der Nacht vom 3. zum 4. März wurden einige Geschäfte in der Innenstadt von zweifelhaften Elementen verwüstet. An mehreren Stellen kam es zu Zwischenfällen. Einem Gerücht zufolge sollten die Revolutionäre ungefähr 30 Polizeireviere gestürmt haben. Also waren die von Noske erlassenen Anordnungen verletzt worden. Der Reichswehrminister konnte zu Taten schreiten[3].

Vergeblich versuchten die Revolutionäre, die Zwischenfälle zu bagatellisieren. Es nützte nichts, daß Richard Müller, der Vorsitzende der Berliner Arbeiterräte, in der Sitzung vom Dienstag, 4. März, von den für die Plünderungen und Unruhen Verantwortlichen abrückte und erklärte, »daß die Streikbewegung in keiner Beziehung zu den Straßenkämpfen stehe und die Aufstände von Verbrechern entfacht wurden, die der Arbeiterklasse damit schweres Unrecht täten[4]«. Vergebens auch ermahnte der Vollzugsrat der Spartakus-Partei die Arbeiter in einem Flugblatt zur Ruhe und betonte, daß die Zwischenfälle der vergangenen Nacht »von unsauberen Elementen entfacht wurden, die sich bei dem politischen Generalstreik an die Fußspuren der ehrlichen und klassenbewußten Arbeiterschaft geheftet« hätten. Noske blieb unerbittlich: Er machte keinen Unterschied zwischen streikenden Arbeitern und Aufständischen.

---

3 Hatte Noske selbst diese Zwischenfälle provoziert? Das ist kaum anzunehmen. Die wahren Hintergründe der Märzunruhen lassen sich nur schwer erkennen. Für das vorliegende Werk wurden folgende Quellen benutzt: Noske: »Von Kiel bis Kapp«; die Erinnerungen von Oberst Reinhardt: »1918–1919« und von General von Lüttwitz: »Im Kampf gegen die Novemberrevolution«; dann eine von der »Freiheit« herausgegebene Broschüre mit dem Titel »Die Wahrheit über die Unruhen in Berlin« (Verfasser unbekannt), die die Auffassung der Revolutionäre vertritt; eine von Neumann veröffentlichte Broschüre mit dem Titel »Der Spartakistenaufstand im März 1919« (gleichfalls ohne Angabe des Verfassers), die die Auffassung der Regierung vertritt; der stenographische Bericht über den Prozeß des Leutnants Marloh und Artikel des »Vorwärts«, des »Berliner Tagblatts«, der »Kreuzzeitung« und der »Frankfurter Zeitung«.

4 Bei einer Pressekonferenz bestätigte Hauptmann von Moyzischewitz vom Stabe des Generals von Lüttwitz diese Tatsache mit der Erklärung: »Man muß zwischen dem Generalstreik und dem Aufstand einen klaren Unterschied machen. Die Führer und Mitglieder der Unabhängigen standen dem Aufstand feindlich gegenüber. Aber nichtsdestoweniger hat doch der Streik den Aufstand hervorgerufen.«

Am 4. März besetzte ein Teil der in der Umgebung von Berlin liegenden Freikorps die Vorstadt Spandau, in der sich ein großes Maschinengewehrlager befand. Das rote Pionier-Bataillon, das das Lager bewachte, wurde aufgelöst. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem ersten Schußwechsel zwischen Regierungstruppen und Revolutionären. So begann die »Berliner Blutwoche«, der Höhepunkt der zweiten Revolution.

Am Nachmittag desselben Tages versammelte sich eine riesige Menschenmenge vor dem Polizeipräsidium auf dem Alexanderplatz. Aufregende Nachrichten liefen hier von Mund zu Mund. Man erfuhr von der Besetzung Spandaus durch die Regierungstruppen, wobei es zu den ersten Opfern gekommen sein sollte. In diesem Augenblick versuchte eine Abteilung Freiwilliger des Freikorps Reinhard, den Platz zu überqueren. Sie wurde aufgehalten und angepöbelt, der befehlsführende Offizier vom Sitz seines Fahrzeugs heruntergezerrt, zu Boden geworfen, mit Füßen getreten, und die Uniform wurde ihm vom Leibe gerissen. Halbnackt konnte er sich mit blutüberströmtem Gesicht ins Polizeipräsidium flüchten, auf das auch die übrige Abteilung zurückgedrängt wurde.

In wildem Zorn wollten sich die Freikorpssoldaten nun einen Weg durch die Menge bahnen und den Platz säubern. Mit dem Gewehr in der Hand stürmten sie aus dem Gebäude heraus und eröffneten sogleich das Feuer auf die Demonstranten, ohne an die üblichen Aufforderungen zu denken. Die Schreie der Verletzten und das Stöhnen der Sterbenden wurden bald vom Geheul der Menge übertönt, die sich auf das Polizeipräsidium stürzte, um dort alles in Feuer und Flammen aufgehen zu lassen. Der Abteilungsführer, der befürchten mußte, überrannt zu werden, setzte Panzerwagen gegen die Angreifer ein. Aus allen Öffnungen Feuer speiend, schoben sich die schweren Stahlkolosse in die Menge hinein und richteten ein schreckliches Blutbad an. Da die Menge gegen die Panzer nichts ausrichten konnte, wogte sie zurück und lief auseinander, nahm allerdings ihre Toten und Verwundeten mit.

Einige Stunden später herrschte in diesem Viertel wieder Ruhe. Zwanzig Personen wurden beim Plündern aufgegriffen und den Militärbehörden übergeben. Ein Bataillon unter Führung von Hauptmann Marcks vom Generalstab hielt das Polizeipräsidium besetzt.

☆

Am Mittwoch, 5. März, trat eine Verschärfung der Lage ein. Eine Abteilung der Volksmarine-Division, die in den Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof lag, hatte ihren Auflösungsbescheid erhalten. Empört über

diese Maßnahme, schickten die Matrosen gleich um 8 Uhr morgens eine Abordnung zum Polizeipräsidium, um den Abzug der Regierungstruppen zu verlangen. Wie die Matrosen erklärten, könnten neue Zwischenfälle nur dann vermieden werden, wenn man ihnen die Bewachung des Gebäudes übertrüge. Hauptmann Marcks setzte sich sofort mit dem Stab des Generals von Lüttwitz in Verbindung und bat um Weisungen. Er erhielt den Befehl, die Forderungen der Matrosen kategorisch abzulehnen. Als die Abordnung das Gebäude verließ, wurde der bei seinen Kameraden sehr beliebte Quartiermeister Klöppel von einer Revolverkugel aus dem Innern des Gebäudes tödlich in den Rücken getroffen. Man wird wohl nie erfahren, ob das ein Zufall oder eine bewußte Provokation war; doch brachte dieser Vorfall die Erregung der Matrosen zur Siedehitze und trug mit dazu bei, daß die Zusammenstöße der folgenden Tage bisher ungekannte Schärfe und Ausmaße annahmen.

Zur gleichen Stunde drang das Freikorps des Generals von Lüttwitz, bestehend aus dem Ersatz-Regiment »Alexander«, dem Regiment »Augusta« und mehreren anderen Verbänden, von Zehlendorf aus in die Reichshauptstadt ein. Es setzte sich in den Schulen und öffentlichen Gebäuden um den Alexanderplatz herum fest. Im Laufe des Nachmittags mengten sich in immer wachsender Zahl Matrosenabteilungen unter die Manifestanten, die sich abermals vor dem Polizeipräsidium zusammenrotteten.

Die ganze Nacht hindurch belagerte die Menge das Gebäude, in dem die Abteilung des Hauptmanns Marcks eingeschlossen war, und die ganze Nacht hindurch schossen die Regierungssoldaten auf die Manifestanten. Die Menge schwoll jedoch von Stunde zu Stunde weiter an. Dorrenbachs Matrosen verteilten inzwischen die im Marstall und im Volksmarinehaus, den beiden Hochburgen des Aufstandes, lagernden Waffen und Munitionsbestände an die Zivilisten.

Am Donnerstag, 6. März, entschied sich das Schicksal der Revolution[5]. Schon im Morgengrauen trat das Freikorps Lüttwitz in Aktion. Die Brigade des Obersten Reinhard und andere Verbände bezogen Stellung am Enckeplatz. Von dort aus versuchten sie, dem seit dem Vorabend eingeschlossenen Hauptmann Marcks, dessen Widerstand langsam erlahmte, Verstärkungen zu schicken. Soldaten und Maschinengewehre wurden auf drei Lastwagen geladen; ein Panzerwagen fuhr voran. Der Kolonne

---

5 An diesem Tage wurde das Gesetz über die Bildung der Vorläufigen Reichswehr von der Weimarer Nationalversammlung verabschiedet.

gelang es jedoch nicht, die von den Matrosen in den angrenzenden Straßen errichteten Barrikaden zu durchbrechen.

Angesichts der Nutzlosigkeit dieses Versuchs befahl Oberst Reinhard seinen Männern, einen regelrechten Angriff einzuleiten. Das von der Front bekannte Schauspiel wiederholte sich nun mitten im Herzen der Hauptstadt. Um 14.30 Uhr gelang es einer Infanterieabteilung, sich mit Artillerieunterstützung einen Weg über den Spittelmarkt hinweg freizukämpfen. Andere Truppen unter Oberst von Kohden und Hauptmann von Specht rückten von Norden und Süden her vor. Um 15 Uhr wurde der Angriff von allen Seiten zugleich eröffnet. Grimmige Entschlossenheit erfüllte die in vorderster Linie kämpfenden Schützen der Abteilung Henschkel und die Offiziere an der Spitze der Regierungstruppen. Sie hatten die feste Absicht, die Demütigung, die ihnen in den Weihnachtskämpfen von den Matrosen zugefügt worden war, auszulöschen.

Erstes Angriffsziel der Gardesoldaten waren die Eingänge der Untergrundbahn. Dort hatten sich die Matrosen festgesetzt und verschanzt. Unter dem Feuer der Geschütze und Minenwerfer vom Werderschen Markt wurde der Bahnhof Alexanderplatz im Sturm genommen. Granaten und Minen rissen tiefe Krater in das Straßenpflaster. Die Aufständischen sahen sich bald zur Räumung ihrer Stellungen gezwungen und mußten in den benachbarten Gebäuden Zuflucht suchen. Die Regierungstruppen trugen ihren Sturmangriff bis zu dem durch Beschuß schwerbeschädigten Polizeipräsidium vor und entsetzten es. Dabei konnten sie einige fünzig Spartakisten, die im Laufe des Vormittags in das Gebäude eingedrungen waren, festnehmen und entwaffnen.

Als die Truppen Oberst Reinhards über den Alexanderplatz hinweg angriffen, schlug ihnen heftiges Gewehrfeuer aus dem Marstall entgegen. Diesen Flankenangriff führte eine Gruppe von 150 Rotgardisten, die sich in den Ställen des kaiserlichen Schlosses eingenistet hatte. Oberst Reinhard ließ seine Geschütze sofort gegen den Marstall richten. Drei Granaten schweren Kalibers detonierten unmittelbar vor dem Gebäude und verursachten erhebliche Schäden. Kurz darauf streckten die Rotgardisten die Waffen und hißten die weiße Fahne. Um 15.30 Uhr befand sich der Marstall im Besitz der Regierungstruppen.

Die erste Hochburg des Aufstandes war damit gefallen. Nun blieb noch das Volksmarinehaus. Die Matrosen hatten sich hier seit Morgengrauen verschanzt und das Gebäude in eine wahre Festung verwandelt. Eine Doppelreihe von spanischen Reitern und Stacheldrahtverhauen versperrte die Zugänge. Die Stellung schien uneinnehmbar. Die militärische

Führung setzte eine Kette von Bombenflugzeugen auf sie an. Das ganze Viertel erzitterte unter den Explosionen der Bomben, doch die Matrosen hielten weiterhin stand. Ein zweiter Angriff wurde mit Unterstützung von Haubitzen und Minenwerfern geführt. Jetzt gelang der Durchbruch durch die Barrikaden. Die Belagerten wurden aus den vorgeschobenen Stellungen hinausgeworfen. Ein dritter Angriff mit der blanken Waffe brach schließlich ihren Widerstand. Die Regierungstruppen nahmen das Volksmarinehaus im Sturm. Sie fanden hier zwei Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, mehr als 4000 Gewehre und einige hundert Pistolen vor.

Die Spartakisten aber gaben das Spiel noch immer nicht verloren. Gleichzeitig mit diesen beiden Nebenoperationen tobte der Kampf in den Straßen um den Alexanderplatz weiter. Die Revolutionäre zogen sich nur Schritt für Schritt zurück und verteidigten erbittert jeden Fußbreit Boden. Sie waren auf die Dächer der Häuser geklettert und hatten dort Maschinengewehrnester eingerichtet. Von oben bestrichen sie die Straßen und schossen unterschiedslos wehrlose Passanten wie Soldaten, die in die Häuser einzudringen versuchten, nieder.

Die Nacht brach herein. Langsam zogen sich die Spartakisten, ohne das Feuer einzustellen, nach Osten in Richtung auf die Vorstadt Lichtenberg zurück. Ihr hartnäckiger Widerstand hemmte das Vorwärtskommen von Reinhards Freiwilligen und verschaffte der roten Miliz Zeit zur Anlage neuer Stellungen und Verteidigungsnester in der Frankfurter Straße und der Frankfurter Allee. Sie rissen Parkgitter heraus und stellten sie quer über die Fahrbahn. Über die Straßen hinweg zogen sie Stacheldrahtverhaue und verstärkten diese Verteidigungsanlagen an allen Straßenecken noch mit Dampfwalzen und umgestürzten Lastwagen. Einige Gruppen von Spartakisten zwangen die Bewohner der Häuser, ihnen den Zugang zu den Dächern zu zeigen, auf denen sie dann Maschinengewehre in Stellung brachten. Die Bevölkerung konnte die ganze Nacht hindurch unter ihren Fenstern das Knattern der Maschinengewehre und die Schreie der Verletzten hören.

☆

Den ganzen nächsten Tag, den 7. März, über hielt der Kampf an, ohne daß eine wesentliche Veränderung der Lage eintrat. Gegen 18 Uhr kam es zu einer Art Waffenstillstand beiderseits der Barrikaden. Immer seltener fielen Schüsse, die erschöpften Gegner standen sich schweigend gegenüber.

Am Morgen des 8. März forderte die Streikleitung die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Durch die Schuld der Plünderer und der roten Milizen war der passive Widerstand gescheitert. Was hatte es für einen Sinn, eine Aktion fortzusetzen, die sich so weit von ihrer ursprünglichen Zielsetzung entfernt hatte und deren Fortdauer die Zahl der Opfer nur vergrößern konnte? Außerdem sprach alles für eine Entspannung. Die öffentliche Meinung war der zahllosen Gewaltakte überdrüssig und hielt nun allmählich auch die Gegenmaßnahmen der Regierung für übertrieben. Da die Ruhe in der Innenstadt wiederhergestellt war und die Arbeiterräte den Streik abgebrochen hatten, lag kein Grund mehr vor, in einem Bruderkrieg zu verharren, der das Land in ein Meer von Blut tauchte.

Dieser allgemeine Wunsch nach Befriedung beunruhigte den Generalstab, der sich mit einem halben Sieg nicht zufriedengeben wollte. Würde Noske nun auch die Taktik Eberts anwenden und anfangen, zwischen der Obersten Heeresleitung und den Revolutionären hin- und herzuschwanken? Noch blieb ein letzter Unruheherd übrig: Lichtenberg, wo seit dem 6. März der Terror herrschte. Dort befanden sich die Waffen- und Munitionslager der Aufständischen. Die Spartakisten hatten dort die Polizeidirektion, das Postamt und den Bahnhof gestürmt. Die von der Hauptstadt völlig abgeschnittenen Einwohner dieser Vorstadt mußten Wasser, Gas, Strom und Lebensmittel entbehren. Durfte man sie der Gewaltherrschaft der Revolutionäre überlassen? Wenn die Feindseligkeiten jetzt eingestellt wurden, wären alle Opfer der Vortage vergeblich gewesen. Das ganze bisherige Werk würde damit zunichte gemacht. Ein neues Ereignis mußte die öffentliche Meinung aufrütteln, die Regierung mitreißen und sie zu neuen Taten zwingen . . .

Noske hatte jedoch gar nicht die Absicht, auf halbem Wege stehenzubleiben. Auch bedurfte er keines Anstoßes seitens der Militärs. Ihm genügte eine Falschmeldung unbekannten Ursprungs, die aber geschickt verbreitet wurde, als Vorwand zur Erneuerung des Angriffs.

Große Sorge herrschte über das Schicksal der aus Freiwilligen und Polizeibeamten bestehenden Lichtenberger Garnison, die seit 48 Stunden den Angriffen zahlenmäßig weit überlegener Spartakisten-Banden standhalten mußte. Am Vormittag des 9. März rief dann ein hoher Militärbeamter die Redaktion der »Berliner Zeitung am Mittag« an und teilte ihr mit, »daß die Polizeidirektion in Lichtenberg von den Revolutionären erstürmt worden ist und daß die Belagerten — 70 Mann — einem furchtbaren Blutbad zum Opfer gefallen sind«. Der Chefredak-

teur wollte eine so schwerwiegende Nachricht nicht ohne vorherige Bestätigung veröffentlichen. Einige Augenblicke später wurde er zum zweiten Mal angerufen, und zwar diesmal aus dem Innenministerium, das ihm die Nachricht bestätigte und ihn bat, sie ohne weiteren Aufschub zu veröffentlichen, selbst wenn dazu ein Extrablatt nötig wäre[6]. Daraufhin verbreitete die »Berliner Zeitung« sofort diese Schreckensnachricht, die begreiflicherweise überall tiefe Bestürzung hervorrief.

Die ganze Presse berichtete noch am selben Abend und am nächsten Morgen voller Entrüstung über die Scheußlichkeiten der Spartakisten. Diese Woge des Abscheus machte sich Noske zunutze und ließ folgenden Aufruf in der Stadt anschlagen:

»Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich, folgenden Befehl zu erlassen:
Jede Person, die im Kampf gegen die Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, ist sofort zu erschießen[7].«

Der Erlaß wurde noch durch einen Tagesbefehl der Garde-Kavallerie-Division bestätigt, in dem es hieß, jede verdächtige Person, in deren Wohnung Waffen gefunden würden, sei auf der Stelle zu erschießen[8].

Diese Anordnungen gestatteten der Truppe die Anwendung rücksichtsloser Gegenmaßnahmen[9]. In Wirklichkeit hatten in Lichtenberg fünf Polizeibeamte bei einem Handgemenge ihr Leben gelassen[10]. Das Blutbad, dessen man die Spartakisten bezichtigte, hatte niemals stattgefunden. Noske hatte also nicht unrecht, als er in seiner Rede vom 13. März vor der Nationalversammlung zugab, daß der Lichtenberger

---

6 Der Name der ersten Person, die bei der »B. Z. am Mittag« anrief, konnte nicht ermittelt werden. Der zweite Anruf kam von Regierungsrat Doyé, dem Chef des Sicherheitsdienstes im Ministerium des Inneren, der erklärte, er habe die Nachricht vom Oberkommando der Schutzmannschaft erhalten. (»Die Wahrheit über die Straßenkämpfe in Berlin«, 1919, S. 15.) Die meisten Berliner Zeitungen erhielten ähnliche Anrufe.

7 Der »Vorwärts«, die Zeitung Scheidemanns, erklärte, der Erlaß Noskes sei die einzig mögliche Antwort auf die Greuel in Lichtenberg gewesen. Der innere Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen ist damit klar erwiesen.

8 Nicht nur der Gebrauch, sondern auch der bloße Besitz von Waffen sollte also mit dem Tode bestraft werden. Diese Maßnahme hatte der Generalstab bereits am 9. Dezember 1918 anwenden wollen (vgl. oben, Kap. IV, S. 71, Fußnote 5).

9 Vgl. dazu die Zahl der Opfer des Kriegsrechts in einigen Berliner Vierteln: am 9. März: 125; am 10. März: mehr als 100; am 11. März: 29; am 13. März: 34 in der Köpenicker Straße, fünf in Lichtenberg und sieben in Neukölln. Eine genaue Statistik für die gesamte Reichshauptstadt konnte nicht ermittelt werden. (»Die Wahrheit über die Straßenkämpfe in Berlin«, S. 26.) Diese Zahlen stimmen mit den Berichten verschiedener Zeitungen überein.

10 Diese Zahl nannte der Bürgermeister von Lichtenberg, Ziethen, im amtlichen Bericht über die betreffenden Ereignisse.

Zwischenfall übermäßig aufgebauscht worden sei. Er wiederholte dieses Eingeständnis auch in seinen 1920 erschienenen Erinnerungen[11]. Diese Richtigstellungen wurden der Öffentlichkeit allerdings erst zugänglich gemacht, als alles schon längst vorbei war . . .

☆

Am Sonntagmorgen, dem 9. März, wurde Lichtenberg von den in Schützengruppen ausgeschwärmten Regierungstruppen eingeschlossen. Die Freikorps der Generale von Roeder und von Hülsen und des Kapitäns Ehrhardt sollten von Norden, Westen und Süden her gegen den Stadtteil vorgehen, während die Brigade Reinhard die Aufgabe hatte, quer durch die nördlichen Stadtviertel Berlins vorzustoßen und eine Sperre östlich von Friedrichshain zu errichten. Auf diese Weise wurden alle Zufahrtsstraßen von Weißensee, Hohenschönhausen, Friedrichsfelde, Treptow und Neukölln her abgeriegelt. Um 16 Uhr traten die Freiwilligen-Abteilungen nach heftiger Artillerievorbereitung von allen Seiten zugleich zum Angriff an und drangen bis zur Warschauer Straße vor. Am nächsten Tag, dem 10. März, nahmen sie den Angriff im Morgengrauen wieder auf. Rollendes Artilleriefeuer zerschlug die Verteidigungsanlagen der Spartakisten und zwang ihre Besatzung zur Aufgabe der Stellungen. Kurz darauf wurden auch die Polizeidirektion und das Postamt geräumt.

Die Stadtverwaltung, die dem Blutvergießen ein Ende setzen wollte, bemühte sich darum, eine gemeinsame Verhandlungsbasis zu finden. Die Revolutionäre machten daraufhin folgenden Vorschlag:

1. Sofortige Feuereinstellung.
2. Bildung einer Sicherheitswehr aus Angehörigen aller Gesellschaftsklassen. Sie sollte in Verbindung mit dem örtlichen Soldatenrat bleiben.
3. Auslieferung der in den Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Waffen, die an die Sicherheitswehr übergeben werden sollten.
4. Nach der Aufstellung der Sicherheitswehr sollten die Regierungstruppen sich zurückziehen.
5. Die Haussuchungen zur Sicherstellung der Auslieferung der Waffen sollten von der Sicherheitswehr vorgenommen werden.
6. Die Regierung sollte die Gefangenen, die die Truppe gemacht hatte, entlassen.

11 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 108.

Der Bürgermeister von Lichtenberg, Ziethen, erklärte sich zur Annahme dieser Bedingungen bereit[12], doch Noske lehnte sie ganz entschieden ab: »Bedingungslose Übergabe«, forderte er, »sonst übernehme ich keine Verantwortung für den weiteren Verlauf des Tages.«

Sogleich flammten die Feindseligkeiten mit doppelter Heftigkeit wieder auf. Einem Freiwilligen-Bataillon des Generals von Hülsen gelang es, weit vorzustoßen und eine Reihe strategischer Punkte zu besetzen. Am Abend lagen 200 Tote auf den Straßen.

Der Kampf um die Barrikaden ging am Dienstag, 11. März, weiter. Doch während sich diese blutigen Ereignisse in Lichtenberg abspielten, kam es in Berlin zu einem Blutbad, das an Scheußlichkeit alle bisherigen übertraf. Einige Abteilungen der Volksmarine-Division sollten ihre Löhnung in Empfang nehmen[13], wozu sich die Matrosen im Schatzamt in der Französischen Straße 32 einzufinden hatten. General von Lüttwitz aber schickte den Leutnant Marloh mit einem Stoßtrupp dorthin. Er sollte die Matrosen, so wie sie ankamen, einzeln festnehmen[14].

Am frühen Morgen fanden sich die Matrosen in kleinen Gruppen im Schatzamt ein. Fast alle waren unbewaffnet[15] und hatten nicht die geringste Ahnung, daß sie in eine Falle liefen. Sie kamen zu dritt oder zu viert am Eingang des Gebäudes an und wurden, sobald sie die Schwelle überschritten hatten, mit dem Ruf »Hände hoch!« in Empfang genommen. Dann stieß man sie in dunkle Räume, in denen schußbereite Maschinengewehre standen.

Die Matrosen protestierten gegen diesen Hinterhalt, doch wurde ihnen bedeutet, »das Maul zu halten«, andernfalls sie auf der Stelle erschossen würden. Unaufhörlich wurden Neuankömmlinge in den Saal hineingestoßen. Die Zahl der Gefangenen betrug bald 250 Mann.

Leutnant Marloh fürchtete bald, er könnte von der wachsenden Zahl

---

12 Das waren fast die gleichen Bedingungen, die Noske Anfang Februar vom Bremer Soldatenrat gestellt worden waren (vgl. oben, S. 186, Fußnote 8).

13 Oberst Reinhard bemerkt dazu in seinen Erinnerungen (»1918–1919«, S. 104), diese Löhnung sei nur ein Vorwand dazu gewesen, die in den Vortagen aufgelösten Matrosen-Abteilungen neu aufzustellen, führt allerdings keinen Beweis für diese Behauptung an.

14 Die Einzelheiten dieses Vorgangs wurden dem stenographischen Bericht über den Prozeß des Leutnants Marloh (Sitzungen vom 5. bis zum 10. Dezember 1919) entnommen. Zur Entlastung des Hauptangeklagten muß gesagt werden, daß Leutnant Marloh schwer kriegsbeschädigt war, an der Front einen Arm verloren hatte und seit jenem Tage offenbar nicht mehr Herr seiner Nerven war (Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 111).

15 Diejenigen, die eine Pistole bei sich trugen, besaßen einen ordnungsgemäßen Waffenschein von der Kommandantur.

der Matrosen erdrückt werden. Er rief Oberst Reinhard an und bat ihn um Verstärkungen, worauf Reinhard den Leutnant Schröter anwies:

»Gehen Sie zu Marloh und sagen Sie ihm, er soll ein Exempel statuieren. Er soll an Lichtenberg denken, wo die Spartakisten 70 Polizeibeamte an die Wand gestellt haben.«

Schröter übermittelte Marloh die Anweisung des Generalstabes, rücksichtslos vorzugehen. Marloh aber zögerte, rief zum zweiten Mal im Hauptquartier Reinhards an und wiederholte mit aller Dringlichkeit seine Bitte um Verstärkungen. Daraufhin gab Leutnant von Kessel dem Fähnrich Wehmeyer den Auftrag, Marloh mitzuteilen, Oberst Reinhard sei sehr unzufrieden über seinen Wankelmut gegenüber den Matrosen. Er solle rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machen, und wenn er dabei notfalls 150 Matrosen erschießen müßte.

Leutnant Marloh blieb nun nichts anderes übrig, als diese Befehle auszuführen. In der ersten Nachmittagsstunde ließ er die 250 Matrosen vor sich antreten und griff willkürlich 24 heraus, die er über eine Hintertreppe in den Hof hinabschickte[16].

Marloh ließ diese Gefangenen in einer Ecke des Hofes zusammentreten und befahl dem Feldwebel Penther, sie mit Maschinengewehren niederzuschießen. Ein kurzes Kommando, dann ein ohrenbetäubender Krach, und die 24 Körper stürzten übereinander. Die Mauern des Hofes waren mit Blutspritzern und Fleischfetzen übersät. Die Matrosen waren alle längst tot, aber das Maschinengewehr feuerte unablässig weiter. Niemand dachte daran, den Befehl zum Einstellen des Feuers zu geben. Ein Unteroffizier, der dieser Hinrichtung beiwohnte, brach in Tränen aus und versicherte, er habe an vielen Fronten gekämpft, aber niemals etwas so Scheußliches gesehen.

Noske selbst gestand in seinen Erinnerungen ein, »eine solche schaurige Tat konnte nur in einer so blutgeschwängerten Atmosphäre geschehen«, wie sie damals in Berlin herrschte[17]. Glücklicherweise sollte das der letzte blutige Zwischenfall dieser tragischen Woche sein.

Während sich nämlich dieses grauenvolle Schauspiel im Herzen der Reichshauptstadt abspielte, ließ der Widerstand der Spartakisten in den nördlichen, südöstlichen und westlichen Vierteln der Stadt langsam nach. Die Barrikaden wurden nach und nach von den Aufständischen geräumt,

16 Marloh gab bei seinem Prozeß selbst zu, daß er die Absicht gehabt habe, 80 oder 100 Mann erschießen zu lassen. Ein Hauptmann, dessen Name nicht ermittelt werden konnte, trat rechtzeitig dazwischen und hinderte ihn daran.

17 Noske, a. a. O., S. 110.

die auf der Flucht ihre Waffen in den Stellungen zurückließen. Nur in Lichtenberg hielt sich eine letzte Widerstandsinsel. Hier leisteten noch 4000 von den 10000 Aufständischen der Vortage den Regierungstruppen Widerstand.

Am Morgen des 12. März konnte ein kleiner Trupp von Freiwilligen den Zugang zu dem Gebäude erzwingen, in dem der Große Arbeiterrat von Berlin tagte. Der Rat wurde aufgelöst, der Sitzungssaal von der Truppe besetzt. Die letzte Hochburg der Spartakisten war gefallen.

Im Laufe des Nachmittags kehrte die Ruhe in allen Berliner Vorstädten wieder ein. So viele es auch gewesen sein mochten, die Pistolen und Maschinengewehre hatten doch nichts gegen die Geschütze und die Panzer auszurichten vermocht. Dorrenbach floh nach Braunschweig[18]. Die Volksmarine-Division war vernichtet. Die letzten Aufständischen in Lichtenberg ergaben sich und streckten die Waffen.

Am 13. März war die zweite Berliner Revolution endgültig niedergeschlagen.

Kaum eine Woche nach der Verabschiedung des Gesetzes, das die neue Reichswehr erst legalisierte, hatte sie bereits einen entscheidenden Sieg errungen.

Noch am selben Tage trat Noske vor die Weimarer Nationalversammlung und gab unter donnerndem Beifall bekannt, die Reichswehr habe die spartakistischen Verbände besiegt: »In Berlin hat eine Woche lang eine Schlacht mit allen ihren Schrecken getobt. Ich kann Ihnen mitteilen, daß der Aufstand niedergeschlagen ist.«

1200 Tote[19] und mehr als 10000 Verletzte – das war allein für Berlin die Bilanz dieser tragischen Woche. Vielleicht aber wäre die Zahl der Opfer noch größer gewesen, wenn die Regierungstruppen nicht rechtzeitig eingegriffen hätten; denn dann wäre die Woge der Anarchie über die Reichshauptstadt hinweggebrandet und hätte sich über das ganze Land ergossen. So durfte Noske auch nicht zu Unrecht schreiben: »Getan habe ich, was ich gegenüber dem Reiche und dem Volke für meine Pflicht hielt. Ich scheue das Urteil unserer Nation nicht[20].«

---

18 Bald darauf wurde er ermordet. Am 12. Mai 1919 wurde er in Eisenach verhaftet und am 17. Mai vom Staatsanwalt vernommen. Nach diesem Verhör wurde er von dem Wachtmeister Tamschik, dem Chef des Polizeikommandos Eisenach, unter dem Vorwand, er habe einen Fluchtversuch unternommen, auf dem Transport ins Gefängnis schwer verwundet. Man brachte ihn in aller Eile ins Krankenhaus, wo er einige Stunden später starb.

19 Diese Zahl enthält nur die Opfer der Zivilbevölkerung. Die Verletzten wurden vom »Berliner Tagblatt« auf über 10000 geschätzt.

20 Noske, a. a. O., S. 110.

Es ist nicht unsere Sache, dieses Urteil zu fällen. Noch heute ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob es notwendig war, so unbarmherzig durchzugreifen oder nicht. Entsprach diese Handlungsweise dem Charakter Noskes, lag sie in der Natur der Dinge? Das Geschehen jener Tage war so stürmisch und verwickelt, daß man ihm nur mit einem ganz besonderen Mut begegnen konnte, zumal sich anfangs auch noch alle Trümpfe in der Hand der Revolutionäre befanden.

Fast alle Theoretiker des Vorkriegskommunismus hatten angenommen, die soziale Revolution des 20. Jahrhunderts werde vom deutschen Proletariat ausgehen. Wenn man sich die Organisation, Kraft und Disziplin der deutschen Arbeiterklasse näher ansieht, muß man erkennen, daß sie 1919 alle Voraussetzungen für den Sieg besaß. Sie *mußte* einfach Erfolg haben, und doch ist sie besiegt worden.

Bei einer genauen Untersuchung allein der materiellen Voraussetzungen bleiben die Gründe für dieses Scheitern ein undurchdringliches Geheimnis. Daher wird man einräumen müssen, daß noch andere moralische und psychologische Faktoren hinzukamen, die letzten Endes den Ausschlag gegeben haben.

Läßt man die Ereignisse jener Epoche an sich vorüberziehen, so ist man immer wieder erstaunt darüber, wie verschieden die deutschen Revolutionäre im Gegensatz zu ihren französischen oder russischen Vorgängern gehandelt haben. Die Matrosen der Volksmarine-Division, die Noske in der Hand hatten und ihn nicht gefangennahmen, die Spartakisten, die den Offizieren aus Haß gegen den Militarismus die Schulterstücke herunterrissen, sich aber nicht dazu entschließen konnten, selbst die Uniform auszuziehen — sie alle zollen dem soldatischen Geist Achtung, denn sie hatten sich im tiefsten Innern, oft unbewußt, eine instinktive Neigung für Disziplin und Autorität bewahrt.

Dieser Instinkt machte die Stärke des deutschen Proletariats aus, doch lähmte er andererseits die Entschlußfreudigkeit des einzelnen.

Sehr gut, wird man antworten. Doch kommt eine Revolution nicht hauptsächlich durch Gemeinschaftsaktionen zustande? Wie sind dann die Unfähigkeit und die Trägheit der revolutionären Gruppen in Deutschland zu erklären? Ein Blick auf die Zusammensetzung der Soldatenräte genügt, um das begreiflich zu machen. Hauptmann Fell, der diese Frage gründlich studiert hat[21], gelangte zu der Überzeugung, daß die innere

21 Hauptmann Hans Wilhelm Fell: »Soldatenräte oder Vertrauensleute?« Köhler, Leipzig 1920.

Einstellung der Soldatenräte grundsätzlich verschieden war und davon abhing, ob es sich um Räte der Fronteinheiten, der Etappe oder der Heimat handelte[22].

Einige Grundzüge aber waren allen Räten gemein:

1. Ein kleiner Prozentsatz radikaler Agitatoren, die Mitglieder für ihre Partei gewinnen wollen;
2. eine gewisse Zahl verstiegener Schwärmer und Schwätzer, wie man sie in allen Bierkneipen antrifft, die glücklich sind, wenn sie eine Zuhörerschaft haben, vor der sie ihre Weltverbesserungspläne ausbreiten können;
3. eine große Zahl von »Revolutionsgewinnlern«, denen die Zukunft des Landes ebenso gleichgültig ist wie seine Regierungsform, vorausgesetzt, daß man ihnen ihre materiellen Vorteile beläßt. Diese Mitläufer waren eher bereit zu jeder Bloßstellung als zum Verzicht auf eine Stellung, die zwar nicht gerade glänzend war, ihnen aber Vorrechte vor der übrigen Bevölkerung verschaffte.

In den spartakistischen Gruppen herrschte ein ganz anderer Geist. Sie besaßen eine klar umrissene Lehre und ein Klassenbewußtsein, das sehr viel weiter entwickelt war als bei der übrigen Bevölkerung. Sie wollten nichts anderes als die Abschaffung des Kapitalismus und die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung, die eine Minderheit von Ausbeutern einer Mehrheit von Ausgebeuteten gegenüberstellte. Wie kam es dann aber, daß eine Art Schuldkomplex ihr ganzes Vorgehen zu lähmen schien und sie offenbar von der Berechtigung ihrer Forderungen nicht ganz überzeugt waren?

Der Grund lag darin, daß sich eine Revolution nicht mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse, so berechtigt sie auch sein mögen, zufriedengeben darf. Die revolutionären Führer, die an die Macht gelangen, müssen vor allem in der Lage sein, eine neue soziale Ordnung zu schaffen und die Bevölkerung dafür zu begeistern.

Die deutsche Revolution von 1918/1919 wies derartige Charakterzüge jedoch nicht auf. Sie war kein primäres, entscheidendes, sondern ein sekundäres Phänomen, das in ein sehr viel umfassenderes Geschehen eingebettet war und von diesem nach allen Seiten hin über-

22 Die Soldatenräte der Fronteinheiten waren durch die lange Dauer eines täglich verzweifelter werdenden Kampfes entnervt. Die Etappenräte waren erbittert über die bevorzugte Behandlung, die die Offiziere gegenüber den Mannschaften genossen. Die Soldatenräte in der Heimat schließlich waren aufgebracht über die »Kriegsgewinnler« und die schwindende Moral der Zivilbevölkerung.

deckt wurde. Der 9. November 1918 bedeutete für Deutschland nicht die Machtergreifung des Proletariats, sondern den Zusammenbruch des Kaiserreiches. Aus all den Aufständen und Straßenkämpfen hören wir nur immer wieder diesen Sturz heraus, dessen Echo in den folgenden Monaten wie ein langes Donnergrollen nachhallte.

Die Spartakisten hätten sich, wenn sie die Regierung übernehmen wollten, auf nationalen Boden stellen müssen, und gerade das verbot ihnen ihre Doktrin. Sie hätten das Land zum Kampf gegen die Fremdherrschaft aufrütteln müssen, doch erwarteten sie ihr Heil gerade aus dem Ausland. Überall, wo es ihnen gelang, die Macht in die Hand zu bekommen, erklärten sich die Städte selbständig, riefen die Provinzen ihre Unabhängigkeit aus, fiel das Land in Fetzen auseinander. Überall da, wo sie eingriffen, verschlimmerten sie die Anarchie und beschleunigten somit den Zerfall des Reiches. Wie sollten sie unter diesen Umständen im Lande Begeisterung entfachen?

»Die Revolution«, sagte Napoleon, »ist eine Idee, die Bajonette gefunden hat.« Die deutsche Revolution war nur eine unklare Sehnsucht. Sie ist an den Kanonen zerbrochen.

XIV Die Rückkehr des Ostheeres und die Festsetzung der Grenzen Polens

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir gesehen, daß die Oberste Heeresleitung wiederholt von der »Verteidigung der Ostgrenzen« sprach, wenn sie die Werbung von Freiwilligen oder die Verlegung von Truppen in die Provinz Posen oder nach Schlesien rechtfertigen wollte. Welche Grenzen aber meinte sie damit? Die Grenzen von 1914 oder die Grenzen, die den Russen im Friedensvertrag von Brest-Litowsk 1918 diktiert worden waren? Gewiß hatte sie nicht die Grenzen von 1919 im Sinn, denn zu dem Zeitpunkt, bei dem wir jetzt angelangt sind, war noch keine Entscheidung über die Grenzen des neuen polnischen Staates gefallen.

Aus diesem Grunde herrschte über das Schicksal dieses Teiles Europas weitgehend Unklarheit. Die deutsche Oberste Heeresleitung, die sich noch immer an die Grenzen von 1914 hielt, sah in der Aufstandsbewegung in den polnischen Gebieten eine Rebellion, gegen die schärfste Gegenmaßnahmen ergriffen werden mußten, während die gleiche Bewegung für die Polen, die an die Grenzen ihres neuen Staates dachten, nur den Akt der Besitzergreifung einer Provinz darstellte, die ihnen von den Alliierten versprochen worden war. Zum vollen Verständnis dieser verwickelten Lage muß man bis in die Tage der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk (3. März 1918) zurückgehen.

☆

Der Zusammenbruch des Zarenreiches hatte Rußland Anfang 1918 zum Abschluß eines Separatfriedens mit Deutschland gezwungen. Im Friedensvertrag von Brest-Litowsk hatte Rußland ausdrücklich auf Polen, Litauen, Kurland, Estland und Livland Verzicht geleistet und der Bildung einer unabhängigen Ukraine zugestimmt. Auf diese Weise war Rußland von der Ostsee und vom Schwarzen Meer verdrängt worden, und das ganze Werk Peters des Großen und Katharinas II. schien damit zerstört[1].

1 Das deutsche Ultimatum, das Trotzki durch Herrn von Kühlmann und General von Hoffmann überreicht worden war, hatte bei der russischen Delegation Bestürzung

Um die Kräfte der Bolschewisten zu zersplittern, hatten die Mittelmächte sofort die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannt. Zwischen der deutsch-österreichischen Abordnung und einer eigens zu diesem Zweck von der Rada in Kiew entsandten Delegation wurde ein Sondervertrag abgeschlossen.

Gleich nach der Unterzeichnung dieses Vertrages hatten die Mittelmächte unter dem Vorwand, ihren neuen Verbündeten zu helfen, ein regelrechtes Militärprotektorat über die Ukraine übernommen[2].

In Wirklichkeit gingen die deutschen Absichten sehr viel weiter. Der Zusammenbruch der zaristischen Heere hatte in Deutschland den »Drang nach Osten« plötzlich neu aufleben lassen. Man träumte davon, sich einen Weg nach Mesopotamien und Arabien, nach Baku und Persien zu bahnen. Zu diesem Zweck wollte man auch die Ukraine endgültig in der Hand behalten. Vor kurzem erst hatte General Groener geäußert, »solange England eine Ausdehnung Deutschlands nach Westen behindere, zwängen es seine lebenswichtigen Interessen, sich nach der Ukraine und Indien zu wenden[3]«.

Daß die deutsche Oberste Heeresleitung noch im Frühjahr 1918 derartige Pläne hegen konnte, beweist, wie groß ihre Siegeszuversicht und wie gering ihre Sorge vor einer drohenden Niederlage war . . .

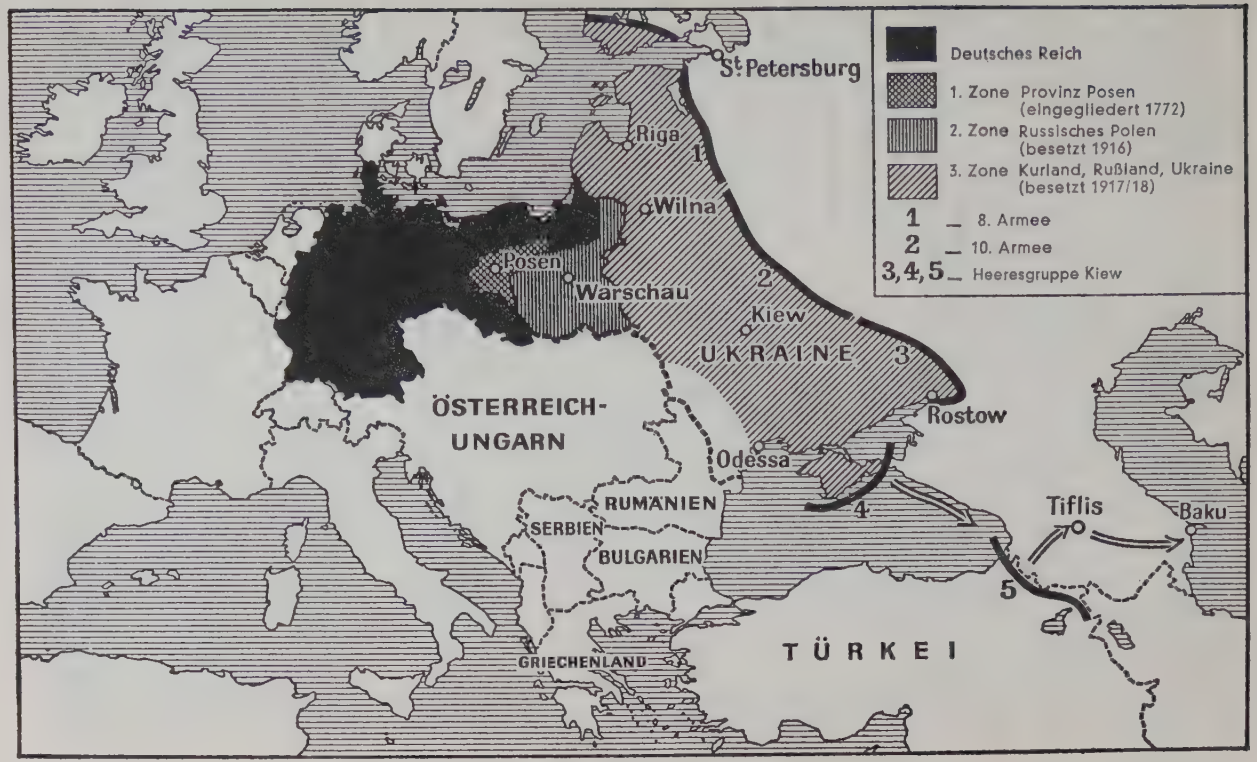
Und tatsächlich schien sie Gedanken dieser Art in die Tat umsetzen

---

hervorgerufen. Radek hatte sogar daran gedacht, Lenin verhaften zu lassen, um die Unterzeichnung dieses »ungeheuerlichen Vertrages« zu verhindern. Trotzki aber – der annahm, daß dieses »imperialistische Diktat« bald durch den Ausbruch der proletarischen Revolution in Deutschland beseitigt werden würde – sagte dagegen, »dies wäre der Anfang vom Ende, die Massen würden es nicht begreifen, und die Verwirrung, die entstehen müßte, würde es den Weißen gestatten, die Roten endgültig zu vernichten«. Nach mehreren stürmischen Sitzungen im Smolnyj-Institut in Petrograd, bei denen Lenin mit seinem Rücktritt drohte, konnte sich die These vom »sofortigen Friedensschluß« dank der Stimmen von Trotzki, Swerdlow, Sokolnikow, Stalin, Wladimir Smirnow und Sinowjew durchsetzen. Dagegen stimmten Ouritzki, Lomow, Bucharin, Joffe, Krestinsky und Dsershinsky. Die These wurde also mit einer Stimme Mehrheit (Lenin) angenommen. (Victor Serge: »Vie et Mort de Trotzky«, S. 125.)

2 »Nach Abschluß des Friedens hatten im übrigen auch die ukrainischen Bevollmächtigten kein Hehl aus der verzweifelten Lage ihrer Regierung gemacht«, schreibt General Hoffmann, »und waren offen mit der Bitte um Unterstützung an Deutschland herangetreten. Daß wir uns der Bitte nicht entziehen konnten, war für mich eine logische Notwendigkeit . . . Wir hatten die ukrainische Regierung als zu Recht bestehend anerkannt und mit ihr Frieden geschlossen; wir mußten nun dafür sorgen, daß der geschlossene Friede tatsächlich in Erscheinung trat, und dazu gehörte in erster Linie, daß wir die Regierung stützten, die mit uns abgeschlossen hatte.« (»Aufzeichnungen«, II, S. 217.)

3 Mitteilung des Generals Arz, Chef des österreichischen Generalstabes, an Außenminister Graf Burian in Wien vom 13. Juni 1918. (»Die deutsche Okkupation in der Ukraine«, Geheimdokumente, Straßburg 1937, S. 79/80.)



KARTE 4: ÄUSSERSTE DEUTSCH-ÖSTERR. LINIE DER OSTFRONT, AUG. 1918

zu wollen. Am 28. März traten die deutschen Truppen an den Eisenbahnlinien entlang den Vormarsch an, dem sich bald auch die österreichischen Divisionen anschlossen. Während Kiew in die deutsche Einflußzone fiel, nahmen die Österreicher Odessa und das angrenzende Eisenbahnnetz in Besitz.

Der Vormarsch ging in den folgenden Wochen durch die ganze Ukraine hindurch bis an den Rand der Donsteppe weiter.

Am 4. April war die Krim vollständig besetzt. Oberst von Kress wurde mit zwei Kompanien Infanterie nach Tiflis geschickt, wo er sich der Bahnlinie Baku—Tiflis—Batum und somit der Verbindung zum kaukasischen Erdölgebiet bemächtigen sollte. Tiflis war der äußerste Punkt, den der deutsche Vormarsch erreichte.

Am 5. Mai stellten sich die Donkosaken unter den Schutz der Mittelmächte und baten um ihre Befreiung von der Vorherrschaft der Moskowiter. General Hoffmann lehnte dieses Ansinnen jedoch ab: »Schließlich mußte doch einmal unsere Ostbewegung aufhören«, bemerkte er dazu selbst in seinen Erinnerungen[4] — wobei man natürlich nur günstigere Voraussetzungen für ihre Fortsetzung abwartete.

Um die gleiche Zeit hatte der Oberbefehlshaber Ost sein Hauptquartier nach Kowno verlegt. General Groener, der wegen einer Meinungsverschiedenheit mit Ludendorff in Ungnade gefallen war[5], hatte in Kiew, seinem neuen Wirkungsbereich, ein deutsch-ukrainisches Wirtschaftsbüro aufgemacht, das dafür sorgen sollte, daß die riesigen Weizenvorräte aus den Kornspeichern Mittelrußlands nach Berlin und Wien geleitet wurden.

Nach den Bedingungen des Vertrages von Brest-Litowsk hatte die Ukraine eine Million Tonnen Weizen an die Mittelmächte zu liefern. Die russischen Bauern aber zeigten sich widerspenstig, und oft mußten die Requisitionen mit Waffengewalt durchgeführt werden.

Um sich ihre Aufgabe zu erleichtern, riefen die deutschen Militärbehörden eine selbständige ukrainische Regierung unter dem Hetman Pawel Skoropadsky ins Leben[6], der ihnen bis zum Ende der Besatzungszeit die Treue hielt.

Nach und nach kehrte an der Ostfront wieder Ruhe ein. Sie wurde nur hin und wieder durch örtliche Gefechte zwischen deutschen Soldaten und sowjetischen Scharfschützen gestört. Ludendorff benutzte diese Zeit

4 General Max Hoffmann: »Aufzeichnungen«, I, S. 195.
5 Siehe oben, S. 23, Fußnote 16.
6 Vgl. Benoist-Méchin: »L'Ukraine«, Paris 1941, S. 51.

dazu, die sozusagen überflüssig gewordenen politischen und militärischen Befugnisse des Oberbefehlshabers Ost abzubauen.

Welches Bild bot sich dem Chef des Großen Generalstabs im August 1918 bei einem Blick auf die Karte Osteuropas?

Zunächst sah er Preußisch-Polen oder die »Provinz Posen«, die seit 1772 zu Preußen gehörte und von einem preußischen Oberpräsidenten verwaltet wurde; gegenwärtig stand ihm in Posen der Militärgouverneur General von Bock und Polack zur Seite.

Dann kam das seit 1915 besetzte Russisch-Polen, in dem der Militärgouverneur von Warschau, General von Beseler, mit Hilfe eines polnischen Regentschaftsrates die Regierungsgewalt ausübte.

Weiter im Osten folgte dann schließlich der breite Gebietsstreifen, der den Bolschewisten im Februar 1918 entrissen worden war und der nur von einem schwachen Schleier von Truppen — ungefähr 500 000 Mann, davon allein 200 000 in der Ukraine — gesichert wurde. Er reichte von der Ostsee bis zum Kaukasus[7].

Von einem unabhängigen Polen war noch keine Rede. Der »Regentschaftsrat« in Warschau stand völlig unter deutschem Einfluß, die polnischen Legionen waren gefangengesetzt oder aufgelöst worden, und Joseph Pilsudski, der Gründer der »Strzelecky«-Brigaden und der P.O.W.[8], der Sieger von Kielce und Kostiuchnowka, saß hinter den dicken Mauern der Zitadelle von Magdeburg in Gefangenschaft.

☆

Im Osten hatten die Mittelmächte ihre wichtigsten Ziele also erreicht und sogar überschritten. Nie zuvor aber war ein Sieg fragwürdiger und vergänglicher. Schon einige Monate später brach Deutschland selbst zusammen.

Als Prinz Max von Baden den Zusammenbruch heraufziehen sah und erkennen mußte, daß Deutschland gezwungen sein würde, auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons — deren dreizehnter die Unabhängig-

---

7 Diese Truppen waren in drei Gruppen gegliedert: Im Norden stand von der Ostsee bis Wilna die 8. Armee unter General von Below; im Mittelabschnitt von Wilna bis Kiew die 10. Armee unter General von Falkenhayn und im Süden vom Dnjepr bis zum Kaukasus die Heeresgruppe Kiew, die Generalfeldmarschall von Eichhorn bis zu seiner Ermordung befehligte.

8 »Polska Organizacja Wojskowa« oder »Polnische Militärorganisation«. Diese Geheimorganisation arbeitete hinter den verschiedenen Fronten und dehnte ihre Tätigkeit auf alle Teile Polens aus. Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Freiwillige für die Legionen anzuwerben und Pilsudski über Stimmung und Haltung der Bevölkerung auf dem laufenden zu halten.

keit Polens vorsah[9] – zu kapitulieren, ließ er Pilsudski unverzüglich in Freiheit setzen. Am Morgen des 9. November erschienen zwei Offiziere in Zivil – Graf Harry Kessler von der kaiserlichen Garde und Dr. Schultze, die rechte Hand des Generalgouverneurs von Warschau, General von Beseler – im Magdeburger Gefängnis, betraten die Zelle Pilsudskis und eröffneten dem Führer der P.O.W., er sei frei. Vor dem Gefängnis wartete ein Wagen zur Fahrt nach Berlin. Der über die unerwartete Freilassung überraschte Pilsudski fragte seine beiden Besucher, warum sie in Zivil gekommen seien. Einigermaßen verlegen gaben sie zu, es handele sich hierbei um eine Vorsichtsmaßnahme, da die Revolutionäre Herren der Stadt seien.

Die drei Männer begaben sich inkognito nach Berlin. Dort bemühten sich die Deutschen sehr darum, Pilsudski für ihre Sache zu gewinnen. Vor allem ersuchten sie ihn, von jeder feindseligen Handlung gegenüber Deutschland Abstand zu nehmen und gegebenenfalls auch darauf zu verzichten, die Provinz Posen für den neuen polnischen Staat zu fordern[10]. Als bewährter Techniker des bewaffneten Aufstands aber hatte Pilsudski die Lage mit einem Blick durchschaut. Wenn die Mittelmächte ihn nun in höchster Not freiließen und ihm mit solcher Zuvorkommenheit begegneten, mußten sie den Krieg verloren haben. Das aber war nicht der rechte Augenblick, ihnen Zugeständnisse zu machen. Als der einstige Kommandeur der polnischen 1. Brigade mit Graf Kessler »Unter den Linden« in einem Café saß, zogen Demonstrationszüge mit roten Fahnen vorüber, und Schlag auf Schlag folgten die Meldungen über die Abdankung Wilhelms II. und den Rücktritt des Prinzen Max von Baden. Pilsudski bestieg so schnell wie möglich den Zug, der ihn nach Warschau bringen sollte.

☆

Am nächsten Tage traf er in der polnischen Hauptstadt ein. Er wurde im Triumph empfangen und mußte sich immer wieder der begeisterten Menge zeigen. Der »Regentschaftsrat«, der sich endlich der deutschen

9 Er hatte folgenden Wortlaut: »Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der alle Gebiete umfaßt, die unbestreitbar von Polen bewohnt werden. Außerdem soll dem Staat ein freier Zugang zum Meer zugesichert werden.«

10 Über diese Besprechungen sind keine Einzelheiten bekanntgeworden. Daher ist man in diesem Punkt auf Vermutungen angewiesen. Das Telegramm aber, das der polnische Regentschaftsrat am 23. Oktober an Prinz Max von Baden richtete, und die Antwort des Reichskanzlers gestatten die Annahme, daß die Pilsudski unterbreiteten Vorschläge in großen Zügen so, wie hier berichtet, gelautet haben müssen (vgl. Paul Bartel: »Pilsudski«, S. 161).

Bevormundung entledigt sah, übertrug ihm den militärischen Oberbefehl und ernannte ihn zum Verteidigungsminister.

Nach der Übernahme seiner Ämter bemühte sich Pilsudski zuerst um die Entwaffnung und die Entlassung der deutschen Besatzungstruppen[11]. Er stand allerdings vor der Frage, ob er die erforderlichen Verhandlungen mit seinem alten Feind, dem Militärgouverneur von Warschau, General von Beseler, oder aber mit den Soldatenräten — also mit den Kräften von gestern oder mit denen von morgen — führen sollte. Wenn er seinen eigenen Neigungen folgte, mußte sich der einstige Vorkämpfer der polnischen Sozialistischen Partei eher für die zweite Lösung entscheiden. Die Ereignisse aber jagten sich in immer rascherem Tempo, und die Haltung von Beselers beseitigte alle Schwierigkeiten.

In der Nacht zum 10. November nämlich verließ von Beseler fluchtartig Warschau, da er befürchtete, zwischen der ständig anwachsenden deutschen Revolutionsbewegung und dem polnischen P.O.W., das mit der Entwaffnung der Offiziere der Besatzungsarmee begonnen hatte, erdrückt zu werden. Er fuhr zu Schiff bis Thorn, wo er unerkannt die Grenze überschreiten konnte. Diese Flucht war ein Symbol für den Zusammenbruch eines ganzen Systems.

Für Pilsudski blieben danach als einzig mögliche Verhandlungspartner die deutschen Soldatenräte übrig. Am nächsten Tage, also am 11. November, ließ er die Delegierten der Räte zu sich kommen und stellte ihnen folgendes Ultimatum:

»Die Räumung wird unter meinem Befehl und nicht auf Anordnung der Revolutionsräte vor sich gehen. Das ganze Eisenbahn- und Rüstungsmaterial bleibt in Polen. Die Verwaltung aller Eisenbahnlinien, ein-

---

11 Seit Kriegsbeginn hatte eine polnische Legion in Stärke von drei Brigaden unter Führung von Joseph Pilsudski (der offiziell Kommandeur der 1. Brigade war) im Rahmen der österreichisch-ungarischen Armee gegen die zaristischen Streitkräfte gekämpft. Nachdem die Mittelmächte am 5. November 1916 die Bildung eines selbständigen polnischen Satellitenstaates verkündet hatten, hatten sie sich auch darum bemüht, sich die Menschenreserven Russisch-Polens nutzbar zu machen und sie für ihre Kiegsziele einzusetzen. Der Zusammenbruch des Zarenreiches im folgenden Jahr und Kerenskys Verzicht auf Polen hatten diesen Hoffnungen ein Ende bereitet, denn jetzt bot das andere Lager den Polen die besseren Erfolgsaussichten. Am 15. Februar 1918 ging nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk die letzte polnische Einheit — die 2. Brigade — in der Bukowina zu den Alliierten über. Dieser Frontwechsel war nicht von den Legionären ausgegangen, sondern vollzog sich auf Grund der bestehenden Verhältnisse — und natürlich auch nach dem Willen Pilsudskis, der von den Deutschen verhaftet und in Magdeburg festgesetzt worden war (vgl. »Hitlers Lagebesprechungen«, S. 255, Fußnote 1). Dieser Umschwung, den Ludendorff nicht vorausgesehen hatte, prägte sich dem Gedächtnis Hitlers ein und sollte später einen unmittelbaren Einfluß auf die deutsche Politik in den Ostgebieten haben.

schließlich Warschau—Mlawa, Warschau—Kalisch und Warschau—Tschenstochau—Kalisch, wird unverzüglich den polnischen Behörden übergeben. Die noch bewaffneten Einheiten dürfen mit ihren Waffen abziehen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Waffen den Beauftragten der P.O.W. an der Grenze ausgeliefert werden. Bis zu ihrem Aufbruch wird die Bewachung der Kasernen, Proviantlager, Waffen- und Flugzeugdepots gemeinschaftlich von deutschen und polnischen Truppen gestellt.«

Die Deutschen, die voller Ungeduld auf ihre Heimkehr warteten, nahmen diese Bedingungen sofort an. Damit war Pilsudski weniger als 48 Stunden nach seiner Entlassung aus dem Magdeburger Gefängnis zum »Protektor« der deutschen Truppen in Polen, insgesamt 80 000 Mann, davon allein 30 000 in Warschau, aufgerückt.

Bereits am 12. November traten die Besatzungstruppen den Rückmarsch an, der in den folgenden Tagen unter der Aufsicht der P.O.W. weiterging. Der Abzug der Garnisonen ging ohne Schwierigkeiten vonstatten, doch kam es unterwegs beim Durchzug der deutschen Regimenter zu immer ernsteren Zwischenfällen.

Die Delegierten der Soldatenräte, Domke und Himmelreich, die sich am 11. November mit Pilsudskis Bedingungen, vor allem mit der Auslieferung der Waffen, einverstanden erklärt hatten, wagten nicht, die Offiziere der Truppe davon in Kenntnis zu setzen. Diese wußten demzufolge nichts von der Verpflichtung, beim Grenzübergang ihre Gewehre und Maschinengewehre den polnischen Behörden zu übergeben. Als es nun soweit war, daß diese Bedingung erfüllt werden mußte, glaubten die Offiziere, es handele sich um eine Falle, und verboten ihren Männern, sich ihre Waffen abnehmen zu lassen.

So kam es zu Schießereien zwischen Deutschen und Polen. Sie beschuldigten sich gegenseitig, ein doppeltes Spiel zu treiben. Die 3. und die 4. Kompanie des Landsturm-Bataillons Schroda etwa weigerten sich zusammen mit einer Reserveabteilung Dragoner, mit den unter Aufsicht der P.O.W. stehenden Zügen zu fahren, und beschlossen, das polnische Land von Lansk bis Pabianice im Fußmarsch zu durchqueren. Unterwegs wurden sie in der Gegend von Sieradz in einen Hinterhalt gelockt, konnten sich aber freikämpfen. Sie nahmen einige Geiseln fest und drohten, die ganze Stadt einzuäschern, sobald von den Einwohnern der erste Schuß abgegeben würde. Die Polen gaben nach. In Blaski verlangte jedoch eine drohende Volksmenge die Ablieferung der Waffen. Die Dragoner fällten daraufhin ihre Lanzen und jagten auf die Menge los. Als

sie einige Tage später bei ihrem Ersatz-Bataillon in Fraustadt eintrafen, hatten sie von ihren Waffen und ihrem Gepäck nicht das mindeste eingebüßt. Auf ihrem Weg aber hatten sie eine lange Spur zorniger Empörung hinterlassen, die sich nun gegen die anderen zurückmarschierenden Kolonnen wenden sollte.

☆

Am 14. November trat der »Regentschaftsrat« in Warschau zurück und übertrug die Macht an Pilsudski, der eine sozialistische Regierung unter dem Vorsitz von Moraczewski berief.

Gleichzeitig bildete sich in Posen, der Hauptstadt der preußischen Provinz Posen, ein »Oberster Polnischer Volksrat«, an dessen Spitze Major Lange und Herr Rzepecki traten. Auf den wichtigsten Gebäuden der Stadt wurde nun neben der roten auch die rotweiße Fahne aufgezogen. Voller Zorn ließ General von Bock, der Kommandant der Festung, ein Regiment deutscher Offizieranwärter aus dem Warthelager kommen. Diese jungen Soldaten aber wurden von der Zivilbevölkerung beschimpft und von den Soldatenräten am Eingreifen gehindert und lehnten es ab, die Ordnung wiederherzustellen; sie verlangten, in ihre Quartiere zurückgeschickt zu werden. Überdies erweckten Falschmeldungen den Eindruck, polnische Legionäre seien von Warschau her im Anmarsch auf Posen. General von Bock gab daher den Befehl, sämtliche Fahnen und Standarten des V. preußischen Armeekorps zu verbrennen, um sie nicht in Feindeshand fallen zu lassen.

Der »Oberste Polnische Rat« in Posen gab seinerseits den deutschen Arbeiter- und Soldatenräten zu verstehen, er sei unter der Bedingung, daß den Polen Sitz und Stimme in den Versammlungen der Räte gewährt werde, zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit. Die Räte stimmten diesem Vorschlag zu, und die Polen konnten somit allmählich die deutschen revolutionären Organisationen mit ihren eigenen Leuten durchsetzen.

»Sie organisieren Bürgerwehren, bei denen die Deutschen so gut wie ausgeschaltet werden. Sie lösen die Regimenter der Garnison auf, indem sie die deutschen Soldaten entlassen und abschieben, die polnischen aber unter tausend Vorwänden zurückhalten. Sie umnebeln die Gehirne der deutschen Soldatenräte mit revolutionären Phrasen und organisieren, kaum noch verhüllt, den polnischen Aufstand[12].«

12 E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 92/93. Siehe auch unten, S. 224, Fußnote 15.

Mit ohnmächtiger Wut mußte die deutsche militärische Führung zusehen, wie die radikalen Elemente gemeinsame Sache mit dem Feind von gestern machten.

☆

Die deutsche Oberste Heeresleitung stand nunmehr vor einer nahezu unentwirrbaren Lage. Zwar bestanden noch immer die drei oben beschriebenen Zonen, doch wurden sie immer unabhängiger voneinander und drohten jeder Kontrolle zu entgleiten. Die Oberste Heeresleitung hatte sich also mit drei verschiedenen Problemen auseinanderzusetzen, die zwar in einem engen inneren Zusammenhang standen, jedoch völlig verschiedenartige Lösungen erforderten.

Zunächst einmal handelte es sich um Posen. In diesem Punkt gab es für die Oberste Heeresleitung kein Schwanken. Auf jeden Fall mußte verhindert werden, daß diese Provinz, die seit 1772 zum Reich gehörte und die — zu Recht oder zu Unrecht — als vollständig eingedeutscht galt (stammten doch sogar Hindenburg und Ludendorff aus Posen!), dem Reich wieder entrissen und einer Fremdherrschaft überantwortet würde. Der Verrat, den die Soldatenräte in der Provinz Posen durch ihr Zusammengehen mit dem Gegner verübten, wog in den Augen des Generalstabes daher sehr viel schwerer als die Machenschaften der Soldatenräte in der Heimat.

Sodann stellte sich die Frage, was aus Polen selbst werden sollte. Das war schon schwerer zu beantworten. Die Oberste Heeresleitung hatte in dieser Angelegenheit stets die Auffassung vertreten, »daß es für Deutschland keine größere Gefahr geben könne als die Entstehung und das Vorhandensein eines polnischen Staates, der sich längerer Unabhängigkeit erfreut[13]«. Es kam also nicht allein darauf an, die Entstehung eines solchen Staates zu verhindern; man mußte ihn auch niederhalten, um sich das Einfallstor nach Rußland offenzuhalten — nach jenem Rußland, das dazu bestimmt schien, »einmal in der Zukunft des deutschen Volkes eine beachtliche Rolle zu spielen[14]«. Ein direktes Eingreifen in die Entwicklung war im Augenblick allerdings ausgeschlossen, da die Alliierten das nicht zugelassen hätten. Daher mußte man sich abwartend verhalten und das eigene Vorgehen nach zwei bisher noch unbe-

13 Diese Worte stammen von Generalfeldmarschall von Hindenburg (wiedergegeben von Charles Philipps in »Paderewski«, New York 1934, S. 363).

14 Aus einer Rede, die Matthias Erzberger 1920 vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages hielt.

kannten Faktoren ausrichten: der Haltung Pilsudskis gegenüber Deutschland und der Haltung der Alliierten gegenüber Pilsudski.

Blieb zuletzt noch die russische Frage. Wenn die Oberste Heeresleitung auch bereit war, auf die Eroberungen von 1918 zu verzichten, so vertrat sie doch die Meinung, daß man einen breiten Gebietsstreifen östlich der Grenzen von 1914 in Besitz behalten sollte, um Ostpreußen gegen bolschewistische Einfälle schützen zu können. Eines Tages könnte dieses Gebiet dann auch zum Sprungbrett einer neuen Offensive werden. Außerdem war, wenn Polen schon aufgegeben werden mußte, nach einem entsprechenden Ausgleich an der Ostseeküste zu streben. Noch regelte kein Vertrag das künftige Schicksal Litauens und Lettlands, so daß Deutschland nichts daran hinderte, Kurland und Riga für sich zu behalten.

Alle diese Überlegungen aber wurden von einem viel vordringlicheren technischen und militärischen Problem auf den zweiten Platz verwiesen. Es ging darum, rund 500 000 Mann, die noch immer von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auf der Wacht standen, wohlbehalten in die Heimat zurückzuführen. Pilsudski hatte sich ja der polnischen Eisenbahnen bemächtigt und die deutschen Besatzungstruppen unter seinen Befehl gestellt. Die Armee des Generals von Falkenhayn und die Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Eichhorn in Kiew waren dadurch in eine schwierige Lage geraten: Sie waren sozusagen von ihren Rückzugslinien abgeschnitten. Ihre Lage war um so bedrohlicher, als die Kunde vom deutschen Zusammenbruch im Westen den Partisanen-Trupps, die jetzt in wachsender Stärke die deutschen Abteilungen angriffen, neuen Mut machte.

Eine genaue Prüfung des Wortlautes der Verträge, die zu jener Zeit die Verhältnisse in Osteuropa regelten, läßt erkennen, daß sie recht unbestimmt abgefaßt waren und daher die verschiedenartigsten Auslegungen zuließen. Zwischen den Bestimmungen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, den die Alliierten nicht anerkannten, dem 13. Punkt Wilsons, der die Schaffung eines polnischen Staates forderte, ohne aber näher auf seine Grenzen einzugehen, und dem Waffenstillstandsvertrag, der die Räumung der besetzten Gebiete vorschrieb, ohne aber die Fristen dafür festzusetzen, verblieb der deutschen Obersten Heeresleitung noch eine gewisse Bewegungsfreiheit, wenn ihre Unabhängigkeit auch eingeschränkt war.

Die Aufgabe wurde dadurch erschwert, daß zur Lösung eines jeden dieser Probleme ein anderes Zeitmaß erforderlich war. In der Provinz

Posen mußte sofort eingegriffen werden. In Polen dagegen gebot die Klugheit eine abwartende Haltung. Aus Rußland schließlich mußten die Truppen so langsam wie möglich abgezogen werden, einmal deshalb, weil man möglichst viel von dem eroberten Gebiet behalten wollte, dann aber auch, um das Vordringen der sowjetischen Truppen aufzuhalten, die sehr bald über Deutschland hereinbrechen würden, wenn nichts geschah, um sie am weiteren Vorwärtskommen zu hindern. Diese Taktik hatte leider zwei Nachteile: Ging der Rückzug zu langsam vonstatten, so bestand die Gefahr eines allgemeinen Zerfalls der noch bestehenden Regimenter, und außerdem gewährte man dann Polen Zeit für seine innere Festigung.

Da die Oberste Heeresleitung von den erdrückenden Schwierigkeiten, vor die sie der Rückmarsch des Westheeres und die Räumung des linken Rheinufers stellte, und von ihren Bemühungen um einen recht engen Kontakt zur Berliner Regierung völlig in Anspruch genommen wurde, stellte sie ein Sonderkommando, den »Grenzschutz Ost«, auf, der sich aller die Ostgrenzen betreffenden Fragen annehmen sollte.

☆

Am dringendsten war sicherlich die Frage Posen. In Berlin wußte allerdings niemand so recht, was dort eigentlich vorging. Das Innenministerium erhielt die widersprechendsten Berichte von den deutschen Behörden in der Provinz Posen. Ebert wollte ein klareres Bild von der Lage gewinnen. Er sandte daher den Unterstaatssekretär Hellmuth von Gerlach nach Posen, der an Ort und Stelle eingehende Untersuchungen anstellen sollte.

Gerlach traf am 20. November in Posen ein[15], stattete zunächst General von Bock einen Besuch ab und führte dann der Reihe nach Besprechungen mit dem deutschen Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten, dem neuen polnischen Bürgermeister, dem deutschen Arbeiter- und Soldatenrat, dem gemischten Versorgungsausschuß und dem »Obersten Polnischen Rat«. Alle waren sich darin einig, daß eine allmähliche Beruhigung der in der Vorwoche recht verworrenen Lage eingetreten sei. Die deutschen und die polnischen Behörden hatten sich über ein Abkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung geeinigt.

Der »Oberste Polnische Rat« wollte von Herrn von Gerlach gern

15 Diese Angaben sind der Broschüre entnommen, die von Gerlach 1920 unter dem Titel »Der Zusammenbruch unserer Polenpolitik« in Berlin herausgab und der er seinen amtlichen Bericht zugrunde legte.

etwas Näheres über die künftige Grenzziehung erfahren, doch lehnte der Unterstaatssekretär die Beantwortung diesbezüglicher Fragen mit dem Bemerken ab, dafür sei er nicht zuständig. Die Regelung dieses Problems sei den Alliierten vorbehalten. Auf jeden Fall aber bat er seine Gesprächspartner, sich nicht zu übereilten Handlungen hinreißen zu lassen und den »Status quo« beizubehalten, bis die Pariser Friedenskonferenz eine Entscheidung gefällt habe. Der »Oberste Rat« stimmte dem zu, allerdings unter der Bedingung, daß sich die Berliner Regierung verpflichte, keine Truppen nach Posen zu schicken, die nicht aus der Provinz selbst stammten.

Gerlach wollte gerade zur Rückreise in den Zug steigen, da erreichte ihn ein Offizier der Kommandantur[16], der über eine soeben eingetroffene Meldung sichtlich erregt war. Einer glaubwürdigen Quelle zufolge sollte in Berlin die Absicht bestehen, mehrere Regimenter zur Rückeroberung der Provinz nach Posen zu schicken. Der Offizier beschwor Herrn von Gerlach, auf die Regierung einzuwirken, daß sie auf die Durchführung dieses unsinnigen Vorhabens verzichte. Sollten sich die Einheiten bereits auf dem Marsch befinden, müßten sie unter allen Umständen angehalten werden; ihr Erscheinen würde ohne jeden Zweifel zu blutigen Zusammenstößen führen. Das wäre das Ende der deutsch-polnischen Zusammenarbeit.

Nach seiner Rückkehr erstattete Gerlach dem Rat der Volksbeauftragten in Berlin ausführlich Bericht. Der Erregung der ersten Tage sei eine Phase der Entspannung gefolgt, und somit könne strenggenommen keine Rede mehr von einem »Aufstand« in der Provinz Posen sein. Gerlach riet daher zu einer Politik der Verständigung und warnte ausdrücklich vor jeder Gewaltanwendung, die die Provinz Posen in wilden Aufruhr stürzen würde. Dann wären wenige Bataillone zur Wiederherstellung der Ordnung keineswegs genug, sondern man würde dazu dreißig- bis vierzigtausend Mann benötigen. Die Volksbeauftragten gaben ihm in vollem Umfang recht. Im Einverständnis mit Ebert gab Gerlach am 23. November dem »Obersten Polnischen Volksrat« telegraphisch die Zusage, kein weiteres Regiment werde mehr in die Ostprovinzen entsandt werden.

Die Oberste Heeresleitung allerdings war über diesen Lauf der Dinge entsetzt. Die kleinmütige Schwäche der Zivilregierung grenzte in ihren Augen geradezu an Verrat. Die Provinz Posen war deutsch und mußte

16 Wahrscheinlich Hauptmann Anders, ein Offizier polnischer Herkunft aus dem Stabe des Generals von Bock.

deutsch bleiben! Kein Fußbreit deutschen Bodens sollte dem Feind überlassen werden. Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit war ein Verbrechen; mit Verrätern und Rebellen verhandelt man nicht!

Die Oberste Heeresleitung war sich gar nicht klar darüber, wie unangebracht diese Sprache war. Noch immer wollte sie Machtpolitik betreiben und erkannte nicht, daß ihr das nach dem Stand der Dinge nicht mehr möglich war. Zur Bekräftigung ihrer Auffassung berief sie sich auf den Waffenstillstandsvertrag. Hatten die Alliierten mit ihrer Forderung nach einem Rückzug des deutschen Ostheeres »hinter die Grenzen von 1914« nicht gleichzeitig auch ihre Absicht bekundet, Preußen die Provinz Posen zu belassen[17]? Vergebens wandte Herr von Gerlach dagegen ein, der 13. Punkt Wilsons habe zu dieser Frage sehr klar Stellung genommen, der größte Teil der Provinz Posen werde gewiß an Polen zurückfallen — die Oberste Heeresleitung wollte von ihrer Auffassung nicht abrücken. Der Erfolg des Rückzuges im Westen hatte sie verblendet und ihr ein unerschütterliches Selbstvertrauen eingeflößt. Es war die Zeit, da sie mit ihrem Kampf gegen die Soldatenräte begann, das Tragen roter Fahnen beim Heer verbot und gegen den Rat Eberts Vorbereitungen für den Kongreß in Ems traf. In der Frage der Ostprovinzen verharrte sie in derselben starren Haltung wie gegenüber den Revolutionären. Mit ihrer überlegenen Mißachtung der politischen Zusammenhänge machte sie aus einer im Verborgenen schwelenden Revolte einen hellen Aufstand.

Ohne Wissen der Berliner Regierung ließ Generalfeldmarschall von Hindenburg am 24. November den Divisions- und Korpskommandeuren den geheimen Befehl übermitteln, Freiwilligenverbände aufzustellen, »um die Verteidigung der Ostmarken sicherzustellen«. Diese Verbände sollten aus dem kaiserlichen Heer herausgelöst und der Führung des Grenzschutzes Ost unterstellt werden. Einige Tage später trafen die ersten Freiwilligen in den Ostprovinzen ein.

Die in der Provinz Posen lebenden Polen sahen in dieser Maßnahme einen schlagenden Beweis für die deutsche Doppelzüngigkeit. Zwischen der Berliner Regierung, die bindende Verpflichtungen eingegangen war, sie aber beim Oberkommando nicht durchsetzen konnte, und der Obersten Heeresleitung, die keinerlei Verpflichtungen übernommen hatte und sich das Recht anmaßte, nach eigenem Gutdünken zu verfahren,

17 »Der Waffenstillstand von Compiègne«, schrieb der polnische Schriftsteller Zygmunt Wieliczka ganz richtig, »überging die Frage des Ostens mit Schweigen, so daß größtenteils der Eindruck herrschte, daß uns diese Gebiete entgehen könnten.«

vermochten die Polen keinen Unterschied zu machen. Auch war ihnen nicht bekannt, daß es in Deutschland auf allen Stufen der politischen Macht eine wahre Doppelherrschaft gab.

Die Truppenzusammenziehungen an der schlesischen Grenze beunruhigten die Posener Bevölkerung, die sich nun jeder Verpflichtung entbunden fühlte und den Entschluß faßte, allgemeine Wahlen abzuhalten. Diese fanden in aller Heimlichkeit statt. Sie wurden so gut getarnt, daß die Berliner Regierung erst acht Tage nach der Abstimmung Kenntnis davon erhielt. Vom 3. bis zum 6. Dezember trat in Posen ein ordnungsgemäß gewählter polnischer Landtag zusammen, der fortan als autonome Regierung fungierte, Gesetze erließ, eine nationale Steuer erhob und offen an die Aufstellung von Milizeinheiten ging[18].

Die deutschen Staatsangehörigen und die Offiziere der Garnison erwiderten darauf am 12. Dezember mit einem »Deutschen Tag«. Sechstausend Soldaten der verschiedenen Einheiten des preußischen V. Armeekorps beteiligten sich an dem Umzug durch die Straßen der Stadt, bei dem »Deutschland, Deutschland über alles« gesungen wurde. Der deutsch-polnische Konflikt trat nun in seine entscheidende Phase ein.

☆

Die über Posen schwebende Drohung von deutscher Seite fand ihr Gegenstück in der auf Warschau lastenden sowjetischen Bedrohung; denn

---

18 M. K. Rzepecki, der Präsident des »Obersten Polnischen Rates« der Provinz Posen, gab in seinem Werk »Der Dezemberaufstand 1918 in Großpolen« darüber folgenden Bericht:
»Leutnant St. Rybka patrouillierte die Kasernen ab, besuchte die Forts, neutralisierte mittels einer Resolution die deutsche Artillerie in Solatsch. Die Lage war gefährlich, denn nach militärischen Berichten mochten damals in Posen und Umgebung noch 12 000 Mann deutsche Besatzung stehen. Am 16. Dezember besaßen wir schon 546 Gewehre in den Wachlokalen, und außerdem hatten viele Mitglieder ihre eigenen Waffen in früherer Zeit verborgen. Am 18. Dezember waren die Sanitätsstationen eingerichtet und organisiert. Fünftausend Zettel mit dem Befehl, sich zum Dienst einzufinden, waren unter die Führer der Kompanien ausgegeben, als ahnte man, daß diese Aufforderung uns sehr von Nutzen sein würde. Am 23. Dezember stellte der Kommandant Lange fest, daß wir 130 Chargierte und 2 000 auf jeden Ruf zum Kampfe fähige Leute hätten. Beständig sorgte man für Waffen, man kaufte, man fischte auf, was möglich war. Jede Organisation entnahm mittels Kniffen den Kasernen und Magazinen, was sie irgend herausbekommen konnte.
Der Einfluß und die Bedeutung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde mit jedem Tag geringer. Die Macht ging allmählich und automatisch in die Hände des Obersten Volksrates und des Volksrates der Stadt Posen über. Übrigens hatten im Arbeiter- und Soldatenrat seit Mitte November die Polen das Übergewicht. Die Herrschaft glitt jetzt den Deutschen ständig und mit verdoppeltem Tempo aus den Händen.« (Wiedergegeben von M. A. Loessner in seiner Broschüre: »Der Abfall Posens«, Danzig 1933, S. 12 und 13.)

während sich Feldmarschall von Hindenburg mit der Ausarbeitung von Plänen für eine militärische Unternehmung zur Wiederherstellung der Autorität des Reiches in Posen befaßte, legte Trotzki dem Obersten Kriegsrat in Petrograd in großen Zügen einen Angriffsplan vor, mit dem er die Legionen Pilsudskis hinwegfegen wollte. Dieser Feldzug war in seinen Augen »das Glied in der Kette, das die Oktoberrevolution mit der Revolution des ganzen westlichen Europa verbindet«, die Rache der Sowjets für die Schmach von Brest-Litowsk. Er sollte zum ersten proletarischen Kreuzzug gegen die kapitalistischen Westmächte werden. Am 18. November 1918 wurde dieser Plan gebilligt, und schon einige Tage später zogen die Russen ihre Streitkräfte zusammen. Die Kriegsvorbereitungen wurden so zügig vorangetrieben, daß die roten Divisionen bereits im Frühjahr 1919 ihren Vormarsch antreten konnten.

Pilsudski stand also vor keiner leichten Aufgabe. Wie eine Insel lag Polen inmitten eines Ozeans und war ständig der Gefahr ausgesetzt, von einer Sturmflut fortgerissen zu werden. Zum Schutze seiner noch recht fragwürdigen Grenzen, die bisher von keinem internationalen Vertrag garantiert wurden, standen ihm nur ungefähr 30 000 Mann zur Verfügung. Und dabei sah sich Polen Angriffen von allen Seiten zugleich gegenüber: im Norden von den Litauern, die Wilna behalten wollten; im Süden von den Tschechen, die beabsichtigten, gewisse Teile Schlesiens und die Grafschaft Teschen zu besetzen; im Südosten von den Ukrainern, die Lemberg genommen und eine selbständige »Republik der Westukraine« ausgerufen hatten. Pilsudski beobachtete daher nicht ohne Besorgnis, wie vom Osten her zusätzlich noch die Gefahr eines bolschewistischen Einfalls heraufzog.

Trotz all seiner Bemühungen, eine hinreichend starke Armee auf die Beine zu bringen[19], mußte der Führer der P.O.W. doch befürchten, von seinen Gegnern überrannt zu werden. Er richtete daher einen dringenden Appell an das »Polnische Nationalkomitee« in Paris und bat darum,

---

19 Die P. O. W. diente als Rekrutierungsorganisation für die drei Strzelecki-Brigaden, die aus den deutsch-österreichischen Internierungslagern befreit worden waren, die Divisionen Dowbor-Musnicki, Michaelis, Pulawy usw. Ihren Bemühungen war es zu verdanken, daß Pilsudski Ende November 1918 bereits 24 Bataillone Infanterie, fünf Batterien Artillerie und drei Schwadronen Kavallerie zur Verfügung standen, die mit den von den deutschen Soldatenräten in den Depots zurückgelassenen Waffen und Munitionsvorräten ausgestattet waren. Zwei Monate später erreichte die Stärke der neuen Armee 150 000 Mann. Die Zahl der Infanterie-Bataillone war von 24 auf 110, die der Batterien von 5 auf 85 und die der Kavallerie-Schwadronen von 3 auf 70 gestiegen. Außerdem standen noch zwei bis drei Fliegerstaffeln und eine Reihe technischer Einheiten zur Verfügung.

ihm das Expeditionskorps des Generals Haller, das in Frankreich unter dem Schutze der Alliierten entstanden war, zu schicken[20].

Fast gleichzeitig traf beim Polnischen Nationalkomitee in Paris auch ein Hilferuf des Posener Landtages ein, in dem die Posener nicht nur um die Befreiung von der deutschen Bevormundung, sondern auch von der des sozialistischen Kabinetts in Warschau baten. Für den Fall, daß ihrem Ansinnen nicht entsprochen würde, drohten sie mit der Proklamation eines selbständigen Staates.

Die Verhandlungsführer der Entente waren bestürzt. Wollte sich Polen bereits in zwei Teile aufspalten, bevor es überhaupt eine völkerrechtliche Stellung besaß? Und wollte es dann noch auf Grund seiner zwei Volksvertretungen das Stimmrecht bei der Pariser Friedenskonferenz verlieren?

Oberst House, einer der engsten Mitarbeiter Präsident Wilsons, vertrat die Auffassung, die polnische Sache sei verloren, wenn nicht sofort eingegriffen würde. Er bat Paderewski, als Vertreter des Polnischen Nationalkomitees und im Einverständnis mit dem Landtag in Posen nach Warschau zu reisen und dort eine Koalitionsregierung zu bilden. Paderewski stimmte zu. Neben seinem offiziellen Auftrag, die Einheit Polens zu retten, verfolgte er jedoch noch das heimliche Ziel, Pilsudski aus dem Weg zu räumen.

☆

Am 19. Dezember 1918 schiffte sich Paderewski auf dem britischen Kreuzer »Concord« ein, durchquerte in Begleitung einer Gruppe englischer Offiziere unter Leitung von Oberst Wade die Ostsee und ging trotz des Protestes der Hafenbehörden in Danzig an Land. Er reiste direkt nach Posen weiter, wo die Bevölkerung einen triumphalen Empfang für ihn vorbereitete. General von Bock schickte ihm jedoch einen Ordonnanzoffizier entgegen, der ihm mitteilen sollte, die Reichsregierung gestatte ihm das Betreten deutschen Bodens nicht.

Oberst Wade erklärte hierzu, Paderewski reise als Mitglied einer britischen Militärmission und mit Genehmigung der deutschen Waffenstillstandskommission nach Posen; doch der deutsche Offizier entgegnete, hier müsse wohl ein Irrtum vorliegen, denn den deutschen Behör-

20 Die Angehörigen dieses Expeditionskorps waren in Frankreich, Amerika und Italien angeworben worden. Seine Stärke belief sich auf ungefähr 100 000 Mann, die auf Kosten der amerikanischen Regierung mit Waffen und Ausrüstungsgegenständen ausgestattet worden waren.

den sei davon nicht das geringste bekannt. Er müsse daher das Eindringen Paderewskis auf deutsches Gebiet als eine Verletzung des Völkerrechts betrachten.

Paderewski aber setzte seine Reise unbeirrt fort und traf am 25. Dezember in Posen ein. Die ganze Stadt war ein einziges Meer polnischer, französischer, englischer und amerikanischer Flaggen. Der Abgesandte des Pariser Nationalkomitees nahm den Vorbeimarsch der polnischen Miliz ab und empfing die Willkommensgrüße der Stadtverwaltung.

Die Einheiten des preußischen V. Armeekorps beobachteten den Verlauf der Dinge mit wachsender Empörung. Eine Abordnung von Offizieren des 6. Grenadier-Regiments begab sich zum Polizeipräsidenten und verlangte die Einziehung der alliierten Fahnen. Ihre Forderung wurde abgelehnt. Eine Stunde später schwärmten die Grenadiere in der Stadt aus, rissen alle fremden Fahnen, die sie vorfanden, herunter und zerfetzten sie. Nur mühsam gelang es den Polen, ihrer Erregung Herr zu werden. Einige englische Offiziere erschienen in der Kommandantur und erhoben energischen Protest gegen die Beleidigung der britischen Farben. Sie forderten General von Bock auf, unverzüglich einzuschreiten, um diesen skandalösen Vorfällen ein Ende zu setzen. Durch einen Ordonnanzoffizier ließ ihnen General von Bock erwidern, er sei völlig machtlos, da ihm nach Lage der Dinge weder die Soldatenräte noch das Offizierskorps Gehorsam leisten würden. Um diese Diskussion abzuschließen, erklärte sein Chef des Stabes, General von Schimmelpfennig, »daß man sich immerhin auf preußischem Boden befände und man dort feindliche Fahnen nicht dulden könne«.

Paderewski hatte im Basar-Hotel eine Wohnung bezogen. Singend zog eine Schar von mehreren tausend Kindern[21] vor das Hotel. Die Menge versuchte, diesen Zug aufzulösen. Da brach plötzlich aus einer Seitenstraße heraus eine Abteilung des 6. Grenadier-Regiments hervor. Schüsse krachten, die ersten Opfer sanken zu Boden. Innerhalb weniger Minuten befand sich die ganze Stadt in hellem Aufruhr.

Eine Gruppe deutscher Soldaten hatte sich im Polizeipräsidium gegenüber dem Basar-Hotel eingenistet und nahm von dort aus die Wohnung Paderewskis unter heftiges Maschinengewehrfeuer. Drei Tage lang tobte in den Straßen Posens eine Schlacht, deren Opfer in die Hunderte gingen. Die Deutschen schienen Herren der Lage zu sein, doch gelang es den polnischen Freiwilligen, die deutschen Munitionslager nach Über-

21 Philipps behauptet in seinem Buch über Paderewski, es seien 10 000 gewesen, doch scheint diese Zahl stark übertrieben.

wältigung der Wachtposten im Sturm zu nehmen. Sie bemächtigten sich aller Waffen, die sie vorfanden, und eilten dann ins Stadtzentrum zurück. Dort schlugen sie ihr Hauptquartier im Hotel Paderewskis auf, brachten an allen Fenstern Maschinengewehre in Stellung und hißten auf dem Gebäude die rotweiße Fahne.

Die Nachricht von dem Aufstand in Posen ging wie ein Lauffeuer durch die ganze Provinz. Gruppen junger polnischer Aktivisten vertrieben die deutschen Garnisonen mit Handgranaten aus den Dörfern und Städten. Am 26. Dezember fiel die Stadt Gnesen in ihre Hand. Am 27. Dezember wurde Paderewski die Einnahme mehrerer anderer Ortschaften gemeldet. Die polnischen Behörden gaben sich alle erdenkliche Mühe, den Kampfeseifer der Aufständischen einzudämmen, fürchteten sie doch, eine Ausweitung der Unruhen könne Paderewski bei den Führern der Entente einen schlechten Dienst erweisen.

Am Abend des 28. Dezember wehte die rotweiße Fahne über der Kommandantur von Posen. Die polnischen und die deutschen Räte, die Arbeiter- und Soldatenräte, der Oberbefehlshaber und der Gouverneur der Provinz setzten sich zusammen, um ein gemeinsames Programm auszuarbeiten, das der Stadt Ruhe und Ordnung wiederbringen sollte. Es wurde beschlossen, den Belagerungszustand über Posen zu verhängen und die deutschen Offiziere zu entwaffnen und abzuschieben. General von Bock verwahrte sich gegen diese einseitige Maßnahme. Um klarzustellen, daß er die Beschlüsse der zivilen Behörden mißbilligte, erließ er einen Tagesbefehl, in dem er die polnischen und die deutschen Soldaten aufforderte, in ihren Quartieren zu bleiben und die Waffen niederzulegen.

☆

Am 30. Dezember trafen der preußische Innenminister Ernst und der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Göhre als Abgesandte der deutschen Regierung in Posen ein. Die Polen verlangten von ihnen den sofortigen Abzug des 6. Grenadier-Regiments, der ihnen auch zugesagt wurde.

Die näheren Umstände dieses Truppenabzuges schilderte Herr Rzepecki wie folgt[22]:

»Bei seiner Rückkehr von der Westfront zu Anfang Dezember zählte das 6. Grenadier-Regiment von Kleist noch volle 3000 Mann, am

22 Wiedergegeben von Loessner in: »Der Abfall Posens«.

23. Dezember, nach den ersten Kämpfen und der Niederlage des Regiments im Polizeigebäude, verblieb nur die Hälfte. Ständig desertierten Leute aus Furcht vor blutiger Vergeltung der Polen. Als daher am Montag, dem 30. Dezember, nachmittags, eine Beratung der Mitglieder des Berliner Ministeriums auf dem Rathause stattfand, konnte der Regimentskommandeur Grußdorf auf seine Leute nicht mehr rechnen und nahm daher eine versöhnliche Haltung ein. Der polnische Stadtkommandant Maciaszek traf mit dem Regimentskommandeur ein schriftliches Abkommen und erteilte dem Genossen Wiese den Befehl, die Grenadierkaserne zu räumen. Das Regiment mußte zwölf Maschinengewehre, 67 Kisten Munition und 80 überflüssige Gewehre in der Kaserne zurücklassen.

Am frühen Morgen eskortierte Ciazynski mit zehn Mann und einigen preußischen Kavalleristen die Sechser auf den Bahnhof, und die 2. Kompanie der Volkswehr aus Lazarus überwachte aus der Nähe die Grenadiere, damit sie in Ordnung nach dem Bahnhof zögen. Es taten uns aber die Gewehre und die Munition leid, die uns entgingen. So vertrat denn die 3. Kompanie der Sicherheitswehr (P.O.W.) bei der ersten Station Elsenmühle den Deutschen den Weg und nahm ihnen die überflüssige Munition ab, leider nicht die Gewehre, und so fuhren sie über Kreuz nach Stettin.

Am gleichen Tage fiel das Warthe-Lager, das ständige Lager der Posener Garnison. Unterdessen schlug Przyjemsky mit 16 Mann auf die neue Trainkaserne los, woselbst zwei Kompanien deutscher Eisenbahntruppen lagen. Sie übergaben die Kaserne, die Pferde, die Vorräte in panischem Schrecken und rissen in ihr Vaterland aus.«

Die deutschen Truppen fühlten sich von ihrer eigenen Regierung im Stich gelassen und ließen sich in den darauffolgenden Tagen von den Polen entwaffnen, soweit sie sich nicht selbst auflösten. Nur die IV. Flieger-Abteilung in Lawica lehnte die Übergabe ab und verbarrikadierte sich in ihrer Kaserne. Sie wurde am 4. Januar von zahlenmäßig weit überlegenen polnischen Streitkräften, die die Kaserne stürmten, zur Kapitulation gezwungen.

Zwei Tage später warf eine Fliegerstaffel, die in Frankfurt an der Oder gestartet war, als Vergeltung einige Bomben auf die von den Polen besetzte Kaserne.

Der »Oberste Polnische Rat« ließ nun General von Bock als Geisel verhaften. Am hellichten Tage wurde er zur Zitadelle geschleppt, doch

war er nur noch ein menschliches Wrack. Die Aufregungen der letzten Wochen hatten ihn gebrochen. Ende Januar wurde er entlassen und nach Deutschland zurückgeschickt.

Wie kam es, daß die Oberste Heeresleitung, die noch einen Monat zuvor so anmaßend aufgetreten war, hier nicht eingegriffen hatte? Warum hatte sie die an der schlesischen und preußischen Grenze versammelten Truppen nicht in Marsch gesetzt? Das war darauf zurückzuführen, daß die Zeitspanne zwischen dem 24. Dezember 1918 und dem 7. Januar 1919 der Phase ihrer tiefsten Ohnmacht entsprach. Das kaiserliche Heer war aufgelöst; General Lequis hatte soeben seine Niederlage bei den Weihnachtskämpfen in Berlin einstecken müssen. Der Generalstab zählte nur noch ein paar Männer, die den Mut verloren hatten und nur von den Ermahnungen des Majors von Schleicher um den Feldmarschall zusammengehalten wurden[23]. Die spartakistische Revolution hatte in Deutschland die Oberhand gewonnen.

☆

Paderewski einigte sich mit den Mitgliedern des polnischen Landtages über die Grundlagen einer nationalen Regierung, verließ am 1. Januar Posen und begab sich nach Warschau, wo er noch am gleichen Abend im Hotel Bristol abstieg. Die Bevölkerung bereitete ihm einen wahrhaft königlichen Empfang. Er hatte allerdings kaum Zeit, sich die Huldigungen und Reden anzuhören, denn er mußte Pilsudski einen Besuch abstatten. Die Zukunft des Landes hing von dem Ergebnis dieser Besprechung ab.

Die Begegnung der beiden Männer fand am nächsten Morgen statt, und gleich bei den ersten Worten kam es zu einem Zusammenstoß zweier voneinander völlig verschiedener Persönlichkeiten. Hier standen sich der Galizier und der Litauer, der Künstler mit der Löwenmähne und der Tatmensch mit dem Bürstenhaarschnitt, der National-Demokrat und der Sozialist gegenüber und konnten sich über nichts einig werden. Kein Argument vermochte den Granit, aus dem der einstige Führer der P.O.W. gemacht war, zu erweichen. Hochmütig und verschlossen hatte er die Stufen zur Macht Schritt für Schritt erklommen, und diese Macht wollte er mit niemandem teilen. Mit herrischer Geste wies er denn auch alle »Anregungen« des Nationalausschusses in Paris zurück.

Enttäuscht und erregt kehrte Paderewski ins Bristol-Hotel zurück.

---

23 Siehe oben, S. 95.

Dort erfuhr er durch geheime Boten der national-demokratischen Partei, daß ein Putsch in Vorbereitung sei: Pilsudski sollte in der Nacht vom 4. zum 5. Januar gestürzt werden. Paderewski wurde aufgefordert, an der Verschwörung teilzunehmen, doch lehnte er dieses Ansinnen nach einigem Zögern ab. Er wollte sich mit der Rolle des einfachen Zuschauers begnügen und reiste nach Krakau, als die Verschwörer gerade den Stabschef Pilsudskis, General Szepticki, verhaften ließen. Der Kaltblütigkeit dieses Mannes war es dann zu verdanken, daß der Staatsstreich kläglich zusammenbrach. Pilsudski tat die ganze Angelegenheit, die er als Kinderei ansah, mit väterlicher Gebärde ab. Seinen Gegnern aber hatte er gezeigt, daß seine Machtstellung so leicht nicht zu erschüttern und der Versuch zwecklos war, ohne ihn regieren zu wollen.

Als Paderewski nach Warschau zurückkehrte, hatte er aus diesen Ereignissen seine Lehren gezogen. Er hatte sich ein Bild davon machen können, wie ungeheuer beliebt Pilsudski war; sein Ansehen war zu tief im Herzen der Polen verwurzelt, als daß man daran hätte denken können, ihn aus der Regierung auszuschließen. Er war bereits zum »Dziadek«, zu jenem sagenumwobenen Großvater geworden, dessen Taten sich die Leute des Abends am Kamin erzählen.

Pilsudski aber waren für die Gefahren, die all diese inneren Streitigkeiten für Polen mit sich brachten, die Augen geöffnet worden. Wohl hatte er mit dem Schwert die Grundlagen für den neuen Staat geschaffen, doch konnte er das geplante Gebäude ohne die Hilfe der Alliierten nicht vollenden. So trafen denn diese beiden Männer zu einer zweiten Unterredung zusammen und beschlossen, ihre Kräfte zum Wohle des Landes zu vereinigen. Pilsudski beauftragte Paderewski mit der Bildung einer Regierung, die dann am 17. Januar 1919 zusammengestellt wurde. In diesem Kabinett waren die drei in Polen bestehenden Parteien vertreten. Paderewski bekleidete den Posten des Ministerpräsidenten und des Außenministers.

Die Gefahr einer doppelten Vertretung Polens bei der Friedenskonferenz war somit beseitigt. Am nächsten Tage, also am 18. Januar, kehrte Paderewski nach Paris zurück.

☆

Mittlerweile hatten sich die Ereignisse in Berlin überstürzt. Die Unabhängigen waren aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschieden, Noske hatte die Landesverteidigung übernommen, und auch in der Verwaltung hatte es erhebliche Umbesetzungen gegeben. Der Kriegsmini-

ster, der Innenminister und der Außenminister waren abgelöst worden. Herr von Gerlach, der bisherige Leiter der polnischen Abteilung im Innenministerium, war von seinem Posten zurückgetreten. Seine Nachfolge hatte Unterstaatssekretär Heinrichs übernommen, ein Beamter alter Schule, hochmütig, schroff und ein entschlossener Befürworter von Gewaltlösungen. Die Freikorps hatten unter Führung des Generals von Lüttwitz Berlin zurückerobert, und Noske hatte es verstanden, eine unerwartet hohe Zahl von Freiwilligen für seine Verbände zu gewinnen. Ein neues Heer war im Aufbau begriffen.

Mehr brauchte die Oberste Heeresleitung nicht, um neuen Mut zu schöpfen. Kaum bot sich ihr ein neuer Hoffnungsschimmer, als auch schon ihr alter Hochmut wiederkehrte. Sie hatte sich im Wesen nicht geändert, nur war ihr das Instrument ihrer Macht in den Händen zerbrochen. Doch was sie mit dem alten kaiserlichen Heer nicht hatte erreichen können, hoffte sie mit den Freikorps der Reichswehr durchzusetzen.

Trotz der Zwischenfälle in Posen hatte sich die Regierung Ebert um die Aufrechterhaltung der Verbindung zu den polnischen Behörden bemüht und wollte die neue Grenzlinie in einer freundschaftlichen Vereinbarung aushandeln.

Was aber hatte das Gerede von »neuen Grenzen« zu bedeuten? Die Oberste Heeresleitung versagte ihre Zustimmung und verlangte den Abbruch der Verhandlungen, die Waffenstreckung der Polen in der ganzen Provinz Posen und die Hissung der deutschen Fahne auf allen Gebäuden. Erst dann wollte sie Verhandlungen mit den Polen billigen. War sie sich nicht klar darüber, wohin ihre starre Haltung führen mußte?

Die Oberste Heeresleitung durfte nun annehmen, daß Noske und Lüttwitz in der Lage seien, die Berliner Unruhen zu unterdrücken; auch die Streitkräfte des Generals Maercker zur Sicherung von Weimar hielt sie für ausreichend und beschloß daher, ihr Hauptquartier näher an die Ostgrenzen zu verlegen. Am 10. Februar zog sie von Kassel nach Kolberg um, wo sie sofort mit den Vorbereitungen für ein gewaltsames Eingreifen begann. Ihr Plan lief offenbar darauf hinaus, die Provinz Posen durch zwei getrennt operierende Freikorpsgruppen in die Zange zu nehmen. Die Nordgruppe unter General Otto von Below[24] sollte aus dem Raum Thorn und Bromberg vorgehen, nach der Besetzung von Schubin, Znin, Labischin und Zlotnik auf Gnesen marschieren und

24 Der ehemalige Kommandierende General des I. Reserve-Korps.

damit den nördlichen Teil von der übrigen Provinz Posen abschneiden[25]. Die Südgruppe unter General von dem Borne sollte von Oberschlesien aus vorgehen und nach der Besetzung von Kalisch, Szczypiorno, Ostrowo, Krotoschin, Adelnau und Schildberg weiter nach Norden vorstoßen[26]. Beide Gruppen sollten sich dann nach der Entwaffnung aller polnischen Milizeinheiten, auf die sie unterwegs stießen, in Posen vereinigen.

Die Nordgruppe eröffnete entschlossen den Angriff und nahm zunächst die Stadt Culmsee, wobei es auf polnischer Seite sechs Tote und 20 Verwundete gab. Bereits am 2. Februar befand sich die Stadt wieder unter deutscher Verwaltung. Sie war für den in Vorbereitung befindlichen Feldzug von größter Bedeutung, da sie den Knotenpunkt der Eisenbahnlinien Thorn—Graudenz—Danzig, Thorn—Bromberg und Thorn—Allenstein bildete[27]. In den nächsten Tagen wurden an der Grenze der Ostmarken Heimatschutzverbände, »Regrost«-Kompanien (Reserve-Grenzschutz-Ost) und Landsturm-Bataillone zusammengezogen[28]. Hindenburg richtete an seine Truppen einen feierlichen Appell, in dem er der siegreichen Offensive des Jahres 1914 gedachte und die Freiwilligen ermahnte, mit dem gleichen Heldenmut zu kämpfen wie ihre Väter. Vielleicht träumte er schon von einem neuen Tannenberg...

Paderewski aber schlug nach seiner Rückkehr Alarm in Paris[29]. Daraufhin ließ Marschall Foch am 16. Februar in Trier die Waffenstillstandskommission zu sich kommen und verlangte im Namen der Alliierten klar und eindeutig »die Einstellung des deutschen Angriffs gegen die Polen in Posen, Ostpreußen und Oberschlesien«. Dann zog er um Polen herum eine Demarkationslinie, die die deutschen Truppen unter keinen Umständen überschreiten dürften und die so lange Gültigkeit haben sollte, bis der Friedensvertrag die endgültigen Grenzen Polens

---

25 Vgl. Tomaczewski: »Die Kämpfe um die Netze« (»Walki o Notec«), Verlag der Katholischen Druckerei A. G. in Posen, Posen 1930. Dieses Werk wurde auf der Grundlage des »Archivs des historischen Referats des D. O. K. VII« in Posen zusammengestellt.

26 Vgl. Zygmunt Wieliczka: »Von der Prosna bis Rawitsch« (»Cod Prosny po Rawicz«), Verlag des Wojewodschafts-Instituts in Posen, Posen 1931.

27 Vgl. Ernst von Basedow und Paul Correns: »Schicksalsstunden. — Unvergeßliches aus schweren Tagen in Posen und Westpreußen«, R.-von-Decker-Verlag, Berlin 1925.

28 Am 15. Februar richtete die Oberste Heeresleitung einen Aufruf an »das gesamte wehrfähige Sachsenvolk« zur Einschreibung in die Freiwilligen-Verbände des Grenzschutzes-Ost.

29 Schon am 15. Januar 1919 hatte sich Msgr. Dalbor, der Bischof von Gnesen und Posen, an Marschall Foch gewandt und ihn beschworen, dem Eindringen der deutschen »Heimatschutzverbände« Einhalt zu gebieten.

Grenzen Polens, von Marschall Foch bestimmt.
Rumänisch-russische Grenze.
Andere Grenzen.
Rückmarschwege der deutschen Ost-Armeen.
Preußisches Polen.
Russisches Polen.
Österreichisches Polen.
OSTSEE
Riga
KURLAND
Libau
Mitau
Schaulen
Tilsit
Königsberg
Wilna
Danzig
LITAUEN
OSTPREUSSEN
Allenstein
Bromberg
Thorn
Posen
Weichsel
Warschau
Brest-Litowsk
POLEN
DEUTSCHES REICH
Breslau
SCHLESIEN
Kiew
UKRAINE
Krakau
Lemberg
GALIZIEN
TCHECHOSLOWAKEI
Dnjestr
BUKOWINA
BESSARABIEN
UNGARN
Donau
Odessa
RUMÄNIEN
SCHWARZES MEER

bestimmte[30]. Die Einheiten, die sich noch innerhalb der verbotenen Zone befanden, mußten unverzüglich zurückgezogen werden.

Diese Forderung, die Erzberger der Nationalversammlung in Weimar übermittelte, schlug dort wie eine Bombe ein. Die Regierung war bestürzt. Der deutsche Außenminister, Graf von Brockdorff-Rantzau, vertrat Ebert gegenüber die Auffassung, eine Nichtverlängerung des Waffenstillstandes sei der Annahme derartig demütigender Bedingungen vorzuziehen. Doch was sollte man tun? Eine Ablehnung hätte unweigerlich den Einmarsch der alliierten Truppen in Westfalen, Frankfurt, Weimar und Berlin nach sich gezogen. Die Oberste Heeresleitung hatte durch ihre Unbesonnenheit und ihr mangelndes Verständnis für die politische Lage die Regierung in eine heikle Lage gebracht. Diese mußte nun einer Demarkationslinie zustimmen, die ungleich ungünstiger war als die, die sie in direkten Verhandlungen erreicht hätte[31]. Das militärische Oberkommando aber hatte — wie schon am 11. November 1918 in Réthondes und am 10. Dezember 1918 in Trier — auch diesmal nicht die Verantwortung zu übernehmen. Die Folgen seiner Handlungsweise hatte abermals die Zivilregierung zu tragen, und die Unzufriedenheit des Volkes über die neuen Vereinbarungen richtete sich gegen das Parlament.

Die Nationalversammlung, der diese Bedingungen vorgelegt wurden, entschied sich nach mehrstündiger Debatte für die Unterzeichnung[32]. Am 20. Februar 1919 unterwarf sich Deutschland dem Ultimatum der Alliierten.

☆

Das Veto Fochs setzte den Plänen der Obersten Heeresleitung hinsichtlich Polens zwar ein Ende, erschwerte aber zugleich die Rückführung der

---

30 Diese Linie verlief über Groß-Neudorf, Schubin, Exin, Samotschin, Kolmar, Czarnikau, Biala, Birnbaum, Bentschen, Wollstein, Lissa und Rawitsch.

31 »Die Forderungen über die Räumung Posens und Oberschlesiens«, schrieb Erzberger darüber in seinen Erinnerungen (S. 359), »waren von so ungeheuerer Tragweite, daß ich es ablehnte, ohne die Zustimmung der erstmals tagenden Nationalversammlung darüber zu verhandeln. — Noch vor meiner Abreise hatte ich mehrere preußische Minister gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß eine friedliche Verständigung mit Polen herbeigeführt würde. Ich erhielt darauf die Antwort: ›Mit Meuterern verhandelt Preußen nicht!‹ Worauf ich sagte, daß es aber doch viel unangenehmer sei, wenn wir vom Gegner unter Zwang gestellt würden und dann mehr geben müßten als bei einer direkten Verständigung mit Polen. Meine Befürchtungen waren nur zu sehr begründet.« Daraus kann man ersehen, daß die Ansichten Gerlachs durch die Auffassung Erzbergers bestätigt wurden.

32 Um die Oberste Heeresleitung zu zwingen, diese Entscheidung zu respektieren, beschlossen die Sozialdemokraten, die Unterstützungsgelder für die Freiwilligen im Osten zu sperren.

deutschen Armeen aus dem Raume zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer ganz erheblich.

In den ersten Tagen des Rückzuges im November 1918 hatte die Oberste Heeresleitung den Oberbefehlshaber Ost angewiesen, die Rückzugsbewegung möglichst hinhaltend durchzuführen. Nun schlug diese Verzögerungstaktik auf ihre Urheber zurück, denn ein Durchzug durch Polen war unmöglich geworden. Die Einheiten, die in der Ukraine und im Raum von Kiew standen, waren daher zu einer weit ausholenden Umgehungsbewegung über Kurland, Litauen und Ostpreußen gezwungen. Das bedeutete eine Verlängerung ihres Marschweges in die Heimat um mehrere tausend Kilometer. General von Falkenhayn, der Oberbefehlshaber der 10. Armee, hatte seinen Truppen in einem Tagesbefehl bereits eingeschärft, »noch drei weitere Monate auszuharren, um ihren Kameraden im Kaukasus und am Don die Rückkehr ins Vaterland zu ermöglichen«.

Der Rückzug, der sich an der Westfront in tadelloser Ordnung abgewickelt hatte, ging an der Ostfront jedoch unter ganz anderen Bedingungen vonstatten. Die Straßen waren vereist oder aber in grundlose Schlammlöcher verwandelt. Der Eisenbahnverkehr geriet völlig ins Stocken[33]. Lokomotiven und Waggons wurden nur durch Drohungen oder nach endlosem Bitten bereitgestellt. Bei Rostow am Don ließ sich ein ganzes Bataillon widerstandslos von einer Handvoll »meist mit Mistgabeln und Keulen bewaffneter Bolschewiken entwaffnen[34]«. Am nächsten Tag wurden alle Offiziere umgebracht, die Mannschaften bis aufs Hemd ausgeplündert und über die Schneefelder davongejagt.

Die bislang unterwürfige Bevölkerung wurde von Tag zu Tag frecher und aufsässiger. Der Hetman Skoropadski hatte die Rada der Ukraine aufgelöst, war dann aber seinerseits von Petljura, dem Führer der ukrainischen Nationalpartei, gestürzt worden. Petljura erklärte, er werde keinen Deutschen aus dem Lande lassen, sondern sie alle zwingen, sich an der Verteidigung der ukrainischen Grenzen gegen die Moskowiter zu beteiligen.

Diesen Drohungen zum Trotz, die Petljura im übrigen wohl kaum hätte wahrmachen können, hatte das Gros der deutschen Truppen Anfang Januar die Krim und die Ukraine geräumt. Zurückgeblieben war lediglich die Heeresgruppe Kiew, die sich in der Gewalt des ukrainischen

33 Vgl. »Die Rückkehr des Ostheeres«, in: »Neue Preußische Zeitung« vom 24. Januar 1919.
34 E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 111.

»Direktoriums« befand. In Charkow lag das Oberkommando mit seinem letzten Divisionsstab dem Feind gegenüber. Nur 5000 deutsche Soldaten waren noch zu evakuieren, die letzten Bataillone und die letzten Batterien. Zwei oder drei Tage noch, und sie wären in Sicherheit gewesen ...

Da aber rollten am 3. Januar 1919 Züge mit Rotgardisten nach Charkow, die von den deutschen Sicherheitstruppen widerstandslos durchgelassen wurden. Die Soldaten der Garnison machten gemeinsame Sache mit den Revolutionären und rissen ihren Offizieren die Achselstücke und die Abzeichen herunter. Der General beschloß angesichts dieses widerwärtigen Schauspiels, mitten im Winter den Rückmarsch nach Deutschland anzutreten.

So verminderte sich der dünne Schleier deutscher Truppen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer von Tag zu Tag. Im Laufe der nächsten Wochen zogen die Bataillone, die sich nicht selbst aufgelöst hatten, in endlosen, eintönigen Märschen, meist im Schneesturm, gen Norden. Nach ihrem Abzug nahmen polnische Freiwillige ihren Platz ein. Im Februar besetzte General Rydz-Smigly die Stadt Kowel, im März General Listowski Brest-Litowsk. Am 28. April räumten die Deutschen Grodno.

Der Abzug der deutschen Truppen wurde vom sowjetischen Generalstab unverzüglich ausgenutzt. Immer näher schoben sich die roten Divisionen Trotzkis, Budjennys, Tuchatschewskis und Stalins an die polnischen Gebiete heran. Schon kam es zu Gefechten zwischen den Legionären der P.O.W. und roter Kavallerie. Pilsudski richtete einen zweiten Hilferuf nach Paris und ersuchte darum, ihm mit aller Dringlichkeit die Armee des Generals Haller zur Verfügung zu stellen.

Nach einigen Tagen hartnäckiger Verhandlungen zwischen General Nudant und der deutschen Waffenstillstandskommission einigten sich Marschall Foch und Erzberger über den Transport der polnischen Divisionen auf dem Landwege durch Mitteldeutschland. Für die Einhaltung der Termine, die Kosten der Transporte und die Sicherheit der Zivilbevölkerung gaben die Alliierten bestimmte Garantien.

Vom 7. bis 15. April kehrte die 100000 Mann zählende Armee des Generals Haller in die Heimat zurück und stieß dort zu den Truppen Pilsudskis, deren Stärke Ende des Jahres 900000 Mann erreichte. Diese Armee erhielt die Aufgabe, den Ansturm der sowjetischen Divisionen aufzufangen. Sie warf die Bolschewisten nach einem erbitterten Kampf, an dem General Weygand hervorragend beteiligt war, am 16. August 1920 in der Schlacht von Warschau zurück — ein polnisches Marnewunder!

Mit dem Ultimatum des Marschalls Foch, dem Eintreffen des Generals Haller in Polen und dem Rückzug der letzten deutschen Armeen an die Ostsee war der jahrhundertelange Traum von einer deutschen Ausdehnung nach dem Osten ausgeträumt. Der Versuch der Obersten Heeresleitung, wenigstens Lettland und Litauen in der Hand zu behalten, blieb erfolglos[35]. Lebendig aber blieb in ihrem Gedächtnis das Bild von den wohlgefüllten Kornspeichern der Ukraine; auch die Anziehungskraft der unendlichen, offen daliegenden Gebiete blieb wirksam auf die Tatenfreudigkeit deutschen Pioniergeistes, ebenso die Erinnerung an jene heldischen Zeiten, da deutsche Regimenter bis an die Vorgebirge des Kaukasus vorgedrungen waren ...

Im Laufe der Geschichte kann eine Niederlage durchaus auch einmal unerwartete Vorteile mit sich bringen. Ohne das Veto der Alliierten hätte die Oberste Heeresleitung gewiß den Fehler begangen, sich auf ein Abenteuer einzulassen, das ihr schließlich nur Enttäuschungen gebracht hätte. Da sie aber gezwungen wurde, auf einen Angriff gegen Polen zu verzichten, konnte sie alle Kräfte zum Kampf gegen die Revolution im Innern Deutschlands zusammenfassen. Was sie in Posen verlor, gewann sie in Bayern und Sachsen zurück. Nun, da die Frage der Grenzziehung ihrem Einfluß entzogen war, stand sie vor einer Aufgabe, die sehr viel bedeutungsvoller war, als es auf den ersten Blick erscheinen mochte. Es ging jetzt darum, die Ordnung in Magdeburg und Braunschweig wiederherzustellen, die Loslösung Bayerns vom Reich zu verhindern und dem Abfall ganz Süddeutschlands Einhalt zu gebieten. Mit einem Wort: Es ging um die Rettung der Einheit des Reiches.

35 Vgl. Band II, Kapitel I–III: Das deutsche Abenteuer im Baltikum.

XV Die Reichswehr rettet die Einheit des Reiches

1. Magdeburg, Braunschweig

Noske hatte die Freikorps zunächst mit der Wiederherstellung der Ordnung in Bremen und Mülheim, in Halle und in Berlin beauftragt. Die erforderlichen Operationen hatten sich auf dem Boden Preußens oder, genauer gesagt, auf dem der norddeutschen Bundesstaaten abgespielt. Nun aber sollte die Reichswehr ihre Tätigkeit auf das gesamte Reichsgebiet ausdehnen. Selbstsicherer und auch zahlenmäßig stärker als zuvor nahm sie den Kampf gegen die separatistischen Regierungen auf, die in den süddeutschen Staaten die Macht an sich gerissen hatten.

Die Freikorps sahen sich dadurch vor größere und klarer umrissene Aufgaben gestellt. Fortan sollten sie in den Provinzen, in denen sie eingriffen, nicht allein Ordnung und Sicherheit wiederherstellen, sondern ihnen darüber hinaus ein höheres Prinzip historischer und moralischer Rangordnung nahebringen: die Idee der Einheit und Unteilbarkeit des Reiches.

Dieser Gedanke, zu dessen Bannerträger die Reichswehr wurde, fand seinen vollkommensten Ausdruck in den Unternehmungen gegen Bayern und Sachsen, hatte jedoch bereits bei den Operationen gegen Magdeburg und Braunschweig allmählich Gestalt angenommen.

☆

In Magdeburg rangen zwei sich feindlich gegenüberstehende Regierungen um die Macht: ein gemäßigtes sozialistisches Kabinett und der radikale Soldatenrat des IV. Armeekorps. Der Rat stützte sich auf eine 400 Mann starke Miliz und ein Wachregiment, das sich zum größten Teil aus Unabhängigen und revolutionären Matrosen zusammensetzte. Die Stärke dieser Truppe betrug 1 500 Mann; sie war in zwei Bataillone aufgeteilt.

Am 2. April 1919 faßte Brandeis, der Vorsitzende des Soldatenrates des IV. Armeekorps, im Einverständnis mit den Soldatenräten des XVI. und des XXI. Armeekorps[1] den Beschluß, sämtliche Offiziere und Beamte

1 Das XVI. und das XXI. Armeekorps hatten vor 1914 in Metz und in Saarbrücken gelegen. Infolge der Rückkehr Lothringens zu Frankreich und der Besetzung des Saargebietes waren sie nach Magdeburg verlegt worden.

ihrer Ämter zu entheben, sich von der Reichsregierung loszusagen, die Beziehungen zu Berlin abzubrechen, eine selbständige rote Republik auszurufen und Verbindung mit Rußland und Sowjet-Ungarn aufzunehmen.

Die Aussichten, die eine solche Politik eröffnete, riefen bei den Magdeburger Sozialisten Entsetzen hervor. Sie schickten eine Abordnung zu Noske und baten ihn um Hilfe. Sie selbst verpflichteten sich, eine Miliz aus altgedienten Unteroffizieren aufzustellen, die den Schutz der öffentlichen Gebäude übernehmen sollte. Noske sagte ihnen Unterstützung durch Regierungstruppen zu, bestand jedoch darauf, daß die Magdeburger selbst energischer vorgingen und von sich aus »konstruktive Bemühungen« unternahmen.

Diese Worte des Reichswehrministers machten den Magdeburger Sozialisten Mut. Sie fielen nun von einem Extrem ins andere, ließen Brandeis und seine beiden Gehilfen Kegel und Völker festnehmen und alle drei zur Aburteilung nach Berlin überstellen. Die Unabhängigen schlugen sofort zurück: Sie riefen den Generalstreik aus. In den Kruppwerken und bei Wolff in der Arbeitervorstadt Buchau wurde die Arbeit niedergelegt.

Dühring und Artelt, die Anführer der Matrosen, die hier die gleiche Rolle spielten wie Radtke und Dorrenbach in Berlin, hielten es indessen für klüger, sich einiger Geiseln zu bemächtigen. Sie ergriffen den Reichsminister Landsberg, der sich auf der Durchreise in Magdeburg aufhielt[2], den früheren Kommandierenden General des IV. Armeekorps, General von Kleist, Hauptmann von Einem und fünf weitere Offiziere.

Noch am gleichen Tage wurden die Munitionslager der Zitadelle und des Kommandantenwerders geplündert und die hier erbeuteten 800 Gewehre an die revolutionären Verbände verteilt. Auch die Verpflegungslager wurden gestürmt, ohne daß das Wachregiment Anstalten machte, sich dem zu widersetzen.

Am nächsten Tag jedoch bildete sich aus ehemaligen Unteroffizieren des 28. Infanterie-Regiments unter Führung von Leutnant Elste die erste Keimzelle eines Freikorps. Am Nachmittag des 8. April besetzten diese Männer die Zitadelle, den Bahnhof und die Hauptpost. Eine Volksmenge, unter die sich einige Züge Matrosen gemengt hatten, wollte sie von dort vertreiben, doch wurden die Manifestanten mit Handgranaten in Schach gehalten. Zur selben Stunde brachen auch Kämpfe um die

2 Landsberg bekleidete in der Reichsregierung nacheinander den Posten eines Finanz- und den eines Justizministers.

ebenfalls von einigen Unteroffizieren verteidigte Redaktion der sozialistischen »Volksstimme« aus. Die Lage wurde immer ernster; die Radikalen drohten damit, die Geiseln zu erschießen.

Die Nachricht von der Verhaftung des Ministers Landsberg und des Generals von Kleist traf in der Nacht vom 7. zum 8. April in Berlin ein. Noske fuhr empört auf. Noch nirgends hatten sich die Radikalen bislang dermaßen dreist aufgeführt.

»Niemals werde ich ein solches Vorgehen zulassen!« tobte er und trommelte mit seinen riesigen Fäusten auf der Schreibtischplatte herum. »Niemals werde ich die Auflösung des Reiches zulassen!«

Er griff zur Feder und entwarf ein Ultimatum an den Soldatenrat des IV. Armeekorps, den er aufforderte, Landsberg und die anderen Geiseln unverzüglich freizulassen. Eine solche Botschaft würde freilich ohne gleichzeitige Gewaltandrohung unwirksam bleiben. Daher ließ Noske General Maercker kommen und gab ihm den Auftrag, sogleich nach Magdeburg zu marschieren. Dazu gab er ihm noch folgende Anweisungen:

1. Befreiung des Reichsministers und der Offiziere des Generalkommandos;
2. Entwaffnung der Bürgerwehr;
3. Umbildung des Wachregiments und Auflösung der Matrosen-Abteilung;
4. Durchführung der kriegsministeriellen Verordnung vom 19. Januar 1919[3];
5. Verhaftung der Personen, die an der Festnahme der Offiziere und des Ministers beteiligt waren, sowie der Unruhestifter und Verbrecher[4].

Am 8. April nachts arbeitete Maercker seinen Feldzugsplan aus. Da in Halle und Weimar eine Besatzung bleiben sollte, konnte er nur über die II. und die V. Jäger-Abteilung verfügen. Zur Verstärkung seiner Streitkräfte stellte er noch eine Sonderabteilung unter Führung von Major Hasper auf. Außerdem ersuchte er das Gruppenkommando des Generals von Lüttwitz darum, ihm den Panzerzug Nr. 3 zu überlassen.

Am 9. April um 1 Uhr morgens setzten sich die Truppen in Richtung Magdeburg in Bewegung. Der Stab der Landesjäger, die II. und die V. Abteilung trafen im Morgengrauen dort ein und wurden ohne Zwi-

---

3 Vgl. oben, Kap. X, S. 150/151.

4 Einige Wochen zuvor hatten die Unabhängigen die Tore der Gefängnisse geöffnet und ohne Unterschied die politischen wie die kriminellen Gefangenen freigelassen.

schenfälle auf dem Hauptbahnhof, der ja am Vorabend von den regierungstreuen Unteroffizieren des IV. Armeekorps besetzt worden war, ausgeladen. Die Abteilung Hasper dagegen war durch eine Störung im Eisenbahnverkehr aufgehalten worden und traf erst am Nachmittag ein. Wie üblich, wies Maercker jeder Abteilung einen bestimmten Abschnitt zu: die II. Abteilung sollte den Süden, die V. Abteilung das Zentrum und die Abteilung Hasper den Norden der Stadt besetzen.

Angesichts der Truppenentladung bekamen die Mitglieder der sozialistischen Regierung Magdeburgs Angst vor der eigenen Courage — obgleich sie es doch selbst gewesen waren, die Noske um Hilfe gebeten hatten. Jetzt, da es galt, den Rubicon zu überschreiten, schreckten sie zurück und suchten nach Ausflüchten, da sie die Folgen ihres Hilferufes fürchteten. General Maercker wurde gebeten, die Besetzung der Stadt aufzuschieben. Als Begründung wurde angegeben, noch am selben Vormittag solle eine Massenkundgebung auf dem Domplatz stattfinden. Maercker lehnte dieses Ansinnen mit der Bemerkung ab, die Truppen befänden sich bereits auf dem Marsch und könnten nicht mehr angehalten werden.

Tatsächlich rückten die Abteilungen sofort in die ihnen zugewiesenen Stadtteile ab. Mit Trommelwirbel und Trompetensignalen verkündeten Jägerstaffetten an allen Straßenkreuzungen, daß über die Stadt das Standrecht verhängt worden sei. Die öffentlichen Gaststätten mußten um 10 Uhr abends schließen, alle Menschenansammlungen wurden untersagt. Wer gegen diese Anordnungen verstieß, sollte von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden.

Die wichtigsten strategischen Punkte im Abschnitt der II. Abteilung waren der Hauptbahnhof, die Hauptpost, das Generalkommando des IV. Armeekorps und das Regierungsgebäude am Domplatz. Das Postamt und das Generalkommando wurden rasch besetzt. Als der Rest der Abteilung unter Major von Mayernitz jedoch auf dem Domplatz anlangte, stieß er dort auf eine dichte Menschenmenge von fünf- bis sechstausend Demonstranten.

Von diesem Zusammentreffen überrascht und angesichts ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit ein wenig verwirrt, sammelten sich die Jäger, Waffe bei Fuß, vor dem Regierungsgebäude. Mit wütendem Geschrei stürzte sich die Volksmenge sogleich auf sie. Die Soldaten wurden beschimpft und angerempelt. Major von Mayernitz mußte befürchten, überrannt zu werden, und ließ Maschinengewehre in Stellung bringen. Er verbot den Soldaten aber, ohne besonderen Befehl von der Waffe

Gebrauch zu machen. Dann schickte er einen Unterhändler zu den Demonstranten und ließ ihnen sagen, die Redner dürften ihre Ansprachen beenden, sofern sie sich kurz faßten.

Die Menge wogte daraufhin ans andere Ende des Platzes zurück, wo der Matrose Artelt zu den Anwesenden sprach und sie beschwor, den Streik so lange fortzusetzen, bis sich Brandeis und seine Genossen wieder in Freiheit befänden. Gleich nach Beendigung seiner Rede zerstreute sich die Menge. Ungefähr 1000 Demonstranten aber blieben zurück und gingen mit verdoppelter Heftigkeit erneut gegen die Soldaten vor. An die 100 besonders erregte Menschen machten Anstalten, die Tore des Regierungsgebäudes aufzubrechen und vergriffen sich auch an den Jägern. Da verlor Major von Mayernitz die Geduld und befahl seinen Männern, mit aufgepflanztem Bajonett gegen die Menge vorzugehen. Es folgte ein furchtbares Handgemenge. Die Jäger waren erbittert über die Beschimpfungen, denen sie ausgesetzt waren; einige schossen auf die Demonstranten. Aus der Menge brachen Schmerzensschreie auf. In panischer Angst stoben die Revolutionäre in alle Winde auseinander. Einen Augenblick später war der Platz geräumt.

Die Demonstranten hatten sieben Tote und 30 Verletzte; bei den Jägern war niemand ernsthaft verwundet worden. Dennoch aber war die Truppe erregt; sie spürte, daß ihre Führer sie einer unnützen Gefahr ausgesetzt hatten, wobei sie beinahe überwältigt worden wäre. »Ich hatte mit meinen Anordnungen«, gestand Maercker, »fast mehr die Interessen eines uns feindseligen Straßenpöbels vertreten, als die meiner Jäger. Die Truppe durfte durch solche Anweisungen unter keinen Umständen gefährdet werden. Die Nerven der Mannschaften waren auf eine zu harte Probe gestellt worden. Ich habe mir den Vorfall zur Lehre dienen lassen[5].«

Während sich diese Ereignisse im Abschnitt der II. Abteilung abspielten, führte die V. Abteilung ihren Auftrag aus, das Stadtzentrum zu besetzen. Sie übermittelte dem Wachregiment die Aufforderung, die Waffen zu übergeben, die Geiseln freizulassen und bis 10 Uhr morgens das Quartier zu räumen. Das Wachregiment fügte sich widerstandslos. Um 11 Uhr rückte die Infanterie der Abteilung in die Mark-Kaserne, die Artillerie in die Magdeburg-Kaserne und die Kavallerie in die Reitschule ein. Die Abteilung Hasper, die einige Stunden später eintraf, besetzte den Norden der Stadt und übernahm den Schutz der Proviant-

5 Maercker, a. a. O., S. 189.

lager am Flußhafen. Das Generalkommando Lüttwitz schickte das nach seinem Entstehungsort benannte »Freikorps Görlitz« unter Oberstleutnant Faupel[6] zur Verstärkung nach Magdeburg, das nun die Besetzung der nördlichen Stadtviertel übernahm. Die Abteilung Hasper zog sich nach Osten zurück und nahm die Kasernen am anderen Elbe-Ufer in Besitz.

Nachdem somit Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, die Geiseln befreit[7] und das Wachregiment, die Bürgerwehr und die Matrosenrotten aufgelöst worden waren, mußte der zweite Teil des Auftrages erfüllt werden: die Durchführung der Verordnung vom 19. Januar und die Aufstellung von Freiwilligenverbänden, die nach dem Abzug der Landesjäger die Ordnung aufrechterhalten sollten.

Zu diesem Zweck ließ General Maercker vom Generalkommando ein »Regiment Magdeburg« aufstellen. Es bestand aus drei Bataillonen, die in jedem der drei Besatzungsabschnitte Sicherungsaufgaben übernahmen. Dieses Regiment wurde dann noch durch eine »Einwohnerwehr« verstärkt, die ebenfalls in drei Abteilungen gegliedert war und deren Führer ständig in Verbindung mit den Befehlshabern der drei Besatzungsabschnitte bleiben sollten.

Dieser Plan wurde in der Zeit vom 10. bis zum 13. April in die Tat umgesetzt. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben. Abgesehen von einigen örtlichen Zwischenfällen verhielt sich die Bevölkerung ruhig. Sollte den Jägern nun endlich ein wenig Ruhe vergönnt sein? Keinesfalls! »Kaum hatten wir unsere Aufgabe erfüllt«, berichtete Maercker, »da warf schon wieder eine neue Gefahr ihre Schatten voraus.« Am Morgen des 10. April erschienen zwei Braunschweiger Flugzeuge über Magdeburg und warfen über der Stadt Flugblätter mit revolutionären Parolen ab. Am gleichen Tage trafen immer dringlichere Hilferufe aus verschiedenen Ortschaften Braunschweigs ein, wo die Radikalen alle Arbeiter schikanierten, die die Arbeit wiederaufgenommen hatten.

In Dresden war am 12. April der sächsische Kriegsminister Neuring von einer Gruppe spartakistischer Kriegsversehrter ermordet worden. Noske wies Maercker sofort an, nach Braunschweig zu marschieren, während das »Freikorps Görlitz« nach Dresden zog.

---

6 Dieser Offizier hatte auch am 10. November 1918 die ersten Delegierten des Soldatenrates empfangen (vgl. oben, S. 53).

7 Im letzten Augenblick hatten die Radikalen versucht, Minister Landsberg im Auto zu entführen und ihn nach Braunschweig zu bringen. Der Wagen wurde jedoch angehalten und Landsberg befreit.

Am Vormittag des 14. April nahm General von Kleist den Vorbeimarsch der Landesjäger ab, die mit Tornister und wehenden Fahnen feldmarschmäßig ausgerüstet an dem einstigen Kommandierenden General des IV. Armeekorps vorbeizogen. Am frühen Morgen des nächsten Tages rollten sie mit Transportzügen bereits ihrem neuen Einsatz entgegen.

☆

So gingen die Kämpfe Tag um Tag weiter. Kaum war die Ordnung in einer Stadt wiederhergestellt, als der Einsatz der Freikorps in einer anderen bereits wieder notwendig wurde.

Nach Braunschweig hatte eine Kieler Matrosenbrigade schon am 7. November 1918 den Keim der Revolution getragen. Die Stadt war schnell zu einer Hochburg des Spartakismus geworden. Unter dem Vorsitz des früheren Schneidergesellen Merges hatte sich hier eine radikale Regierung gebildet, in der Frau Faßhauer, eine Flaschenspülerin, das Amt einer Volksbeauftragten für Kunst und Wissenschaft bekleidete. Innerhalb weniger Wochen war die Stadt zu einer Freistätte für alle flüchtigen Spartakisten und polizeilich gesuchten Aufwiegler geworden. Hier hatten auch Eichhorn und Dorrenbach Unterschlupf gefunden.

In der zweiten Novemberhälfte hatten die Unabhängigen die Macht in der Stadt ergriffen, ohne auf ernsthaften Widerstand zu stoßen. Zwar hatten sich die Truppen der Garnison — insbesondere das 92. Infanterie-Regiment und das 17. Husaren-Regiment — geweigert, den Befehlen des Soldatenrates nachzukommen, doch hatte das kommunistische Direktorium am 28. Dezember 1918 unter bewußtem Bruch der Militärkonvention von 1867 ihre Auflösung angeordnet. Um eine ordnungsgemäße Demobilmachung zu gewährleisten, hatte die Oberste Heeresleitung die Truppen aus Braunschweig abziehen müssen.

Seither waren die Radikalen Herren der Stadt. Ihre erste Sorge galt der Aufstellung revolutionärer Milizen, die sich aus einer »Volkswehr« und einer »Volksmarine-Division« zusammensetzten und im herzoglichen Schloß sowie in der Husarenkaserne Quartier bezogen. Außerdem hatte der Soldatenrat an einen Teil der Arbeiterbevölkerung Waffen ausgeben lassen. Alle diese Streitkräfte unterstanden einem besonderen Oberkommando. Ihre Anführer verkündeten öffentlich, sie bildeten den Kern für eine mächtige rote Armee, deren Aufgabe es sei, die Freikorps zu vernichten und an die Stelle der Reichswehr zu treten.

Diese Milizen wurden täglich ausgebildet, waren strenger Disziplin

unterworfen und außerdem hervorragend ausgerüstet. Durch eine Verordnung vom 19. November 1918 war die Verwaltung des gesamten Kriegsmaterials des alten kaiserlichen Heeres einem besonders zu diesem Zwecke geschaffenen »Reichsverwertungsamt« übertragen worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat verletzte auch diese Verordnung und maßte sich das Recht an, nach eigenem Gutdünken über alles auf seinem Gebiet befindliche Kriegsmaterial zu verfügen. Auf diese Weise hatte er sich trotz des Einspruchs des Kommandierenden Generals des X. Armeekorps eine ungeheure Menge von Waffen und Munition, darunter 25 Geschütze aus dem Artilleriedepot Wolfenbüttel, angeeignet und diese Beute an die verschiedenen revolutionären Verbände verteilt.

Auf Betreiben von Merges wurde am 21. Januar der Generalstreik ausgerufen. Anfang Februar trat Frau Faßhauer, offenbar in der Erkenntnis, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen war, aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Einen Monat später folgte Merges ihrem Beispiel. Das Direktorium wurde von einer neuen Regierung abgelöst, in der sowohl Sozialdemokraten wie Unabhängige vertreten waren. Die beiden Radikalen Sepp Oerter und Eckardt übernahmen die Ministerien des Innern und der Verteidigung.

Obwohl gemäßigte Kräfte im Kabinett vertreten waren, unternahmen diese nichts, um den Arbeiter- und Soldatenrat an seinem immer radikaleren Treiben zu hindern. Der Rat beschloß den Abbruch der Beziehungen zu Berlin und den Anschluß Braunschweigs an die Dritte Internationale. Die Werbung von Freiwilligen für die Freikorps und vor allem für den »Grenzschutz Ost« wurde untersagt. Alle Werbeagenten, die für Preußen arbeiteten, sollten wegen Hochverrats ins Gefängnis gesteckt werden. Schließlich ließ der Rat die Bahnlinien besetzen und alle Militärtransporte, die durch Braunschweig kamen, entwaffnen. Die Braunschweiger roten Milizen bekundeten damit »von vornherein ihre deutliche Spitze gegen das Reich und gegen eine einheitliche Reichspolitik[8]«.

Die bereits recht gespannte Lage wurde am 9. April durch den Beschluß des Arbeiterrates, den Streik auch auf die Reichsbahn auszudehnen, noch verschärft. Die Eisenbahner legten die Arbeit auf den beiden größten Bahnhöfen Braunschweigs sofort nieder. Am 10. April griff die Bewegung, die immer weitere Kreise zog, auf Helmstedt, Wolfenbüttel, Schöppenstedt und Schöningen über. Abteilungen der roten Miliz be-

8 Nach der Denkschrift Noskes an Maercker. Vgl. Maercker, a. a. O., S. 196.

setzten am 11. April den sehr wichtigen Bahnhof Holzminden und unterbrachen damit die Eisenbahnlinien Paderborn—Soest und Arnsberg—Hagen. Am 12. April kam es in Vorwohle und Jerxheim zu ähnlichen Vorfällen. Kein Lebensmittel- oder Kohlezug gelangte mehr nach Braunschweig. Die Verbindungen zwischen Mitteldeutschland und dem Ruhrgebiet waren abgeschnitten. Im Bereich der Eisenbahndirektion Magdeburg stauten sich 5 000 beladene Güterwagen, verstopften den Güterbahnhof und lähmten den gesamten Verkehr. Es war keine Zeit mehr zu verlieren, wenn es nicht zur Katastrophe kommen sollte.

☆

Am gleichen Tage, also am 12. April, gab Noske General Maercker den Auftrag, nach Braunschweig zu marschieren. Seine Weisungen waren viel umfassender als die für die Magdeburger Unternehmung und trugen einen betont politischen Charakter. Maercker sollte:

1. wieder Ordnung in die militärischen Angelegenheiten bringen;
2. die derzeitige Räteregierung absetzen;
3. eine neue Regierung bilden;
4. den Arbeiter- und Soldatenrat auflösen.

Um eine vorzeitige Warnung der revolutionären Verbände zu vermeiden, wurden der Marschbefehl und die Vorbereitungen für diese Unternehmung geheimgehalten. Maercker hätte sein Kommen lieber öffentlich angekündigt. Er war der Überzeugung, eine ganze Reihe »spartakistischer Flüchtlinge« würde bei der Nachricht von seiner Ankunft erneut die Flucht ergreifen. Doch war er nicht der Mann dazu, an den ihm erteilten Befehlen herumzudeuteln. Er ordnete sich den Weisungen des Reichswehrministeriums unter, forderte aber die Genehmigung, sogleich den Belagerungszustand über den gesamten »Freistaat Braunschweig« zu verhängen. Diese Genehmigung wurde ihm erteilt.

Das Unternehmen begann am 14. April mit einem Vorstoß des Panzerzuges nach Börssum. Dabei gab es sieben Tote und acht Verletzte bei den Spartakisten und einen Toten und vier Verwundete bei den Landesjägern. Am 15. April besetzte Major Meyn, der Kommandeur der V. Jäger-Abteilung, nach heftigem Kampf Helmstedt; die Jäger machten 70 Gefangene. Im Laufe des Nachmittags wurde die Eisenbahnlinie Helmstedt—Magdeburg freigekämpft. Gleichzeitig warfen Flugzeuge von

der Staffel Hauptmann Krockers[9] über Braunschweig Flugblätter ab und verkündeten den Belagerungszustand, bevor noch die Truppen Maerckers in die Stadt eingerückt waren.

Die Spartakisten wurden sogleich unsicher. Sepp Oerter, der das Innenministerium leitete, unterrichtete Maercker telephonisch davon, die Arbeit in den Fabriken sei wiederaufgenommen worden, und bat ihn, den Einmarsch der Truppen zu verschieben. Er machte den Vorschlag, am nächsten Tag, dem 16. April, Delegierte zu Verhandlungen nach Magdeburg zu schicken; doch Maercker, an den schon öfter solche Bitten gerichtet worden waren, wußte, was er davon zu halten hatte. Er teilte Oerter mit, Verhandlungen kämen nicht in Frage. Wenn die Braunschweiger wünschten, die Weisungen der Reichsregierung einzusehen, dann sollten sie nur selbst nach Helmstedt kommen.

Diese energische Sprache waren die Revolutionäre nicht mehr gewohnt. Bestürzt trafen Antrick, Sepp Oerter und Eckardt am Vormittag des 16. April als Abgesandte beim Befehlsstand des Majors Meyn in Helmstedt ein. Sie baten darum, in die Absichten General Maerckers eingeweiht zu werden. Major Meyn empfing sie in seinem Arbeitszimmer und verlas ihnen folgenden Text:

»Im Einvernehmen mit der Reichsregierung werde ich zur Durchführung der mir von dieser erteilten Aufträge folgende Maßnahmen treffen:

1. Die Bevölkerung wird entwaffnet nach Maßgabe meines noch zu veröffentlichenden Befehls.
2. Die bestehende Volksmarine-Division und Volkswehr werden aufgelöst. Die bisherigen Angehörigen dieser Verbände, die nicht die Braunschweiger Staatsangehörigkeit besitzen, werden abgeschoben. An Stelle der aufgelösten Verbände treten neue nach meiner Anweisung.
3. a) Die bisherige Regierung in Braunschweig setze ich ab. Eine neue Regierung, entsprechend der Zusammensetzung der Landesversammlung, richte ich ein.
   b) Den Braunschweiger Arbeiterrat löse ich auf.
   c) Der Expräsident Merges und die kommunistischen Volkskommissare Oerter, Eckardt und der frühere Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Husar Schütz aus Berlin, werden in Schutzhaft genom-

9 Diese Staffel gehörte zum Jägerkorps.

men, bis über die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens und den Erlaß eines gerichtlichen Haftbefehls gegen diese Personen entschieden ist. Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und die Umstände es erfordern, wird gegen andere Personen in gleicher Weise verfahren.

Den Umfang meiner militärischen Maßnahmen mache ich von dem Verhalten der bisherigen Regierung und der Bevölkerung des Freistaates Braunschweig abhängig.

Magdeburg, den 16. April 1919.

(gez.:) Maercker
Generalmajor und Kommandeur
des Freiwilligen Landesjägerkorps.«

Die Delegierten waren bestürzt und blickten sich schweigend an. Sie konnten es nicht fassen, daß die Berliner Regierung Maercker so weitreichende Vollmachten erteilt haben sollte. Gewiß handelte es sich um einen Bluff des Kommandeurs des Landesjägerkorps. Ausgeschlossen, daß Ebert ihm eine derartige Einmischung in die Angelegenheiten der politischen Vertretung eines Bundesstaates gestattet haben sollte . . . Sie berieten kurz miteinander und erklärten dann Major Meyn, eine so offensichtliche Verletzung der gültigen Gesetze des Freistaates Braunschweig erschiene ihnen unfaßbar.

Major Meyn entgegnete darauf ruhig, es werde Blut fließen, wenn die Regierung sich nicht ohne weitere Erörterung den Anordnungen General Maerckers füge. Oerter und Eckardt riet er dazu, lieber nachzugeben als sich dem Einmarsch des Expeditionskorps mit Waffengewalt zu widersetzen. Er forderte sie auf, alle Patrouillen der Volkswehr nach Hause zu schicken und den Matrosen zu verbieten, sich auf den Straßen zu zeigen. Außerdem verlangte er die Räumung der Kasernen von den roten Milizen, um Platz für die Reichstruppen zu schaffen.

Abermals beratschlagten die Delegierten und wußten nicht, was sie tun sollten. Plötzlich unterbrach das Rollen eines Zuges die Stille, die seit der Ausrufung des Generalstreiks auf dem Bahnhof geherrscht hatte. Der erste Jägertransport rollte nach Braunschweig. Andere Züge folgten in regelmäßigen Abständen. Aus den Öffnungen der Wagentüren blinkte der Stahl der Geschütze und Maschinengewehre.

Die Delegierten wurden von diesem Schauspiel nicht gerade beruhigt und versprachen Major Meyn, seinen Forderungen »im Rahmen des Möglichen« nachzukommen. »Auf dem Rückweg konnten sie sich dann

überzeugen, daß der Truppenaufmarsch gegen Braunschweig in vollem Gange war«, schrieb Maercker.

Gleich nach der Umkehr der Abgesandten setzte sich Maercker insgeheim mit den ehemaligen aktiven Unteroffizieren des 92. Infanterie-Regiments und des 17. Husaren-Regiments in Verbindung. Er forderte sie auf, von sich aus der Volksmarine-Division und der Volkswehr ein Ultimatum zu stellen. Sie sollten diesen Verbänden zur Räumung des herzoglichen Schlosses und der Kasernen zwei Stunden Zeit geben. Die Posten der Volkswehr seien abzuziehen und durch Polizeibeamte oder Unteroffiziere zu ersetzen. Diese Anordnungen wurden pünktlich ausgeführt, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. Maercker hatte sich auf diese Weise an Ort und Stelle Hilfe verschafft.

»Die seit Anfang April zahlreich einlaufenden Mitteilungen des Reichswehrministers und anderer Stellen über die Möglichkeit starken Widerstandes in Braunschweig«, berichtete er weiter, »legten mir die Pflicht auf, alles zu tun, was in meinen Kräften stand, um diesen Widerstand rasch und völlig niederschlagen und die Stadt vor weiteren Schäden, Plünderungen und Unruhen schützen zu können ... In der Absicht, in Braunschweig gründlich aufzuräumen, wurde ich bestärkt, als mir von dort ein Stadtplan zugesandt wurde, der die von der revolutionären Verteidigung geplanten, recht beachtenswerten Verteidigungsmaßnahmen enthielt.«

☆

Bevor er zu Taten schritt, überprüfte Maercker noch einmal die Stärke seiner Streitkräfte. Aus Berlin war General von Roeder mit einem Teil seines Schützenkorps nach Magdeburg gekommen, so daß Maercker die II. und die V. Jäger-Abteilung sowie die Abteilung Hasper aus der Stadt abziehen konnte. Aus Halle holte er sich noch die III. Abteilung, die er mit Reserven aus dem Sennelager auffüllte. Dennoch aber blieb die Frage offen, ob seine vier Abteilungen selbst mit diesen Verstärkungen ausreichen würden, um das Unternehmen zum Erfolg zu führen. Maercker befürchtete das Gegenteil. Er zog es vor, Noske um weitere Verstärkungen zu bitten.

Der Reichswehrminister leitete sein Gesuch an das Generalkommando Lüttwitz weiter, das ihm daraufhin die Kavallerie-Schützen-Brigade unter Oberst Graf Magnis und die 2. Marine-Brigade des Freikorps von Lettow-Vorbeck unter Korvettenkapitän Ehrhardt[10] schickte. Zu diesen

10 Es handelt sich dabei um die gleiche berühmte Brigade Ehrhardt, die später in Berlin und in Oberschlesien viel von sich reden machte (vgl. Band II).

Elite-Verbänden stießen noch mehrere Freiwilligengruppen aus den früheren Regimentern des X. Armeekorps unter Führung von Major Pflugrath und Major Moldenhauer.

Maercker wollte alle diese Verbände gleichzeitig vorrücken lassen und stellte sie daher in einem Kreis ungefähr 8 Kilometer vor der Stadtgrenze Braunschweigs auf. Zur festgesetzten Zeit sollten sie gleichzeitig losmarschieren und von Norden, Süden und Osten in die Stadt eindringen.

In der Nacht vom 16. zum 17. April rückten diese Truppen in die zugewiesenen Bereitstellungsräume ein und bezogen rasch ihre Ausgangsstellungen. Der Aufmarsch erfolgte in vollständiger Ordnung.

Nie zuvor war ein strategischer Plan sorgfältiger ausgearbeitet worden. Alle Eventualitäten waren in die Berechnungen einbezogen. Jede Einheit und jeder Mann stand am vorgesehenen Platz. Die Offiziere hielten einen letzten Appell ab, und die Soldaten suchten sich mit dem Reinigen der Bajonette und dem Einfetten der Gewehre über die fieberhafte Erwartung hinwegzutäuschen. Der morgige Tag würde die Entscheidung bringen. Nicht ohne heimliche Sorge sahen sie das Licht des neuen Tages aufdämmern.

Strahlend erhob sich der Morgen. Um 9.30 Uhr gab Maercker den Angriffsbefehl. Mit aufgepflanztem Seitengewehr stürmten die Soldaten vorwärts. Sie hatten Befehl, Widerstand mit allen Mitteln zu brechen und jeden, der sich ihnen entgegenstellte, niederzumachen. Gewehre, Maschinengewehre und Granatwerfer waren schußbereit . . .

Da aber geschah etwas Unerwartetes, geradezu Wunderbares. Lag es an der strahlenden Helle dieses ersten Frühlingstages, der Nähe des Osterfestes oder dem kriegerischen Aussehen der Freiwilligen? Nichts von dem erwarteten Widerstand! Ganz im Gegenteil: Eine zunächst unruhige, dann aber vor Freude in Jubel ausbrechende Menschenmenge lief den Maerckerschen Jägern und Ehrhardts Matrosen entgegen. Geschütze und Granatwerfer, Maschinengewehre und Bajonette waren bald mit Schlüsselblumen und Kornblumen, Narzissen und Klatschmohn überdeckt. Überall wurden die einmarschierenden Soldaten mit Beifall aufgenommen. Die Straßen waren in ein Meer von Fahnen in den alten kaiserlichen Farben getaucht, laut ertönten die Glocken, und Tausende von Menschen begleiteten unter dem Gesang »Deutschland, Deutschland über alles« die Abteilungen in ihre Kasernen.

Auch im Laufe der nächsten Tage verhielt sich die Bevölkerung ruhig. Da sich keine Anzeichen eines Aufstandes zeigten, beschloß

General Maercker, eine Parade abzuhalten, um der Braunschweiger Bevölkerung die Macht des Reiches vor Augen zu führen und ihnen den Unterschied zwischen seinen Truppen und denen der Revolutionsregierung recht deutlich zu machen.

Diese Parade fand am Ostersonntag statt. Während die Glocken mit aller Macht läuteten und das Fest der Auferstehung verkündeten, marschierten die Truppen, an der Spitze die Musik, an einer riesigen Zuschauermenge vor dem Obelisk und der Löwenhalle vorbei. »Ich selbst wurde derartig umdrängt«, sagte Maercker, »und mit Blumen überhäuft, daß ich kaum vorwärts reiten konnte[11].« An der Spitze marschierte die erst vor kurzem aufgestellte Abteilung Pflugrath, die auf ihrer Standarte das springende weiße Roß zeigte. Dann folgten die Kavallerie-Schützen-Brigade, die Brigade Ehrhardt und schließlich die vier Jäger-Abteilungen.

Den ganzen Nachmittag über feierte die Bevölkerung begeistert ihre Befreier. Dieser denkwürdige Tag, der mit frohen Gesängen zu Ende ging, war wie ein Lichtstrahl in tiefer Finsternis.

☆

Nachdem die Stunden der Begeisterung vorbei waren, mußten die Angelegenheiten des Landes wieder in Ordnung gebracht werden. Sepp Oerter und Eckardt, die das Spiel verloren gaben, stellten sich den neuen Behörden. »Ich hielt es für angebracht«, schrieb Maercker, »ihre Schutzhaft möglichst wenig lästig zu gestalten.« Dorrenbach war nicht aufzufinden, und Eichhorn war im Flugzeug entkommen.

Doch wenn die Freikorps von der Braunschweiger Bevölkerung auch begeistert empfangen worden waren und die revolutionären Milizen sich kampflos ergeben hatten, so nahm die Regierung doch eine ganz andere Haltung ein. So unglaublich es auch erscheinen mag — die Regierungsmitglieder wandten sich mit einem Protesttelegramm an Noske und bezeichneten das Eingreifen Maerckers als verfassungswidrig.

Mit dieser Beschuldigung muß man sich ein wenig näher befassen, denn so merkwürdig sie auch erscheinen mag, entbehrte sie doch nicht der rechtlichen Grundlage. Im April 1919 war die Weimarer Verfassung, obschon in großen Linien bereits ausgearbeitet, noch nicht verabschiedet worden[12]. Ihre Bestimmungen, vor allem aber der Artikel 48,

---

11 Maercker, a. a. O., S. 217.
12 Die Weimarer Verfassung trat erst am 11. August 1919 in Kraft.

der die Reichsregierung ermächtigte, die Ordnung in den Bundesstaaten notfalls mit Waffengewalt wiederherzustellen, waren noch nicht rechtskräftig[13]. Gesetzeskraft hatte daher nur die Verfassung von 1871, nach der jedes Eingreifen Preußens von der vorherigen Zustimmung des Bundesrates abhängig war. Der Bundesrat aber bestand seit November 1918 nicht mehr, und es war ausgeschlossen, ihn zusammenzurufen. »Es lag also«, schrieb Maercker dazu, »der eigenartige Zustand vor, daß die Reichsregierung tatsächlich keine gesetzlich einwandfreie Möglichkeit besaß, gegen Bundesstaaten, die das Reich in irgendeiner Weise gefährdeten, vorzugehen. In dieser Zwangslage mußte die Reichsregierung schon aus Selbsterhaltungstrieb ihre Machtmittel anwenden.«

Doch hatten ausgerechnet die Radikalen ein Recht dazu, Noske Verfassungsbruch vorzuwerfen? Hatten sie nicht selbst zuvor die Konvention von 1867 verletzt? Und war es letzten Endes nicht eine Ironie des Schicksals, daß sich ausgerechnet die Revolutionäre auf die kaiserliche Verfassung beriefen?

Maercker schnitt denn auch alle diese Erörterungen mit der Erklärung ab, er werde ganz einfach eine Militärdiktatur einsetzen, falls sich die politischen Parteien nicht binnen kürzester Zeit über ein neues Kabinett einigen könnten. Das ließen sich die Politiker nicht zweimal sagen. Die Opposition war plötzlich wie vom Erdboden verschwunden. Wenige Tage später wurde unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Dr. Jasper eine vorläufige Regierung gebildet, die die Geschäfte bis zum 24. April wahrnehmen sollte. Der Landtag würde dann ein endgültiges Kabinett ernennen.

Neben diesen politischen Verhandlungen setzte Maercker die militärische Neuorganisation eifrig fort. Zunächst stellte er, wie auch in Halle und in Magdeburg, ein »Jägerregiment Braunschweig« auf, dessen Reglement auf dem Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 beruhte. Dieses Regiment setzte sich aus einer Kompanie von Unteroffizieren, einer Schwadron der 17. Husaren und einer Batterie des 26. Artillerie-Regiments zusammen und stand unter der Führung von Oberst Graf von der Schulenburg.

Im Laufe der nächsten Tage wurde die Ordnung allmählich wiederhergestellt. Der Eisenbahnverkehr lief wieder normal, und in den Fabriken nahm der Streik ein Ende. Mit Ausnahme einiger kleiner, schnell unterdrückter Zwischenfälle in Blankenburg, Braunlage und

13 Vgl. oben, Kap. XI, S. 164.

Holzminden herrschte in Braunschweig und Umgebung Ruhe. Der Belagerungszustand wurde aufgehoben, Maercker zog seine Truppen nach und nach zurück, um in der Bevölkerung nicht den Eindruck zu wecken, sie lebe in einer besetzten Stadt. Die V. Abteilung kehrte nach Helmstedt zurück, die III. Abteilung rückte in den Abschnitt Wattenbüttel—Wendeburg—Oelper—Völkenrode ab. Die Abteilung Hasper bezog ihr Quartier in Wolfenbüttel. Nur die II. Abteilung unter Major von Mayernitz verblieb in der Stadt, wo sie gemeinsam mit dem »Regiment Braunschweig« den Ordnungsdienst wahrnehmen sollte.

Im übrigen hatte sich der Schauplatz der entscheidenden Ereignisse von Braunschweig nach Bayern verlagert. Zu dieser Stunde bereitete Noske bereits seine Unternehmung gegen München vor. Die Truppen, die dazu bestimmt waren, an der neuen »Reichsexekution« teilzunehmen, versammelten sich unter der Führung des Generals von Oven in Thüringen. Die Brigade Ehrhardt und die Kavallerie-Schützen-Brigade verließen Braunschweig am 23. und am 25. April und marschierten zur bayrischen Grenze.

In jener Woche vom 26. April bis zum 3. Mai 1919 hielt ganz Deutschland den Atem an und richtete seinen Blick auf Bayern. Die anderen militärischen Operationen wurden eingestellt oder blieben in der Schwebe bis zum Ergebnis des Marsches auf München. An den Ufern der Isar wurde nun die Entscheidung ausgetragen. Vom Ausgang dieser Expedition hing das Schicksal des Reiches ab.

XVI Die Reichswehr rettet die Einheit des Reiches

2. München

Was geschah in München, was konnte Deutschland in eine solche Aufregung versetzen? Wie war es überhaupt möglich, daß die dortigen Vorfälle eine so außergewöhnliche Bedeutung gewinnen konnten? Das soll in diesem Kapitel untersucht werden. Die Tragweite der Loslösungsbestrebungen in Süddeutschland ist jedoch erst voll zu ermessen, wenn man sich in Erinnerung ruft, welcher Art die Bindungen waren, die seit 1871 zwischen Bayern und Preußen bestanden.

☆

Als Bismarck am Tage nach Sedan den Sieg zur Besiegelung der deutschen Einheit nutzen wollte, vermochte er den König von Preußen nicht dazu zu bringen, sich die deutsche Kaiserkrone selbst aufzusetzen. Vor einem solchen Akt, dessen Folgen er fürchtete, schreckte Wilhelm I. zurück. Also mußte die Krone ihm von den Bundesfürsten angetragen werden. Vornehmster dieser Fürsten aber war Ludwig II. von Bayern aus dem Hause Wittelsbach.

Hatte aber der König von Preußen Hemmungen, sich die Krone selbst aufzusetzen, so widerstrebte es dem König von Bayern, ihm diese anzubieten. Um ihn dazu zu bringen, mußte der »Eiserne Kanzler« Zuflucht zu diplomatischen Kniffen nehmen, die erkennen lassen, wie erfindungsreich und geschmeidig sein genialer Geist war. Er versprach Ludwig II., sein hochherziger Schritt werde mit einer Reihe von Vorrechten vergolten werden, die in der neuen Verfassung verankert werden sollten. Falls der König von Bayern jedoch auf seiner Weigerung beharrte, würde Bismarck ihm dies nicht weiter verübeln. Allerdings würde er sich dann gezwungen sehen, den König von Württemberg darum zu bitten, Wilhelm I. die Krone anzutragen, und dem König von Württemberg würden dann auch alle Vorteile aus diesem Schritt erwachsen.

Ludwig II. verhielt sich diesen Überlegungen gegenüber lange Zeit ablehnend. »Glauben Sie, es sei ein Vergnügen, so einfach übergeschluckt zu werden?« erwiderte er mürrisch auf alle Vorstellungen seiner Ratgeber. Den Schmeicheleien Bismarcks aber und seinem Ge-

schick, die Dynastien gegeneinander auszuspielen, gelang es, den Widerstand des Königs zu überwinden. Ludwig II. befürchtete, die Vorteile, die Bismarck ihm zugesichert hatte, könnten ihm entgehen, und willigte schließlich in eine Vorherrschaft Preußens ein. Am 16. Juli 1871 zogen die süddeutschen Truppen nach Abschluß des Feldzuges siegreich in München ein. »Der König ritt an der Spitze des Zuges, aber zu seiner Rechten ritt Friedrich von Preußen, Friedrich der Feldherr, der Sieger, dem in Wirklichkeit der Jubel galt. An dem verschlossenen Gesicht, der vor Zorn gefurchten Stirn, sah man nur zu deutlich, daß Ludwig II. sich tief verletzt fühlte[1].«

Doch die Vorrechte, die Bismarck Bayern zugestand, waren durchaus nicht unbeachtlich. Die Wittelsbacher behielten eine Selbständigkeit, die trotz der ihr gesetzten Grenzen nicht nur zum Schein bestand. Beim Erlöschen des Hauses Hohenzollern sollte die Kaiserkrone an das Haus Wittelsbach übergehen. Der bayrische Landtag sowie die Regierungsämter blieben in vollem Umfang bestehen. Beschränkungen gab es nur im Post- und im Eisenbahnwesen. Auch die Armee blieb selbständig. Kein preußisches Regiment hatte das Recht, bayrischen Boden zu betreten. Die beiden bayrischen Armeekorps hatten ihre eigenen Bezeichnungen, Uniformen und Standorte[2]. Allein dem König von Bayern stand das Recht der Ernennung von Offizieren zu, und schließlich wurde der Oberbefehl über das Heer nur im Kriegsfall am Tage der Mobilmachung an den deutschen Kaiser abgegeben[3].

Nach der Absetzung und dem tragischen Tod Ludwigs II. im Jahre 1886 war die Macht auf Prinzregent Luitpold übergegangen. Im Jahre 1913 hatte dann sein Sohn unter dem Namen Ludwig III. den Thron bestiegen. Als Vorkämpfer alldeutscher Ideen hatte dieser ebenso wie die Hohenzollern von einem »größeren Deutschland« geträumt und gehofft, mit den zu erwartenden Eroberungen sein Königreich vergrößern zu können. Seinem Einfluß war es zu danken, daß der Groll gegen Preußen in Bayern langsam in Vergessenheit geriet. Die alten dynastischen und konfessionellen Streitereien wurden begraben, und das Land erlebte eine Zeit allgemeinen Wohlstands. Regelmäßig inspi-

1 Jacques Bainville: »Louis II de Bavière«, Ausg. Tallandier, S. 138. Sehr interessant ist hier die scharfe Analyse, die Bainville (S. 122–141) von dem diplomatischen Vorgehen Bismarcks gibt.

2 Vgl. die Karte auf den Seiten 162/163. Das III. bayrische Armeekorps wurde später aufgestellt (am 1. April 1900).

3 Zu den Einzelheiten der kaiserlichen Verfassung vgl. oben Kap. XI, S. 159 ff. Von den drei süddeutschen Armeen (Sachsen, Württemberg, Bayern) hatte die bayrische Armee unbestreitbar die größte Unabhängigkeit von Preußen bewahrt.

zierten preußische Militärmissionen das Heer, dessen Kampfkraft und Disziplin sich ständig besserten. So zogen denn die bayrischen Regimenter im August 1914 auch voller Begeisterung erstmals unter dem Oberbefehl des deutschen Kaisers ins Feld, getragen von der Überzeugung, dieser Krieg werde ebenso wie der von 1871 mit einem strahlenden Sieg der deutschen Waffen enden.

Der Verlauf der Ereignisse brachte diesen Erwartungen jedoch eine blutige Enttäuschung. Wider Erwarten zog sich der Krieg in die Länge, und mit ihm kamen Trauerzüge, Entbehrungen und tiefe Not. Die Blockade wurde immer härter, die Lebensmittel wurden knapp. Ausgeblutet von vier Jahren mörderischen Kampfes, stellte sich das bayrische Volk quälende Fragen: Hatte es mit einer so engen Bindung an die Geschicke Preußens nicht vielleicht doch ein schlechtes Geschäft gemacht? Jetzt machte Bayern Preußen für seinen Untergang verantwortlich. Die Erinnerung an die Auseinandersetzungen mit den Fürsten Norddeutschlands lebte wieder auf. Ein paar Aufwiegler und Literaten bearbeiteten die öffentliche Meinung[4], die sich gegen den ausweglos gewordenen Krieg aufbäumte. Auf dem Lande wie in den Städten gärte es in beängstigender Weise. Die Hungersnot klopfte bereits an die Tore Münchens, und mit ihr kamen die Vorboten des Zusammenbruchs.

Dann folgten die düsteren Novembertage 1918. Das Gebäude des Kaiserreiches war brüchig geworden. Es stürzte in sich zusammen und begrub das stolze Werk Bismarcks unter seinen Trümmern. Kaum war es zu den ersten Meutereien in Kiel gekommen, kaum hatten sich die ersten Soldatenräte in München gebildet, als die Fürsten, von Panik gepackt, ihr Land im Stich ließen und flohen. Wilhelm II. legte die Krone nieder und ging nach Holland. Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, legte sich eine rote Armbinde an und verschwand. Kronprinz Rupprecht von Bayern verließ seine Truppen und fuhr mit einem Auto des Brüsseler Soldatenrates unter rotem Stander davon. Ludendorff verbarg sein Gesicht hinter einer schwarzen Brille und flog mit einem Privatflugzeug nach Schweden.

Innerhalb weniger Stunden waren die Throne gestürzt und die Regierungen auseinandergelaufen. In München fiel die Macht in die Hände des Volkes, bevor es überhaupt danach verlangt hatte. Noch war es sich im unklaren darüber, was es mit der Macht anfangen sollte. Wo waren seine neuen Führer? Sie waren kaum bekannt. Doch in der Menge, die

4 Kurt Eisner, Jaffé, Professor Foerster, Gustav Landauer, Ernst Toller usw.

die Straßen verstopfte und mit Tausenden von roten Fahnen durch die Stadt zog, machte sich ein uraltes Empfinden wieder Luft. Immer mächtiger wurde es, und in das Geläute der Sturmglocken mischte sich der Ruf: »Los von Berlin!«

☆

Die Anfänge der deutschen Revolution sind in Kiel und in München zu suchen. Von diesen beiden Polen aus verbreitete sich die Revolution in ihrer ideologischen und militärischen Erscheinungsform über das ganze Land. Zur gleichen Stunde nämlich, da die Matrosen der Ostseeflotte ihre Offiziere entwaffneten und anschließend in alle Teile Deutschlands auseinanderliefen, wurde an der Isar eine Aufstandsbewegung von den Intellektuellen angefacht.

Am 7. November 1918 hatten die Linksparteien in München zu einer großen Kundgebung für den Frieden aufgerufen. Um 14 Uhr waren 150 000 Menschen — Männer, Frauen und Kinder — unter Führung des blinden Bauern Gandorfer zu Füßen der »Bavaria« auf der Theresienwiese versammelt. Zwei- bis dreitausend Soldaten — Etappentruppen und Urlauber — hatten sich dem Zug angeschlossen. Von schnell errichteten Tribünen sprachen ungefähr zwanzig sozialistische Rädelsführer zur Menge. »Ohne besondere Verabredung — denn es war kein Plan gefaßt worden — versammelten sich die Soldaten um den volkstümlichsten Redner, Kurt Eisner, einen Agitator der äußersten Linken, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen worden war, in das man ihn wegen pazifistischer Umtriebe gesteckt hatte[5].« Eisner erkannte sofort, welche Vorteile er aus dieser Lage ziehen konnte. Er ließ seine Genossen ihre Gemeinplätze über die Notwendigkeit einer Reform aller sozialen Einrichtungen hersagen und richtete dann selbst das Wort an die Soldaten:

»Verteilt euch über die Stadt, besetzt die Kasernen, beschlagnahmt die Waffen und die Munition, reißt die übrigen Soldaten mit und macht euch selbst zu Herren der Regierung!«

Während sich die Volksmenge zerstreute und nach Hause ging, begannen die Soldaten Eisners Weisungen zu befolgen. In der Guldein-Schule, die als Kaserne diente, schlugen die Meuterer die Tore ein und gewannen die Wache für ihre Sache. Dasselbe Schauspiel wiederholte

5 Vgl. Paul Gentizon: »La Révolution allemande«, Paris 1919, S. 22 und 23. Paul Gentizon war als Sonderberichterstatter des »Temps« Augenzeuge der von ihm geschilderten Szenen.

sich um 17 Uhr in der Türken-Kaserne. Die Gittertore der Residenz wurden von den Soldaten aufgebrochen, und die Grenadiere der Garde gingen zu den Aufständischen über. In den Kasernen des 1. und 2. Infanterie-Regiments machten die Soldaten sogleich gemeinsame Sache mit ihren Kameraden, verließen ihre Unterkünfte und nahmen Waffen und Munition mit. Bei Anbruch der Nacht strömten die Soldaten in hellen Scharen zum Mathäserbräu, wo Kurt Eisner ihnen eine flammende Ansprache hielt. Unter seinem Vorsitz entstand dann der erste Arbeiter- und Soldatenrat, die Keimzelle des späteren »Revolutionären Bayrischen Zentralausschusses«.

Eisner schwang sich zum Diktator auf und erließ zahlreiche Befehle und Verordnungen. Der Hauptbahnhof wurde besetzt. In der Stadt wurden alle Offiziere und Soldaten angehalten und aufgefordert, die deutsche Kokarde an ihren Mützen durch eine rote Kokarde zu ersetzen. Freiwilligen-Patrouillen streiften durch die Straßen und befahlen den Geschäftsleuten, die Läden zu schließen. Öffentliche Gebäude, Postämter und Theater wurden verbarrikadiert. Der Straßenbahnverkehr kam zum Erliegen.

In dem zu dieser Stunde verlassenen Landtagsgebäude bildete Kurt Eisner die erste Regierung der »Sozialistischen Bayrischen Republik«, die aus acht Mitgliedern bestand: Auer, Timm und Roßhaupter von den Mehrheitssozialisten übernahmen die Ministerien des Innern und der Justiz sowie die Militärischen Angelegenheiten (der Titel »Kriegsminister« wurde abgeschafft). Die anderen Ministerien fielen an die Unabhängigen: Der erst 28jährige Schlosser Unterleitner wurde Arbeitsminister, der Volksschullehrer Hoffmann Unterrichtsminister und der ehemalige Handelsschullehrer Jaffé Finanzminister. Frauendorfer übernahm als einziger Vertreter einer bürgerlichen Partei in diesem Kabinett das Ministerium für das Verkehrs- und Eisenbahnwesen. Eisner selbst behielt sich den Vorsitz der Regierung und die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten vor.

Der ruhige und gutmütige Ludwig III. konnte einfach nicht daran glauben, daß die Lage so ernst sein sollte. Er kannte sein gutes Volk und seine Gefühlsausbrüche, und daher nahm er an, seine Untertanen würden sich wieder beruhigen, sobald die erste Woge des Volkszornes abgeebbt wäre. Doch dann trafen rasch nacheinander die Nachrichten von dem weiteren Umsichgreifen des Aufstandes und vom Abfall seiner Regimenter ein. Als Ludwig die Wachen seines Schlosses verstärken lassen wollte, wurde ihm gemeldet, in München gebe es keine Truppe

mehr, die bereit sei, auf die Aufständischen zu schießen. Verängstigt durch das drohende Geschrei einer Gruppe von Manifestanten, der es gelungen war, in den Innenhof des Schlosses einzudringen, wähnte Ludwig III. sein Leben in Gefahr und entschloß sich endlich dazu, seine Hauptstadt zu verlassen. Kurz darauf jagten zwei abgedunkelte Autos mit dem alten Monarchen und seinen Töchtern einem unbekannten Bestimmungsort entgegen[6]. Die verwunderten Münchner konnten dann am Morgen des 8. November folgenden Aufruf lesen, der überall in der Stadt angeschlagen worden war:

»Volksgenossen!
Nach jahrelanger Vernichtung hat das Volk die Machthaber gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Die Bayrische Republik wird hierdurch proklamiert. Oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volksvertretung geschaffen wird. Er hat gesetzgebende Gewalt. Die ganze Garnison hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Generalkommando und Polizeidirektion stehen unter unserem Befehl. Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat
(gez.:) Kurt Eisner.«

Vierundzwanzig Stunden nach der Kundgebung auf der Theresienwiese hatte die Revolution in Bayern auf der ganzen Linie gesiegt. »Nur 18 Mark hat der Regierungswechsel gekostet«, sagte Eisner später, »denn das war alles, was ich am 7. November an Geld in der Tasche hatte, als ich durch einen kühnen Streich die Wittelsbacher stürzte!«

☆

Wahrhaftig ein merkwürdiger Mensch, dieser kleine Zeitungsschreiber aus Galizien, »dem es mit diesem phantastischen Gewaltstreich an einem einzigen Tage gelungen war, sich als Jude zum Führer des katholischen Bayern aufzuschwingen[7]«. Wo kam er her, was waren seine Ziele? Hätte man diese Frage den Arbeitern und Soldaten in den Räten gestellt, sie hätten schwerlich eine Antwort darauf gewußt. Die in München besonders zahlreich vertretenen intellektuellen Bohemiens und avantgardi-

6 Vier Tage später wurde Ludwig auf dem österreichischen Schloß Anif in Tirol aufgespürt.
7 Paul Gentizon, a. a. O., S. 64.

stischen Literaten aber wußten, daß der am 14. Mai 1867 in Berlin geborene Eisner[8] abwechselnd Essayist, Dichter, Theaterkritiker, Polemiker und politischer Agitator gewesen war und eine führende Rolle bei den Streiks im Januar 1918 gespielt hatte. In seiner Gefängnishaft hatte er seine bislang unveröffentlichten Essays unter dem vielversprechenden Titel »Die Träume des Propheten« in einem Band zusammengefaßt.

Eisner hielt sich ohne Zweifel für einen Propheten, doch war er ein beängstigender Prophet mit Visionen voller Wutausbrüche, humanitärer Bekenntnisse und apokalyptischer Tiraden. Seine Gegner fürchteten seine bissige Ironie, die weder Menschen noch Ideen verschonte. »Poesie, dramatische Kunst, Kritik, Philosophie«, schrieb Paul Gentizon, »es gibt keinen geistigen Bereich, in den sich nicht seine seltsamen und unruhigen Gedanken begeben. In der Sucht nach neuen Ausdrücken ist er wie besessen. Auch in seiner Politik zeigt sich diese Charakteristik. Seine Gedanken sind immer äußerst verwegen, bisweilen paradox und phantastisch. Häufig grenzen sie sogar an Anarchie[9].« Eisner gefiel sich darin, sämtliche Führer des neuen Deutschland einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, sie alle herabzusetzen und dann in einen Klageruf auszubrechen, der ein bezeichnendes Licht auf seine geheimsten Gedanken warf: »Warum hat Deutschland keinen Clemenceau?«

Soviel zu seinem Charakter. Seine äußere Erscheinung war keineswegs einladender. Er war klein und schmächtig und hatte eine gelbliche Gesichtsfarbe. Seine Züge verdeckte ein struppiger Bart, die Augen lagen hinter einem eisengefaßten Zwicker. Unordentlich fielen die grauen Haare bis auf die Schultern herab, und auf dem Kopf saß eine schmierige Mütze. Gästen erschien Eisner in seinem prunkvollen Palast wie »ein zerbrechlicher, ärmlicher Greis, ein Shylock mit abgewetztem Gehrock«. Die ganze Pracht, in deren Mitte er arbeitete, schwatzte, herumgestikulierte und weissagte, war ein getreues Spiegelbild seiner inneren Ungeordnetheit. »Diplomatische Schriftstücke, Urkunden, revolutionäre Aufrufe und sogar Telegramme häufen sich auf seinen Tischen und Sesseln in einem Durcheinander, das an einen Kramladen erinnert. Ja, nicht einmal vor der Indiskretion der ihn bestürmenden Journalisten

8 Es wurde behauptet, er habe in Wirklichkeit Salomon Kutschinsky geheißen und sei aus Rußland gebürtig. Meines Wissens sind für diese Behauptungen keine Beweise erbracht worden. Dennoch ist es recht merkwürdig, wenn Eisner seinen Anklägern erwidert: »Ich stamme aus einer guten Berliner Familie«, gerade er, der als erster in den Schlachtruf »Los von Berlin!« einstimmte.

9 Paul Gentizon, a. a. O., S. 57.

sucht er die aufschlußreichsten Dokumente zu schützen. Noch schlimmer — in seinem Wunsche, ganz mit der Vergangenheit zu brechen, zeigt er den neugierigen Herren sogar selbst die Schriftstücke, die seine eigene Politik darlegen. ›Wollen Sie das Telegramm sehen, das ich heute der Regierung in Berlin geschickt habe? Hier, sehen Sie!‹ ›Wollen Sie die Tagesordnung des nächsten Ministerrates wissen? Da ist sie!‹ ... Manchmal kommt ein Besucher, der es eilig hat, ohne weiteres in das erste beste Büro herein. In einem wilden Tohuwabohu, frühstückend und Zigaretten rauchend, zwischen Stühlen und Tischen, die mit Zeitungen und Bekanntmachungen über und über beladen sind, arbeiten junge Leute, Männer und Mädchen, Sekretäre, Stenotypistinnen und Protokollschreiber. Denn jegliche Ordnung und Organisation scheint in diesem seltsamen Ministerium unbekannt zu sein.«

Dieses Bild verdanken wir Paul Gentizon, der allerdings hinzufügt: »Wenn auch Phantasie seine Entscheidungen zu bestimmen scheint, so ist er doch eine lebensvolle und beeindruckende Persönlichkeit. Seine Stärke liegt in der tiefen Überzeugungskraft, seiner Aufrichtigkeit und seiner vollkommenen Offenheit. Für das bayrische Volk bleibt er darum auch trotz seiner Unerfahrenheit in der Regierungspraxis und trotz seiner Verachtung jeglicher Form das lebende Symbol der Revolution. Er ist ihr Bahnbrecher und ihre Seele ...[10]«

Seinen Einfluß auf die Münchner Radikalen verdankte Eisner ohne Zweifel dem apostelhaften Gebaren und der vollkommenen Uneigennützigkeit, ohne die sein Erfolg wohl kaum zu erklären wäre. Mit großsprecherischen, von Gemeinplätzen triefenden Reden vermochte er mit einem Schlage die Aufmerksamkeit seiner Mitbürger auf sich zu lenken. In seiner näselnden, anklagenden oder spottenden Stimme fand die Menge etwas von ihrem eigenen romantischen Gefühl wieder. Allerdings kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß ein Mann dieses Schlages in normalen Zeiten nie zur Macht hätte kommen können. Eisner war eine jener hybriden Gestalten, die die Geschichte in Zeiten des Umbruchs hervorbringt. Er war aufgestiegen aus einer politischen Walpurgisnacht, um den Fluch über dem Leichnam des Zweiten Reiches zu sprechen.

☆

Nachdem die Radikalen nun einmal die Herren Süddeutschlands waren, schossen die Arbeiter- und Soldatenräte wie Pilze aus dem Boden. Fast

10 Paul Gentizon, a. a. O., S. 61/62.

überall entstanden rote Milizen und Sicherheitswehren. Das verschreckte Bürgertum zog sich vom Schauplatz der Ereignisse zurück und ließ den Dingen ihren Lauf. Noch hatte die Stunde nicht geschlagen, da es einzugreifen gedachte.

Eisner berauschte die Macht, die ihm plötzlich in die Hände gefallen war. Seine Gefährten priesen seinen Idealismus und seinen Scharfblick und bestärkten ihn noch in seinem Wahn. So wollte er nun das treiben, was er unter »großer Politik« verstand. Am 16. November berichtete ihm Professor Foerster, den er zum Bayrischen Gesandten in Bern ernannt hatte, in einer Note über »die außerordentliche moralische Wirkung«, die seine entschlossene Haltung bei den Alliierten hervorgerufen habe. Mr. Herron, ein amerikanischer Pazifist, erteilte der Gruppe Eisner—Foerster den Rat, »die bayrische Revolutionsregierung möge, um Präsident Wilson von ihrer Vertrauenswürdigkeit zu überzeugen, die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Kriegsschuld und der Untaten der deutschen Regierung unternehmen[11].«

Eisner begrüßte diese Anregung, die seiner Eitelkeit schmeichelte und seinem Haß gegen Wilhelm II. entgegenkam. Vielleicht hoffte er auch, ein »freimütiges und reumütiges Bekenntnis« werde ihm das unwandelbare Wohlwollen der Sieger einbringen. Jedenfalls ließ er am 24. November aus den Geheimarchiven des bayrischen Außenministeriums eine Reihe von Dokumenten über den Ursprung des Krieges veröffentlichen. Diese Dokumente, die aus dem Kabinett des Grafen Lerchenfeld stammten, bestätigten in überzeugender Weise die These von der Kriegsschuld Deutschlands[12].

In Deutschland erhob sich daraufhin ein Sturm der Entrüstung gegen Eisner. Die öffentliche Meinung beschuldigte ihn, allein durch diese Tat seinem Vaterland größeren Schaden zugefügt zu haben als alle Revolutionäre zusammen. Eisner ließ sich dadurch aber nicht aus der Ruhe bringen. Er holte zu noch ganz anderen Schlägen gegen die Berliner Regierung aus und setzte unbeirrt seine »große Politik« fort.

Am 25. November fand in Berlin eine Reichskonferenz der deutschen Ministerpräsidenten statt, an der Eisner teilnahm. Gleich zu Beginn der Sitzung richtete er heftige Angriffe gegen die Reichsregierung. Um die Autorität Eberts und der Sozialdemokraten zu untergraben, bemühte er sich um das Zustandekommen eines »Direktoriums der süddeutschen

11 E. O. Volkmann: »Revolution über Deutschland«, S. 89/90.
12 Die Dokumente sind leider verstümmelt und entstellt worden, um sie noch belastender erscheinen zu lassen.

Bundesstaaten« (Bayern, Sachsen, Baden und Württemberg), in dem er die Leitung der Außenpolitik übernehmen wollte. Auf diese Weise gedachte er der Berliner »Reaktion« den Gnadenstoß zu versetzen und den Sturz Erzbergers, Solfs und Scheidemanns herbeizuführen.

Ebert war sich durchaus im klaren, wie ernst diese Drohung war. Ein aus Bayern, Württemberg und Baden bestehendes Staatsgebilde, das sich an Österreich und vielleicht auch an Ungarn anlehnen würde, wäre durchaus lebensfähig. In dem Bestreben, dieser Gefahr zu begegnen, schlug Ebert einen früheren Termin für die Wahlen vor. Er wollte so schnell wie möglich eine verfassunggebende Nationalversammlung zustande bringen, die für alle Staaten des Reiches maßgebend wäre. Sein Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Enttäuscht und verbittert kehrte Eisner nach München zurück. Am nächsten Tag, dem 26. November, wiederholte er in einer Note an Ebert in ultimativer Form seine Forderungen vom Vortage. Noch bevor der Kanzler überhaupt Zeit für eine Antwort finden konnte, brach Eisner die Beziehungen des Bayrischen Freistaates zum deutschen Auswärtigen Amt ab. Der diplomatische Bruch mit Berlin war damit vollendet.

☆

An der Isar fand Eisner eine Lage vor, die weniger günstig war, als er gehofft hatte. Die radikalen Elemente der Garnison, ein Teil des Proletariats und die Revolutionsräte hatten ihn an die Macht gebracht, an der er sich nur dank der Teilnahmslosigkeit des Bürgertums halten konnte. Die Veröffentlichung der Dokumente Lerchenfelds und der jähe Abbruch der Beziehungen zur Wilhelmstraße aber hatten das Nationalbewußtsein zutiefst verletzt. Das Ansehen des Volkstribunen war damit ins Wanken geraten.

Eisner aber achtete nicht auf die Kritik, die an ihm geübt wurde. Er merkte auch nicht, wie um ihn herum langsam eine Leere entstand. Sein Blick war starr auf das »Reich des Lichtes, der Schönheit und der Vernunft« gerichtet, das er für Bayern erträumte. So überhörte er das immer lauter werdende Murren der Opposition. Seinen unglückseligen Taten fügte er noch eine Entscheidung hinzu, die seine Gegner vollends in Harnisch brachte: Er widersetzte sich der Einberufung der Nationalversammlung unter dem Vorwand, sie bedeute die Einmischung eines fremden Staates[13].

---

13 Das heißt Preußens.

Damit wurde seine Stellung mit einem Schlage unhaltbar. Der Mittelstand, der von den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern, besonders von Auer, aufgeputscht wurde, protestierte »gegen die Tatsache, daß eine einzige Klasse (das Proletariat) und in dieser Klasse nur eine Gruppe (die Anhänger Eisners) sich das Recht alleiniger Entscheidung anmaße, während alle anderen Klassen der Bevölkerung systematisch von der Macht ausgeschlossen seien«. Zwischen den revolutionären Garden und Studentengruppen kam es zu Zusammenstößen. Von der Residenz wurde die rote Fahne heruntergerissen.

In der Nacht vom 1. zum 2. Dezember nahm die Lage eine so ernste Wendung, daß Professor Foerster, der in aller Eile aus Bern zurückgekehrt war, öffentlich von seinem Regierungschef abrückte. In einem in der ganzen bayrischen Presse veröffentlichten Artikel appellierte er an »das Gewissen der Arbeiter- und Soldatenräte« und mahnte zur »Zusammenarbeit aller«. Eisners Stellung wurde zusätzlich durch die in wenigen Tagen bevorstehende Rückkehr der Frontregimenter nach München erschwert, denn hier wagte ebensowenig wie in Berlin irgend jemand vorauszusagen, wie sich die Soldaten der Revolution gegenüber verhalten würden. Würde die allgemeine Erregung in Meuterei ausarten? Widerwillig schloß sich Eisner, im Kabinettsrat überstimmt und von Auer dazu aufgefordert, entweder nachzugeben oder abzutreten, dem Standpunkt der Sozialdemokraten an. Am 3. Dezember verkündeten Plakate in der ganzen Stadt, daß sich die Regierung »einmütig gegen die Terrormethoden verwahrt und einer schnellen Einberufung der Nationalversammlung zugestimmt habe«. Das war ein deutlicher Erfolg für Auer und den rechten Flügel des Kabinetts.

Doch diese »Kapitulation« rief in den Reihen der Radikalen Entrüstung hervor. Am schärfsten reagierten die Rotgardisten des jungen anarchistischen Intellektuellen Erich Mühsam und die Kieler Matrosen-Division, die auch hier nicht fehlen durfte, unter Führung des ehemaligen Marinefliegers Rudolf Eglhofer. Besorgt über die zunehmenden Erfolge der Gegenrevolution und angespornt von dem Beispiel ihrer Berliner Genossen, beschlossen Eglhofer und Mühsam, zur Tat zu schreiten, bevor es zu spät war.

In der Nacht des 7. Dezember unternahmen sie auf eigene Faust einen Putschversuch. Mit ungefähr 400 Bewaffneten drangen sie in die Redaktionen der wichtigsten Münchner Zeitungen ein und verkündeten, sie beabsichtigten eine Diktatur des Proletariats einzusetzen. Eisner wurde mitten in der Nacht aus dem Schlaf gerissen und eilte in die verschiede-

nen Redaktionen, um die Gemüter zu beschwichtigen und Gewalttätigkeiten entgegenzutreten. Sein mutiges Eingreifen hatte Erfolg; doch nun zogen die Rotgardisten ins Innenministerium und brachen dort die Pforten auf. Mit Geschrei und Hohngelächter forderten sie den sofortigen Rücktritt des Ministers. Unter vorgehaltenem Revolver mußte Auer folgende Erklärung unterschreiben: »In der Nacht zum 7. Dezember um 0.15 Uhr bin ich von 400 bewaffneten Leuten bestürmt worden. Man hat mich gezwungen, mein Amt niederzulegen. Ich weiche der Gewalt und trete vom Innenministerium zurück.«

Darauf jagten regierungstreue Truppen auf Lastwagen in rasender Fahrt zum Innenministerium. Sie stürmten die Treppen hinauf, drangen in das Arbeitszimmer Auers ein, trieben die Radikalen auseinander und blieben schließlich Herr der Lage. Der Putsch war gescheitert, Auer blieb weiterhin in seinem Amt. Die Linksradikalen sahen sich um den Lohn ihrer Bemühungen gebracht.

Dem Aufruhr von links aber folgte nun der Aufruhr von rechts. Da waren zunächst einmal die Katholiken, die höchst ungehalten über die vom neuen Regime verordneten Reformen des Religionsunterrichts und über die Trennung von Kirche und Staat waren. Hinzu kam noch der Antisemitismus. Soeben hatten Studenten den »jüdischen Teufel« sogar unter den Fenstern des Regierungsgebäudes mit den Rufen verhöhnt: »Nieder mit dem Fremden! An den Galgen mit Eisner! Wir wollen einen Bayern!«

Angewidert von der »Dummheit und Undankbarkeit seiner Zeitgenossen«, faßte Eisner den Plan, sich direkt an die Öffentlichkeit zu wenden und ihr seine Absichten selbst auseinanderzusetzen. Doch vor welchem Forum sollte er das tun? Durch das Sprachrohr der Presse, vor dem Zentralrat oder im Ministerrat? Nichts von alledem! Er organisierte in einem großen Münchner Theater eine Festveranstaltung mit künstlerischen und literarischen Darbietungen, in deren Verlauf er selbst zwischen der Aufführung von Beethovens »Leonoren«-Ouvertüre und dem Vortrag eines Goethe-Gedichts auf die Bühne trat.

Mit wilden Beschimpfungen wurde er empfangen. Man hieß ihn einen »traurigen Narren«, einen »Judas«, einen »Hanswurst«. Fast eine halbe Stunde lang hielt der Tumult an. Eisner aber verlor seine Ruhe nicht und wartete das Ende des Sturms ab. Dann entwickelte er in einem Vortrag über »Die Schule und die Demokratie« umständlich seine Ansichten über die Volkserziehung. Die Versammlung wurde mit Eisners

Hymne »Gesang der Völker«, die nach der Melodie eines holländischen Liedes[14] gesungen werden sollte, beschlossen:

»Wir senden unsere Grüße zu den Völkern Frankreichs, Italiens und Amerikas. Wir wollen mit ihnen gemeinsam die neue Zeit aufbauen, die neue Zeit der Freiheit und der Gerechtigkeit.«

Die Menge, die ihn soeben noch verhöhnt hatte, stimmte, von der dichterischen Kraft Eisners gepackt, in den Schlußchoral ein:

»O Welt, werde froh!
Welt, werde froh!«

In jener zweiten Dezemberhälfte des Jahres 1918 hatte die Welt, und ganz besonders Deutschland, allerdings keinerlei Grund, froh zu sein. Das materielle und das moralische Chaos nahmen täglich größere Ausmaße an.

Am 16. Dezember wurde in Berlin der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte eröffnet[15], auf dem der Dichter Ernst Toller, stellvertretender Vorsitzender des Münchner Zentralrates, die bayrischen Soldatenräte vertrat. Erfüllt von hochherzigen Illusionen, bat er die Führer der deutschen Revolution, »endlich ihren Willen zu bekunden und denjenigen, die Vertrauen in sie gesetzt hätten, einen klaren Weg zu weisen«. Anstatt eines klaren Weges zeigten die Sitzungen der Räte allerdings nur ein Bild der Unordnung und Verwirrung. »Der deutsche Rätekongreß verzichtet freiwillig auf die Macht, die Räte danken ab, sie überlassen das Schicksal der Republik dem Zufallsergebnis fragwürdiger Wahlen des unaufgeklärten Volkes. Die Räte bestimmen, daß die Volkskommissare ohne die Kontrolle und unabhängig vom Willen des Zentralrates regieren mögen[16].«

Eisner hatte ganz entschieden recht: Von den Preußen, die »an den Opportunismus, das Militär und die Reaktion unrettbar verloren« waren, durfte man nichts erwarten. Es blieb nur eine Lösung: die Trennung der bayrischen Arbeiter- und Soldatenräte vom Berliner Zentralrat. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen war bereits vollzogen worden. Dies wäre nun der zweite Schritt auf dem Wege zur vollständigen Loslösung Bayerns vom Reich . . .

Ende Dezember jedoch hielt Auer den Augenblick für gekommen, eine Schwenkung nach rechts zu vollziehen, und holte zu einem ersten

---

14 Nach der Melodie des »Niederländischen Dankgebetes« (der Übersetzer).
15 Vgl. oben, Kap. V, S. 81–84.
16 Ernst Toller: »Eine Jugend in Deutschland«, S. 133.

Schlag gegen die Unabhängigen aus[17]. In einer öffentlichen Sitzung des Landtages erklärte er, »es sei jetzt an der Zeit, die usurpierte Macht der Arbeiter- und Soldatenräte einzudämmen[18]«. Sodann schlug er die Bildung einer Bürgerwehr vor, der auch Offiziere des alten kaiserlichen Heeres angehören sollten.

In den Bänken der Unabhängigen erhob sich ein unbeschreiblicher Tumult. Eisner und die Radikalen verlangten die Absetzung Auers, der sich »zum zweiten Male des Verrats an der Revolution« schuldig gemacht habe. Auer aber hatte die Mehrheit des Landtages auf seiner Seite. Als Eisner sich Respekt verschaffen wollte, mußte er — wenn auch zu spät — erkennen, daß sein Wort nichts mehr galt. Bestürzt über diese Erkenntnis fing er an, nach Ausflüchten zu suchen, faselte herum und verlor endlich vollends jeden Halt. Etwas würdelos bemühte er sich um die Gunst Auers, indem er ihn verteidigte und »das Recht auf Dummheiten auch für den Mann im Ministersessel in Anspruch nahm[19]«. Die Sozialdemokraten hatten für diesen Gesinnungswandel nur ein Achselzucken, die Arbeiter- und Soldatenräte aber tobten. War das die stolze Sprache eines Volkstribunen? Dann wollte Eisner seinen alten Mitstreitern schmeicheln, nannte die Räte »die Krone seiner Hoffnungen und den Edelstein seiner Schöpfung« und behauptete, sie seien der Grundpfeiler des künftigen Staates; doch niemand hörte mehr auf ihn.

Als Eisner den Boden unter den Füßen wanken fühlte, versuchte er Zeit zu gewinnen. Er hoffte, die Wahlen würden sein Ansehen wiederherstellen — jene Wahlen, gegen die er sich so erbittert gesträubt hatte. Sie fanden am 15. Januar statt[20] und beraubten ihn mit einem Schlage seiner letzten Illusionen. Innerhalb von sechs Wochen hatte es Eisner fertiggebracht, sich alle Welt zum Feind zu machen. In allen 32 Wahlkreisen, in denen er kandidierte, wurde er geschlagen. Nur drei von den insgesamt 180 Abgeordneten gehörten seiner Partei an. Seine Laufbahn war beendet. Ihm blieb nur noch der Rücktritt . . .

Es sei denn, Auer, der Sieger des Tages, wäre bereit, ihn in das neue Kabinett zu übernehmen. Demütig flehte er seinen Gegner an, »man möge ihn in der neuen Regierung, die sich jetzt bilden muß, behalten. Die bisherigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen

17 Auer spielte hier eine ähnliche Rolle wie Scheidemann im Reichskabinett. Er machte den Versuch, die Unabhängigen zugunsten der Mehrheitssozialisten aus der Regierung auszuschließen. Der Kampf zwischen Auer und Eisner in Bayern entsprach dem zwischen Scheidemann und Haase in Preußen.

18 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 192.

19 Ibd., S. 192.

20 Am Tage der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

sollten keinen Hinderungsgrund bilden. Auer wendet ihm eiskalt den Rücken[21].« Es war ein jämmerliches Schauspiel: Obwohl jedes seiner Worte höhnisches Gelächter auslöste, klammerte sich Eisner noch immer an die Macht, die aufzugeben er sich nicht entschließen konnte. In seiner Erinnerung tauchte jener Tag wieder auf, da 150 000 Menschen ihm auf der Theresienwiese zugejubelt und die Massen gemeinsam seine Freiheitshymne angestimmt hatten ...

Am 21. Februar schickte er sich schließlich ins Unvermeidliche und verließ kurz nach 9.30 Uhr sein Palais, um Auer seine Rücktrittserklärung zu überbringen. Auf dem wenige hundert Meter langen Weg vom Außenministerium zum Landtagsgebäude überdachte er noch einmal die Schlußworte seiner Abschiedsrede. Da sprang um 9.45 Uhr plötzlich ein junger Leutnant eines Garde-Infanterie-Regiments, Graf Arco-Valley, auf den gestürzten Diktator zu und gab mehrere Revolverschüsse auf ihn ab. Der Ministerpräsident wurde am Kopfe getroffen, brach in einer Blutlache zusammen und verschied kurz darauf. Wenige Sekunden später stürzte sich der Ordnungsdienst auf den Mörder, entriß ihm die Waffe, schlug ihn mit Kolbenhieben halbtot und schleppte ihn bewußtlos ins Stadtgefängnis.

Die Kunde von der Ermordung Eisners verbreitete sich schnell in ganz München und löste zunächst Bestürzung aus. Als dann die erste Erschütterung vorbei war, brach in den Arbeitervierteln ein furchtbarer Tumult los. Die Glocken läuteten Sturm, die Fahnen wurden auf halbmast gesetzt, und Lastwagen mit bewaffneten und johlenden Menschen fuhren durch die ganze Stadt. Vor dem Landtagsgebäude staute sich eine entfesselte Menge, brach durch die schlechtbewachten Tore, drang in das Halbrund des Sitzungssaales ein und stürmte die Tribünen, während die Bürgerwehrsoldaten in die Korridore flüchteten oder sich an den Wänden entlangdrückten.

Von der Regierungsbank aus hielt Auer mit bebender Stimme die Gedenkrede für Eisner, schilderte die Laufbahn des ermordeten Volkstribunen und brandmarkte den verbrecherischen Anschlag, der Trauer über Bayern gebracht habe. Und nun spielte sich eine jener unglaublichen Szenen ab, zu denen es nur auf den dramatischen Höhepunkten der Geschichte kommt. Kaum hatte Auer seine Rede beendet, als sich die Türen des Saales öffneten. Mit schwerem, schleppendem Schritt ging ein Fleischergeselle namens Alois Lindner auf die Ministerbank zu,

---

21 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 193.

stützte die Hand mit seinem Browning auf das Geländer und drückte die Waffe zweimal auf Auer ab, der schwer verwundet zusammenbrach. Dann pfiffen andere Kugeln durch den Saal, töteten den Abgeordneten Oesel und verletzten den Ministerialrat Gareis. Der ganze Landtag war starr vor Schreck und schaute dem bestürzenden Schauspiel reglos zu. Lindner schritt ebenso schleppend wieder dem Ausgang zu, ohne ein Wort zu sagen. Als er durch die Tür gehen wollte, stürzte sich ein Major auf ihn, um ihn festzunehmen, doch streckte der junge Mann ihn mit einer Kugel nieder. Nun krachten auch Schüsse von den Tribünen herab. Man schrie den Wachmannschaften zu, sie sollten die Mörder festnehmen, doch blieben die Soldaten wie angewurzelt stehen. Lindner konnte den Saal verlassen und tauchte draußen unter. Kaum zwanzig Sekunden lang hatte das ganze Schauspiel gedauert[22].

Am gleichen Tage verhängte der Zentralrat den Belagerungszustand über ganz Bayern und verkündete gleichzeitig den Generalstreik. Die Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein, die Universität wurde geschlossen. Zahlreiche Offiziere, Adlige und einflußreiche Bürger wurden als Geiseln verhaftet. Was Eisner zu Lebzeiten nicht hatte erreichen können — die Einigung des bayrischen Proletariats —, vermochten die Schüsse des Grafen Arco-Valley innerhalb weniger Stunden. »Der kleine Jude aus Galizien mit dem ungekämmten Haar, dem Eisenzwicker und dem struppigen Bart« war vergessen. Jetzt war Eisner nur noch der Märtyrer der Revolution und wurde mit Lincoln, Robespierre und Napoleon verglichen. Wenige Tage zuvor hatte man ihn noch verspottet; nun wurde er zum Gegenstand der Verehrung. An der Stelle, an der er ermordet worden war, wurde aus Bajonetten, roten Fahnen und Blumenkränzen ein Ehrenmal errichtet, vor dem alle Vorbeigehenden den Hut zu ziehen hatten. Tag und Nacht hielt eine Ehrengarde bei ihm Totenwache, und dann bereitete München seinem »Befreier« ein Staatsbegräbnis.

---

22 Nach Noskes Auffassung war diese Schießerei nicht eine Folge des Attentats auf Eisner, sondern noch vor seinem Tode von diesem selbst planmäßig vorbereitet worden. Als er sah, daß er ausgespielt hatte, habe Eisner sich seines Gegners Auer entledigen wollen, um die Macht zurückzugewinnen und mit Hilfe des Revolutionsausschusses zu regieren. Die Bürgerwehrsoldaten seien bestochen worden, damit sie nicht eingriffen, und das Publikum auf den Tribünen habe vornehmlich aus radikalen Elementen bestanden. Das könnte die Passivität gegenüber Lindners Anschlag erklären.
So einleuchtend diese These auch klingen mag, sie ist doch niemals bestätigt worden. Außerdem bleiben einige Punkte unklar. Wenn Eisner das Komplott selbst angezettelt hätte, dann hätte er wohl kaum am selben Vormittag Auer seine Rücktrittserklärung überbringen wollen.

So entstehen und vergehen Mythen. Die Wirklichkeit aber gehorcht anderen Gesetzen. Blut schreit nach Blut. Eine zweite Revolution bereitete sich vor, die noch tragischer verlaufen sollte als alles, was Bayern bis jetzt erlebt hatte.

Zunächst stritten sich zwei feindliche Gruppen um das Erbe Eisners: die Regierung, die an die Stelle des Kabinetts Auer getreten war und größtenteils aus Mehrheitssozialisten, darunter Hoffmann, Schneppenhorst und Dr. Neurath, bestand; und der revolutionäre Zentralrat mit seinen Hauptanführern Toller, Mühsam (dem Urheber des Putsches vom 7. Dezember 1918), Gustav Landauer und Eglhofer.

Da der Regierung Hoffmann mit Ausnahme einiger regierungstreuer Bataillone der Garnison keinerlei Streitkräfte zur Verfügung standen, sah sie sich zum Verhandeln genötigt und mußte sich der Bevormundung durch den Arbeiter- und Soldatenrat beugen. Dieser verlangte, daß »der politischen Revolution nun endlich die soziale folge« und zwang die Regierung zur Bildung eines Ausschusses für die Sozialisierung von Presse, Industrie und ländlichem Grundbesitz. Seine Forderungen wurden von Tag zu Tag größer und liefen auf die Errichtung eines Regimes nach dem Vorbild der Sowjets hinaus.

Zu jener Stunde traten überall in Deutschland die Spartakisten und die Arbeiter- und Soldatenräte zum Endkampf gegen Noske und seine Freikorps an. Zu jener Stunde debattierte auch die Weimarer Nationalversammlung über das Reichswehrgesetz, und zu jener Stunde fielen zu Hunderten die Opfer der Berliner »Blutwoche«[23].

Am 20. März errichtete Bela Kun eine Rätediktatur in Ungarn und gab damit der kommunistischen Idee neuen Aufschwung. Der gesamte Donauraum stand in Flammen. Die Bewegung breitete sich nach Westen aus und schlug nach Wien und Südbayern hinüber.

Zwischen dem 1. und dem 3. April 1919 schickten die Augsburger Arbeiterräte, überdrüssig der ewigen »Resolutionen« der Mehrheitssozialisten, Delegierte nach München, die die Ausrufung einer Räterepublik fordern sollten[24]. Die Regierung Hoffmann, die sich zu schwach fühlte, sich dem zu widersetzen, erklärte zum Schein ihre Zustimmung, um nicht ganz von der politischen Bühne vertrieben zu werden. Die Augsburger Räte aber forderten ausdrückliche Garantien: die unbeschränkte Diktatur des Proletariats, ein Bündnis mit Sowjet-

23 Vgl. oben, Kap. XIII.
24 »Räterepublik« ist die wörtliche Übersetzung des russischen Begriffs »Sowjet-Republik«.

Rußland und mit Sowjet-Ungarn, die völlige Loslösung von Berlin und Weimar und die Aufstellung einer roten Armee. Die Mehrheitssozialisten blieben ihrer gewohnten Taktik treu und versuchten zu lavieren und Zeit zu gewinnen. Sie schickten eine ausweichende Antwort nach Augsburg. Die Welle der Revolution aber ging über sie hinweg. Während die Politiker herumdiskutierten, schritt das Volk zur Tat. Am 4. und 5. April griff die Bewegung auf Würzburg, Fürth, Aschaffenburg, Lindau und Hof über. In der Nacht vom 6. zum 7. April wurde in München die »Räterepublik« ausgerufen.

Mit Riesenschritten gewann der Separatismus an Boden. Das Kabinett Eisner war mit dem Schlagwort »Los von Berlin!« gebildet worden, und mit dem Schlagwort »Los vom Reich!« kam auch der neue »Rat der Volksbeauftragten« zustande. Ernst Toller übernahm den Vorsitz im Vollzugsausschuß. Sylvio Gesell wurde Finanzbeauftragter, Dr. Lipp Beauftragter für die Auswärtigen Angelegenheiten und Gustav Landauer Volksbeauftragter für das Unterrichtswesen. Mühsam und Dr. Wandler-Krakau bekleideten weniger wichtige Posten. Überstürzt verließ Hoffmann mit den Mitgliedern seiner Regierung München und floh nach Bamberg, wo er eine sozialdemokratische Gegenregierung bildete.

Über Bayern ging nun eine Flut von immer radikaleren Flugblättern, Erlassen, Manifesten und Aufrufen nieder. Während das Volk Hungers starb und die Bauern sich weigerten, die Städte mit Lebensmitteln zu beliefern, regierten unter der Maske einer Ideologie Unfähigkeit, Wirklichkeitsfremdheit und schließlich nackter Wahnsinn.

Toller und Mühsam gaben zunächst Richtlinien für die moderne Kunst. Sie sollte ein neues Bewußtsein schaffen und alle Ausdrucksformen menschlichen Geistes, den Städtebau, die bildenden Künste, die Literatur, die Malerei und das Pressewesen, durchdringen: »Eine Wiese voll Blumen muß die Welt werden, in der jeder seinen Teil pflücken kann!«

Sodann reformierte Landauer das Erziehungs- und Bildungswesen. Er verkündete: »Jeder arbeitet, wie er es für gut hält; das Unterordnungsverhältnis wird aufgehoben, das juristische Denken hat hiermit aufgehört. Jeder Staatsbürger vom 18. Lebensjahr an ist zum Besuch der Universität berechtigt. Der bisherige Geschichtsunterricht wird als kulturfeindlich verboten.«

Ein weiterer Volksbeauftragter befaßte sich mit der Aufteilung der Wohnungen entsprechend der Einwohnerzahl. Noch ein anderer ver-

fügte eine völlige Neuordnung des Finanzwesens. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten aber schlug unbestreitbar alle Rekorde der Tollheit.

Eine der ersten Amtshandlungen des Dr. Lipp — der ebenfalls »große Politik« treiben wollte — bestand in dem Abbruch aller Brücken zu Preußen. Dem Botschafter Bayerns in Berlin sandte er folgendes Telegramm:

»Da das ›Opus primum sed non ultimum‹ des Herrn Preuß[25] über die deutsche Verfassung für Bayern niemals bindendes Gesetz werden kann, weil ich die durch bayrisches Blut bei Wörth und Sedan erworbenen Reservatrechte Bayerns nicht preisgeben darf, ersuche ich Sie, unverzüglich dem Grafen Brockdorff-Rantzau Ihr Abschiedsgesuch einzureichen.«

Durch diese »wahrhaft historische Entscheidung« auf den Geschmack gebracht, sandte Dr. Lipp ein zweites Telegramm ab, diesmal an Papst Benedikt XV.:

»Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammengeschlossen; mit Bauerntum einig. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaffnet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, welcher aus meinem Ministerium den Abtrittsschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns vom Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abzuschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet, und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen. Dabei triefen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut... Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant ›Vom ewigen Frieden‹, 1795, Thesen 2—5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges[26].«

Zu guter Letzt richtete Dr. Lipp noch folgenden Brief an seinen Kollegen, den Beauftragten für das Verkehrswesen in der Räterepublik:

»Mein lieber Amtsbruder!
Ich habe an Württemberg und die Schweiz den Krieg erklärt, weil diese Hunde nicht die 60 Lokomotiven mir sofort leihweise über-

25 Die Weimarer Verfassung. — Zitiert von Toller: »Eine Jugend in Deutschland«, S. 150.
26 Zitiert von E. O. Volkmann, a. a. O., S. 223.

lassen haben. Ich bin sicher, daß wir siegen. Außerdem werde ich den Segen des Papstes, mit dem ich gut bekannt bin, für diesen Sieg erflehen[27].«

Das war selbst für die Räterepublik zuviel. Ratlos brachten die Postbeamten Toller eine Abschrift dieser Telegramme. Toller begab sich daraufhin in das Außenministerium. Dr. Lipp, bei dem sich schon früher Anzeichen geistiger Umnachtung bemerkbar gemacht hatten, war plötzlich verrückt geworden. Toller legte ihm ein Rücktrittsgesuch vor, das er mit den traurigen Worten unterzeichnete: »Was täte ich nicht alles für diese Revolution!« Am Nachmittag aber kehrte er wieder ins Ministerium zurück und verfaßte abermals unzusammenhängende Depeschen. Zwei Krankenwärter mußten ihn mit Gewalt nach Hause bringen.

☆

Zu ihrem eigenen Schaden hatte die Räterepublik gefährlichere Feinde als den Irrsinn des Dr. Lipp. Während nämlich die Regierung Hoffmann von Bamberg aus mit der Münchner Garnison verhandelte und den Versuch unternahm, den Übergriffen der Volksbeauftragten ein Ende zu bereiten, versuchte eine neue Gruppe von Radikalen, die sich bisher im Hintergrund gehalten hatte, das allgemeine Durcheinander auszunutzen und selbst die Macht zu übernehmen. An der Spitze dieser Gruppe standen drei russische Terroristen — Leviné, Levien und Axelrod —, die von der Kommunistischen Internationale nach Bayern geschickt worden waren, um Schwung in die bayrischen Radikalen zu bringen und die Aufstellung der roten Milizen zu beschleunigen. Sie waren fanatisch und völlig skrupellos und vertraten die Auffassung, die Räterepublik habe ihre Unfähigkeit bewiesen. Daher sei es an der Zeit, sie durch eine »elementarere« Bewegung zu ersetzen. Der Epoche der ideologischen Auseinandersetzungen sollte die Epoche des Kriegsrechts folgen, den Reden der Intellektuellen die Salven der Erschießungskommandos.

Von ihrem ständigen Sitz im Mathäserbräu aus, von dem Eisner einst ausgezogen war, um die Wittelsbacher zu stürzen, riefen die »Russen«, wie sie in München genannt wurden, zunächst noch einmal den Generalstreik aus. Dann verfielen sie auf die Taktik, die Trotzki am Vorabend der Oktoberrevolution zu großem Erfolg verholfen hatte:

---

27 Zitiert von Noske in »Von Kiel bis Kapp«, S. 136.

Sie wiegelten die Arbeiter auf, die Regimenter der Garnison zu entwaffnen und sich von den Volksbeauftragten zu trennen.

Wie sollte sich die Räterepublik unter solchen Umständen behaupten? »Die Unzulänglichkeit der Führer, der Widerstand der kommunistischen Partei, der Abfall der Rechtssozialisten, die Desorganisation der Verwaltung, die zunehmende Knappheit an Lebensmitteln, die Verwirrung bei den Soldaten, alle diese Umstände müssen den Sturz herbeiführen[28].« Nach dem Vorbild ihres Lehrmeisters hatten die Gefolgsleute Eisners ein Reich in den Wolken bauen wollen, und wieder schwankte der Boden unter ihren Füßen.

In der Nacht vom 11. zum 12. April erfuhren die Soldaten der Garnison, die Arbeiter wollten sie entwaffnen, und bereiteten sich zum Kampf vor. Die Offiziere gaben Befehl, Gräben auszuheben. Beim geringsten Annäherungsversuch der Revolutionäre sollten die Soldaten das Feuer auf die Manifestanten eröffnen. Gleichzeitig gelang es der Regierung Hoffmann, die bislang neutral gebliebene »Republikanische Schutztruppe« für ihre Sache zu gewinnen[29]. In den frühen Morgenstunden besetzten die gegenrevolutionären Verbände fast kampflos den Bahnhof, das Landtagsgebäude und die wichtigsten Regierungsgebäude. Am Morgen des 12. April waren sie Herren der Stadt. Mühsam, Wandler-Krakau und Dr. Lipp wurden verhaftet und nach Bamberg gebracht, wo sie vor Gericht gestellt werden sollten.

Die revolutionären Arbeiter aber dachten gar nicht daran, München ihren Gegnern zu überlassen. In Massen strömten sie auf der Theresienwiese zusammen, wo sich ihnen die Rotgardisten anschlossen. Dann zogen sie in das Stadtzentrum zurück, und nun begann der eigentliche Kampf. Die zahlenmäßig weit überlegenen »Roten« gewannen bald das Übergewicht. Sie eroberten den Landtag, den Bahnhof und die verschiedenen von den »Weißen« besetzten Gebäude im Sturm zurück und zwangen ihre Gegner zum Rückzug nach Norden. Nur eine Kompanie der »Republikanischen Schutztruppe« leistete im Luitpold-Gymnasium weiterhin Widerstand. An der Spitze einer Handvoll entschlossener Männer stürmte Toller die Schule. Der letzte konterrevolutionäre Widerstandsherd war ausgeräumt.

---

28 Ernst Toller: »Eine Jugend in Deutschland«, S. 136.

29 Diese Verbände, die sich in der Mehrzahl aus Sozialisten zusammensetzten, waren in den ersten Tagen der Revolution spontan entstanden. Auer hatte versucht, sie in den letzten Dezembertagen des Jahres 1918 in eine »Bürgerwehr« umzuwandeln. Es ist unmöglich, über Aufbau und Stärke dieser Verbände genau Aufschluß zu erhalten.

In der Überzeugung, alle Mitglieder des alten Zentralrats seien verhaftet worden, traten die Räte zusammen, um einen neuen Revolutionsausschuß zu wählen, in dem die Kommunisten sich alle Hebel der Macht sicherten. Dies war die vierte bayrische Regierung innerhalb von fünf Monaten.

☆

Wie diese Machtverlagerung vor sich gegangen war, ist kaum zu durchschauen. Wollte man Licht in eine so verworrene Lage bringen, würde man sich an der Wahrheit versündigen. Die Verhaftung der Volksbeauftragten, die Versammlung der Räte, die Niederlage der »Weißen« und die Bildung des neuen Direktoriums — das alles hatte sich fast zur gleichen Zeit abgespielt, noch dazu in einer Atmosphäre des Tumults und der Anarchie, die die Machenschaften der »Russen« weitgehend begünstigt hatte. Sogar Toller vermag unseren Eindruck von diesem Durcheinander in seinen »Erinnerungen[30]« nur zu bestätigen. Wie dem auch sei, zwei Dinge standen fest: Sieger des Tages waren Leviné, Axelrod und Levien, und ihre Machtergreifung mußte eine Verschärfung des Terrors mit sich bringen.

Zunächst erklärten sich die »Russen« zur Obersten Instanz der Revolution und richteten sich, wie sie selbst zugaben, im Wittelsbacher Palais fürstlich ein. Landauer, der ihnen seine Mitarbeit anbot, erntete bei Leviné nur verächtliches Schweigen. Eglhofer, einer der Rädelsführer der Kieler Matrosenrevolte, wurde zum Stadtkommandanten von München und zum Oberbefehlshaber der roten Armee ernannt. Toller — der am Abend des 9. April auf Befehl Levinés verhaftet und einige Stunden später von einer Abteilung der »Republikanischen Schutztruppe« wieder befreit[31], am 13. April auf Veranlassung Leviens erneut verhaftet und abermals befreit worden war — wurde aus der »Oberleitung« der Geschäfte ausgeschaltet. In Anbetracht seiner Volkstümlichkeit übertrug man ihm jedoch das Oberkommando über den »Nordabschnitt der Kampffront[32]«.

Die folgenden Tage gehören zu den düstersten der bayrischen Geschichte. Das Elend der Bevölkerung erreichte seinen Höhepunkt. Die Bauern wehrten sich mit der Waffe in der Hand gegen jede Beschlagnahme von Milch oder Mehl. In den Gefängnishöfen krachten die

30 Ernst Toller, a. a. O., S. 153–164.
31 Ibd., S. 156.
32 Der Ausdruck »Kampffront« ist nicht ganz richtig. In Wirklichkeit handelte es sich um einen Abschnitt nördlich von München, auf dem der Angriff der gegenrevolutionären Truppen der Regierung Hoffmann erwartet wurde.

Salven, die Leichen der Opfer verwesten unter offenem Himmel, bis ihre Angehörigen sie abholten. Die »Diktatoren« führten sich auf wie in einem eroberten Land und lebten herrlich und in Freuden im Schloß der bayrischen Könige. In den Salons der Residenz herrschte ein ständiges Kommen und Gehen von Abenteurern und Lebemännern, Sekretärinnen in Ballkleidern und abgerissenen Straßenjungen. Der Sekt floß in Strömen, und die Orgien dauerten oft bis in die frühen Morgenstunden.

Alle diese Ausgaben fielen dem Staat zur Last. Eglhofer zeichnete sich durch ein besonders luxuriöses Leben aus. Er hatte sich eine eigene Leibwache aus zwei je 350 Mann starken Kompanien geschaffen, die vor keiner Gewalttat zurückschreckte. Als seine Leute eines Tages die Keller der Reichsbankfiliale München ausräumten, sicherte er sich den Löwenanteil der Beute und verteilte Tausendmarkscheine an sein »Personal«. Von der Verwirklichung der Pläne einer »menschlichen Wiedergeburt«, die Kurt Eisner mit seinen Getreuen ausgearbeitet hatte, war das alles weit entfernt.

Es ist kaum erstaunlich, daß bei einem solchen Lauf der Dinge die Staatskasse bald leer war. Der Volksbeauftragte für das Finanzwesen, ein 25jähriger Bankangestellter namens Männer, der für die Staatseinkünfte zu sorgen hatte, fuhr grobes Geschütz auf und setzte die Notenpresse in Bewegung. Damit war das Problem gelöst: Jeder Soldat der roten Armee konnte von nun an Millionär werden . . .

Die Zahl der Streitkräfte nahm denn auch schnell zu[33]. Die hohen Gehälter[34] und die Lebensmittelkarten waren in diesen Notzeiten nicht von der Hand zu weisen. Bald zählte die rote Armee an die 20 000 Mann, ausgerüstet mit den Vorräten, die man in den Kasernen beschlagnahmt hatte[35]. Die Bürgerwehren wurden entwaffnet und aufgelöst. Bei Androhung der Todesstrafe wurde ihnen untersagt, sich neu zu formieren.

Wer sollte München von diesem Alpdruck befreien? Südbayern, von

---

33 Es wurden sogar ehemalige russische Kriegsgefangene eingestellt, die aus ihren Gefangenenlagern befreit worden und dann auf die Seite der Kommunisten übergegangen waren.

34 Die Männer bekamen 25 Mark pro Tag, die Unteroffiziere 1 000 Mark im Monat, dazu ein »Handgeld« in Höhe von 3 000 Mark. Höhere Dienstgrade bekamen 3 000 Mark im Monat und dazu ein Handgeld, das bis zu 15 000 Mark ansteigen konnte. Die täglichen Kosten für diese rote Armee wurden auf 500 000 Mark geschätzt (»Berliner Tagblatt«, 26. April 1919, Morgenausgabe).

35 Sie stammten hauptsächlich aus den Depots des 7. Feldartillerie-Regiments und des 1. Infanterie-Regiments.

Aufständen und Staatsstreichen erschöpft, vermochte die Kraft dazu nicht mehr aufzubringen.

☆

Inzwischen hatten Ministerpräsident Hoffmann und seine Regierung, die sich seit der Proklamation der Räterepublik in Bamberg niedergelassen hatten, einen bayrischen Offizier namens Schneppenhorst mit der Aufstellung einer Freiwilligen-Truppe beauftragt und die Bevölkerung dazu aufgerufen, sich in diese Verbände einzureihen. Ihr Aufruf traf allerdings nur auf mäßige Begeisterung, so daß die Aufstellung der Truppe nur langsame Fortschritte machte.

Nach einigen Tagen waren die Streitkräfte Schneppenhorsts kaum einige tausend Mann stark, die noch dazu schlecht ausgerüstet, mangelhaft bewaffnet und unzulänglich geführt waren. Auch stand es noch nicht fest, ob sie überhaupt gegen die Münchner Kommunisten zu Felde ziehen würden. Hoffmann, der nicht mehr aus noch ein wußte, setzte sich mit Stuttgart und Berlin in Verbindung und bat Noske um Hilfe[36]. Noske aber machte sich keine Illusionen. Er hatte die Revolutionen in Kiel, Bremen, Halle und Berlin niedergeschlagen und unterschätzte die Stärke seines Gegners nicht. Er wußte, daß eine umfassende Operation erforderlich sein würde, um die Radikalen aus München zu vertreiben, und an diese Operation wollte er sich erst dann heranwagen, wenn er alle Trümpfe in der Hand hatte. Daher machte er Hoffmann den Vorschlag, ihm zunächst das Freikorps des Obersten Ritter von Epp, das nach dem Muster des Landesjäger-Korps des Generals Maercker in Ohrdruf aufgestellt worden war, zu schicken. Zu diesem ersten Kern könnten dann noch einige Reichswehrbrigaden des württembergischen Kontingents stoßen.

Die partikularistische Gesinnung Hoffmanns aber sträubte sich gegen den Gedanken, »landfremde« Truppen nach Bayern zu holen. Der Ministerpräsident hegte die Befürchtung, die Ankunft des ersten preußischen Regiments werde einen Sturm der Empörung auslösen und die ganze Bevölkerung gegen ihn aufbringen. Außerdem hätte das einen Verzicht auf die berühmten »Reservatrechte« bedeutet, die auf Verlangen Ludwigs II. in der Verfassung von 1871 verankert worden waren. Bevor eine Zustimmung zu der Einmischung Preußens erteilt würde, sollte Bayern lieber versuchen, die Lage aus eigener Kraft zu meistern.

---

36 Es hat den Anschein, als habe Hoffmann in diesem Augenblick nur an eine rein materielle Hilfe gedacht, also an Waffen, Munition und Kredite.

Daher bat Hoffmann Noske telegraphisch, die Durchführung seines Planes aufzuschieben. »Der Einmarsch des Eppschen Korps in Bayern«, erklärte er, »ist aus politischen Gründen unerwünscht.« Noske beharrte nicht darauf. Er wollte nicht ohne die ausdrückliche Zustimmung des Ministerpräsidenten Hoffmann und ohne eine besondere Aufforderung eingreifen, um sich nicht abermals wie in Braunschweig dem Vorwurf der Ungesetzlichkeit auszusetzen. Überdies wußte er nur zu gut, daß die Zeit für ihn arbeitete und daß man ihn morgen um das bitten würde, was man ihm heute verweigerte.

Mittlerweile trafen immer beängstigendere Nachrichten aus München ein. Schon hieß es, die »Russen« trügen sich mit der Absicht, einen österreichisch-ungarisch-bayrischen Block zu bilden, dem Österreich gleich nach dem Siege der kommunistischen Revolution in Wien einverleibt werden sollte. Eisners alte Drohung erwachte zu neuem Leben. Die sozialdemokratische Regierung in Bamberg war über diese Aussichten entsetzt und drängte nun auf ein sofortiges Eingreifen, hielt dabei allerdings ihr Veto gegen ein Einschreiten Preußens aufrecht. So machte sich denn Hoffmanns Generalstab daran, mit den dürftigen Streitkräften, über die er verfügte, auf München zu marschieren und der »roten Armee« entgegenzutreten.

☆

Sobald in München bekannt wurde, daß sich die »weiße Armee[37]« im Anmarsch nach Süden befand, hob in der bayrischen Hauptstadt ein allgemeines Rüsten an. Das kommunistische Direktorium entfaltete eine gesteigerte Aktivität. Alle Transportmittel wurden beschlagnahmt. Lastwagen und Autos mit roten Fahnen fuhren durch die Straßen, Agitatoren riefen die Massen zum Kampf. Um die Stadt herum wurde eine Verteidigungszone geschaffen, und die Kasernen, die öffentlichen Gebäude und das Kapuzinerkloster wurden mit Maschinengewehren und Granatwerfern bestückt. Bald waren die 20 000 Mann der roten Armee kriegsbereit. Nicht alle waren von dem gleichen Kampfeseifer beseelt; einige tausend Kommunisten aber waren bereit, ihr Leben für den Sieg des Proletariats aufs Spiel zu setzen. Aus ihren Reihen formten Eglhofer und Toller ihre Sturmtruppen. Eine Abteilung Rotgardisten verblieb in München, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

37 Selbstverständlich handelte es sich bei der Armee Hoffmanns nicht eigentlich um eine »weiße Armee«, denn sie stand ja im Solde einer sozialistischen Regierung. Man könnte sie eher eine »weiß-blaue Armee« nennen, denn die Bamberger Freiwilligen trugen Armbinden mit diesen Farben (Weiß-Blau sind die Nationalfarben Bayerns).

Toller begab sich an die »Kampffront«, also in die Gegend von Freising und Dachau, die die feindlichen Vorhuten bereits erreicht hatten[38]. Gleichzeitig schickte der Stab der roten Truppen Unterhändler zur Regierung Hoffmann, die den Rückzug der weißen Truppen hinter die Donau-Linie, die Freilassung der am 12. April verhafteten Volksbeauftragten und die Aufhebung der Blockade Münchens fordern sollten. Zwei Stunden später wurde bekannt, daß die »Weißen« diese Bedingungen, mit Ausnahme des Truppenrückzuges, angenommen hätten. Da eröffneten um 16 Uhr plötzlich die Geschütze der roten Armee das Feuer auf Dachau. Ein unbekannter Soldatenrat hatte den Feuerbefehl gegeben. Wahrscheinlich handelte es sich dabei um Provokateure. Die Weißen antworteten mit anhaltendem Feuer. Die Schlacht hatte begonnen.

Mit einem Freiwilligen-Bataillon durchbrach Toller die Barrikaden und spanischen Reiter, die die Weißen auf der Straße von Karlsfeld nach Dachau errichtet hatten. Gleichzeitig schwärmten die Arbeiter und Arbeiterinnen des Arsenals in der Stadt aus und stürzten sich auf die Hoffmann-Truppen. Am schlimmsten waren dabei die Weiber, die den Soldaten die Waffen abnahmen und sie mit einem Hagel von Steinen aus der Stadt jagten. Schneppenhorst entfloh auf einer Lokomotive.

Die Freiwilligen Tollers, ungefähr 2 000 Mann stark, besetzten Dachau und die umliegenden Ortschaften und nahmen dabei fünf Offiziere und 36 Soldaten gefangen. Voller Panik zogen sich die weißen Truppen nach Pfaffenhofen zurück. Die Roten hatten die »Schlacht von Dachau« gewonnen. Eglhofer gab Toller den Befehl, die Gefangenen zu erschießen, doch Toller zerriß diesen Befehl. Er wollte seinen Idealen treu bleiben und den Sieg nicht mit unnützen Gewalttaten besudeln.

Die Kunde von der Niederlage der Weißen lief von Mund zu Mund. Toller wurde im Triumph empfangen. Er war der Held des Tages. Bescheiden wies er die Glückwünsche, die an ihn gerichtet wurden, zurück: »Die wahren Sieger«, erklärte er, »sind die Arbeiter und Soldaten der Räte!«

☆

Die militärische Bedeutung der »Schlacht von Dachau«, aus der ein bayrisches »Valmy« gemacht werden sollte, ist häufig übertrieben worden. Rein militärisch hatte diese Aktion recht wenig zu bedeuten, doch ihre

38 Der größte Teil der »weißen« Streitkräfte war beiderseits der Bahnlinie Augsburg–München ungefähr 35 km nördlich der bayrischen Hauptstadt zusammengezogen worden.

politischen Auswirkungen waren beträchtlich. Der 16. April 1919 war ein Wendepunkt in der Geschichte Bayerns.

Mit dieser Niederlage waren die letzten Hoffnungen Hoffmanns zusammengebrochen. Widerwillig mußte er sich eingestehen, daß er die Radikalen nur mit Hilfe Preußens besiegen konnte.

»Die bayrische Regierung mußte erst sehen, daß es sich wirklich um Sein oder Nichtsein für das ganze Land handelte, ehe sie sich bereit fand, gründlich durchzugreifen[39].« Nun, da es sich herausgestellt hatte, wie schwach er war, wandte sich Hoffmann abermals an Noske und bat ihn wieder um Unterstützung. Noske war dazu nur unter folgenden Bedingungen bereit:

Den Oberbefehl übernahm Noske selbst in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister. Seinen Stab stellte das Generalkommando Lüttwitz, das auch den Operationsplan auszuarbeiten hatte. Generalleutnant von Oven als rangältestem Offizier wurde der eigentliche Oberbefehl über die Truppen übertragen.

Die Truppen wurden wie folgt eingeteilt:

1. Ein preußisches Kontingent[40], zu dem u. a. gehörten:
   a) zwei Garde-Divisionen unter Generalleutnant von Friedeburg;
   b) die 2. Brigade der Kavallerie-Schützen-Division unter Oberst Graf von Magnis;
   c) die 2. Marine-Brigade des Freikorps von Lettow-Vorbeck unter Korvettenkapitän Ehrhardt;
   d) das Bayrische Schützenkorps unter Oberst von Epp[41];
   e) das »Freikorps Görlitz« unter Oberstleutnant Faupel;
   f) ein Panzerzug und eine Fliegerstaffel.
2. Ein württembergisches Kontingent unter General Haas.
3. Ein bayrisches Kontingent, bestehend aus:
   a) allen früheren Verbänden des Bamberger Heeres unter General von Möhl;
   b) dem »Freikorps Schwaben« unter Major Hierl[42].

39 Noske: »Von Kiel bis Kapp«, S. 138.

40 Dieses Kontingent wurde in den Berichten meist »Reichskontingent« genannt. Preußen wurde bei diesem Feldzug dem Reich gleichgesetzt.

41 Trotz seiner Umbenennung gehörte das in Thüringen aufgestellte »Bayrische Schützenkorps« dem »Reichskontingent« an. Es bestand größtenteils aus früheren aktiven Offizieren, die freiwillig den Dienst als einfache Soldaten wiederaufgenommen hatten.

42 Das bayrische Kontingent wurde im Verlauf der Operationen durch eine Reihe bäuerlicher Freikorps aus Oberbayern verstärkt, so z. B. die Freikorps Oberland, Renk, Schaaf, Werdenfels usw.

Alle Generale einschließlich der bayrischen Generale Haas und von Möhl waren General von Oven unterstellt. Dieser erhielt seine Befehle von Noske über das Generalkommando von Lüttwitz. Falls solche Weisungen im Verlauf der Operationen ausbleiben oder ihn nicht erreichen sollten, hatte General von Oven in Übereinstimmung mit dem von Major von Hammerstein ausgearbeiteten Operationsplan selbständig zu handeln. Von der bayrischen Regierung hatte er vor der Einnahme Münchens keinerlei Befehle entgegenzunehmen[43]. Schließlich sollte nach der Beendigung der Operationen das Gesetz vom 6. März 1919 über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr auch in Bayern angewandt werden.

Diese Bedingungen kamen für Hoffmann einer wahren Kapitulation gleich. Sie stellten ihn vor einen schmerzlichen Gewissenskonflikt. Sollte er der erste in der Geschichte seines Landes sein, der preußische Kontingente auf bayrischem Boden einsetzte? Doch ließ ihm der Ernst der Stunde keine Wahl. Nach einigem Zögern entschloß er sich zur Annahme der Bedingungen[44].

Endlich war die Stunde gekommen, auf die der Reichswehrminister so lange gewartet hatte. Jetzt ging es nicht mehr um »Reservatrechte« oder »politische Vorrechte«. Was Bismarck nach dem Siege von 1871 nicht zu tun gewagt hatte, vollbrachte Noske nach der Niederlage von 1918. Sein Eingreifen im alten Reich der Wittelsbacher krönte das Werk des Eisernen Kanzlers, denn es führte zur völligen militärischen Integration Bayerns und zur Verschmelzung seines Kontingents mit dem Reichsheer.

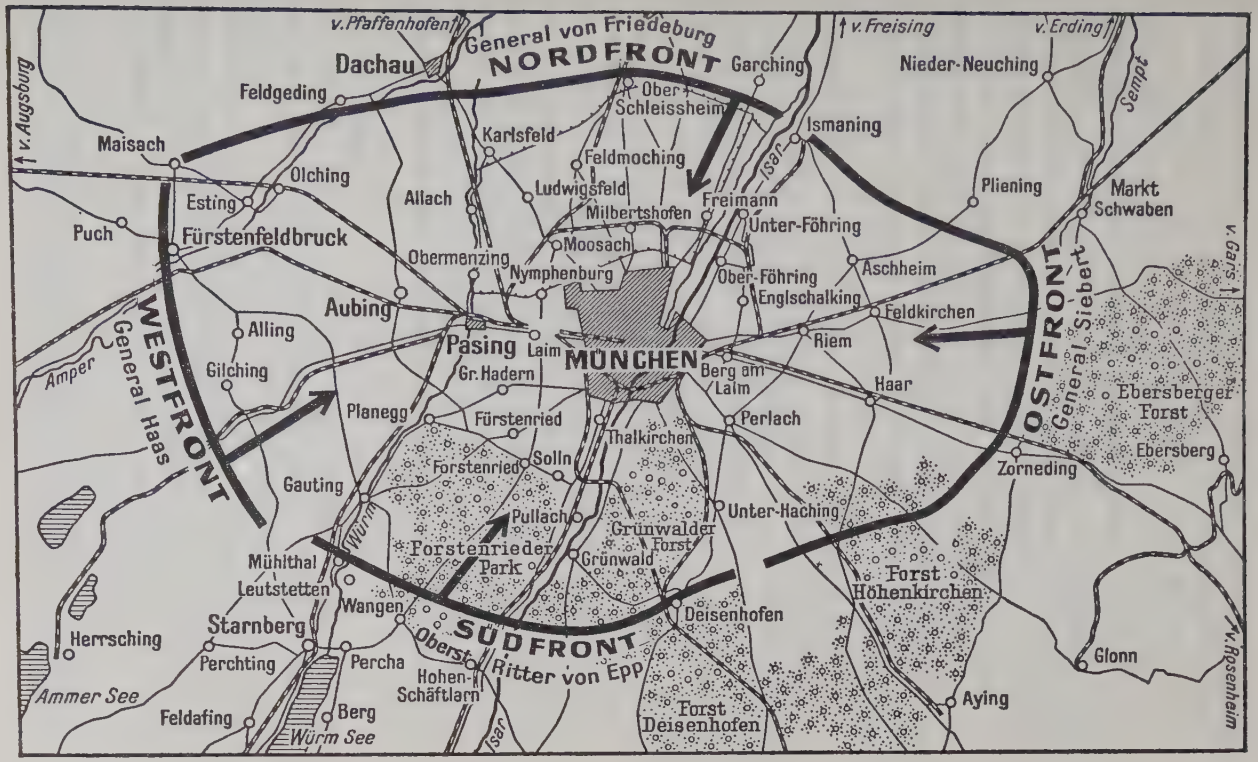
☆

Die Bayern und die Württemberger traten als erste zum Angriff an. Bereits am 27. April erreichten sie von Augsburg aus die Lech-Linie und entfalteten sich in einem Halbkreis westlich von München. Das preußische Kontingent wurde mittlerweile in Thüringen — in Gotha, Erfurt und Saalfeld — zusammengezogen und stand an der Nordgrenze Bayerns.

Über das Ausmaß und die Genauigkeit von Noskes Vorbereitungen waren sogar die Sozialdemokraten im übrigen Reich betroffen. Die Unternehmung nahm den Charakter eines richtigen militärischen Feld-

43 Tatsächlich fürchtete Noske, Hoffmann würde sich noch im letzten Augenblick auf Verhandlungen mit den Kommunisten einlassen und die militärischen Operationen vor Beendigung des Feldzuges einstellen, um das preußische Kontingent an einem Einzug in München zu hindern.

44 »Es gab einige Erörterungen, bis einer Art von Reichsexekution zugestimmt wurde.« (Vgl. Noske, a. a. O., S. 138.)



KARTE 6: DIE EINKREISUNG MÜNCHENS, APRIL 1919

zuges an. Wo würde die Offensive, wenn sie erst einmal rollte, zum Stehen kommen? Wer würde die Truppen nach der Einnahme Münchens daran hindern können, sich gegen Weimar zu wenden und die Nationalversammlung zu sprengen? Die Erfurter Abgeordneten erhoben Einspruch gegen das Eindringen fremder Truppen in Thüringen. Sie schickten eine Abordnung zu Noske, die ihn aufforderte, seine Einheiten unverzüglich zurückzuziehen. Noske aber hatte seine Entscheidung getroffen, und sie war unwiderruflich. Er hatte seine 30 000 Mann nicht mobilisiert, um sie im letzten Augenblick wieder nach Hause zu schicken.

Am 28. April überschritten die preußischen Truppen die bayrische Grenze. Jetzt rollten die Transporte der Noske-Truppen, wenn sie auch durch den Mangel an Lokomotiven und Waggons nur zögernd vorwärtskamen.

Da wurde auch das kommunistische Direktorium in München von Angst gepackt. Wie sollte die rote Armee diesem Ansturm standhalten? Noch vor wenigen Tagen hatten die Diktatoren ihre Brandreden gehalten, jetzt aber hatten sie nur noch den einen Gedanken, wie sie ihren Kopf retten und verschwinden könnten. Als sie ihr Spiel verloren sahen, entflohen Axelrod und Levien nach Österreich. Leviné hielt sich unter falschem Namen verborgen und gab sich als »arbeitsloser Student« aus.

Eglhofer blieb der letzte Erbe der Rätediktatur[45]. Mit einer gewissen Verachtung verzeichnete er die feige Flucht der »Russen«. Verstand er auch nichts von politischen Dingen, so wußte er wenigstens zu kämpfen. Allein wollte er mit der roten Armee und seiner Leibwache Noske und seinen Divisionen entgegentreten. Die Lage war vielleicht aussichtslos, doch wollte er, was immer auch kommen mochte, diejenigen, die ihm vertraut hatten, nicht im Stich lassen. Er war vielleicht ein Abenteurer, ein Feigling aber war er nicht.

Die rote Armee zählte insgesamt 50 000 bis 60 000 Mann. Wie viele aber würden ausreißen? Vielleicht die Hälfte — alle die, die nur der Lebensmittelrationen wegen eingetreten waren. Doch blieb noch ein Kern von 12 000 erprobten Männern, die entschlossen waren, mit der Waffe in der Hand zu fallen.

Eglhofer befahl zunächst, an die hundert angesehene Bürger der Stadt als Geiseln zu verhaften. Dann ließ er in einem Umkreis von 30 km um München einen Verteidigungsgürtel anlegen, der sich im Norden an

---

45 Toller war einige Tage zuvor kaltgestellt worden, da sein Erfolg bei Dachau die Eigenliebe der Diktatoren verletzt hatte.

Freising und Dachau, im Westen an die Würm, die Amper und den Ammersee und im Süden an Starnberg und Rosenheim anlehnte.

☆

Der strategische Plan Noskes sah vor, München einzuschließen und die Stadt sodann in konzentrischem Angriff in Besitz zu nehmen. Gleich nach der Ausladung bezogen die Regimenter der Reichswehr Stellung in den ihnen vom Generalstab zugewiesenen Abschnitten. Dann zog sich der Einschließungsring gegen den erbitterten Widerstand der Roten mit maschinenartiger Regelmäßigkeit immer enger. Am 28. April überschritten die Bayern die Glonn-Linie. Am 29. April nahmen die gegenrevolutionären Truppen Freising, Erding, Wasserburg und Gars ein. Die Württemberger besetzten am gleichen Tage nach hartem Kampf das von 200 Kommunisten und 150 Rotgardisten verteidigte Starnberg. 21 Kommunisten wurden gefangengenommen und auf der Stelle erschossen.

Am Morgen des 30. April fielen Schongau, Kaufbeuren und Kempten in die Hand der Weißen. Das gleiche Schicksal ereilte wenige Stunden später auch Steinberg und Ampfing. Die Truppen des Generals von Oven trieben einen Keil voran, drangen weit über Freising hinaus vor und verschanzten sich 15 km nördlich der bayrischen Hauptstadt. Am Nachmittag unternahmen die Vorhuten Noskes einen weiteren Vorstoß und erreichten Hohenschäftlarn, Bruck, Olching, Alling, Oberschleißheim und Ismaning. Dabei zeichneten sich die Freikorps von Epp, »Oberland« und »Werdenfels« durch besonderen Kampfeseifer aus. Nur Dachau leistete noch Widerstand und begegnete den Angriffen des Gegners mit rollendem Artilleriefeuer. Dann aber zwang Munitionsmangel zum Einstellen des Feuers. Die Stadt wurde vom »Freikorps Görlitz« im Sturm genommen. Bei Anbruch der Nacht standen Noskes Truppen vor den Toren Münchens.

In der Stadt hatte das Näherrücken der »Weißen« bei den Revolutionären Panik verursacht. Eglhofer fühlte, wie ihm trotz all seiner Bemühungen die Macht entglitt. Nach und nach fielen seine Anhänger von ihm ab. Die Soldatenräte entsandten Unterhändler zu Hoffmann, doch weigerte sich der Ministerpräsident, mit ihnen zu verhandeln. Und selbst wenn er bereit gewesen wäre, ihre Bedingungen anzunehmen, hätte General von Oven sich an derartige Abmachungen nicht gehalten.

Da bemächtigte sich der Räte eine Art kollektiven Wahns. Es wurde bekannt, daß ein Rotgardist namens Seidl am Vorabend auf eigene Faust die Geiseln im Luitpold-Gymnasium hatte erschießen lassen. Zu

zweit waren die Gefangenen mit Kolbenschlägen an eine Wand getrieben und bestialisch niedergemetzelt worden. Schon häuften sich ungefähr zehn Leichen auf dem Hof. Als Toller von dieser Untat hörte, eilte er sofort dorthin, um dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Er drang in die Kellerräume ein und konnte eine Anzahl der Verurteilten retten. Beim Anblick der zerfetzten Körper der Opfer aber verlor er die Nerven und versteckte sich bei Freunden.

Empört über die Nachricht von diesem Blutbad und ermutigt durch die bevorstehende Ankunft der »Weißen«, versammelten sich die solange von den Radikalen gequälten Bürger in der Innenstadt. Einem plötzlichen Antrieb folgend, stürmten Gruppen ehemaliger Offiziere und Studenten die Feldherrnhalle, die Residenz und die wichtigsten Regierungsgebäude. Wer sich ihnen entgegenstellte, wurde niedergemacht. Die ganze Nacht hindurch zuckte Feuerschein am Münchner Himmel, und der Wind trug aus den Vorstädten das Grollen des Artilleriefeuers heran.

Eglhofer war im Morgengrauen ins Kriegsministerium zurückgekehrt. Der jetzt anbrechende Tag sollte das Ende der Rätediktatur bringen. Der einstige Oberbefehlshaber der kommunistischen Armee saß in seinem Büro und dachte daran, daß ihm nur noch wenige Stunden zu leben blieben. Alle hatten ihn verlassen: die »Russen«, die Rotgardisten und seine eigene Leibwache. Da hörte er plötzlich Schritte im Flur. Kam man schon, um ihn festzunehmen? Die Tür öffnete sich, und herein trat ein zwanzigjähriger Matrose seiner ehemaligen Leibwache. Ruhig schnallte er sein Koppel ab, steckte die beiden auf dem Tisch liegenden Handgranaten in die Tasche und setzte sich neben seinen Chef.

»Was hast du vor?« fragte ihn Eglhofer.

»Hierbleiben!« antwortete der junge Bursche.

Er war der letzte Kamerad.

☆

Zur gleichen Stunde hielten die Noske-Truppen ihren Einzug in München. Das Regierungsviertel wurde kampflos besetzt, da die Rotgardisten im Verlauf der Nacht die meisten öffentlichen Gebäude geräumt hatten. Am Stachus wurden die Truppen jedoch von anhaltendem Maschinengewehrfeuer empfangen. In den Vorstädten des Nordens und des Ostens kam es zu blutigen Kämpfen. Um den Justizpalast und den Hauptbahnhof tobte eine lange Schlacht. Beide Seiten setzten Artillerie und Granatwerfer ein. Auch der Anbruch der Dunkelheit brachte kein Nachlassen des Kampfes.

Am nächsten Tag, dem 2. Mai, dauerte die Schlacht noch immer an. In dichtgeschlossenen Reihen gingen die Soldaten des preußischen Kontingents zum Sturmangriff gegen die Innenstadt vor und brachen jeden Widerstand. In den Abendstunden wurde das Mathäserbräu, das den Revolutionären seit dem 7. November als Hauptquartier gedient hatte, von einer Pionier-Kompanie mit Flammenwerfern »gesäubert«. Kurz darauf fiel auch der Hauptbahnhof in die Hand der Angreifer.

Dann folgte in ganz München ein blutiges Strafgericht. Der Zorn der weißen Truppen kannte keine Grenzen. Zur Vergeltung für die am Vorabend ermordeten Geiseln brachten die Soldaten alle Kommunisten um, die ihnen in die Hände fielen. Hunderte von Rotgardisten wurden ohne Urteilsspruch erschossen. Die Zahl der Opfer, die im Lauf dieser Tage ihr Leben einbüßten, wird auf 700 geschätzt. Unter ihnen befanden sich natürlich auch viele Unschuldige. So wurden 29 katholische Handwerksgesellen hingerichtet, die mit der Revolution gar nichts zu tun hatten.

Den Anführern erging es nicht besser als ihren Männern. Eglhofer wurde festgenommen und erschossen. Landauer wurde in Groß-Hadern, wo er sich seit einiger Zeit bei der Witwe Kurt Eisners aufhielt, aufgespürt, ins Gefängnis geworfen und dann von Männern der Abteilung des Grafen von Gagern mit Kolbenhieben erschlagen. Gandorfer, der blinde Führer der Bauernrevolte, Leviné und noch andere erlitten das gleiche Schicksal[46]. Für die Ergreifung Tollers wurde ein Preis ausgesetzt. Er wurde durch Verrat in seinem Versteck gefunden, vor ein Kriegsgericht gestellt und zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

Die Bevölkerung Münchens gewann allmählich den Eindruck, daß diese Vergeltungsmaßnahmen zu weit gingen. Sollte denn die Zeit der Gewalttaten kein Ende nehmen? Das Nationalgefühl wurde wieder lebendig, und feindselige Gefühle regten sich gegen die »fremden« Truppen. In der Stadt wurden Plakate angeschlagen, auf denen die Ausschreitungen bestimmter preußischer Regimenter gegeißelt wurden. General von Möhl, der Oberbefehlshaber des bayrischen Kontingents, mußte die Bevölkerung zur Ruhe ermahnen und sie an »die hervorragenden Dienste, die die Truppen des Reiches geleistet haben«, erinnern[47]. Die allgemeine Unzufriedenheit aber hielt trotz dieser beruhigenden Worte an. Es war an der Zeit, daß sich die preußischen Regimenter aus München zurückzogen ...

---

46 Leviné wurde am 4. Juni abgeurteilt und zwei Stunden später erschossen.
47 Vgl. das »Berliner Tagblatt« vom 4. Mai 1919.

Vor dem Abzug seiner Truppen aber erheischte Noske den Lohn für seine Intervention. Er hatte die Ordnung wiederhergestellt. Nun war die Reihe an Hoffmann, seine Versprechungen einzulösen.

Bereits am 3. Mai hatte die bayrische Regierung ihren Sitz von Bamberg wieder nach München verlegt. Zuallererst mußte der Ministerpräsident nun durch Erlaß die alte königlich-bayrische Armee auflösen. Alle Offiziere und Mannschaften wurden mit Wirkung vom 30. April entlassen. Dann veranlaßte Hoffmann seine Regierung zur Annahme des Gesetzes über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr, obwohl Schneppenhorst und ein gewisser Major Paulus dagegen lebhaft Einspruch erhoben[48].

Fortan sollte es auch kein bayrisches Kriegsministerium mehr geben. Die Verbände, die in München, Nürnberg und Würzburg lagen, wurden in das Reichsheer eingegliedert und erhielten Nummern von Reichswehrbrigaden. Sie wurden dem Gruppenkommando II in Kassel, das dem Reichswehrministerium in Berlin unterstand, direkt unterstellt. Die Soldaten wurden nicht mehr auf den bayrischen Staatschef, sondern auf den Reichspräsidenten und auf die Reichsverfassung vereidigt. Nur ein einziges Zugeständnis wurde dem bayrischen Partikularismus gemacht: die bayrischen Reichswehrbrigaden sollten ausschließlich aus dem Lande selbst rekrutiert werden[49].

Von diesem Augenblick an wurden die Bindungen zwischen Bayern und dem übrigen Deutschland immer enger. Gewiß war das bayrische Nationalgefühl nicht tot. Die Unabhängigkeitsbestrebungen erlebten noch manchen Aufschwung, und wenige Jahre später kam es zu schweren Erschütterungen, bei denen in den Straßen Münchens abermals Blut floß[50]. Der Gedanke an die Errichtung eines selbständigen Staates aber wurde immer schwächer und verlor letzten Endes seine Dynamik ebenso wie seine Daseinsberechtigung.

So hatten die Revolutionäre, die sich als Vorkämpfer »fortschrittlicher Ideen« ausgaben, tatsächlich auf eine Staatsidee aus der Zeit vor 1866 zurückgegriffen, während die Reichswehr auf die nationale Einigung hingearbeitet und die Bindungen bewahrt hatte, die Bayern und das Reich miteinander besaßen.

---

48 Beide scheinen über die Verpflichtungen, die Hoffmann Noske gegenüber eingegangen war, nicht unterrichtet gewesen zu sein. Sie reisten sogar nach Berlin, um zu versuchen, einen Ausgleich zu erreichen. Ihr Vorgehen stieß natürlich auf Ablehnung.

49 Nach dem Prinzip der »Landsmannschaften«, vgl. Band II, Kap. VIII.

50 Vgl. Band II: Kapitel über den Hitler-Putsch von 1923.

XVII Die Reichswehr rettet die Einheit des Reiches

3. Dresden, Leipzig

Nun brauchte der Erfolg des Unternehmens gegen Bayern nur noch auf Sachsen ausgedehnt zu werden, um der Weimarer Verfassung in ganz Deutschland Achtung zu verschaffen und die letzten Herde des Separatismus auszuräumen.

Mit dieser Aufgabe wurde General Maercker betraut. Die Eroberung Sachsens wurde vom ehemaligen Landesjäger-Korps, der jetzigen XVI. Reichswehr-Brigade, durchgeführt. Diese Unternehmung verlief allerdings nicht so dramatisch wie der Marsch nach München, und es mag daher genügen, wenn nur die wichtigsten Ereignisse geschildert werden.

☆

Schon vor dem Kriege war das stark industrialisierte und dichtbevölkerte Sachsen bekannt für seine fortschrittlichen sozialen Tendenzen. Das »rote Königreich«, wie es genannt wurde, war der Vorposten der deutschen Gewerkschaftsbewegung, und die Arbeiter-Organisationen besaßen dort mehr Macht als anderswo. Daher bot Sachsen einen vorzüglichen Nährboden für revolutionäre Umtriebe[1].

Bereits am 7. November 1918 hatten sich in Dresden zwei Arbeiterräte gebildet, von denen der eine fast ausschließlich aus Mehrheitssozialisten, der andere aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen bestand. Am 10. November schlossen sich diese beiden Räte zusammen. In Leipzig und Chemnitz folgten die Räte ihrem Beispiel. Die Revolution in Sachsen hatte begonnen.

Am gleichen Tage wurde König Friedrich August III. vom Thron verjagt, das Haus Wettin gestürzt und das königliche Kabinett durch eine Regierung von Staatsministern abgelöst.

Von diesem Augenblick an war der Arbeiter- und Soldatenrat be-

---

1 In Preußen wurde die Revolution vom Militär, in Bayern von den Intellektuellen bestimmt. In Sachsen wurde sie dagegen – wie auch in Westfalen – von den Gewerkschaften getragen. Der unterschiedliche Charakter der Länder trat also sogar in den Wesenszügen ihrer revolutionären Bewegung zutage.

strebt, die Macht mit allen Mitteln an sich zu reißen und die Regierung lahmzulegen. Es gelang ihm übrigens auch bald, ihren Sturz herbeizuführen. Die Minister traten zurück und machten einem »Rat der Volksbeauftragten« Platz, der sich aus den drei Sozialdemokraten Gradnauer, Buch und Schwarz und den drei Unabhängigen Lipinski, Fritz Geyer und Fleißner zusammensetzte.

Anfang Januar 1919 wurde die königlich sächsische Armee aufgelöst. Vierzehn Tage später fanden Wahlen statt, die den Radikalen eine starke Mehrheit brachten. In Leipzig, einer Stadt von 620 000 Einwohnern, entfielen 145 000 Stimmen auf die Unabhängigen, 58 000 auf die Sozialdemokraten, 109 000 auf die Demokraten und 24 000 auf die verschiedenen Rechtsparteien.

Von diesem Erfolg berauscht, trieben die Spartakisten die Aufstellung der roten Milizen voran. Unter der Bezeichnung »Unabhängige Sprengtrupps« schuf sich Kurt Geyer, der Sohn des Volksbeauftragten Fritz Geyer, eine Art persönliche Leibwache, die er hauptsächlich zu Überfällen und zur Störung von Versammlungen der gemäßigten Parteien einsetzte. Der Arbeiter- und Soldatenrat stellte selber ein Sicherheits-Regiment auf.

Am 26. Februar schloß sich Leipzig der allgemeinen Streikbewegung an, die ihren Ursprung in Halle hatte, sich aber nacheinander auch auf Magdeburg und Braunschweig ausweitete. Die Arbeiter legten die Arbeit jedoch nur ungern nieder. In dieser Zeit der Lebensmittelknappheit und der Teuerung konnten sie nur schwer auf ihre Gehälter, so niedrig sie auch sein mochten, verzichten. In manchen Betrieben betrug die Zahl der Arbeitswilligen 84 Prozent. Sie wurden allerdings von Trupps von Rotgardisten aus ihren Werkstätten vertrieben.

Die Unbeliebtheit dieses Streiks fiel bald auf die Führer der Bewegung zurück. Die Arbeiter beschuldigten sie, ihre Not nur noch zu vergrößern, und forderten die Auszahlung von Streikgeldern; doch die Hilfskassen waren leer. So sah sich der Arbeiterrat vor eine schmerzliche Alternative gestellt: Entweder mußte er den Streik abbrechen oder aber die Arbeiter dem Verhungern preisgeben. Da beschloß Kurt Geyer, zu Gewaltmaßnahmen zu greifen. Mit zehn Soldaten des Sicherheitsregiments drang er in das Leipziger Rathaus ein und zwang den Bürgermeister mit vorgehaltenem Revolver, ihm 400 000 Mark in klingender Münze auszuzahlen. Bedauerlicherweise eignete sich Hein, einer von Geyers Genossen, auf dem Transport einen Teil dieser Hilfsgelder an und brachte das Geld noch am selben Abend in fröhlicher Gesellschaft durch.

Am 10. März brach der Streik in sich zusammen. Trotz aller flammenden Aufrufe der Streikleitung nahmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf. Der Mißerfolg steigerte die Erregung bei den Radikalen nur noch mehr. Geyer stellte sich an die Spitze der Unzufriedenen. Er berief den großen Arbeiterrat zu einer Vollversammlung ein und schlug die Einsetzung eines Direktoriums von fünf Männern vor, die diktatorische Vollmachten erhalten sollten.

Weder die altgedienten Truppen der Garnison noch die Gemäßigten wagten sich diesen Beschlüssen des Arbeiterrates in irgendeiner Weise zu widersetzen. Das Bürgertum schickte sich ins Unabwendbare. »In Sachsen hatte man«, schrieb Maercker, »mit der Aufstellung freiwilliger Truppen zu spät begonnen. Diese brauchten noch lange Zeit, bis sie verwendungsbereit waren. Der Anlaß zur Gesundung kam auch für Leipzig von außen her.«

Am 12. April veranstalteten einige tausend kriegsversehrte Spartakisten in Dresden eine Kundgebung vor dem Kriegsministerium, um gegen die Kürzung ihrer Renten zu protestieren. Eine Abordnung von sechs Mann wurde von Kriegsminister Neuring empfangen, der jedoch eine Auseinandersetzung mit einem der Abgesandten, einem notorischen Agitator, ablehnte. Die auf dem Platz versammelte Menge wurde angesichts der langen Dauer der Verhandlungen ungeduldig. Da krachte plötzlich im ersten Stock des Ministeriums ein Schuß. Die aufgebrachte Menge stürmte in das Gebäude, entwaffnete die Wache und drang in das Arbeitszimmer des Ministers ein. Ein Dutzend Demonstranten ergriffen Neuring und schleppten ihn nach draußen. Sie hatten ihn schon halbtot geschlagen, da schrie einer: »Schmeißt ihn ins Wasser, den Hund!« Der Pöbel schleifte daraufhin den stark blutenden Minister zur Augustus-Brücke und warf ihn über die Brüstung in die Elbe. Verzweifelt versuchte der Unglückliche, schwimmend das Ufer zu erreichen. Einer der Demonstranten streckte ihn in dem Augenblick, da er es fast erreicht hatte, mit Revolverschüssen nieder. So wiederholte sich die Untat, die kurz zuvor in Halle an Oberstleutnant von Klüber verübt worden war.

Die sächsische Regierung war über diese Greueltat empört, fühlte sich aber zu schwach, die Bestrafung der Schuldigen selbst zu übernehmen, und bat daher Noske um Hilfe. Am 14. April wurde das »Freikorps Görlitz« unter Oberstleutnant Faupel aus Magdeburg abgezogen und nach Dresden geschickt, um dort die Ordnung wiederherzustellen. Die Regierung verhängte den Belagerungszustand über das ganze Land.

Doch wie sollte eine nur 1 400 Mann starke Truppe mit mehreren tausend Aufständischen fertigwerden? Der Kräfteunterschied zwischen den Streitkräften des Oberstleutnants Faupel und denen des Arbeiter- und Soldatenrates war zu groß. In aller Öffentlichkeit übertrat die Arbeiterbevölkerung die Verbote, die sich aus dem Belagerungszustand ergaben. Die Anordnungen der sächsischen Regierung wurden nicht mehr beachtet. In Anbetracht dieser ernsten Lage riet Oberstleutnant Faupel, den Belagerungszustand auf die Stadt Dresden zu beschränken, und bat darum, General Maercker mit einer »Reichsexekution« großen Stils zu beauftragen.

Als die Radikalen hörten, daß »die Noskes« kommen würden und Maercker die Unternehmung leiten sollte, kannte ihre Entrüstung keine Grenzen. In aller Eile trat das Fünfer-Direktorium zusammen. Kurt Geyer verlangte die sofortige Verkündung des Generalstreiks — der allerdings wirksamer sein mußte als der vom Februar! —, um das Herankommen der konterrevolutionären Verbände zu verhindern. Lipinski dagegen riet, den Streikaufruf sorgfältig vorzubereiten, seine Veröffentlichung aber bis zum Eintreffen der Freikorps zurückzustellen. Die Mehrheit des Direktoriums schloß sich dieser Auffassung an.

Indessen verstrichen die Tage, ohne daß die Landesjäger Maerckers erschienen. Das »Freikorps Görlitz« hatte Dresden wieder verlassen, um zu den auf München marschierenden Streitkräften des Generals von Oven zu stoßen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wiegte sich durch den Abzug in Sicherheit und nahm an, Maercker habe seine geplante Unternehmung aus Furcht vor einem Kampf mit den sächsischen Revolutionären abgeblasen. Es vergingen drei Tage, eine ganze Woche — die Gefahr schien gebannt. Am Abend des 10. Mai zog das Direktorium offiziell den Streikaufruf zurück . . .

Fünf Stunden später war Leipzig von 20 000 Soldaten besetzt. General Maercker stand mitten in der Stadt.

☆

Als die Leipziger am Morgen des 11. Mai erwachten, waren sie nicht wenig erstaunt, ihre Stadt in ein Feldlager verwandelt zu sehen. Andererseits hatten auch die Landesjäger nicht erwartet, daß diese Unternehmung zu einem so frühen Zeitpunkt und mit solchem Tempo durchgeführt würde. Hinter ihnen lagen harte Wochen. Sie hatten gehofft, ein wenig Ruhe zu finden, um ihre in Ostthüringen liegenden Einheiten auffrischen zu können. Am 8. Mai sollte der Brigadestab nach Weimar

zurückkehren. Doch plötzlich war Maercker am 6. Mai nach Berlin beordert worden und hatte dort am 7. von Noske den Befehl zum Marsch auf Leipzig erhalten.

Keine Unternehmung war bisher so schnell beschlossen und durchgeführt worden. Alles mußte binnen weniger Stunden improvisiert werden. Die Schnelligkeit, mit der die Improvisation gelang, bewies die außergewöhnliche Befähigung des Generals Maercker. Bei der mit sparsamsten Mitteln und höchster Präzision ausgeführten Unternehmung gegen Leipzig zeigte er wahre Meisterschaft. Wie ein Organ, das sich seiner Funktion immer besser anpaßt, hatte sich das Landesjägerkorps dank der Erfahrungen der letzten Wochen immer vollkommener auf seine Aufgaben eingespielt.

Welche Kräfte standen sich in Leipzig gegenüber? Auf der einen Seite das Sicherheitsregiment Kurt Geyers, dessen Stärke auf 2500 Mann geschätzt wurde, dazu eine 400 Mann starke »Eiserne Division«, die auch hier aus Kieler Matrosen bestand. Außerdem waren 20000 Gewehre an die kommunistische Arbeiterschaft verteilt worden.

Auf der anderen Seite waren es alles in allem nur die 150 Mann des sächsischen Grenzjäger-Bataillons. Maercker mußte sich also ganz auf seine eigenen Kräfte verlassen.

Dank der ständigen Verstärkung seines Korps standen dem Chef der Landesjäger zu diesem Zeitpunkt sechs vollständige Abteilungen, dazu noch eine Abteilung schwere Artillerie, eine Luftabwehr-Batterie und ein Panzerzug zur Verfügung.

Außerdem teilte General von Lüttwitz ihm noch zu:

a) das Regiment von Oven des Freikorps von Hülsen (das zur III. Reichswehr-Brigade gehörte);
b) die Garde-Abteilung von Neufville des Landesschützenkorps;
c) die I. sächsische Grenzjäger-Brigade unter Generalmajor von Oldershausen;
d) drei Panzerzüge, zwei Kolonnen gepanzerte Lastkraftwagen und eine Panzer-Abteilung.

»Diese Truppen«, bemerkte der General lakonisch, »genügten, um jeden Widerstand niederzuschlagen.«

Noske hätte es gern gesehen, daß die Landesjäger mit klingendem Spiel in Leipzig einrückten. Maercker aber zog die Überraschung vor. In Braunschweig hatte er mit dieser Taktik guten Erfolg gehabt. Demzufolge ging die Unternehmung unter größter Geheimhaltung vonstat-

ten. Einige Einheiten erhielten falsche Marschbefehle. Die Bahnhofsvorsteher wurden angewiesen, über die Truppenbewegungen nichts durchsickern zu lassen. »Tatsächlich kennen nicht einmal die Bahnbeamten das Ziel der ganzen Transportbewegung«, schrieb Maercker. Weder die Offiziere noch die Soldaten wußten, wohin es ging. Nur der Oberbefehlshaber und sein Stab kannten den Feldzugsplan und das Ziel des Unternehmens.

In der Nacht zum 10. Mai trafen die Landesjäger in Leipzig ein. Sie wurden gleichzeitig auf allen Bahnhöfen der Stadt und der Umgebung ausgeladen, um den Gegner zur Zersplitterung seiner Kräfte zu zwingen.

Bei strahlendem Sonnenschein zogen die Truppen am Vormittag des 11. Mai in die Stadt ein, ohne daß es dabei zu Zwischenfällen kam. Das Sicherheits-Regiment wurde in der König-Georg-Kaserne eingeschlossen und ergab sich kampflos. Nur eine Abteilung der Division von Neufville mußte von der Waffe Gebrauch machen, wobei es unter den Zivilisten zwei Verletzte gab. Das war die Verlustziffer dieses Tages für ganz Leipzig.

☆

Doch die vom unerwarteten Eintreffen der Landesjäger überraschten Leipziger Radikalen versuchten sich wieder zu fangen. Bereits am nächsten Tag, dem 12. Mai, unternahm Kurt Geyer den Versuch, durch die Verkündung des Generalstreiks die Macht zurückzugewinnen. Sechzig von den 191 Werken der metallverarbeitenden Industrie schlossen die Tore. Strengste Maßnahmen waren erforderlich, um diese neue Aufstandsbewegung im Keim zu ersticken. Die Truppen erhielten Befehl, für den Schutz der arbeitswilligen Arbeiter zu sorgen. Alle Scharfmacher wurden verhaftet, ebenso jeder, der Flugblätter verteilte. Das Regiment von Oven wurde damit beauftragt, das Gaswerk zu besetzen und seinen Betrieb sicherzustellen. Diese Unternehmung wurde am nächsten Tag mit Hilfe einer Pionier-Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps, die eigens zu diesem Zweck von Berlin nach Leipzig kam, durchgeführt.

Bereits am 13. Mai konnte Oberst von Oven — der nicht mit dem gleichnamigen General und Oberbefehlshaber des Unternehmens gegen München verwechselt werden darf — die Wiederaufnahme der Arbeit in seinem gesamten Abschnitt melden. Am 15. Mai war der Streik im wesentlichen zusammengebrochen.

Am Morgen des 18. Mai veranstaltete Maercker im Villenviertel der Stadt eine Parade, die seinem Wunsche zufolge General von Leuthold,

der einstige Kommandierende General des XIX. Armeekorps, abnahm. An der Spitze marschierten die sächsischen Jäger; dann kamen die Grenadiere der Garde-Division von Neufville. Die Landesjäger Maerckers bildeten den Schluß des Zuges, der an einer ebenso zahlreichen wie begeisterten Menge vorbeimarschierte. »Nach dem Alpdruck dieser letzten Woche«, schrieb Maercker voller Stolz, »wurde hier ein Abglanz der Zucht und der Kampfkraft des alten Heeres entfaltet. Die Kapellen spielten, die Fahnen wehten, Blumengrüße und Maisonne erfüllten die Stadt. Es gab in Deutschland noch Soldaten!«

Das Scheitern der jüngsten Streikbewegung hatte die Widerstandskraft der Revolutionäre gebrochen. Die in der Stadt herrschende Ruhe gestattete Maercker eine Verminderung der Besatzungstruppen. Gleich nach der Parade zogen am 18. Mai die IV. Jäger-Abteilung und der Panzerzug Nr. 54 nach Eisenach ab. Noch am gleichen Tag verließ auch das Regiment von Oven Leipzig. Der Panzerzug Nr. 21 dampfte am 21. Mai davon, um an der Verteidigung der Ostgrenzen teilzunehmen; dort herrschte trotz des Ultimatums Fochs noch immer eine gewisse Unsicherheit. Die I. sächsische Jäger-Brigade wurde durch zwei Bataillone der II. Brigade abgelöst.

Die Landesjäger konnten ihre Aufgabe nun als erfüllt ansehen. Die Autorität der Reichsregierung war auch in Sachsen wiederhergestellt.

Die Arbeiterbevölkerung war entwaffnet, das Sicherheits-Regiment aufgelöst; an Stelle der verschiedenen revolutionären Verbände befanden sich ein Bataillon Volkswehr und einige Selbstschutzverbände aus kurzfristigen Freiwilligen in der Aufstellung[2]. Sie würden bald zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande ausreichen.

Um die Aufstellung dieser Milizen zu beschleunigen, hielt General Maercker am 24. Mai eine große Rede in der Aula der Leipziger Universität. Der Oberbefehlshaber der Landesjäger sprach hierbei allerdings

2 Die Bildung der »Einwohnerwehren«, die zu jener Zeit in ganz Deutschland aufgestellt wurden, ist besonders aufschlußreich. Obwohl das Verfahren der Aufstellung je nach der Garnison verschieden war, erlauben die Erläuterungen, die General Maercker über die Leipziger »Einwohnerwehr« gibt, sich ein Bild von dem Aufbau dieser halb militärischen und halb zivilen Verbände zu machen.
Der Stab der Landesjäger nahm zunächst die Aufstellung eines Regiments von »Zeitfreiwilligen« in Angriff, das am 27. Mai schon 2 100 Mann zählte. Es stand unter dem Befehl von Oberst Nicolai und war in vier Bataillone (A, B, C, D) eingeteilt, die den vier Vierteln der Stadt entsprachen. Die Kompanien und Züge entsprachen den Stadtbezirken und den Straßen.
Daneben bildete sich, sozusagen im Schutze des Zeitfreiwilligen-Regiments, die eigentliche »Einwohnerwehr«. Hierzu wurde die Stadt in 100 Bezirke eingeteilt. Jeder Bezirk sollte eine Kompanie von 100 Mann aufstellen. Diese Miliz hielt ständige Verbindung zum Zeitfreiwilligen-Regiment.

nicht nur über Rekrutierungsfragen, sondern wandte sich über die Köpfe der Leipziger Studenten hinweg an die Universitätsjugend Deutschlands und entwarf in großen Zügen ein Bild des Landes, so wie es sich nach fünf Monaten Revolution darstellte. Dabei zog er einen Vergleich zwischen der Rolle, die die verschiedenen Klassen der Bevölkerung in dieser Zeit gespielt hatten.

»Ich habe in den fünf Monaten meiner Wirksamkeit in Mitteldeutschland wenig Achtung vor der Gestaltungskraft des deutschen Bürgertums, aber eine hohe Auffassung von der organisierten Arbeiterschaft bekommen. Sie ist freilich infolge ihres gleichmäßigen inneren Aufbaus, gleicher politischer und wirtschaftlicher Ziele leichter zusammenzufassen als das in Lebensbedingungen und Lebenszielen so außerordentlich verschieden gerichtete Bürgertum. Der gut organisierten, disziplinierten und opferbereiten Arbeiterschaft steht fast überall ein völlig unorganisiertes, sich in vier bis fünf Parteien gegenseitig bekämpfendes, zu Opfern wenig bereites Bürgertum gegenüber. Während die regierungsfeindliche Arbeiterschaft über eine große Anzahl entschlossener Führer verfügt, die ihre Massen fest in der Hand haben, habe ich in 20 Städten Mitteldeutschlands kaum einen wirklich überragenden Führer der regierungsfreundlichen Einwohner gefunden[3].«

Nachdem er seinen Gegnern von gestern eine solche Anerkennung gezollt hatte, geißelte Maercker die Teilnahmslosigkeit des Mittelstandes. Was hatte das Bürgertum denn zur Verhinderung des Zusammenbruchs Deutschlands, zur Eindämmung der aufsteigenden kommunistischen Flut und zur Behinderung und Ausmerzung der verschiedenen separatistischen Bestrebungen geleistet? Nichts, oder doch fast nichts! Das Bürgertum hätte sich vielmehr in jene »querelles allemandes« geflüchtet[4], die seinen Kampfwillen völlig erschöpft hätten. Im übrigen hätte es sich völlig auf die Freikorps verlassen und zur Beendigung seiner Leidenszeit auf ihr Eingreifen gebaut.

So hatten also die Freikorps — und nur sie allein — die Lage überall wiederhergestellt. Unter der Leitung des Generalstabes hatten sie Berlin zurückerobert, die Häfen von Bremen und Hamburg freigekämpft, die

3 Maercker: »Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 257/258.
4 Bei Maercker in französischer Sprache. Der General meinte den französischen Ausdruck »des querelles d'Allemands«, der soviel bedeutet wie »Streit um des Kaisers Bart« o. ä. (a. a. O., S. 256).

Streikbewegung in Westfalen, Gotha und Halle niedergeworfen und den Schutz der Nationalversammlung in Weimar wie den der Ostgrenzen sichergestellt. Sie hatten den Separatismus in Braunschweig, Bayern und Sachsen niedergekämpft. Überall dort, wo sie eingesetzt waren, hatten sie die revolutionären Milizen aufgelöst, neue Formationen aufgestellt und örtliche Regimenter ins Leben gerufen, die stark genug waren, einen Rückfall in die Anarchie zu verhindern. Innerhalb weniger Monate hatten ihre Führer aus dem Nichts heraus ein Heer von 400 000 Freiwilligen geschaffen, das an die Stelle des kaiserlichen Heeres treten sollte . . .

Und dann brach sich plötzlich diese gewaltige Aufbauleistung an den Klauseln des Versailler Vertrages.

Teil 3 Der Versailler Vertrag und die Auflösung der Vorläufigen Reichswehr

XVIII Die Pariser Konferenz. Militärische Bestimmungen des Versailler Vertrages

Am 19. Januar 1919 wurde die Friedenskonferenz in Paris eröffnet. Auf die Einzelheiten der diplomatischen Verhandlungen kann hier nicht eingegangen werden, und auch von einer Schilderung der nationalen Gegensätze und der persönlichen Zwistigkeiten, die die Arbeit der Bevollmächtigten besonders erschwerten, muß abgesehen werden. Begnügen wir uns damit, einen Gesamteindruck von dieser Konferenz mit den treffenden Worten aus dem Tagebuch von Harold Nicolson, dem Gesandtschaftssekretär der britischen Delegation, zu vermitteln:

»Wenn ich meine eigensten Eindrücke von der Konferenz«, schrieb er, »in einem Film wiedergeben sollte, so wäre das Ergebnis etwa dies: Die Bilder würden immer wieder überblendet von dem unablässig im Gleichmaß rollenden Rad der Zeit. Unaufhörlich auch erschienen in diesem Bildstreifen die Schlagzeilen der Zeitungen, die gegen die Schwätzer in Paris wettern und die Demobilisierung fordern: ›Get the boys back!‹ Da ständen die Millionen von Hungernden in Mitteleuropa und lange Reihen Kriegsgefangener hinter Stacheldrahtverhauen, es flammte das Feuer des Kommunismus in München und in Budapest auf. In das Rollen und Knarren dieses Rades der Zeit tönten schrille Dissonanzen: wie Maschinengewehrknattern das Geräusch von Millionen Schreibmaschinen, ununterbrochenes Telephongeklingel, Motorradgeknatter, Flugzeugbrummen, dazwischen die kalten Stimmen der Dolmetscher: ›Der Delegierte der Vereinigten Staaten stellt fest, daß er anderer Meinung ist . . .‹ Trompetenschmettern, Kanonendonner von der Place des Invalides, das Rascheln der Akten und dann wieder eilige Schritte, die in den langen Gängen der Ministerien verhallen oder von den dicken Aubusson-Teppichen überheizter Salons verschluckt werden[1]. . . «

Und der Verfasser von »Peacemaking« fährt dann ein wenig später fort:

»Wir waren erschöpft und mit Arbeit überlastet. Immer wieder brauchten wir dieselben Redensarten, in der Hoffnung, sie stünden noch

1 Harold Nicolson: »Peacemaking«, wiedergegeben von André Maurois in »La Revue de Paris« vom 15. September 1935, S. 246.

in irgendeiner Beziehung zu unserem Handeln. Es gab kurze Augenblicke, in denen wir zu uns selbst sagten: ›Das ist ungerecht . . .‹ Doch dann dachten wir immer wieder: ›Ein schlechter Vertrag heute ist besser als ein guter in vier Monaten.‹ Mit ewigen Streitfragen verging die Zeit, und der Stern, der uns geführt hatte, entschwand unseren Augen. Wenn etwas Ruhe eintrat, senkte sich der Staub ein wenig, und mit müdem Bedauern bemerkten wir, daß nicht nur unser Blick getrübt war, sondern der Stern selbst am Himmel verblaßte. Wir hätten so gern noch unsere Grundsätze behauptet. Aber es war schon zu spät.«

Als die Siegermächte im Jahre 1815 nach den Napoleonischen Kriegen zum Wiener Kongreß zusammentraten, hatten sie sich darum bemüht, das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen, das seine Bewährungsprobe bestand, da es ein halbes Jahrhundert zu überdauern vermochte. Talleyrand, Metternich, Stein und Castlereagh war das nicht etwa nur deshalb gelungen, weil es ihnen an ehrgeizigen, nicht zu vereinbarenden Plänen gefehlt hätte; vielmehr kamen sie zum Ziel, weil ihnen eine bestimmte Auffassung von der Gesellschaftsordnung gemein war. Seit jener Zeit aber hatte sich Europa in tragischer Weise zerstritten. Worüber hätten sich ein Jakobiner wie Clemenceau, ein liberaler Monarchist wie Lloyd George und ein reiner Ideologe wie Wilson überhaupt verständigen können? Der Franzose wollte Deutschland einen »karthagischen Frieden« auferlegen; da er es nicht völlig vernichten konnte, wollte er es für immer in eine untergeordnete Stellung hinabdrücken. Der Engländer dagegen neigte zu einem »Verständigungsfrieden«, der es Deutschland ermöglichen sollte, seinen Platz im Konzert der Nationen bald wieder einzunehmen und somit ein Gegengewicht zu der Vormachtstellung Frankreichs zu bilden. Der Amerikaner schließlich war ein Schwärmer, der sich in Europa gar nicht auskannte. Er vertrat die Meinung, »die Völker seien immer friedlich, also müsse man nur allen demokratische Einrichtungen geben, um den Frieden zu sichern[2].«

Wie sollte die Begegnung dieser Männer am grünen Tisch zu etwas anderem führen als zu stürmischen Auseinandersetzungen und zu Verhandlungswochen voller Illusionen, Irrtümer und Erpressungen aller Art? Die »Heilige Allianz« war das Werk eines einheitlichen Europa gewesen. Der Versailler Vertrag war die Frucht einer in sich zerrissenen Welt.

Gewiß wäre es reizvoll, dieses Bild noch weiter auszumalen und zu

2 Robert Ingrim: »Hitlers glücklichster Tag«, Stuttgart 1962, S. 20.

schildern, wie die Delegierten der Siegermächte nach Gutdünken die Karte des Kontinents zerschnitten, ohne dabei die geringste Lehre aus der Geschichte, aus den ethnologischen Gegebenheiten oder auch nur aus den Grundsätzen, die sie selbst aufgestellt hatten, zu ziehen. Doch darüber ist bereits alles — oder fast alles — gesagt worden. Überdies werden wir im weiteren Verlauf dieses Werkes noch häufig Gelegenheit haben, die Folgen einer solchen Handlungsweise aufzuzeigen. Wir wollen uns an dieser Stelle daher auf die Darstellung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages beschränken.

☆

Nach den ersten Vollsitzungen der Konferenz kamen die Vertreter der vier großen Siegermächte — Clemenceau, Wilson, Lloyd George und Orlando — überein, einen Sonderausschuß ins Leben zu rufen, der die Bestimmungen des Vertrages über Landheer, Seemacht und Luftfahrt ausarbeiten sollte[3]. Nach Auffassung von Lord Balfour, der die Gründung des Ausschusses angeregt hatte, sollten diese Bestimmungen den Deutschen sofort unterbreitet werden, denn je mehr Zeit man verstreichen lasse, desto geringer wäre die Bereitschaft Deutschlands, die Bedingungen anzunehmen. Auf Betreiben Clemenceaus wurde ein solches Vorgehen jedoch verworfen. Der Vertreter Frankreichs wünschte nicht, die militärischen Bestimmungen zum Gegenstand einer Sonderregelung zu machen, sondern forderte ihre Einfügung in das gesamte Vertragswerk.

Bereits Mitte Februar nahm der Militärausschuß seine Arbeit auf. Sehr bald kam es hier zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten. Schon beim Abschluß des Waffenstillstandes hatten die Alliierten festgestellt, daß ihre Kriegsziele keineswegs übereinstimmten. Jetzt mußten sie entdecken, daß auch ihre Ansichten über die Abrüstung Deutschlands weit auseinandergingen. Die Vertreter Frankreichs und Englands waren sich weder über die Methode der Abrüstung noch über die Stärke der verbleibenden Streitkräfte oder über die zu gewährenden Fristen einig. Dabei waren aber die einen wie die anderen fest entschlossen, ihren Standpunkt durchzusetzen.

Die britische Militärdelegation, die von Feldmarschall Sir Henry Wil-

3 Der wichtigste Grundsatz der Rüstungsvereinbarungen war bereits im 4. Punkt Wilsons enthalten, der lautete: »Hinlängliche Sicherheit soll dafür gegeben und erhalten werden, daß die nationalen Rüstungen auf ein Minimum beschränkt werden können, das die Sicherung im Inneren verlangt.«

son und Generalmajor Sir William Thwaites geleitet wurde, sah in der Abschaffung der »Aushebung«, also der »allgemeinen Wehrpflicht«, eine der wesentlichsten Bedingungen des Friedensvertrages. Deutschland sollte ein Berufsheer nach dem Vorbild der britischen Armee bekommen. Zur Begründung hieß es, ein Berufsheer sei stets weniger aggressiv als ein Volksheer. Seine Offiziere würden mit der Zeit in der Routinearbeit aufgehen und zu einfachen Militärbeamten werden, die keine Lust mehr zu unüberlegten Abenteuern verspürten.

Die französische Abordnung, an deren Spitze Marschall Foch stand, behauptete dagegen, von allen in Frage kommenden Wehrsystemen sei für ein Land wie Deutschland der freiwillige Heeresdienst mit langer Verpflichtungszeit am gefährlichsten. Schon am 1. Januar 1919 hatte Foch seine Auffassung in einer Note an die französische Regierung mit folgenden überzeugenden Argumenten begründet:

»Preußen«, erklärte er, »hat stets ein Heer besessen, dessen Stärke größer war, als es der Bevölkerung des Landes entsprach. Dadurch sicherte es sich schon früh unter den europäischen Mächten eine bedeutend höhere Stellung, als sie ihm nach seinen natürlichen Hilfsmitteln zugekommen wäre. Alle Volksschichten, alle Hilfsquellen, alle Verbände wurden ebenso wie jeder einzelne Untertan im Staatsganzen diszipliniert, zentralisiert, militarisiert.« Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, seine Regierungsform zu ändern. »Eine Republik aber«, fügte Foch hinzu (und die Zukunft sollte zeigen, wie recht er damit hatte), »die auf den gleichen Grundsätzen der Machtkonzentration und des Militarismus errichtet wird und Gesamtdeutschland umfaßt, birgt ebenso viele Gefahren in sich und bedeutet eine ebensolche Bedrohung für den Frieden. In einem von preußischem Geist, preußischen Regierungsformen und Soldatentum durchdrungenen Land, in dem immer noch durch Volkscharakter und Überlieferung das Autoritätsprinzip und der Drang nach Zentralisierung herrschen, wird eine solche Republik leicht zu verwirklichen sein. Mehr noch, durch den Fortfall der kleinen Fürstentümer, die der Reichseinheit zweifellos hinderlich waren, hat das republikanische Deutschland Aussicht, in seiner vollendeten Einheit . . . einen Kraftzuwachs zu finden.«

Daher komme es vor allem darauf an, zu verhindern, daß das neue deutsche Heer zu einer Zufluchtsstätte für die Reste des alten kaiserlichen Heeres werde. Auf keinen Fall dürfe sich das Heer zu einer streng abgeschlossenen Kaste entwickeln, sondern müsse zu einem demokratischen Heer werden, das allen Gesellschaftsklassen offenstünde. Deutsch-

land brauche, kurz gesagt, ein Milizheer, dessen Bestand sich ständig erneuere[4] und in dem die Kräfte der Linken schließlich die reaktionären Kräfte überwuchern würden[5]. Vielleicht werde man hiergegen einwenden, daß es auch nicht ganz ungefährlich für die innere Einstellung der deutschen Jugend sei, einer großen Zahl von Deutschen eine wenn auch nur oberflächliche militärische Ausbildung angedeihen zu lassen. Alles in allem sei diese Gefahr jedoch ungleich geringer als die Gefahr eines Berufsheeres, das rasch zur Hochburg preußischen Geistes werden, sich mit dem Deutschland der Vergangenheit identifizieren und schließlich der Regierung ihre Handlungsweise vorschreiben würde.

Die Engländer verwahrten sich gegen eine solche Betrachtungsweise. Das System des Heeresdienstes mit kurzer Verpflichtungsdauer hielten sie für reinen Selbstmord. Außerdem waren sie zutiefst davon überzeugt, die britische Methode müsse stets auch die beste Methode sein. Im Hinblick auf die öffentliche Meinung ihres Landes bestanden sie darauf, ihr System in Deutschland einzuführen. Nach diesem ersten Schritt, so hofften sie, würde auch der übrige Kontinent nach und nach dem britischen Beispiel folgen[6]. Foch aber machte seine ganze Autorität geltend und blieb schließlich Sieger. Am 3. März legte er dem Obersten Rat militärische Bedingungen vor, die auf einer Wehrpflicht mit kurzer Ver-

---

4 Die Verpflichtungsdauer könnte zwischen sechs Monaten und einem Jahr liegen.

5 Dieser Standpunkt kommt den Forderungen eigentümlich nahe, die die deutschen Sozialdemokraten in ihrem Erfurter Programm für eine Wehrverfassung erhoben hatten. Er hätte ohne Zweifel die Unterstützung der republikanischen Parteien Deutschlands gefunden.

6 Im Hinblick auf ein mögliches Wiedererwachen des Militarismus in der Zukunft schrieb die »Times« am 12. März 1919:
»Gegen derartige Pläne bieten künstliche Rüstungsbeschränkungen nur eine begrenzte und vorübergehende Garantie. Tatsächlich ist die einzige Garantie für den Frieden der Wille des Volkes und die Macht, ihn auch durchzusetzen. Die Verminderung des Heeres und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht geben den Deutschen die Macht, ihrer Regierung den Frieden aufzuzwingen, wenn sie selbst ihn wollen. Darin liegt der eigentliche Wert der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland.«
Es seien auch einige Zeilen aus einem Artikel des »New Statesman« vom 15. März angeführt:
»Das Ende der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland nimmt jede Möglichkeit ihrer Einführung in England oder den Vereinigten Staaten. In Italien und Frankreich wird dieser Umstand für die Arbeiterklasse ein unwiderstehlicher Hebel für die Forderung zu ihrer Abschaffung im eigenen Land sein.«
Bemerkt sei allerdings, daß nicht alle Engländer diese Auffassung teilten. »Das Kriegsministerium hatte einen wohlerwogenen, auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebauten Entwurf zur Vorlage beim Obersten Rat ausgearbeitet«, berichtete Sir Henry Wilson in seinen Erinnerungen (S. 496). Lloyd George schrieb damals einen wütenden Brief an Winston Churchill, in dem er ihm Vorwürfe machte, weil er ihn über die Vorbereitungen eines solchen Planes nicht auf dem laufenden hielte.

pflichtungsdauer beruhten[7]. Die Deutschland zugebilligte Höchststärke sollte 200 000 Mann betragen: 15 Divisionen Infanterie und fünf Kavallerie-Divisionen. Die Engländer konnten sich der Vorlage dieses Entwurfs nicht widersetzen, fügten ihm im Anhang jedoch eine Note bei, in der sie ihre Einwände zusammenfaßten.

Merkwürdigerweise kam der Widerstand gegen die Pläne Fochs im Obersten Rat aber aus der französischen Delegation. Clemenceau erklärte, »diese Frage sei zu wichtig, um in Abwesenheit Lloyd Georges behandelt zu werden«. Da der britische Premierminister durch den Wahlkampf in Wales festgehalten wurde[8], wurde die Erörterung dieses Planes bis nach seiner Rückkehr vertagt.

Zwei Tage später, am 5. März, kehrte Lloyd George nach Paris zurück. Wie zu erwarten, machte er sich die Einwände von Thwaites und Wilson zu eigen und erhob Einspruch gegen das Prinzip des kurzfristigen Militärdienstes. Außerdem war ihm die verborgene Feindschaft zwischen Clemenceau und Foch bekannt, die er mit seiner gewohnten Meisterschaft ausnutzte. In der Tat schien Clemenceau seit dem Abschluß des Waffenstillstandes hauptsächlich darum bemüht zu sein, den Einfluß des Marschalls einzuschränken[9]. Er war fest entschlossen, eine Einmischung der Militärs nicht einmal in Fragen, die offensichtlich in ihre Zuständigkeit gehörten, zu dulden. Nun, da der Krieg gewonnen war, war der Marschall für ihn nichts weiter als ein technischer Berater und ein ausführendes Organ. Der Vertrag von Versailles sollte in erster Linie ein »Werk der zivilen Regierungen« werden.

Auch die Engländer hatten sich dem Oberbefehl Fochs nur unter dem

---

7 Alle Angaben über den zeitlichen Ablauf der Verhandlungen sind in der umfangreichen »Geschichte der Pariser Konferenz« von H. W. V. Temperley, London 1920, Band II, Abschnitt I, zu finden.

8 Im Verlauf dieses Wahlkampfes machte Lloyd George seinen Wählern Versprechungen, die in der Folgezeit seine Bewegungsfreiheit erheblich einschränkten. Besonders in Bristol zögerte er nicht zu erklären: »Wir haben die Absicht, zu verlangen, daß Deutschland die ganzen Kosten des Krieges trägt«, was dem Grundsatz Wilsons von einem Frieden ohne Entschädigungen und ohne Annexionen widersprach. Den allgemeinen Tenor, der diesen Wahlkampf bestimmte, traf Eric Geddes in einer Rede in der Guildhall von Cambridge mit den Worten: »Wir werden die Zitrone ausquetschen, bis die Kerne quietschen.« (vgl. Tansill: »Hintertür zum Kriege«, S. 36.)

9 Schon im Verlauf der Vorverhandlungen zum Waffenstillstand hatte Clemenceau Marschall Foch zu verstehen gegeben, daß die »Aufstellung der den Deutschen aufzuerlegenden Bedingungen nicht ihm (dem Marschall), sondern der Regierung zukomme«. Diese Bedingungen sollten im Kabinettsrat erörtert werden. Als Foch darum ersuchte, an diesem Kabinettsrat teilnehmen zu dürfen, lehnte Clemenceau mit der Begründung ab, das verstoße gegen die Verfassung.

Druck der Verhältnisse gebeugt[10]. Mit einigem Mißvergnügen hatten sie beobachtet, wie ein britischer Feldmarschall die Anordnungen eines Marschalls von Frankreich ausführte. Sie waren der Meinung, es sei an der Zeit, »Foch in seine Schranken zu verweisen«. Außerdem hatten sie noch zwei sehr gute Gründe dafür, seinen Einfluß herabzumindern: einmal die Haltung, die er zur Besetzung des linken Rheinufers einnahm[11]; ferner, daß er hartnäckig auf der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland bestand.

Lloyd George sah in den Vorschlägen Fochs nicht die sachliche Stellungnahme eines Soldaten, sondern den voller Hintergedanken steckenden Schachzug eines Politikers. »Foch wußte«, so bemerkte er dazu, »daß die britischen und amerikanischen Delegierten die Entwaffnung Deutschlands lediglich als Vorstufe für die allgemeine Abrüstung ansahen. Wenn die Stärke des deutschen Heeres so weit vermindert wurde, daß sie für die Bedürfnisse eines seiner Kolonialmacht beraubten Deutschland gerade noch ausreichte, dann gab es keinen Vorwand mehr für die Aufrechterhaltung eines Riesenheeres in Frankreich ... Er (Marschall Foch) konnte die Aussicht auf Abrüstung des französischen Heeres nicht gleichmütig hinnehmen, des Heeres, dessen Aufbau er sein Leben gewidmet hatte, das für ihn ein Gegenstand steten Stolzes war und in dem er den besten Bürgen für die Sicherheit und den Ruhm seines Landes sah. Seine Ansicht war: ein deutsches Heer, nicht stark genug an Zahl und Kraft, um Frankreich angreifen zu können, aber groß genug, um für Frankreich die Aufrechterhaltung einer Streitmacht zu rechtfertigen, die ihm die unbestrittene Vormachtstellung in Europa sichern würde und dazu den für die Bedürfnisse seines großen Reiches in Übersee nötigen Überschuß[12].« Die Diskussion, die nun unter dem Deckmantel von Abrüstungsverhandlungen anhob, zielte somit weniger auf eine Verminderung der deutschen Streitkräfte als vielmehr auf eine Schwächung der militärischen Vormachtstellung Frankreichs ab.

Foch dagegen fürchtete vor allem, das Reich könne die Unversehrtheit

10 Vgl. Clemenceau: »Grandeurs et Misères d'une Victoire«, Kap. II: »L'Unité de Commandement«, Seite 21.

11 Die Engländer fürchteten, Frankreich könne sich zum Herrn des rheinisch-westfälischen Kohlenbeckens machen, wodurch es in die Lage versetzt würde, erfolgreich mit der britischen Industrie zu konkurrieren.

12 David Lloyd George: »The Truth about the Peace Treaties«, London 1938, Band I, S. 587. Dazu ist zu bemerken, daß Großbritannien keineswegs an eine Verminderung seiner Flotte dachte und sich auch den Löwenanteil an dem ehemaligen deutschen Kolonialbesitz gesichert hatte, das französische Heer daher die einzige Macht darstellte, die in der Lage war, die Weltherrschaft Großbritanniens in Frage zu stellen.

und Geschlossenheit seiner »Kader« bewahren (was später ja auch das Hauptanliegen des Generals von Seeckt war). Um seiner Auffassung Nachdruck zu verleihen, führte er einen Ausspruch des Marschalls Bugeaud an, nach dem »ein Heer von Schafen unter Führung eines Löwen mehr wert sei als ein Heer von Löwen unter Führung eines Esels«. Die große Zahl von Rekruten bereitete ihm weniger Sorge als das Fortbestehen eines aktiven und disziplinierten Offizierkorps. Während die britische Delegation beabsichtigte, das deutsche Heer an seiner Basis zu schwächen, wollte Foch es an seinem Haupte treffen. »Die Unterlegenheit der deutschen Kriegsmaschine«, fügte Lloyd George hinzu, »sollte dem Marschall zufolge durch die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht gewährleistet werden, wobei jedoch die Zahl der Rekruten auf 200 000 Mann begrenzt sein sollte. Dadurch sollte die Bildung eines starken Offizier- und Unteroffizierkorps verhindert werden. Die Aufstellung eines Generalstabes sollte fortfallen. Die Ausrüstung sollte unzureichend und mittelmäßig (›scant and stingy‹) sein[13].«

Die Auffassungen Fochs und der britischen Delegation gingen demzufolge völlig auseinander. Diese Meinungsverschiedenheit wurde noch dadurch verschärft, daß Clemenceau die Ansichten seines Marschalls nur schwach unterstützte — aus Gründen des Mißtrauens, das die politische Führung Frankreichs von alters her den Militärs gegenüber hegte. Die Engländer aber wußten, daß Clemenceau, wie auch immer seine persönlichen Gefühle sein mochten, niemals einen direkten Angriff gegen den Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte dulden würde. Um zum Ziel zu gelangen, verfielen sie auf einen geschickten Schachzug: Sie griffen die Meinung, die Clemenceau selbst am Vorabend des Waffenstillstandes vertreten hatte, wieder auf und machten sie sich zu eigen. Lloyd George erklärte, »die Frage der allgemeinen Wehrpflicht sei eine mehr politische als militärische, ihre Entscheidung müsse daher den Regierungschefs vorbehalten bleiben«. Der französische Ministerpräsident war angenehm überrascht, zu sehen, daß sich die britische Delegation seiner Auffassung anschloß. Die Fälle, in denen er mit den Engländern übereinstimmte, waren nicht gerade häufig[14].

---

13 David Lloyd George, a. a. O., S. 590. Die ganze Auseinandersetzung, so wie sie von dem britischen Premierminister hier dargestellt wird, verdient eine aufmerksame Lektüre (s. S. 591/596).

14 Clemenceau schreibt in seinen Erinnerungen (»Grandeurs et Misères d'une Victoire«, S. 80) über seine gesamten Beziehungen zu Lloyd George: »Niemals haben zwei Männer in gefährlichen Debatten mehr den Eindruck gemacht, als wollten sie sich gegenseitig auffressen.«

Am 7. März brachte der britische Premierminister *mit Unterstützung Clemenceaus* in einer Vollsitzung eine Entschließung ein, derzufolge die Bestimmungen über Heer, Marine und Luftwaffe auf dem Grundsatz der freiwilligen Verpflichtung auf lange Dauer beruhen, also ein Berufsheer vorsehen sollten. Der Militärausschuß wurde angewiesen, einen neuen Plan »entsprechend der Entschließung des Obersten Rates« auszuarbeiten. Die britische Auffassung hatte sich schließlich durchgesetzt. Diese Entscheidung war von unabsehbarer Tragweite: Sie gab der jungen deutschen Republik ein Heer, das ewig auf der Suche nach einem »Souverän« war.

Marschall Foch beugte sich diesem Entschluß, und der Militärausschuß nahm seine Arbeiten wieder auf. Jetzt aber weigerten sich die französischen Fachleute, die in dem vorigen Plan Deutschland zugebilligte Zahl von 200 000 Mann zu bestätigen. Die Stärke der Streitkräfte war Gegenstand langwieriger Verhandlungen gewesen. Ursprünglich war die Rede von 500 000 Mann gewesen. Die britische Delegation hatte die Auffassung vertreten, wenigstens zeitweise sollten Deutschland 400 000 Mann zugestanden werden. Zu guter Letzt hatte Foch der Zahl von 200 000 Mann nur deshalb zugestimmt, weil sein Plan die allgemeine Wehrpflicht vorsah. Eine Verpflichtung auf lange Dauer hielt er für eine direkte Bedrohung der Sicherheit Frankreichs. Jetzt sah er sich gezwungen, ihr im Prinzip zuzustimmen, doch wollte er ihre Folgen abschwächen, indem er die Zahl der Deutschland zuzubilligenden Streitkräfte möglichst weit hinabdrückte. Nach mühseligen Verhandlungen einigte sich der Militärausschuß schließlich auf eine Zahl von 140 000 Mann. Dieser neue Plan wurde am 10. März dem Obersten Rat zur Billigung vorgelegt.

»Die Franzosen«, schrieb Temperley, »waren noch nicht zufriedengestellt und erklärten, die Zahl der Streitkräfte sei noch zu hoch.« Vielleicht wären die Forderungen der französischen Delegierten nicht so hart gewesen, wenn sie nicht beobachtet hätten, wie schnell Deutschland ein neues Heer auf die Beine gebracht hatte, und wenn die neue Reichswehr nicht soviel von sich reden gemacht hätte. Wie dem auch sei, Lloyd George schloß sich schließlich der Meinung Clemenceaus an, und die endgültige Zahl wurde auf 100 000 Mann herabgesetzt: sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen. Der Rest des Planes fand nach einigen unwesentlichen Änderungen Aufnahme in das Gesamtvertragswerk. Am 17. März wurden noch mehrere Berichtigungen vorgenommen: Die 4000 Offiziere sollten auf die Gesamtzahl von

100 000 Mann angerechnet werden. Und schließlich kamen im Laufe des Monats April noch die Artikel 172 und 179 über die Herstellung von Explosivstoffen und das Verbot für deutsche Staatsangehörige, Dienst in fremden Heeren zu leisten, hinzu.

Am 5. Mai fand eine letzte Lesung der militärischen Bestimmungen vor der Vollsitzung des Obersten Rates statt. Bis zum letzten Augenblick hatte Foch gehofft, man werde nicht am Berufsheer festhalten. In der Erwartung, die Engländer dadurch umstimmen zu können, hatte er die Zahl der Streitkräfte nach und nach immer weiter vermindert. Auch hatte er angenommen, die Dauer der Besetzung des linken Rheinufers werde verlängert werden. Jetzt, da er erkennen mußte, daß aus alledem nichts wurde, ließ er seiner Erbitterung freien Lauf. In kurzen, aber sehr ernsten Sätzen wies er Frankreich auf all die Enttäuschungen hin, die ihm dieser Vertrag »wegen der Unklarheit und Unzulänglichkeit seines Inhalts« bereiten werde. In spätestens 15 Jahren mußte Frankreich das Rheinland räumen. Wer sollte dann für seine Sicherheit bürgen? Auch die Begrenzung der deutschen Streitkräfte war nur eine Illusion. In dieser Hinsicht wiederholte der Vertrag von Versailles den Irrtum von Tilsit, der dann zu den Niederlagen des Jahres 1813 geführt hatte.

Clemenceau trat nach der Sitzung auf Foch zu und drückte ihm sein Mißfallen aus:

»Warum mußten Sie, Herr Marschall, in aller Öffentlichkeit diese Szene machen?«

Foch erhob sich, zwirbelte seinen Schnurrbart und erwiderte mit ruhiger Stimme:

»Um mein Gewissen zu entlasten[15]!«

Jetzt war der letzte Sturm vorüber. Am 7. Mai wurden die Friedensbedingungen im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles feierlich überreicht. Die deutsche Delegation bestand aus dem Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, den Ministern Landsberg und Giesberts, dem Präsidenten des Preußischen Landtages, Leinert, Professor Schücking und Dr. Melchior. General von Seeckt, der Beauftragte des Großen Generalstabes, war im »Hôtel des Reservoirs« zurückgeblieben. So war auch die Übergabe der Friedensbedingungen ausschließlich ein »Werk der zivilen Politiker«.

☆

15 Harold Nicolson in »Revue de Paris«, 15. 9. 1935, S. 269.

Die militärischen Bestimmungen umfaßten den ganzen Teil V des Vertragswerkes und waren in fünf Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt betraf das Landheer, der zweite die Marine, der dritte die Luftstreitkräfte, der vierte die Interalliierten Überwachungskommissionen und der fünfte allgemeine rechtliche Bestimmungen. Dem Ganzen war ein kurzes Vorwort vorangestellt:

»Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten.«

Der Abschnitt I (Landheer) war in vier Kapitel unterteilt.

Das erste Kapitel befaßte sich mit der Stärke und der Untergliederung des deutschen Heeres. Innerhalb einer Frist von höchstens drei Monaten durfte die deutsche Armee nicht mehr als sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen umfassen. Von diesem Zeitpunkt ab durfte die gesamte Ist-Stärke »des Heeres der sämtlichen deutschen Einzelstaaten« nicht mehr als 100 000 Mann, einschließlich der Offiziere und Depots, betragen. Die Gesamtstärke an Offizieren, einschließlich der Stäbe, durfte die Zahl 4000 nicht übersteigen. Die Divisionen durften nur zwei Korpskommandos unterstellt werden. Diese Korpskommandos sollten aus höchstens 60 Offizieren und 300 Mann bestehen. Die Stärke einer Infanterie-Division wurde auf 410 Offiziere und 10 830 Mann festgelegt, die Stärke einer Kavallerie-Division auf 275 Offiziere und 5 250 Mann. Die Beibehaltung oder Neubildung anders gegliederter Streitkräfte, anderer Kommandostellen oder die Vorbereitung zum Kriege waren untersagt[16]. Der deutsche Große Generalstab und alle anderen ähnlichen Formationen wurden aufgelöst und durften unter keiner Gestalt neu gebildet werden (Art. 160).

Das zweite Kapitel betraf Waffen, Munition und Kriegsgerät. Bis zu dem Zeitpunkt, da Deutschland in den Völkerbund aufgenommen würde, durfte das deutsche Heer über nicht mehr als 84 000 Gewehre, 18 000 Karabiner, 792 schwere Maschinengewehre, 1 134 leichte Maschinengewehre, 63 mittlere Minenwerfer, 189 leichte Minenwerfer, 204 Geschütze des Kalibers 7,7 cm und 84 Haubitzen des Kalibers 10,5 cm verfügen, dazu noch über eine Reserve, die höchstens ein Fünfund-

16 Dieser Artikel, der noch durch den Artikel 177 verstärkt wurde, sollte alle halbmilitärischen Vereinigungen, wie z. B. die Einwohnerwehren oder die »Zeitfreiwilligen«, verbieten und als gesetzwidrig erklären.

zwanzigstel der Handfeuerwaffen und ein Fünfzigstel der Geschütze[17] betragen durfte und die lediglich als Ersatz für Ausfälle bestimmt war (Art. 164).

An Munitionsbeständen wurden im Höchstfall 40 800 000 Patronen für Gewehre und Karabiner, 15 408 000 für schwere und leichte Maschinengewehre, 25 200 Schuß für mittlere und 151 200 Schuß für leichte Minenwerfer, 204 000 Schuß für Geschütze des Kalibers 7,7 cm und 67 200 Schuß für Haubitzen des Kalibers 10,5 cm zugestanden. Die deutsche Regierung sollte diese Munitionsvorräte an Orten unterbringen, deren Lage sofort den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte mitzuteilen war. Der deutschen Regierung war es verboten, irgendwelche anderen Vorratslager, Depots oder eine Munitionsreserve anzulegen (Art. 166).

Zahl und Kaliber der Geschütze, die zur Bestückung jener Festungswerke, Festungen und festen Plätze gehörten, die Deutschland behalten durfte, waren den alliierten Mächten sofort mitzuteilen. Die Munitionsausstattung dieser Geschütze war Beschränkungen unterworfen und betrug 1 500 Schuß für jedes Geschütz des Kalibers 10,5 cm (und weniger) und 500 Schuß für die größeren Kaliber (Art. 167).

Die Anfertigung von Waffen, Munition und Kriegsgerät aller Art durfte nur in Werkstätten und Fabriken stattfinden, deren Lage den alliierten und assoziierten Hauptmächten zur Kenntnisnahme und Genehmigung mitgeteilt worden war. Alle anderen Anlagen, die der Anfertigung, Herrichtung und Lagerung von Waffen dienten, die Zeughäuser und Munitionsdepots wurden aufgehoben. Ihr Personal war zu entlassen (Art. 168).

Binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages waren die deutschen Waffen, Munitionsvorräte und das Kriegsgerät einschließlich jeden Flugabwehrgeräts, die in Deutschland über die zugelassenen Mengen hinaus vorhanden waren, den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte zur Zerstörung oder Unbrauchbarmachung auszuliefern. Die Auslieferung sollte an Orten in Deutschland erfolgen, die von den genannten Regierungen noch näher zu bestimmen waren (Art. 169). Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgerät jeder Art nach Deutschland sowie deren Ausfuhr in fremde Länder waren ausdrücklich verboten (Art. 170). Der Gebrauch, die Herstellung und die Einfuhr von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen waren ver-

17 Das gesamte deutsche Heer verfügte demnach nur noch über fünf Reservegeschütze.

boten, desgleichen die Herstellung und die Einfuhr von Panzerwagen und Tanks (Art. 171).

Das dritte Kapitel betraf die Rekrutierung und die militärische Ausbildung. Die allgemeine Wehrpflicht wurde in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer durfte nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden (Art. 173). Unteroffiziere und Mannschaften hatten sich für eine ununterbrochene Dauer von zwölf Jahren zu verpflichten. Die Zahl der Männer, die aus irgendeinem Grunde vor Ablauf ihrer Verpflichtung aus dem Dienst ausschieden, durfte fünf Prozent der durch den Vertrag festgesetzten Gesamtstärke nicht übersteigen (Art. 174)[18]. Die im Heeresdienst verbleibenden Offiziere mußten sich verpflichten, mindestens bis zu ihrem 45. Lebensjahr zu dienen. Die neuernannten Offiziere mußten sich für eine ununterbrochene Dauer von 25 Jahren verpflichten. Diejenigen Offiziere, die früher irgendwelchen Heeresverbänden angehört hatten und nicht in das neue Heer übernommen wurden[19], durften an keiner theoretischen oder praktischen militärischen Ausbildung teilnehmen und waren keiner irgendwie gearteten militärischen Verpflichtung unterworfen (Art. 175).

In Deutschland durften nur noch die militärischen Schulen bestehenbleiben, die unumgänglich notwendig für den Offizierersatz der zugelassenen Einheiten waren. Infolgedessen wurden alle Kriegsakademien und ähnlichen Einrichtungen in Deutschland, ebenso auch die verschiedenen Militärschulen für Offiziere, Offizieranwärter, Kadetten, Unteroffiziere und Unteroffizierschüler aufgehoben (Art. 176). Die Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützengilden, die Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, durften sich nicht mit militärischen Dingen befassen. Es wurde ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben. Diese Vereine, Gesellschaften, Unterrichtsanstalten oder Universitäten durften in keinerlei Verbindung mit dem Kriegsministerium oder irgendeiner militärischen Behörde stehen (Art. 177).

Alle Mobilmachungsmaßnahmen oder solche, die auf eine Mobil-

18 Diese Bestimmung sollte es der deutschen militärischen Führung unmöglich machen, auf ein System wie das der »ausgebildeten Urlauber« (das sogenannte »Krümpersystem«) zurückzugreifen, mit dem Scharnhorst im Jahre 1811 die Wachsamkeit Napoleons überlistete (vgl. Band II dieses Werkes, das Kapitel über den »Geist der Reichswehr«).

19 Das heißt die Offiziere des alten kaiserlichen Heeres.

machung hinzielten, waren untersagt (Art. 178). Deutschland verpflichtete sich, in keinem fremden Lande eine Militär-, Marine- oder Luftfahrtmission zu akkreditieren. Es verpflichtete sich außerdem dazu, geeignete Maßnahmen zu treffen, um deutsche Staatsangehörige daran zu hindern, Deutschland zu verlassen, um in das Heer, die Marine oder die Luftwaffe irgendeiner fremden Macht einzutreten oder bei der militärischen Ausbildung in einem anderen Lande Unterstützung zu leisten. Das Recht Frankreichs, die Mannschaft seiner Fremdenlegion gemäß den französischen militärischen Gesetzen und Vorschriften zu ergänzen, blieb von dieser Bestimmung jedoch unberührt (Art. 179).

Das vierte Kapitel befaßte sich mit den Befestigungen. Alle befestigten Anlagen, Festungen und festen Plätze zu Lande, die auf deutschem Gebiet westlich einer Linie in 50 km Abstand östlich des Rheins lagen, mußten abgerüstet und geschleift werden. Alle Festungen in der von den alliierten Truppen besetzten Zone mußten in einer vom alliierten Oberkommando noch festzusetzenden Frist geschleift werden. Der Bau neuer Befestigungen jeder Art und Größe war untersagt (Art. 180).

Der Abschnitt II galt den Bestimmungen über die Seemacht, der Abschnitt III den Bestimmungen über die Luftstreitkräfte.

Deutschland durfte Luftstreitkräfte weder zu Lande noch zu Wasser unterhalten. Kein Lenkluftschiff durfte beibehalten werden (Art. 198). Bis zur völligen Räumung des deutschen Gebietes durch die alliierten und assoziierten Truppen sollten die Luftfahrzeuge der alliierten und assoziierten Mächte in Deutschland freie Fahrt im Luftraum sowie Durchflugs- und Landungsfreiheit haben (Art. 200). Das gesamte Flugzeugmaterial von Luftwaffe und Marine war den alliierten Mächten auszuliefern. Die Auslieferung sollte an von den besagten Regierungen noch näher zu bestimmenden Orten stattfinden. Zu diesem Material gehörten vollständige Flugzeuge und Wasserflugzeuge, Lenkluftschiffe in flugbereitem Zustand, Apparate zur Herstellung von Wasserstoff, Luftschiffmotoren, Zellen, Bewaffnung und Munition, Bordinstrumente, Rundfunkgeräte, Photoapparate und Filmkameras, die in der Luftfahrt Verwendung finden, sowie Einzelteile zu allen oben aufgeführten Geräten. Das oben genannte Material durfte nicht ohne besondere Genehmigung der genannten Regierungen verlagert werden (Art. 202).

Der Abschnitt IV betraf die Interalliierten Überwachungsausschüsse. Alle Bestimmungen des Vertrages über Landheer, Seemacht und Luft-

fahrt waren von Deutschland unter Überwachung durch interalliierte Ausschüsse durchzuführen, die zu diesem Zweck besonders zu ernennen waren (Art. 203). Diese Ausschüsse sollten ihre Dienststellen am Sitz der deutschen Regierung einrichten und die Befugnis erhalten, sich, sooft sie es für angebracht hielten, an jeden beliebigen Ort des deutschen Reichsgebietes zu begeben oder Unterausschüsse oder Beauftragte dorthin zu entsenden (Art. 205). Die deutsche Regierung hatte den interalliierten Überwachungsausschüssen und ihren Mitgliedern alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Erleichterungen zu gewähren. Außerdem hatte sie den besagten Ausschüssen alle angeforderten Auskünfte oder Schriftstücke zu liefern oder zu beschaffen. In allen Fällen oblag es der deutschen Regierung, auf eigene Kosten sowohl für das Personal wie für das Material die Mittel zur Durchführung der im Vertrag vorgesehenen Auslieferungen, Zerstörungen, Schleifungen oder Unbrauchbarmachungen zu beschaffen (Art. 206). Die Unterhaltung sowie die Kosten für die Überwachungsausschüsse ebenso wie alle zu ihrer Arbeit erforderlichen Ausgaben sollten von Deutschland getragen werden (Art. 207).

Der Abschnitt V enthielt allgemeine Bestimmungen. Nach Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages mußte die deutsche Gesetzgebung die erforderlichen Abänderungen erfahren haben und dann von der deutschen Regierung mit diesem Teil des Vertrages in Übereinstimmung gehalten werden (Art. 211).

Zu den eigentlichen militärischen Bestimmungen kamen noch andere erschwerende Bedingungen hinzu, die im Teil XIV des Vertrages als »Bürgschaften für die Durchführung« aufgeführt waren.

Der Abschnitt I betraf Westeuropa.

Um die Ausführung des Vertrages durch Deutschland sicherzustellen, wurden die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe Köln, Koblenz, Mainz und Kehl während eines Zeitraums von 15 Jahren nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt gehalten (Art. 428). Wenn Deutschland die Bedingungen des Vertrages pünktlich erfüllte, so sollten diese Gebiete nach und nach geräumt werden, und zwar: die erste Zone nach Ablauf von fünf Jahren, die zweite nach zehn und die dritte nach fünfzehn Jahren. Erachteten zu diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als ausreichend, so durfte die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erlangung der

genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maße aufgeschoben werden (Art. 429).

Wenn Deutschland sich während der Besetzung oder nach Ablauf der fünfzehn Jahre weigerte, die Gesamtheit oder einzelne der ihm obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen, so sollten die im Artikel 429 genannten Zonen sofort wieder durch alliierte oder assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt werden (Art. 430). Wenn aber Deutschland allen ihm aus dem Vertrag erwachsenen Verpflichtungen Genüge leistete, konnte die Räumung der besetzten Gebiete vorverlegt werden (Art. 431).

Der Abschnitt II betraf Osteuropa.

Deutschland anerkannte endgültig die Aufhebung des Vertrages von Brest-Litowsk. Alle deutschen Truppen, die sich augenblicklich in den baltischen Provinzen und in Litauen befanden, sollten hinter die deutsche Grenze zurückgenommen werden, sobald die Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte den Augenblick mit Rücksicht auf die innere Lage dieser Gebiete für gekommen erachteten (Art. 433).

Schließlich sollten Volksabstimmungen im Saargebiet (Art. 45), in Oberschlesien (Art. 88), in Schleswig (Art. 109) und in Allenstein (Art. 94) durchgeführt werden.

☆

Als General von Seeckt Kenntnis von diesen Bedingungen erhielt, war er niedergeschmettert. Er sah aus dieser Anhäufung von Paragraphen den »Willen, Deutschland durch die Vernichtung seines Heeres zu zerstören[20]«. Er kannte die Geschichte seines Vaterlandes und wußte, wie eng der soziale Aufbau hier stets mit der militärischen Rüstung verknüpft gewesen war. Wenn erst einmal das Stahlgerüst, das den Staat zusammenhielt, zusammengebrochen wäre, so fürchtete er, würde sich der Staat selbst nicht wieder erholen. Die Herabsetzung der Heeresstärke und die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ließen ihn nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Verfall, sondern auch »den Untergang und die Auflösung des Reiches« befürchten.

Die zivilen Mitglieder der deutschen Delegation — mit Ausnahme des Grafen Brockdorff-Rantzau — nahmen die militärischen Bestimmungen allerdings an, ohne dabei größere Schwierigkeiten zu machen. Eine mächtige Armee bedeutete für sie nur eine Gefahr für das neue

20 General von Seeckt: »Die Reichswehr«, S. 9 und 10.

Regime, das sie vertraten. Die Forderungen der Alliierten schafften ihnen einen gefährlichen Feind vom Halse, ohne daß sie sich selbst mit ihm auseinanderzusetzen hatten. So begnügten sie sich damit, einige geringfügige Abänderungen zu verlangen.

Die erste dieser Forderungen, die die deutsche Delegation in ihrer Note vom 29. Mai vorbrachte, betraf die interalliierten Überwachungsausschüsse. In der Arbeit dieser Ausschüsse erblickten die Deutschen einen Eingriff in ihre nationale Souveränität. Daher schlugen sie vor, Deutschland solle seine Abrüstung selbst in die Hand nehmen, »um zur Einführung einer neuen Ära von Gerechtigkeit und Frieden das Seine beizutragen«. Die Alliierten lehnten diesen Vorschlag ab. Die Abrüstung Deutschlands hatte unter Aufsicht stattzufinden, und Deutschland hatte der Überwachung bedingungslos zuzustimmen. »Das ist eine heilige Pflicht, die der allgemeinen Abrüstung vorausgehen soll[21].«

Die zweite deutsche Forderung betraf die Durchführungsfristen. Deutschland waren drei Monate für die Herabsetzung seiner Heeresstärke auf 100 000 Mann, die Auslieferung seines Kriegsmaterials, das Schleifen seiner Festungen und die Abänderung seiner Gesetze zugebilligt worden. Eine derartige Aufgabe, die schon in normalen Zeiten nur schwerlich in so kurzer Zeit hätte bewerkstelligt werden können, war in einem Lande, in dem der kaum erloschene Bürgerkrieg jeden Tag neu aufflammen konnte, vollends undurchführbar, zumal die Autorität der Zentralregierung recht fragwürdig war und noch vor kurzem in Berlin, Dresden und München die Revolution geherrscht hatte. Im Augenblick gab es keine genauen Angaben über die Gesamtstärke und über die Stammtruppenteile der Vorläufigen Reichswehr. Und schließlich waren auch die Truppen von der russischen Front noch nicht heimgekehrt. Unter der Führung des Generals von der Goltz standen in den baltischen Provinzen im Raum von Riga und Libau noch etwa 40 000 Mann im Kampf[22].

Die deutschen Delegierten machten geltend, Deutschland werde in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, falls ihm eine Verlängerung dieser dreimonatigen Frist verweigert werden sollte. Die Regierung Ebert liefe dann Gefahr, gestürzt zu werden. »Dieses Argument«, schreibt H. W. V. Temperley, »erschien durchschlagend, um so mehr, als man nicht wußte, wieviel Zeit noch bis zur endgültigen Ratifizierung des

21 H. W. V. Temperley, a. a. O., Band II, S. 302/303.
22 Vgl. im Band II die Kapitel über die deutschen Unternehmungen in den baltischen Provinzen.

Vertrages vergehen würde.« Die britische Militärdelegation, die aus einem Lande kam, das mit Deutschland keine gemeinsamen Grenzen hatte und die Dinge daher mit größerem Abstand beurteilen konnte als die Franzosen, regte infolgedessen eine schrittweise Verminderung des deutschen Heeres an.

Der Oberste Rat schloß sich dem britischen Standpunkt an und genehmigte eine schrittweise Herabsetzung der Heeresstärke. Demnach sollte die Stärke der Streitkräfte innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages auf 200 000 Mann (Art. 163) und dann bis zum 31. März 1920 auf 100 000 Mann herabgesetzt werden (Art. 160)[23].

Nach der Genehmigung dieser Änderungen und nach einer geringfügigen Korrektur des Artikels 180[24] nahm die deutsche Delegation die militärischen Bestimmungen des Vertrages »ohne weitere Einwände« an.

☆

Es ist hier nicht der Ort, »den Mangel an Klarheit und die Unzulänglichkeit« des Versailler Vertrages — um eine Formulierung des Marschalls Foch zu gebrauchen — zu tadeln. Nichts ist einfacher als das, was Clemenceau als »Hintertreppenkritik« bezeichnete. »Jeder weiß«, schrieb er mit der ihm eigenen Ironie, »daß nachträgliche Kritik vor allem den Vorteil hat, das, was bereits eingetroffen ist, voraussehen zu können. Das erleichtert dann die Diskussion[25].«

Wenn aber jedermann »vorauszusagen« vermag, was bereits ein-

---

23 Diese Entscheidung sollte unerwartete Folgen haben. Als der Artikel 160 abgefaßt wurde (April–Mai 1919), glaubte man, der Vertrag werde im Laufe des Sommers in Kraft treten. Er trat aber erst am 10. Januar 1920 in Kraft, wodurch der Artikel 163 Deutschland das Recht einräumte, bis zum 10. April 1920 (also drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrags) noch 200 000 Mann zu behalten, während der Artikel 160 es ihm andererseits untersagte, vom 31. März 1920 ab mehr als 100 000 Mann unter den Waffen zu haben. Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, mußten neue Vereinbarungen mit dem Reich geschlossen werden.
Am 18. Februar 1920 teilte Lloyd George als Vorsitzender des Obersten Rates dem Reich mit, die Alliierten hätten beschlossen, einer Herabsetzung der deutschen Streitkräfte auf 200 000 Mann bis zum 10. April 1920 (gemäß Artikel 163) und auf 100 000 Mann bis zum 10. Juli 1920 zuzustimmen.
Dieser zusätzliche Aufschub, der zwischen der Bekanntgabe der militärischen Bestimmungen an die Deutschen und ihrer Ausführung einen Spielraum von 15 Monaten ließ, ermöglichte es den deutschen Behörden, große Mengen an Waffen und Munition zu verbergen, die dann zur Bewaffnung der Einwohnerwehren und der ungesetzlichen Vereinigungen — in dem Maße, wie die Vorläufige Reichswehr abgerüstet wurde — benutzt wurden.

24 Hinzugefügt wurde der Passus: »Das System der befestigten Werke an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands verbleibt im gegenwärtigen Zustande.«

25 Clemenceau, a. a. O., S. 213.

getroffen ist, dürfte es wohl die Aufgabe der führenden Köpfe sein, vorauszusehen, was eintreten wird.

Die Zeit ist vorbei, da es die Mühe lohnte, diese oder jene Bestimmung des Versailler Vertrages einer Kritik zu unterziehen. Bei dem heute gegebenen zeitlichen Abstand aber beeindrucken doch immer wieder die Teile des Vertragswerkes, die trotz allem zur Gestaltung der Zukunft beigetragen haben, wenn auch häufig ganz im Gegensatz zu den Absichten seiner Väter. So wie man zugeben muß, daß die harten Bedingungen, die Napoleon im Jahre 1808 Preußen auferlegte, zur stärksten Triebfeder für den Befreiungskrieg von 1812 wurden, sowenig darf man bestreiten, daß Deutschland wohl kaum einen so schnellen Wiederaufstieg erlebt hätte, wenn der Versailler Vertrag anders ausgefallen wäre. Siege und Niederlagen, Bündnisse und Pakte werden schließlich nur auf der Oberfläche der Geschichte eingetragen, auf der sie oft schmerzliche Wunden hinterlassen. Unter dieser Oberfläche aber gilt es die tiefen Strömungen zu erkennen, die die Geschicke der Völker formen und leiten.

Im weiteren Verlauf dieses Werkes werden wir noch sehr häufig Gelegenheit finden, zu sehen, wie bestimmte Maßnahmen, die dazu gedacht waren, das Reich in einem Zustand der Ohnmacht und Unterlegenheit zu halten, ganz im Gegenteil zum Ansatzpunkt für seinen Wiederaufstieg wurden. Vor Abschluß dieses Kapitels soll nur ein Beispiel dafür gegeben werden, das in späterer Zeit eine hervorragende Rolle spielen sollte.

Vor dem Kriege 1914—1918 setzte sich die deutsche Armee noch aus vier verschiedenen Kontingenten zusammen[26]. Ihre einheitliche Unterstellung sollte verwirklicht werden, war aber noch nicht vollständig durchgeführt. Fünf Jahre gemeinsamen Kampfes und gemeinsamer Waffenbrüderschaft trugen dann dazu bei, die aus den verschiedenen Ländern des Reiches rekrutierten Verbände miteinander zu verbinden. Diese neue Einheit aber hatte noch nicht ihren gesetzlichen Ausdruck gefunden. Erst das Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 brachte Deutschland erstmals ein einheitliches Heer.

Die Bevollmächtigten bei der Pariser Konferenz, von denen einige insgeheim die Bestrebungen des Separatismus unterstützten, hätten ganz einfach die Wiederherstellung des Zustandes von vor 1914 fordern

---

26 Siehe oben, S. 160/161.

können. Sie hätten die Beibehaltung der vier Kontingente und der vier Kriegsministerien erzwingen und deren Selbständigkeit noch mehr betonen können. Eine solche Entscheidung hätte bei einem großen Teil des deutschen Volkes, das zu jener Zeit zwischen den Unabhängigkeitsbestrebungen der Länder und den Bemühungen um die Erhaltung der Reichseinheit hin und her gerissen wurde, gewiß Anklang gefunden[27]. Aber die Alliierten taten nichts dergleichen. Als sie den militärischen Bestimmungen des Vertrages die einleitende Bemerkung voranstellten, die besagte, daß sich diese Bestimmungen »auf das Heer sämtlicher deutscher Einzelstaaten« bezögen, ratifizierten sie, ohne sich dessen bewußt zu sein, die militärische Einheit des Reiches[28].

Mitten unter den zahlreichen Paragraphen, die alle dazu bestimmt waren, die Kraft Deutschlands zu bändigen und einzudämmen, streute man den Samen aus für eine neue Kraft, die alles bisher Erlebte noch übertreffen sollte. Im Laufe der Zeit und mit unbezähmbarem Aufbegehren wurden die Ketten, in die das Reich gelegt worden war, gesprengt. Alle Beschränkungen verschwanden, eine nach der anderen, und am Ende dieses langen Befreiungswerkes blieb nur noch ein einziges, unschätzbares Gut aus dem Vertrag erhalten: die Einheit des Heeres, der Grundstein und die Hoffnung für die spätere nationale Einheit.

---

27 Eine ganze Reihe von Ortschaften war gegen die Einrichtung von Garnisonen des neuen Heeres. Wir haben gesehen, welchen Empfang die bayrische Bevölkerung den »landfremden« Truppen des Generals von Möhl bereitete. Und Maercker berichtete: »Einige Orte mit radikal gesinnter Arbeiterschaft sträubten sich allerdings gegen eine Garnison . . . Besonders lebhaft war der Widerstand in Reuß, dessen unabhängige Regierung unter dem Vorsitz des Ministers Freiherrn von Brandenstein jede Belegung von Gera mit Reichswehr schroff ablehnte. Es wurde eine Drahtung des Reichswehrministers an die reußische Regierung nötig: ›Zugeständnisse, Teile des Reiches nicht mit Truppen zu belegen, können nicht gemacht werden. Reichswehrminister bittet dringend, daß Truppen, die etwa auf reußisches Gebiet gelegt werden, gut aufgenommen werden‹« (»Vom Kaiserheer zur Reichswehr«, S. 300).

28 »Bismarck hatte unter dem Alp gelitten, das Reich, das er gegründet hatte, könnte zur Bildung einer europäischen Koalition herausfordern, die es zerstören würde. Aber niemals hatte er, wie Bainville bitter bemerkte, eine Koalition in Betracht gezogen, die stumpfsinnig genug wäre, ihren Sieg zur Vollendung des Werkes der deutschen Einheit benutzen zu lassen« (John W. Wheeler-Bennett: »Die Nemesis der Macht«, S. 61).

XIX Die Unterzeichnung des Friedensvertrages

1. Der Kampf zwischen Erzberger und Scheidemann

Als die Bestimmungen des Vertrages in Deutschland bekannt wurden, war im ganzen Reich nur ein einziger Aufschrei der Empörung und der Verzweiflung zu hören. »So schlug denn«, schrieb General Maercker[1], »das Bekanntwerden der furchtbaren Bedingungen, die uns auf lange Zeit zu einem Sklavenvolke machen, wie ein Blitz bei denen ein, die diese Bedingungen in ihrer vollen Schwere erfaßten.« Was war aus den Erklärungen Wilsons über einen Frieden »ohne Entschädigungen und ohne Annexionen« geworden? Wie stand es um seine Versprechungen über das »Selbstbestimmungsrecht der Völker«? Und wo waren die 14 Punkte geblieben, die Prinz Max von Baden für den Rahmen einer künftigen Friedensregelung gehalten und auf Grund derer er der Waffenstreckung zugestimmt hatte? »Das Unglaubliche ist geschehen«, rief der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, aus. »Unsere Gegner haben uns einen Vertrag vorgelegt, der die Befürchtungen selbst der größten Pessimisten weit übertrifft[2].«

Die öffentliche Meinung, die über alle Vorgänge in Versailles in Unkenntnis gehalten worden war und daher fast vergessen hatte, daß der Abschluß eines Friedensvertrages noch bevorstand, erkannte mit einem Male die ganze Wahrheit. Sie bäumte sich gegen dieses in der Geschichte einzig dastehende Dokument auf, in dem sich die moralischen und finanziellen, die militärischen und territorialen Bestimmungen ineinanderfügten und einander ergänzten wie die einzelnen Punkte in der Begründung für einen Urteilsspruch. Nun plötzlich sah man das ganze Ausmaß der Katastrophe. Was hatte der Waffenstillstand denn eigentlich bedeutet? Nichts weiter als eine Waffenruhe, die einige Bevollmächtigte auf einer Waldlichtung ausgehandelt hatten, das Ende des Kampfes und die Flucht des Kaisers. All dies hatte sich außerhalb der Reichsgrenzen abgespielt, in Spa und in Réthondes, und das Volk, das seine Aufmerksamkeit auf Bürgerkrieg und Revolution richtete, hatte

1 Maercker, a. a. O., S. 284.
2 Vgl. Alma Luckau: »The German Delegation at the Paris Peace Conference«, New York 1941, S. 94.

diesen Vorgängen nicht genügend Beachtung geschenkt. Unaufhörlich hatten die Anführer der Radikalen dem Volk einzureden versucht: »Der Kaiser und seine Sippschaft müssen verschwinden, dann werden die Alliierten uns einen gerechten Frieden gewähren!« — und das Volk hatte ihnen aufs Wort geglaubt. Wilhelm II. war abgetreten, die Angelegenheit war also erledigt... Der Alpdruck nahm ein Ende, nun mußte eine neue Epoche beginnen. Sogar die dramatischsten Ereignisse jener Tage waren noch überstrahlt von einer unbeschreiblichen Hoffnungsfreudigkeit.

Jetzt aber wurde die Niederlage dem Volke in all ihrer Unerbittlichkeit deutlich bewußt, und in ihrem Gefolge schritten Versklavung und Demütigung einher. Eine Kriegsentschädigung, deren Höhe noch nicht einmal feststand und deren Zahlung sich über Generationen hinziehen würde[3], der Verlust Posens, Oberschlesiens und Westpreußens, die Zerschneidung des Reichsgebietes durch den polnischen Korridor, der Abbau des Heeres bis auf 100 000 Mann, die Auflösung des Großen Generalstabes und die Auslieferung der Verantwortlichen, der Verlust der Kolonien in Afrika und Asien[4] — all diese Forderungen waren zu eindeutig, als daß man sich darüber einer Illusion hätte hingeben können. Erstmalig erkannte Deutschland die ganze Tiefe seines Sturzes. Wäre nicht bekannt, was seitdem geschehen ist, man wäre versucht zu schreiben, daß das Land auf dem Tiefpunkt seiner geschichtlichen Entwicklung angelangt war.

Das ganze Land wurde von Panik ergriffen. Sorgenvoll standen überall in den Stäben, in den Ministerien und in den Gängen des Reichstags Gruppen beisammen und besprachen die Lage. Was sollte man tun? Unterschreiben? Nicht unterschreiben? Zwanzigmal im Laufe eines einzigen Vormittags wechselten die Staatsmänner ihre Meinung,

3 Auf Grund des Artikels 231 des Vertrages mußte Deutschland »für alle Schäden und Verluste, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben«, aufkommen. Die Höhe dieser Verluste wurde vom Hauptausschuß der Reparationskommission am 24. Januar 1921 auf 212 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahren, festgelegt. Diese astronomische Ziffer wurde dadurch erreicht, daß man die *Kriegskosten* den eigentlichen Reparationen hinzufügte, was den lebhaften Widerspruch des juristischen Beirates der amerikanischen Delegation bei der Reparationskommission, John Foster Dulles, hervorrief. Präsident Wilson mußte selbst zugeben, daß diese Forderung nicht mit den Verpflichtungen zu vereinbaren war, die er Prinz Max von Baden gegenüber vor Abschluß des Waffenstillstandes übernommen hatte, und daß sie auch keineswegs den Erwartungen entsprach, die Deutschland berechtigterweise hegen durfte (vgl. »The intimate papers of Colonel House«, IV, S. 343).

4 Der Wert der deutschen Kolonien wurde auf 9 Milliarden Dollar geschätzt, von dem Gesamtbetrag der Reparationen jedoch nicht abgezogen.

forderten einmal stolzen Widerstand und verfielen dann wieder in tiefste Niedergeschlagenheit. Die verrücktesten Vorschläge wurden laut: Deutschland solle sich vom Westen abwenden und mit Sowjetrußland zusammengehen; oder man solle auf das Reich verzichten, um Preußen zu retten. Andere wollten eine dritte Revolution auslösen oder zur Volkserhebung aufrufen. Alle Möglichkeiten wurden der Reihe nach erörtert. Kaum war eine Lösung angenommen, als sie auch schon wieder verworfen wurde, um dann abermals aufgegriffen und erneut verworfen zu werden.

Von morgens bis abends, häufig sogar bis tief in die Nacht hinein, jagten sich die Sitzungen und Beratungen, ohne eine Erleuchtung zu bringen: Parteiversammlungen, Kabinettssitzungen, Parlamentssitzungen. Ein ständiges Hin und Her herrschte zwischen Parlament und Ministerien. Zu den verschiedenen Kriegsräten wurden der Reihe nach die Mitglieder des Großen Generalstabes, die Reichswehr-Kommandeure und die führenden Generale der Länder hinzugezogen. Über diesen unaufhörlichen Konferenzen und Beratungen aber, die von personellen Umbesetzungen und mancherlei unerwarteten Ereignissen unterbrochen wurden, verstrichen die Tage. Das Fieber stieg ständig, die Stunde der Entscheidung rückte unerbittlich näher.

Die Unabhängigen waren geteilter Meinung. Die einen weigerten sich, einen Vertrag zu unterschreiben, der »das deutsche Proletariat zu Sklaven des westlichen Kapitalismus« machte, während andere mit Haase glaubten, »daß die Unterzeichnung ohne Wichtigkeit sei, da die kommende Weltrevolution ja doch nur einen Papierfetzen mehr daraus machen werde«. Brockdorff-Rantzau erklärte im Namen der deutschen Friedensdelegation: »Als ich nach Versailles kam, hatte ich die Hoffnung, daß die Zeit der Papierfetzen endgültig abgeschlossen sei und daß ein neues Zeitalter beginnen würde, in dem man nur Unterschriften vollzieht, die von beiden Seiten geachtet sein würden. Diese Hoffnung auf eine Gesundung der internationalen Moral habe ich nicht aufgegeben, und ich werde auch danach handeln. Ein ›scrap of paper‹, ein bloßer Papierfetzen, wird meine Unterschrift nie tragen[5].«

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei erklärte Scheidemann ohne Umschweife, die Bedingungen der Alliierten seien unannehmbar. Das Zentrum war zurückhaltender, die Demokraten aber pflichteten Scheidemann bei und betonten, sie würden, was immer auch geschehen

5 Graf Brockdorff-Rantzau: »Dokumente und Gedanken um Versailles«, S. 180.

möge, gegen eine Ratifizierung des Vertrages stimmen. Die Rechtsparteien liefen Sturm gegen die Alliierten und geißelten die Schwäche der Reichsregierung. Sie waren für einen Abbruch der Verhandlungen und forderten eine Volkserhebung in den Ostprovinzen, um Schlesien und Westpreußen zu retten. Der radikalste von allen war Rathenau, dessen Haltung von bitterem Pessimismus bestimmt war:

»Was soll also geschehen?«, schrieb er in der Zeitschrift »Zukunft« vom 31. Mai 1919. »In Versailles muß das Äußerste darangesetzt werden, den Vertrag entscheidend zu verbessern. Gelingt es, gut. Dann unterschreiben. Gelingt es nicht, was dann? Dann darf weder aktiver noch passiver Widerstand versucht werden. Dann hat der Unterhändler, Graf Brockdorff-Rantzau, das vollzogene Auflösungsdekret der Nationalversammlung, die Demission des Reichspräsidenten und aller Reichsminister den gegen uns vereinten Regierungen zu übergeben und sie aufzufordern, unverzüglich alle Souveränitätsrechte des Deutschen Reiches und die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen. Damit fällt die Verantwortung für den Frieden, für die Verwaltung und für alle Leistungen Deutschlands den Feinden zu; und sie haben vor der Welt, der Geschichte und vor ihren eigenen Völkern die Pflicht, für das Dasein von 60 Millionen zu sorgen. Ein Fall ohnegleichen, unerhörter Sturz eines Staates; doch Wahrung der Ehrlichkeit und des Gewissens. Für das Weitere sorgt das unveräußerliche Recht der Menschheit — und der klar vorauszusehende Gang der Ereignisse[6].«

Aus dieser Menge verworrener Meinungsäußerungen schälte sich mit aller Klarheit eine Haltung heraus, die einer Ratifizierung des Vertrages feindselig gegenüberstand.

Am 12. Mai trat die Nationalversammlung zu einer Sondersitzung in der Aula der Berliner Universität zusammen. In diesem Hörsaal hatte Fichte vor hundert Jahren seinen »Aufruf an die deutsche Nation« vorgetragen, die er damals dazu aufforderte, das napoleonische Joch abzuschütteln. In der Sitzung vom 12. Mai 1919 sollte der Empörung des ganzen deutschen Volkes feierlich Ausdruck verliehen werden, und nie zuvor hatte die Nationalversammlung größere Einmütigkeit bewiesen. Männer und Frauen aller Gesellschaftsklassen und aller im Parlament vertretenen Parteien ließen fünf Stunden hintereinander ihren Gefühlen des Schmerzes und der Auflehnung freien Lauf. Scheidemann trug die Auffassung der Regierung vor, erklärte, der Vertrag sei für Deutsch-

6 Graf Harry Kessler: »Rathenau«, S. 283/284.

land unannehmbar, und rief aus: »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?«

Andere Redner schlossen sich dieser Meinung an, doch es war Fehrenbach, der Präsident der Nationalversammlung, der in seiner Abschlußansprache die erregendsten Akzente fand. Unter einem Bild Fichtes stehend, richtete er folgende pathetische Warnung an die Alliierten:

»Denkt an eure eigenen Kinder und Enkelkinder! Denn die Mühsale und die Leiden, die der Vertrag mit sich bringt, werden in Deutschland ein Geschlecht heranwachsen lassen, das von frühester Jugend an mit dem Willen erzogen werden wird, die Sklavenketten zu brechen.«

Diese Rede hinterließ einen tieferen Eindruck als alle Äußerungen, die seine Vorredner in diesem Sinne getan hatten. »Ihm gab in dieser Stunde ein Gott zu sagen, was das deutsche Volk empfindet«, schrieb Stresemann. Seine Worte, die in die Klänge des Deutschlandliedes übergingen, verliehen diesem Augenblick »etwas von bleibender Größe[7]«.

Das Reichskabinett, das in seinem Widerstandswillen durch die Erklärungen der Abgeordneten und durch das Vertrauensvotum des Parlaments bestärkt wurde, beschloß, den Alliierten Gegenvorschläge zu unterbreiten[8]. Falls diese nicht angenommen würden, war Scheidemann entschlossen, den Vertrag zurückzuweisen. In diesem Fall mußte mit

---

7 Gustav Stresemann: »Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles«, Berlin 1919, S. 170/171.

8 Diese Gegenvorschläge wurden den Alliierten am 29. Mai 1919 mit einer Mantelnote überreicht. Die deutschen Darlegungen waren folgende:
»Durch den Austausch der Noten zwischen dem Präsidenten Wilson und der deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden im Oktober 1918 (vgl. oben, Kap. I, S. 20) ist zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte ein unzweifelhaft international rechtsverbindliches ›pactum de contrahendo‹ zustande gekommen. Im Vertrauen auf diese zugesicherte Rechtsgrundlage für die Friedensverhandlungen, also auf Grund der 14 Punkte des Präsidenten Wilson in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 und in seinen dieser folgenden Proklamationen, insbesondere seiner Rede vom 27. September 1918, hat das deutsche Volk am 11. November 1918 die Waffen aus der Hand gelegt. Nach den in den verschiedenen Reden verkündeten Grundsätzen sollte der Friede auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker abgeschlossen werden, und die Paragraphen des Vertrages sollten frei und ohne Unterschied zwischen Siegern und Besiegten erörtert werden. Wenn man jetzt Deutschland einen Vertrag auferlegt, der in keiner Weise den von beiden Seiten gebilligten Grundsätzen entspricht, so bedeutet das eine glatte Verletzung des vor dem Waffenstillstand geschlossenen Paktes. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragsentwurfs entspricht jedoch den vorher vereinbarten Grundsätzen.«
Am 16. Juni 1919 erwiderten die Alliierten, daß wohl ein Abkommen vor dem Waffenstillstand geschlossen worden sei, daß dieses Abkommen aber nicht allein auf den 14 Punkten Wilsons beruhe, so wie sie in der Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und in der Rede vom 27. September 1918 formuliert worden seien, sondern auf den von den Alliierten in ihrem Memorandum vom 4. November er-

einem Versuch der Polen gerechnet werden, sich mit Waffengewalt der ihnen von den Alliierten versprochenen Provinzen Westpreußen und Oberschlesien zu bemächtigen.

Infolgedessen begab sich der Reichskommissar für Schlesien, Hörsing, insgeheim nach Königsberg zu Winnig, dem Reichskommissar für Ost- und Westpreußen, und unterrichtete ihn vertraulich über die Absichten der Regierung. Eine Volkserhebung gegen Polen sollte vorbereitet werden. Die militärischen Dienststellen in Preußen und Schlesien[9] würden durch den preußischen Kriegsminister, Oberst Reinhardt, die erforderlichen Weisungen erhalten. Aus politischen Gründen lege die Reichsregierung allerdings Wert darauf, aus dieser Angelegenheit herausgehalten zu werden. Die Initiative für die geplante Erhebung solle daher bei den beiden Reichskommissaren liegen. Der Feldzugsplan sah vor, Oberschlesien zu decken und mit zwei Armeen von Norden und Süden auf Posen vorzustoßen. Im Grunde genommen handelte es sich dabei um eine Wiederaufnahme der Ostoffensive, die Hindenburg geplant hatte und der im Februar 1919 durch das Ultimatum Fochs Einhalt geboten worden war[10].

Erzberger, der als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in ständiger Verbindung mit Hindenburg stand, beobachtete diese militärischen Vorbereitungen nicht ohne Sorge. Der ehemalige

---

heblich abgeänderten 14 Punkten. Von diesem Memorandum sei Deutschland rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden. »Die deutsche Delegation«, hieß es weiter in der Antwort der Alliierten, »glaubt jetzt Widersprüche finden zu können zwischen den für die Friedensverhandlungen angenommenen Grundlagen und dem Friedensvertrag selbst . . . Ein Vergleich der beiden Texte beweist, daß diese Widersprüche nicht vorhanden sind.«

»In Wirklichkeit«, schreibt Harold Temperley, der 50 Seiten seines Buches einer eingehenden Untersuchung dieser verschiedenen Auslegungen widmet, »ergaben sich diese Schwierigkeiten aus folgenden zwei Tatsachen: 1. gab es kein Gericht, das in der Lage gewesen wäre, eine Meinungsverschiedenheit dieser Art zu beurteilen, und 2. war es eines der Hauptprinzipien der vereinbarten Grundlagen für die Friedensverhandlungen, daß ein ›Friede der Gerechtigkeit‹ abgeschlossen werden sollte. Bestimmung und Ausdehnung des Begriffs ›Gerechtigkeit‹ aber waren stets eine der strittigsten Fragen der Rechtslehre. Die bedeutendsten Juristen der verschiedenen Zeiten und Länder haben darüber sehr voneinander abweichende Ansichten gehabt. Es ist noch zu früh, darüber eine endgültige Meinung auszusprechen. Die Nachwelt mag darüber urteilen.« (Temperley, a. a. O., Band II, S. 254.)

Diese Auseinandersetzung hatte durchaus ihre Bedeutung, denn die ganze Rechtsgültigkeit des Versailler Vertrages hing von ihr ab. Daher wurde diese Beweisführung auch von Hitler in seiner Rede vom 31. März 1936 (Punkt VI, § a) wieder aufgegriffen. Charles Cellan Tansill seinerseits bezeichnet die Machenschaften der Alliierten ohne Zögern als »wahrhaftes moralisches Betrugsmanöver« (vgl. »Hintertür zum Kriege«, S. 34), fügt allerdings hinzu: »Präsident Wilson hatte von der wirklichen Bedeutung der vierzehn Punkte keine klare Vorstellung.«

9 Das heißt General von Below und General von dem Borne.

10 Vgl. oben, Kap. XIV, S. 236 und 238.

Chef der deutschen Auslandspropaganda, der einst für Annexionen eingetreten und als ausgesprochener Militarist bekannt gewesen war, hatte seit 1914 eine tiefgreifende Wandlung durchgemacht. Damals hatte er an General von Falkenhayn geschrieben: »Man braucht sich über die Beachtung des Völkerrechts oder die Verletzung der Humanitätsgesetze nicht zu beunruhigen[11].« Damals hatte er auch behauptet, daß es menschlicher wäre, die ganze Stadt London dem Erdboden gleichzumachen, als auf dem Schlachtfeld das Blut auch nur eines einzigen preußischen Soldaten zu vergießen[12], und die Erfindung des Flammenwerfers begeistert als »Krönung deutschen Erfindergeistes« gefeiert. Seither hatte dieser Mann gelernt, eine ganz andere Sprache zu sprechen. Die These von der Nichtunterzeichnung des Vertrages erschien ihm unsinnig. Er war überzeugt, daß die Alliierten die deutschen Gegenvorschläge zurückweisen würden und das Reich sich wohl oder übel dem Willen der Sieger werde beugen müssen. In diesem Punkte kann man ihm nur recht geben. Verwunderlich ist aber doch die Betriebsamkeit, die er im Laufe der nächsten Tage entfaltete, um den Widerstand seiner Gegner zu brechen[13].

Er setzte sich mit solcher Hingabe für die Unterzeichnung des Vertrages ein, als handele es sich hierbei um seine ganz persönliche Sache. »Es bedurfte«, schrieb Maurice Muret, »eines Deutschen, um Deutschland auf den Weg der Kapitulation zu führen[14]«, und dieser Aufgabe widmete sich Erzberger mit unermüdlichem Eifer, wobei er seine Widersacher entweder überlistete oder ins Wanken brachte und den Rücktritt Scheidemanns dazu benutzte, sich selbst den Weg an die Macht zu ebnen. Tat er das alles aus einer bis zur Opferbereitschaft gesteigerten Vaterlandsliebe? Wollte er Deutschland eine Katastrophe ersparen, die nicht wiedergutzumachen war? Oder aber wünschte er nur selbst eine historische Rolle zu spielen? Wie dem auch sei: Der Eifer, mit dem er seinen Namen mit der Unterzeichnung des Vertrages verknüpfen wollte, muß verblüffen. Er war sich gar nicht klar darüber, daß jeder seiner Schritte den Haß seiner Gegner nur vergrößerte und daß er mit jedem seiner Worte sein eigenes Todesurteil sprach. »Heute

11 Brief vom 17. September 1914.
12 Artikel im »Tag« vom 21. Oktober 1914.
13 H. W. V. Temperley sagte von ihm: »Die geschickte Taktik Erzbergers brach schließlich die Widerstände in Deutschland. Aber das bot keine Durchführungsgarantie. Seine Intelligenz, sein Ehrgeiz und sein skrupelloser Charakter machten ihn zu einem gefährlichen Gegner.« (»Geschichte der Friedenskonferenz«, S. 116.)
14 Im Vorwort zur französischen Ausgabe der Erinnerungen Erzbergers, Paris 1921, S. XIV.

brauchen wir Sie«, sagte Naumann, der Führer der Alldeutschen und Künder eines Großdeutschen Reiches, eines Tages zu ihm, »aber morgen werden wir Sie hinauswerfen!« Seine Prophezeiung sollte bald in Erfüllung gehen[15].

Geschickt ging Erzberger daran, alle Hindernisse nach und nach aus dem Wege zu räumen; zunächst in der Regierung, dann bei den Parteien und schließlich im Parlament. Sein erstes Ziel war es, Scheidemann von den Gefahren zu überzeugen, die die vom Kanzler vertretene Politik des Widerstandes in sich barg.

»Aus den Verhandlungen selbst gewann ich den Eindruck, daß, wenn nicht alle, so doch die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Friedensdelegation der Ansicht zuneigten, der Friedensvertrag dürfe nicht unterzeichnet werden. Diese und eine Reihe anderer Erscheinungen gaben mir erneut Veranlassung, Tage und Nächte hindurch das ›Für‹ und ›Wider‹ der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach allen Seiten zu prüfen ... In einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann Ende Mai erklärte ich diesem, daß es mir ganz unmöglich sei, den Standpunkt der Nichtunterzeichnung des Friedens zu dem meinigen zu machen ... Ich legte ihm die Gründe für meine Stellungnahme dar, und wir vereinbarten, daß ich die Gründe für und gegen die Unterzeichnung des Friedens in einer Aufzeichnung niederlegen möge. Diese Aufzeichnung wurde von mir persönlich und ganz vertraulich nur den Mitgliedern des Kabinetts und dem Reichspräsidenten übergeben. Gleichzeitig drang ich darauf, daß die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung nicht erst dann im Kabinett eingehend besprochen werden möge, wenn ein sicher zu erwartendes, kurz befristetes Ultimatum des Gegners eingelaufen sei[16].«

Die Hauptgedanken dieser Aufzeichnung waren:

I. Wenn der Friede unterzeichnet wird

Ungeheuer schwere Lasten ruhen auf dem deutschen Volk.

1) Außenpolitische Folgen

Der Kriegszustand hört auf. Die Blockade wird beseitigt. Die Grenzen öffnen sich, es kommen wieder Lebensmittel und Rohstoffe ins Land,

15 Erzberger wurde am 6. August 1921 von Heinrich Tillessen, einem Studenten, der einer nationalistischen Vereinigung angehörte, ermordet. Tillessen wurde 1946 in der französischen Besatzungszone in Deutschland verhaftet, vor Gericht gestellt und von einem deutschen Gericht für ein Verbrechen, das er 25 Jahre zuvor begangen hatte, verurteilt.

16 Erzberger: »Erlebnisse im Weltkrieg«, Stuttgart/Berlin 1920, S. 370/371.

der deutsche Kaufmann kann auf Privatkredit Waren kaufen. Der Export kann wieder beginnen. Die Kriegsgefangenen kommen in die Heimat zurück. Polen wird gezwungen, seine Angriffsabsichten aufzugeben. Die Einheit des Reiches bleibt bestehen.

2) Innenpolitische Folgen

Die Steuerlasten werden außerordentlich drückend sein, aber durch die vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln, Waren und Rohstoffen wird eine Beruhigung und ein gewisser Ausgleich geschaffen. Die Arbeit wird in steigendem Umfang wiederaufgenommen werden können. Neben der Befriedigung der Inlandsbedürfnisse kommt der Außenhandel wieder in Gang.

Der Bolschewismus verliert an Werbekraft. Arbeitslust und Arbeitsleistungen werden wieder wachsen . . .

Die gegenwärtige Regierung bleibt aller Voraussicht nach. Von rechts her und von einem Teil des liberalen Bürgertums wird ein erbitterter Kampf gegen die Regierung entbrennen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem militärischen Putsch gegen die Regierung kommt. Die Aktion würde sehr wahrscheinlich von Osten ausgehen[17].

Es ist auch damit zu rechnen, daß sich der gesamte Osten der Durchführung des Friedensvertrages mit Waffengewalt widersetzen wird. Von da aus wird versucht werden, gegen die Regierung aufzuputschen. Die Bewegung wird aber wahrscheinlich an der vorbehaltlosen Friedenssehnsucht der großen Mehrheit des Volkes wie an der greifbar in Erscheinung tretenden Besserung der allgemeinen Lage durch den Friedenszustand bald verpuffen.

II. Wenn der Friede nicht unterzeichnet wird

1) Außenpolitische Folgen

Der Kriegszustand wird wiederaufgenommen, und zwar wahrscheinlich sofort mit dreitägiger Kündigung des Waffenstillstandes. Die Alliierten, und zwar sämtliche, auch die Amerikaner, rücken in breiter Front vor, wie weit, ist nicht bekannt, aber mindestens bis zu einer Linie, die durch Kassel parallel zum Rhein verläuft. Insbesondere wird das Ruhrgebiet besetzt. Außerdem liegen Nachrichten vor, nach denen die Alliierten einen Korridor von Frankfurt bis Prag

17 Es scheint, als habe Erzberger den Kapp-Putsch vorausgesehen. (Vgl. die Kapitel über den Putsch im Band II dieses Werkes.)

bilden wollen, um Norddeutschland von Süddeutschland zu trennen. Die Blockade wird verschärft. Die Grenzen werden hermetisch abgeschlossen. Die neutralen Länder haben bereits Anweisung von den Alliierten, jede Ein- und Ausfuhr nach bzw. von Deutschland zu sperren.
Die wehrfähige Bevölkerung kann, da es sich um Kriegszustand handelt, in Kriegsgefangenschaft abgeführt werden. Die übrige Bevölkerung in den weiten besetzten Gebieten wird nach Kriegsrecht behandelt; es ist zu erwarten, daß die Alliierten mit den stärksten Repressalien vorgehen werden. Die Requisitionen werden in härtestem Maßstab durchgeführt werden[18].
Von Osten her werden die Polen ins Land einrücken.

2) Innenpolitische Folgen
Allgemeine Lebensmittel-, Waren- und Rohstoffnot in Deutschland. Von den Grenzen Deutschlands werden die Bevölkerungen von Osten und Westen nach dem Innern Deutschlands zusammenströmen und die Lebensmittelnot ins Ungeheure steigern.
Durch die Besetzung des Ruhrkohlengebietes fällt der Nachschub an Kohlen fort, daher ist allgemeiner Zusammenbruch des Verkehrs und Hungersnot in den großen Städten in einigen Wochen zu erwarten. Überhandnehmen des Bolschewismus, der seine Zeit gekommen sieht. Plünderung, Mord und Totschlag wird an der Tagesordnung sein ...
Die Behörden werden nicht mehr arbeiten können, da sie keine Autorität mehr besitzen und von oben her keine Weisungen mehr empfangen können. Stillstand der ganzen Staatsmaschine.
Der Mangel an Lebensmitteln und Bedürfniswaren wird ein wahnsinniges Emporschnellen der Preise hervorrufen. Die Folge davon ist völlige Entwertung des Geldes. Wir werden dann tatsächlich russische Verhältnisse in Deutschland bekommen. Aus Angst vor diesem Terror werden, wie in Rußland, zahlreiche bürgerliche Elemente der äußersten Linken in die Arme geführt werden. Der andere Teil wird sich zur Rechten schlagen.
Blutiger Bürgerkrieg, vor allem in Berlin und in den großen Städten.
Das Deutsche Reich fällt auseinander.
.....

18 Dieses Dokument wurde offensichtlich abgefaßt, um einen möglichst tiefen Eindruck auf das Kabinett zu machen: hier Licht, da Schatten. Die Unterzeichnung des Vertrages bringt Hoffnung, die Nichtunterzeichnung das Chaos.

Die Folgen eines durch Nichtunterzeichnung hervorgerufenen Einmarsches der Alliierten wären, kurz zusammengefaßt:

1. Zertrümmerung des Reiches, Auflösung desselben in Einzelstaaten. Der Haß der Einzelstaaten gegen Preußen, dem die Verantwortung für die Katastrophe Deutschlands zugeschrieben wird, würde die Trennung der Einzelstaaten zu einer dauernden machen.

2. Nach kurzer Frist müßte doch Frieden geschlossen werden, aber nicht vom Reich, sondern von den Einzelstaaten, denen die Bedingung gemacht würde, keine Einheitsbildung mehr einzugehen. Dieser Friede wäre ein noch schlimmerer als der jetzige.

3. Sturz der Regierung und Ersetzung derselben durch Unabhängige und Kommunisten, Auflösung der Reichswehrbrigaden, Ordnungslosigkeit im ganzen Lande[19].«

☆

Auf Wunsch Erzbergers trat das Kabinett dann am 3. und 4. Juni zu einer Geheimsitzung zusammen, um sich »mit den voraussichtlichen Folgen auf Grund der Erzbergerschen Vorlage« zu beschäftigen[20]. Doch so dramatisch die Voraussagen Erzbergers auch klangen, er war noch immer der einzige, der eine Unterzeichnung befürwortete. Angesichts der Katastrophe, die er im Falle einer Zurückweisung des Vertrages erwartete, verwandte er alle Mühe darauf, die Lasten bei Unterzeichnung des Vertrages als möglichst gering erscheinen zu lassen.

»Wir müssen unterzeichnen«, betonte er, »mit der Begründung, daß wir der offenen Gewalt weichen.«

»Es ist unehrlich«, wurde ihm darauf erwidert, »einen Vertrag zu unterschreiben, von dem man weiß, daß man ihn nicht halten kann.«

»Ich verstehe nicht, was daran unehrlich ist«, gab Erzberger zurück. »Wenn jemand von mir bei gefesselten Armen und unter Vorhalten eines Revolvers auf die Brust die Unterzeichnung eines Stückes Papier fordert, wonach ich mich verpflichten muß, in 48 Stunden auf den Mond zu klettern, so wird jeder denkende Mensch, um sein Leben zu retten, dies unterzeichnen. Genauso ist es mit dem Friedensvertrag.«

»Das bedeutet den Bürgerkrieg«, wurde dagegen von verschiedenen Seiten eingewandt.

»Aber nein«, antwortete Erzberger. »Die Alliierten werden es nach meinen Nachrichten wohl mit der formalen Anerkennung der Kriegs-

19 Erzberger, a. a. O., S. 371/373, und Scheidemann: »Der Zusammenbruch«, S. 244/248.

20 Scheidemann, a. a. O., S. 244.

schuld und der Kriegsverbrechen genug sein lassen. Wenn die gegeben ist, werden sie uns Konzessionen machen[21]. Wenn man durch Gewalt zur Unterzeichnung gezwungen ist, so begeht man keine Unwahrhaftigkeit[22].«

Gegen Ende der Sitzung war es Erzberger gelungen, die einmütige Haltung des Kabinetts zu erschüttern. Zwei sozialdemokratische Minister waren durch seine Ausführungen schwankend geworden und machten sich seinen Standpunkt zu eigen. So ging das Kabinett auseinander, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben. Die Entscheidung lag jetzt bei den Parteien der Regierungsmehrheit.

Die Auseinandersetzung wurde in den nächsten Tagen in den Parlamentsfraktionen fortgesetzt, und auch hier blieb Erzberger weiterhin aktiv. Die Zentrumspartei, zu deren Führern er gehörte, befaßte sich bereits am 13. Juni mit einer Prüfung der Lage. Die Diskussion hielt tagelang an. Im allgemeinen waren die Abgeordneten, wenn sie das auch nicht offen auszusprechen wagten, fest davon überzeugt, daß jeder militärische Widerstand ausgeschlossen sei. »Die große Mehrheit der Fraktion«, schrieb Erzberger in seinen Erinnerungen, »neigte schon in diesen Aussprachen der Auffassung zu, daß unter gewissen Voraussetzungen und unter Protest die Unterzeichnung des Friedens in Betracht kommen könne. In der Vorstandschaft konnte ich dann die Einigkeit dahin herbeiführen, der Friede sei zu unterzeichnen, wenn die die Ehre berührenden Fragen aus dem Vertrag herausgenommen würden[23].

---

21 Vgl. hierzu die Darstellung bei E. O. Volkmann, a. a. O., S. 272.

22 Erzberger, a. a. O., S. 373/375.

23 Außer dem Paragraphen, in dem sich Deutschland als allein schuldig am Ausbruch des Krieges bekannte, sind dies die vier im Teil VII des Vertrages (Strafbestimmungen) enthaltene Paragraphen:
»Artikel 227. — Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von Deutschland, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage. Ein besonderer Gerichtshof wird eingesetzt, um über den Angeklagten unter Wahrung der wesentlichen Bürgschaften des Rechts auf Verteidigung zu Gericht zu sitzen . . . Es steht ihm zu, die Strafe zu bestimmen, deren Verhängung er für angemessen erachtet.
Artikel 228. — Die deutsche Regierung räumt den alliierten und assoziierten Mächten die Befugnis ein, die wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten Personen vor ihre Militärgerichte zu ziehen. Werden sie schuldig befunden, so finden die gesetzlich vorgesehenen Strafen auf sie Anwendung. Diese Bestimmung greift ohne Rücksicht auf ein etwaiges Verfahren oder eine etwaige Verfolgung vor einem Gericht Deutschlands oder seiner Verbündeten Platz.
Die deutsche Regierung hat den alliierten und assoziierten Mächten oder derjenigen Macht von ihnen, die einen entsprechenden Antrag stellt, alle Personen auszuliefern, die ihr auf Grund der Anklage, sich gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges vergangen zu haben . . . bezeichnet werden.

Mit den Sozialdemokraten wurde auf dieser Basis bald eine Verständigung herbeigeführt; anders war es mit den Demokraten; diese blieben auf ihrem früher eingenommenen Standpunkt stehen[24].«

Diese Verständigung hatte zur Folge, daß ein ganzer Block der Sozialdemokratischen Fraktion dem Standpunkt zuneigte, der Vertrag müsse unterschrieben werden. Scheidemann glaubte noch immer, er habe die Mehrheit seiner Partei hinter sich, doch die geschickte Taktik Erzbergers hatte den Boden unter seinen Füßen bereits unterwühlt. Sehr bald mußte er erkennen, daß nur noch zwanzig Mitglieder seiner Partei seine Auffassung unterstützten. Die Ansichten Erzbergers hatten sich nach und nach Eingang in die Köpfe der Abgeordneten verschafft. Die Überzeugung, der Vertrag müsse unterzeichnet werden, gewann allmählich an Boden.

Am nächsten Tag, dem 17. Juni, wurde bekannt, die Alliierten hätten die deutschen Gegenvorschläge zurückgewiesen. Der Reichsregierung blieben somit nur noch fünf Tage bis zur Unterzeichnung des Vertrages, andernfalls die Feindseligkeiten unverzüglich wiederaufgenommen würden.

Artikel 229. — Sind die strafbaren Handlungen gegen Staatsangehörige einer der alliierten und assoziierten Mächte begangen, so werden die Täter vor die Militärgerichte dieser Macht gestellt.

Artikel 230. — Die deutsche Regierung verpflichtet sich, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu liefern, deren Vorlegung zur vollständigen Aufklärung der verfolgten Taten, zur Ermittlung der Schuldigen und zur erschöpfenden Würdigung der Schuldfrage für erforderlich erachtet wird.«

24 Erzberger, a. a. O., S. 375.

XX Die Unterzeichnung des Friedensvertrages

2. Der Kampf zwischen Groener und Reinhardt

Während in Weimar diese Erörterungen stattfanden, war auch der deutsche Generalstab nicht untätig geblieben. Seit General Groener durch General von Seeckt über die Friedensbedingungen unterrichtet worden war, sah auch er das Unheil heraufziehen. Er glaubte nicht daran, daß die Alliierten von ihren Forderungen abgehen würden. Ebensowenig glaubte er daran, daß sie sich, wie Erzberger behauptete, mit einer rein formellen Verpflichtung zufriedengeben würden. Es war jedoch seine Pflicht, einen kühlen Kopf zu bewahren, um das Schlimmste zu verhüten. Von den Plänen Winnigs und des Obersten Reinhardt für einen Volksaufstand im Osten hatte er gehört. Auch war ihm bekannt, daß diese Pläne die Zustimmung der meisten Generale und Reichswehrführer gefunden hatten. Groener aber vermochte diesen Plänen nicht beizustimmen. Seiner Ansicht nach war Deutschland gar nicht in der Lage, eine Annahme des Vertrages zu verweigern. Die Vorstellung, man könne das Rheinland und Bayern opfern, um die Ostmarken und die baltischen Provinzen zu retten, erschien ihm unüberlegt, strategisch undurchführbar und politisch gefährlich. Nicht im Osten, sondern im Westen würde die Entscheidung fallen. In den kommenden schweren Tagen mußte daher in erster Linie an die Rettung der Einheit des Reiches gedacht werden.

Groener sah allerdings voraus, daß er dieser Auffassung bei seinen Kameraden nur mit Hilfe unumstößlicher Beweise Geltung verschaffen konnte. Über Karten und Stärkenachweise gebeugt, entwarf der Generalquartiermeister ein genaues Bild der Lage. Er ging von der Annahme aus, Deutschland werde im Falle einer Ablehnung des Vertrages den Armeen der gesamten Entente gegenüberstehen und sich im Rücken der neuerstandenen polnischen Armee zu erwehren haben. Wollte man im Westen Widerstand leisten, mußte man erst einmal im Osten die Hände frei haben. Zur Vernichtung des polnischen Heeres aber wäre ein großangelegter Feldzug erforderlich, der auch nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn er mit 350 000 Mann, also fast allen Deutschland zur Verfügung stehenden Streitkräften, geführt werden könnte. In diesem Falle

aber wären zum Widerstand gegen einen Vormarsch der am Rhein stehenden Entente-Truppen nur ganz unbedeutende Kräfte übrig. Es war nutzlos, zu hoffen, die alliierten Truppen an der Weser-Linie aufhalten zu können. Auch die Elbe würde nur vorübergehend Schutz bieten, zumal Quelle und Mündung leicht zu umgehen waren: die eine durch einen Vorstoß zu Lande durch die Tschechoslowakei, die andere von der britischen Flotte. Die alliierten Truppen würden dann in Weimar, Berlin, Dresden und Danzig einrücken, während die deutschen Streitkräfte zwischen Bug und Weichsel stünden.

Groener bezweifelte, daß das deutsche Volk einig genug sei, um den Kampf wiederaufzunehmen; er glaubte nicht, daß es ihm in einer patriotischen Aufwallung die eine Million Mann, die er brauchte, stellen werde. Und was die Hoffnung auf eine Revolution in den Ländern der Alliierten oder auf einen Zerfall des Feindbundes anbetraf, so war Groener viel zu nüchtern, um seine Politik auf so fragwürdigen Voraussetzungen aufzubauen.

Angesichts des Ernstes der Lage wollte sich der Generalquartiermeister jedoch nicht ausschließlich auf sein eigenes Urteil verlassen. Er erteilte seinen besten Generalstabsoffizieren den Auftrag, in den verschiedenen Provinzen des Reiches eingehende Untersuchungen anzustellen und ihm Aufschluß über folgende fünf Fragen zu verschaffen:

1. Ist der überwiegende Teil der Bevölkerung für eine Wiederaufnahme des Krieges zu haben?
2. Ist die Bevölkerung bereit, für die Verteidigung ihrer engeren Heimat zu kämpfen?
3. Kann mit einem großen Zustrom von Freiwilligen gerechnet werden?
4. Ist die Bevölkerung bereit und entschlossen, gegenüber persönlichem, wirtschaftlichem und politischem Druck, wie ihn die feindliche Besetzung eines Landes mit sich bringt, standhaft zu bleiben?
5. Sind bei Wiederaufnahme des Kampfes innere Unruhen zu befürchten?

Die Antwort auf die erste Frage fiel überall negativ aus. Die Bevölkerung war erschöpft und wollte unter keinen Umständen wieder zu den Waffen greifen.

Über die zweite Frage waren die Meinungen geteilt. Insbesondere im Osten schien die bäuerliche Bevölkerung bereit zu sein, sich ihrer Haut zu wehren. Mit einem großen Zustrom von Freiwilligen aber war nicht

zu rechnen. Fast alle, die wieder zu den Waffen greifen wollten, waren bereits in die Verbände der Reichswehr eingetreten.

Die Antworten auf die vierte Frage waren kaum ermutigender. Die nationale Gleichgültigkeit schien einen nicht mehr zu überbietenden Grad erreicht zu haben. Die Bevölkerung war offenbar zu allen Zugeständnissen bereit, wenn man sie nur in Frieden ließ und ihr genug zu essen gab.

Die fünfte Frage schließlich, ob Aufstände im Lande zu befürchten seien, wurde dahingehend beantwortet, daß schwere Unruhen in allen Großstädten und in den Industriegebieten ausbrechen würden. Die Radikalen würden die Lage zu dem Versuch ausnutzen, die Macht zurückzugewinnen. Bei einer Ablehnung der Friedensbedingungen würde man also nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind zu kämpfen haben.

Jetzt war Groeners Entschluß gefaßt, und er ging auch nicht mehr davon ab. Am Abend des 16. Juni unterrichtete er Hindenburg über das Ergebnis seiner Umfrage.

Der Feldmarschall hörte ihm ernst zu und stellte ihm nach langem Schweigen die Frage:

»Es bleibt nur noch zu erörtern, ob nicht doch von den Offizieren und von der Minderheit der Volksgenossen, die sich ihnen anschließen werden, die Opferung um der nationalen Ehre willen gefordert werden muß.«

»Der tiefe Sinn eines solchen Opfers«, entgegnete Groener, »würde im Augenblick von einem großen Teil des Volkes nicht einmal verstanden werden. Man würde von Offiziersrebellion, von Konterrevolution und von Militarismus reden. Viel schwerwiegender aber ist, daß ein unglücklicher Ausgang des Kampfes in der Lage, in der wir uns jetzt befinden, den Untergang des Reiches zur unmittelbaren Folge haben würde. Die um ihre Friedenshoffnungen betrogenen Völker des Feindbundes würden keine Gnade mehr kennen. Als allererstes würde das ›rebellierende‹, den Frieden ganz Europas störende deutsche Offizierkorps beseitigt werden, und der Name Deutschlands würde von der Tafel der großen Nationen gelöscht werden[1].«

Der Feldmarschall ließ sich diese Worte lange durch den Kopf gehen. In seinem Innern kämpfte er einen schweren Kampf. Als Wilhelm II. ihn verlassen und er plötzlich an der Spitze des deutschen Heeres ge-

1 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 280 ff.

standen hatte, hatte er klare Befehle und eine scharf umrissene Aufgabe vor sich gehabt: die Waffenniederlegung, die Rückführung der Truppen in die Heimat, die Wiederherstellung der Ordnung im Innern und die Bezwingung des Chaos. Zweifellos war dieser Auftrag erdrükkend schwer gewesen, doch hatte er sich nur Gedanken über die Art und Weise seiner Durchführung zu machen brauchen. Jetzt aber lagen die Dinge ganz anders. Es wurde von ihm eine Entscheidung des Gewissens gefordert. Jetzt sollte er für sein Volk die Wahl zwischen zwei gleichermaßen dunklen Wegen treffen.

Der Feldmarschall zog sich zurück, ohne ein weiteres Wort zu verlieren. Er, den weder das Scheitern der April-Offensive noch die Ereignisse der Novembertage oder die Weihnachtskämpfe hatten erschüttern können, vermochte zum erstenmal in seinem Leben keinen Schlaf zu finden. Lange hörte man ihn in seinem Zimmer auf und ab gehen. In den frühen Morgenstunden ließ er endlich den Generalquartiermeister kommen und sagte ihm mit dumpfer Stimme:

»In sachlicher Hinsicht bin ich mit Ihnen derselben Meinung und scheue mich nicht, dem offen Ausdruck zu geben. Aber ich kann und will mich auch nicht lösen von den Auffassungen, die mein ganzes Leben lang für mich bindend gewesen sind. Ich bitte Sie, wenn meine Stellungnahme verlangt wird, der Reichsregierung diese Erklärung zu übermitteln:

»Großes Hauptquartier, den 17. Juni 1919.
Wir sind bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten militärisch in der Lage, im Osten die Provinz Posen zurückzuerobern und unsere Grenzen zu halten. Im Westen können wir bei ernstlichem Angriff unserer Gegner angesichts der numerischen Überlegenheit der Entente und deren Möglichkeit, uns auf beiden Flügeln zu umfassen, kaum auf Erfolg rechnen.
Ein günstiger Ausgang der Gesamtoperationen ist daher sehr fraglich, aber ich muß als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen.

(gez.:) VON HINDENBURG[2].«

☆

Am gleichen Tage, dem 17. Juni, wurde der Generalquartiermeister nach Weimar gerufen, um dort die Auffassung der Obersten Heeres-

2 E. O. Volkmann, a. a. O., S. 280 ff.

leitung darzulegen. Er nahm die Erklärung des Feldmarschalls mit. Am Nachmittag des 18. Juni hatte er eine Unterredung mit dem preußischen Kriegsminister, Oberst Reinhardt. Gleich bei den ersten Worten konnten die beiden Männer feststellen, daß sie völlig verschiedener Meinung waren[3]. Reinhardt bestritt nicht, daß im Falle einer Ablehnung der Unterzeichnung die Reichseinheit nicht zu retten war, hielt aber die sich daraus ergebende Abtrennung Süd- und Westdeutschlands nur für vorübergehend. Das wichtigste war für ihn die Rettung der Ostprovinzen, der Wiege des preußischen Staates.

Groener widersprach heftig. Ließe man jetzt die Zerstückelung des Reiches zu, so könne niemand mehr für eine Wiederherstellung seiner Einheit bürgen. Nicht an die Rettung Preußens, sondern an die der Reichseinheit mußte in erster Linie gedacht werden.

Der Kriegsminister stellte Groener daraufhin die Frage, ob die Oberste Heeresleitung bei Annahme des Friedens durch die Nationalversammlung bereit sei, die Führung einer Aufstandsbewegung im Osten zu übernehmen[4].

Groener war über dieses Ansinnen zutiefst entrüstet und wies es scharf zurück:

»Ich lehne für meine Person«, erwiderte er, »und für die Oberste Heeresleitung, für deren Haltung ich mitverantwortlich bin, jede derartige Mitwirkung ab, wenn die Regierung den Vertrag unterschreibt. Dem Feldmarschall muß die persönliche Entscheidung vorbehalten bleiben. Wenn die Regierung den Vertrag nicht unterschreibt und es infolgedessen zur Wiederaufnahme des Krieges kommt, so ist die Oberste Heeresleitung als Organ der Regierung selbstverständlich verpflichtet, die militärische Führung zu übernehmen, auch wenn sie den Kampf für aussichtslos hält.«

Die beiden Gesprächspartner gingen in Feindschaft auseinander. Wenige Stunden später hatte Groener eine Besprechung mit Noske im Schloß Belvedere. Wort für Wort wiederholte er dem Reichswehrminister das, was er bereits Oberst Reinhardt auseinandergesetzt hatte, und übergab ihm seine Denkschrift gemeinsam mit der Erklärung Hindenburgs. In den wesentlichen Punkten war Noske mit Groener einig.

---

3 Eine recht merkwürdige Lage: Groener und Reinhardt, die sich hier gegenüberstanden, stammten beide aus Württemberg. Das Amt, das Reinhardt ausübte, hatte ihn jedoch zu einer völligen Identifizierung mit dem preußischen Geist gebracht.

4 Im Grunde genommen verlangte Reinhardt von Groener nicht mehr und nicht weniger, als daß sich dieser von der Regierung lossagte, falls diese den Vertrag unterzeichnete.

Die Nachrichten, die er erhalten hatte, deckten sich mit denen des Generalquartiermeisters. Auch er glaubte nicht an die Möglichkeit eines Widerstandes.

In der Nacht vom 18. zum 19. Juni trat das Reichskabinett unter dem Vorsitz Eberts zusammen. Als Diskussionsbasis lagen den Ministern der politische Bericht Erzbergers und die strategische Denkschrift Groeners vor. Noch einmal wurden alle Gründe für und wider eine Unterzeichnung des Vertrages durchgesprochen, ohne daß jedoch ein Ergebnis erzielt wurde. Bei der Abstimmung sprachen sich acht Minister gegen die Unterzeichnung und sechs dafür aus. Obwohl Ebert innerlich mit den Gegnern einer Unterzeichnung übereinstimmte, vertrat er dennoch die Auffassung, daß eine Mehrheit von zwei Stimmen für eine so verantwortungsschwere Entscheidung nicht ausreiche.

Da sich die Minister nicht einig werden konnten, mußte eine höhere Instanz gefunden werden, um einen Ausgleich herbeizuführen. Das Parlament konnte diese Instanz nicht sein, da es selbst uneins war. So mußte man sich an den Generalstab wenden — da der Generalstab in dieser Lage auf jeden Fall Schiedsrichter sein mußte.

☆

Wie am 9. November 1918 in Spa, so trat auch am Morgen des 19. Juni 1919 in Weimar der große Kriegsrat zusammen. Zum erstenmal führte nicht der Kaiser den Vorsitz.

Alle eingeladenen Generale waren dem Ruf jedoch gefolgt, ebenso wie am Vorabend des Waffenstillstandes. Sie waren die Hohenpriester der Nation; in Krisenzeiten wandten sich die zivilen Führer an sie als Hüter der nationalen Traditionen. Es waren erschienen der Reichswehrminister, der preußische Kriegsminister, der Generalquartiermeister als Vertreter des Feldmarschalls, alle Kommandierenden Generale aus Mittel- und Ostdeutschland, die Militärgouverneure in Bayern, Sachsen und Württemberg, der Chef der Marineleitung, General von Below, General von Lossberg, Chef des Stabes der Südarmee, Oberst Heye, Chef des Stabes der Nordarmee, General Maercker, und andere . . .

Groener sah der Versammlung der militärischen Führer nicht ohne Besorgnis entgegen. Er befürchtete, dieser Kriegsrat könne die Stellung der Offiziere stärken, die eine Unterzeichnung des Vertrages ablehnten, und sie zu ihren Aufstandsplänen für den Ostraum ermutigen.

Gleich zu Beginn der Sitzung sprachen sich die meisten Generale, die eine Kommandostelle im Osten bekleideten, für die Gedankengänge

Reinhardts aus. Ihrer Ansicht nach hatten sich die Könige von Preußen auf einen falschen Weg begeben, als sie die Nachfolge der deutschen Kaiser anstrebten[5]. Die Zukunft Preußens sei nicht in Bayern oder am Rhein, sondern an den Küsten der Ostsee, in Ostpreußen und Kurland zu suchen. Deutschland sei wohl im Westen, nicht aber im Osten besiegt worden. Mit welchem Recht maßten es sich die Alliierten also an, die Grenzen im Osten zu bestimmen? Der Vertrag von Brest-Litowsk eröffnete Deutschland unermeßliche Aussichten. Sollte auf diese mit einem Federstrich verzichtet werden? Mochte das Reich ruhig auseinanderfallen, da Deutschland eben nicht genügend Truppen besaß, es in seiner Gesamtheit zu verteidigen. Preußen aber würde bestehenbleiben und den alliierten Forderungen erbittert Widerstand leisten.

Dann ergriff Noske das Wort und beschwor die Generale, sich ihre Entscheidung reiflich zu überlegen, bevor sie unwiderrufliche Schritte unternähmen. Der Reichswehrminister war davon überzeugt, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten die Abtrennung ganz Süddeutschlands, des Rheinlandes und vielleicht sogar Hannovers bedeuten würde. In Mitteldeutschland seien Streiks und Aufstände zu erwarten. Im Osten sei die Lage noch verworrener. Sollte es dort zu einer breiten, von unwiderstehlichem Elan getragenen Aufstandsbewegung kommen, so würde er diese gewiß nicht unterbinden. Er hielt es allerdings für unklug, auf eine derartige Bewegung zu bauen.

»Die Lage im Innern des Reiches«, fuhr Noske fort, »ist im Augenblick überaus ernst. Der Rücktritt des Kabinetts ist so gut wie sicher, da sich Scheidemann und einige Minister auf die Ablehnung des Vertrages festgelegt haben. Es sei die Möglichkeit erwogen, daß ich unter Beibehaltung meines Amtes als Reichswehrminister die Bildung eines neuen Kabinetts mit diktatorischen Vollmachten übernehme. Ich kann dies aber nur tun, wenn ich der Unterstützung der Offiziere sicher bin. Es gibt Pessimisten, die der Meinung sind, daß die Offiziere im Falle der Unterzeichnung des Vertrages einfach nicht mehr mitmachen werden und daß es dann im Reich drunter und drüber gehen wird. Ich glaube die Offiziere besser zu kennen und teile diese Befürchtungen nicht.«

Noskes Worte verfehlten ihren Eindruck auf die Generale nicht.

---

5 Das war schon die Ansicht Wilhelms I. und des Generalstabes am Vorabend der Reichsgründung von 1871 gewesen. »Mein Sohn ist mit ganzer Seele für diesen neuen Stand der Dinge eingenommen, während ich«, sagte der König zu Bismarck, »davon nicht das geringste halte. Für mich gibt es nur Preußen.«

Dennoch bekundeten sie lebhaften Beifall für eine Rede Reinhardts, in der er erklärte: »Die Annahme der Schmachparagraphen ist für das Offizierkorps völlig untragbar[6].« Beugten sich Regierung und Volksvertreter dieser Forderung, so werde man dadurch die ruhigen Leute aus dem Hause treiben, die Hitzköpfe aber ins Gegenlager führen[7].

Groener hatte bisher geschwiegen. Er war den Ausführungen Noskes mit wachsender Erleichterung gefolgt und hatte aus ihnen den Eindruck gewonnen, Noske würde als neuer Ministerpräsident die Verantwortung für die Unterzeichnung des Vertrages — mit Ausnahme der Schmachparagraphen — übernehmen. Jetzt schien es ihm an der Zeit, das Gewicht der Obersten Heeresleitung in die Waagschale zu werfen. Ob am 9. November 1918 oder am 19. Juni 1919: dieser Mann hatte sich nicht geändert. Noch immer war er der realistische, nüchterne Techniker, der sich ungern in gewagte Überlegungen hineinziehen ließ und sich dagegen sträubte, seine Handlungsweise nach Gefühlsmomenten zu richten. Er, der sich am Vorabend des Waffenstillstandes nicht gescheut hatte, offen zu sagen, daß »der Fahneneid nur ein leeres Wort« sei, um die Auseinandersetzung wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzubringen, war nun mit fast den gleichen Worten darum bemüht, die Offiziere auf die Seite Noskes zu bringen.

»Die Erhaltung der Einheit des Reiches«, erklärte Groener mit erregter Stimme, »ist das wichtigste und steht in engstem Zusammenhang mit der Erhaltung der Einigkeit im Offizierkorps. Alle Offiziere müssen sich daher jetzt geschlossen hinter den Reichswehrminister stellen. Für die Oberste Heeresleitung kann ich die Erklärung abgeben, daß sie mit Noske durch dick und dünn gehen wird.«

Die Offiziere wurden durch diese Worte des Generalquartiermeisters aufgerüttelt und ließen sich sogar zu einer Art Treuekundgebung für Noske bewegen, dem die Generale und der Chef der Marineleitung einmütig ihr Vertrauen aussprachen. Hatte dieser Mann nach den Weihnachtskämpfen nicht das neue Heer aus dem Boden gestampft? War er es nicht gewesen, der die Annahme des Gesetzes vom 6. März 1919 über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr in der Nationalversammlung durchgesetzt hatte? Und hatte er nicht die Leitung der Operationen übernommen, als Deutschland in den Abgrund zu gleiten drohte? Auf jeden Fall aber wiesen die Generale darauf hin, daß das

6 Es handelt sich dabei um die Paragraphen über die Auslieferung Wilhelms II. und der »Kriegsverbrecher«.

7 Vgl. E. O. Volkmann, a. a. O., S. 285.

Äußerste, wozu sie sich bereit finden würden, die Annahme des Vertrages ohne die Schmachparagraphen sei.

In diesem Augenblick wurde Noske abberufen. Oberst Reinhardt aber hatte die Entwicklung der Dinge nicht ohne Mißfallen verfolgt. Er benutzte die Abwesenheit Noskes dazu, die Leitung der Besprechung wieder in die Hand zu bekommen und lenkte sie erneut auf das Ostproblem. Offensichtlich versuchte der preußische Kriegsminister die Generale wieder umzustimmen. In diesem Zusammenhang erinnerte er an Standespflicht und Ehre:

»Die Unterzeichnung des Vertrages, selbst ohne die ehrenrührigen Klauseln, ist nicht nur eine Halbheit, sondern ein entwürdigender Kompromiß. Das Bedauern darüber würde Sie Ihr ganzes Leben lang nicht mehr loslassen. Der Weg, den einzuschlagen man Ihnen empfiehlt, ist zweideutig und schmutzig. Unsere Vorfahren hätten klare und eindeutige Handlungen vorgezogen. Niemals hätten sie die Zukunft Preußens und die des Reiches gegeneinander ausgewogen. Sie hätten auf das Reich verzichtet, um Preußen zu retten.«

Die Generale von Below und von Lossberg stellten sich hinter diese »männlichen Worte«. Sie versicherten, daß ihre Truppen einen Befehl der Reichsregierung zur Räumung der Polen zugesprochenen Gebiete einfach nicht ausführen würden. Dabei ließen sie durchblicken, daß sie hofften, die Oberste Heeresleitung werde sich an die Spitze einer bewaffneten Aufstandsbewegung stellen.

General Groener konnte seinen Zorn nur noch mühsam beherrschen. Er legte Wert darauf, jeden möglichen Zweifel in dieser Hinsicht zu zerstreuen. Niemals würde die Oberste Heeresleitung gemeinsame Sache mit einer lokalen Aufstandsbewegung machen, da sie eine solche ebenso ablehne wie alle anderen separatistischen Bestrebungen. Er sei nicht zu diesem Kriegsrat gekommen, um sich an einer Verschwörung zu beteiligen. Die militärische Führung habe sich vorbehaltlos den Entscheidungen der politischen Führung zu fügen. Bevor man sich auf ein solches Abenteuer einlasse, solle man sich außerdem erst einmal vergewissern, ob die preußischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten wirklich entschlossen seien, äußerstenfalls bis zur Loslösung vom Reich und zur Bildung eines eigenen Staates zu gehen. In diesem Falle, *aber nur in diesem Falle*, dürften die militärischen Führer an die Ausführung ihres Planes gehen, und zwar *als ausführendes Organ im Dienst einer neuen Regierung.*

Die Aussprache wurde immer stürmischer.

»Der Gedanke, daß die Generale etwa selbst die politische Führung übernehmen könnten, ist abwegig«, rief Groener aus. »Sie würden dabei staatsrechtlich und völkerrechtlich in die Rolle von Rebellen geraten und zweifellos von der Entente als solche betrachtet und behandelt werden[8].«

Dann fügte er mit ruhigerer Stimme hinzu:

»Eine Besprechung mit den Führern und politischen Persönlichkeiten des Ostens ist für den heutigen Abend anberaumt. Gedulden Sie sich wenigstens bis dahin . . .«

Die Offiziere sollten sich in Geduld fassen, wo sie ihre Entscheidung doch schon längst getroffen hatten? Wozu sollten sie noch warten? Die eindringlichen Beschwörungen Groeners begegneten eisigem Schweigen. Wie in Spa, so geriet der württembergische General auch hier wieder an die seinen preußischen Kameraden eigenen mystischen Vorstellungen. Trotz all seiner Bemühungen gelang es ihm nicht, sie zu überzeugen. Verblendet von dem Traumbild eines Aufstandes im Osten, blieben die Generale den Darlegungen Groeners gegenüber unzugänglich. Sie setzten ihre letzte Hoffnung auf Noske und waren der Überzeugung, daß sie ihn dazu bewegen könnten, ihre Führung zu übernehmen, die Diktatur auszurufen und den Aufstand auszulösen.

☆

Am Nachmittag des 19. Juni trafen bei der Reichsregierung die Erklärungen der verschiedenen Länderregierungen ein. Die überwiegende Mehrheit der Länder sprach sich für eine Unterzeichnung des Vertrages aus. Der Ministerpräsident von Sachsen war der Meinung, die Ablehnung käme einem Selbstmord gleich. Der württembergische Ministerpräsident erklärte, der Vormarsch der Alliierten würde das Ende des Reiches bedeuten. Der badische Ministerpräsident versicherte, 85 bis 90 Prozent der Bevölkerung wünschten die Unterzeichnung. Der hessische Minister nannte einen noch höheren Prozentsatz. Nach den blutigen Unruhen der letzten Wochen hatte das Volk nur noch den einen Wunsch, seine Wunden auszuheilen und die Vergangenheit zu vergessen. Da der Krieg nun einmal verloren war, blieb nichts weiter übrig als die Unterwerfung. Nur Preußen und die Hansestädte (Bremen, Hamburg und Lübeck) vertraten eine entgegengesetzte Meinung.

Am Abend fand die Besprechung der politischen und militärischen

8 Vgl. dazu E. O. Volkmann, a. a. O., S. 287.

Führer der Ostprovinzen statt; der preußische Innenminister Heine führte den Vorsitz. Die Nachrichten, die von überallher eintrafen, bestätigten das Ergebnis der Umfrage Groeners und die Erklärungen der Länderchefs. Der Vertreter Oberschlesiens, Hörsing, wies darauf hin, daß die Bevölkerung seiner Provinz des Krieges überdrüssig sei. Bei Ablehnung des Vertrages würden alle Maßnahmen zum Schutze der Grenzen getroffen werden, mit einer Wiederaufnahme des Kampfes aber sei nicht zu rechnen. Ähnliches wurde aus Danzig berichtet, wo von einer Volkserhebung nicht die Rede sein konnte. Aus den verschiedenen Teilen Preußens trafen gleichlautende Nachrichten ein.

Trotz dieser negativen Berichte hielten Oberst Reinhardt und die Generale an ihrer vormittags geäußerten Auffassung fest.

»Falls die Regierung den Vertrag annimmt«, wiederholte General von Lossberg, »werden die Truppen im Norden von selbst zum Angriff übergehen, und die Offiziere werden sich der Bewegung anschließen, damit die Mannschaften nicht führerlos bleiben.«

»Dasselbe gilt für die Südarmee«, betonte Oberst Heye.

Heine verwahrte sich scharf gegen derartige Äußerungen.

»Seit wann«, entgegnete er, »richten die Offiziere ihr Verhalten nach dem ihrer Leute? Gehorchen die Generale ihrer Truppe oder den Anordnungen der Regierung? Hier ist behauptet worden, Preußen wolle sich zum selbständigen Staat erklären. Das ist falsch! Jeder Versuch in dieser Richtung ist ein Verbrechen, und die Teilnehmer stehen außerhalb des Gesetzes[9]!«

Die Generale aber blieben unbelehrbar. Das Volk war der Meinung, es bliebe nichts anderes als die Unterwerfung? Nun gut! Das Offizierkorps seinerseits würde sich niemals unterwerfen! Die militärischen Führer vertraten die Auffassung, daß sie noch über den Entscheidungen des Parlaments und sogar über dem Willen der Nation stünden. Mochte der Vertrag von Versailles ihre Zahl auch vermindern, ihren Geist aber würde er nicht ändern. Sie hatten die Entscheidung getroffen, die ihr Verhalten in den kommenden Wochen bestimmen sollte.

☆

In der Nacht vom 19. zum 20. Juni trat das Reichskabinett noch einmal zu einer Lagebesprechung zusammen. Alle im Laufe des Tages gemach-

9 Vgl. dazu den ausführlichen Bericht bei E. O. Volkmann (a. a. O., S. 287/290) und die Erinnerungen der Hauptbeteiligten: Hindenburg, Groener, Noske, Maercker und Reinhardt. Bis auf geringfügige Einzelheiten stimmen alle diese Berichte überein.

ten Versuche, die militärischen Führer zum Einlenken zu veranlassen, waren ergebnislos geblieben. Ebenso ergebnislos waren auch die parlamentarischen Verhandlungen verlaufen. Die Parteien waren weit davon entfernt, ihre Standpunkte einander anzunähern, sondern hatten sich im Gegenteil immer mehr zerstritten. Die Demokraten hielten an ihrer Überzeugung fest, und nur die Sozialdemokraten und die Abgeordneten des Zentrums schienen für die Unterzeichnung des Vertrages gewonnen zu sein.

Das Kabinett stand somit einer verzweifelten Lage gegenüber. Falls es den Vertrag unterzeichnete, drohte die Gefahr eines Bürgerkrieges. Falls es den Vertrag aber nicht unterschrieb, dann bedeutete das ganz einfach den Krieg.

Noskes Lage war noch schwieriger. Er genoß das Vertrauen der Offiziere, und er war der einzige Mann in Deutschland, der einer Militärrevolte noch vorbeugen konnte. Er verkörperte auch das letzte Band, das noch zwischen Heer und Staat bestand. Wollte er das Vertrauen der Generale bewahren, dann mußte er sich jedoch gegen die Annahme des Vertrages aussprechen und eine Entscheidung für Preußen und gegen das Reich treffen. Das hieße mit eigenen Händen das ganze Werk zerstören, das er seit seinem Aufstieg zur Macht erbaut hatte; hieße denselben Weg einschlagen wie die Spartakisten, die er so sehr bekämpft hatte. Er war es doch gewesen, der zur Rettung der Reichseinheit den Freikorps und der Vorläufigen Reichswehr den Befehl zum Eingreifen in Thüringen und in Braunschweig, in Sachsen und in Bayern gegeben hatte! Wie sollte er einen derartigen Gesinnungswandel vor der öffentlichen Meinung des Landes rechtfertigen?

Verzweifelt über diese nicht enden wollenden Verhandlungen, beschloß Scheidemann, den Auseinandersetzungen ein Ende zu bereiten, indem er Ebert den Rücktritt der Regierung erklärte. Deutschland besaß nun keine Regierung mehr, und das Ultimatum der Alliierten lief in drei Tagen ab. Erzberger war außer sich. Er sah sich in seiner eigenen Falle gefangen. Alles hatte er getan, um zu diesem Ergebnis zu gelangen, und nun stand er vor einem schrecklichen Abgrund, der ihn schwindeln machte.

Die ganze Nacht hindurch fanden Besprechungen zwischen den Parlamentsfraktionen statt. Wer sollte die neue Regierung bilden? Erzberger? Mit seinen durchtriebenen Machenschaften und seiner unablässigen Geschäftigkeit hatte er allgemein Mißfallen erregt. Graf Bernstorff? Dernburg? Ganz augenscheinlich war Noske der richtige

Mann, doch schien Ebert Bedenken zu haben, ihm die Macht zu übertragen. Das Ansehen, das Noske bei den Offizieren genoß, würde ihm zur unbestrittenen Herrschaft im Lande verhelfen. Doch falls er eine Diktatur einsetzte, würde er auch das Parlament auflösen und damit das Ende der deutschen Republik herbeiführen. Wenn Ebert aber seit den ersten Tagen der Revolution darum gekämpft hatte, seinem Lande eine demokratische Verfassung zu geben und einen Militärputsch zu verhindern, so gewiß nicht deshalb, um schließlich zu einem solchen Ergebnis zu gelangen.

Nach langem Zögern beauftragte er Bauer mit der Bildung eines »rotschwarzen« Kabinetts, das aus sieben Sozialdemokraten und vier Vertretern des Zentrums bestehen sollte. Noske blieb Reichswehrminister, Hermann Müller übernahm das Auswärtige Amt, Dr. Bell das Verkehrsministerium. Erzberger, der von seinen Parteifreunden unterstützt wurde, wurde Vizekanzler und Finanzminister: »Ich äußerte zunächst Bedenken«, schrieb der ehemalige Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission darüber, »und besprach mich mit meinen politischen Freunden ... Doch gegenüber allen persönlichen Bedenken hat dann die Not des Vaterlandes den Ausschlag gegeben[10].«

Am nächsten Tag, dem 21. Juni, stellte sich die neue Regierung dem Parlament vor. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um ein »Unterzeichnungskabinett« handelte. Nun setzte eine Flut von Rücktrittsgesuchen ein. Als erster erklärte Graf Brockdorff-Rantzau, er habe, als er die Leitung der deutschen Delegation in Versailles übernahm, gehofft, für sein Volk ehrenvolle Friedensbedingungen zu erlangen. Da ihm dies nicht gelungen sei, bleibe ihm nur noch die Wahl, seinen Auftrag zurückzugeben[11]. Oberst Reinhard, der Befehlshaber der XV. Reichswehrbrigade, äußerte, daß er »nicht länger im Dienste der Regierung bleiben könne[12]«. In den verschiedenen Ministerien häuften sich Schreiben ähnlichen Inhalts. Die Katastrophe nahm ihren Anfang.

☆

Zur gleichen Stunde erhob sich strahlend die Sonne über der Bucht von Scapa Flow, in der die deutsche Flotte seit dem 21. November 1918 unter britischer Überwachung lag. Das britische Geschwader unter

10 Erzberger, a. a. O., S. 379.
11 Brockdorff-Rantzau, »Dokumente«, S. 118.
12 Reinhard: »1918–1919«, S. 110. Einige Tage später übernahm er sein Kommando wieder.

Admiral Freemantle verließ die Reede und lief zu Schießübungen auf hoher See aus.

Dem Befehlshaber der deutschen Seestreitkräfte, Admiral von Reuter, war bekannt, daß der Friedensvertrag nun jeden Augenblick unterzeichnet werden konnte. Er beschloß, den unerwarteten Glücksfall auszunutzen. Insgeheim gab er den an Bord verbliebenen Mannschaften den Befehl, die Bodenventile, die Unterwassertorpedorohre und die Schotten der Schiffe zu öffnen. Dann ließ er die deutsche Kriegsflagge auf den Masten der Schiffe hissen.

Mit einem Schlage brach ein ohrenbetäubender Spuk los. Alarmglokken läuteten, Sirenen heulten, und die Mannschaften ließen die Boote zu Wasser. Vor den Augen der verblüfften Engländer versank als erstes das Flottenflaggschiff »Friedrich der Große« langsam in den Fluten. Um 12.16 Uhr bäumte sich der riesige stählerne Rumpf des Schiffes auf und ging senkrecht in die Tiefe.

Das britische Geschwader brach sein Manöver ab und dampfte mit voller Fahrt zur Reede zurück. Aber es war schon zu spät. Schiff um Schiff versanken die Linienschiffe »König Albert«, »Kronprinz Wilhelm«, »Kaiser« und »Prinzregent Luitpold« in der schäumenden See. Ihnen folgten die Schlachtkreuzer »Moltke«, »Seydlitz«, »von der Tann« und alle anderen: fünf Schlachtkreuzer, zehn Linienschiffe, 46 Torpedoboote — insgesamt 70 Kriegsschiffe.

Um 17 Uhr schlossen sich die Wellen über dem letzten Überlebenden, dem Schlachtkreuzer »Hindenburg«.

Die stolze deutsche Flotte ruhte auf dem Grund des Meeres.

XXI Die Unterzeichnung des Friedensvertrages

3. Der Zusammenbruch

Am Sonntag, dem 22. Juni, trat das neue Kabinett zusammen, um die Regierungserklärung abzufassen. Die Minister einigten sich über folgende Fassung: »Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen[1].« Die beiden Mehrheitsparteien brachten folgende Entschließung ein: »Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.«

Als sie jedoch das Stimmenverhältnis überprüften, mußten sie erkennen, daß ohne die Stimmen der Unabhängigen keine Sicherheit für die Annahme des Vertrauensvotums gegeben war. Die Unabhängigen aber traten für eine bedingungslose Annahme des Vertrages ein. Sie waren der Meinung, der Wortlaut der von den Sozialdemokraten und vom Zentrum ausgearbeiteten Entschließung lasse der Regierung bei ihren Verhandlungen mit den Alliierten nicht genügend Spielraum, und machten den Vorschlag, dafür folgende Fassung zu wählen: »Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.«

Die Rechte und die Demokraten protestierten. Unter unbeschreiblichem Lärm ging die Abstimmung vor sich. Schließlich wurde der von den Unabhängigen eingebrachte Antrag mit 237 gegen 138 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen.

Inzwischen hatte Reichskanzler Bauer den Alliierten mitgeteilt, Deutschland sei zur Unterzeichnung des Vertrages bereit, allerdings unter der Bedingung, daß die »die Ehre berührenden Artikel« wegfielen und der Reichsregierung eine zusätzliche Frist von 48 Stunden eingeräumt werde.

Wenige Tage zuvor noch war Lloyd George unter dem Einfluß von König Georg V., der sich dagegen sträubte, einen König vor einen Gerichtshof gestellt zu sehen, zu einer Verständigung geneigt gewesen.

1 Siehe oben, Kap. XIX, S. 336, Fußnote 23.

Da er befürchtete, Deutschland könne die Annahme des Vertrages ablehnen, und sich mit Schrecken die Folgen einer solchen Ablehnung ausmalte, war er bereit gewesen, sich für die Gewährung günstigerer Bedingungen einzusetzen. Die Tragödie von Scapa Flow aber hatte die öffentliche Meinung in England völlig gewandelt. Sie verlangte jetzt eine exemplarische Bestrafung und zeigte sich wegen der Verzögerung der Unterzeichnung des Vertrages ungehalten. In Berlin waren außerdem auf dem Platz vor dem Schloß die 1870 erbeuteten französischen Fahnen verbrannt worden.

Die Antwort der Alliierten ließ daher nicht auf sich warten. Sie teilten der Reichsregierung mit, ihr Vorschlag sei abgelehnt, und erinnerten sie daran, daß das Ultimatum der alliierten Mächte am 23. Juni um 19 Uhr abliefe. »Die alliierten und assoziierten Mächte«, hieß es abschließend in der Note, »sehen sich daher genötigt, zu erklären, daß die Zeit der Erörterungen vorbei ist.«

Von diesem Augenblick an überstürzten sich die Ereignisse. Es schien, als rase ein Zyklon über Deutschland dahin. Alle führenden Persönlichkeiten — Abgeordnete, Minister und Staatssekretäre — wurden von dem Wirbel ergriffen. Nur wenige bewahrten die Ruhe.

In der Nacht vom 22. zum 23. Juni gelangte Noske zu der Überzeugung, es werde ihm unmöglich sein, den Vertrag bedingungslos zu unterschreiben. Die Offiziere hatten recht: Man sollte dem Beispiel, das Admiral von Reuter in Scapa Flow gegeben hatte, folgen. Der Zerfall des Reiches war einer Unterwerfung vorzuziehen.

In den frühen Morgenstunden des 23. Juni ließ Noske General Maercker zu sich bitten, weil er zu erfahren wünschte, wie die Reichswehr sich zu einer bedingungslosen Unterzeichnung des Vertrages stellen würde. Der Kommandeur des Freiwilligen Landesjäger-Korps begab sich daraufhin ins Schloß Belvedere und überreichte Noske folgende Erklärung:

> »Ich bin als preußischer General nicht in der Lage, einer Regierung weiterhin Dienste zu leisten, die Deutschland die Schuld am Kriege zuerkennt und die meinen ehemaligen Obersten Kriegsherrn und deutsche Führer dem Feinde ausliefert. So wie ich denkt sicherlich auch ein großer Teil des Offizierkorps und nicht wenige unter den Unteroffizieren und Mannschaften des Landesjäger-Korps[2].«

Noske nahm diese Meldung schweigend entgegen.

---

2 Maercker, a. a. O., S. 288.

Beim Hinausgehen traf Maercker im Schloßhof den Grafen Brockdorff-Rantzau, der ihm mitteilte, auch er sei mehr denn je für eine Ablehnung des Vertrages. Gleichzeitig erfuhr Maercker, sein Vorgesetzter, General von Lüttwitz, sei ebenfalls dieser Meinung. Diese Nachrichten veranlaßten ihn dazu, angesichts der bestehenden Notlage noch einen letzten Schritt bei Noske zu versuchen und ihn zu beschwören, sich von der Regierung zu trennen und das Vertrauen, das die Offiziere in ihn gesetzt hätten, nicht zu enttäuschen. Geben wir an dieser Stelle Maercker selbst das Wort:

»Begleitet von Noskes Stabschef, Major von Gilsa, und Hauptmann Jakobsen ging ich noch einmal zum Minister, schilderte ihm in kurzen Worten, wie sich mir die Lage Deutschlands darstellte, und bat ihn mit so dringenden Worten, wie sie mir im Augenblick zu Gebote standen, er möge die Geschicke des Vaterlandes in seine starke Hand nehmen, sich zum Diktator aufwerfen und den Vertrag ablehnen. Ich versicherte ihm, daß die Reichswehr wie ein Mann hinter ihm stehen würde.

Ich erhielt keine Antwort. Der Minister war aber von der Tragik der Lage ebenfalls so erschüttert, daß ihm die Tränen in die Augen traten, er mit der Faust auf den Tisch schlug und mir mit den Worten: ›Herr General, ich habe die Schweinerei jetzt auch satt!‹ mit kurzer schneller Bewegung krampfhaft die Hand schüttelte.

Der Wehrminister war bis dahin verstandesgemäß für die Unterzeichnung gewesen, sosehr sie ihm innerlich auch widerstrebte. Wir hatten die Empfindung, daß er jetzt schwankend geworden war, daß sein, des Nichtsoldaten, ›soldatisches Gefühl‹ die Oberhand gewann. Ich konnte seinen Händedruck nicht anders auffassen als eine Zustimmung, sich unter Umständen als Diktator an die Spitze zu stellen. Im Gefühl dieser Gewißheit verließen wir das Schloß . . .

Deshalb überschritt ich bewußt die meinem Berufe gezogenen Grenzen und unterrichtete die Führer der Demokratischen und der Zentrumspartei von der Antwort, die ich dem Minister über die Stellung meiner Truppe zur Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages erteilt hatte[3].«

Man kann sich den Eindruck, den Maerckers Schritt bei den verstörten Parlamentariern hervorrief, leicht vorstellen. Die einen zollten seinen energischen Worten Beifall, andere sprachen von »Hochverrat«.

---

3 Maercker, a. a. O., S. 289/290.

Erzberger eilte sofort ins Schloß, um Noske um Erklärungen zu ersuchen.

Der Reichswehrminister bestätigte Erzberger, er habe die Absicht, Ebert seinen Rücktritt zu erklären. Erzberger bat Noske, diese Erklärung vor der Zentrumsfraktion zu wiederholen und die Verantwortung für alles, was nun geschehen werde, zu übernehmen. Noske erklärte sich damit einverstanden und folgte Erzberger ins Parlament.

Als die Zentrumsabgeordneten von dem Sinneswandel Noskes hörten, weigerten sie sich mit 58 gegen 14 Stimmen, weiterhin für die Unterzeichnung des Vertrages zu stimmen. Erzberger war erschüttert. Sollte sein ganzes Werk noch in letzter Minute zusammenstürzen? Er eilte zu Ebert und fragte ihn, was der Reichspräsident zu tun beabsichtige. War Ebert überhaupt in der Lage, die Furchtbarkeit der Situation voll zu überschauen? Es war Mittag. In sieben Stunden lief das Ultimatum ab. Und dabei gab es keine Regierung mehr, die die Führung in Deutschland übernehmen konnte. Bevor der Tag sich neigte, würden die Feindseligkeiten wiederaufgenommen; und dann hätte man sowohl eine Revolte der Offiziere wie einen Aufstand der Spartakisten im Lande . . .

Ebert sammelte sich einen Augenblick lang. Dann griff er zu seinem Telephonhörer und ließ sich mit Kolberg verbinden. Wie jede Demokratie, die sich verloren fühlt, so wandte sich auch die deutsche Republik jetzt an einen Soldaten.

Der Reichspräsident verlangte, Feldmarschall von Hindenburg zu sprechen. Groener war am Apparat.

Ebert beschrieb ihm die Verwirrung, die in Weimar herrschte, und bat ihn um eine Stellungnahme des Oberbefehlshabers. In dieser Stunde höchster Not, in der alles auf dem Spiel stand, entzog sich der Sieger von Tannenberg jedoch der Verantwortung. Er zog seine Uhr und verglich die Zeit. Es war 15.45 Uhr.

»Ich habe hier nichts mehr zu tun«, bemerkte er zum Generalquartiermeister. »Sie können ebensogut wie ich unsere Antwort dem Reichspräsidenten übermitteln[4].«

Mit anderen Worten, er überließ Groener allein die ganze Verantwortung für die Antwort der Obersten Heeresleitung.

---

4 Das war eine Wiederholung des Auftritts vom 9. November 1918 in Spa, wo Hindenburg zu hochmütigem Schweigen Zuflucht genommen hatte, anstatt den Kaiser auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen (vgl. oben, S. 28).

Mühsam, wenn auch mit fester Stimme und jedes Wort betonend, entschloß sich Groener zu folgender Stellungnahme:

»Nicht als Erster Generalquartiermeister, sondern als Deutscher, der die Gesamtlage klar übersieht, halte ich mich auch in dieser Stunde für verpflichtet, Ihnen, Herr Reichspräsident, folgenden Rat zu geben:

Die Wiederaufnahme des Kampfes ist nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos. Der Friede muß daher unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden.

Ich halte es für notwendig, daß der Reichswehrminister Noske die Führung des Volkes und die Verantwortung für den Friedensschluß übernimmt. Nur wenn Noske in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegt und von jedem Offizier und Soldaten verlangt, daß er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibt und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande tut, besteht Aussicht, daß das Militär sich hinter ihn stellt und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern sowie nutzlose Kämpfe nach außen, im Osten, verhindert werden[5].«

Die Unterredung war beendet. Einige Augenblicke später kehrte Hindenburg in das Arbeitszimmer Groeners zurück und fand den Generalquartiermeister im Zustand tiefster Niedergeschlagenheit.

»Sie haben eine schwere Last auf sich genommen«, sagte er lakonisch zu Groener. Ob er sich wohl darüber klar war, daß er diese Last eigentlich hätte selber tragen müssen?

☆

In Anbetracht der Stellungnahme Groeners und auf die dringenden Bitten Eberts hin entschloß sich Noske, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen. Von seinem Beispiel ermutigt, beruhigten sich die Minister wieder. Das Kabinett brauchte nun nur noch vor das Parlament zu treten.

Doch wo sollte es eine Mehrheit für die bedingungslose Unterzeichnung des Vertrages finden? Erzberger ging zum Zentrum, zu den Demokraten und zu den Sozialdemokraten. Er bot alles auf, drang in die Abgeordneten, schmeichelte ihnen und sparte auch nicht mit Drohungen. Die Opposition ließ er durch Ebert fragen, ob sie bereit sei, eine neue Regierung zu bilden, die Unterzeichnung des Friedens abzulehnen

5 Vgl. E. O. Volkmann, a. a. O., S. 303.

und den Krieg fortzusetzen. Die Rechte aber verspürte keinerlei Verlangen danach, ausgerechnet jetzt die Macht zu übernehmen. Sie zog es vor, »die vaterländische Gesinnung, von der die Befürworter einer Unterzeichnung bestimmt würden, anzuerkennen«. Auf die Erklärung Groeners hin einigten sich die Parteien schließlich auf folgende Lösung: »Der Präsident der Nationalversammlung beschränkt sich darauf, die Abgeordneten zu fragen, ob die Regierung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.« Dank dieser zweideutigen Fassung wurde eine Krise vermieden. Das Kabinett Bauer saß wieder im Sattel.

Am frühen Nachmittag stellte sich die Regierung der Nationalversammlung. Hier herrschte eine stürmische Atmosphäre. Die Deutschnationalen bestanden auf namentlicher Abstimmung. Der Präsident entgegnete ihnen: »Nimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung auf sich, jetzt noch die Sache hinauszuzögern und eine namentliche Abstimmung zu verlangen?«

Aus dem Hause erscholl nur ein einziger Ruf: »Jetzt ist es 3 Uhr, um 7 Uhr marschiert der Feind!«

Da fegte ein Sturm des Wahnsinns über das Parlament. Alles ging drunter und drüber. In panischem Schrecken stürzten einige Abgeordnete zum Ausgang. Angsterfüllt schrie einer durch die weite Vorhalle: »Mein Auto! Wo ist mein Auto? Ich muß sofort abreisen! Heute nacht kommen die französischen Flieger[6]!« Zu weiteren derartigen Vorfällen kam es in den Wandelgängen. Unter unbeschreiblichem Lärm leerte sich das Halbrund des Parlaments.

Um 17.15 Uhr teilte Reichspräsident Ebert der deutschen Friedensdelegation in Versailles telegraphisch mit, die Reichsregierung sei bereit, die Friedensbedingungen bedingungslos zu unterschreiben.

Die Erklärung, daß Deutschland den Vertrag annehme, wurde Clemenceau nur 19 Minuten vor Ablauf der gesetzten Frist durch Herrn von Haniel überbracht. Bis zur letzten Minute hatte Lloyd George geglaubt, die Deutschen würden nicht unterschreiben. Clemenceau reichte ihm das Telegramm, beugte sich zu ihm hinüber und sagte trocken: »Voilà[7]!«

Um 19 Uhr lief das Ultimatum ab. Die drei Millionen Soldaten, die am Rhein standen und sich bereit hielten, den Fluß zu überschreiten, konnten ihre Waffen wieder absetzen.

---

6 Vgl. Erzberger, a. a. O., S. 382/383.

7 Das erzählte Lloyd George Hitler bei seinem Besuch auf dem Obersalzberg im Jahre 1936.

Der Friedensvertrag war angenommen, die Kriegsgefahr gebannt. Die Minister aber hatten ihre Aufgabe noch nicht erfüllt. In den Stäben herrschte eine unbeschreibliche Erregung. Die ganze Nacht hindurch fragte sich Noske immer wieder voller Sorge, was das Heer tun würde.

Am nächsten Tag — dem 24. Juni — folgten Besprechungen, Tagesbefehle, Aufrufe. Man mußte die Truppe wieder in die Hand bekommen und die Offiziere daran hindern, ihre Drohungen wahrzumachen.

Am Vormittag fand eine Besprechung der Reichswehrführer in Berlin statt. Die Regiments-, Brigade-, Divisions- und Korpskommandeure, die Führer der Freikorps, Oberst Reinhard, der Kommandeur der XV. Reichswehr-Brigade, General von Lüttwitz, der Militärstatthalter von Berlin, der Oberbefehlshaber in den Marken und zahlreiche andere Generale standen in Noskes Arbeitszimmer beisammen.

Der Reichswehrminister setzte ihnen die Beweggründe seines Handelns auseinander. Wenn er im Amt blieb und der Unterzeichnung des Vertrages zustimmte, so nur im höheren Interesse des Vaterlandes. Noske appellierte an das Pflichtbewußtsein und an das Ehrgefühl der Generale, bat sie, seinem Beispiel Folge zu leisten und verlas ihnen einen Aufruf, den er noch am gleichen Tage an die Reichswehr richten wollte:

»In treuer Kameradschaft habe ich in den letzten Monaten mit der Truppe in Not und Gefahr zusammengestanden. In der schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, appelliere ich an den kameradschaftlichen Geist jedes Führers, jedes Mannes, mir weiter bei Seite zu stehen. Die Not unseres Volkes verbietet mir, fahnenflüchtig meinen Posten zu verlassen, auf dem ich aber dem Lande nur zu dienen vermag, wenn mir opferwillige Männer wie bisher hingebungsvoll zur Seite stehen.
Kameraden! Deutschland und das deutsche Volk, wir können Euch nicht entbehren! Helft unser Volk einer hellen Zukunft entgegenzuführen!«

Was konnten die Offiziere darauf antworten? »Als ich ihm einen Korb gab, bat er mich aus vaterländischem Interesse um weitere Dienste, und damit schlug er als Sozialdemokrat mir eine Waffe aus der Hand«, schrieb Oberst Reinhard[8]. Die Generale erklärten einer nach dem anderen, sie würden auf ihrem Posten aushalten, fortan aber nicht mehr

8 Oberst Reinhard, a. a. O., S. 111.

der Regierung — dieser Regierung von Verrätern und Feiglingen —, sondern nur noch dem Reichswehrminister allein dienen.

Zur gleichen Stunde wandte sich Ebert an das Landesjäger-Korps und rief ihm zu:

»Soldaten! Regierung und Volksvertretung sind vor eine furchtbare, schicksalsschwere Entscheidung gestellt worden, die in der Geschichte beispiellos ist. Wir haben uns mit allen Mitteln und mit der Kraft gewehrt, die uns noch zu Gebote stand, aber wir mußten schließlich der brutalen Gewalt der Übermacht weichen ... Aber Deutschland darf nicht zugrunde gehen. Wir können und dürfen trotz allem an Deutschlands Schicksal nicht verzweifeln. So wollen wir uns hier gegenseitig geloben, ich für die Regierung und Sie für sich und Ihre Kameraden, unser Vaterland nicht zu verlassen, sondern auszuhalten[9].«

Wenn General Maercker auch von der Nutzlosigkeit seines Schrittes bei Noske enttäuscht war, so wollte er seinen Truppen doch nicht ein Beispiel des Ungehorsams geben und fügte sich schließlich ebenfalls.

Am gleichen Tage gab General von Below, der Oberbefehlshaber der Nordarmee, seinen Truppen bekannt, »daß ein Kampf zur Behauptung der nach dem Friedensvertrag abzutretenden Gebiete gegen den Willen der Reichsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Ich werde meine Befehle auch ferner nach den Weisungen der Regierung und der Obersten Heeresleitung erteilen[10].«

Einen Tag später, am 25. Juni, erklärte General von dem Borne, der Oberbefehlshaber der Südarmee, in einem Telegramm an die Reichsregierung: »Die Not des Vaterlandes und die Folgen, die ein Ausscheiden aller Führer bei dem inneren Zustand im Reich haben würde, sind es ... einzig und allein, die die Offiziere veranlassen, ihren Entschluß zunächst nicht auszuführen. Dem Vaterlande bewahren die Offiziere die Treue. Sie schützen es vor dem inneren Zusammenbruch. Das Vertrauen zu einer Regierung, die der Armee und dem Volke eine derartige Schmach angetan hat, hat das Offizierkorps aber verloren.«

Die Gefahr einer Militärrevolte war also ebenfalls abgewendet. Sie war allerdings nicht völlig gebannt, sondern lediglich aufgeschoben.

Am selben Abend (25. Juni) traf bei der Reichsregierung das Rücktrittsschreiben des Feldmarschalls von Hindenburg ein. Der Oberkom-

9 Vgl. Maercker, a. a. O., S. 292/293.
10 Vgl. E. O. Volkmann, a. a. O., S. 304/305.

mandierende des deutschen Heeres wollte nicht durch eine Entscheidung der Alliierten zum Rücktritt gezwungen werden, sondern einer solchen lieber zuvorkommen. Sein Schreiben war gleichzeitig ein Tagesbefehl, eine Mahnung zur Einigkeit und ein feierlicher Abschied »von dem Heere, dem anzugehören er unter drei Kaisern die Ehre hatte«:

»Mein Wunsch, mich ins Privatleben zurückzuziehen, wird bei meinem hohen Alter allgemein verständlich sein. Ich habe mich seinerzeit der Regierung gegenüber dahin ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang einem schmählichen Frieden vorziehen müsse.

Wie der einzelne über die Ereignisse der letzten Tage denkt, ist seine Sache. Für seine Handlungen darf es nur eine Richtschnur geben, das Wohl des Vaterlandes. Noch steht unser Volkstum in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die innere Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen, hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Diese Festigkeit zu erhalten ist daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Anschauungen, so schwer es Euch auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen, unser armes deutsches Vaterland aus tiefster Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen!

Lebt wohl! Ich werde Euch nie vergessen!

(gez.:) VON HINDENBURG.«

Ebert nahm den Rücktritt des Feldmarschalls an. In seiner Erwiderung versicherte er ihn des »ewigen Dankes des deutschen Volkes«.

☆

Am 28. Juni wurde im Spiegelsaal des Versailler Schlosses der Friedensvertrag unterzeichnet.

Zwei Tage später, am 30. Juni, stellte das Kabinett die Richtlinien für den Abbau des Heeres auf. Auf Grund des Artikels 160 des Friedensvertrages wurde die Oberste Heeresleitung aufgelöst. General Groener wurde zeitweilig zum Chef des Kommandos Kolberg ernannt.

Das Gebäude des deutschen Heeres, das am 16. Dezember 1918 durch den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in seinen Grundfesten erschüttert worden war[11], wurde nun seiner Spitze beraubt. Weder der

11 Bekanntlich hatte dieser Kongreß die Auflösung der Kadettenanstalten beschlossen (siehe oben, Kap. V, S. 82).

Große Generalstab, dessen Anfänge bis in das Jahr 1655 zurückreichten, noch die 1810 von Clausewitz gegründete Kriegsakademie, die Keimzelle der Heerführer und Feldmarschälle, blieben bestehen. Das Rückgrat des Reiches war gebrochen.

Durch eine Verordnung vom 5. Juli 1919 — also nur fünf Tage später — rief die Regierung jedoch ein neues Organ ins Leben, die »Vorkommission für das Friedensheer[12]«, zu deren Vorsitzendem General von Seeckt ernannt wurde. Außer ihm gehörten dieser Kommission noch acht weitere Offiziere an, die alle an der Front oder in Frontstäben Dienst getan hatten. Kein Zivilbeamter sollte jemals dieser Kommission angehören. Sie war die erste Keimzelle für einen neuen Generalstab.

Als General von Seeckt diese Stelle antrat, war er sich gewiß klar darüber, daß er eine fast übermenschliche Aufgabe übernommen hatte, eine Aufgabe, bei deren Durchführung er sowohl mit den Alliierten als auch mit seiner eigenen Regierung in Konflikt geraten mußte. Der Wiederaufbau der deutschen Wehrmacht ließ sich nicht an einem Tage bewerkstelligen. Aber was machte das aus? Derartige Schwierigkeiten konnten ihn nicht entmutigen. Er hatte sich mit Geduld und Ausdauer gewappnet. Falls er unterliegen sollte, würde ein anderer an seine Stelle treten.

Überdies sollten ja noch neun Monate vergehen, bis die Stärke des deutschen Heeres auf 100 000 Mann herabgesetzt sein mußte, neun Monate, in denen noch viel geschehen konnte . . .

Und er dachte bei sich: »Ein Erdbeben kann wohl die Form eines Vulkans verändern, nicht aber das Feuer, das in ihm brennt!«

---

12 Die Aufgabe dieser »Vorkommission« war eine doppelte: der Aufbau eines Berufsheeres und die Organisation der Dienststellen des Reichswehrministeriums.

Register

Abgeordnetenhaus, preußisches 66
Absolutismus, preußischer 154
Adelnau 236
»Alexander«, Ersatzregiment 200
Allenstein 152, 320
Alling 289
Altenburg 168
Altona 25, 183
Ammersee 289
Amper 289
Ampfing 289
Anarchie (in Deutschland) 41, 49, 65, 111, 123, 148, 208, 280, 301
Anders, Major 119
Antwerpen 23, 59, 105
Antrick, braunschweigischer Revolutionär 252
Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin 34, 42, 87 f., 181, 183; in Braunschweig 250 ff.; in Essen 190; in Halle 191 f.; in München 266, 269, 272, 275; in Posen 221, 224, 231; in Sachsen 293 f., 296; — nach den Vorstellungen Hindenburgs 69; — nach den Vorstellungen der USPD 84; — in ihrer Wirkung auf die Frontsoldaten 77; Abschaffung der — 63; Reichskongreß der — vom 16. Dez. 1918 in Berlin 40, 64, 81, 140, 152 f., 271, 361; Zentralrat der — 40, 50, 60 ff., 67, 69, 82, 84, 86 f., 91, 139, 152 f., 170
Arbeitslosigkeit 39, 78, 178
Arco-Valley, Graf, Lt., Mörder Eisners 273 f.
Armee, 10. deutsche 239
—, 17. deutsche 119 f.
Armeekorps, III. deutsches 110, 152, 174
—, IV. deutsches 243 ff., 249
—, VII. deutsches 152, 174, 189
—, IX. deutsches 183
—, X. deutsches 174, 250, 255
—, XI. deutsches 141
—, XIV. deutsches 120
—, XV. deutsches 141
—, XVI. deutsches 243
—, XIX. deutsches 299
—, XXI. deutsches 243
—, V. preußisches 221, 227, 230
Arnsberg 251
Arras 11 f.
Artelt, Matrose 244, 247
Aschaffenburg 276
Aßmann, Abgeordneter der DVP 146, 154
Auer (SPD), bayr. Innenminister 263, 269 ff.
Augsburg 276, 286
»Augusta«, Regiment 200
Aulock, Rittmeister von 148
Axelrod, russischer Revolutionär 278, 280, 288

Baake, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei 120
»Bachmann, Sturmtruppe« 67
Baden 268
Baden, Großherzog von 29
Baden, Prinz Max von, Reichskanzler 20 ff., 25 ff., 34, 38, 55, 81, 105, 217, 325
Balfour, Lord 307
Balkan 23
Bamberg 276 f., 279, 282 f., 292

Barth, Beauftragter für die Sozialpolitik im Rat der Volksbeauftragten 50, 52, 61, 63 f., 69, 78, 87, 90, 94
Bauer, Reichskanzler 351, 353, 358
Baumeister, Arthur 67
Bayern 40, 70, 80, 154, 172 f., 177, 241, 243, 258 ff., 264, 268, 271, 273, 275 ff., 282 f., 285 f., 292, 301, 339, 344 f., 350
Bayerische Republik, Sozialistische 263
Bayerisches Schützenkorps s. Freikorps von Epp
Belgien 14, 31, 105
Bell, Dr., Verkehrsminister im Kabinett Bauer 351
Bellevue, Schloß 21
Below, Otto von, General 235, 344, 347, 360
Belvedere, Schloß 343
Benedikt XV., Papst 277
Berlin 18, 20 ff., 25 f., 30, 32, 38, 40 ff., 49, 51, 54 f., 60 ff., 64 f., 67, 69 ff., 79 ff., 85 ff., 91, 93 ff., 104, 109 ff., 120 ff., 128 f., 131 ff., 138 ff., 147, 149, 161, 166, 173 f., 178, 180, 183, 187, 191, 194 f., 197 ff., 216, 218, 224 f., 233 ff., 238, 243 ff., 250, 252 ff., 262, 265 f., 268 f., 276 f., 282, 292, 297 f., 300, 321, 334, 340, 354, 359
Bern 269
Bernstorff, Graf 350
Berufsheere 156, 308 f.
Besatzungsarmee, alliierte 56
Beseler, General von, Militärgouverneur von Warschau 217 ff.
Bethmann-Hollweg, von, Reichskanzler 13, 38, 45, 47
Bismarck, Otto Fürst von 29, 38, 45, 65, 83, 160, 165, 259 ff., 286
Blankenburg 257
Bliss, amerikan. General 43
Blockade, brit. gegen Deutschland 14, 44, 56, 178, 332, 334
»Blutwoche«, Berliner 195 ff., 275
Bock und Polach, General von, Militärgouverneur von Posen 217, 221, 224, 229 ff.
Bonaparte, Jérôme 65
Borne, General von dem 236, 360
Bottrop 189
Brandeis, Vorsitzender des Soldatenrates des IV. Armeekorps 243 f., 247
Braunschweig 177 f., 189, 208, 241, 243, 248 ff., 258, 283, 294, 297, 301, 350
Braunlage 257
Bremen 25, 155, 177, 182 f., 186 f., 189, 194 f., 243, 282, 300, 348
Bremerhaven 187
Breslau 112
Brest 11
Brest-Litowsk 23, 228, 240; Friedensvertrag von — 213, 216, 223, 320, 345
Brigade Ehrhardt 147, 205, 256, 258, 285
Brockdorff-Rantzau, Graf von, Außenminister 110, 238, 277, 314, 320, 327 f., 351, 355
Bromberg 235 f.
Bruck 289
Brüssel 12, 26
Brüssow, Flieger 67
Buch, Mitglied im sächs. Rat der Volksbeauftragten 294
Buchau 244
Buckow 130
Budapest 180, 305
Budjenny, Semjon, sowj.-russ. Marschall 240
Bugeaud, frz. Marschall 312
Bulgarien 18
Bülow, Fürst von, Reichskanzler 38
Bürgerkrieg 30, 51, 67, 85, 116, 177, 181, 186, 321, 325, 334 f.
Bürgerwehr, republikanische 78

Cäsar 23, 65
Castlereagh, Robert Stewart Viscount, brit. Außenminister 306
Cattaro 105
Charkow 240
Charlottenburg 125
Chemnitz 105, 293
Cherbourg 11
Christliche Volkspartei s. Zentrumspartei

Ciazynski, poln. Soldat 232
Clausewitz, Karl von 45, 362
Clemenceau, Georges, frz. Ministerpräsident 43, 265, 310, 312 ff., 322, 358
Compiègne 26 f., 31, 56 (s. a. unter Waffenstillstand)
Coulanges, Fustel de 159
Culmsee 236
Cuxhaven 183, 187

Dachau 284, 289
Dahlem 125 f., 132, 140
Dänemark 37
Danton 19
Danzig 229, 236, 340, 349
Deetjen, Oberst 130
Delbrück, Hans 15
Delbrück, Clemens von, Unterstaatssekretär 144
Demobilmachung 68, 74 f., 80, 87, 94
Deutsche Demokratische Partei (Demokraten) 140, 157 357; Sitze in der Nationalversammlung 139; Stellung zur Annahme der Bedingungen des Versailler Vertrages 327, 337, 350, 353; Stellung zur Revolution 144; Stimmen bei den Wahlen vom Jan. 1919 in Leipzig 294
Dernburg, Bernhard, Finanzminister 350
Deutscher Bund 146
Deutscher Kaiser, Befugnisse und Stellung 159 ff.
Deutscher Kronprinz, Heeresgruppe 28
Deutsche Volkspartei (DVP) 139
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 358; Sitze in der Nationalversammlung 139
Dittmann, Mitglied des Rates der Volksbeauftragten 50, 52, 61, 87, 94
Dohna, Graf von 106
»Dolchstoßlegende« 44
Domke, Delegierter der Soldatenräte 220
Donau-Linie 284
Donkosaken 216
Dorrenbach, Führer der Volksmarine-Division, in Berlin 66, 79, 88 f., 92, 109, 128, 200; Flucht nach Braunschweig 208; in Braunschweig 249, 256; vor dem Kongreß der Arb.- und Sold.-Räte vom 16. Dez. 83, 140
Dorten, Revolutionär 154
Dresden 161, 248, 295, 321, 340
Drews, preuß. Innenminister 22
Dühring, Matrose 244

Ebert, Friedrich, Reichspräsident 79, 106 f., 111, 118, 122, 196, 238, 253, 321, 344, 350, 360 f.; mit der Regierungsbildung beauftragt 27; Vorsitzender im Rat der Volksbeauftragten 34, 40, 50; Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung und dem Generalstab 51 ff., 61 ff., 67 ff., 85 ff., 91, 102 f., 121 f.; auf dem Reichskongreß der Arb.- und Sold.-Räte 83 f.; während der Kämpfe um Berlin 89 ff., 94; vor der Nationalversammlung 139 ff.; unterzeichnet Gesetz über die Vorl. Reichswehr 158; in der poln. Frage 244 ff.; auf der Reichskonferenz der deutschen Ministerpräsidenten 267 f.; beauftragt Bauer mit der Regierungsbildung 351; akzeptiert die Versailler Bedingungen 356 ff.
Eckardt, braunschweig. Revolutionär 250, 252 f., 256
Eglhofer, Rudolf, rev. Stadtkommandant von München 269, 275, 280 f., 283 f., 288 ff.
Ehrhardt, Kapitän 205, 254 f.
Eichhorn, rev. Polizeipräsident von Berlin 66, 79, 89, 94, 111, 130, 240, 256
Eichhorn, Genfm. von 23, 223
Einem, Hptm. von 244
»Einwohnerwehr« in Magdeburg 248
Eisenach 141
»Eiserne Brigade« 127, 130 f., 182
»Eiserne Kompanien«, Elitetruppen der Vorl. Reichswehr 166
Eisner, Kurt, rev. Diktator in München 41, 154, 262 ff., 278 f., 281, 283, 291
Elbe 15, 248, 295, 340

Elsaß 27, 144
— -Lothringen 31, 80
Elsenmühle 232
Elste, Lt. 244
Ems, Bad 63; Kongreß von — 63 f., 68 f., 88, 226,
England 156, 214, 307
Epp, Ritter von, Oberst 173, 282, 285
Erding 289
Erfurt 141, 286
Ernst, Eugen, Polizeipräsident von Berlin 111
Ernst, preuß. Innenminister 231
Erzberger, Matthias, Führer d. Zentrumspartei 38, 43, 70, 107, 238, 268, 339, 344, 350; Chef der deutschen Delegation in Compiègne 26, 31 ff., 55 f., 240; gegen Scheidemann 325 ff.; für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages 330 ff., 356 ff.; Vizekanzler und Finanzminister 351
Essen 178, 188, 190
Essich, Hptm. 121
Estland 213
Ewers, Hamburger Abgeordneter bei den Korpsräten 183

Falkenhayn, General von 46, 223, 239, 331
Faßhauer, braunschweig. Volksbeauftragte für Kunst und Wissenschaft 249 f.
Faupel, Oberstlt. 53 f., 248, 285, 295 f.
Fehrenbach, Präsident d. Nationalvers. 143, 325, 329
Fell, Hptm. 209
Ferchlandt, Lt. 191 f.
Fichte, Joh. Gottlieb 328 f.
Fischer, Anton, Adjutant von Wels 111
Flandern 12, 23
Fleißner, sächs. Revolutionär 154, 294
Foch, Ferdinand, frz. Marschall 11 f., 16, 25 f., 31, 34, 43, 55 f., 70, 236, 238, 241 f., 299, 308 f., 311 ff., 322, 330
Foerster, Prof., bayr. Gesandter in Bern 267, 269
Frankenberg, Oberst von 135
Frankfurt a. M. 25, 65, 104, 128, 238, 277, 333
Frankfurt a. d. O. 232
Frankreich 11, 15, 18, 23, 31, 37, 43, 156, 229, 306 f., 311, 313 f., 318
Frauendorfer, bayer. Minister f. Verkehr- und Eisenbahnwesen 263
Fraustadt 221
Freemantle, brit. Admiral 352
Freikorps von Dohna 147
— Ehrhardt s. Brigade E.
— von Epp 147, 173, 283, 289
— Görlitz 147, 248, 285, 289, 295 f.
— Halle 147, 194
— Held 127
— Hessen 148
— von Hülsen 127, 147 f., 173, 205, 297
— Lettow-Vorbeck 147, 254, 285
— Lichtschlag 189
— Lüttwitz 200
— Magdeburg 147
— Oberland 289
— von Oven 147
— Reinhard 128, 173, 199, 205
— von Roeder 182, 205
— Roßbach 147
— Schwaben 285
— von Stephani 127
— Werdenfels 289
— von Wissel 127
Freising 284, 289
Freiwilligen-Meldebüros 147
Freiwilliges Landesjägerkorps 112, 115, 118 f., 121 f., 126, 130 f., 135, 141 f., 157, 170, 173, 191, 253, 282, 293, 297, 354, 360; Bedingungen für den Eintritt in das — 117 f.; Grundlegender Befehl für das — 114 f., 119, 157
Freiwilliges Landesschützenkorps 127, 131, 135, 297
Freiwillige Volkswehr 113
Friedeburg, Generallt. 285
Friedrich II. von Preußen 28, 82, 104, 149
Friedrich August III. von Sachsen 293
»Friedrich der Große«, Flottenflaggschiff 352
Friedrich Wilhelm I. von Preußen 16

Friedrich Wilhelm III. von Preußen 44
Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 82
Friedrichsfelde 205
Friedrichshain 205
Fürguth, Lt. 119
Fürth 276
Fußartillerie-Regiment, 5., 120

Gagern, Graf von 291
Galizien 41, 264, 274
Gallwitz, General von 81
Gambetta, Léon 19
Gandorfer, Revolutionär in München 262, 296
Garde, Kaiserliche 72
Gardekavallerie-Schützendivision 91, 110, 127, 130 f., 133, 135, 147, 204, 258, 298
Garderegiment, 1., 80
—, 4., 111, 126
Gareis, Ministerialrat 274
Gars 289
Gegenrevolution 74, 106, 123, 181, 269, 341
Generalstab, deutscher 11, 13 f., 16, 22, 35 ff., 41 ff., 53, 55, 57, 60 ff., 68 ff., 73, 75 ff., 84 f., 87, 90, 95 f., 103, 106, 108, 124, 140, 156, 160, 174 f., 182, 199, 203, 217, 222, 233, 289, 300, 314 f., 327, 339, 344, 362
Generalstab, frz. 33
Generalstreik 181, 188 f., 191, 197 f., 244, 250, 253, 296, 298
Gentizon, Paul 106, 147, 171, 175, 265
Georg V. von England 353
Gerlach, Hellmuth von, Unterstaatssekretär im preuß. Innenministerium 224 ff., 235
Gerstenberg, Abteilungsführer im Freikorps von Roeder 182 f., 186 f., 195
Geseke 119
Gesell, Sylvio, bayr. Finanzbeauftragter 276
Geyer, Fritz, sächs. Volksbeauftragter 294
Geyer, Kurt, Revolutionär 294 ff.
Gilsa, Major von 106, 355
Giesberts, Minister 314
Glonn-Linie 289
Gnesen 231, 235
Goethe 142, 270
Göhre, Unterstaatssekretär im preuß. Kriegsministerium 151, 231
Goltz, General von der 321
Gorlice 23
Gotha 190, 286, 301
Gradnauer, sächs. Volksbeauftragter 294
Graudenz 236
Grautoff, Oberst 67
Grenzschutz Ost 173, 224, 226, 250
Grodno 240
Groeber, Zentrumsabgeordneter 144, 146, 158
Groener, Generalquartiermeister 46, 60, 95, 110, 134, 195, 214, 216, 361; Nachfolger Ludendorffs 22; Laufbahn 22 f.; bemüht sich um Abdankung Wilhelms II. 24 ff.; Kontakte mit Ebert namens der OHL 51 ff., 63, 67, 69 ff., 85 ff., 91, 102; setzt sich für Friedensschluß ein 339 ff., 346 ff.
Groß-Hadern 291
Grunewald 131
Gruppenkommandos, Einrichtung von 173
Grußdorf, Regimentskommandeur 232
Gumbinnen, Schlacht von 23
Gündell, General von 26

Haas, General 120, 285 f.
Haase, Volksbeauftragter für Auswärtige Angelegenheiten 50, 61, 65, 78, 118, 146, 327
Haeften, Oberst von 63, 68
Hagen 251
Halle 104, 168, 177, 190 ff., 195, 243, 245, 254, 257, 282, 294 f., 301
Haller, General, Führer des polnischen Expeditionskorps 229, 240 f.
Hamburg 25, 178, 182 f., 186 f., 300, 348
»Hamburger Punkte«, auf dem Kongreß vom 16. Dez. 1918 in Berlin verabschiedetes Programm der Arb.- u. Soldatenräte 84, 152

Hammerstein, Major von 106, 110, 124, 286
Haniel, von, Mitglied der deutschen Delegation in Versailles 358
Hannover 119, 152, 174, 345
Harbou, Major von 68, 85, 89, 94, 110
Hasper, Major, Chef der Abteilung Hasper 245 ff., 254, 258
Havre, Le 11
Heeresleitung, Oberste (deutsche) 13, 18 ff., 26 f., 36, 46 ff., 49, 51, 53 ff., 61 ff., 65, 67 f., 70 ff., 75, 79 f., 85 f., 88, 94 f., 105 f., 108, 110, 115, 118, 120 f., 155 ff., 171 f., 193, 195, 203, 213 f., 222 ff., 233, 235, 238 f., 241, 249, 342 f., 346 f., 356, 361
Heeresschulwesen 169 f.
Heilige Allianz 144, 306
Hein, Genosse von K. Geyer 294
Heine, preuß. Innenminister 110, 349
Heinrichs, Unterstaatssekretär im preuß. Innenministerium 235
Held, General 127, 131 f.
»Helgoland«, Linienschiff 25
Helldorf, Kapitän von 31 f.
Helmstedt 250 ff., 258
Henke, Abgeordneter der USPD 155
Henschkel, Abteilung 201
Herron, amerik. Pazifist 267
Hertling, Graf, Reichskanzler 13, 19 f., 158
Hervest-Dorsten 189
Hessen 180
Heye, Wilhelm, Oberst 27, 344, 349
Hierl, Major 285
Himmelreich, Deleg. der Soldatenräte 220
Hindenburg, Paul von, Generalfeldmarschall 12, 17, 18 ff., 22, 33 f., 37 f., 43, 46, 65, 69, 76, 81 f., 95, 155, 222, 228, 236, 330; erzwingt Rücktritt Bethmann-Hollwegs 13; Verhältnis zu Ludendorff 15 ff., 21; Haltung zum Kaiser 25 f., 28; Machtstellung nach der Abdankung Wilhems II. 30; verhandelt mit der Regierung Ebert 51 ff., 68 f., 85; veranlaßt Aufstellung von Freiwilligenverbänden 226; lehnt Kapitulation ab 341 f.; überläßt Groener Verantwortung für Kapitulationsannahme 356 f.; Rücktritt 360 f.
»Hindenburg«, Schlachtkreuzer 352
Hindenburg-Linie 12, 14, 18, 20, 105
Hindenburg-Plan 16
Hipper, Admiral von 25
Hirsch, preuß. Innenminister 110
Hirsch, Lt. 192
Hitler, Adolf 76
Hitler-Putsch 1923 21
Hof 276
Hoffmann, bayer. Ministerpräsident (SPD) 275 ff., 282 ff., 289, 292
Hoffmann, bayer. Unterrichtsminister (USPD) 263
Hoffmann, Max, Generalmj. 216
Hoffmann, Genlt. von 110, 127, 131
Hohenschäftlarn 289
Hohenschönhausen 205
Hohenzollern 30, 37 f., 260
Hohenzollern, Heinrich Prinz von 261
Holland 29 f., 261
Holzminden 251, 258
Homburg 55
Hoover-Kommission 182
Hope, Admiral 31 f.
Hörsing, Reichskommissar für Schlesien 330, 349
House, amerik. Oberst 229
Hülsen, General von 127, 131 f., 205 f.
Husaren, Braune 148
Husaren von Hessen-Kassel-Homburg 148
Husarenregiment Nr. 4 148
— Nr. 14 120
— Nr. 17 249, 254, 257

Indien 214
Infanterie-Division 17., 127, 131
— 31., 127, 131
— 214., 112 f., 119 f.
Isar 258, 262, 268
Ismaning 289
Italien 15, 23, 156

Jaffé, bayer. Finanzminister (USPD) 263
Jahn, Friedrich Ludwig 169
Jakobsen, Hptm. 355
Jasper, Dr. 257
Jaurès, Jean 108
Jerxheim 251

Kadettenanstalten 82 f.
»Kaiser«, Linienschiff 352
Kant, Immanuel 277
Kapitulation 20, 31
Kapp-Putsch 21
Karl, Kaiser von Österreich 18
Karlsfeld 284
Kassel 55, 65, 85, 88 f., 94, 195, 235, 292, 333
Katharina II. 214
Kaufbeuren 289
Kegel, Magdeburger Revolutionär 244
Kehl 31, 53, 65, 319
Kempten 289
Kessel, Lt. von 128, 207
Kessler, Graf Harry 218
Kiel 32, 70, 92, 105, 123 f., 127, 182, 262, 282
Kielce 217
Kiew 23, 214, 216, 223, 229
Kilian, Revolutionär in Halle 190
Kirchborchen 119
Klawunde, Feldwebel 111
Kleist, General von 231, 244 f., 249
Klöppel, Quartiermeister 200
Klüber, Oberstlt. von 193, 295
Koblenz 31, 319
Kohen, Max 153
Kohden, Oberst von 127, 201
Kolberg 235, 361
Köln 25, 31, 53, 65, 319
»König«, Linienschiff 25
»König Albert«, Linienschiff 352
Königsberg 105, 152, 330
Korpssoldatenräte 151 f., 181
Kottbus 152
Kowel 240
Kowno 216
Krakau 234
Kress, Oberst von 216
Kriegsamt, Oberstes 46
Kriegsdepartement, Allgemeines 121
Kriegsernährungsamt 23, 46
Kriegsgefangene 56, 81, 333
Kriegsrohstoffabteilung 46
Krim 216, 239
Krocker, Hptm. 135, 252
»Kronprinz Wilhelm«, Linienschiff 25, 352
Kuhnt, Matrose, Revolutionär in Bremen 187
Kun, Bela, ungar. kommun. Diktator 275
Kurland 23, 105, 113, 223, 239, 345

Lampl, Hamburger Abgeordneter 83
Landauer, Gustav, bayr. Volksbeauftragter für Unterrichtswesen 41, 275 f., 280, 291
Landsberg, preuß. Finanzminister 50, 52, 61, 103, 244 f., 314
Landtag, bayr. 260
Landtag, poln. 70, 227, 233
Landtag, preuß. 83
Lange, Major 221
Lech-Linie 286
Ledebour, Georg, Mitglied des Zentralrates der Arb.- u. Sold.-Räte 41, 91 f., 139
Leinert, Präsident des preuß. Landtages 314
Leipzig 25, 178, 277, 293 ff.
Lemberg 228
Lenin 41
Lequis, General, Führer der regierungstreuen Truppen bei den Kämpfen um Berlin 69 ff., 77, 79, 88 ff., 110, 121, 233
Lerchenfeld, Graf 267 f.
Lersner, Legationsrat von 81
Lettland 223, 241
Lettow-Vorbeck, Paul von, General 106
Leuthold, General von 298
Levien, Revolutionär in München 278, 280, 288

Leviné, Revolutionär in München 278, 280, 288, 291
Libau 321
Lichtenberg 202 ff.
Lichtenrade 130
Lichterfelde 126, 130
Lichtschlag, Hptm. 189, 195
Liebe, Franz 67
Liebknecht, Karl, Führer der Spartakisten 41, 50, 65 f., 70, 103, 133 f., 139
Liebknecht, Sonja 135
Liegnitz 104
Lincoln 274
Lindau 276
Lindner, Alois 273 f.
Lipinski, Volksbeauftragter in Sachsen 294, 296
Lipp, Dr., bayr. Volksbeauftragter f. Auswärtige Angelegenheiten 227 ff.
Listowski, poln. General 240
Litauen 23, 213, 223, 239, 241, 320
Livland 213
Lloyd George, David, brit. Premierminister 306 f., 310 ff., 353, 358
Loeper, von, Regimentskommandeur 148
London 331
Lossberg, General von 344, 347, 349
Lothringen 23
Lübeck 25, 348
Lucius, Major 126
Ludendorff, Erich, Erster Generalquartiermeister 13 f., 18 f., 22 f., 44 f., 152, 216 f.; versucht Durchbruch an der Westfront 11 f.; Verhältnis zu Hindenburg 15 ff., 21; Entlassung 21; Flucht nach Schweden 261
Ludwig II. von Bayern 259 f.
Ludwig III. von Bayern 174, 260, 236 f.
Ludwig XIV. von Frankreich 45
Luitpold, bayer. Prinzregent 260
Lüttwitz, Walter Frhr. von, General 106, 121, 123, 126, 132, 153, 182, 195, 197, 235, 245, 248, 254, 355, 359; Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin 110 f.; übernimmt das Gruppenkommando I 173; schlägt Berliner Märzrevolution nieder 199 ff.; leitet als Stabschef Noskes die Kämpfe gegen die bayr. Revolutionäre 285 ff.
Lützow, Major von 112
Luxemburg, Rosa 41, 133 f., 139

Maas, 12, 26
Machiavelli, Niccolo 107
Maciaszek, poln. Stadtkommandant von Posen 232
Maercker, Georg, General 110, 123, 126, 135, 157, 173, 176, 235, 282, 325, 344, 360; stellt das Freiwillige Landesjägerkorps auf 111 f.; in den Kämpfen um Berlin im Januar 1919 130 ff.; übernimmt den Schutz der Nationalversammlung in Weimar 140 ff.; erwirkt Neuerungen in der Wehrgesetzgebung 167 ff.; schlägt die Revolution nieder in Halle 191 ff.; in Magdeburg 245 ff.; in Braunschweig 252 ff.; in Sachsen 293 ff.; warnt Noske vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages 354 f.
Magdeburg 25, 178, 217, 241, 243, 245 f., 248, 252, 253 f., 257, 294 f.
Magnis, Graf, Oberst 254, 285
Mahlow 138
Mainz 31, 319
Männer, bayr. Volksbeauftragter für Finanzen 281
»Manöverkriege« 45
Marcks, Hptm. 199 f.
Marienfelde 130
»Marinerat, Oberster« 79
»Markgraf«, Linienschiff 25
Marloh, Lt. 206 f.
Marneschlacht 16, 23
Marstall, kaiserl. 79, 89, 91 ff., 109, 127, 131, 201
Masuren 23
Matrosenräte 70
Mayernitz, Major von 121, 246 f., 258
Mehrheitssozialisten s. Sozialdemokratische Partei
Melchior, Dr. 314
Menge, Hptm. 119

Merges, braunschweigischer Revolutionär 249 f., 252
Metscher, Hptm. 119
Metternich, Fürst von 306
Meyn, Major 78, 122, 126, 251 ff.
Michaelis, Reichskanzler 13
Militäranwärterschule 170
Militärdiktatur 42, 70, 164, 257
Militärgerichtsordnung 116
Militärschulen 317
Militärstrafgesetzbuch 167
Militärvertrag von 1867 zwischen Sachsen und Preußen 177, 249, 257
Milizen, rote 66 f., 72, 130, 182, 191, 193 ff., 202 f., 249 f., 253, 256, 267, 278, 294, 301
Mlawa 220
Moabit 66, 126 ff., 130 f., 133, 138
Möhl, General von 285 f., 291
Moldenhauer, Major 255
Moltke, Helmuth von 22, 45
»Moltke«, Schlachtkreuzer 352
Moraczewski, poln. Regierungsvorsitzender unter Pilsudski 221
Mordacq, franz. General 42
Morgen, Generallt. von 113, 115
Mühsam, Erich, bayr. Revolutionär 269, 275 f., 279
Mülheim/Ruhr 177, 189 f., 195, 243
Müller, Hermann, Mitglied des Zentralrates, dann Außenminister 153, 351
Müller, Richard, Vorsitzender d. Berliner Arbeiterräte 198
München 27, 40 f., 161, 166, 174, 180, 258 ff., 264, 268 f., 273, 275 f., 279 ff., 283 f., 286, 288 ff., 296, 305, 321
Münster 119 f., 152, 189 f.
Muret, Maurice 331

Napoleon I. 211, 274, 323
Napoleon III. 43, 65
Nationalversammlung, Frankfurter von 1848 82
Nationalversammlung, Weimarer 39, 62 f., 68, 85, 106, 114, 118, 128, 152, 159, 174, 180 f., 186, 188, 195 f., 208, 268 f., 275, 288, 301, 343, 346, 353; Festlegung des Wahltermines für die — 84; Wahlen am 19. Jan. 139; Verteilung der Sitze 139; erste Sitzung am 6. Febr. 142 ff.; Arbeit an einer Verfassung 146 f.; tritt an die Stelle des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte 153; nimmt das Polen-Ultimatum der Alliierten an 238; ist gegen die Annahme der Versailler Bedingungen 328 f.; stimmt der Unterzeichnung des Vertrages zu 358
Naumann, Friedrich, Führer der Demokratischen Partei 144, 332
Neheim 119
Neufville, Gardeabteilung 297 ff.
Neukölln 131 f., 205
Neurath, Dr. Mitglied des bayr. Kabinetts Hoffmann 275
Neuring, sächs. Kriegsminister 248, 295
Nicolson, Harold 365
Niederbarnim 197
Nigmann, Oberst 135
Niedermarsberg 126
Niesser, Abgeordneter 158
Nordborchen 119
»Nordwestdeutsche Republik« 189
Noske, Gustav, Reichswehrminister 70, 122, 127 ff., 133, 138 f., 147, 149, 171, 174, 177 f., 181, 187 f., 196, 209, 234 f., 243, 254, 256 ff., 275, 277, 282 f., 348, 351, 357; wird als Beauftragter für die Landesverteidigung nach Berlin gerufen 103; Laufbahn 104 f.; wirft die Kieler Matrosenrevolte nieder 105; Charakterisierung 106 ff.; beginnt mit Reorganisation von Militärwesen und Verwaltung 109 ff.; erhält den militärischen Oberbefehl in den Marken 124; beschließt die Unterstützung der Freikorps 123; setzt Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar durch 140; wird Reichswehrminister 145; vor der Nationalversammlung 146; regelt Befugnisse der Soldatenräte 150 ff.; kämpft um ein Reichswehrgesetz 153 ff.; veranlaßt Vorgehen gegen Revolutio-

näre in Bremen 182 ff., Mülheim 189 f., Halle 191, Berlin 197 ff., Magdeburg 244 f., Braunschweig 251 f., Bayern 285 f., 288 ff., Sachsen 295 ff.; Haltung zum Versailler Vertrag 343 ff., 350, 354 ff.; verhindert Militärrevolte 359 f.
Noyon 11
Nudant, franz. General 240
Nürnberg 174, 277, 292

Oberschleißheim 289
Oberschlesien 178, 236, 320, 326, 330
Odessa 216
Oelper 258
Oerter, Sepp 250, 252 f., 256
Oesel, bayr. Abgeordneter 274
Offizierkorps, deutsches 42, 47, 51 f., 60 f., 68, 70, 81, 83, 85, 94, 96, 105, 171, 175, 187, 197, 312, 346, 349, 354, 360
Oktoberrevolution s. russ. Revolution
Ohrdruf 282
Olching 289
Oldenburg »Selbständige Republik« 187
Oldershausen, Generalmajor von 297
Orlando, Vittorio, Vertreter Italiens bei der Pariser Friedenskonferenz 307
Österreich 18, 37, 144, 146, 268, 283, 288
Ostpreußen 23, 223, 236, 239, 345
Ostprovinzen, deutsche 148, 155, 226, 328, 349
Oven, General von 258, 285 f., 289, 296
Oven, Oberst von 298

Pabst, Hptm. 91 ff., 120
Paderborn 112, 120, 135, 251
Paderewski, Ignacy, poln. Ministerpräsident 229 ff., 233 f., 236
Paris 56, 139, 228 f., 236, 240, 310; Friedenskonferenz von — 139, 225, 229, 234, 305, 323
Paulus, Major 292
Payer, Vizekanzler im Kabinett Hertling 158
Penther, Fw. 207
Péronne 12
Peter der Große 214
Petljura, Führer der ukrain. Nationalpartei 239
Petrograd 228
Pfaffenhofen 284
Pflugk-Hartung, Lt. von 134
Pflugrath, Major 255 f.
Pilsudski, Josef, poln. Staatspräsident 180, 217 ff., 223, 228, 233 f., 240
Plessen, Generaloberst von, Generaladjutant 24, 29
Pola 105
Polen 23, 105, 180, 213, 219, 224, 227, 234, 236, 238, 241, 330, 333, 347
Polnischer Regentschaftsrat 217 f., 221
Polnischer Volksrat, Oberster 221, 224 f., 232
Polnisches Nationalkomitee 228 ff.
Polska Organizacja Wojskowa (POW — Polnische Militärorganisation) 217 ff., 228, 232 f., 240
Posen 70, 213, 217 f., 221 ff., 241, 326, 330, 342
Potsdam 88 ff., 135, 141
Prag 333
Preuß, Dr. 145 f., 217
Preußen 16, 23, 29, 36 f., 82, 96, 112, 150, 177, 217, 226, 243, 250, 257, 259 ff., 271, 277, 282 f., 285, 308, 323, 327, 330, 335, 343, 345, 347 ff.
Preußen, Prinz Friedrich von 260
»Prinzregent Luitpold«, Linienschiff 352
Przyjemsky, poln. Soldat 232

Radtke, Führer der Volksmarine-Division 66, 79, 244
Rais, Jules 186
Rathenau, Walter 178 f., 328
Reichswehr, Vorläufige 119, 172, 321, 350; Ausbildungsvorschriften der Vorläufigen Reichswehr 167; Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 114, 158 f.,

165, 167, 170, 171, 197, 257, 286, 292, 323, 346
Reichswehrbefehlsstellen 172, 174
Reichswehrbrigade, III. 173 f.
—, VII. 174
—, X. 174
—, XV. 173, 351, 359
—, XVI. 173, 293
—, XXI. 173 f.
—, XXIII. 174
—, XXIV. 174
Reinhard, Wilhelm, Oberst 111, 126, 129, 173, 200 ff., 207, 351, 359
Reinhardt, Walter, Oberst, preuß. Kriegsminister 110, 151, 158, 195, 330, 339, 343, 345 ff., 349
Reitzenstein, Oberst von 120, 135, 192
»Republik, Schutztruppe der« 94
»Republikanische Schutztruppe« 66, 279 f.
Reserve-Grenzschutz-Ost (Regrost) 236
Réthondes 31, 59, 65 f., 238, 325
Reuß, Fürstentum 177
Reuter, Admiral von 352, 354
Revolution von 1848, deutsche 82
Revolution von 1918/19, deutsche 25, 32, 36, 40, 42, 49 f., 55, 66, 72 f., 85, 88, 94, 106, 142 ff., 152, 155, 159, 171, 177 ff., 181, 187, 210 f., 233, 325, 351; in Berlin 89 ff., 194 ff.; in Braunschweig 249 ff.; in Bremen 182 ff.; in Halle 190 ff.; in Magdeburg 243 ff.; in Mülheim 189 ff.; in München 262 ff.; in Sachsen 293 ff.
Revolution von 1917, russische 11, 41, 153, 228, 278
Rheinland 70, 154, 314, 339, 345
Rheinpfalz 89
Riga 23, 223, 321
Robespierre 107, 274
Roeder, General von 127, 130 ff., 135, 182, 205, 254
Rosenheim 289
Roßhaupter, bayr. Minister für Militärische Angelegenheiten 263
Rostow 239
Ruhrgebiet 144, 178, 183, 187, 251, 333
Rumänien 23
Runge, Otto 133 f.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 261
Rußland 14, 213, 222, 224, 244, 276, 327, 334
Rydz-Smigly, poln. General 240
Rzepecki, Mitglied des poln. Volksrates 221, 231

Saale 192
Saalfeld 286
Saargebiet 320
Sachsen 154, 161, 172, 177, 180, 241, 243, 268, 293, 301, 344, 348, 350
Saint-Just, Antoine, frz. Revolutionär 107
Saint-Mihiel 12
Saint-Nazaire 11
Salomon, Ernst von 179
Salzkotten 114, 119, 121
Scapa Flow 351, 354
Scheidemann, Philipp 27, 49, 52, 61 f., 86, 103, 107, 134, 139 f., 143, 156, 188 f., 196, 268; wird Volksbeauftragter für Presse und Information 50; Reichskanzler 145; gegen Unterzeichnung des Versailler Vertrages 325, 327 f., 331 f., 337, 345; Rücktritt 350
Schenk, Baron von 147
Scheuch, General 110 f.
Schildberg 236
Schimmelpfennig, General von 230
Schlachtensee 131
Schleicher, Major Kurt von 71 f., 79, 86 ff., 95, 233
Schlesien 80, 148, 213, 228, 328
Schleswig 320
Schlieffen, Alfred Graf von, preuß. General 22, 37
Schmargendorf 131
Schmidt, Lt. 192
Schneppenhorst, Mitglied des Kabinetts Hoffmann 275
Schneppenhorst, bayr. Offizier 282, 284, 292
Schongau 289
Schöningen 250

Schöpflin, SPD-Abgeordneter 153
Schöppenstedt 250
Schroda, Landsturmbataillon 220
Schröter, Lt. 207
Schücking, Prof. 314
Schulenburg, General Graf von der 28 f.
Schulenburg, Oberst Graf von der 257
Schultze, Dr. 218
Schulze, Hfw. 130
Schütz, Vorsitzender der Arb.- u. Soldatenräte in Braunschweig 252
Schwarz, sächs. Volksbeauftragter 294
Schwarzes Meer 213, 223, 239 f.
Schweden 261
Schweiz 277
»Sechs-Wochen-Leutnants« 154
Sedan 12, 26, 43, 65, 259, 277
Seeckt, General Hans von 72, 76, 312, 314, 320, 339
Seidl, Rotgardist 289
Seligenstadt 148
Sennelager 120, 254
Serbien 23
»Seydlitz«, Schlachtkreuzer 352
Sieher, demokrat. Abgeordneter 146
Sieradz 220
Skoropadsky, Pawel, Kosakenhetman 216, 239
Soest 251
Soissons 12
Soldatenräte 27, 40 ff., 51 ff., 60, 62 ff., 68, 75, 80, 84, 87, 111, 120, 123, 141, 144, 149 ff., 155, 157, 170, 181 ff., 186, 189, 191, 193, 205, 209 f., 219 ff., 230, 243, 245, 249, 271, 289, 295
»Soldatenwehr, Republikanische« 66
Solf, Wilhelm, Staatssekretär im Auswärtigen Amt 110, 268
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 39, 44, 66, 105 f., 140, 144 f., 154, 157, 182, 188 f., 195, 267, 269, 272, 275 f., 286, 293 f., 327, 350 f.; Sitze in der Nationalversammlung 139; »Erfurter Programm« zur Landesverteidigung 156; Stellung zum Versailler Vertrag 327, 353
Sozialisierung der Bergbauindustrie 188
Spa 15, 21 f., 26 ff., 51 ff., 81, 87 f., 325, 344, 348
Spandau 128, 131, 197, 199
Spartakisten 41, 66, 70 f., 81, 86, 103, 121, 127 ff., 133, 139 f., 181, 188 f., 195, 198, 205 ff., 209, 211, 249, 251 f., 275, 294 f., 350, 356
Specht, Hptm. von 201
Speyer 65
Spree 131
Spree-Kanal 93
Stalin 240
Starnberg 289
Stein, Frhr. vom 306
Steinberg 289
Stephani, Major von 110, 128 f.
Stinnes, Industrieller 23
Stockhausen, Major von 106, 110, 125
Straf- und Disziplinarordnung der Freiwilligen Landesjäger 113, 115
Stresemann, Gustav 329
Strzelecky-Brigaden 217
Stuttgart 25, 161, 282
Suppe, Fw. 126
Szeptycki, General, Stabschef Pilsudskis 234

Tacitus 104
Talleyrand, Charles Herzog von 306
»von der Tann«, Schlachtkreuzer 352
Tannenberg 15, 21, 23, 236
Teltow 138, 197
Tempelhof 130 f.
Temperley, H. W. V. 313, 321
Teschen, Grafschaft 228
Thorn 148, 152, 219, 235 f.
Thüringen 80, 141, 258, 286, 288, 350
»Thüringen«, Linienschiff 25
Thwaites, Sir William, brit. Generalmajor 308, 310
Tilsit 314
Timm, bayr. Justizminister 236
Toller, Ernst, bayr. Revolutionär 41, 271, 275 f., 278 ff., 283 f., 290 f.
Torgau 168
Trebbin 138

Treptow 205
Trier 56, 59, 70, 236, 238
Trotzki, Leo 228, 240, 278
Tschechoslowakei 340
Tschenstochau 220
Tuchatschewski, russ. Marschall 240
Tudorf 119
Türkei 18

Überwachungskommissionen, Interalliierte 315, 318 f., 321
Ukraine 24, 213 f., 216 f., 239, 241
Ulanen 73
Ulmanis 180
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 39 f., 66 f., 91, 124, 140, 143, 146, 155, 171, 181 f., 188 ff., 194 f., 244, 272, 293 f., 353; Sitze in der Nationalversammlung 139; Ziele 180 f.; Forderungen auf dem Reichskongreß der Arb.- und Soldatenräte 183 f.; Stellung zum Versailler Vertrag 327
Ungarn 244, 268, 275 f.
Unterleitner, bayr. Arbeitsminister 263
Upsprunge 119

Velsen, Oberst von 23
Venn, Hohe 59
Vereinigte Staaten von Amerika 156, 178
Verfassung von 1871 159 ff., 257
Verfassung, Weimarer 145 f., 161, 164 f., 256, 293
Versailles 325, 327 f., 351, 358; Vertrag von — 39, 301, 306 f., 310, 314, 322 f., 349; militärische Bestimmungen des Vertrages 315 ff.
Vesle 12
Villers-Cotterêts 12
Vogel, Lt. 134
Völkenrode 258
Völker, Magdeburger Revolutionär 244
Völkerbund 144, 315
Volksbeauftragte, Rat der —n 34, 39, 50, 52 f., 60 ff., 67, 69, 78, 150, 225, 234
Volkswehr 156, 308
Volksmarine-Division (Berlin) 66, 73, 79, 83, 87, 89, 91 f., 109, 111, 127, 138, 196 f., 199, 206, 208 f.; (Braunschweig) 249, 252, 254
Volkswehr, Freiwillige 78
»Vorkommission für das Friedensheer« 362
Vorwohle 251

Wade, brit. Oberst 229
Waffenstillstand von Compiègne 20, 34 ff., 39 f., 42 f., 55 f., 59 f., 70, 72, 77, 175, 238, 310, 325, 333; Bedingungen 27, 31, 33
Wandler-Krakau, Dr., bayr. Volksbeauftragter 276, 279
Warschau 217, 219 ff., 227, 229, 233 f., 240
Warthe-Lager 232
Wasserburg 289
Wattenbüttel 258
Watter, General von 189 f.
Wehmeyer, Fähnrich 207
Wehrverfassung 164
Weichsel 340
Weimar 140 ff., 152, 168, 176, 179, 191, 195, 197, 235, 238, 245, 276, 288, 296, 339 f., 342, 344, 356
Weißensee 205
Wels, Otto, Stadtkommandant von Berlin 71, 79, 89, 91 f., 111
Wemyss, Sir Rosslyn, brit. Admiral 31
Wendeburg 258
Wesel 80
Weser-Linie 340
Westfalen 16, 119, 126, 174, 187 f., 190, 194, 238, 301
Westheer, Rückführung des —es 59 ff.
Westpreußen 326, 328, 330
Wever 119
Weygand, frz. General 31 ff., 240
Wien 180, 216, 275, 283
Wiener Kongreß 306

Wiese, Untergebener Maciaszeks 232
Wilckens, General 120
Wilhelm I. 43, 83, 110, 259
Wilhelm II. 13, 15, 18, 21 f., 24 f., 27 ff., 32, 34, 37 f., 45 f., 81, 112, 144, 156, 261, 267, 326, 341; Abdankung 28, 37 f., 218
Wilhelm, König von Württemberg 29
Wilhelmshaven 25, 79, 187
Wilhelmshöhe, Schloß 65, 67 f., 70, 134
Wilmersdorf 133
Wilna 228
Wilson, Sir Henry, brit. Feldmarschall 307, 310
Wilson, Woodrow, amerik. Präsident 20, 25, 33, 55, 223, 226, 229, 267, 306 f., 325; 14 Punkte 20, 218, 325
Winnig, Reichskommissar für Ost- und Westpreußen 330, 339
Winterfeldt, General von 26, 31
Wissel, General von 127, 131 f.
Wissell, Rudolf 178
Wittenberg 168
Wolfenbüttel 250, 258
Wolhynien 180
Worms 65
Wörth 277
Württemberg 23, 160 f., 172, 177, 180, 268, 277, 344
Würzburg 174, 276, 292

Yorck von Wartenburg, Ludwig, preuß. General 110

Zehlendorf 130 f., 200
Zentrumspartei (Christliche Volkspartei) 26, 140, 144, 146, 156 f., 327, 351, 353, 355 ff.; Sitze in der Nationalversammlung 139; Stellung zum Versailler Vertrag 336, 350
Ziethen, Bürgermeister 206
Zossen 111, 121 f., 126

UA
712
B4355
V.1

MAY 20 1971

Oro

RAYMOND H. FOGLER LIBRARY
DATE DUE

UA712.B4355 ORO
Geschichte der deutschen Militarmacht 1
3 7550 00043051 3